

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

#### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + Make non-commercial use of the files We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + Maintain attribution The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + Keep it legal Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

#### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



#### Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

#### Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

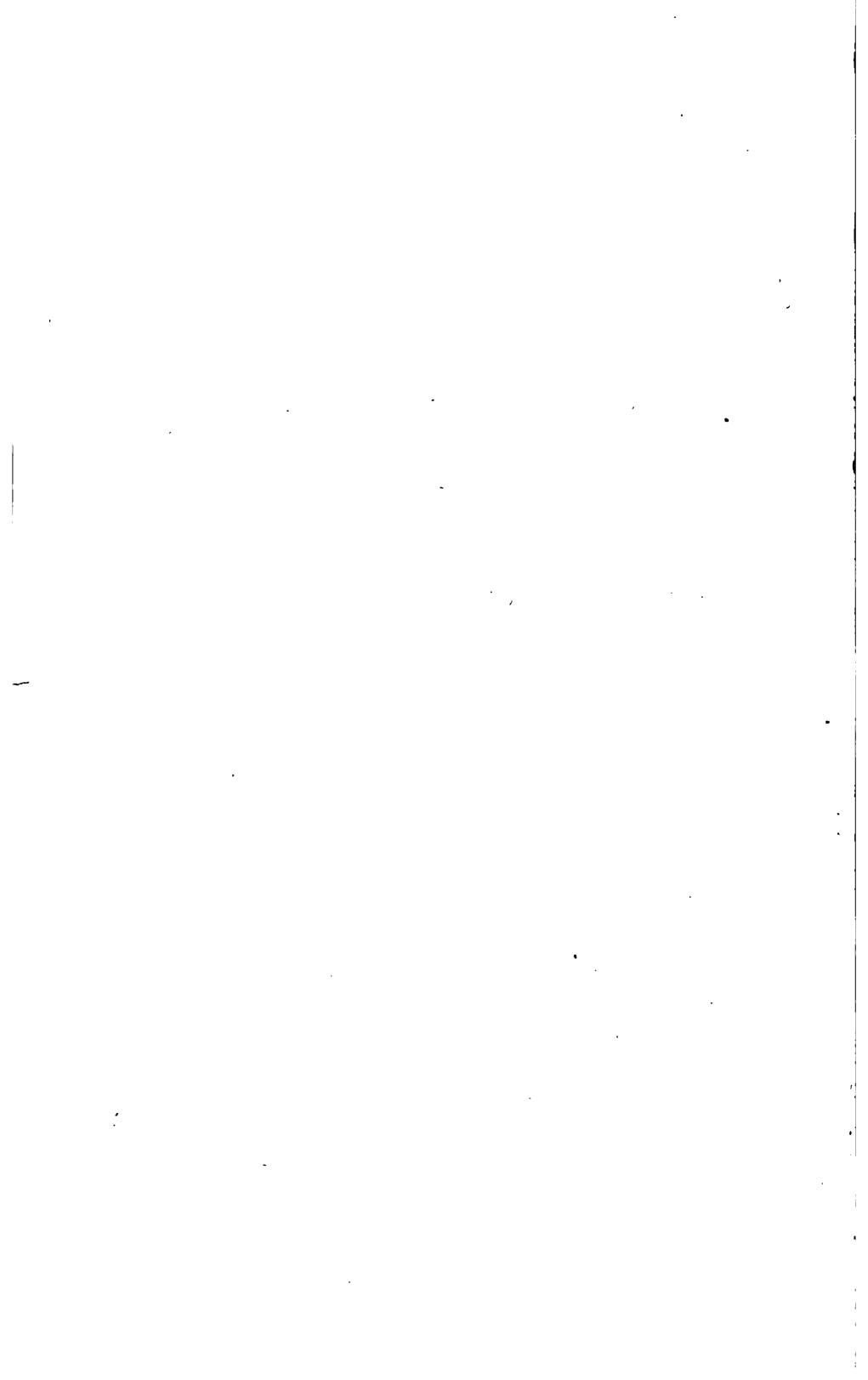
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden,
- + Keine automatisierten Abfragen Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

#### Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <a href="http://books.google.com">http://books.google.com</a> durchsuchen.

eonlined.



# Austrägalverfahren

bes

## Deutschen Bundes.

Eine historisch = publicistische Monographie

von

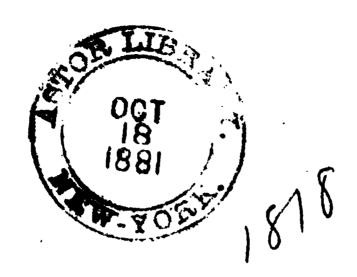
Dr. Ph. fr. Wilhelm Freiherrn von Ceonhardi,

Großherzoglich Dessischem Legationsrathe, Königl.Baperischem Kammerjunker, bes Herzogl. Sachsen=Ernestinischen Hausorbens Ritter n., mehrerer gelehrter Gesellschaften ordentlichem und correspondirendem Mitgliede.

3meiter Banb.

Frankfurt am Main,

bei Ferdinand Bofelli. 1845.



Διὸ καί όταν ἀμφισβητῶσιν, ἐπὶ τὸν δικαστήν καταφεύγουσι τὸ ὅ ἐπὶ τὸν δικαστήν ἐέναι, ἰέναι ἐστὶν ἐπὶ τὸ δίκαιον. ὁ γὰρ δικαστής βούλεται εἶναι οἷον δίκαιον ἔμψυχον καὶ ζητοῦσι δικαστήν μάσον καὶ καλοῦσιν ενιοι μεσιδίους, ὡς ἐἀν τοῦ μέσου τύχωσι, τοῦ δικαίου τευξάμενοι.

Aristoteles Ethic. Nicom. l. V. cap. IV. 7.

Renuntioque vobis — — — — hoc verissimum esse, sine summa justitia rem publicam geri nullo modo posse.

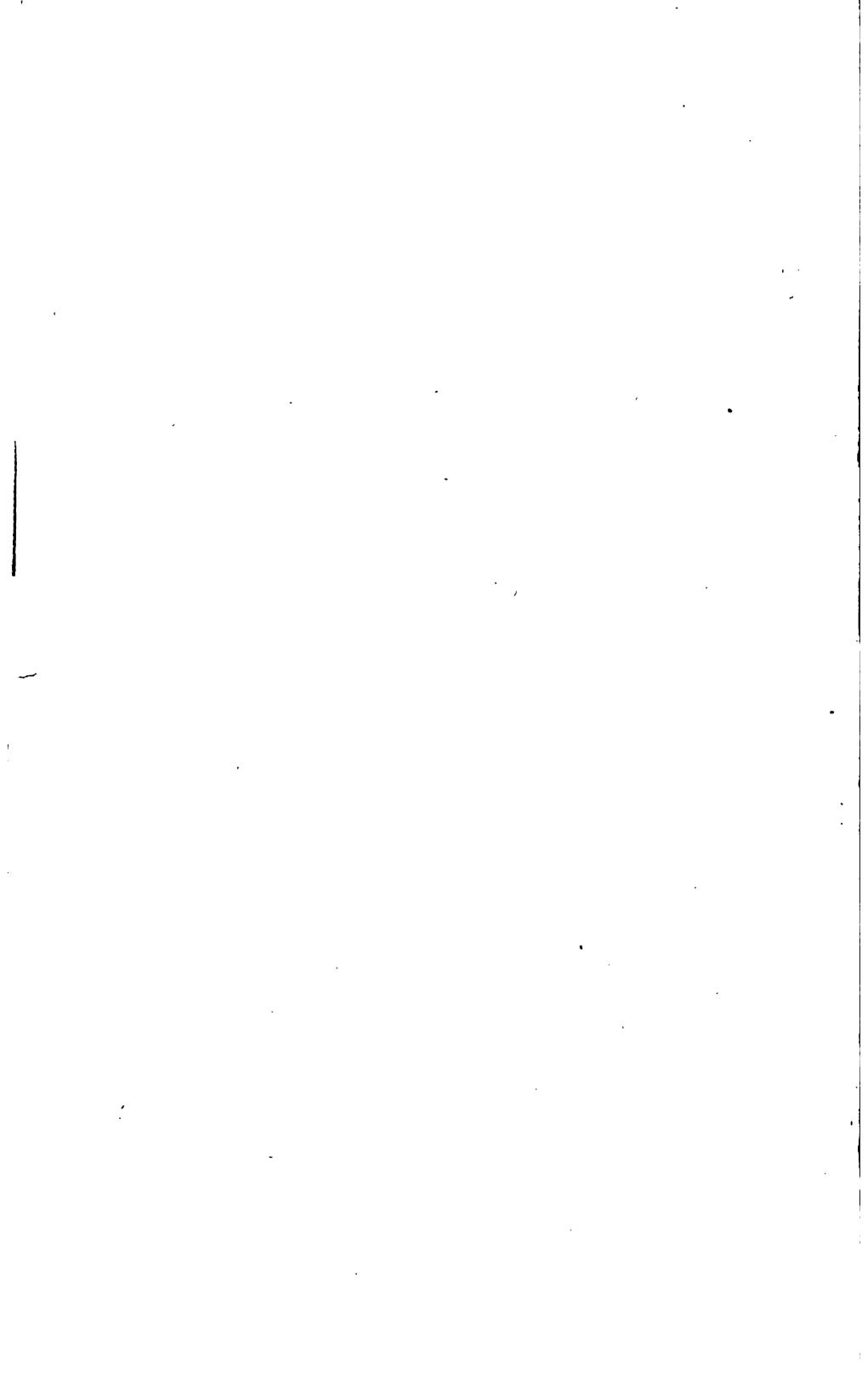
Cicero de Republica L. III. cap. XLIV.

## Vorwort.

Die freundliche und nachsichtsvolle Aufnahme, deren sich der erste Band dieser Monographie bei Bielen zu erfreuen hatte, würde mir, bei dem herangewachsenen Material und manchen für die Ausbildung des ganzen Instituts wichtigen neuen Besstimmungen, es schon früher zur Pflicht gemacht haben, eine Fortsetzung der Presse zu übergeben. — Das unerwartete Hinsscheiden meines geliebten Baters, der als Bevollmächtigter der hohen sechszehnten Curie, seit Erdssnung der Bundesversammlung, während drei und zwanzig Jahren an der Entwickelung des Bunsbesstaatsrechts so thätigen Antheil genommen, sowie der rasch auf einander gefolgte Tod mehrerer theuren Anverwandten haben mir jedoch Berpslichtungen innerhalb des Familienkreises auferlegt, denen nachzukommen mit einer größeren litterarischen Beschäfstigung sich nicht eher vereinigen ließ. Ich darf daher wohl hossen, daß bie bisherige Verzögerung mir nicht als Saumseligkeit aus-



Leoning



# Austrägalverfahren

bes

## Deutschen Bundes.

Eine historisch = publicistische Monographie

noa

Dr. Ph. Fr. Wilhelm Freiherrn von Ceonhardi,

Großherzoglich Destischem Legationsrathe, Aduigl. Baperischem Kammerjunker, des Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens Ritter R., mehrerer gelehrter Gesellschaften ordentlichem und correspondirendem Mitgliede.

3meiter Banb.

Frankfurt am Main,

bei Ferbinand Boselli. 1845.

## Zweite Abtheilung.

Das Austrägalversahren des Dentschen Bundes, in Sinsicht auf gesehliche Bestimmungen und Anwendung derselben, seit Errichtung des Deutschen Bundes bis zum 1. September 1837 resp. 1. Januar 1845.

•		
	8	eite
	des I. Bb.	des 11.Bb.
S. VI. Literatur über bas Bunbes : Austrägalverfahren und		
Schiebsgericht	87	7
Erster Abschnitt.		
Einzelne richterliche Befugniffe ber Bunbesgewalt, auch von		
ber Bollziehung	89	
Ueberblick	91	
S. VII. Einleitung	91	
I. unmittelbare und mittelbare Erlebigung von Streitigs		
teiten im Allgemeinen	93	
II. deren mittelbare Erlebigung nach Art. XI. und XXI.	95	
A. — als Regel — wobei in Betracht kömmt		
1) Objekt	95	
2) Subjekt	96	
3) das Verfahren selbst	96	
Dies kann seyn:		
a) ein summarisches, wegen jüngsten Besites .	96	
b) ein orbentliches,	97	
und zwar:		
1) Bermittelung	97	
2) Prozesverfahren	97	
a) Wahl bes Gerichts	97	
β) Verfahren selbst	97	
r) Urtheilsfällung	98	
	98	
d) Vollziehung	108	
	150	
S. VIII. Fälle, in welchen die richterliche Befugniß der Bundes-	99	12
gewalt sich	33	12
B. ausnahmsweise auf die Unterthanen der Bundes=		40
staaten erstreckt	99	12
I. bei gehemmter oder verweigerter Zustiz	99	12
II. in Folge bes Art. XXX. der W. Schl. Acte	100	13
Bon Einigem noch geseslich Unbeftimmten, auch Cafuiftifcen	101	15
111. bei'm Schiedsgerichte in Streitigkeiten zwischen Res		
gierung und Ständen	104	22
Siehe die Aabelle III. a. b. c. d.	104	534
IV. bei der richterlichen Instanz für Mediatisirte	107	35
S. IX. Die Bollziehung	108	
54	- (	,

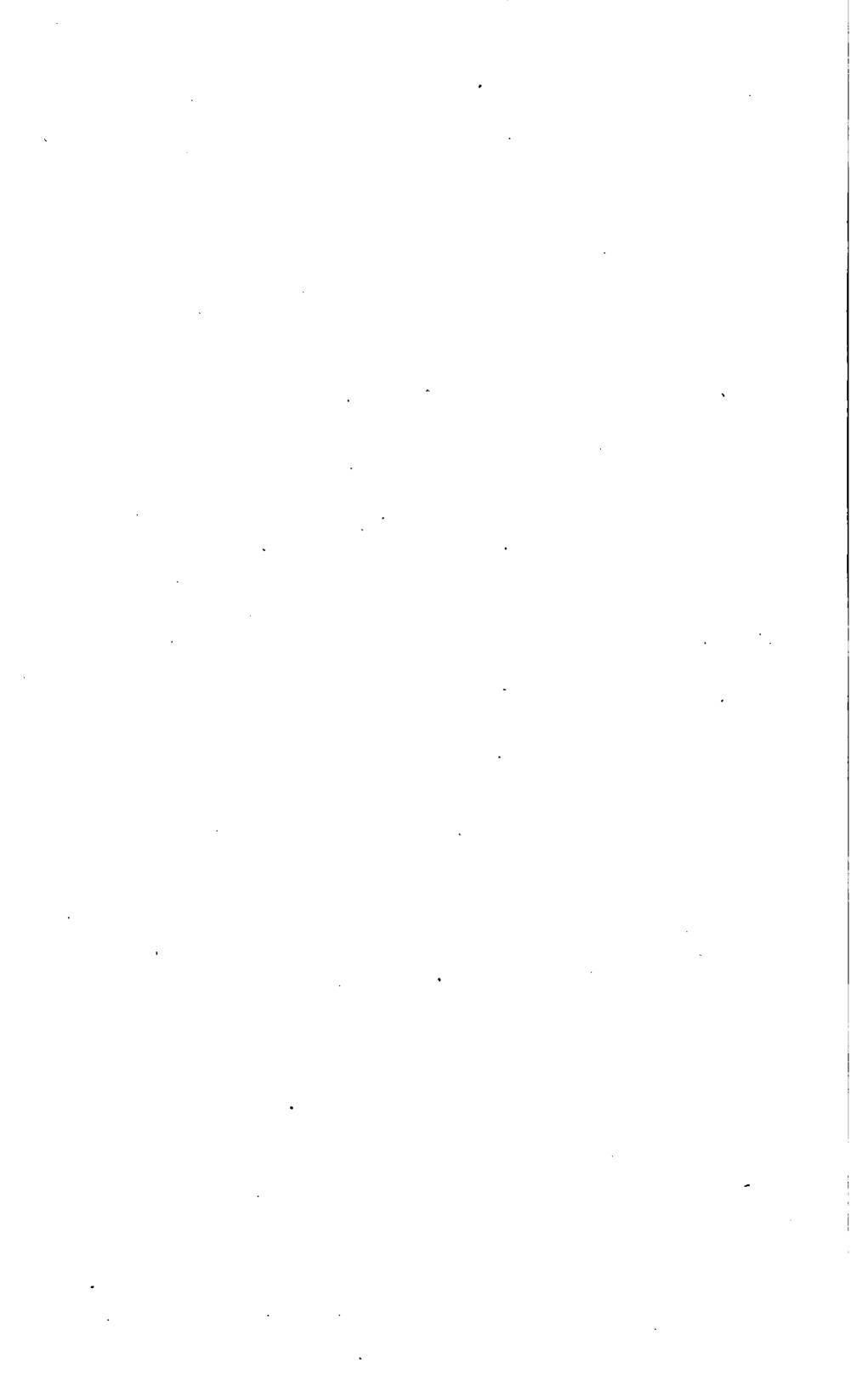
	Geite	
•	des I. Bb.	des 11.%d.
Zweiter Abschuitt.		
Gesetliche Bestimmungen.		]
S. X.		
a) Ein Blick auf die Verhandlungen in Wien im Jahre 1815,		
in Beziehung auf Austrägals und Bundesgericht	113	
b) Die gesetlichen Bestimmungen selbst,	115	
und zwar: 1) vorläufige:	į	
a) Beschluß vom 16. Juni 1817	115	
b) Provisorische Grefutionsorbnung vom 20. Septem:		
ber 1819	121	
2) befinitive:		
I. im Allgemeinen.	ļ	1
1) Artifel XI. ber B. Afte	. 123	
2) einzelne Artikel der B. Schl. Acte	124	
3) Beschluß vom 3. August 1820	126	51
Entwurf eines Bundestagstefaluffes aber bas Berfahren in Steel- tigfeiten ber Bundesglieder G. Bb. I. G. 120		
4) Beschluß vom 7. October 1830, Vorlabungen und	Ì	
Zustellungen betreffend	144	
5) Beschluß wegen Mandaten vom 28. Februar	122	
1833	144	
6) Beschluß vom 23. Juni 1836, Sporteln und		
Stempelpapier betreffend	145	
7) Urtheilssenate	146	58
11. speciell, wegen Forderungen von Privatpersonen:	İ	
1) Artifel XXX. ber 2B. Schl. Acte	1148	
2) Beschluß vom 19. Juni 1823, Fristen betreffenb	148	
3) Beschluß vom 22. Mai 1828, wegen Mittheilung		
an die Parteien über den Stand der Sache.	149	
4) Beschluß vom 15. Septbr. 1842 wegen Gesuchen		
ber Parteien um Wiebereinsetzung in ben voris		
gen Stand gegen Fristversaumnisse, wegen der Ansprüche des Klägers in Ansehung der Beweis-		
last in Fällen bes 30. Art. ber B. Schl. Acte		
wegen der Beweiskraft ber Erklarung einer be-		
theiligten Regierung am Bunbestage vor bem	Ì	
Gerichtshofe (letteres ift unter I. 8. zu sub=		1
sumiren	}	66
III. Bestimmungen in hinsicht ber Bollziehung	108	
	150	
1) Provisorische Exekutionsordnung, (s. 1862 B.I.G. 121.)	150	
2) einzelne Artikel der W. Schl. Acte	150	
3) befinitive Eretutionsorbnung vom 30. August 1820 Actenstäde, welche aus bezeits angeordneter Exclution herborgegan-	152	
3en Band I. G. 175	ì	

	8	eite	Ī
	bes I. Bb.	des 11.Bb.	1
Dritter <b>Abschnitt.</b>			-
Die einzelnen, durch die Bundesversammlung an ein Austrägal= gericht gebrachten Fälle.			
Ueberblick	161		
S. XI. I. Fälle, welche in Solge des Artikels XI. der B. Akte und des Artikels XXI. der W. Schl. Acte anhängig gemacht wurden	163		
A) Fälle, die bereits erledigt find:			
1) Vorstellung von Marimilian v. Riese und Jacob Seinrich Rühle v. Lilienstern zu Frankfurt, im Namen der in Frankfurt anwesenden Glieder zweier Creditoren = Consortien, Schuldenauseinandersesung zwischen dem Großherzogthum Hessen und herzog =			
thum Nassau betreffenb	163		
2) Die Streitigkeiten zwischen dem Großherzogthume Sachsen=Weimar=Eisenach und Fürstenth. Schwarz=			
burg-Rubolstabt, dann den Herzogthümern Sachsen= Coburg, Hildburghausen, Meiningen und dem Für=			
stenthume Schwarzburg = Sondershausen, wegen ber			
aus dem Thüringenschen Rayonverbande	218	71	
vom Jahre 1814 herrührenden Forderung betreffend 3) Das Kurtrierische Schuldenwesen und die Aus-	210	''	
einandersetzung besselben zwischen der Krone Preußen,		ļ	
dem Herzogthum Nassau und ber freien Stadt Frank-			
furt, wie auch Borstellungen Kurtrierischer Gläubiger in Betreff des Kurtrierischen Schulden = und Pen=		Ì	
sionswesens	354	73	
4) Gesuch ber verwittweten Freifrau v. Herbing, geb.			
Gräfin St. Martin zu Mannheim, die Heimzahlung			
einer Schulb an Capital und Zinsen an die über das Eigenthum derselben streitenden Regierungen von			
Bayern und Baben, gegen Ausantwortung ber Dris		1	
ginal = Schuldurkunde und Befreiung der Hypothek		}	
betreffend	333		
5) Streitigkeiten zwischen Schaumburg=Lippe und Lippe, wegen Hoheitsrechten über das Amt Blom=			
berg, bann wegen ber im Jahre 1709 eröffneten			
Brackischen Erbschaft	383	224	
6) Forderungen an den ehemaligen Kur= und Ober=		~~~	
rheinischen Kreis. — Kreisschuldenwesen	452	277	
7) Beschwerbe Kurhessens gegen das Königreich Bayern und Großherzogthum Sachsen-Wei-			
mar=Eisenach, geistliche und weltliche Stiftungen			
in Fulda betreffend	479	353	

	8	eite
	des 1. Bd.	des 11.88d.
8) Mainzer Staatsgläubiger, in specie Forderungen an Castel und Kostheim	339 751	379
B) Fälle, die noch nicht erledigt sinb:		
1) Gemeinschaftliche Beschwerbe von Hannover, Dle benburg, Braunschweig, Rassau und ben freien Stäbten Bremen und Frankfurt, gegen Kurhessen, wegen verletter Bertrags=Berbind= lichkeit.	502	
2) Beschwerde bes Fürsten von Walbeck gegen bie Großherzoglich = Pessischen Regierung, wegen ein= feitiger Aufhebung vertragsmäßiger Verhältnisse, so		•
wie wegen Bestisstorung	511	413
S. XII. II. Sälle, welche in Solge des Artikels XXX. der W. Schl.		i
Acte anhängig gemacht wurden	518	Ì
A) Fälle, die bereits erledigt find:		j
1) Borstellung der Rheinpfälzischen Staatsgläubi= ger und Besitzer der Partial=Obligationen Lit. D, die Zahlung der rückständigen Zinsen und verfallenen		
Capitalien betreffenb  2) Bitte ber Testamentserekutoren bes lettvers storbenen Kurfürsten von Trier, um Erlebigung ber zwischen den souverainen Besitzern der Bestandstheile des vormaligen Großherzogthums Frankfurt — über die Auszahlung des liquid anerkannten Penssionsrückstandes von 25,804 Gulden 19 Kreuzern an die Erben des Kurfürsten von Trier — bestehenden	518	
Differenzen	562	
ständiger, reichsschlußmäßiger Pensionen.  4) Forderungen Kurmainzischer Staatsglaubiger an die Intraden der Rente Lohnect und des Zolls Bilzbach, welche außer einer constituirten Generalschypothek auf den gesammten Mainzer Kurstaat, spesciell an die Gläubiger versichert waren; so wie Forsberungen des Pfandhauses zu Mainz, zum Theil auch mit Specialhypothek auf die Intraden des Zolls Bilzbach, zum Theil mit gleicher Versicherung auf Rüdesheim und Krautheim	729	

	•	Ø	ite
		des 1. Bd.	des 11.Bd.
5)	Bitte ber Prinzessin Berkelen zu London, Wittwe des letten Markgrafen von Ansbach und Baireuth, die zwischen der Königlich= Preußischen und König= lich= Baperischen Regierung streitige Entrichtung ihres Witthums betreffend	628	
6)	Bitte mehrerer Inhaber Rheinpfälzischer Oblisgationen Lit. b. um Bestimmung berjenigen hohen Regierungen, welche biese Obligationen zu übernehs men haben	653	
7)	Vorstellung der Generaldirection der Königl. Preußisschen Seehandlungs-Societät zu Berlin, eine Darlehnsforderung von 231,250 Athlen. nebst Zinsen zu 4½ Procent an die ehemals Fürstlich Oranischen Entschädigungslande, jest deren allerhöchste und höchste Besißer betreffend	783	416
8)	Sesuch der Administratoren der v. Lossow'schen FasmiliensStipen dien stift ung zu Magdeburg, im Betreff mehrerer der vormaligen Deutschordenss Ballei Sachsen unter Verpfändung ihres sämmtlichen Vermögens, von der v. Lossow'schen FamiliensStipens dienstiftung gemachten Darleihen von 11,350 Rthlr. in Gold.	679	
9)	Gesuch der Rassau=Saarbrückischen Staatsdiener und Creditoren, Befriedigung verschiedener Forderungen betreffend; namentlich Vorstellung der Gräfin von Ottweiler, Wittwe des lettverstordenen Fürsten, Ludewig von Nassau=Saarbrücken, wegen Uebernahme einer Capitalschuld von 30,900 Gulden	795	
	(Geparat - austrägalgerichtliches Berfahren, im Betreff Raffanischer Erfag- ansprüche. S. Band II. S. 520. Xab. I. Nro. 14; ift im Texte unter die noch zu erlebigenden Falle aufgenommen	833	504
10)	Forberungen von Bernhard Straß, Johann Gottsfried Arnoldi und Comp. in Gotha, wegen der im Frühjahre 1814 gemachten Armeelieferungen; später reclamirten Johann Gottfried Arnold i und Sohnzu		
11)	Wainzer Staatsgläubiger in specie Mainzer (auch	838	426
12)	Worm ser) Stifter	850	458
9 es 3	ben Jahren 1795—1815	905	465
13)	Gesuch des Jonas Cahn, wegen Zinsenrückstandes von Kurkölnischen Kammerschulden	919	486

	Seite	
	des I. Bd.	des 11.88d.
B) Falle, bie noch nicht erledigt finb:		
1) Separat = austrägalgerichtliches Verfahren in Betreff Raffauischer Ersahansprüche	833	504
an den ehemaligen Kurstaat Mainz	_	50 <b>6</b>
Anhang.		
1. Labelle fammtlicher bei'm Bunbe vorgekommenen Austrägals		
fälle, nach der Abgabe an die Austrägalgerichte geordnet .	926	526
Bemerkungen zu biefer Tabelle	928	530
II. Uebersicht der dermaligen britten obersten Justizstellen der		
Deutschen Bundesglieber, aus benen die Austrägalinstanz		
zu wählen ist	929	531
III. Aabelle ber Schiebsrichter a. b. c. d	104	534
βu[άξε	930	542
Berichtigungen	936	517



# Erste Abtheilung.

Kurze

geschichtliche Entwickelung und Darftellung

bes

Austrägalverfahrens,

von den altesten Zeiten bis zur Errichtung des Deutschen Bundes.

なわ (アメンダン) のできない

In Beziehung auf diese erste Abtheilung geben wir hier den Inhalt des Zusammenhanges wegen und verweisen auf die Ausführung im ersten Bande, S. 1—84. Zusäte S. 930.—

#### S. I.

Litteratur im Allgemeinen, nach chronologischer Ordnung bis zur Errichtung bes Bundes.

#### §. II.

Einleitung. — Etymologische Notiz über bas Wort: Austrag.

#### S. III.

Die altesten Spuren der Austrägalgerichte, dis zur Thronbesteisgung Kaiser Maximilian I. im Jahre 1493.

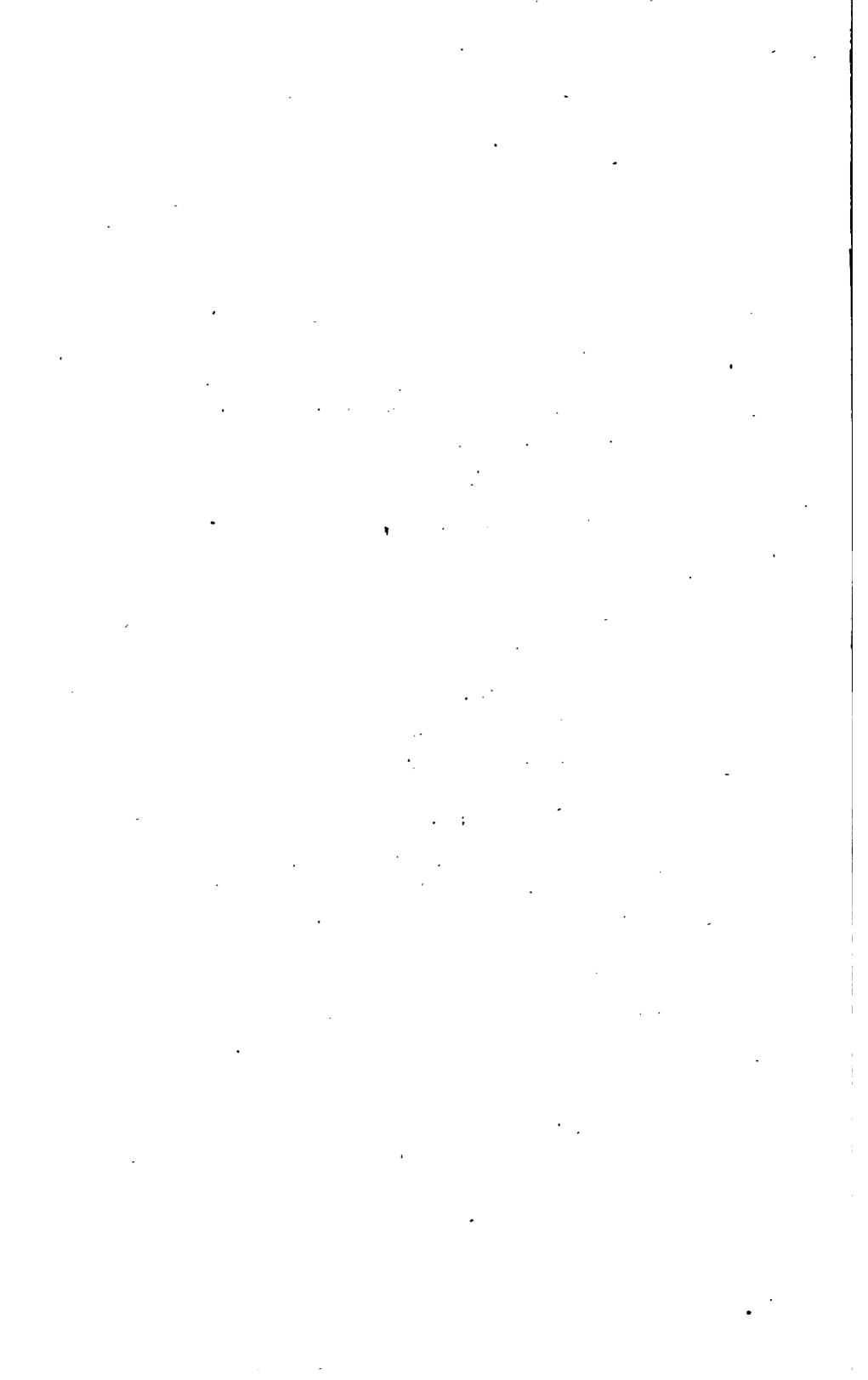
### S. IV.

Die Austrägalgerichte von der Errichtung des Kammergerichts unter Kaiser Maximilian I., ihrer Bluthenzeit, dis zum jungsten Reichstags-Abschiede. — Vom Jahre 1495—1654.

## §. V.

Verfall der Austrägalgerichte. — Von dem jungsten Reichstags-Abschied bis zur Auflösung des heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. — Vom Jahre 1654—1806.

Wir beginnen hier nun in ber zweiten Abtheilung mit der Fortsetzung des S. VI. Litteratur über das Bundes-Austrägalversahren und Schiedsgericht.



# Bweite Abtheilung.

Das

# Ansträgalverfahren des Deutschen Bundes

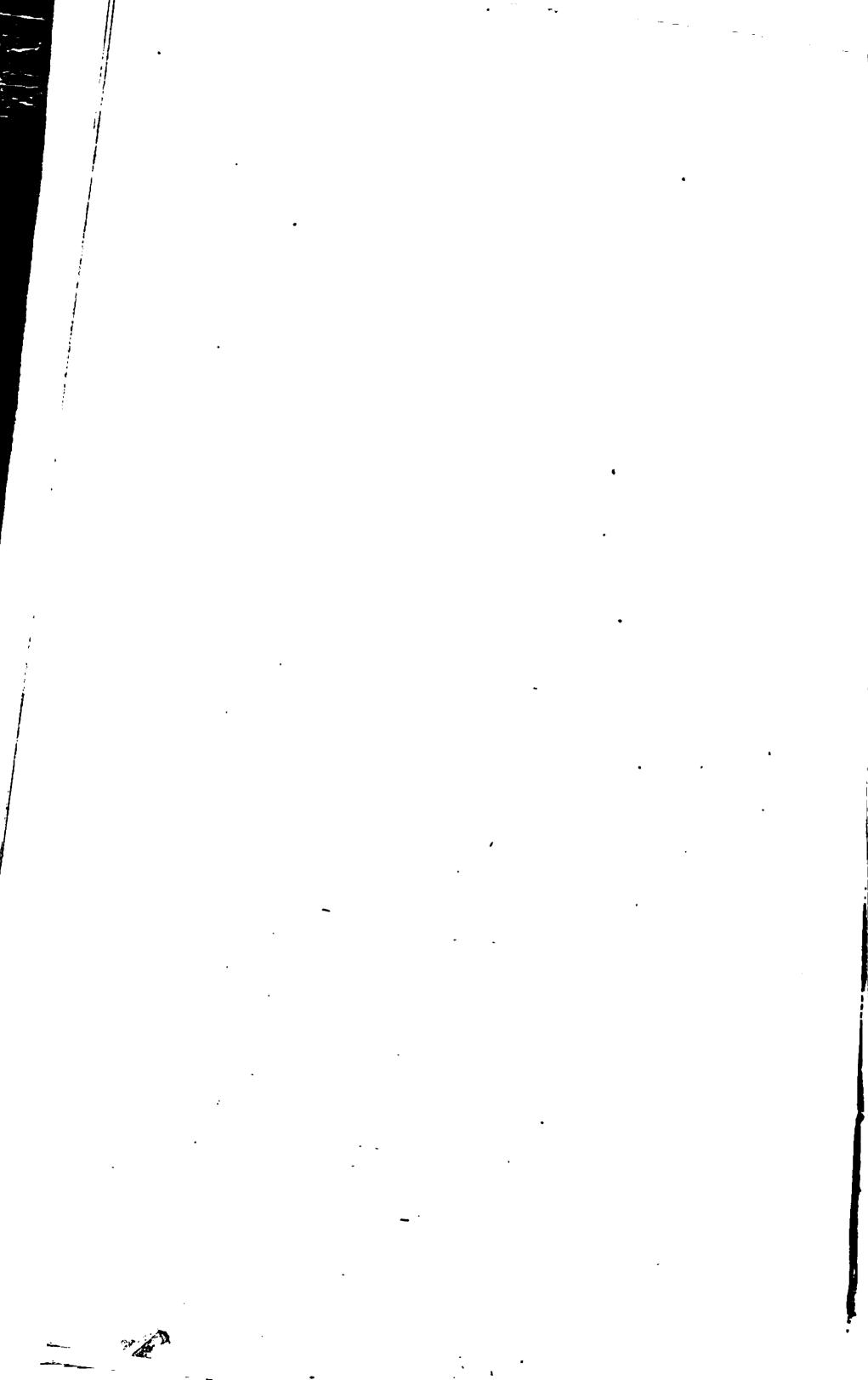
in Hinsicht auf gesetzliche Bestimmungen

unb

Anwendung derfelben,

seit dem 1. September 1837 bis 1. September 1844.

(Fortfegung.)



# Erster Abschnitt.

Einzelne richterliche Befugnisse der Bundes: gewalt auch von der Vollziehung.

### §. VIII.\*)

(S. Band. I. S. 99 u. figbe.; Bufațe, S. 930 u. figbe.)

Die richterliche Befugniß ber Bundesgewalt erstreckt sich in der Regel nicht auf die Unterthanen der Bundesstaaten, jedoch ausnahmsweise zu deren Gunsten auf folgende Fälle:

I) Bei gehemmter ober verweigerter Justiz, um den Unterthanen zu ihrem Rechte zu verhelfen. W. Schl. A., Art. XXIX., auch in gewisser Beziehung Art. LXIII.; Klüber, Deffentl. Recht des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten. 4 Ausl. §. 169. S. 202; §. 228. S. 301.

Wenn in einem Bundesstaate ordnungsmäßige Rechtspflege in einer Zustizsache verweigert, verzögert oder gehemmt und Abhülfe das gegen mit allen gesetzlichen Mitteln, bei den betreffenden Staatsbehörs den, fruchtlos versucht worden, so steht den Betheiligten Recurs an die B. V. offen 1).

Es ist in der Beschwerde gründlich auszusühren, daß die Thatsache der verweigerten Justiz erwiesen sen, und daß dieselbe sich nach Rechts-grundsätzen, nach der Verfassung und den bestehenden Landesgesetzen nicht rechtsertigen lasse, sowie, daß in dem betreffenden Staate auf gesetzlichem Wege eine Abhülfe nicht erlangt werden könne.

Die B. A. hat diese Beschwerde nach allgemeinen Rechtsgrundsthen, nach der Verfassung und den Landesgesetzen zu prüsen, und nur wenn die Beschwerde erwiesen und gegründet befunden, bei der betrefsenden Landesregierung gerichtliche Hülfe zu bewirken.

Dieser Fall macht jedoch keine richterliche Entscheidung nothwen-

- Da zu biesem S. viele Zusäte und Berichtigungen hinzugekommen sind, haben wir ihn, ber Deutlichkeit wegen, hier ganz gegeben.
- 1) In hinsicht der über Justizverweigerung aufgestellten Grundsche und Ansichten verweisen wir auf Prot. v. J. 1827, Sess. XVII. S. 390; serner v. J. 1830, Sess. XIV. S. 106. S. 463; Sess. XXI. S. 167. S. 628; Sess. XXIV. S. 195. S. 760; Sess. XXVIII. S. 221. S. 984; Sess. XXIX. §. 229. S. 994; Sess. XXXI. S. 236. S. 1021; v. J. 1837, Sess. II. S. 29. S. 65; v. J. 1838, Sess. XXX. S. 340. S. 926—931; Sess. XXXIV. S. 376. S. 1034; v. J. 1840, Sess. XI. S. 158. S. 260 u. slabe; v. J. 1841. Sess. III, S. 41. S. 43; Sess. IX. S. 124. S. 220; v. J. 1842, Sess. XIII. S. 158. S. 248; Sess. XXI. S. 241. S. 400. Namentlich in Beziehung auf Garantiefälle nach Art. XV. der B. A. und XXXI. der B. Schl. A. Prot. v. J. 1837, Sess. II. S. 34. S. 82; Sess. X. S. 124. S. 361; Sess. XI. S. 133. S. 381; Sess. XXV. S. 292. S. 679; Sess. XXVI. S. 296. S. 692; Sess. XXIX. S. 317. S. 784; Sess. XXX. S. 339. S. 813; Prot. v. J. 1838, Sess. XXXIII. S. 366. S. 1015—1022. —

Unmerkung. S. 34. S. 133. S. 292. S. 296 de 1837 und S. 366 de 1838 enthalten Commissionsvorträge. —

u. Agde.)

palt erstreckt sich in be aten, jedoch ausnahms

um den Unterthanen rt. XXIX., auch in go . Recht des Teutschen 202; **§. 22**8. **S. 30**1. ige Rechtspflege in nt und Abhülfe danden Staatsbehör= zten Recurs an die

daß die Thatsache sich nach Rechts-Landesgesehen Staate auf ge-

Rechtsgrundfen, und nur ei der betref=

3 nothwenmmen finb,

bsäge unb - ferner ss. XXIV. S. 994;

— v. I. )34; —

. 5. 41.

: Sess. 1 Urt.

§. 34.

292.

XX.

38

big, indem der Zweck des Art. XXIX. bloß Bewirkung des Rechtsganges zu Gunsten der Unterthanen ist, damit durch solche Hemmung die innere Ruhe nicht gefährdet werde.

Wegen rein abministrativer Verfügungen, namentlich sofern sie von polizeilichen gandes-verfassungsmäßig bestehenden Behörden ausgegangen, findet Recurs an die B. V. mittelst Beschwerde über Justizverweis gerung nicht statt; Reichard, Monarchie, Landstände und Bundesverfassung in Deutschland. I. S. 559; Mohl, die offentliche Rechtspflege des beutschen Bundes, S. 161, wenn und insoweit nicht gerichtliche Rlage bagegen zulässig ift. — Klüber, l. c. 366; 389; §. 474 2c.

II) Wenn Forderungen von Privatpersonen an Bundesglieder darum nicht befriedigt werden können, weil eine ganzliche oder theil weise Ungewißheit darüber obwaltet, ob und welche Bundesglieder ale verpflichtet in Anspruch zu nehmen sind; (Art. XXX. der W. Schl. A.) - indem, abgesehen von der Hauptfrage, ob und wie die Forderung in quali et quanto begründet sen, (Wiener Conferenz-Protokoll v. I 1820, Sess. XXII. Unl. A.) unter mehreren Bundesgliedern als Sou veränen die Vorfrage, wem die in Betreff der Verpflichtung bestrit tene Befriedigung obliege, ober mit anderen Worten, wer der Beklagt sen, (Prot. v. J. 1821, Sess. XIV. S. 93. S. 169; Beil. 6. S. 179 u. 187.) zweifelhaft oder streitig ist; — so hat die B. B. auf Anruser der betheiligten Bundesglieder oder Privatpersonen, (Prot. v. 3. 1821 S. 186.) um ben Zustand ber Rechtlosigkeit aufzuheben, gutlich Ausgleichung zu versuchen.

Sollten sich aber die in Anspruch genommenen Bundesglieder bin nen einer zu bestimmenden Zeit nicht über ein Compromiß vereinigen so hat die B. V. rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage 2

2) In vorkommenben Fällen ist eine nähere Bestimmung ber Worfrage bal ber Vereinigung ber Partheien, Klüber 1. c. S. 176. S. 227 Not. d., balb be Festsehung des Austrägalgerichts überlassen, (als Beispiel: Prot. v. 3. 1820 S. 41. No. 2.) balb durch Bundesbeschluß selbst normirt worden — Prot. v. 3 1826, Sess. XIII. S. 61. S. 335; Sess. XVII. S. 73. S. 412; - ferner Deffte 1. c. S. 266; siehe auch Theil I. S. 528.

Unmerkung a) Die Vorfrage betrifft bloß ben Praejubicialpunkt be Passivlegitimation zur Sache, die Frage von gänzlicher ober theilweiser ober nu principaler Nichtverpflichtung eines Theiles der in Beziehung stehenden Bunde glieber Klüber, 1. c. S. 226. — Die Hauptfrage betrifft bie Richtigkeit, be Grund, die Größe und Beschaffenheit ber Forberung, ber Privatpersonen, spate hin die gehörige Leistung von Seite des unstreitig verpflichteten Subjekts, wovo erft nach entschiebener Praejudicialfrage bie Rebe fenn tann, gehört im Falle eine

- a) Wie wird das Austrägalgericht bestellt, wenn kein Bundesglied als Kläger oder Beklagter auftreten will? Die Bundesglieder müssen sich über ein Austrägalgericht vereinigen, oder die B. B. muß dasselbe ernennen, Prot. d. B. B. v. J. 1821. Sess. II. §. 11. S. 30; Sess. VI. §. 33. S. 73; Soss. XIX. §. 124. S. 365; v. J. 1822, Sess. XIX. §. 160. S. 517; Sess. XXII. §. 176. S. 580; Soss. XXIV. §. 182. S. 668; Sess. XXV.. §. 196. S. 751; außerdem Hufnagel und Scheuerlen, Gerichtsverfassungen der Deutschen Bundesstaaten. 1829. I. S. 30., oder das Bundesglied bezeichnen, welches dem Andern zur Wahl drei Gerichte vorzuschlagen hat. S. Prot. v. 18. und 25. Oktor. 1820. S. Theil I. S. 793.
- b) Wie werden die Parteirollen bestimmt, wenn keins der in Streit befangenen Bundesglieder selbst die B. B. erst angegangen hat? Auch hierüber müssen sich die Parteien vereinigen, und es bestimmen ihre Rollen einstweilen entweder die B. B. oder das Austrägalgericht selbst. Jordan, Lehrbuch des allgemeinen und deutschen Staatsrechts, S. 355. 365; Hufnagel, I. c. S. 31; Klüber, I. c. §. 174. S. 203. Note d. S. Theil I. S. 526.
- c) Es fragt sich, ob und welchen Antheil die bei dem Rechtsstreite betheiligten Privatpersonen an dem Versahren selbst nehmen dürsen? Sogar eine accessorische Intervention der betheiligten Privatpersonen wird für nicht zulässig erklärt. Hufnagel, l. c. S. 32. Anderer Ansicht sind Klüber, l. c. S. 176. S. 225; Jordan, l. c. S. 366. Kür die Theilnahme hat sich das Oberapp. Gericht in München als Austrägal=Instanz zwischen Darmstadt und Nassau ausgesprochen: Prot. 1822. S. 97.—116. Dagegen das Oberapp. Gericht zu Celle, als Austrägal=Instanz in Sachen der Pfälzischen Obligationen Lit. D: Prot. 1823, S. 51. 91. 121. 289.; wo die Frage der Theilsnahme näher erörtert ist.
- d) Kann das Austrägalgericht Provisorien, namentlich provisorische Zinszahlungen versügen? Hufnagel, l. c. S. 28; Klüber, l. c. S. 176. Note g. S. 229. bejahen; Jordan, l. c. S. 367. verneint. Das Bayerische Oberapp. Gericht in München hat im Rechtsstreit zwischen Darmstadt und Nassau eine provisorische Zinszahlung versügt: Prot. 1822, S. 97.—116. Siehe die zu Anmerkung 2. a angeführten Bundesprotokolle des Jahres 1821.
- e) Eigentliche Reconvention ist bei dem Verfahren nach dem Art. XXX. nicht denkbar, Adcitation durchaus nicht, Compensations-Einrede nur in gewisser Hinsicht zulässig, auch Litisdenunciation, um den

Regreß zu sichern, und etwaige Assistenz zu erhalten, statthaft. — Jordan, l. c. S. 359. und S. 366; §. 220. und 223. und die daselbst angesührten Citate; Klüber, l. c. §. 175. S. 222; §. 176. Note d. S. 227. — Interessante Verhandlungen in Betress der Adcistation sinden sich in den Protokollen v. J. 1822, S. 599.—608; S. 669.—684; S. 751; S. 761—764; Dresch, l. c. S. 78; Klüber, l. c. S. 227.

- f) Ein Declarationsgesuch wider ein verfassungsmäßig gesprochenes Austrägalurtheil ist beim Gerichte und nicht bei der B. B. anzubringen. Klüber, I. c. §. 175. S. 223. und dessen Abhandlungen. B. II.
- g) Die Frage: ob die Auslegung des Sinnes eines europäischen Staatsvertrags der Entscheidung eines Austrägalgerichts zu überlassen ser werneint Preußen; Prot. 1826, S. 214; dagegen erachten Bayern, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Baden u. s. w. das Austrägalverfahren und die Competenz der Austrägalgerichte auch in den Fällen für begründet, wo es sich von den durch europäische Staatsverträge begründeten Ansprüchen handle; ebendas. S. 342. Siehe auch Klüber, l. c. §. 173. Note b. in sino, S. 216.
- h) Finden die Bestimmungen des Art. XXX. über Ansprüche auf einen Staatssiscus Anwendung? Prot. v. J. 1837, Soss. II. S. 38. S. 92. Das Commissionsgutachten stellt es in Zweisel: ob die Bestimmungen des Art. XXX. an sich, auf Ansprüche auf einen Staatssiscus, hat solchen auch die betreffende Regierung zu vertreten, Anwendung sinden, da der Fiscus an sich nur eine juristische Person im Staate ist, die mit Ausnahme einiger Privilegien dem gemeinen Rechte, wie andere Staatsangehörige unterworfen ist? Sess. X. S. 121. S. 359. erklärte Preußen: der Art. XXX. sey allgemein, und begründe überall keinen Unterschied zwischen Regierung und Fiscus.
- i) Wie Vorsorge mittelst Anordnung einer eignen Austrägals oder Compromiß. Instanz zu treffen (was freilich) eine Erweiterung der bissberigen Normen der Bundesverhältnisse, Prot. v. Z. 1837, S. 293. vorausset) für Fälle, wo Privatrechtsforderungen der Unterthanen einzelner Bundesglieder an den Bund gemacht werden, und bei denen weder Art. XI. der B. A., noch Art. XXI. der W. Schl. A., noch der Art. XXX. derselben ihre Anwendung fänden, wird beantragt vom Großhrzgthm. Hessen, Prot. v. J. 1835, S. 71. S. 111. u. sigde.; Prot. v. J. 1837, S. 82. S. 233. u. sigde., und vom Großhrzgthm. Euremburg, Prot. v. J. 1837, Sess. XI. S. 131. S. 371. Siehe Leonhardi, über Austrägalversahren. 2. Ahl.

auch die Abstimmungen Prot. v. J. 1837, Sess. IX. §. 112. S. 344; und Sess. XV. §. 174. S. 462; Sess. XVI. §. 182. S. 476; Sess. XVII. §. 200. S. 505; Sess. XVIII. §. 209. S. 516; Sess. XX. §. 241. S. 577; Sess. XXII. §. 262. S. 620 (Beschluß); Sess. XXIII. §. 267. S. 630 (Gröhrzgthm. Hessen weitere Erklärung und Verwahrung); Sess. XXIV. §. 275. S. 651; Sess. XXVII. §. 300. S. 708.

- k) Die Frage, ob Streitgenossenschaft litis consortium zwischen Bundesgliedern mit der Wirkung statt sindet, daß sie außersordentlicher Weise den Gegenstand vor einer und der nämlichen Austrägal=Instanz begründet? bejahet ein Gutachten der Commission zur Revision des Austrägalversahrens, Prot. v. I. 1822, S. 161. S. 520. 535. 539., welche übrigens in Ueberlegung ziehen wird, wie für kunstige Fälle Zweiseln dieser Art durch eine ausdrückliche Disposition vorzubeugen.
- 1) Die Zulassung eines Revisionsversahrens wird bevorwortet in der Kurhessischen Bemerkung zum Entwurf eines Bundestagsbeschlusses über das Versahren bei Streitigkeiten unter Bundesgliedern, Prot. v. I. 1822, S. 798, und von den Großhrzgl. und Hrzgl. Sächsischen Häusern wird Prot. v. I. 1834, S. 1035. der Wunsch geäußert, daß dieser Gegenstand in nähere Erwägung gezogen werden möge.
- m) Wegen eines Antrags, einen wiederbegonnenen Streit vor ein anderes Austrägalgericht zu bringen, siehe Band I. S. 243. und S. 933.
- n) Im Prot. v. J. 1818, Sass. VI. S. 19. S. 45. wird eine Vermittlungs=Commission ernannt, ohne daß jedoch schon dermalen weitere Folgerungen (für die Entscheidung des Princips bei sehlendem Versuch) daraus abgeleitet werden wollen. \*)
- o) Aeußerungen einzelner Gesandten über die Competenz der Austrägalgerichte:
  - 1) Preußen.

Die Competenz des Bundes in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander, insofern von Einleitung eines Vermittelungs= und des ihm unmittelbar und ohne Weiteres solgenden Austrägal=Versahrens die Rede, sey nur auf die Fälle zu beschränken, wo in der That Nechte streitig seyen, nicht aber in solchen Fällen anwendbar, wo nur Interessen

\*) Dieser Beschluß steht singulär in den Bundesverhandlungen und wird es auch wohl fernerhin bleiben, in Rücksicht späterer gesetzlicher Bestimmungen seit der Schl. A. v. I. 1820. —

in Collision stunden, ohne jedoch dem Bunde jede Einwirkung babei abzusprechen. Prot. 1821, Sess. XXII. S. 160. S. 472. Näher sind biese Ansichten ausgeführt Prot. v. J. 1822, Soss. X. S. 82. S. 214.; diese wurden an die Commission zur Revision des Austrägalverfahrens abgegeben. — Preußen habe immer den Grundsat aufgestellt und behanptet, daß politische Streitigkeiten nicht, wie Rechtsstreite, durch ein, die jezige Austrägal-Instanz bildendes gewöhnliches Appellationsgericht entschieden werden könnten; schon i. J. 1818, in Sess. VI. habe es von Streitfällen gesprochen, über welche, nach ihrer besonderen Beschaffenheit, die Entscheidung durch ein von Gerichten dritter Instanz gesprochenes Austrägalerkenntniß unstatthaft erscheine. — Daraus, baß man einen Unterschied zwischen Streitigkeiten mache, folge aber noch keineswegs, baß die zwischen Bundesgliedern entstehenden Streitigkeiten, welche hiernach wirklich zu einem Austrägalverfahren gelangen können, nur die Ausnahme bilden. — Prot. v. J. 1828, Sess. XVI. §. 112. S. 304.

#### 2) Kurhessen:

In Sollstreitigkeiten zwischen Kurhessen mit Hannover und andern Bundesstaaten verdittet sich Kurhessen die Einleitung zu einer austrägalgerichtlichen Entscheidung, wenn nicht vorher die Beschwerde sührenden Staaten zur speciellen Formirung ihrer Rechtsansprüche aufgesorbert würden, Prot. v. I. 1832, Sass. XLVI. §. 845. S. 1691, und vorherige Erörterung der Fragen, welche sich eigentlich zur Entscheidung durch einen Gerichtshof eignen. S. 1692. — Hierauf äußerte Prässbium: daß nur im Falle des Art. XXX. die zu entscheidende Borfrage von der B. B. bestimmt angegeben werden müsse, hingegen dei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich eine von der B. B. zu bewirkende Ausstellung oder Ausscheidung der Streitfragen weder gesetlich bestimmt noch Observanz sey.

### 3) Großherzogthum Hessen.

Eine gerichtliche Entscheidung zwischen Privatpersonen und Staatsregierungen über nicht privatrechtliche Forderungen könne nicht statt finden.

Staatshandlungen und deren Wirkungen können nie Gegenstand eines Erkenntnisses der Gerichte werden, ohne deren Stellung zu verrücken, und es gehe nicht an, dieselben hierin den Reichsgerichten gleich zu setzen, da ihr Verhältniß zur Sauveränetät von jenem der Reichsgerichte zur Landeshoheit so wesentlich verschieden sen. (Prot. v. I. 1823, Sess. XVI. S. 104. S. 282., betreffend das Entschädigungsge-

such der Erbpächter der Gräfenauer und Helmshöfe.) Man sehe den Commissionsvortrag Sess. XXV. §. 180. S. 705, und Anlage 22 zum Protokoll dieser Sitzung, S. 717.

4) Holstein und Lauenburg.

Souveranetatbrechte unterliegen nicht dem Begriff von Prozessachen, Prot. v. J. 1823, Sess. XVII. S. 108. S. 311. — Die Königl. Resgierung werde ihre landesherrlichen Rechte einer gerichtlichen Erörterung nicht unterwerfen. — Aeußerungen in einer Streitigkeit mit Lüsbeck und Hamburg, die Durchgangszollfreiheit im Hrzgth. Holstein betreffend. — Prot. v. J. 1838, Sess. XXI. S. 245. S. 746; Sess. XXXII. S. 353. S. 967.

5) Nassau.

Auch bei Anwendung des Art. XXX. handelt es sich nur von der Entscheidung eines zwischen zwei Staaten bestehenden Streites. — Die Bestimmung der Rechtsbefugnisse der betheiligten Privaten folgt aus der Entscheidung des Streits; die Bestimmung dieser Privatrechts-Besugnisse muß daher immer untergeordnet bleiben der Erledigung des zwischen den Staaten bestehenden Streites. — Nie kann, umgekehrt der Bestimmung der Rechtsbedürsnisse von Privaten, der Streit zwischen zwei Bundesstaaten untergeordnet werden. — Rie sollen diese jene normiren. — Vorschriften den Gerichten zu ertheilen, wie sie die Streitpunkte zu ordnen haben, um dadurch das Interesse betheiligter Privaten zu wahren, sieht der B. B. nicht zu. (Streitigkeiten wegen althessischer Landes= und Kameral=Schulden, Prot. v. J. 1820, Sess. XXVIII. §. 154. S. 428.)

Es ward S. 436. beschlossen: diese Ansichten in Beziehung auf die Anwendung des Art. XXX. an die Commission zur Revision des Ansträgalverfahrens abzugeben.

Gelegenheitlich der Verhandlungen über das Kurtrierische Schulbenwesen äußert sich (Prot. v. J. 1828.) der Nassausche Gesandte, Sess. XI. S. 74. S. 195.: es sen bundesgesetzlich über allen Zweisel erhoben, daß zur Begründung des Austrägalverfahrens von Seiten eines Bundesglieds gegen ein anderes nichts erfordert werde, als die Eristenz einer Streitigkeit zwischen Bundesgliedern, und der mißlungene Vermittlungsversuch, die Quelle des Streites sen, von welcher Natur sie senn möge. — Auch auf Streitigkeiten politisch rechtlicher Natur müsse das Austrägalversahren seine Anwendung sinden.

Die Frage, ob einzelne physische oder moralische Personen in einem beutschen Bundesstaate ein Recht der Beschwerdeführung am Bunde über

behauptete Verletzung des Art. LVI. der W. Schl. A. eingeräumt werden könne, wird in einem umfassenden Commissionsgutachten (gelegentlich einer Beschwerde des Magistratsund der Altleute der Stadt Osnabrück das Verfassungsgesetz de 1833 betreffend) verneint; s. Prot. de 1837, Sess. XV. S. 180. S. 498. 499. 506. 509. (510.) 571. —

Wenn es gewiß von Interesse ist, Ansichten in einer so wichtigen Materie kennen zu lernen, so wird eine Präsidialäußerung in Hinsicht aufgestellter Theorie und Grundsätze für einzelne Fälle, nämlich, daß die Bundesgesetzgebung über den Ansichten einzelner Bundesglieder stehe, auch hier wohl eine rechte Stelle sinden. — Prot.
v. J. 1828, Soss. XVI. §. 112. S. 307. —

p) Dresch, in den Abhandlungen S. 78., erwähnt einer Lücke, welche sich in der Bundesgesetzgebung in Hinsicht auf Mittel, rechtliche Ansprücke geltend zu machen, vorsinde; diese Lücke fände in Betreff der Frage statt: vor welchem Gerichte ein Landesherr als Privatmann, z. B. als Besitzer von Privatzütern, oder wegen als Privatmann eingegangener Contrakte u. s. w. belangt werden könne.

Ohne Zweisel—salt dieser Autor—konnte man in den Zeiten des Reichs in diesem Falle die Reichsgerichte angehen; diese haben ausgehört, und die Austrägalgerichte sind in dieser Beziehung allgemein anerkannt nicht an ihre Stelle getreten. — Die älteren Landesgesetzgebungen haben sur diesen Fall keine Vorsorge getrossen, eben weil nicht ihre, sondern der Reichsgerichte Jurisdiktion sundirt war. — In den neuern Verfassungsurkunden ist nur der Fall vorgesehen, wenn der landesherrliche Fiscus belangt wird, der dann vor den Landesgerichten Recht nimmt; und auch, was schon vordem von der Competenz der Landesgerichte in Rlagen gegen die landesherrliche Kammer angenommen war, läßt sich nicht hierher ziehen; denn abgesehen davon, daß schon zur Zeit des Reichs neben dem Kammergute auch noch besonderes Privatzut des Regenten bestehen konnte, so kann da, wo ein Regent seine Civilliste hat, noch weniger auf diese bezogen werden, was die alten landesfürstlichen Kammern anging.

Nun könnte man freilich sagen: wenn es also im Lande keinen Rechtsweg gebe, so könne man sich in Gemäßheit des Art. XXIX. der W. Schl. A. wegen Justizverweigerung an den Bundestag wenden.
— Allein da, ob eine Justizverweigerung vorhanden sen, nach der Versfassung und den bestehenden Gesetzen des Landes beurtheilt werden muß, aus dem die Beschwerde einkam, so wird, wenn diese keinen

Rechtsweg in einem Falle gewähren, die B. B. auch keine Justizverweigerung in demselben anerkennen konnen.

Es fehlt bemnach den deutschen Unterthanen für Klagen gegen ihren oder einen andern Landesregenten in seinen Privatverhältnissen in vielen (der Verfasser will nicht sagen: in allen, da er nicht alle Landesgesetzgebungen so genau kennt) Ländern durchaus an einem Rechtsweg. —

III) In dem Falle, wo das zur Entscheidung von Streitigkeiten 1834. zwischen Regierungen und Ständen in Folge der in Wien i. I. 1834 (12. Juni, Art. 3—14) abgehaltenen Kabinetsconferenzen angeordnete Schiedsgericht <sup>4</sup>) in Anspruch genommen würde. — Der Präsibialvortrag hierüber wurde in demselben Jahre 1834 in der Plenarversammlung v. 30. Okt. der B. V. (s. Prot. S. 934.) durch folgenden Beschluß zum Bundesgesetz erhoben:

Die nachstehenden, die Errichtung eines Schiedsgerichtes zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen den Regierungen und den Ständen betreffenden zwölf Artikel werden durch einhellige Zustimmung hiermit zum Bundesgesetze erhoben.

- 4) Bierüber find bereits mehrere Schriften erschienen, namentlich:
- R. S. Zachariae, Ueber ben Bunbestagsbeschluß vom 30. Okt. 1834., nach welchem Streitigkeiten zwischen ber Regierung eines beutschen Bunbesstaas tes und ben Ständen ober Kammern durch ein Schiedsgericht entschieden werden sollen. März-Heft 1835 des politischen Journals (Hamburg.)
- C. Arnold, Die richterliche und vollziehende Gewalt bes beutschen Buns bes mit besonderer Rücksicht auf das Bundesschiedsgericht. Stuttgart, 1835.

Das neue Schiedsgericht für bie constitutionellen Staaten in Deutschland. Frankf. a. M., 1835.

Ist eine annaloge Anwendung bes neuen Schiedsgerichts auf Hamburg, so lange bessen Berfassung besteht, gedenkbar? Hamburg, 1835.

Archiv für die neueste Gesetzebung aller deutschen Staaten, unter Mitwirstung vieler Gelehrten herausgegeben von Alexander Müller. — VI. Band, Heft 2. S. 144. Frankf. a. M., 1835.

- F. Frh. v. Gruben, Betrachtungen über bas bundesgesetzliche Schieds= gericht. Heft II. S. 150. Stuttgart, 1836.
- R. Frh. v. Runde, Patriotische Phantasien eines Juristen. XXI. S. 312. Olbenburg, 1836.

Dr. Debes, in Würzburg, Betrachtungen über ben Bundestagsbeschluß vom 30. Ott. 1834, die Einführung des Instituts der Schiedsrichter betreffend, mit besonderer Rücksicht auf die Anwendbarkeit desselben in Bayern, in v. Burs rhein Zeitschrift für Theorie und Praris des bayrischen Civils, Criminals und öffentlichen Rechts. II. heft 1. München, 1836.

Artikel I. Für den Fall, daß in einem Bundesstaate zwischen der Regierung und den Ständen über die Auslegung der Verfassung, oder über die Gränzen der bei Ausübung bestimmter Rechte des Regenten den Ständen eingeräumten Mitwirkung, namentlich durch Verweigerung der zur Führung einer den Bundespslichten und der Landesversassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel, Irrungen entstehen, und alle versassungsmäßigen und mit den Gesehen vereinbarlichen Wege zu deren genügenden Beseitigung ohne Erfolg eingeschlagen worden sind, verpslichten sich die Bundesglieder, als solche, gegen einander, ehe sie die Dazwischenkunft des Bundes nachsuchen, die Entscheidung solcher Streitigkeiten durch Schiedsrichter auf dem in den folgenden Artikeln bezeichneten Wege zu veranlassen.

Artikel II. Um das Schiedsgericht zu bilden, ernennt jede der siedzehn Stimmen des engern Rathes der Bundesversammlung aus den von ihr repräsentirten Staaten, von drei zu drei Jahren, zwei durch Charakter und Gesinnung ausgezeichnete Männer, welche durch mehrjährigen Dienst hinlängliche Kenntnisse und Geschäftsbildung, der eine im juridischen, der andere im administrativen Fache, erprobt haben. Die erfolgten Ernennungen werden von den einzelnen Regierungen der Bundesversammlung angezeigt, und von dieser, sobald die Anzeigen von allen siedzehn Stimmen eingegangen sind, öffentlich bekannt gemacht. Ebenso werden die durch freiwilligen Rücktritt, durch Krankbeit oder Tod eines Spruchmannes, vor Ablauf der bestimmten Zeit eintretenden Erledigungen von den Regierungen für die noch übrige Dauer der dreijährigen Frist sosort ergänzt.

Das Verhältniß dieser 34 Spruchmänner zu den Regierungen, welche sie ernannt haben, bleibt unverändert, und es gibt ihnen die Ernennung zum Spruchmann auf Gehalt oder Rang keinen Anspruch.

Artikel III. Wenn, in dem Art. I. bezeichneten Falle, der Weg einer schiedsrichterlichen Entscheidung betreten wird, so erstattet die betressende Regierung hiervon Anzeige an die Bundesversammlung, und es werden aus der bekannt gemachten Liste der 34 Spruchmänner in der Regel sechs Schiedsrichter, und zwar drei von der Regierung und drei von den Ständen, ausgewählt; die von der betheiligten Regierung ernannten Spruchmänner sind von der Wahl zu Schiedsrichtern sür den gegebenen Fall ausgeschlossen, sofern nicht beide Theile mit deren Bulassung einverstanden sind. Es bleibt dem Uebereinkommen beider Theile überlassen, sich auf die Wahl von zwei oder vier Schiedsrichtern zu beschränken, oder deren Bahl auf acht auszudehnen.

Die gewählten Schiedsrichter werden von der betreffenden Regierung der Bundesversammlung angezeigt. Erfolgt, in dem Falle der Vereindarung über die Berufung an das Schiedsgericht, und nachdem die Regierung den Ständen die Liste der Spruchmänner mitgetheilt hat, die Wahl der Schiedsrichter nicht binnen vier Wochen, so ernennt die Bundesversammlung die letzteren statt des säumigen Theiles.

Artikel IV. Die Schiedsrichter werden von der Bundesversammlung, mittelst ihrer Regierung, von der auf sie gefallenen Ernennung in Kenntniß gesetzt, und aufgefordert, einen Obmann aus der Jahl der übrigen Spruchmänner zu wählen; bei Gleichheit der Stimmen wird ein Obmann von der Bundesversammlung ernannt.

Artikel V. Die von der betreffenden Regierung bei der Bundesversammlung eingereichten Acten, in welchen die Streitfragen bereits
durch gegenseitige Denkschriften oder auf andere Art festgestellt senn
mussen, werden dem Obmann übersendet, welcher die Abfassung der
Relation und Correlation zwei Schiedsrichtern überträgt, deren einer
aus den von der Regierung, der andere aus den von den Ständen
Erwählten zu nehmen ist.

Artikel VI. Demnächst versammeln sich die Schiedsrichter, einschließlich des Obmannes, an einem von beiden Theilen zu bestimmenden, oder, in Ermangelung einer Uebereinkunft, von der Bundesversammlung zu bezeichnenden Orte, und entscheiden, nach ihrem Gewissen und eigener Einsicht, den streitigen Fall durch Mehrheit der Stimmen.

Artikel VII. Sollten die Schiederichter zur Fällung des definitiven Spruches eine nähere Ermittelung oder Aufklärung von Thatsachen für unumgänglich nothwendig erachten, so werden sie dieß der Bundesversammlung anzeigen, welche die Ergänzung der Acten durch den Bundestagsgesandten der betheiligten Regierung bewirken läßt.

Artikel VIII. Sofern nicht in dem zuletzt bezeichneten Falle eine Verzögerung unvermeidlich wird, muß die Entscheidung spätestens binnen vier Monaten, von der Ernennung des Obmannes angerechnet, erfolgen, und bei der Bundesversammlung zur weitern Mittheilung an die betheiligte Regierung eingereicht werden.

Artikel IX. Der schiedsrichterliche Ausspruch hat die Kraft und Wirkung eines austrägalgerichtlichen Erkenntnisses, und die bundessgesetzliche Erecutionsordnung findet hierauf ihre Anwendung.

Bei Streitigkeiten über die Ansatz eines Budgets insbesondere

erstreckt sich diese Kraft und Wirkung auf die Dauer der Steuerbewilligungs-Periode, welche das in Frage stehende Budget umfaßt.

Artikel X. Sollten sich über den Betrag der durch das schiedsrichterliche Verfahren veranlaßten, dem betheiligten Staate in ihrem ganzen Umfange zur Last fallenden Kosten Anstände ergeben, so werden diese durch Festsetzung von Seiten der Bundesversammlung erledigt.

Artikel XI. Das in den vorstehenden Art. I—X. näher bezeichenete Schiedsgericht findet auch zur Schlichtung der in den freien Städeten zwischen den Senaten und den verfassungsmäßiggen bürgerlichen Behörden derselben sich etwa ergebenden Irrungen und Streitigkeiten analoge Anwendung.

Der 46. Art. der Wiener Congresacte vom Jahre 1815 in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt erhält jedoch hierdurch keine Abänderung.

Artikel XII. Da es den Mitgliedern des Bundes unbenommen bleibt, sich darüber einzuverstehen, daß die zwischen ihnen entstandenen Streitigkeiten auf dem Wege des, Art. II., gebildeten Schiedsgerichtes ausgetragen werden, so wird die Bundesversammlung, eintretenden Falles, auf die hievon von den streitenden Bundesgliedern gleichzeitig gemachte Anzeige, nach Maaßgabe der Art. III—X., die Einleitung des schiedsrichterlichen Verfahrens veranlassen.

Nach diesem Beschlusse wurde hierauf in XXXVII. (gewöhnlichen) Sess. §. 506. S. 939. auf Präsidialantrag verabredet, die höchsten und hohen Regierungen zu ersuchen, die in Folge der vorerwähnten zwölf Artikel nunmehr zu ernennenden Spruchmänner der B. V. nahmhaft zu machen. —

Desfallsige Anzeigen geschahen von Würtemberg und Baden, Sess. XLI. §. 578. S. 1033; von K. Sachsen Sess. XLII. §. 592. S. 1047; von den freien Städten Sess. XLIII. §. 607. S. 1064; von Desterreich, Bayern, Hannover (welches letztere Prot. S. 1065. die Publication dieses Gesetzes im Königreich angezeigt hatte), Kurshessen, Gröhrzgthm Hessen, Luremburg, Gröhrzgl. und Hrzgl. Sächssische Häuser, Braunschweig und Nassau und der 16ten Stimme, Sess. XLIV. §. 612. S. 1068.

Die noch fehlenden kamen im folgenden Jahre 1835 von Mecklen=1835. burg und der 15ten Stimme, Sess. I. §. 14. S. 12; von Holstein und Lauenburg Sess. VII. §. 28. S. 132. und von Preußen Sess. X. §. 118. S. 240., worauf in denselben Sess. X. §. 119. S. 241. auf Präsidialantrag beschlossen wurde, das Verzeichniß der ernannten Spruch=

manner pro erstes Triennium 1835, 1836 und 1837 offentlich bekannt zu machen. Prot. S. 241.

Siehe dieses Verzeichniß im Anhang zu dieser Fortsetzung als Tabelle III. a.

- Im Jahre 1837, Sess. XXV. §. 286. S. 665. machte Präsidium barauf aufmerksam, daß die Zeit von drei Jahren, für welche die Spruchmänner ernannt worden sepen, mit dem laufenden Jahre zu Ende gehe und daher im Anfange des nächsten die Anzeige der für das zweite Triennium ernannten Spruchmänner zu geschehen habe, worauf sämmtliche Gesandtschaften es übernahmen, diesen Gegenstand den höchsten und hohen Regierungen gegenwärtig zu halten. —
- Die Anzeigen erfolgten hierauf im Jahre 1838 von Bayern, K. Sachsen Hannover, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Grßhrzgthm. Hefsen, Holstein und Lauenburg, Grßhzgthm. und Hzgthm. Sachsen, Braunschweig und Nassau, Medlenburg, der 15ten Stimme, der 16ten und 17ten Stimme in Soss. I. S. 15. S. 60; von Desterreich, Preußen und Luremburg in Soss. VIII. S. 106. S. 301. In derselben Sitzung wurde nun auf Antrag des Präsidium, da nun alle Abstimmungen erfolgt, beschlossen, wie früher, das Verzeichniß der ernannten Spruchmänner pro zweites Triennium 1838, 1839, 1840 öffentlich bekannt zu machen. Prot. S. 321.

Siehe dieses Verzeichniß im Anhang zu dieser Fortsetzung als Tabelle III. b.

- Noch vor Ablauf dieses zweiten Trienniums i. J. 1840, Sess. XXV. §. 298. S. 498 brachte Präsidium in Erinnerung, daß der Auftrag der Spruchmänner, welche für die Jahre 1838, 1839 und 1840 ernannt worden sepen, mit dem laufenden Jahre zu Ende gehe, damit auf die Erneunung der für ein weiteres Triennium zu bestellenden Spruchmänner Bedacht genommen und solche dahier angezeigt werden könnten, was sämmtliche Gesandtschaften der hohen und höchsten Regierungen gegenwärtig zu halten übernahmen. —
- Noch in demselben Jahre 1840 erfolgten Anzeigen von Grßhrzgthm. Hessen, in Sess. XXVI. §. 304. S. 519 und Desterreich, Sess. XXVIII. §. 328. S. 555; i. J. 1841 die Anzeigen von Bayern, Hannover, Würtemberg, Baden, Braunschweig und Nassau, und der 17ten Stimme, in Sess. I. §. 4. S. 3; von K. Sachsen, Kurhessen, Danemark sür Holstein und Lauenburg, und von Grßhzgthm. und Hrzgthm. Sachsen, in Sess. II. §. 26. S. 20; von Niederlanden für Luremburg und der 15ten Stimme, in Sess. III. §. 51. S. 69; von Preußen, in Sess.

IV. §. 61. S. 85; von Mecklenburg, in Sess. V. §. 72. S: 92; von der 16ten Stimme, in Sess. VI. §. 87. S. 124. Da nun sämmtliche Anzeigen vorhanden waren, gab Prässdium ebendaselbst anheim, das Verzeichniß der nunmehr neuerdings für die Jahre 1841, 1842 und 1843 von sämmtlichen siebenzehn Stimmen ernannten Spruchmänner sowahl in das Protokoll niederzulegen, als auch solches, zusolge des Plenarbeschlusses vom 30. Oktbr. 1834, durch die Frankfurter Zeitungen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, womit sämmtliche Gesandtschaften einverstanden waren. —

Siehe dieses Verzeichniß im Anhang zu dieser Fortsetzung als Xabelle III. c.

Das dritte Triennium ging mit dem Jahre 1843 zu Ende, doch 1843. noch vor Ablauf desselben, (1843) gab Präsidium in Sess. XXV. §. 259. Prot. S. 590. anheim, daß auf die Ernennung der für die nächsten drei Jahre zu bestellenden Spruchmänner Bedacht genommen werde, was sämmtliche Gesandtschaften übernahmen, den höchsten und hohen Regierungen gegenwärtig zu halten. —

Anzeige von Ernennung der Spruchmänner macht in Sess. XXVI. §. 274. S. 666. Agr. Sachsen, Hannover, Kurhessen, Großhrzgthm. Hessen, Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, Niederlande wegen Grßhzgthm. Luremburg, Braunschweig und Nassau, die 16te und 17te Stimme, ferner in Sess. XXVII. §. 288. S. 692.-Würtemberg und Baden. — Im folgenden Jahre 1844 machten noch ferner hierüber 1844. Anzeige in Sess. I. §. 8. S. 6. Desterreich, Preußen, Bayern und die 15te Stimme, — in Sess. V. §. 52. S. 89. Grzhzgl. und Hrzgl. Sächsische Häuser, und Mecklenburg Schwerin und Streliß. —

Da nunmehr die Ernennung sämmtlicher Spruchmänner für das vierte Triennium 1844, 1845, 1846 erfolgt, so bemerkte Präsidium ebendaselbst, daß das Verzeichniß derselben in das Protokoll niederzuslegen und zugleich in Gemäßheit des Plenarbeschlusses vom 30. Oktbr. 1834, Art. 2: durch die Frankfurter Zeitungen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen seyn werde, womit die B. V. einverstanden war. —

Siehe dieses Verzeichniß im Anhang zu dieser Fortsetzung als Tabelle III. d.

Das Schiedsgericht wurde zum Erstenmäle im J. 1838 von der 1838. Kurhessischen Ständeversammlung, ihre Differenz mit der Kurhessischen Schen Regierung wegen der sogenannten Rothenburger Quart betreffend, "ob nehmlich die Einkunfte der mit dem Aussterben der Fürstl.

Hessen-Rothenburger Linie angefallenen Domanen zur Staatskasse fließen oder dem Landesherrn als privatives Eigenthum gehören sollen" angerufen, indem sie das Gesuch dahin gerichtet (s. Prot. S. 897.):

"Hohe B. B. wolle ihren Einfluß bei der Kurfürstl. Hessischen Staatsregierung dahin verwenden, damit diese die obwaltende Differenz, sen es auf dem, durch den Bundesbeschluß vom 30. Oktbr. 1834 vorgezeichneten Wege oder in sonst geeigneter Weise zur rechtlichen Erledigung führe."

Der Königl. Sächsische Gesandte erstattete Namens der Reclamationscommission, Prot. Sess. XXX. §. 340. S. 897 u. sigde., einen Vortrag barüber und trägt barauf an, S. 931:

> "daß dem Bevollmächtigten der Kurhessischen Ständeversammlung auf dessen Eingabe eröffnet werde: dem Gesuche der Kurhessischen Ständeversammlung könne keine Folge gegeben werden, weil die Voraussehungen, unter denen der Bundesbeschluß vom 30. Oktbr. 1834 Anwendung sinde, nicht vorhanden seven und eine sörmliche Rechtsverweigerung nach Art. 29. der 28. Schl. A. nicht vorliege." —

Es wurde jedoch auf Prasidialproposition, ebendas. S. 931, beschlossen:

- 1) "daß die Kurfürstl. Hessische Regierung um ihre Erklärung über die Eingabe der Kurhessischen Ständeversammlung zu ersuchen, und
- 2) "ber Commissionsvortrag an die höchsten und hohen Regierungen mit dem Ersuchen einzusenden sen, die Gesandtschaften darüber mit Rücksicht auf die zu erwartende Erklärung der Kurhessischen Regierung mit Instruktionen versehen zu wollen." —

Diese zu erwartende Erklärung übergab der Gesandte von Kurhessen aussührlich in Sess. XXXIV. §. 376. S. 1033, worin einer
desinitiven Abweisung des vorliegenden ständischen Gesuchs vertrauensvoll entgegengesehen wird. — Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent
könnten — heißt es darin — bei Streitigkeiten mit seinen Landskänden
eine Competenz der B. B. aus dem Art. XXIX. der B. Schl. A., als in
dem Art. LXI. dieser Akte nicht begründet, nicht anerkennen, so lange
solche nicht durch eine authentische Interpretation des gedachten Art.
LXI. sörmlich sestgestellt seyn werde. — Ebenso wenig werde auf den
vorliegenden Fall der Bundesbeschluß vom 30. Oktor. 1834 Anwendung sinden können, der ja nur einen Theil des Art. XX. der Schl. A.

der Wiener Ministerialconferenzen ausmache, so daß ersterer aus dem sonstigen Inhalte des letzteren zu interpreturen und ex ratione legis hier anwendbar sen. —

Der Fall, in welchem die Stände eine als wirklich verausgabt nachgewiesene Summe als effectiven Kassenvorrath zurechnen wollen, sev ebenso, wie der Fall, wenn sie eine wirklich nicht eingenommen werdende Summe im Widerspruche mit der Regierung in Einnahme stellen, als eine so offenbar nicht zu rechtsertigende Steuerverweigerung zu betrachten, daß deren Unstatthaftigkeit nicht erst durch ein Schiedsgericht auszusprechen, sondern sofort die Hülse des Bundes nach Maaßgabe des Art. 2: des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832 zu gewähren sen.

Auf diese Erklärung wurde S. 1036. beschlossen:

"die vorstehende Erklärung, unter Bezugnahme auf den Beschluß vom 25. Oktbr. d. J. (§. 340.) an die höchsten und hohen Regierungen einzusenden." —

Diesem Beschluß zu Folge wurden im folgenden Jahre 1839 die 1839. Erklärungen und Abstimmungen abgegeben, deren wesentlichste Mo=mente wir im Allgemeinen hier anführen wollen.

Desterreich, Sess. II. §. 25. S. 83. könne nur der Meinung beipstichten, daß der erwähnte, das Bundes-Schiedsgericht betressende Beschluß der B. V. das Recht nicht einräume, sich in der von den Ständen gebetenen Weise bei ihrer Regierung zu verwenden, indem das Institut des Bundes-Schiedsgerichts, wie es gleichmäßig aus den Worten des dieskälligen Beschlusses, wie aus der Geschichte der Entstehung dieses letzteren hervorgehe, ein rein facultatives sen, welches deutsche Ständeversammlungen anzurusen niemals besugt, und die Regierungen, dem Bunde gegenüber, nur in gewissen Voraussetzungen, welche die Sachlage, wie sie gestaltet sen, nicht darbiete, zu benutzen verpflichtet senen.

Eben so wenig vermöge der K. K. Hof den Art. XXIX. der W. Schl. A. auf den vorliegenden Fall anwendbar zu sinden; denn der Wortlaut des Art. LXI. der W. Schl. A. allein wurde dazu genügen, den K. K. Hof abzuhalten, für eine, die durch den Art. LXI. gezeichneten Grenzen überschreitende Einwirkung der B. V. in die fragliche Angelegenheit zu stimmen. —

Die diesseifige Ansicht ware deshalb:

"Es könne dem Gesuche ber Kurhessischen Ständeversammlung keine Folge gegeben werden, weil die Voraussetzung, unter welcher

der Bundesbeschluß vom 30. Oktbr. 1834 Anwendung zu sinden habe, nicht vorhanden sen, und weil für die B. B. ein anderweiter Titel, von vorliegender Streitsache Kenntniß zu nehmen, nach Maaßgabe Art. LXI. der W. Schl. A. nicht bestehe."—

Solstein und Lauenburg, sowie auch Braunschweig und Rassau, Soss. XI. S. 156. S. 383. dieser Abstimmung ihrem ganzen Inhalte nach beitritt; und ferner die 16te Stimme, Soss. XIV. S. 189. S. 504., welche unter Bezugnahme auf die in dem Commissionsvertrage und der K. K. D. Abstimmung entwickelten Gründe, daß dem Gesuch keine Folge gegeben werbe, stimmt. —

Preußen beziehet sich, Sess. III. §. 35. S. 98., in seiner Erklärung zunächst auf den Wortlaut des Art. XXIX. der W. Schl. A., der bessen Anwendung hier schon nicht gestatte.

So lange baher nicht nachgewiesen worden sen, daß nach der Kurhessischen Verfassung eine Competenz der dortigen Gerichte zur Entscheidung der mehrgebachten Differenz zwischen der Regierung und
der Ständeversammlung vorhanden, und daß demnach der Fall verweigerter oder gehemmter Rechtspslege wirklich vorhanden sen, erscheine
eine Einschreitung der B. B. auf Grund des Art. XXIX. der W. Schl.
A. nicht gerechtsertigt, und es könne die Anwendbarkeit des gedachten
Artikels auf den vorliegenden Fall nur verneint werden. —

Es leide ferner keinen Zweifel, daß, da die Berufung auf ein Schiedsgericht, wie für die Stande, so auch für die Regierungen, nach dem Beschlusse vom 30. Oktbr. 1834, nicht obligatorisch, sondern nur facultativ sen, die B. B. auf den Grund dieses Beschlusses nicht berechtigt erscheine, aus dem einseitigen Anrufen von Ständeversammlungen Veranlassung zu nehmen, die Niedersetzung eines Bundes-Schiedsgerichts einzuleiten. — Eben fo wenig ließe sich in Abrede stellen, daß jener Bundesbeschluß nur in sofern die Regierungen ver= pflichte, das Schiedsgericht zu veranlassen, als sie die Dazwischenkunft des Bundes nachzusuchen willens seven. — Ob aber die Regierungen nicht in Folge ander weitig unter ben Bundesgliedern in Wien stattgehabter Vereinbarungen, beren Vergegenwärtigung man bei allen voraussetzen durfe, sich selbst gegenüber in den Fall kommen konnten, auch abgesehen von den Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 30. Oktbr. 1834, ein Schiedsgericht zu veranlassen, sen eine andere Frage, deren Beurtheilung und Beantwortung von dem Inhalte des whachten Beschlusses unabhängig sen,

In der zuversichtlichen Erwartung, daß die Kurhessische Regierung im Allgemeinen nicht Anstand nehmen werde, wenn der Fall eintreten sollte, den zwischen sämmtlichen Bundesregierungen i. I. 1834 zu Wien stattgehabten Verabredungen und der darin gegenseitig übernommenen Verpflichtung im acht söderativen Sinn nachzukommen, wird es nicht nothig seun, auf eine nähere Erörterung der für einen noch nicht wirklich vorhandenen Fall in Betracht kommende Momente jetzt schon einzugehen. —

In Folge des Gesagten pflichte man der Abweisung des Gessuchs bei. --

Dieser Abstimmung schließen sich Niederlande wegen Großherzogthum Luremburg, Sess. VII. S. 92. S. 231., ihrem ganzen Inhalte nach in allen Punkten an.

Bayern spricht sich, Sess. IV. §. 55. S. 117., bahin aus:

Die Absicht der Bundesregierungen beim Entstehen der Grundverträge, deren Zweck die Erhaltung der innern Sicherheit Deutschlands sen, könnte keine andere senn, als einem Zustande von Rechtlosigkeit für alle denkbaren Fälle vorzubeugen. — Als ein solcher Zustand würde es aber zu betrachten senn, wenn eine abhelfende Einwirkung des Bundes nur durch das verwersliche Mittel der Widersetzlichkeit und des Aufstandes (Art. XXVI. der W. Schl. A.) herbeigeführt werden könnte. — Nur in solchem Sinne könne Se. Majestät der König die 28. Schl. A. in allen ihren Artikeln, sowie das Schlußprotokoll der Wiener Conferenzen von 1834 und den harauf gegründeten Bundesbeschluß vom 30. Oktbr. 1834, durch welchen der Art. LXI. der, W. Schl. A. hinsichtlich bes Bundes-Schiedsgerichts eine Ausdehnung erhalten habe, verstehen, wie solches auch aus der Prasidialeröffnung vom 30. Oktbr. 1834 klar hervorgehe. — Es könne daher nicht außer der Competenz der B. A. liegen, bei einer Bundesregierung dafür einzuschreiten, daß die landesverfassungsmäßigen Wege zur Entscheidung bestehender Differenzen in landständischen Angelegenheiten nicht verschlossen und dadurch gesetwidrige Versuche zur Behauptung angesprochener ståndischer Rechte verhütet werden. — — Es werde nicht in Abrede zu ziehen senn, daß es, um eine Werfassungsstelle als zwei= felhaft zu betrachten, genüge, wenn die Zweifel auch nur von einer Seite erhoben werben.

Die B. B. werbe zu der Kurhessischen Regierung mit Recht vertrauen, daß sie selbst geneigt senn werde, dem verfassungsmäßigen Mittel zur Exledigung der obwaltenden Contestation Raum zu geben. Dem Begehren ber Stånde aber stehe für jetzt allerdings entgegen, daß die gehörige Verfolgung der in der Kurhessischen Verfassung vorgezeichneten Wege zur Herbeisührung gesetzlicher Entscheidung jener Differenz von ihnen noch nicht nachgewiesen sen, weshalb auch auf deren vorliegendes Gesuch dermalen nicht einzugehen, sondern dem Bevollmächtigten derselben zu eröffnen senn werde, daß die Voraussesungen zu einer Einwirkung der B. A. in Gemäßheit des Bundesseschlusses vom 30. Oktor. 1834 zur Zeit nicht vorhanden senen.

Sach sen, ebenbaselbst S. 118., erklart, daß die im Art. XXIX. der W. Schl. A. vorgesehene Einwirkung der B. B. bei wirklich nachgewiesener Justizverweigerung, auch ber Kurhessischen Stanbeversammlung - minbestens in ben Fallen, wo es sich, wie hier, um Bermogensrechte, nicht aber um Ausübung politischer Rechte handele — nicht zu versagen sen, und daß ebenso, unter gewissen Voraussetzungen, die Wirksamkeit bes burch ben Bundesbeschluß vom 30. Okthr. 1834 eingeführten Bundes-Schiedsgerichts einzutreten haben werbe, beibe jedoch hier nicht anwendbar seven. — Es werbe baher für jett genügen, wenn, ohne Hinweisung auf jene bundesgesetzlichen Normen, ben Reclamanten auf das angebrachte Gesuch im Allgemeinen nur so viel eröffnet werde: "baß eine Verwendung der B. B., behufs der Erledigung ber zwischen ber Kurhessischen Ständeversammlung und ihrer Regierung obschwebenden Differenz, bermalen noch nicht eintreten könne, ba von ben Reclamanten nicht nachgewiesen worden sen, baß bereits alle nach ben Bestimmungen ber Berfassungsurkunde und ben Gesetzen bes Kurstaats Hessen zulässigen rechtlichen Entscheidung ber fraglichen Differenz ohne Erfolg eingeschlagen worden seven."

Hannover erklart in berselben Sitzung, S. 119., im Wesentlichen, baß man sich diesseits vor Allem niemals mit dem allgemeinen Sate einverstanden erklaren könne, "daß dem Deutschen Bunde die Besugniß beiwohne, und die Pflicht obliege, einer Ständeversammlung in Streitsachen mit der Regierung, die an und für sich zu einer rechtlichen Entscheidung geeignet seyn könnten, rechtliches Gehör gegen die Landebregierungen zu gewähren, sofern nicht in der Landebversassung ein Anderes besonders vorgeschrieben sey."

Vielmehr dürfe von einem Einschreiten des Bundes, auf den Grund und nach Maaßgabe des Art. XXIX. der W. Schl. A., zur Beseitigung von Rechtsverweigerungen lediglich nur dann die Rede seyn, wenn der in der Verfassung eines Bundesstaates in objektiver wie in subjektiver Hinsicht zweiselsfrei begründete Rechtsweg verweigert oder gehemmt,

und wenn hierüber ausdrücklich Klage geführt sey. Unmöglich aber liege es in der Competenz des Bundes, einen, nach allgemeinen Begriffen etwa zulässig erscheinenden Rechtsweg in einem Bundesstaate zu eröffnen, auf bessen Berfassung ein solcher nicht beruhe, indem die Annahme eines Princips der letztgedachten Art zu Abänderungen der Landes-Justizverfassungen sühren müsse, die mit den Grundgesetzen des Bundes in offenkundigem Widerspruche stehen würden. — — Zussolge Art. 1. des Bundesbeschlusses vom 30. Oktor. 1834 könne indes die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Bundesregierungen und deren Landständen durch das Bundes-Schiedsgericht nur von Seiten der Regierungen veranlaßt werden, und zwar auf dem in den folgenden Artikeln (in specio Art. 3.) bezeichneten Wege, daß eine zwischen dem Landesherrn und den Ständen getrossene Vereinbarung über die Berufung an das Schiedsgericht dabei vorausgesetzt seyn solle.

Die Königl. Regierung stimme baher — da der Art. LXI. eine willkührliche Einmischung des Bundes in Streitigkeiten zwischen den Bundesregierungen und deren Stände, so lange, wie hier eine besontere Verfassungsgarantie nicht übernommen worden, für unzulässig ausgesprochen habe — für eine völlige Zurückweisung des Antrages.

Grßhrzgl. u. Herzgl. Sächsische Häuser stimmen ebendaselbst, S. 120., "dem Gesuche der Kurhessischen Ständeversammlung keine Folge zu geben," — die Kurfürstl. höchste Regierung jedoch gleichzeitig und eventuell zu ersuchen, die in Ansehung der Budgetöfrage streitig bleibenden Punkte, gemäß der beiden jüngsten Wiener Cabinetsconferenzen gegen die übrigen Bundesglieder übernommenen Verpflichtung und in dem dort verabredeten Maaße ihrer Erledigung zusühren zu lassen.

Dem Gesuche keine Folge zu geben, stimmt ferner ebendaselbst die 15te Stimme.

Grßhrzgthm. Heffen stimmt Soss. V. S. 72. S. 180.: "daß die reclamirenden Stände zu bedeuten seven, wie eine Einwirkung des Bundes in dieser Sache bei beren gegenwärtiger Lage bundesgessetzlich nicht begründet erscheine."

Ebendaselbst Mecklenburg-Schwerin und Strelitz sindet eine durchaus richtige Beurtheilung in dem Vortrage der Reclamationscommission, und stimmt, mit Rücksicht auf die von der Kurfürstl. Regierung abgegebenen Erkärung, daß die Reclamanten mit ihrem Gesuche, wie solches bisher angebracht worden, von der B. B. abzuweisen seven.

Baben pflichtet Soss. VIII. §. 103. S. 269. ber Ansicht bei, daß der Art. AXIX. der W. Schl. A. auf den vorliegenden Fall keine Anwendung sinde, da er seinem Wortlaute und Sinne nach nur auf solche Streitigkeiten bezogen werden konne, welche ihrem Gegenstande nach dem Privatrechte angehören, und in sosern vor den Civilrichter gewiesen senen; — ebenso halte man dießorts die Berusung auf den Bundesbeschluß vom 30. Oktbr. 1834 für unstatthaft. — Das gegen dürse die Kurfürstl. Regierung, gemäß den letzten Wiener Cadinetsconferenzen, nicht umhin können, die vorliegende Differenz, welche mit der Trennung des Staatsguts und des Kurfürstl. Hausssteicomißvermögens zusammenhänge und zulezt nothwendig eine Budgetfrage werde, auf dem vorgezeichneten schiedsrichterlichen Wege zur rechtlichen Erledigung zu bringen.

Indem man dem Antrage auf Abweisung des Gesuchs beistimme, glaube man, daß nach vorliegender Sachlage die Kurhessische Regierung auf die Anwendbarkeit der zuletzt gedachten Bestimmungen auf den vorliegenden Fall in geeigneter Weise ausmerksam zu machen seyn dürfe.

Die 17te Stimme schließt sich Soss. IX. §. 128. S. 332., unter Berücksichtigung der Präsidialeröffnung vom 30. Oktbr. 1834, dem in der Königl. Preußischen Abstimmung geäußerten Vertrauen in die diesem Iwecke entsprechenden söderativen Gesinnungen der Kur-hessischen Regierung an.

Würtemberg ist Sess. XIV. §. 189. S. 504. ber Ansicht, baß, wie bereits in dem Commissionsvortrage, nicht weniger in der Königl. Bayrischen und der Königl. Sächsischen Abstimmung angedeutet worden, im Allgemeinen dahin zu erwidern sey: "daß auf die nachgesuchte Verwendung der B. B., behufs der Erledigung der mit der Kurhessischen Regierung vorwaltenden Differenz, dermalen nicht eingegangen werden könne, da zur Zeit weder die Boraussetungen zu einer Einwirkung der B. B. in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 30. Oktor. 1834 vorliegen, noch nachgewiesen sey, daß bereits alle nach den Bestimmungen der Versassungsurkunde und den Gesetzen des Kurstaats Hessen zulässigen Wege zur rechtlichen Entscheidung jener Differenz ohne Ersolg eingeschlagen worden seven.

Präsidium äußerte hierauf (ebendas. S. 504), sämmtliche Abstimmungen senen erfolgt, worauf nach den Erklärungen der Mehrheit besschlossen wurde:

"den Bevollmächtigten der Kurhessischen Ständeversammlung zu bescheiben, daß dem Gesuche der Ständeversammlung keine Folge gegeben werden könne."

Die richterliche Befugniß ber Bunbesgewalt findet ferner statt:

VI. Bei Entscheidung (als weitere Aussührung des Art. LXIII. der W. Schl. A.) der in gegründeten Beschwerden vorkommenden streitigen Rechtsfragen der Mediatisirten 5) durch eine eigene richterliche Instanz.

Die Veranlassung diesen Gegenstand — s. auch Prot. v. I. 1816, Sess. VII. S. 31. S. 108. u. 143. und Prot. v. I. 1817, Sess. I. S. 5. S. 4, — in Berathung zu ziehen, gab eine Vorstellung des Erbprinzen Constantin zu Löwenstein=Wertheim, Namens beinahe sämmtlicher mediatisirten Reichsstände i. I. 1834. Eingabeprot. Nr. 37, die 1834. zwei Anträge enthält, mit welchen derselbe von der Ministerialconserenz in Wien an die B. B. verwiesen worden war; einen auf Ertheilung einiger Curiatstimmen in pleno der B. B. nach Anleitung des Art. 6. der B. A., einen zweiten auf Comittirung eines Austrägalgerichts oder einer sonstigen richterlichen Instanz von Seiten der B. B. zur Entsscheidung der in gegründeten Beschwerden der Mediatisirten vorkommenden streitigen Fragen, s. Prot. v. I. 1835, S. 787—794. — 1835. Ueber diese Vorstellung erstattet in Sess. XXII. S. 367. S. 727. der Königl. Dänische Gesandte, Namens der Commission für die Ange-

5) S. unter andern: Gruner über bie Stanbesherrn, in Luben Remesis Bb. III. St. 2. (1814.) 273—293. —

3. P. von Sensburgs Entwurf für eine umfassende und gleichheitliche Bestimmung ber standes = und grundherrlichen Rechtsverhaltnisse. Karleruhe, 1821. - Archiv für Standes = und grundherrliche Rechte und Verhaltnisse, Geschichte und Statistik alter und neuerer Zeit. Karleruhe und Baben 1821 u. 1822. — R. Boligraff, bie teutschen Stanbesherrn, ein historisch publicistischer Bersuch. Gießen 1824. — Weisse, programma de judicio parium in causis criminalibus principum Germaniae alieno imperio subjectorum. 1828. — X. W. Peffter, Beiträge zum beutschen Staats - und Fürstenrecht. Berlin 1829. I. S. 1. - 3. 2. Rlüber, Abhanblungen und Betrachtungen für Geschichtstunde, Staats = unb Rechtswiffenschaft. Frankf. a. M. 1830. IV. S. 83. - E. v. Drefch, Abhandlungen über Gegenstände bes öffentlichen Rechts. München 1830. IV. S. 119. — J. R. Rohler, Bandbuch bes beutschen Privatfürstenrechts bes vormals reichsstänbischen jest mittelbaren Fürsten und Grafen. Sulzbach 1832. S. 115. S. 306. — Betrachtungen über bie Unzulänglichkeit bes XIV. Art. ber beutschen Bunbesakte zur Befriedigung ber mediatisirten Reichsstände u. f. w. (von Gr. Durchlaucht bem verftorbenen Erbprinzen Conftantin zu Bowenstein.) Beibelberg 1833. — Ueber bie Unverletbarteit ber ftanbesherrlichen Gigenthumsrechte, von Dr. R. Vollgraff. Marburg 1837. —

legenheiten ber Mediatisirten, Vortrag, und außert sich in dem Gutachten unter anderem: "was die Ertheilung der Curiatstimmen andelange, so ergebe die Absassung der Eingabe in dieser Beziehung nicht sowohl die Absicht, daß diese Frage gegenwärtig entschieden werde, als vielmehr den Zweck, die Ansprüche, welche der Art. 6. den Mediatisirten auf Berathung dieses Gegenstandes dei hoher B. B. gewähre, für die Zukunft sich offen zu halten und durch die der Conferenz übergebene Deduktion zu empsehlen. — Die Commission glaube deßhalb einer Erörterung dieser Frage für jetzt sich entheben zu können."

In Ansehung des Antrags auf Gewährung einer richterlichen Instanz zur Entscheidung streitiger Rechtsfragen bei begründeten Beschwerben den der Mediatisirten, gehet zuerst das Gutachten in spezielle Prüfung ein, in wie fern dieser Antrag mit der bestehenden Bundesgesetzgebung über den Rechtsstand der vormaligen Reichsangehörigen sich vereinigen lasse. — Hieraus wird entwickelt, daß die Competenz der B. B. in solgenden Fällen eintritt:

vor Grundung des Rechtszustandes der Mediatisirten,

- 1) wenn sie wegen Nichterlassung ber Bollzugsverordnungen reclamiren;
- 2) wenn sie über die hierin bestimmte Weise der Vollziehung des Art. 14. der B. A. Beschwerde erheben;

nach Gründung des Rechtszustandes,

3) wenn ihnen die gesetzliche und verfassungsmäßige Rechtshülfe verweigert werde,

ober

4) wenn zu ihrem Nachtheil eine einfeitige legislative Erklärung ber burch die B. A. ihnen zugesicherten Rechte erfolge.

Ferner wird dann in dem Gutachten, durch die Bemerkungen, welche in der Eingabe selbst enthalten und durch den Bescheid der Wiener Ministerialconferenz gegeben sind, Veranlassung genommen, die Fragen gründlich zu erörtern:

- 1) ob das Bedürfniß der Dazwischenkunft einer richterlichen Stelle von Bundeswegen für die in der Eingabe angegebenen Entscheidungsfälle anzuerkennen sen; hiernächst aber
- 2) ob und in welcher Art die B. B. die in dem gedachten Bescheibe bezeichneten, bestimmten, den rechtlichen Ansprüchen der Betheiligten angemessenen Vorschriften herbeizusühren habe. Das Gutachten schließt mit den Worten: "Die Commission glaube

in ihren Vorschlägen die Mittel anzuzeigen, wie die dem Bunde durch Art. 14. der B. A. und Art. 63. der B. Schl. A. in den Angelegensheiten der Mediatisirten übertragene Aufgabe auf eine für die Berückssichtigung aller eintretenden gerechten Ansprüche befriedigende Weise zu lösen sen:

"In bieser Ueberzeugung fasse die Commission ihre Anträge bahin zusammen:

- gen die zur Bollziehung des Art. XIV. der B. A. erlassen nen landesherrlichen Verordnungen dem in anderweitigen Rechtssachen des reclamirenden Mediatisirten beikommens den Landesgerichte zweiter Instanz jedesmal von der B. B. der nicht abzulehnende Auftrag zu ertheilen sein, innerhalb einer zu bestimmenden Frist den Streitfall in seinem ganzen Umsange für eine desinitive Entscheidung zu instruiren;
- ,,2) daß die definitive Entscheidung nach den Umständen von der B. B., oder auf einen durch Stimmenmehrheit zu hoffenden Beschluß von einer, von der B. B. angeordneten, richterlichen Instanz in deren Auftrag und Namen abzugeben sen;
- manner für das Bundes-Schiedsgericht erwähle, und daß von diesen einzelnen Fall das burch gebildet werbe, daß die B. B. durch Stimmenmehreheit vier Mitglieder für dieselbe aus der Liste der Spruchmanner für das Bundes-Schiedsgericht erwähle, und daß von diesen erwählten vier Mitgliedern, oder, bei Stimmengleichheit unter ihnen, von der B. B. ein fünftes Mitglied als Obmann aus derselben Liste gewählt werde; daß aber alle übrigen, nicht auf die anders normirte Bilbung des Bundes-Schiedsgerichts und nicht auf nur zwisschen Regierungen und Ständen vorkommende Streitgegenstände bezüglichen Bestimmungen des Bundesbesschlusses vom 30. Oktor. 1834 auch bei dieser richterlichen Instanz und ihren Aussprüchen eintreten."

Hierauf wurde auf Präsidialantrag beschlossen:

"binnen zwei Monaten über den in Rede stehenden Gegenstand abzustimmen."

Die Abstimmungen hierauf erfolgten nach chronologischer Ordnung zuerst in Soss. XXVI. S. 421. S. 877. von der 12ten Stimme, den Ansichten und Vorschlägen der Commission durchgängig beipflichtend. Dem Commissionsantrage stimmt ferner bei in Sess. XXVII. §.438. S. 915. Desterreich, vorbehaltlich derjenigen Modisicationen, welche zur Vervollständigung und weiteren Ausbildung dieses Instituts noch etwa in Antrag gebracht und zweckmäßig würden besunden werden; ohne jenen Vorbehalt ebendaselbst Dänemark wegen Holstein und Lauenburg; desgleichen in Sess. XXIX. §. 478. S. 1111. die 14te, 15te, 16te und 17te Stimme. — In Soss. XXX. §. 493. S. 1133. pslichtet Großherzogthum Hessen im Wesentlichen dem Commissionsantrage bei, beantragt jedoch ebendaselbst nach näherer Motivirung eine Modisication der Fassung des ersten Absahes, etwa in solgender Weise:

"baß bei, nach Maaßgabe des Art. 63. der Schl. A. von 1820, an die B. B. gelangenden Reclamationen ehemaliger Reichsangehörigen, einem Landesgerichte zweiter Instanz jedesmal von der B. B. der nicht abzulehnende Auftrag zu ertheilen sey, innerhalb einer zu bestimmenden Frist den Streitfall in seinem ganzen Umfange für eine definitive Entscheidung zu instruiren."

In demfelben Jahr 1835 gab in Sess. XXXI. §. 506. S. 1150. Preußen eine Erklärung ab, und ertheilt in derselben den Commissions-Anträgen seine volle Zustimmung; — schlägt jedoch dabei, nach näherer Beleuchtung des Commissionsvortrags überhaupt, vor, die von der Commission beantragte Bestimmung ad 1. etwa in folgender Art zu fassen:

"daß bei Reclamationen von mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen oder Gliebern des ehemals unmittelbaren Reichsadels gegen die zur Bollziehung des Art. 14. der B. A. erlassenen landesherrlichen Verordnungen, jedesmal, und bei Reclamationen gegen spätere einseitige legislative Erklärungen der durch die B. A. ihnen zugesicherten Rechte, so oft das Bedürfniß dazu sich zeigt, dem in anderweiten Rechtssachen der Reclamanten zuständigen Landesgerichte zweiter Instanz von der B. B. durch die betreffende Landesregierung der nicht abzulehnende Auftrag zu ertheilen sen, innerhalb einer zu bestimmenden Frist den Streitfall in seinem ganzen Umsange sur eine besinitive Entscheidung, nach der von dem Gerichtshose überhaupt beobachteten Prozessordnung, und zwar, wenn ein Anderes nicht particularechtlich hergebracht sen, nach der Verhandlungsmarime des gemeinen Civilprocesses zu instruiren."

1836. Im folgenden Jahre 1836 stimmt zunächst in Sess. II. S. 35. S. 79. Hannover, und sucht in ausführlicher Entgegnung auf das Commissionsgutachten barzuthun, warum es seine Zustimmung zu den gemachten Propositionen versage; es macht jedoch neue, von dem Conmissionsantrage abweichende Vorschläge, basirt auf das Hauptprincip, daß eine jede, das Rechtsverhältniß der Standesherrn zu den betreffenden Regierungen bestimmende Entscheidung ohne Ausnahme von der B. V. unmittelbar erfolgen und ausgehen musse.

"Was die Instruction der zur Competenz der B. B. erwachsenden Differenzen der fraglichen Art anbelange, so würde es sowohl zu der allerdings wunschenswerthen Beschleunigung bes Geschäftsganges und Erleichterung der B. B. gereichen, als den wesentlichen Zwecken, namentlich auch dem einer billigen und angemeffenen Vertheilung der Arbeit, entsprechen, wenn die Vorbereitung der Streitsachen zur Fällung bes Urtheils der collegialischen Leitung eines Bundestags=Aus= schusses übertragen wurde. — Ein solcher Ausschuß mare für jeden einzelnen Fall burch Wahl der B. B. nach Mehrheit der . Stimmen aus einigen wenigen Mitgliedern, und zwar aus Gefandten berjenigen Regierungen zusammenzusepen, welche lettere bei dem Ausgange ber Sache nicht bas minbeste unmittelbare Interesse hatten. — Auch wurden für mögliche Werhinderungsfälle, wie dieß in der Geschäftsordnung für die Bundestags=Commission vom 29. April 1819 ohnehin schon vorgeschrieben sey, sofort ein ober mehrere Ergänzungs= mitglieder zu ernennen senn."

"Diesem Ausschusse müßte sobann ausnahmsweise die Besugniß ausdrücklich beigelegt werden, mit den streitenden Theisen und mit der ren Anwälten durch das Organ des von den Ersteren zu erwählenden Präsidenten in directe Communication zu treten. — Auch wäre es erstorderlich, daß ihre auf die Instruction der Sache abzielenden Anordnungen durch Bundesbeschluß alle die erecutorische Gewalt und Wirkung erhielten, welche, den Grundgesetzen zusolge, den Versügungen der Gesammtheit zu Theil geworden ist."

"An irgend eine bestimmte Procesordnung dürste das Versahren um so weniger gebunden werden, als die dabei zu besorgenden unüberssteiglichen Schwierigkeiten sich aus den früheren Erörterungen zu Tage gelegt haben. — Insbesondere scheine es wesentlich, die Verhands lungsmarime dabei völlig auszuschließen. Die Commission wäre vielmehr anzuweisen, auf officiellem Wege durch Ersprdern der nöttigen Angaben und Nachweisungen abseiten der betheiligten Parteien, alle diesenigen Ausklärungen herbei zu bringen, welche zur Grundlage einer redlichen, richtigen Beurtheilung der Streitpunkte

nicht entbehrt werden könnten. Es wurde sich dabei von selbst versstehen, daß der Ausschuß berechtigt ware, behus Erreichung des eben angeführten Zweckes, den streitenden Theilen, unter Androhung von Geldstrafen und von sonstigen erecutiven Mitteln, die Einlieferung der verschiedenen erforderlichen Erklärungen und Beweisthumer aufzuerslegen. Von einem Contumacials oder von einem eigentlichen abgesonderten Beweiss-Verfahren wurde demnach nicht weiter die Rede senn."

"Hiernachst wurde der Commission die Pflicht obliegen, sobald die Majorität derselben die Sache für hinreichend aufgeklärt erachtete, über das Sachverhältniß einen erschöpfenden schriftlichen Bericht an die B. B. zu erstatten und diesem zugleich ihr Gutachten über die zu fällende Entscheidung hinzuzufügen."

"Das von der B. W. selbst, unter Beobachtung der gesbräuchlichen Form gewöhnlicher Beschlüsse abzugebende Erkenntnis würde sodann in der Regel die definitive Feststellung der streitigen Rechtsverhältnisse sosonis nicht begreifen. — Es wäre inzwischen dabei nicht die Besugnis auszuschließen, die Sache zu einer nothig erscheinenden weitern Instruction an den Ausschuß zurückzuweisen, in welchem Falle es zu den Attributionen der B. B. gehören würde, nicht nur diesenigen Punkte bestimmt nahmhaft zu machen, hinsichtlich deren es an genügender Nachweisung ermangelte, sondern auch, nach Besinden der Umstände, die Parthei zu bezeichnen, von welcher eine solche zu fordern wäre, und allensalls, sosern es diensam erscheine, sich über den Ausgang der Sache zum Voraus zu erklären, wenn die der Parthei zu machende sernere Auslage ohne Ersolg bleiben sollte."

Die Abstimmung führt bann die Beschwerden der Standesherrn an, die mehr oder weniger der Berücksichtigung der B. B. würdig zu senn scheinen, sowie die von der Hannöverischen Regierung hierauf vorz geschlagenen Concessionen, welche der näheren Erwägung und Prüfung der B. B. anheim zu stellen seven.

In derfelben Sess. II. S. 35. S. 93. giebt noch Würtemberg seine Abstimmung ab, welche in vielen Punkten dem Commissionsgutachten beipflichtet, und nach näherer Motivirung der Punkte, wo die Würtembergische Ansicht abweicht, mit dem Antrag schließt, daß

"1) über das Berfahren, welches der Entscheidung vorangehen muß, bestimmte, zur Beruhigung der Betheiligten gereichende Borsschriften durch Bundesbeschluß ertheilt werden sollen; nach diesseitiger Ansicht würden

Joie Instructionsbehörden aus Mitgliedern der obersten oder Centralstellen für Justiz, innere Verwaltung und die Finanzen ein für allemal in der Art zusammenzusesen senn, daß dieselben aus zwei-Mitgliedern der obersten Justizstelle und je einem Mitgliede der Centralstellen, der innern Verwaltung und der Finanzen beständen, und deren Veruf dahin ginge, unter der Leitung des Vorstandes der obersten Justizstelle, die vorkommenden Streitfälle in der von dem Bundestags=Ausschusse vorgeschlagenen Weise zur Entscheidung vorzubereiten, zugleich abet auch über die Lösung der hierbei entstehenden Rechtsfragen sich gutachtlich zu äußern; "

daß

- versuchen habe, daß beide Theile über eine compromissarische Erledigung mit einander übereinkommen, mit der damit zu verbindenden Folge, daß, für den Fall des Gelingens dieses Versuchs, die von den Parteien gewählten Schiedsrichter das Erkenntniß sällen würden, im entgegengesetzten Falle aber die B. B. selbst als entscheidende Behörde einzutreten hätte;" daß
- ,,3) wenn zwar eine Vereinigung barüber, daß die Beschwerde compromissarisch entschieden werden soll, zu Stande käme, die Bescheiligten aber über die Art und Beise des Compromisses sich nicht vereinigen könnten, diese alsbann von der B. B. nach den für das Bundesgericht bestehenden und hieher anwendbaren Vorschriften sestgesetzt und auf solche Beise die compromissarische Entscheidung herbeigeführt werden soll;" daß
- "4) mit diesen allgemeinen Grundsätzen über bas zu beobachtende Berfahren noch die näheren Bestimmungen zu verbinden wäsen, daß
  - "a) nur die Beschwerden der Mediatisirten über noch nicht in anerkannter Wirksamkeit bestehende landes= herrliche Vollzugsverordnungen zu dem beantragten Instructions= und Compromiß=Versahren geeignet sepen;
  - "b). vor Einleitung bieses Verfahrens die B. A. über ihre Competenz im einzelnen Falle zu beschließen habe;"
  - "c) daß in Fällen, in benen die Compromiß=Instanz ihre Entscheidung von einer authentischen Erklärung

- der B. A. abhängig erachtet, diese von der B. V. einzuholen sen;"
- "d) die Kosten des schledsrichterlichen Verfahrens, wenn die Beschwerden als offenbar ungegründet erachtet werden, dem Beschwerdeführer zur Last sallen sollen, und daß endlich
- "•) die beantragte Behandlungsweise nicht nur bei Beschwerden der Standesherrn, sondern auch bei denen des vormaligen Reichsadels einzutreten habe."

Bayern äußert sich in Sonn. IV. §. 95. S. 219. auf den Commissionsvortrag dahin, "daß die Königl. Regierung bereit sen, wie es bereits in ähnlichen Fällen geschehen sen, dem durch die B. A. geregelten und durch die Schl. A. gesicherten Rechtszustande der vormals reichsständischen Fürsten und Grafen in Bayern selbst eine unabhängige und ganz unparteiische Judicatur nach Recht und Gewissen sür den Bwed des Art. 63. der Schl. A. durch die einschlägigen Gerichtsbehörben zweiter Instanz, mit Vorbehalt der Berusung zur dritten Instanz, zu sichern, auf welchem Wege alle deßfalls sich ergebenden Rechtsfragen zu entscheiden sewen, so daß den Nediatiserten für ihre Klagen diejenige Rechtshülfe gewährt seyn werde, welche sämmtliche Bundesregierungen beabsichtigten."

Dindernisse stoßen, und entweder nicht im Stande oder nicht geneigt senn sollte, den Mediatisirten ans eigener Ueberzeugung den Acchtsweg in oben bezeichneter Weise vor den Landesgerichten zu öffnen, wurde das durch den Bundesbeschluß vom 30. Oktbe. 1834 für die Irrungen zwischen Regierungen und Ständen eingeführte Schiedsgericht Platz greisen und hiesur anwendbar senn."

"Diese für die Rechtsstreitigkeiten der Mediatisirten zu bildende Entscheidungsbehörde würde, wie es die Natur eines jeden Schiedsgerichts sordert, und dem Art. III. des Bundesbeschlusses vom 30. Oktbr. 1834 angemessen sey, aus dem Vertrauen beider streitenden Theile hervorzugehen haben, und somit würden die Spruchmänner jedesmal durch die freie Wahl der beiden streitenden Theile bestimmt werden müssen, die hohe B. B. aber erst im Falle des Saumsales eines oder beider Theile zur Ernennung zu schreiten haben."

"In Fällen, wo das Spruchgericht die Klagsache aus den bei der hohen B. B. gepflogenen Verhandlungen noch nicht hinlänglich aufgeklärt finden sollte, wurde, nach Absat 1. des Commissionsantrages,

bem in anderweitigen Rechtssachen des reclamirenden Mediatisirten beikommenden Landesgerichte zweiter Instanz jedesmal von der hohen B. B. der nicht abzulehnende Auftrag zu ertheilen senn, innerhalb einer zu bestimmenden Frist den Streitsall in seinem ganzen Umfange für eine definitive Entscheidung zu instruiren."

In Sess. X. S. 167. S. 424. gab Baben seine Erklärung ab, daß es auf die von dem Bundestagsausschusse entwickelten Ansichten und gestellten Anträge nicht einzugehen vermöge, und faßt nach näherer Erörterung seine Anträge in folgende Sätze zusammen:

"Die Beschwerben der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels wegen einseitiger, bei oder nach Emanirung der Verordnung zum Vollzug des Art. 14. der B. A., zu ihrem Nachtheil erfolgter legislativer Erklärungen der durch die B. A. ihnen zugesicherten Rechte, werden zunächst an den Ausschuß für Angelegenheiten der Mediatisirten gewiesen, welcher darüber Vortrag zu erstatten und gutachtlich zu beantragen habe:

- 1) ob, nach dem Gegenstande der erhobenen Reclamation, die B. B. sich selbst der Entscheidung unterziehe, oder diese
- 2) an eine richterliche Instanz überweisen wolle."

"Im ersteren Falle werde hierauf darüber beschlossen, ob die B. N.

- a) wegen klar vorliegender factischer oder rechtlicher Verhältnisse die Entscheidung in der bisher üblichen Weise ertheilen, oder
- b) berselben eine besondere, durch einen für diesen Fall aus Gesandten unbetheiligter Staaten sofort zu constistuirenden Bundestags-Ausschuß, nach näher zu bestimmenden Vorsschriften zu besorgende, Instruction vorausgehen lassen wolle."

sommenden Präjudicialfragen durch Interpretation der einschlägigen Bundesgesetze gelöst, die annoch richterlich zu entscheidende Streitfrage sest, und weise sie zur Entscheidung an die für anderweite Rechtssachen des Reclamanten competenten Landesgerichte, welche hierüber, ohne Rücksicht auf die angesochtene legislative Erklärung oder beschwerende Verfügung, und ohne alle Einwirkung der Staatsregierung, nach vorgängigen ordnungsmäßigen Verhandlungen, auf den Grund der sonst bestehenden Verordnungen und Verträge, sowie der einschlägigen Bundesgesetz, rechtlichen Ausspruch zu ertheilen hätten."

Bunachst trage übrigens die Grßhzgl. Regierung darauf an:
", den vorliegenden Gegenstand, nach Abgabe sammtlicher Abstimmungen, vordersamst an den Bundestags-Ausschuß zur weiteren Vortragserstattung, mit Rücksicht auf die eingekommenen abweichenden Vota, zurückzuweisen."

Rönigrch. Sachsen tritt in Sess. XIII. §. 197. S. 507. besselben 1836. In Allgemeinen den Commissionsanträgen bei, und bemerkt, daß es aus dem Bunsche, das wohlverstandene Interesse der Bundesregierungen mit dem der Mediatisirten in Einklang zu bringen, einige erläuternde Bemerkungen anheim stelle, ungeachtet es im Konigreiche ehemals reichsunmittelbare Besitzungen nicht gebe, und hierburch die Möglichkeit einer Benutzung der in Antrag gestellten Einzichtung für die diesseitige Regierung ausgeschlossen werde.

Nach näherer Motivirung schlägt es vor, den Commissionsantrag ad 1. ungefähr in folgender Art zu fassen:

"Wenn, auf ben Grund des Art. 63. der W. Schl. A., ehe malige Reichsangehörige gegen die zur Vollziehung des Art. 14. der B. A. erlassenen landesherrlichen Verordnungen, oder gar gegen spätere einseitige legislative Erklärungen der durch die B. A. ihnen zugesicherten Rechte bei der B. A. reclamiren, so soll im erstern Falle jedesmal, im letztern so oft das Bedürfnis dazu sich zeigt, dem in anderweiten Rechtssachen der Reclamanten competenten Landesgerichte zweiter Instanz von der B. B. durch die betreffende Landesregierung der nicht abzulehnende Austrag ertheilt werden, innerhalb einer zu bestimmenden Frist den Streitfall in seinem ganzen Umfange mit der Besugnis, auch interlocutorische Erkenntnisse abzugeben, sur eine besinitive Entscheidung zu instruiren."

Ferner stimmt es dem Commissionstrage ad 2., mit Ausschluß der Worte "von der B. B. angeordneten" bei.

Ad 3. des Commissionsantrages, ausgehend von dem Grundsate, daß bei Schiedsgerichten die Wahl der Schiedsrichter stets den interessirten Partheien überlassen bleibe, erachte daher die Königl. Regierung, daß die im Bundesbeschlusse vom 30. Oktbr. 1834 enthaltenen Bestimmungen, rücksichtlich der Wahl der Schiedsmänner, auch für die in Frage stehende richterliche Instanz beizubehalten senen. — Was endlich den Kostenpunkt Art. X. betresse, so möchte zu bestimmen senn, da nämlich aus der analogen Anwendung dieses Artikels den betressenden Vasserungen ein unverschuldeter Rachtheil erwachsen würde, das

die richterliche Instanz jedesmal darüber mit zu entscheiden habe, von welcher Partei die durch das schiedsrichterliche Verfahren entstandenen Kosten zu tragen seven.

Im folgenden Jahre 1837 gab zuerst Kurhessen in Soss. XXVIII. 1837. S. 311. S. 768. seine Abstimmung ab.

Im Einverständnisse mit der Grßhzgl. Badischen Ansicht sinde das Kurfürstl. Gouvernement die Gründe, welche den Ausschuß zu seinen oben erwähnten Anträgen bestimmt hatten, für weniger anwendbar bei Beschwerden, die von Mediatisirten, nach Begründung ihres Rechtszustandes, gegen einseitige, zu ihrem Nachtheil erlassene, legislative Erklärungen der durch die B. A. ihnen zugesicherten Rechte erhoben werden, und halt die Bedenken für völlig gegründet, welche gegen die in Antrag gebrachte Beauftragung der Landesgerichte mit Instruirung der betreffenden Reclamationen zu einer desinitiven Entscheidung von mehren Seiten geäußert worden seven.

Dagegen erscheine bem Kurfürstl. Gouvernement der Weg, welchen die Art. V. und VII. des Bundesbeschlusses vom 30. Oftbr. 1834 über das Bundes-Schiedsgericht vorzeichnen, als der angemessenste, um Streitfälle, auf welche Reclamationen ber gedachten Art sich bezogen, für eine definitive Entscheidung instruiren zu lassen; auch hinsichtlich des Ausschußantrages unter Biff. 2., die Losung der Frage, ob eine von Mediatisirten an die B. V. gebrachte und zur befinitiven Entscheidung vorbereitetete Beschwerde ohne Schwierigkeit zu erledigen sen, eben so häufig bedenklich, wie die Entscheidung selbst, und daher am rathlichsten, die Abfassung bieser Entscheidung wenigstens in allen Fällen einer richterlichen Instanz zu überlassen, in denen entweder von dem Beschwerde führenden Theile, oder von der Regierung, gegen welche die Beschwerde gerichtet sen, darauf bestanden werden solle. — Was sobann die jedesmalige Bildung der in Rede befindlichen Instanz aus der Gesammtheit der, behufs des Bundes-Schiedsgerichts bestellten Spruchmanner betreffe, so werde als das zweckmäßigste Verfahren betrachtet, daß die B. B. zwei derselben erwähle, ein britter von dem Beschwerde führenden Theile, ein vierter von der Regierung, gegen welche die Beschwerde erhoben sey, bezeichnet werde, und burch die gebachten vier Mitglieder die Wahl eines Obmanns zur Vervollständigung der angeführten richterlichen Instanz erfolge, so wie, daß jedem der beiden Theile, welche der zu schlichtende Streitfall angehe, das Recht eingeraumt werde, zeitig vor der Instanzbildung zwei Spruchmanner von der Wahl auszuschließen. — Endlich werde auf die Bestimmung angetragen, daß die Kosten der Wirksamkeit einer solchen richterlichen Instanz stets von dem unterliegenden Theile zu tragen seven.

Die noch sehlenden Abstimmung von Niederlande wegen Großherzogthum Euremburg und der 13ten Stimme erfolgten in Sess. XXIX. §. 323. — Ersteres erklätt, daß nachdem die Majorität der dabei zunächst betheiligten Bundesstaaten sich dafür ausgesprochen habe, daß für die Instruirung und Entscheidung von Beschwerdesachen der ehemaligen Reichsangehörigen eine richterliche Instanz gebildet werde, die Diesseite sich gleichfalls dafür erkläre, vorbehaltlich weiterer Aeußerung über die zu diesem Iwecke nothig scheinenden näheren Anträge.

Die 13te Stimme stimmt bem Commissionsantrage bei.

Präsidium bemerkte ebendaselbst, daß es — nachdem nunmehr sämmtliche Abstimmungen erfolgt seven — sich vorbehalte, den Beschlußentwurf vorzulegen.

Ueber Erinnerungsgesuche bes Herrn Fürsten Karl, und Karl Friedrich zu Edwenstein erstattete der Königl. Dänische Gesandte, Namens der für die Vollziehung des Art. XIV. der B. A. gewählten Commission i. I. 1842 in Soss. XXV. S. 279. S. 608. Vortrag, und spricht sich in dem Gutachten dahin aus, daß unter den obwaltenden Umständen (Vergleichsversuche zwischen der Gröhzl. Badischen Regierung und den Frstl. Edwensteinischen Häusern wären die dahin nicht zu Stande gekommen) es nicht länger aufzuschieben sey, den Beschluß auf die Anträge in dem Commissionsvortrage der 22. Sizung des Jahres 1835 zu fassen.

Präsidium äußerte hierbei, daß es hauptsächlich durch die Hoffnung einer gütlichen Vereinbarung der betreffenden Regierungen mit den Mediatisirten über die annoch obschwebenden Differenzen und Beschwerden zu dem bisherigen Aufschub der von der Commission beantragten Schlußziehung veranlaßt worden sey, zu welcher es nunmehr schreiten werde.

In der folgenden Sitzung XXVI. S. 283. S. 625. gab zunächst Präsidium, in Beziehung auf die Behauptung einiger Abstimmungen, daß dieser Beschluß, theils weil er eine organische Bundeseinrichtung, theils weil er eine Abanderung der Bundesgrundgesetze beziele, Stimmeneinhelligkeit erfordere, den Gesandtschaften Gelegenheit, sich hierüber zu äußern. Nachdem jedoch die Mehrheit sich dafür ausgesprochen hatte, daß die vorliegenden Commissionsanträge kein Gegenstand senen, welcher eine Beschlußziehung durch Stimmeneinhelligkeit im Plenum erfordere, legte Präsidium den Beschlußentwurf vor. Präsidium macht

jevoch noch zuvörderst, hinsichtlich des in der Badischen Abstimmung wiederholten Antrages auf nochmalige Abgabe sämmtlicher Abstimmungen an die Commission zu weiterer Vortragserstattung, darauf aufmerksam, daß dieser Antrag schon früher dadurch beseitigt worden sen, daß sich Präsidium in der 29ten Sig. v. J. 1837, nach Abgabe sämmtlicher Abstimmungen, vorbehalten habe, den Beschlußentwurf vorzulegen, ohne daß damals oder später dagegen von irgend einer Seite Etwas erinnert worden sen. Den Beschlußentwurf selbst betressend, habe Präsidium zu bemerken, daß es in demselben einige Zusätz ausgenommen habe, welche in verschiedenen Abstimmungen vorgeschlagen waren, und die es, als der Ansicht der Mehrheit im Wesentlichen entsprechend, und die beantragten Bestimmungen vervollständigend, zur Annahme zu empsehlen sich beehre.

Derfelbe wurde ebendas. S. 635. folgendermaßen zum Beschlusse erhoben:

"Daes, in Folge bes Art. 63. ber Schl. A., ber B. B. zukommt, über ben Grund oder Ungrund von Beschwerden zu entscheiden, welche im Recurswege in Betreff des durch Art. AIV. der B. A. zugesicherten Rechtszustandes der vormaligen Reichsangehörigen an sie gelangen, und demnächst über die Art, wie solche Entscheidung jedesmal herbeizusühren senn werde, bestimmte, den rechtlichen Ansprüchen der Betheiligten angemessene Vorschriften zu geben, so wird auf das dießfalls eingebrachte Gesuch mehrerer vormaligen Reichsstände sestgestellt:

igen Reichkstanden, oder von Gliedern des vormaligen unmitteldaren Reichkadels, auf den Grund des Art. 63. der Schl. A. gegen die zur Bollziehung des Art. XIV. der B. A. erlassenen landesherrlichen Berordnungen, in sofern diese nicht auf Bertrag beruhen, oder ohne dagegen erhodene Beschwerde in unbestrittener Wirksamkeit bestehen, bei der B. B. angedracht werden, soll je des mal, und bei Reclamationen gegen spätere einseitige legislative Erklärungen der durch die B. A. ihnen zugesicherten Rechte, so oft das Bedürfnist dazu sich zeigt, dem in anderweiten Rechtssachen der Reclamanten zuständigen Landesgerichte zweiter Instanz von der B. B. durch die betreffende Landesregierung der nicht abzulehnende Austrag ertheilt werden, den Streitfall in seinem ganzen Umfange für eine desinitive Entscheidung, nach der von dem Gerichtshose überhaupt beobachteten

particular- ober gemeinrechtlichen Procesordnung innerhalb der kurzest möglichen Frist zu instruiren."

- "2) Die definitive Entscheidung ist hiernachst nach den Umsständen von der B. B., oder, auf einen durch Stimmenmehrheit zu fassenden Beschluß, von einer richterlichen Instanz, soweit dersselben der Streitfall von der B. B. zugewiesen wird, in deren Aufstrag und Namen zu erlassen."
- ,,3) Diese richterliche Instanz wird für jeden einzelnen Fall das durch gebildet werden, daß die B. A. durch Stimmenmehrheit vier Mitglieder für dieselbe aus der Liste der Spruchmänner für das Bundes-Schiedsgericht erwählt, und in Abgangs oder Sterbfällen ersett, so wie daß von diesen erwählten vier Mitgliedern, oder, bei Stimmengleichheit unter ihnen, von der B. A. ein fünstes Mitglied als Obmann aus derselben Liste gewählt wird."
- "4) Von dieser Instanz ist jedesmal zugleich darüber zu erkennen, von welcher Seite, oder in welchem Maaße von beiden Seiten antheilig die Kosten des richterlichen Verfahrens zu tragen seven."
- "5) Alle Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 30. Oktor. 1834 über das Bundes-Schiedsgericht, mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf die anders normirte Bildung und die Kosten des Bundes-Schiedsgerichts und auf nur zwischen Regierungen und Ständen vorkommende Streitigkeiten beziehen, sollen auch bei dieser richterlichen Instanz und ihren Aussprüchen eintreten."

Vorstehender Beschluß ist den Herren Fürsten Karl, und Karl Friedrich zu Löwenstein, in Erledigung ihrer erneuerten Gesuche mitzutheilen.

Für diese Bewilligung stattet der Herr Fürst Karl von Löwenstein sür sich und Ramens seiner Fürstlichen und Gräslichen Standesgenossen der B. B. durch ein Schreiben vom 21. Januar 1843 seinen Dank 1843 ab, wovon Präsidium i. J. 1843. in Soss. III. §. 49. S. 86. Kenntniß giebt.

# §. 1X.

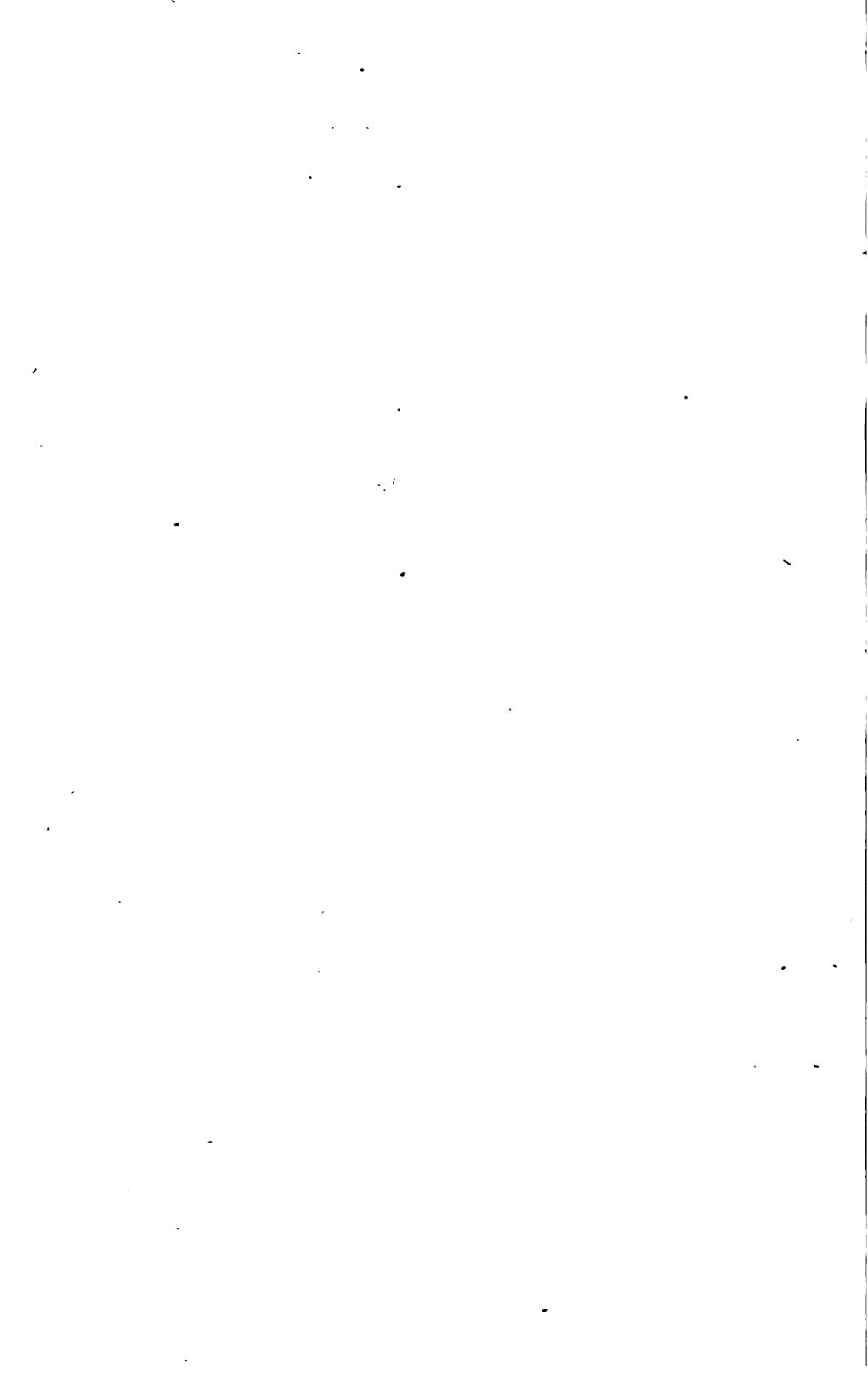
## 'Die Bollziehung.

(S. Band. I. S. 108. u. S. 931.)

Wir verweisen hier, da zu diesem S. keine Zusätze hinzugekommen, auf den ersten Band.

# Zweiter Abschnitt.

Gesetliche Bestimmungen.



# §. X.

#### (S. 98. I. S. 113 -- 107, 931 -- 933.)

## Inhalt.

- a) Ein Blick auf die Verhandlungen in Wien i. J. 1815, in Beziehung auf Austrägal- und Bundesgericht.
- b) Die gesetzlichen Bestimmungen felbst, und zwar
  - 1) vorläufige
    - a) Beschluß vom 16. Juni 1817,
    - b) provisorische Executionsordnung vom 20. Septems ber 1819;
  - 2) befinitive
    - I. im Allgemeinen.
      - 1) Artikel XI. ber B. A.,
      - 2) einzelne Artikel ver W. Schl. A.

Ueber die Aussührung verweisen wir auf Bo. 1. S. 113 — 126. und gehen über auf

3) ben Beschluß vom 3. August 1820. Prot. ber Plenarsitzung S. 219 u. sigde., bas bei Aufstellung ver Ansträgal=Instanzen zu beobsachtende Verfahren betreffend \*). (S. B. I. S. 126—144.)

Prasivium trägt vor: Die B. B. hat nicht nur bereits in ber XXXV. Sig. 1817, S. 281. über die Vermittelung bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich, und Ausstellung einer wohlgeordneten Austrägal-Instanz, einen vorläusigen Beschluß gefaßt, sondern auch in der XXXV. Sig. 1819, S. 219. unter den Gegenständen, welche zur Justructons-Einholung und definitiven Beschlußnahme nach Wiederserdsstand der Sigungen besonders ausgesetzt werden, als den ersten berselben diesen Gegenstand ausgezeichnet.

Die zwischen den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesregierungen in Wien verankaßten Ministerlat=Conferenzen haben in erfreulicher

") Um Wiederholung zu vermeiden geben wir den "Entwurf eines B. T. Beschlusses über das Verfahren in Streitigteiten der Bundesglieder unter eine ander" hier nicht nochmals, sondern verweisen deshalb auf Bb. I. S. 129 — S. 143., während wir den Beschluß selbst hier nochmals abdrucken, zur Erläusterung der sämmtlichen hier zusammen bearbeiteten hierüber statt gehabten Vershandlungen.

Uebereinstimmung auch diese Angelegenheit ihrer Reise zugeführt, und als Resultate ihrer Berathungen sind die Grundbestimmungen barüber in der Schl. A., Art. XXI. bis XXIV. niedergelegt.

Da zugleich in dem Art. XXI. zu Ertheilung näherer Borschriften in Folge der an die Bundestagsgesandten zu erlassenden Instructionen, noch die Fassung eines besonderen Beschlusses vorbehalten wurde, dessen Inhalt dieselbe verbindliche Kraft, wie die Schlusakte selbst, haben, auch in eben der Art, wie diese, zum Bundesbeschluß erhoben werden soll; so din ich von meinem allerhöchsten Hofe angewiesen, die zu diesem Ende abgesasten, nachstehenden eilf Artikel, welche die bereits in die Schlusakte ausgenommenen ebenfalls in sich begreisen, der verehrlichen B. B. mit dem Antrage vorzulegen, daß diese Bestimmungen, in Gemäßheit der getroffenen Abrede und der von sämmtlichen Gesandtschaften im Namen ihrer hohen Committenten hier abzulegenden Erstlärungen, in eben der Art, wie die Schl. A., durch gleichförmige Zustimmung zum B. T. Beschluß erhoben werden möchten.

Art. I. Die B. B. hat in allen, nach Borschrift der B. A. bei ihr anzubringenden Streitigkeiten zwischen den Bundesgliedern, wenn die vorgängige Ermittelung ohne Erfolg geblieden ist, die Entscheidung durch eine Austrägal=Instanz zu veranlassen, und dabei, so lange nicht wegen der Austrägalgerichte überhaupt eine anderweite Uebereinkunst statt gefunden hat, die in dem B. T. Beschlusse vom 16. Juni 1817 enthaltenen Vorschriften zu beobachten.

Art. II. Wenn nach Anleitung des B. T. Beschlusses vom 16. Juni 1817 der oberste Gerichtshof eines Bundesstaats zur Austrägal-Instanz gewählt ist; so stehet demselben die Leitung des Prozesses und die Entsscheidung des Streits, in allen seinen Haupt- und Nebenpunkten, une eingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der B. B. oder der Landesregierung zu. Letztere wird jedoch, auf Ansuchen der B. B. oder der streitenden Theile, im Falle einer Jögerung von Seiten des Gerichts, die zur Besörderung der Entscheidung nöthigen Versügungen erlassen.

Art III. Zur Theilnahme an einem Rechtsstreite unter Bundessstaaten kann ein drittes Bundesglied vor das erwählte Austrägalgericht nur dann zugelassen werden, wenn das Gericht eine wesentliche Verbindung der Rechtsverhältnisse desselben mit dem anhängigen Rechtssstreit anerkennt. Auch eine Widerklage hat nur in diesem Falle bei dem erwählten Austrägalgerichte statt, und nur, wenn sie sogleich bei der Einlassung auf die Vorklage angebracht wird.

- Art. IV. Wo keine besondern Entscheidungs-Normen vorhanden sind, hat das Austrägalgericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, insofern solche auf die jezigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.
- Art. V. Dem im Namen der B. B. abzufassenden Erkenntnisse sollen jederzeit die vollskändigen Entscheidungsgründe beigefügt werden.

Ueber den Kostenpunkt soll das erwählte Austrägalgericht nach gemeinrechtlichen Grundsätzen erkennen, und bei deren Bestimmung die ihm vorgeschriebene Taxordnung befolgen, ohne weitere Gebühren in Ansatzu bringen.

Art. VI. Die Austrägal-Erkenntnisse sind sofort nach ihrer Erössnung als rechtkräftig anzusehen und zu befolgen. — Jedoch ist die Restitution wegen neu aufgefundener Thatsachen und Beweismittel zulässig. — Sie muß aber innerhalb vier Jahren, vom Tage der Aufsindung an gerechnet, nachgesucht, und es kann dadurch die Vollziehung des Austrägal-Erkenntnisses nicht aufgehalten werden.

Art. VII. Ueber die Julassigkeit der Restitution und über die Erheblichkeit und rechtliche Wirkung der neu aufgefundenen Thatsachen und Beweismittel, hat derselbe Gerichtshof zu erkennen, welcher die Entscheidung in der Sache gefaßt hat.

Art. VIII. Die Ableistung des Restitutions-Eides geschiehet bei dem Austrägalgerichte, durch den Vorstand derjenigen Behörde, unter deren Aufsicht und Genehmigung die Restitution nachgesucht wird, und von demjenigen Beamten des die Restitution nachsuchenden Theils, welcher die Sache bearbeitet hat, entweder in Person, oder durch Special=Bevollmächtigte. Sind mehrere dabei verwendet worden so soll dem anderen Theile frei stehen, den zu benennen, welcher den Restitutions-Eid abzustatten hat.

Art. IX. Die B. V. verfügt die Vollziehung der Bundes-Austräsgal-Erkenntnisse, insofern derselben nicht sofort oder nicht vollständig Folge geleistet wird. Fallen bei der Vollziehung noch Streitigkeiten vor, welche eine richterliche Entscheidung erfordern; so stehet diese dem Austrägalgerichte zu, welches das zu vollziehende Erkenntniß gesfaßt hat.

Art. A. Es stehet übrigens den Bundesgliedern frei, für ihre Streitigkeiten, sowohl in einzelnen vorkommenden Fällen, als auch für alle kunftige Fälle, wegen besonderer Austräge oder Compromisse überein-

zukommen, wie benn auch frühere Familien- ober Vertrags-Austräge burch Errichtung ber Bundes-Austrägal-Instanz nicht aufgehoben, noch abgeändert werden.

Art, XI. Die B. B. wird, in Beziehung auf das Berfahren bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich, eine Revision des Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817 vornehmen, wobei jedem Bundesglied
weitere zweckmäßige Ergänzungen in Antrag zu bringen, überlassen
bleibt. —

# Umfrage.

Desterreich. — Der K. K. Gesandte hat den Auftrag erhalten, die Zustimmung und Genehmigung seines allerhöchsten Hoses zu Protokoll zu erklären, damit die vorgelegten eilf Artikel über die Austrägal-Instanz, nach der getroffenen Verabredung auf gleiche Weise, wie die Schlußakte selbst, zum Bundesgesetz erhoben werden mögen.

Sammtliche übrigen Stimmen traten, wie Desterreich, ber Prassbialproposition unbedingt bei, daher

## Beschluß:

Die von den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten in den Ministerial-Conferenzen zu Wien verabredeten, in eilf Artisteln aufgezeichneten Bestimmungen über das bei Aufstellung der Austrägal-Instanz zu beobachtende Verfahren, werden hiermit, in eben der Art, wie die Schlußakte selbst, durch gleichformige Zustimmung zum Bundestagsbeschluß erhoben.

Jufolge des Art. XI. dieses Beschlusses ward in Sess. XIX. d. I. 1820, 1820, Prot. §. 96. S. 228.\*) durch Bundesbeschluß die bereits in

\*) Diese Commission, beren Mitglieber zugleich ausnahmsweise zur Subsstitution ermächtigt wurden, bestand nach bem Prot. v. J. 1820, S. 228. aus ben Bunbestagsgesandten:

Freiherrn von Aretin, herrn von Martens, Freiherrn von Bangenheim, Freiherrn von Plessen und herrn von Berg; nach Prot. v. J. 1821, S. 638. wurden für herrn von Martens, Freiherrn von Plessen und herrn von Berg erwählt: herr von Carlowis, herr von hammerstein und herr Danz; nach Prot. v. J. 1823, S. 126. wurde für Freiherrn von Aretin erwählt: Freiherr von Gruben; fernernach Prot. S. 745. für Freiherrn von Wangenheim wurde erwählt herr von Meyerseld; nach Prot. v. J. 1831, S. 102. für herrn von Carlowis und von hammerstein wurden erwählt Freiherr von Blittersborf und Freiherr von Pecklin; nach Prot. v. J. 1833, S. 121. für herrn von Meyerseld und herrn Danz wurden erwählt herr von Ries und herr Thomas; nach Prot. v. J. 1838, S. 375. für Freiherrn von Blittersborf und herrn Thomas wurden erwählt herr von Weher.

Soss. I. d. J. 1818 erwählte Commission ersucht, die Revision des Bundestags-Beschlusses v. 16. Juni 1817, in Betreff ber Bermittelung der B. V. bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich und Aufstellung einer wohlgeordneten Austrägal-Instanz, bann bes Austrägal=Verfahrenb zu übernehmen. Schon in Sess. XXXII. S. 179. S. 593. erstattete ber Kgl. Bayrische Gesandte Namens dieser Commission einen vorläufigen Vortrag, auf welchen - bem Commissionsantrage beistimment — ebendaselbst beschlossen wurde, die Commission zu ermächtigen, die unterbessen bei Erörterung hierüber zur Sprache gekommenen Bemerkungen und Ergänzungen mit ber Revision bes Bundesbeschlusses in Berbindung zu setzen, das Ganze im Zusammenhange zu bearbeiten, und alle Bestimmungen in eine und bieselbe Instruktion zusammenzufassen. — Diesem Beschluffe entsprach die Commiffion, indem der Gesandte der 15ten Stimme Namens derfelben in Soss. XXXVII. §. 214. S. 662. einen Bericht verlieft, bem unter Biff. 25. des Prot. E. 658 - E. 694. s. Bd. I. E. 129 - E. 143. "der Entwurf eines Bundestagsbeschlusses über das Werfahren in Streitigkeiten ber Bundesglieder unter einander" angefügt war, welthen an die Regierungen zu befördern, um barüber abstimmen zu können beschlossen ward.

Auf mehrere Antrage von Baden über hierhergehörige Materien 1821. und Bemerkungen, s. Prot. v. J. 1821. §. 73. S. 145, (S. 169.) ferner §. 124, (S. 365. und §. 106. S. 249 und §. 124. S. 372.) wurde beschlossen bei den Regierungen darauf anzutragen, die Instruktionen auch hierauf zu erstrecken, so wie auch verabredet wurde. §. 108. S. 239. die bereits eingezogenen Königl. Preußischen, Königl. Sächsischen und Gröhrzgl. Luremburgischen Bemerkungen und Erklärungen, sowie die noch serner eingehenden für's erste der betreffenden Commission und mittelbar zuzustellen.

Ferner machte Preußen gleichfalls über mehrere hiehergehörige Materien Anträge und gab Erklärungen und Bemerkungen ab. (siehe §. 160. S. 471. §. 256. S. 765. Beilage Ziff. 31. S. 775; Ziff. 32. S. 793.)

In demselben Jahre 1821 erfolgte weiter noch die Abstimmung der 16ten Stimme; Prot. §. 187. S. 504. siehe auch die Bemerkungen von Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck; Prot. S. 506 \* b \* d. die Bemerkungen von Würtemberg; der 12ten Stimme, §. 219. S. 609. s. insbes. die Bemerkungen von Weimar und Meiningen S. 628 u. flgde.

Im Jahr 1822 stimmt zunächst Angrch. Sachsen ab, s. Prot. g. 48. 1822.

S. 129.; siehe auch bie Bemrkgn. Beilage 12. S. 132. u. Ziss. 134; Preußen macht neue hierher Bezug habende Antrage. §. 82. S. 214; Oldenburg übergibt Bemerkungen zu dem Entwurf, §. 97. S. 238.; s. auch Beilage Ziss. 15. S. 241; besgleichen Holstein und Lauenburg, §. 106. S. 268. Beilage Ziss. 16. S. 271; desgleichen Kurhessen, §. 206. S. 757.; s. auch Beilage Ziss. 30. S. 797. — Die 17te 1823. Stimme übergab ihre Bemerkungen zu dem Entwurfe 1823, Soss, XXVIII. §. 115. S. 382.; siehe Beilage Ziss. 12. S. 405 — S. 434.

Im Jahre 1831 erwähnt der Gesandte der freien Stadt Frankfurt 1831. Namens der Commission zur Revision des Austrägalverfahrens in Sess. XXXI. S. 203. S. 672. bei Gelegenheit eines Bortrags über einen Rgl. Bayrischen Antrag wegen Austrägalsenate, daß die Commission bis jett keinen die endliche Erledigung der Sache bezweckenden Vortrag habe erstatten können, da mehrere Stimmen — ohne Zweifel in der Erwartung, daß die Erfahrung nach und nach Manches zur näheren Ausbildung der Anordnung an Handen geben werde, — noch nicht abgelegt seven. Präsidium brachte hierauf in Soss. XLI. S. 295. S.949. von neuem die noch ausstehenden Abstimmungen in Erinnerung, nachdem Desterreich kurz zuvor, S. 277. S. 881., sich dahin ausgesprochen hatte, daß es überhaupt noch immer die Errichtung einer gemeinschaftlichen permanenten Austrägalinstanz zur Erhaltung bes offentlichen Rechtszustandes im Bunde nach allen seinen verschiedenen Beziehungen, für höchst wünschenswerth halte.

Weitere Aeußerungen von Desterreich hierüber siehe im Prot. d. 1834. J. 1834, S. 589. S. 1045. In dem darauf folgenden Jahre 1835, Prot. S. 230. S. 489. wurde beschlossen, daß von dem Art. 26. des Entwurfs, sowie überhaupt von jeder bundesgesetzlichen Bestimmung über die Zulässigkeit von Nichtigkeitsbeschwerden zu abstrahiren sen \*).

\*) Die Veranlassung zu biesem Beschlusse gaben bie Antrage und Erklarunsgen von Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Reiningen-Hilburghausen in den sogenannten Thüringer Rayon-Streitigkeiten, s. hierüber Prot. v. J. 1833, S. 92., S. 226., S. 245., S. 401., welche S. 439. der zur Revision des Austrägals versahrens bestellten Commission zur Begutachtung übergeben wurden; — der Commissionsvortrag erfolgte im J. 1834, Prot. 365. und lautete auf Instrukstions-Einholung. Hierauf gab zunächst Schaumburg-Lippe eine Erklärung ab, S. 405.; es folgten die Abstimmungen von Bayern, R. Sachsen, Hannover und Baden, S. 415.; v. Gröhzgthm. Hessen, S. 449.; von Preußen, Mecklenburg, der 15ten und 17ten Stimme, S. 480.; von der 16ten Stimme, S. 525.; von Dänesmark wegen Holstein und Lauenburg, S. 552.; von Desterreich, S. 562.; von der 12ten Stimme mit dem Antrag von S. Coburg wegen Zulassung eines Revis

Für die Wiederaufnahme und Erledigung der Verhandlungen über eine allgemeine Revision der das Austrägalverfahren betreffenden Bestimmungen spricht sich Grßhrzgthm. Heffen i. J. 1838. in Soss. X. 1838. S. 135. S. 350. aus, bei Gelegenheit eines Antrages auf Entscheidung einiger die Befugniß ber Austrägalgerichte betreffenden speciellen Fragen, sowie auch Bayern i. J. 1841, Soss. III. §. 40. S. 42. ben 1841. Wunsch ausbruckt, daß die in Bearbeitung befindliche Revision des B. T. Beschlusses vom 16ten Juni 1817. über bas Berfahren bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich zum Beschlusse gebracht und was davon als grundgesetzlich zu betrachten seyn wurde, mit den bundesverfassungsmäßigen Formen bekleidet werden mochte, was auf Prassdialantrag an die Commission abgegeben wurde. Dieselbe erstattet durch dem Gesandten der freien Stadt Frankfurt in Sess. XIX. §. 210. S. 387. Vortrag über den Stand dieser Sache, worauf auf ihren Antrag ebendaselbst beschlossen wurde, daß die noch rückständigen Abstimmungen bis zum 1ten Februar 1842 einzubringen sewen.

In Betreff der Abstimmung von Euremburg siehe Prot. §. 237. S. 487; §. 254. S. 501. und §. 283. S. 524. Bevor noch weistere Abstimmungen erfolgten, außert sich der Eßhrz. Badische Gesandte Namens der Commission i. I. 1842, Sess. II. §. 23. S. 32. in Be= 1842. zug auf Wiederaufnahme und Erledigung der Verhandlungen über die Revision der das Austrägalverfahren betreffenden provisorischen Bestimmungen von 1817, anch auf die sodann zu machenden Vorschläge wegen Ausstellung einer allgemeinen Austrägal=Gerichtsordnung.

Solgen ferner die Abstimmungen über den Beschlußentwurf von Hannover, S. 36. S. 66; von Baden, und zwar wegen S. 9. des Beschlußentwurfs, S. 46. S. 79; von Desterreich, nebst Anträgen über den dermalen einzuhaltenden Gang dieser Verhandlung, S. 74. S. 107; von Mecklenburg, S. 90. S. 121; von Grßhrzgthm. Hessen, S. 102. S. 133; von der 13ten Stimme, S. 274. S. 601; von Bayern unter Bezugnahme auf Errichtung einer allgemeinen Ob.=App.=Gerichts Ordnung in Sess. XXVI. S. 287. S. 638., woselbst auf Präsidialbemerkung beschlossen wurde:

1) "diejenigen höchsten und hohen Regierungen, bei deren obersten Gerichten Austrägalprozeß=Verhandlungen bis jetzt stattgefun=

sionsversahrens, S. 582.; von Euremburg, S. 596.; von der 13ten Stimme, S. 614. — Im J. 1835 kamen noch folgende Abstimmungen: von Würtemberg, S. 95.; von Kurhessen, S. 230.; hierauf erfolgte nun in demselben S. 230. Prot. S. 489. der obige Beschluß.

ben haben, ober welche bei solchen als Selbstbetheiligte aufgetreten sind — und welche sonach die in der bestehenden Ordnung obwaltenden Mängel und zu stellenden Desiderien aus eigner Ersahrung zu beurtheilen am besten in der Lage waren — werden eingeladen, ihre diesfälligen Ansichten und Wünsche der B. V. sosort vorzulegen, wonach sodann,

- 2) "die für die Revisson der Austrägalordnung bestehende Commission sich der Arbeit zu unterziehen haben wird, den i. I. 1820 vorgelegten Entwurf, mit Hinsicht a) auf die über dessen Inhalt in der ersten Zeit eingelausenen Abstimmungen, b) auf die seit Vorlage desselben ergangenen, einzelne Punkte des Austrägalversahrens betressenden Bundesbeschlüsse. c) auf die in Bezug auf dieses Versahren seitdem gemachten praktischen Ersahrungen, welche der Commission theils aus eigener Prüssung, theils aus der Erdssnung betheiligter Regierungen zur Kenntniß gelangen sollten, umzuarbeiten, auch hierbei auf die Art. 18. 19. und 20. der W. Schl. Akte und insbesondere auf die den Schutz des Besitzstandes betressenden Bestimmungen desselben Rücksicht zu nehmen, und das Produkt dieser Atbeit in thunlichst kürzester Frist der B. B., zum Behuse neu zu beginnender Erdreterung und Abstimmung vorzulegen."
- In Beziehung hierauf zeigt der Königl. Bayerische Gesandte i. I. 1843. in Sess. I. S. 13. an, daß er die Elaborate des Ob.=App.=Ger. und des Königl. Justizministeriums unmittelbar an die ernannte Commission mitgetheilt; besgleichen der Königl. Würtembergische Gesandte in Soss. VIII. S. 95.

Nach dem Inhaltsverzeichniß folgt nun in diesem S.:

- 4) Beschluß vom 7. Oktober 1830, Vorladungen und Zustellungen betreffend.
- 5) Beschluß wegen Mandaten vom 28. Februar 1833.
- 6) Beschluß vom 23. Juni 1836, Sporteln und Stempelpapier betreffend.

Ueber die Aussührung von Nr. 4. 5. 6. verweisen wir auf Band I. S. 144 — S. 146. und gehen nun über auf

- 1838. 7) ben Beschluß vom 19. October 1838 \*), s. Prot. Sess. XXIX. §. 320. S. 878., betreffend Urtheilssenate.
  - \*) Sammtliche bereits in Bb. I. S. 147. 2c. 931 u. 932 gegebene Verhandslungen sind hier mit dem hinzugekommenen zusammen bearbeitet.

"Die in der Austrägalordnung vom 16. Juni 1817, Art. III. 5. enthaltene Bestimmung:

daß der zur Uebernahme eines Austrägalauftrags erwählte oberste Gerichtshof, salls berselbe aus mehreren Senaten bestehen sollte, die Austrägalsachen in plono zu verhandeln habe, wird nach den gemachten Erfahrungen, zur Erleichterung der mit Austrägalprocessen betheilten obersten Gerichtshöse und zur Beförderung des Geschäftsgangs bei denselben, in nachstehender Weise modificirt:

"Denjenigen Regierungen, beren oberste Gerichte aus mehreren Senaten bestehen, und, außer dem Präsidenten oder Director, mehr als zwölf Mitglieder zählen, ist gestattet, einen besonderen Senat für die Austrägalsachen zu bilden, der jedoch mit Einschluß des Vorsitzenden, wenigstens aus dreizehn Mitgliedern bestehen soll. Ein solcher Austrägalsenat ist entweder aus zwei Senaten des obersten Gerichtshoses unter Beodachtung einer bestimmten Reihensolge zu bilden, oder es sind diejenigen Mitglieder, aus welchen der Austrägalsenat bleibend bestehen soll, im Voraus zu benennen und zur Stellvertretung für verhinderte oder abgegangene Mitglieder zwei Ersatzmänner zu bezeichnen, auch dei dem Austritt eines Mitgliedes oder Ersatzmännes die sestige setzte Jahl sogleich wieder zu ergänzen. In dem erstern Falle, nämlich wenn eine Reihensolge statt sindet, muß eine jede Austrägalsache bis zu deren Beendigung bei einem und demselben Austrägalsenate verbleiben."

"Sowohl die Reihenfolge, nach welcher die Bildung des Austrägalsgerichts aus alternirenden Senaten statt haben soll, als auch die personsliche Zusammensetzung der bleibenden Austrägalsenate sind bei der Bundesversammlung stets in Evidenz zu halten, damit, noch vor der Wahl eines Austrägalgerichts, über die Zusammensetzung der Austrägalsenate bei sämmtlichen obersten Justizstellen der Bundesglieder kein Zweiselsbestehen könne."

"Die Anwendung dieses Beschlusses auf bereits anhängige Austrägalsachen kann nur mit Einwilligung der betheiligten Regierungen statt sinden."

Den ersten Antrag wegen Bildung eines eigenen Senats bei den obersten Gerichten für Austrägalsachen, machte Bayern i. J. 1831. — 1831. S. Prot. Sess. XXIV. S. 155. S. 578. (auch Prot. v. J. 1834, S. 78. S. 127.) Theil I. dieses Werks S. 177. Es enthält im Wesent-lichen Folgendes:

In größeren Staaten seyen die hochsten Gerichtshofe in mehrere

Senate oder Abtheilungen vertheilt, denen ohne Unterschied die Berathung und Aburtheilung der wichtigsten Rechtssachen allein überlassen bleibe. — Demnach trage es darauf an: daß ein eigener Senat ex gremio des Ob.=App.=Gerichts gebildet werden möge, bestehend aus zehn bis zwölf Räthen mit zwei Suppleanten und einem Präsidenten, ledigelich zur Berathung und Aburtheilung der Austrägalfälle.

Das besfallsige Entachten ber betreffenden Commission, erstattet Sess. XXXI. §. 203. S. 671 — 677., war diesem Ansinnen entgegen, worauf beschlossen wurde, Instruktionen einzuholen. Hierauf solgten die Abstimmungen von Bayern, K. Sachsen, Danemark, Gröhrzgth. und Hrzgth. Sachsen. Sess. XXXVI. §. 234, S. 809; von Würtemberg und der 13ten Stimme, Sess. XXXVII. §. 245. S. 833; von Preußen, Sess. XXXVIII. §. 253. S. 845; von Baden, Medlenburg, der 15ten und 16ten Stimme, Sess. XXXIX. §. 261. S. 854; von Desterreich und Gröhrzgth. Hessen, Sess. XXXIX. §. 277. S. 881; i. J. 1832. 1832 von Kurhessen, s. Prot. Sess. XV. §. 133. S. 577.; i. J. 1833. von der 17ten Stimme, s. Prot. Sess. XV. §. 96. S. 239; und endlich von Hannover, Sess. XLV. §. 472. S. 994., das zugleich and derweite Borschläge mit besonderer Rücksicht auf das Ob.-App.-Gericht zu Gelle machte.

Der hierauf ertheilte Beschluß, Sess. XLIX. §. 510. S. 1067., bestimmte, daß diesem bayrischen Antrage keine Folge gegeben werden könne. — Inderselben Sitzung S. 1068. erneuerte nun Hannover seinen deskalls (Sess. XLV. §. 472. S. 996.) gemachten Vorschlag in Betreff von Urtheils=Senaten als Antrag, welcher an die betreffende Commission abgegeben wurde. — Dieser Staat, dessen höchstes Tribunal in drei Appellationssenate und dann in drei Urtheilssenate abgetheilt ist, wovon der erste und zweite Appellationssenat den ersten Urtheilssenat, der zweite und dritte Appellationssenat den zweiten Urtheilssenat bilden, trägt S. 996. darauf an:

- 1) daß statt der Verhandlungen in pleno, die Austrägalsachen bei solchen Tribunalen, welche verfassungsmäßig in mehr als zwei Civilsenate abgetheilt, und in welchen die Geschäfte nach den Provinzen vertheilt sind, die Verhandlungen und die Entscheisdung einem aus zwei solchen Senaten componirten Urtheilssenate, unter Beobachtung einer Reihenfolge, anvertraut werden möchten; und
- 2) gibt ferner da obiger Vorschlag nicht allerwärts in Anwendung kommen könne — als eine Erleichterung und Zeiterspa-

rung anheim: nur die Entscheidung der Austrägalsachen dem Plenum, die derselben vorausgehende Instruktion aber den Bezathungen der einzelnen Appellationssenate zu überlassen.

Das desfallsige Gutachten der Commission ward i. J. 1834, Sess. 1834. III. S. 36. S. 61. erstattet und zur Instruktions-Einholung verstellt. Ueber dieses Gutachten erklaren sich Bayern und Hannover, Sess. X. S. 122. S. 255. Hierauf erfolgten abermalige Abstimmungen, und zwar: von Luremburg, Sess. XV. S. 196. S. 422; von Preußen, Sess. XXXII. §. 414. S. 829; Sess. XXXV. §. 459. S. 874; pon Danemark für Holstein und Lauenburg und Mecklenburg, Sess. XXXIX. §. 553. S. 996; vom K. Sachsen, Sess. XL. §. 563. S. 1023; von Desterreich, Sess. XLII. S. 589. S. 1045. — Desterreich spricht in dieser Abstimmung von neuem aus, wie überhaupt hochst wünschenswerth die Errichtung einer gemeinschaftlichen permanenten Austrägal-Instanz zur Erhaltung bes öffentlichen Rechtszustandes im Bunde sen, und daß auch die Errichtung eines Bundesgerichts, oder einer permanenten Austrägal=Instanz, bei ben in diesem Sahre in Bien statt gehabten Cabinets=Conferenzen in vielfacher Beziehung erörtert worden ware, allein die Schwierigkeiten, welche im Wege ständen, diefelbe bermalen nicht gestatteten.

Im folgenden Jahre 1835. erfolgten die Abstimmungen von Ba-1835. den (mit einem anderweiten Antrage), s. Prot. Sess. I. S. 13. S. 11. — Dieses schlägt vor, S. 12., generell zu beschließen:

"daß denjenigen Regierungen, deren oberste Landesgerichte außer dem Präsidenten oder Direktoren mehr als zwölf Mitzglieder zählten, gestattet sen, einen eigenen, aus wenigstens zwölf Räthen und einem Präsidenten oder Direktoren bestehenzden Senat für Austrägalsachen ein= für allemal, oder doch nacheinem sortwirkenden Grundsatz aufzustellen, und innerhalb einer gewissen Frist entweder die persönliche Zusammensetzung dieses Senats, oder den Grundsatz, wonach solche statt sinden soll, zur Kenntniß der Bundesversammlung zu bringen.

Es erfolgten ferner die Abstimmungen von Gröhrzgth. und Hrzgth. Sachsen, Sess. V. S. 63. S. 102; von Preußen und weitere Erklärung von Hannover, Sess. VII. S. 80. S. 128; von der 15ten und 16ten Stimme, Sess. IX. S. 107. S. 221; von Bayern, Sess. XII. S. 144. S. 273; von Würtemberg, Sess. XIV. S. 175. S. 340; von Kurhessen und der 13ten Stimme, Sess. XVI. S. 231. S. 489; von Gröhrzgth. Hessen, Sess. XXV. S. 398. S. 836; von Kgr. Sachsen,

Sess. XXVI. §. 416. G. 873; von den freien Städten, Sess. XXVIII. §. 462. S. 1074.

1836. Im Jahre 1836. stimmten noch ab: Niederlande für das Grßhrzgth. Euremburg und die 13te Stimme, s. Prot. Sons. I. S. 23. S. 38.

Hierauf erfolgte unter dem 19. Oktober 1838 der bereits mitgetheilte Beschluß. In Rücksicht auf denselben gab zuerst in Sess. XXIX.

- 1039, 5.320. S. 878. ber Königl. Hanndverische Gesandte i. J. 1839, in Soss.
  I. S. 18. S. 66. folgende Erklärung ab:
  - "In bem Königl. Db.-App.-Gerichte zu Celle bestehen bekanntlich drei stabile Appellationssenate, in benen sich, außer dem für einen jeden angeordneten Präsidenten besinden:
  - 1) in dem ersten die drei Calenberg-Grubenhagen'schen pracsontati, der Hoyaische praosontatus und zwei Königliche Rathe:
  - 2) in dem zweiten die beiden Lüneburgischen praesontati, die beiden Bremen'schen praesontati, der Betden'sche praesontatus und ein Königlicher Nath;
  - 3) in dem dritten die drei praesentati der Landschaft von Hilbesheim, Osnabrück und Oftfriesland, nebst drei Königlichen Räthen."
  - "Unter Zugrundlegung der Vorschriften, die in der Königlichen Versednung vom 31. Juli 1718 wegen Bildung der Urtheilssenate enthalten sind, wird nunmehr die nachstehende Reihenfolge hinsichtlich der Austrägalsenate eintreten:
  - "Der erste Austrägalsenat wird bestehen aus dem ersten und zweisten Appellationssenate;
  - "der zweite Austrägalsenat aus dem zweiten und britten Appellationsfenate;
  - "der dritte Austrägaksenat, aus dem ersten und dritten Appellationssenate.
  - den Mitgliedern. Die etwa nothigen Ersaymänner werden von dem Oberappellationsgerichts-Präsidenten aus den Räthen des an dem jedesmaligen Austrägalsenate keinen Antheil nehmenden Appellationssenate erwählt."

Der Königl. Sächsische Gesandte gab hierüber in demselben Jahre 1839. 1839, in Soss. III. S. 36. S. 99. folgende Erklärung ab:

"Da der oberste Gerichtshof im Königreiche Sachfen, das Ob-App-Gericht zu Dresden, anßer dem Präsidenten, nur aus sechszehn Mitgliedern bestehe, und wenn aus diesen ein Ansträgalsenat gebildet werden solle, zwölf davon als Beisitzer und zwei als Ersaymänner ernannt werden müßten, folglich eine Besörzberung des gleichzeitigen Geschäftsbetriebs für andere Angelezgenheiten nicht zu erzielen seyn würde; so habe Seine Majestät der König beschlossen, daß es, rücksichtlich des Ob.=App.=Gezrichts zu Oresden, bei der bisher bestandenen Einrichtung, wornach die an dasselbe gelangenden Austrägalsachen in pleno zu verhandeln seyen, zur Zeit bewenden solle."

Der Königl. Berische Gefandte sprach sich in Sess. IV. §. 56. S. 120. folgendermaßen aus:

"Seine Majestät der König von Bayern habe die Alternative der Zusammensetzung eines bleibenden Austrägalsenats bei dem Königl. Ob.=App.-Gerichte gewählt, und der Gesandte sey beauftragt, die Ernennungsliste der Nitglieder dieses Senats 1) mit

1) Siehe Prot. v. 1839, Sess. IV. Beilage 2. S. 168.

Prafibent: Graf von Rechberg;

Substitut: Reichsrath und erfter Direktor, Freiherr von Freiberg.

Rathe: Beckers, Anappe, Stautner, von Sprunner, Safner, Milster, Hotzinger, Dr. Riedl, Schumann, Freiherr von Wulffen, Röhrig, Obermüller.

Erfagmanner: Rird, Schmidt, Greiner, Mutich.

Im Jahr 1841, Sess. III. S. 40. S. 42. macht ber Gesandte die weitere Unzeige, daß, statt der ausgetretenen Räthe Ausppe und von Sprunner, die beiben erften Erfahmanner Rirch und Schmidt in den Austrägalsenat eins getreten, an die Stelle diefer beiden die Rathe Greiner als erfter und Autsch als zweiter Erfagmann vorgerückt, bann bie Rathe Papius zum britten und Bink zum vierten Ersahmann ernannt worden sepen. — Ferner macht ber Gesandte in Sess. XXIV. S. 280. S. 523. weitere Angeige, daß für die Räthe Schmidt und Frhr. von Wulffen beren bisherige Suppleanten Papius und Bink zu wirklichen Mitgliedern bes bei jenem oberften Gerichtshof bestehen= den Austrägalfenats ernannt worden, und die Räthe Frhr. von Thungen und Kleinschrob zu Suppleanten bestimmt sexen, auch an bie Stelle bes Raths Miller der Rath Dr. Kingelmann in das Austrägalgericht ernannt worden, und nach feinem Senium zwischen bie Rathe Greiner und Papins eingereiht worden sey. --- Weiter macht der Gesandte i. J. 1849, in Sess. III. S. 34. S. 65. die Anzeige, daß, an die Suppleantenftelle des Oberapp. Gerichtes Direktore Frhen. von Freiberg, ber nunmehrige erfte Direktor Mitter von Gerngroß ernannt worden fen.

I. J. 1843, in Sess. I. S. 14. S. 7. überreicht ber Gesandte, da im Ansträgals senate bei dem Agl. Oberapp. Ger. zu Mänchen sich im Laufe des vorigen Jahmes mehrene Personalveränderungen ergeben hatten, die Erneunungsliste der Mitglieder des Senats, wie er gegenwärtig zusammengesett ist:

der Bemerkung zu berichten, daß die darin bezeichneten Ersatzmanner nach der Reihenfolge, in welcher sie aufgeführt sepen, einzutreten haben."

In derselben Soss. IV. §. 56. S. 121. zeigte ber Grßh. Hessische Gesandte an:

Jamstadt aus einem ersten und zweiten Präsidenten, sodann vierzehn Räthen als Richterpersonal bestehe, die zu bildenden Austrägalsenate aber nicht weniger als einen Präsidenten ober Direktor und weiter zwölf Mitglieder nebst zwei Ersatmännern enthalten sollen, gedachter oberster Gerichtshof, so lange dessen zu übertragenden Austrägalsachen, wie bisher, in plono zu verhandeln und zu erkennen sortsahren werde."

In demselben Jahre in Sess. VII. §. 88. S. 230. übergab der R. K. Desterreichische Gesandte bas Verzeichniß?) derjenigen

Prafibent: Graf von Rechberg.

Substitut, erfter Director: Ritter von Gerngros.

Rathe: Becters. Dr. Riebl. Schumann. Obermüller. Kirch. Greiner. Dr. Ringelmann. Papius. Zink. Dr. Kleinschrob. Arnold. Frhr. von Walbenfels.

Erfagmanner: Mert. Bolt. Glud. Cucumus.

Ueber weitere Beränderung macht der Gesandte i. J. 1844, in Sess. I. S. 10. S. 6. Anzeige, nämlich daß, statt des zum Direktor des Königl. Oberapp. Gerichts von Unterfranken und Aschassendung beförderten Oberapp. Ger. Raths Papius, der erste Suppleant, Rath Merk, in dem Austrägalsenat eingerückt und zum vierten Suppleanten der Rath Dr. Lauk ernannt worden sep.

2) Frhr. von Gärtner, von Blumfeld, von Daaber, von Ensberle, von Schwarzkönig, von Schnizer, von Plappart, von Abstersburg, von Harbul, von Miniussi, von Einsack.

Bum Erfage: von Rath, von Stieber.

Aeichniß der B. B. vor, S. 181.

Prasibent: Se. Ercellenz Lubwig Graf von Taaffe, oberster Justizprasibent.

Präsibents: Stellvertreter: Se. Ercellenz Frhr. von Locella, Vicepräsis bent ber obersten Justizstelle.

Mitglieber: die wirklichen hofrathe der obersten Justizstelle: Leopold Edler von Blumfeld, Ioh. Edler von Enderle, Ioh. Rep. Schwarzkönig, Edler von Murfeld.

K. Anton Miniussi, Franz Eisank von Mariensels, Franz Schnizger, Anton Ritter von Plappart, Ich. Ebler von Rath, Anton von Mailland.

Mitglieder der K. K. Desterreichischen obersten Justizstelle, aus welchen der Austrägalsenat gebildet worden ist, und zwar der ordentlichen Mitglieder desselben sowohl, als der noch außerdem benannten zwei Ersatmänner, mit dem Bemerken, daß das Präsidium bei diesem Austrägalsenate, wenn er in Thätigkeit treten sollte, in der Regel vom obersten Justizpräsidenten, und, im Falle der Verhinderung desselben, von dem im Range zunächst stehenden anwesenden Präsidenten oder Vicepräsidenten, mithin gegenwärtig von dem Herrn Grafen von Taasse, oder, salls er verhindert wäre, von dem Herrn Vicepräsidenten Grafen von Lichtenberg, geführt werden würde.

#### Der Gesandte fügte ferner noch bei:

"daß man kunftig am Ende jeden Jahres die im Laufe desselben in der Person der Mitglieder des Austrägalsenats und der Ersatmänner allenfalls vorgegangenen Veränderungen zur Kenntniß der hohen B. V. zu bringen nicht ermangeln würde."

Ferner machte der Kurhessische Gesandte in Soss. IX. §. 123. S. 322. die Anzeige:

"daß das Ob.=App.=Gericht in Kassel über die künftig an dasselbe gelangenden Austrägalsachen in plono verhandeln und Erkenntnisse ertheilen werde."

Königl. Preußischer Seits machte der Gefandte in Sess. XI. §. 154. S. 380. folgende Anzeige:

"Von den beiden obersten Gerichtshösen der Monarchie, dem geheimen Obertribunal und dem Rheinischen Revisions= und Cassations=Hose, bestehe der letztere nicht aus einer so großen Zahl von Mitgliedern, daß die Anwendung des betreffenden Bundesbeschlusses bei demselben in Frage kommen könne, und in Ansehung des ersteren sen beschlossen worden, es zur Zeit bei der bisherigen Einrichtung bewenden zu lassen, und mithin von der gestatteten Bildung besonderer Austrägalsenate für jetzt abzusehen."

Für Würtemberg bemerkt die Gesandschaft i. J. 1841. Sess. III. 1841. S. 40. S. 43, "daß bei dem, die Zahl von dreizehn Mitgliedern nur um zwei übersteigenden dermaligen Personalstande des Königl.

Karl Ebler v. Ablersburg. Thomas Karl Härdtl; — Joh. Stieber. Zum Ersat die wirkl. Hofräthe: J. N. Frhr. v. Eichen; Alops Pederzani. Leonhardi, über Austrägalversahren. 2. Thl. Obertribunals die bei diesem hochsten Gerichtshose vorkommenben Austrägalsachen fortan wie bisher in plono zu behandeln seven."

Es folgt hierauf bem Inhalte nach

- II. speciell, wegen Forberungen von Privatpersonen.
  - 1) Artikel XXX. ber W. Schl. A.
  - 2) Beschluß vom 19. Juni 1823. Fristen betreffend.
  - 3) Beschluß vom 22. Mai 1828, wegen Mittheilung an die Partheien über ben Stand ber Sache.

Indem wir hinfichtlich der Ausführung über II. 1. 2. 3. auf Bd. I. S. 148. und 149. verweisen, gehen wir hier über auf

1842. 4) Den Beschluß vom 15. September 1842, — s. Prot. XXVI. §. 286. S. 637; — wegen ber Gesuche der Partheien um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumnisse — wegen der Ansprüche des Klägers in Ansehung der Beweislast in Fällen des 30. Art. der W. Schl. A. — wegen der Beweiskraft der Erklärung einer betheiligten Regierung am Bundestage vor dem Gerichtshose. — \*)

"Auf die in der B. B. zur Erörterung gebrachten nachstehenden drei Fragen:

- 1) Db die Bundes-Austrägalgerichte befugt sepen, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumnisse zu ertheilen?
- 2) Welche rechtliche Folgen in Fällen, worin der Art. 30. der Schl. A. zur Anwendung kommt, mithin die betreffenden Privatpersonen, von deren Forderungen es sich handelt, als die eigentlichen Kläger vor Gericht nicht auftreten, an die vom Gerichtshof ausgehende Bezeichnung Einzelner unter den betheiligten Bundesgliedern als Kläger überhaupt, namentlich in Ansehung der Beweislast, zu knüpfen sepen?
- 3) Db nicht ben in Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, welche an die Austrägalinstanz gelangen, von den betheiligten Regierungen am Bundestag abgegebenen Erklärungen gleiche Beweiskraft in dem austrägalgerichtlichen Versahren, wie den bei dem Gerichtshofe selbst eingegebenen Erklärungen der streitenden Theile zuzugestehen sen?

wird hiermit

<sup>\*)</sup> Letteres ift unter I. 8 zu subsumiren.

- 1) in Bezug auf die erste Frage festgesett: daß die Austrägalsgerichte eben so berechtigt, als verpflichtet sind, dei Gesuchen der Partheien um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumnisse nach Maaßgabe ihrer Prozesordnung zu verhandeln, und, nach Prüfung der Entschuldigungsgründe, darüber zu entscheiden.
- 2) Hinsichtlich der zweiten Frage wird bestimmt, daß da die Butheilung der Partheirolle des Klägers in Streitigkeiten, welche nach Art. 30. der Schl. A. zur Verhandlung kommen, die Bedeutung nicht hat, wie im gewöhnlichen Prozest verfahren an diese uneigentliche Bezeichnung auch keinerlei rechtliche Folgen, und namentlich nicht in Beziehung auf die Beweislast, geknüpft werden können.
- 3) Hinsichtlich ber britten Frage wird von der Feststellung einer positiven Form Umgang genommen, und es der Beurtheilung der Austrägalgerichte forthin überlassen, ob und welcher Werth den Erklärungen am Bundestag, nach Prozesordnung und Rechtsprincipien mit Rücksicht auf die ganze Sachlage, vor Gericht beizulegen sep.
- 4) Die höchsten und hohen Regierungen werden ersucht, die obersten Gerichtshofe von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen."

Die Antrage, auf welche diese Beschlüsse erfolgten, wurden von Grßhzgth. Hessen im I. 1838 in Soss. X. S. 135. E. 349. gemacht. 1838.

— Verschiedene, seit dem Bundesbeschlusse v. 16. Juni 1817 vorgestommene Austrägalstreitigkeiten hätten zu Zweiseln über den Umsang der Competenz der Austrägalgerichte, namentlich über deren Besugsnisse in Bezug auf manche zur Prozesteitung gehörige richterliche Verfügungen, Anlaß gegeben, und dadurch das Bedürfniß einer vollstänzigen Revision der bundesgesetzlichen Bestimmungen über die Austräsgalinstanz immer mehr fühlbar gemacht.

Insbesondere hatten sich solche Unstände in den wegen der Schukden der vormaligen Kollegiatstifte zu Mainz und Worms bei dem Oberapp. Ger. zu Iena verhandelten, nunmehr durch Vergleich erstedigten Austrägalsachen ergeben, welche processualische Verwickelungen zur Folge hätten, deren Vermeidung in kunstig vorkommenden Austrägalsällen für sämmtliche hohe Bundesglieder höchst wünschenswerth seyn dürfte. — Dahin gehören diese Fragen \*).

\*) S. hierüber auch die von dem Grßhzgl. Hessischen Ministerialrath von Lindelof verfaßte Druckschrift "Bon dem Rechte der Bundes-Austrägal-

Auf Präsidialantrag wurde diese Erklärung Prot. S. 350. an die zur Revision des Austrägalversahrens gewählte Commission zur Begutachtung abgegeben, welche dieser Aussorderung i. I. 1842 in Sess. II. §. 23. S. 32. durch einen in das Specielle eingehenden Vortrag und Sutachten, erstattet durch den Großhzgl. Badischen Gesandten, entsprach, — woselbst auch von der Commission die später zum Beschlusse erhobenen Anträge gestellt, aber auf Präsidialantrag einstweilen beschlossen wurde, sich über das Gutachten und die Anträge der Commission dinnen drei Monaten die Instruction der höchsten und hohen Regierungen zu erbitten.

Den Commissionsantragen beistimmend erklaren sich in Sess. VI. §. 67. S. 99. Medlenburg=Schwerin und Strelit; in Sess. VII. §. 81. S. 110. die 15te Stimme; in Sess. VIII. §. 89. S. 120. Baben und Grßhzgth. Hessen; in Sess. IX. §. 99. S. 132. die 16te Stimme; in Sess. XVI. §. 182. S. 282. Desterreich; in Sess. XXIV. §. 262. S. 575. Niederlande wegen des Grßhzgth. Luremburg; in Sess. XVI. §. 286. S. 637. Kurhessen; — mit verschiedenen Modissicationen über die Commissionsantrage erklaren sich in Sess. IX. §. 99. S. 131. Königr. Sachsen, Hannover, Braunschweig und Nassau und die 17te Slimme; in Sess. XI. §. 130. S. 181. Gr. und Hrzigth. Sachsen; in Sess. XXII. §. 247. S. 412. Preußen; in Sess. XXVI. §. 286. S. 637. Bayern. — (Würtemberg und Dänes mark wegen Holstein und Lauenburg haben nicht abgestimmt.) —

Der S. X. enthält schließlich seinem Inhalte nach:

III. Bestimmungen in Hinsicht der Vollziehung.

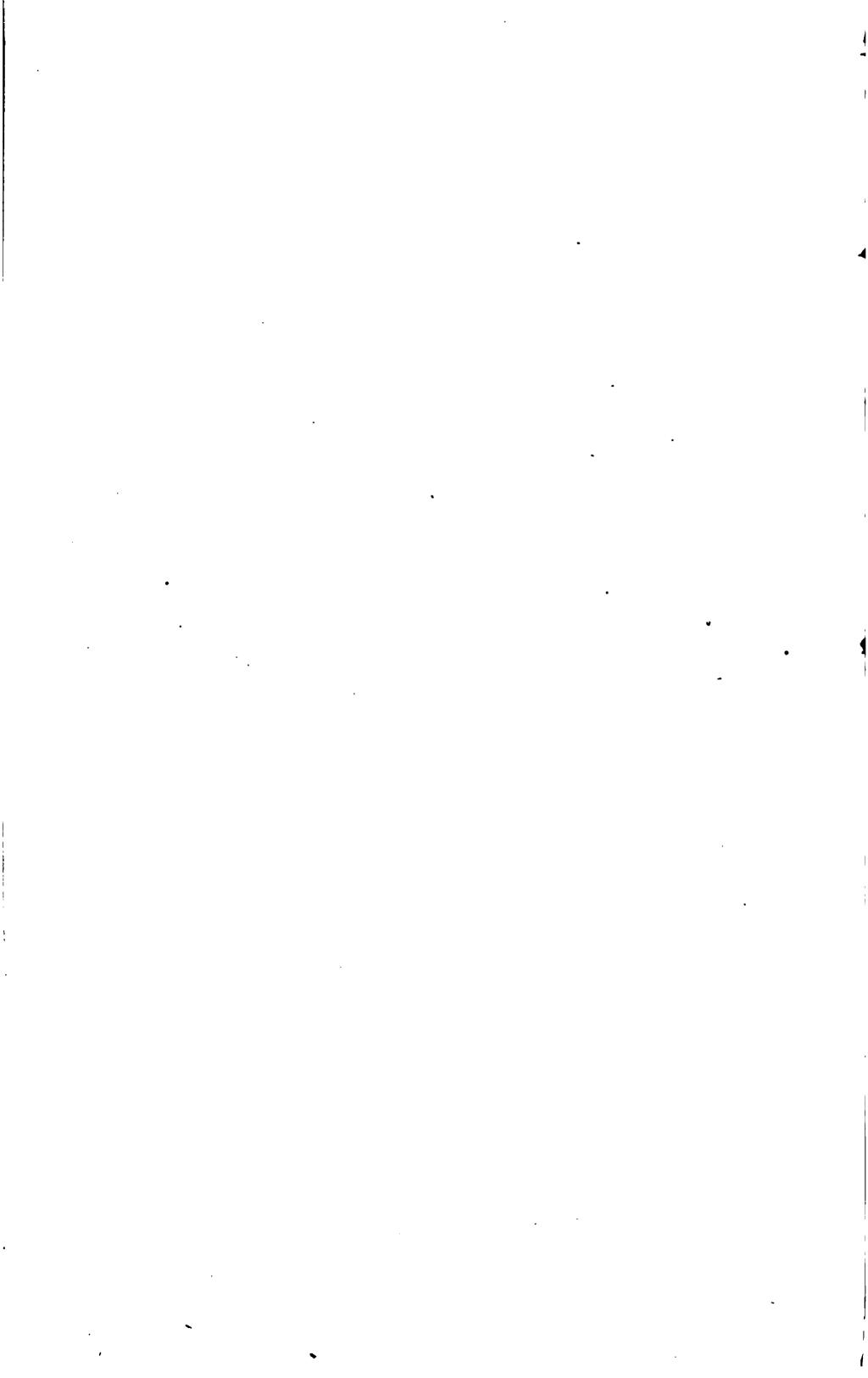
- 1) Provisorische Erecutionsordnung.
- 2) Einzelne Art. der W. Schl. A.
- 3) Definitive Erecutionsordnung vom 30. August 1820.

Wir verweisen hinsichtlich der Aussührung hierüber auf Bb. I. S. 150.—157., u. 933 und gehen zur Fortsetzung des dritten Absschrittes über. —

gerichte, Wiedereinsetung in ben vorigen Stand gegen Fristensaumnisse zu erstheilen." Darmstadt. 1838.

# Dritter Abschnitt.

Die einzelnen durch die Bundesversammlung an ein Ansträgalgericht gebrachten Fälle.



S. XI.

I.

Fälle, welche in Folge des Art. XI. der B. A. und des Art. XXI. der W. Schl. A. anhängig gemücht wurden.

#### A.

### Fälle, die nunmehr erledigt find.

Die Streitigkeiten zwischen dem Großherzogthum Sachsen - Weimar-Eisenach und Fürstenthume Schwarzburg - Audolstädt, dann den Herzogthümern Sachsen - Coburg, Hildburghausen, Meiningen und den Fürstenthümern Schwarzburg - Sondershausen, wegen der aus dem Chüringenschen Nonverbande vom Jahr 1814 herrührenden Forderungen betreffend. (Siehe Bd. I, S. 218—333, Jusäße 933.)

(Schließt sich an die lette Zeile von Band I. S. 242.)

Durch die i. I. 1837, Sess. VI. J. 71. abgegebene Erklärung der Grßhzgl. und Hzgl. Sächsischen Gesandtschaft dürste diese Streitsache, in sofern Schwarzburg-Rudolstadt nicht mit inbegriffen ist, als beendet beträchtet werden, da in den Protokollen Nichts weiter bavon erwähnt wird.

Einem spätern Versuch ber Sachsen=Coburg=Gothaischen Regierung i. J. 1837, Sess. XXIX. S. 324. S. 790. diesen durch die neuer= 1837. dings wieder erfolgte Einlassung von Schwarzburg=Rudolstadt wieder begonnenen Streit vor ein anderes Austrägalgericht zu bringen, wurde keine Folge gegeben, sondern, nachdem Schwarzburg-Rudolstadt (ebendaselbst S. 791.) sich darüber erklärt hatte, auf Präsidialantrag, S.
793, beschlossen:

"baß dem Antrage der Hrzgl. Sachsen=Coburg=Gothaischen Regierung, auf Ueberweisung der bei dem Königl. Hannöverischen Oberapp. Gericht zu Celle als gewählter Austrägal-Instanz anhängigen rubricirten Streitsache an ein anderes Austrägalgericht, keine Folge gegeben werden könne."

- Im Jahre 1838, Sess. VI. §. 92. S. 265. erstattete der Grßhzgl. Badische Gesandte Namens der Erecutionscommission Vortrag, daß da seitdem (s. Prot. v. J. 1837. Sess. II. §. 27, und Sess. VI. §. 71.) keine weitere Anregung von Seiten des Grßhzgl. Sachsen=Weimarseisenachischen Hoses geschehen sen, die Commission vor der Hand ihren Auftrag für erledigt erachte, und die aus der Registratur der B. B. mitgetheilten Acten dahin zurückzustellen wären, worauf S. 266. beschlossen ward:
  - 1) "den der Erecutionscommission in Betreff des fraglichen Gegenstandes ertheilten Auftrag, als erledigt anzusehen, und dieselbe sonach
  - 2) "zu ermächtigen, die derselben zu diesem Behufe aus der Bundebregistratur mitgetheilten Acten dahin zurückzustellen."

Herzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach und den Herzogthümern Sachsen-Coburg, Hildburghausen und Meiningen statt fand, als erledigt
anzusehen; insofern der Streit zwischen dem Fürstenthume Schwarzburg-Rudolstadt und den Herzogthümern Sachsen-Coburg-Gotha
und Sachsen-Meiningen-Hildburghausen statt fand, wurde er durch
Wergleich beigelegt, wie aus den Berichten des Königl. Hannöverischen
Oberapp. Ger. zu Celle an die B. B. vom 26. Novbr. und 6. Decbr.

1839. 1838 zu ersehen, welche Präsidium im J. 1839 in Sess. I. §. 9. S. 6. (s. auch Prot. Beilage 1. S. 75.) der B. V. übergibt \*). —

Der hierbei gefaßte Beschluß lautet S. 8:

"daß die vorstehenden Berichte zur Kenntniß zu nehmen und die übersendeten Akten im Bundesarchiv zu hinterlegen seven." —

\*) Die wegen des hiermit zusammenhängenden Falls Arnold i und Elkan s. unten zurückbehaltenen Akten wurden laut Bericht des Königl. Pannöverisschen Oberapp. Ger. vom 8. Juni 1842, Sess. XV. §. 173. S. 273. der B. V. überreicht.

Das Kurtrierische Schuldenwesen und die Anseinandersehung desselben zwischen der Krone Preußen, dem Herzogthume Nassau und der freien Stadt Frankfurt, wie auch Vorstellungen Kurtrierischer Gläubiger in Betreff des Kurtrierischen Schulden- und Penstonswesens. (S. Band I, S. 354—383; Zusäße 933—935.)

(Schließt sich unmittelbar an die lette Zeile Band I. S. 378.)

Im Jahre 1836 war in Sess. XVI. S. 234. über eine Eingabe referirt worden, die auf Beschleunigung brang. — Auf einen Beschluß hoher B. V. Sess. XXVII. S. 303. S. 723. i. J. 1837, wodurch bie 1827. Königl. Hannöverische Regierung ersucht wurde, unverweilt die zur Beförderung der Entscheidung diefer Austrägalfachen nothigen Berfügungen zu treffen, und wie solche geschehen, der B. B. anzuzeigen, setzte der Hannoverische Gesandte i. J. 1838, Sess. I. S. 22. S. 68. 1838. in einer betaillirten Erklärung bie Gründe der bisherigen Berzögerung auseinander; auch legt Präsidium in demselben Jahre, Sess. XVII. S. 201. S. 629., ein ihm durch die Hanndverische Gesandtschaft zugestelltes Schreiben des Dberapp. Gerichts zu Celle, d. d. 30. Juni, vor, womit dasselbe, als Austrägal=Instanz, das am 8. Juni publicirte Er= kenntniß, s. unten Anlage A. S. 145, und Entscheidungsgrunde, s. unten Anlage B. S. 157, übersendet, wodurch jedoch diese Streitsache, da in mehreren Punkten nur interlocutorisch erkannt, noch nicht als beendet anzusehen.

Es wurde hierauf S. 696. beschlossen:

"Nachdem das vorstehende Erkenntniß von dem obersten Gerichtshofe im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes den Partheien eröffnet worden ist, so wird die Urschrift, um auf dessen Befolgung halten zu können, in das Bundesarchiv hinterlegt." Dium einen weiteren Bericht bes Oberapp. Gerichts zu Celle vom 25. März b. I. vor, worin basselbe anzeigt, daß sowohl ber Unwalt bes klagenden Herzogthums Nassau, als ber Unwalt der Beklagten Krone Preußen übereinstimmend am 26. Febr. und 7. März vorgetragen haben, wie sie übereingekommen, die Vollziehung des unterm 8. Juni v. I. publicirten Austrägakerkenntnisses, unter einstweiliger Aussetzung jedes fernern gerichtlichen Versahrens, durch eine gemeinschaftlich zu bestellende Commission bewirken zu lassen, und daß die zu dem Ende ernannten beiderseitigen Commissarien bereits in Unterhandlungen darüber getreten seinen, die sich denn natürlich auch über die Forderungen der bei der hohen Deutschen B. V. mit Gesuchen ausgetretenen Gläubiger, soweit darüber noch nicht entschieden worden, mit ausdehnen und somit, allem Voraussehen nach, ein deßfallsiges besonderes Austrägalversahren überslüssig machen werden.

Die beiderseitigen Anwälte hätten bemnach gebeten: das fernere gerichtliche Verfahren bis auf weiteres Anrusen, unter Borbehalt aller respectiven Rechtszuständigkeiten, zu fistiren,

welchen Antragen statt zu geben das Gericht kein Bebenken gefunben habe.

Hierauf wurde Seite 171. beschlossen:

- 1) "Die Regierungen von Preußen und Nassau senen zu ersuchen, von dem Fortgang und dem Ergebniß der eingeleiteten commissarischen Verhandlungen der B. V. Nachricht zu geben.
- 2) "Es sen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß in der Streitsache zwischen den Regierungen von Preußen und Nassau in Betreff des Kurtrierischen Schuldenwesens am 8. Juni v. I. ein Austrägalerkenntniß erfolgt sen, und daß es den dabei Betheiligten und dieserhalb mit Gesuchen bei der B. B. aufgetretenen Privatpersonen überlassen bleibe, sich über den Inhalt dieses Erkenntnisses und den gegenwärtigen Stand der Sache überhaupt, bei ihren Landesregierungen oder bei der Bundestänzlei-Direction Ausklärung zu verschaffen."

Dem ersten Theile dieses Beschlusses kamen die Regierungen von 1842 Preußen und Nassau i. I. 1842 nach, wo ihre Gesandtschaften sich ers machtigt erklärten anzuzeigen, Soss. X. S. 111. S. 155., daß die geschachten commissarischen Verhandlungen nunmehr daß gewünschte Ressultat herbeigeführt hätten.

"Behufs ber vollständigen Auseinandersetzung zwischen Preußen und Nassau über das Kurtrierische Staatsschuldenwesen sen von den beiderseitigen Bevollmächtigten am 10. Mai v. I. ein umfassender Vertrag abgeschlossen worden, welcher demnächst die Genehmigung der beiden betheiligten Regierungen erhalten habe, und dessen Katisscationen am 12. v. M. zu Wiesbaden ausgewechselt worden senen."

"Durch diesen Vertrag, zu bessen unverzüglicher Aussührung die nöthigen Vorkehrungen bereits getroffen seven, haben insbesondere auch die verschiedenen Fragen, über welche durch das Austrägalerkenntniß vom 8. Juni 1838 noch keine besinitive Entscheidung getroffen wäre, und um welche es sich also in dem einstweilen sistirten Austrägalprocesse über das Kurtrierische Staatsschuldenwesen noch handelte, insgesammt eine solche Erledigung erhalten, daß es nicht erforderlich sew, den gebachten Prozes wieder aufzunehmen und fortzusezen."

"Hiervon dem Austrägalgerichtshofe Anzeige zu machen, senen die Anwälte beider Regierungen mit Auftrag versehen worden."

Die B. V. nahm diese Anzeige zur Wissenschaft. Mit Beziehung auf diese Anzeige legt Präsidium in Sess. I. S. 12. S. 7. d. I. 1843 1843. einen Bericht des Königl. Hannöverischen Oberapp. Gerichts zu Celle vor d. d. 27. Oktbr. 1842, worin dasselbe anzeigt, daß nach einer gemeinsschaftlichen Eingabe der Unwälte des klagenden Hrzgthms. Nassau und der beklagten Krone Preußen diese Streitsache durch einen von den bestheiligten hohen Bundesregierungen abgeschlossenen Vertrag gänzlich erlebigt worden sey. Damit habe seine Thätigkeit als Austrägalgericht ihr Ende gefunden, und es versehle daher nicht, der B. V. deren ihm mitgetheilten Akten, sammt den Akten der Vermittelungscommission und den bei ihm verhandelten Prozessäken zu übermittelen.

Der hierauf gefaßte Beschluß gehet bahin:

"daß die hohen Regierungen von Preußen und Nassau zu ers suchen seyen, sich über die in Folge des abgeschlossenen Verstrages bewirkte oder zu bewirkende Befriedigung der bei dem Kurtrierischen Schuldenwesen betheiligten und dieserhalb bei der B. A. ausgetretenen Privatreclamanten zu außeren."

Diesem Ersuchen entsprachen beide hohe Regierungen burch solgenwe Eröffnung in Sess. XVIII. S. 186. S. 395.:

"Es wurde an und für sich keinem Bebenken unterliegen, den fraglichen Vertrag hoher B. B. vollständig mitzutheilen. Bei dem sehr volumindsen Umfange besselben jedoch und da er sich Regierungen zu einander beziehe, ohne daß die Interessen von Privatpersonen dadurch irgendwie berührt würden, so erscheine für den beabsichtigten Zweck die Mittheilung des Art. XXX. desselben um so mehr für hinlänglich, als darin die Art der Vertretungsverbindlichkeit der betressenden Privatansprüche in dem Verhältniß zwischen Preußen und Nassau, den Gläubigern gegenüber, vollständig regulirt werde."

"Dieser Artikel XXX. laute, wie folge:"

"In Folge des Austrägalurtheils, pos. 1. und der neueren Bereinbarungen, Art. I. und VI. dieses Vertrages, kommen bei der Vertheilung der Kurtrierischen Schulden nachstehende Repartitionsprincipien zur Anwendung."

#### "Es fallen nämlich:

A. von den zwischen beiden Rheinseiten theilbaren Schulben,

#### insbesondere

AA. von den Landesschulden und zwar:

- 1) von den Schulden des ganzen Kurstaats Trier 57 vom Hundert auf das Obererzstift und 43 vom Hundert auf das Niedererzstift;
- 2) von Schulden, welche zwischen den beiden Ständen des Niedererzstiftes zu vertheilen sind, 23 vom Hundert auf den geistlichen
  und 77 vom Hundert auf den weltlichen Stand;
- 3) hat der geistliche Stand linker Rheinseite 73 vom Hundert und der geistliche Stand rechter Rheinseite 27 vom Hundert, ingleichen
- 4) ber weltliche Stand linker Rheinseite 56 vom Hundert und ber weltliche Stand rechter Rheinseite 44 vom Hundert beizutragen;
- b) von Schulden, welche auf dem ganzen Trierischen Kurstaat haften, fallen, der früheren Vereinigung der Parteien zu Folge, auf die ganze linke Rheinseite 82½ und auf die ganze rechte Rheinseite 17½ vom Hundert, vorbehaltlich der Art. IX. erwähnten Ausnahme bei den Kronankaufscapitalien, sowie
- 6) zu den dem Niedererzstift obliegenden Schulden das Niedererzsstift linker Rheinseite 60 und das Niedererzstift rechter Rheinseite 40 vom Hundert beizutragen hat.

BB. Von den Kammerschulden fallen 3/3 auf die linke und 1/3 auf die rechte Rheinseite."

#### Betreffend

B. die weitere Abtheilung der rechtsrheinischen Schuldenquote, sowie der jenigen Kurtrierischen Schulden, welche die rechte Rheinseite allein zu übernehmen hat

#### und zwar:

AA. der gandesschulden,

so fallen auf den geistlichen Stand 15½ und auf den weltlichen Stand 84½ vom Hundert, und es concurrirt

- 1) Zu dem Antheil des geistlichen Standes die Krone Preußen mit 53 und das Herzogthum Nassau mit 47 vom Hundert,
- 2) zu dem Antheil des weltlichen Standes die Krone Preußen mit 23½ und das Herzogthum Nassau mit 76½ vom Hunsdert, aus welchen beiden Verhältnissen
- 3) für die nach den einzelnen Ständen nicht wohl abtheilbaren Schulden vergleichsweise noch ein Mittelsatz von 28½ vom Hundert für Preußen und von 71½ vom Hundert für Nassau angenommen worden ist.

BB. Von den Kammerschulden hat Preußen 25 vom Hundert und Nassau 75 vom Hundert zu übernehmen.

In Ansehung der Forderungen von Corporationen, Instituten und milden Stiftungen kommen außerdem noch die nachstehenden Grundsätze, welche theils mit Rücksicht auf den §. 37. des R. D. Hptschlusses durch beiderseitige Vereinbarung sestgestellt, theils nach der bestehenden Hrzgl. Nassauischen Finanzverwaltungs-Einrichtung für den Nassauisch verbliebenen rechtsrheinischen Landestheil maaßund zielgebend sind, hier zur Anwendung:

- 1) alle Forderungen dieser Art, ohne Unterschied, ob die betreffenden Corporationen zc. noch fortdauern oder zu bestehen aufgehört haben, und ohne Unterschied, ob ihre Forderungen der Kurtrierischen Hoskammer oder den Landständen zur Last standen, sind hinsichtlich des auf die andere Rheinseite fallenden Schuldenantheils der Disposition der dasigen Regierung anheimzefallen.
- 2) Demgemäß kommen die der linken Rheinseite davon zur Last fallenden Schuldenraten bei der gegenwärtigen Auseinanderssetzung gar nicht weiter in Betracht; —

- 3) was sobann die Behandlung der rechtsrheinischen Raten betrifft, und zwar
- a) von benjenigen Forberungen, welche ganz aufgehobenen ober nur linksrheinisch noch fortbauernden Corporationen als Gläubigern gehörten, so erscheinen
  - w) insofern als die Kurtrierische Hossammer ihre Schuldnerin war, eine Ermittelung des der rechten Rheinseite zur Last fallenden Schuldenantheils behufs der jetzigen Auseinanderssetzung nicht erforderlich, weil sowohl die Preußische als die Nassauische Rate davon durch Confusion erloschen ist, wozgegen
  - β) insofern die Trierischen Landstände Schuldner derselben waren, die die rechte Rheinseite und hiernächst den Hrzgl. Nassausschen Landestheil treffende Schuldenrate deshalb bei der vorliegenden Auseinandersetzung ermittelt werden muß, weil nur die Preußische Rate erloschen, die Nassaussche aber auf den Hrzgl. Nassausschen Domänensiscus als Gläubiger übergezogen ist.
- b) von solchen Forderungen indessen, welche rechtsrheinisch noch ganz oder theilweise fortdauernde Corporationen ic. an die Kurtrierische Hosfkammer oder die Landskände zu machen hatten, ist der auf die rechte Rheinseite fallende Schuldantheil als noch gegenwärtig bestehend anzusehen, daher auch dei denzenigen Forderungen, welche beiden Rheinseiten zur Last fallen, eine Ermittelung des rechtsrheinischen Schuldantheils und dessen Bertheilung zwischen Preußen und Nassau stattsinden muß.'— Nach vorstehenden Bestimmungen sind die Kurtrierischen Schulden, unter Zugrundlegung des in Art. XXIX. vorallegirten neuen Generalverzeichnisses nun in folgender Art zur Bertheilung gebracht."

"Es enthalte dieser Artikel eine übersichtliche Zusammenstellung derjenigen Zahlenverhältnisse und sonstigen Grundsätze, welche bei den verschiedenen in Streit befangenen Kategorien des Kurtrierischen Schuldenwesens das Maas der Vertretungsverbindlichkeit der beiden Regierung bildeten, und es sey hierbei nur noch zu bemerken, daß, was die in dem vorstehenden Art. XXX. AA. 5, erwähnte Ausnahme hinsichtlich der Schulden des Kornankaussgeschäfts (von 1789) betreffe, dieselbe darin bestehe, daß von diesen Schulden 38 Procent auf das Obererzstift und 62 Procent auf das Niedererzstift fallen."

"In Bezug auf gewisse Schuldposten des vormaligen Kurstaats Trier sey in dem Vertrage vom 10. Mai 1841 für angemessen befunden worden, zu stipuliren, daß die Nassauische Rate von Preußen zur Berichtigung übernommen werde, sofern nicht die betheiligten Gläubiser, welche deshalb zu befragen seven, Widerspruch erheben. — Von diesen Schuldposten, 232 an der Zahl, liege das namentliche Verzeichniß bei; der Gesammtbetrag derselben sep

#### 161,238 Reichsthaler 34 Albus;

wegen Berichtigung dieses Betrages sepen bereits von der Konigl. Preussischen Regierung zu Koblenz die nothigen Einleitungen getroffen.

Es befinde sich darunter auch die Forderung der Kalkhoffischen Erben\*), mit welcher die B. V. noch in der Sitzung vom 1. d. M. sich beschäftigt habe."

"Gleichwie diese von Preußen für Nassau übernommene Schuldsforderungen sepen auch die direkt von Preußen zu tragenden Passivaschon größtentheils gekündigt und zwar

94,108 Thaler preuß. Courant für den 15. Juli d. J.

(s. d. Amtsblatt Nr. 28 der Regierung zu Coblenz v. 13. v. M.) und

321 Thaler 12 Slbgr. 4 Pf. preuß. Courant zum 1. Sptbr. d. J. (s. d. Amtsblatt Nr. 30. der Regierung zu Coblenz v. 24. Mai d. J.).

Ebenso seinen diejenigen Schuldforderungen, welche Nassau außer den von Preußen zur Berichtigung übernommenen Schuldenraten noch direct abzuführen habe zur Auszahlung auf erfolgende Anmeldung und Legitimation bereits angewiesen und zum großen Theile bis jetzt auch

schon von den Gläubigern bezogen worden."

"Hierauf sen die Sache nunmehr vollständig in der Lage, daß hohe B. B. den betreffenden Reclamanten, mit Hinweisung auf den Art. XXX. des Vertrags vom 10. Mai 1841, lediglich überlassen könne, ihre Ansprüche, sofern dieselben nicht schon befriedigt seven, je nach der Beschaffenheit derselben, entweder bei Preußen oder bei Nassau auf dem versassungsmäßigen Wege geltend zu machen."

Auf Prasidialantrag wurde hierauf beschlossen, diese Anzeige an

<sup>\*)</sup> Diese Reclamation ist deshalb später nicht mit aufgenommen, weil sie direkt an die Regierungen verwiesen wurde, und weitere Berhandlungen bei ber B. B. hierüber nicht statt fanden.

die Reclamationscommission mit dem Ersuchen abzugeben, darüber Vortrag zu erstatten.

Derselbe erfolgte nun in der Sess. XXIII. §. 240. S. 542. durch den Grßhrzgl. Mecklenburgschen Gesandten. — Er saßt zunächst die Hauptmomente der gesammten bei dem Bunde statt gehabten Ber-handlungen zusammen, und spricht sich dann folgendermaßen über die Anzeige der Gesandtschaften von Preußen und Nassau auß:

"Der Vergleich vom 10. Mai 1841 sen zwar nicht vollständig mitgetheilt, sondern nur der Inhalt des hauptsächlich in Betracht kommenten Art. XXX. angegeben worden; auch werde das dem Vergleiche beigefügte Generalverzeichniß, wornach die Kurtrierischen Schulden zur Vertheilung gebracht seven, vermißt."

"Aus dem angeführten Art. XXX. des Vergleichs gehe indessen hervor, daß, in Grundlage des austrägalgerichtlichen Erkenntnisses, alle Verhältnisse — auch diejenigen, weßhalb das Lettere noch auf Veweis erkannte — ausgeglichen, dadurch die zwischen beiden Regierungen entstandene Streitigkeit entfernt, und die Verpflichtung, den einzelnen Forderungen Genüge zu leisten, festgestellt, mithin dem Art. XXX. der W. Schl. A. Genüge geschehen sen."

"Die zum Protokolle der 18. Sitzung abzegebene Erklärung und deren Anlagen ergeben weiter: daß diejenigen Gläubiger, welche Preußen für Nassau in der Summe von 161,238 Rchtsthlr. 34 Albus zu zahlen übernommen habe, hiervon in Kenntniß gesetzt werden sollen, und daß die Königl. Preußische Regierung zu Koblenz wegen deren Bezahlung bereits Einleitung getroffen habe; daß den weiter von Preußen zu zahlenden Gläubigern ihre Kapitalien zur Rückzahlung durch öffentliche Bekanntmachungen gekündigt, und daß die von Nassau direkt abzusührenden Schuldposten zur Zahlung angewiesen und zum großen Theile von den Gläubigern schon bezogen seyen."

"Dasjenige, was die Commission anzusühren die Ehre gehabt habe, ergebe, daß der Zweck des austrägalgerichtlichen Versahrens durch das Erkenntniß des Oberapp. Gerichts zu Celle und den später abgeschlossenen Vergleich erreicht sen; walteten in dieser Hinsicht, namentlich wegen Vollziehung des Erkenntnisses, jetzt oder in der Folge noch Anstände ob, so würde die nach Beschluß vom 3. August 1820 bestehende Vollziehungscommission das Weitere zu erörtern haben; die Reclamationscommission habe nach ihrem Standpunkte hauptsächlich das Interesse der sich nach Art. XXX. der W. Schl. A. an die B. B. gewandt habenden Gläubiger ins Auge zu sassen. — Ein abgesondertes

Verfahren habe wegen derselben nicht statt gehabt, es sen indessen ber Streit wegen ihrer Befriedigung durch Festsetzung des Theilungsverhältnisses beseitigt, und den Gläubigern durch die erfolgten Bekanntmachungen Nachricht wegen ihrer bevorstehenden Befriedigung
gegeben."

"Die Commission musse indessen noch einer Kategorie der Kurtrierischen Gläubiger Erwähnung thun, welche sich in neuerer Zeit an hohe B. V. wandten, und die von dem zwischen den Regierungen von Preußen und Nassau abgeschlossenen Vergleich nicht ergrissen würden."

"Acht verschiedene Gläubiger — sämmtlich vormals Kurtrierische Hof= ober Staatsbiener — sepen wegen Gehalts= ober Pensions=Ruckständen in den Jahren 1839, 1840 und 1841 bei hoher B. B. eingekommen, sich theils auf Art. XXX. der W. Schl. A., theils auf das gesprochene austrägalgerichtliche Erkenntniß berufend. — Auf verschiedene Vorträge der Reclamationscommission senen die Reclamanten durch mehrere Bundesbeschlüsse — von welchen die Commission nur ben letten, in der 22. Sitzung vom 29. Juli 1841 (S. 244. des Prot.) nach zuvoriger Instruktionseinholung erfolgten, anführen wolle --abschlägig und bahin beschieden worden: daß weder dem Gesuche um Bollziehung des austrägalgerichtlichen Erkenntnisses vom 8. Juni 1838, noch ben auf Einleitung eines Verfahrens nach Art. XXX. ber 28. Schl. A. gerichteten Anträgen Folge gegeben werden könne. — Darneben sen es den Reclamanten überlassen worden, in Grundlage ber Bestimmung des zu Anfang bieses Vortrages angeführten Recesses vom 14 Decbr. 1816 ihre Rechte respective bei den Königl. Preußischen und Hrzgl. Nassauischen Behörden zu verfolgen."

"Diese Gläubiger kämen hier also nicht weiter in Betracht." Auf Commissionsantrag nahm hierauf die B. A. diesen Vortrag zur Wissenschaft.

### Ginzelne Reclamationen. \*)

(G. Band I. S. 379; Bufațe S. 933.)

1) Peter und Reinhard Klippel und Wittme Groß.

ber 16ten Stimme Vorträge über eine Reclamation ber Kurtrierischen Leibgardisten, Peter und Reinhard Klippel zu Limburg, und der Wittwe des Georg Groß zu Eschhofen, Amts Limburg, rückländige Quartier=, Montur= und Gagengelber betreffend.

Auf das beigefügte Gutachten wurden die Reclamanten an die Commission zur Liquidirung und Repartirung der Kurtrierischen Schulden verwiesen, den Betheiligten indessen die Sache zur möglichsten Berücksichtigung empsohlen.

Auf erneuerte Eingaben ber Reclamanten, des Inhalts, daß sie von dieser Commission nicht befriedigt worden, wurden sie zunächst zu Folge des darüber erstatteten Gutachtens i. I. 1825, Sess. XIV. S. 71. S. 154., durch Beschluß abgewiesen, da sie die Angabe nicht bescheinigt hatten, daß ihre Forderung von der hierüber in Koblenz bestehenden Commission bereits anerkannt worden, dann aber, nachdem

1827, ber Königl. Sächsische Gesandte i. I. 1827, Ioss. II. Sep. Prot. S. 54. bargethan, daß diese Forderungen zu berjenigen Klasse von Privatsorberungen gehörten, auf welche Art. XXX. der W. Schl. A. Anwendung sinde, auf Commissionsantrag ebendaselbst beschlossen:

"baß diese Reclamationssache an die Bundestags-Commission zur Ausgleichung bes Kurtrierischen Schuldenwesens abzugeben sen."

- über das Kurtrierische Schuldenwesen, Soss. IV. S. 33. wurde auch dieser Reclamation S. 77. erwähnt und in Soss. XII. 1. Sep. Prot. S. 82. S. 233. dieselbe als eine derjenigen Forderungen der Kurtrierischen Gläubiger und Pensionisten bezeichnet, welche sich an die B. B. gewendet, und an das zum Austrägalgericht ernannte Oberapp. Gericht in Celle verwiesen worden, welches, im Falle die Hauptentsscheidung süber die zwischen Preußen und Nassau in Ansehung des
  - \*) Der klareren Uebersicht halber geben wir sowohl die einzelnen Reclamastionen, welche in Bd. I. S. 379. u. figbe., als auch die, welche in den Zusätzen S. 933. u. figde. enthalten und später hinzugekommen sind, mit den Fortsetzungen hier zusammen.

Kurtrierischen Schuldenwesens bestehende Differenz) dieses nicht überflussig machen sollte, nach einem abgesonderten Austrägalverfahren, auf den Grund des Art. XXX. der W. Schl. A. über die streitige Vorfrage:

"zu welcher Gattung der Kurtrierischen Schulden, und in welchem Verhältnisse, die betheiligten Regierungen beizutragen, rechtlich verbunden sepen?"

im Namen und Auftrage des Bundes, ben Rechten gemäß zu erkennen habe.

Siehe über diese Reclamation das Urtheil vom 8. Juni 1838, Prot. v. J. 1838, Sess. XVII. §. 201. S. 637. unten S. Anlage A. S. 145.

2) 3. Stephan Adermann.

Im Jahre 1825, Sess. VI. 2. Sep. Prot. S. 51. erstattete der 1825. Grßhzgl. und Hrzgl. Sächsische Gesandte Vortrag über eine Vorstellung des ehemaligen Kurtrierischen Hof-Kammerkanzlisten I. Steph. Ackersmann zu Koblenz, welcher seinen Gehaltsrückstand von 1794 bis 1. Dechr. 1802 reclamirte. — Nachdem hierüber Preußen und Nassau i. I. 1826, Sess. II. Sep. Prot. S. 90. die verlangten Erklärungen 1826. abgegeben hatten, wurde in Sess. V. 2. Sep. Prot. S. 175. beschlossen:

"daß der Reclamant — in Erwägung, daß die Voraussetzungen des Artikels XXIX. und XXX. der W. Schl. A. in Ansehung des von ihm bei der hohen Bundesversammlung erfolgten Anbringens nicht vorhanden sind — von derselben abgewiesen werde."

### 3) von Meeß.

Im Jahre 1828 erstattete der Königl. Bayerische Gesandte, Sess. XII. 1828.

1. Sep. Prot. S. 84. S. 236. Vortrag über eine Reclamation des Hosserichtsraths von Meeß zu Ehrenbreitstein, betreffend die ihm gebührende, volle reichsschlußmäßige, einbehaltene Pension, die dis zum 1. Juli 1828, 1479 Athlr. 28 Gr. 11 Pf. Preuß. Courant betrage, ferner die weiteren Verzugszinsen und Kosten, und dann die volle Pension von 577 Athlr. 14 Gr. 1 Pf., ob Preußen oder Nassau, und in welchem Maaße jeder dieser Staaten zu zahlen hätte.

Die verlangten Erklärungen von Preußen und Nassau erfolgten in Soss. XVII. §. 116. S. 316; (s. auch Beil. I.—III. S. 329—334.) ferner Soss. XX. §. 127. S. 359; worauf nach einem in Soss. XXII. §. 145. S. 427. erstatteten Vortrag S. 430. beschlossen wurde:

"daß, nachdem sich aus den gegebenen Erklärungen der Königl. Preußischen und Herzgl. Rassauischen Gesandtschaften ergeben

habe, baß in bem vorliegenden Falle durchaus kein Streit zwischen beiden allerhöchsten und höchsten Regierungen über die Berbindlichkeit, dem Reclamanten die ihn betreffende Pension zu entrichten, obwalte, und die Herzgl. Nassauische Regierung dem Bittsteller über seinen aus dem Art. LIX. des Reichsdeputationsrecesses hergeleiteten Anspruch auf den Fortbezug seines ganzen Dienstgehaltes im Pensionsstande den Rechtsweg bei den competenten Hrzgl. Gerichten vollkommen eroffne, so sen der Reclamant an das competente Frzgl. Nassauische Gericht zu verweisen."

#### 4) von Maehler.

- Im Jahre 1828 erstattete ferner ber Königl. Bayerische Gesandte, in 1828. Sess. XIV. §. 100. S. 280., Vortrag über eine Reclamation des vormals Rurtrierischen Hofgerichtsraths v. Maehler, Gehaltsrückstand betreffend. — Seine ursprünglichen Reclamationen, sowohl bei bem früheren Landesherrn, als bei Frankreich, sowie später bei Nassau und Preußen, sepen ohne erwünschtes Resultat gewesen. — Im Jahre 1817 habe er sich an die gemeinschaftliche Commission, welche von Preußen und Nassau gemeinschaftlich zur Liquidation bes Kurtrierischen Schuldenwesens aufgestellt worden, gewendet. Hierauf habe die Hzgl. Nassauische Special=Commission in Wiesbaden i. J. 1822 die liquide Totalität seines Gehaltsrückstandes vom Anfange d. J. 1795 bis zu bessen Wiederanstellung im Februar 1798, auf 1780 fl. 50 fr. festgesetzt, und bavon sich, auf die an Nassau ursprünglich gefallenen Trierischen Landestheile 11/2 mit 254 fl. 26 kr. zur Last gesetzt; von Preußen habe er eine ganz abschlägige Antwort bekommen. — Er wende sich deßhalb an hohe B. B. mit ber Bitte (S. 283.):
  - "1) daß die Frage, ob seine totale ruckständige Besoldung von dem Hrzgl. Nassauischen Staate allein, ober in Concurrenz mit Preußen zu berichtigen sen, im gutlichen Wege dann so entschieden ausgetragen werde,
  - "2) als der rechtliche und billige Maaßstab der quantitativen Entschädigung felbst, mit gnabigster Berucksichtigung ber, gegen des Hrzgl. Nassauischer Seits unter zu Grundelegung des ehe mals Kurtrierischen Etatspreises angenommenen Vergutungs-Normals ausgeführten, und die Unanwendbarkeit diefer Aequivalentsbestimmung offen darlegenden Grunde.
  - "3) In jedem Falle aber eventuell huldvollst auszusprechen, an wen

er sich wegen seines Besoldungsguthabens mit Erfolg und in der Art hinzuwenden habe, daß er nicht ferner, allen bestehens den Grundsägen des Rechts und der Humanität zuwider, unserhört belassen bleibe."—

Das ebendaselbst erstattete Gutachten spricht sich dagegen aus, dem in dieser Weise angebrachten Gesuch statt zu geben, denn (S. 284.):

- "1) könnte basselbe in keinem Falle auf Entscheidung der Hauptsfrage im gütlichen Wege allein, sondern es müßte, in Entsteshung besselben, auf Einleitung eines austrägalgerichtlichen Verfahrens gerichtet seyn.
- "2) Was den quantitativen Maaßstab der Entschädigung, und die Beschwerde des Bittstellers wegen Anrechnung der Naturalien nach den Kurtrierischen Etatspreisen betrifft, so könne darein die B. A. ebensowenig, als das Austrägalgericht eingehen, sondern es musse vielmehr dem Betheiligten überlassen seyn, sich diesfalls an die geeignete Behörde jenes Staates zu wenden, gegen welchen er sich desfalls beschwert glaube. —
- "3) Was hingegen das dritte Gesuch betreffe, so durfe es genügen, ben Bittsteller auf den wegen Ernennung eines Austrägalgerichts zur Auseinandersetzung der wegen des Kurtrierischen Schuldenwesens bestehenden Differenzen gesaßten Beschluß zu verweisen."

Die B. B. beschloß hierauf zu Folge Untrags der Reclamations-Commission, daß diesem Gesuche nicht statt gegeben werden könne, jedoch der Reclamant von dem Beschlusse der B. B. in Kenntniß zu setzen sey, wodurch das Oberapp-Gericht zu Celle als Austrägalgericht zur Auseinandersetzung der zwischen Preußen und Nassau und der freien Stadt Frankfurt in Ansehung des Kurtrierischen Schuldenwesens bestehenden Differenzen, sowie wegen der Forderungen mehrerer Kurtrierischer Staatsgläubiger und Pensionisten ernannt worden sey.

Ueber eine Eingabe der Wittwe des Bittstellers v. Maehler um Beschleunigung (Eingab. Prot. Nr. 25.) hielt der Königl. Sächsische Gesandte, Namens der Reclamations=Commission, i. I. 1837, Sess. 1887. XXVII. S. 303. S. 721. einen Vortrag, worin derselbe die vorhergegangenen Beschleunigungsversuche, sowie die darauf erfolgten Beschlüsse, anzieht. Auf seinen Antrag wurde (S. 723.) beschlossen:

"1) daß die Königl. Hannöverische Regierung auf den Grund des Art. XXII. der W. Schl. A. und Art. II. des Bundesbeschlusses über das Austrägalverfahren vom 3. August 1820, wiederholt ersucht werbe, nunmehr unverweilt die zur Beförderung der Entscheidung der genannten Austrägalsache nothigen Verstügungen zu treffen, und wie solches geschehen, der B. V. anzuzeigen; —

"2) nach Einlangung dieser Anzeige aber die Reclamantin auf ihre Vorstellung vom 12. Sept. d. I. zu benachrichtigen, daß die B. B. wiederholt die Beendigung der Kurtrierischen Austrägalgerichtssache zu bewirken sich habe angelegen senn lassen."—

Nachdem i. J. 1838, Soss. XVII. S. 629. ein Austrägalurtheil in diesem Kurtrierischen Schuldenwesen eingelausen war, hatte die Wittwe von Machler unter Nr. 40. des Eingaben-Registers eine neue Vorstellung an die B. B. gemacht, über welche der Königl. Sächste Gesandte, Namens der Reclamations-Commission, i. J. 1839, Soss. XVI. §. 220. S. 587. Vortrag erstattete.

Die souveranen Staaten von Preußen und Rassau hatten — heißt es in dieser Vorstellung, wie eine Königl. Bayerische Ministerial-Entschließung vom 23. Mai d. I. besage — zum Vollzug des jüngst erslassenen austrägalgerichtlichen Erkenntnisses, in Hinsicht des Kurtrierischen Schuldenwesens, Liquidations-Commissarien ernannt und denselben auch Vergleichsunterhandlungen über die noch unentschiedenen und zum weitern gerichtlichen Versahren ausgesetzten Punkte ausgetragen, einstweilen aber um Instand mit weiteren gerichtlichen Vorsschritten gebeten, welchem Verlangen das Königl. Hannöverische Oberapp. Gericht zu Gelle entsprochen habe. —

Die Reclamantin bewögen vielfache Gründe zur gestatteten Einziehung einer Erkundigung bei hoher B. B., rosp. beren Canzlei-Direction: — benn

- ,,1) wisse sie nicht, ob die ernannten Commissare die Liquidirung der Kurtrierischen Schulden in soweit zu bewerkstelligen hatten, daß sie ausmittelten, welche Schulden, dem erlassenen Austrägal=Erkenntnisse zufolge, dem Staate Preußen, und welche dem Staate Nassau zur Tilgung zugefallen sepen, ober
  - "ob diese Commissäre die bereits dem einen und dem andern Staate zur Tilgung zugewiesenen Forderungen selbst erst richtig stellen sollten?
- "2) wisse sie eben so wenig, ob ihre Forderung auch unter den zum weitern gerichtlichen Versahren ausgesetzten Punkten mitbegriffen sep, oder nicht, noch ob

"3) ihre Forberung dem Staate Preußen ober Raffau zur Tilgung anheimgefallen sen? —

"Eine Auftlarung über diese ihr unbekannten Sachverhaltnisse musse sie um so nothwendiger unterthänigst erbitten, als
sich gemäß einer bei der Hzgl. Nassausschen General-DomänenDirection II. gepstogenen Berechnung über den Gehaltsrückkand ihres verlebten Gatten eine Summe von 1,880 Gulden
50 Kreuzer entzissert habe, woran 354 Gulden 26 Kreuzer
von dem Staate Nassau bereits bezahlt worden wären, und
sonach noch 1526 Gulden 24 Kreuzer eristirten; hieraus erhelle, daß je nachdem die von ihr erbetene Austlärung ausfalle,
die in ihrem Besiße (theils Driginale, theils vidimirte Copien)
sevenden Papiere in ihrer unbestreitbaren Eigenschaft sie möglicherweise schleunigst zum ersehnten Ziele sühren könnten. —

"Sie bate — bei ihrer schweren Lage — hohe B. A. um so vingender um baldigen Aufschluß, als dieser wohl geeignet seyn könnte, ein früheres, bei der Hrzgl. Nassauischen Regierung unmittelbar eingereichtes Gesuch kräftigst zu unterstützen, welches die Entschließung beziele, wonach die fragliche Regierung sich aussprechen möchte, ob sie ihre Forderung — und wenn — auf welche Weise und wie bald sie diese zu tilgen sich verpslichtet halte."

Die Commission stellte ihr Gutachten bahin ans, die Reclamantin burfte zu bescheiben seyn:

"baß das Herzogthum Nassan im 24. Art. des mit der Krone Preußen abgeschlossenen, in der Königl. Preußischen Gesetsammlung v. I. 1818, S. 98. abgedruckten Recesses v. I. 1816, die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Kurtrierischen Dienern über ihre Besoldungsrückstände vor dem Jahre 1802 übernommen habe, der Reclamantin also überlassen bleibe, die Besriedigung ihres Anspruchs, soweit er gegründet sen, von der Hrzgl. Nassauischen Regierung abzuwarten, oder bei den Frzgl. Nassauischen Landesgerichten zu verfolgen."

Da sich hierauf der Gesandte der 13ten Stimme der Hrzgl. Nassauischen Regierung Erklärung vorbehalten hatte, wurde (S. 589.) beschossen:

"bieser Erklärung entgegenzusehen." Dieselbe erfolgte Soss. XXII. §. 300. S. 874. bahin: "In dem zwischen ber Krone Preußen und dem Herzogthum

Nassau wegen Auseinandersetzung bes Aurtrierischen Schulbenwesens anhängigen Austrägalprocesse sen über etwaige, an die vormals Kurtrierische Landrentams=Kasse zu begründende Gehaltsrückfands=Forderungen aus der Kurtrierischen Vermal= tungsperiode weder verhandelt worden, noch auch eine Ent= scheidung erfolgt, weil zwischen beiden Gouvernements darüber kein Streit bestanden habe, daß, nach dem schon vorher mit gegenseitiger Zustimmung ausgemittelten Concurrenzverhaltniß, die rechte Rheinseite nur ein Drittheil davon zu übernehmen habe. Es könne baher auch aus bem austrägalgerichtlichen Erkenntniß ein Anspruch auf Uebernahme solcher Gehaltsrückstands-Forderungen nicht hergeleitet werben. — Dagegen sen auf ben Grund bes für bie Uebernahme und Bertheilung ber Kurtrierischen Kammerlasten zwischen ber rechten und linken Seite des Rheins nunmehr definitiv festgesetzten Concurrenz verhältnisses von dem Hrzgl. Nassauischen Gouvernement stets die Verbindlichkeit anerkannt worden, das von den vormals Kurtrierischen Landestheilen rechter Rheinseite, anstatt bes früher angenommenen Siebentheils, barnach zu übernehmende Drittheil solcher Gehaltsrucktands-Forberungen aus ber, nach Art. 24. bes unterm 14. Decbr. 1816 mit ber Krone Preußen abgeschlossenen Vollziehungsrecesses, nach wie vor unter Przgl. Nassauischer Verwaltung verbliebenen Kurtrierischen Cameral-Arreragen=Kasse, welche in Folge der austrägalgerichtlichen Entscheidung weitere Zahlungsmittel zu erwarten habe, so weit diese reichen, berichtigen zu lassen.

"Die Frau Reclamantin, welche sich gleichzeitig mit einem ähnlichen Gesuch an die Hrzgl. Regierung gewendet hatte, sey bemgemäß bereits unter dem 9. August L. I. durch die, mit Regulirung des Kurtrierischen Schuldenwesens beauftragten Hrzgl. Commissarien hiervon mit der weiteren Erdsfnung in Kenntniß gesetzt worden, daß die rechtsrheinische Rate des auf die Summe von 1780 Gulden 50 Kreuzern liquid gestellten Gehaltbrücksandes ihres verlebten Chegatten zu einem Drittheil 593 Gulden 26% Kreuzer, betragen habe, und daß die, nach Abzug der bereits mit 254 Gulden 26 Kreuzern darauf geleksteten Zahlungen verbleibende Restsorderung von 339 Gulden 10 Kreuzern berichtigt werden solle, wenn sich dieselbe vorerst über ihre Berechtigung zum Bezug dieses Betrags werde ausgewiesen haben.

"Unterm 30. August 1. I. habe hierauf die Frau Reclamantin vorstehender Auflage entsprochen und unter Vorlegung eines, sie zur Einkassirung des fraglichen Restguthabens von 339 Gulden 10 Kreuzern legitimirenden gerichtlichen Zeugnisses um dessen Auszahlung gebeten."

"Es sen daher nunmehr die betreffende Behörde, die Zahlung zu leisten, angewiesen, auch die Frau Reclamantin davon benachrichtigt worden, und habe somit die Reclamation berselben daburch ihre Erledigung gefunden.

Diese Erklärung wurde S. 875. der Reclamations-Commission zugewiesen.

Den Vortrag Namens derselben erstattete der Kurfürstl. Hessische Gesandte in Sess. XXIII. S. 319. S. 914., und spricht sich in dem Gutachten im Wesentlichen folgendermaßen auß:

Die Reclamantin habe, ihrer eigenen Angabe nach, bei ihrer letzten Eingabe hauptsächlich beabsichtigt, durch die sich erbetene Auskunft ein damals noch unerledigtes Gesuch zu unterstützen, welches sie früher an die Hrzgl. Nassauische Regierung unmittelbar gerichtet hatte, um zu erfahren, ob Höchstdieselbe die fragliche Forderung anerkenne, und besiahenden Falles, auf welche Weise und wie bald sie Zahlung zu leisten Willens sen?

Diese Absicht sen burch die hierauf später von Seiten der Frzgl. Regierung erfolgte Antwort und Zahlungsanweisung bereits erreicht, und insofern könne die vorliegende Reclamation allerdings auch als erledigt betrachtet werden. — Allein, ob die Reclamantin die Auskunst genügend sindet, welche sie über den Stand des Kurtrierischen Schuldenwesens von der Frzgl. Nassausschen höchsten Regierung inmittelst erhalten habe, und ob Erstere hinsichtlich ihrer vermeintlichen Restsorderung im Betrage von 1,526 Gulden 24 Kreuzern durch die darauf weiter angewiesenen erhaltenen 339 Gulden 10 Kreuzer befriedigt worden sen, sind Fragen, deren Erörterung noch nöthig erscheine, um die Reclamation für gänzlich erledigt ansehen zu können.

Diese Erörterungen können jedoch erst nach vorgängigem weitern Anrufen der Reclamantin eintreten.

Dem Commissionsantrage gemäß wurde hierauf unter allgemeiner Zustimmung S. 915. beschlossen:

"bei dem Inhalte der Hrzgl. Nassauischen Erklärung, das vorliegende Gesuch vor der Hand auf sich beruhen, die Reclamantin aber — die keinen hiesigen Anwalt bestellt habe —

## 90 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Fälle.

durch gefällige Vermittelung der Königl. Bayerischen Gesandtschaft mit der Lage der Sache bekannt machen zu lassen."

#### 5. Joh. Danzi.

1828. In demselben Jahre 1828, Soss. XIV. §. 101. S. 284. erstattete der Königl. Bayerische Gesandte Bortrag über eine Reclamation des Joh. Danzi, ehemaligen Kammermusikus des Kurfürsten von Trier, betreffend einen Besoldungsrückstand vom 1. April 1795 bis zum 9. Juli 1802, im Betrage von 4,364 fl.

Der Reclamant motivirte sein Gesuch durch keine Beziehung auf irgend eine Bestimmung der B. V.; auch führte er nicht an, ob er sein Gesuch bereits gehörigen Orts angebracht und ob und welche Entschliefung er darauf erhalten habe.

Die Commission sen ber Ansicht, heißt es in bem Vortrag:

"daß es sich keineswegs um eine reichsschlußmäßige Besoldungsforderung handele, da Danzi, welcher schon unter dem 9. Juli 1802 aus Kurf. Diensten getreten sen, die Bestimmungen des §. 59. des erst unter dem 25. Februar 1803 erschienenen Reichsdeputationshauptrecesses für sich nicht in Unspruch nehmen könne;

"daß seine Forderung als ein Anspruch auf einen Besoldungsrückstand, ebenso wie andere Currentsorderungen, bei der von Seiten Preußens und Nassaus in Coblenz gemeinsam i. I. 1817 niedergesetzten Liquidationscommission, welche die Gläubiger zur Liquidation ihrer Forderung öffentlich aufforderte, anzubringen sen."

— "Dhne darauf einzugehen, ob Danzi seine Forderung bei der Liquidationscommission gehörig angebracht habe, oder in wiesern er, im entgegengesetzen Falle, als praecludirt zu bestürchten sen, bleibe es ihm überlassen, in Folge des zu gewärtigenden Austrägalerkenntnisses, sich an die betressenden Regierungen zu wenden, und bei denselben nach dem ausgesprochenen Verhältnisse die Befriedigung seiner Forderung seiner Zeit nachzusuchen, und im geeigneten Wege zu verfolgen."

Der zufolge Antrags gezogene Beschluß S. 286. lautet:

bem Bittsteller mit seinem ungeeignet angebrachten Gesuche, unter Ruckgabe der Originalbeilagen abzuweisen, denselben jeboch von der Ernennung des Austrägalgerichts in der Kurtrierischen Schulden-Angelegenheit und dem beshalb gefaßten Beschlusse Kenntniß zu geben.

amolf Jahre später, i. J. 1840, Sess. XIII. §. 182. S. 318. u. fløde. 1840. erstattete der Grßhzgl. Recklendurgische Gesandte, Namens der Recksmations-Commission Vortrag über eine Eingabe des E. E. Danzi alleinisgen Erben des obigen Reckamanten J. Danzi, worin derselbe unter Anführung des früher hierüber Verhandelten bemerkt, daß sich seitdem die Sache durch das inzwischen publicirte Austrägalerkenntniß des Ob. App. = Ger. zu Gelle vom 8. Juni 1838. zu Gunsten des Reckamansten bedeutend geändert habe, indem dasselbe das Ratenverhältniß der gesammten Schulden sessstelle, und in der Beurtheilung der Rechte einzelner Gläubiger den Maaßstab für Behandlung der noch unentschiedenen Reckamationen der übrigen an Handen gebe.

- (§. 2.) Nach den beigefügten, schon einmal bei hoher B. A. producirt gewesenen Documenten sey der verstorbene Danzi am 21. November 1783 mit einem jährlichen Gehalt von 500 Gulden bei der Kurtrierischen Hoscapelle angestellt worden, welches unter dem 23. December 1785 um 100 Gulden jährlich erhöht worden wäre; endlich sey derselbe am 9. Juli 1802. aus dem Kursürstlichen Dienste entlassen worden; der Gehalt sey bis zur Occupation des linken Rheinusers durch die Französischen Heere (1. April 1795) ausbezahlt, mithin betrage der Gehaltsrückstand die zur Entlassung noch 4,364 Gulden Capital mit Zinsen von den einzelnen Verfallsterminen an.
- (§. 3.) Db zwar des Reclamanten Bater nicht zu benjenigen Gläubigern gehöre, welche das Austrägalerkenntniß erwirkt, so sen boch die Frage: ob er sich auf dessen Bestimmungen berusen könne, schon im Boraus zu Gunsten besselben dadurch entschieden, daß hohe B. B. den Bater, unter Mittheilung des Beschlusses vom 16. Mai 1828, auf das künstige Austrägalerkenntniß verwiesen habe. Die Reclamation des J. Danzi sen schon vor Erlassung des Beschlusses vom 16. Mai 1828 bei der B. B. übergeben worden, mithin ergreise dessen Bestimmung die Forderung selbst.

Iwar seyen mit beiben betreffenden hohen Regierungen noch keine besondere Verhandlungen über die Reclamation gepflogen worden, dies relevire indessen nicht, weil nur die Vorfrage zu entscheiden gewesen wäre: zu welcher Gattung der Schulden und in welchem Verhältnisse die betheiligten Regierungen beizutragen verbunden seyen. — Die diesseitige Forderung sey ausdrücklich auf die Hofkammer angewiesen worden, so daß das Ratenverhältniß bei den Regierungen keinem Zweis

fel unterliegen könne. — Eine Bezugnahme auf die Bestimmungen des Erkenntnisses sen — bei der allgemeinen Fassung der Vorfrage, und da nach S. 654. der Entscheidungsgründe das Dasein noch undekannter Landesschulden kein Hinderniß der Entscheidung bilbe — ganz unbedenklich.

- (§. 4.) Nach dem Erkenntniß habe zu den Kammerschulden die linke Rheinseite zwei Drittel und die rechte ein Drittel zu contribuiren; dieses letzte Drittel sen zwischen Preußen und Nassau muthmaßlich zu 30 und zu 70 vom Hundert zu repartiren, so daß Preußen im Ganzen 3345 Gulden 44 Kreuzer Kapital, Nassau 1018 Gulden 16 Kr. Kapital, sammt beiderseits entsprechenden Zinsen von der Schuld zu tragen habe. Reclamant glaube nun berechtigt zu senn, bei hoher B. V. auf eine Weisung zur Zahlung dieser Beiträge von Seiten der betreffenden Regierungen anzutragen.
  - (S. 5.) Da beide hohen Regierungen Vergleichs=Commissarien ernannt und davon hohe B. V. in Kenntniß gesetzt hätten, damit die einzelnen Gläubiger dahin verwiesen werden könnten, so bitte Reclamant, an die ihm unbekannten Commissarien verwiesen zu werden.
  - (§. 6.) Schon am 28. März 1818 habe der Vater sich an den damals mit der Sache beauftragt gewesenen Königl. Preußischen Landrath und am 9. Juli 1823 an die Hrzgl. Nassaussche Domänendirection wegen seiner Befriedigung gewandt, wiewohl ohne Erfolg; die abschlägigen Bescheide könnten nicht producirt werden, deren Eristenz sen indessen nach den von Preußen in neuester Zeit in ähnlichen Sachen erslassenen Verfügungen nicht zu bezweiseln.
  - (§. 7.) Der Einwand einer eingetretenen Präclusion sen theils schon in der Austrägalsentenz mit der Bemerkung verworsen worden, daß die einzelnen Gläubiger gegen Frankreich nicht zu liquidiren gehabt, anderen Theils sen in Beziehung auf die Aussorderung Königl. Preußischer Behörden zu bemerken, daß der Gläubiger damals noch gar keinen beklagten Theil vor sich gehabt hätte und daß folglich durch etwaige Unterlassung einer Anmeldung kein Nachtheil entstehen können. Noch weniger Nachtheil könne die Nichtanmeldung der Ansprüche haben, wenn die erlassenen Aussorderungen nur ein Arrangement der Königl. Regierung mit den Gläubigern bezweckt hätten.
  - (§. 8.) Wenn eine bloße Vollstreckung der Austrägalsentenz für ben vorliegenden Fall, oder die Verweisung der Sache an die Versgleichs-Commissarien bedenklich erscheinen sollte, so richte Reclamant

eventualiter den Antrag auf Einleitung eines besonderen Austrägalverfahrens auf den Grund des Art. XXX. der W. Schl. Akte.

(§. 9.) Des Reclamanten Schlußbitte sen bahin gerichtet: baß entweder das Austrägalurtheil auf vorliegenden Fall nach dem angegebenen Ratenverhältniß, gegen die Krone Preußen und das Hrzgth. Nassau an Kapital und Zinsen sofort zur Anwendung gebracht würde, — oder daß die Sache an die bestehende Vergleichs=Commission beider Regierungen verwiesen — oder aber daß endlich eine besondere Austrägalinstanz auf Grund des Art. XXX. der W. Schl. A. eingeleitet werde.

In dem S. 319. hierüber erstatteten Gutachten ist der i. J. 1828 gesaßte Bundesbeschluß von neuem angezogen, serner auch aus dem Gutachten der damaligen Reclamations=Commission bemerkt worden: daß die Bestimmung des S. 59. des Reichsdeputations=Recesses vom 25. Februar 1803 auf die Forderung des Reclamanten, welcher schon am 9. Juli 1802 aus Kurfürstl. Diensten getreten sen, keine Anwendung leide; daß selbige bei der gemeinsam in Coblenz i. J. 1817 niedergesetzen Liquidations=Commission anzubringen gewesen wäre, und daß es dem Reclamanten überlassen bleiben müsse, in Folge des zu gewärztigenden Austrägalerkenntnisses sich an die betressenden Regierungen zu wenden und die Bestiedigung der Forderung seiner Zeit nachzussuchen.

Dieses Erkenntniß sey nun zwar erfolgt, Reclamant habe jedoch keine Schritte wegen seiner Befriedigung gethan, indessen håtten die Regierungen von Preußen und Nassau in anderen Reclamationsange-legenheiten die Anwendlichkeit des Erkenntnisses auf Forderungen der vorliegenden Art in Abrede genommen. — Die Reclamations-Commission beziehe-sich auf die von ihr über ähnliche Reclamationen (§. 101. und 170. d. Prot. v. 1840) erstatteten Vorträge, worauf auf ihren Antrag auch hierin S. 320. beschlossen wurde:

"die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau zu ersuchen, sich in den Erklärungen, um deren Abgabe Höchstsie in der 7. und 12. dießjährigen Sitzung ersucht seven, auch über die jetzt vorliegende Reclamation zu verbreiten."

Diese über mehrere Reclamationen \*) sich verbreitenden Erklärungen

\*) E. E. Danzi. S. 90; bes Obersten Seiz. S. 103; von Wallmenich, S. 125, und ber verehelichten Brion, geb. Vollmar. S. 133.

1841. erfolgten im folgenden Jahre 1841, Sess. VII. §. 99. S. 153. von Preußen, welches in einer sehr ausführlichen Darstellung\*) sowohl durch historische als staats- und völkerrechtliche Gründe zu unterstützen sucht:

ralschuldenwesen sich beziehenden Gehalts = und Pensions = Anssprüchen aus der Zeit von 1794 bis zum 1. Dezember 1802, mögen dieselben zu Lasten des linken oder rechten Rheinusers erhoben werden, sich, mit ihren unmittelbaren eigenen Kassen sowohl, als auch mit ihrem Antheile an dem Französischen Averssionalsond, außer jeglichem Schuldnerus besinde, und daß ferner für hohe B. B., weder auf Grund der im Art. XV. der B. A. sestz gesetzen Garantieübernahme, noch auf Grund der im Art. XXIX. der B. Schl. A. getroffenen Bestimmung hinsichtlich des Falls einer Justizverweigerung, Veranlassung zu irgend einer weiteren Einschreitung in dieser Angelegenheit vorhanden sey."

Die eben baselbst erfolgte Hrzgl. Nassauische Erklärung S. 170. sucht gleichfalls zu begründen,

daß die in Anspruch genommene Einschreitung dieser hohen Versammlung in keiner Beziehung gegründet erscheine — auch übrigens in keinem Falle der außergerichtlichen oder gerichtlichen Verfolgung solcher Forderungs-Ansprüche des Reclamanten Hindernisse entgegenstünden, zu deren Beseitigung eine bundesversassungsmäßige Einschreitung der B. B. verantlaßt seyn könnte.

Ueber diese, der Reclamations-Commission zugewiesenen Erklärungen erstattete in Sess. XIV. S. 164. S. 297. der Grsh. Mecklenburgische Gesandte Vortrag und Gutachten \*\*). Letteres spricht sich folgendermaßen aus:

"die Forderungen, von denen es sich hier handele, bezielten Gehalts- oder Pensions-Rucktande der Diener des vormaligen Kurstaates Trier, aus dem Zeitraume von 1794 bis zum 1. Dezember 1802; nur die Ansprüche der Ehefrau des Mundkochs Brion ergriffen theilweise einen späteren Zeitraum, die von Nassau zu vertreten übernommen seyen; wegen sämmt-

<sup>\*)</sup> Da die Darstellung selbst zu geben, der Zweck dieser Fortsehung nicht ers laubt, ein Auszug hieraus aber nicht wohl thunlich ist, so glaubte der Berfasser es am Entsprechendsten, das hierüber erstattete Sutachten größtentheils beizufügen.

verehelichte Brion, geb. Bollmar. S. 133.

licher Forderungen wurde das Cameralvermögen des vormaligeu Kurstaats Trier in Anspruch genommen; da dieses auf beiden Rheinseiten belegen war, so sen die Sache nach einem zweisachen Gesichtspunkte zu betrachten.

"In Hinsicht ber Competenzfrage sen die Sache nach einem vierfachen Gesichtspunkte zu betrachten und zu untersuchen:

- 1) wie weit die im Art. 15. der B. A. enthaltene Garantie der Bestimmungen des Reichsdep. Hpt.-Schl. v. 25. Febr. 1803 die Competenz begründe?
- 2) welchen Einfluß das von dem Königl. Hannöverschen Ob.=App. Gerichte zu Celle am 8. Juni 1838 publicirte austrägalgericht= liche Erkenntniß, in Grundlage der definitiven Erecutionsord= nung vom 3. August 1820, auf die verschiedenen Reclamationen habe?
- 3) ob die Bestimmung im Art. XXX. der W. Schl. A., ober endlich
- 4) bie des Art. XXIX. derselben zur Anwendung kommen?"
  "Die Reclamations-Commission habe in verschiedenen früheren Vorträgen die Ansicht geäußert, daß hier von Kammerschulden die Rede wäre, die nach S. 77. und S. 78. des Reichsdep. Hauptschlusses von den dermaligen Besitzern der Kurtrierischen Landestheile zu übernehmen seven, und da Art. XV. der B. A. jene Bestimmungen in Betress des Schuldenwesens und der sestgesetzen Pensionen garantire, so sey die Competenz hoher B. B. im Allgemeinen begründet."

"In der Königl. Preußischen Erklärung werde mit mehrerem ausgeführt, daß die Ansprüche die Sarantie des Bundes entbehrten; es sen richtig, daß die hier zu Frage stehenden Bestimmungen des Reichsdep. Hauptschlusses v. 25. Februar 1803 die damals schon an Frankreich abgetretenen deutschen Landestheile der linken Rheinseite nicht ergreisen, sondern nur die rechte Rheinseite; indessen werde die Frage wegen der Garantie hier süglich zu umgehen seyn, da es nicht in der Absicht hoher B. B. liegen könne, von dem Rechte, die Sache selbst zu entscheiden, Gebrauch zu machen, nachdem durch die am 30. Sept. 1839 in der Reclamationssache des Obersten Seitz und des Grasen von Leiningen Neudenau, nach vorheriger Instructionseinholung gesaßten Bundesbeschlüsse eine Entscheidung des Bundes in der Sache selbst nicht erfolgt sey,

vielmehr die Reclamanten zur Betretung des Rechtsweges verwiesen worden seven. — Die Reclamanten hatten darauf angetragen, daß auf den Grund der 28. Schl. A. bas von dem Königl. Hannoverischen Ob.=Upp.=Ger. zu Celle am 8. Juni 1838 gesprochene austrägalgerichtliche Erkenntniß, rucksichtlich ihrer Forderungen, erecutivisch vollzogen werde; sie alle gehörten nicht zu benjenigen Gläubigern, welche bas Erkenntniß mit veranlaßt hatten; indessen wurde, nach Ansicht ber Commission, dieser Umstand allein nicht entscheidend seyn. — Wäre das rechtskräftige Erkenntniß nach seinen Entscheidungsgrunden und Grundsätzen auf Forderungen der vorliegenden Art im Allgemeinen anwendlich, so wurde der obgedachte Umstand die Reclamanten des Rechts, den festgesetzten Vertheilungsmaaßstab für sich in Bezug zu nehmen, nicht berauben. — Beibe Regierungen bestritten indessen die Anwendlichkeit des Erkenntnisses, beide erklärten, daß rucksichtlich der zur Frage stehen= den Forderungen keine Differenz bestehe, noch früher bestanden habe."

"Durch Beschluß vom 16. Mai 1828 sey dem Königl. Hanndverischen Ob-App.-Gericht zu Celle die Frage wegen Auseinandersetzung des Kurtrierischen Schuldenwesens auf den
Grund des Art. XXI. der W. Schl. A. übertragen, und dabei zur Pflicht gemacht worden, rücksichtlich der sich gemeldet habenden
Släubiger, wenn die Hauptentscheidung dieß nicht überslüssig
mache, nach einem abgesonderten Austrägalverfahren auf dem
Grund des Art. XXX. der W. Schl. A. zu erkennen."

"Ein solches abgesondertes Verfahren nehst Entscheidung habe bisher aus den von dem Ob.=App.=Gericht zu Celle ansgesührten Gründen nicht statt gehabt; auch seyen, nach Anzeige beide höchsten Regierungen übereingekommen, die Vollziehung des Austrägalerkenntnisses, unter einstweiliger Aussetzung jeden weiteren Verfahrens, nun durch eine gemeinschaftlich zu ernennende Commission zu bewirken."

"Wenn aber auch die Reclamanten zu benjenigen Gläubisgern gehörten, welche das Erkenntniß veranlaßt hätten, und wenn solches auch für Vertheilung deren Forderungen im Allgemeinen maaßgebend senn möchte, so würde dem Antrag wegen erecutivischer Vollziehung des Erkenntnisses doch die gebetene Folge nicht gegeben werden können; die Einleitung eines Aus-

**'**: '

trägalverfahrens nach Art. XXX. ber Schl. A. fetzte eine bescheinigte Privatsorberung und eine zwischen verschiedenen Regierungen obwaltende Differenz wegen deren Vertretung voraus; nur hierüber entscheibe das Austrägalgericht, nicht über die Richtigkeit und ben Bestand der Forderung selbst, diese sen im vorkommenden Falle erst bemnachst gegen diejenige Regierung, welche im Austrägalverfahren zur Vertretung schuldig erkannt sen, bei den competenten Landesgerichten auszumachen; nun erkennten aber beibe Regierungen die Forderung nicht an, nahmen deren Richtigkeit vielmehr in Abrede. — Wenn nun hiernach bem auf Bollziehung des Erkenntnisses gerichteten Gesuche nicht Statt zu geben sey, so halte die Reclamationscommission auch bas weitere eventuelle Gesuch wegen Einleitung eines besonderen Austrägalverfahrens nach Art. XXX. der Schl. A. nicht statthaft. — Beibe Regierungen haben nämlich wiederhalt erklart, daß ein Streit ober Zweifel wegen Vertretung der Forderung nicht eristire; Preußen habe es anerkannt, daß bie geltend gemachten Unsprüche zu den Kammerschulden zu rechnen, und von Preußen für die linke Rheinseite zu 3/2 des Ganzen zu vertreten waren, es habe sich zu dem Ende selbst auf ben Inhalt bes austrägalgerichtlichen Erkenntnisses bezogen, und Nassau bestreite es nicht, daß 1/5 der rechten Rheinseite zur Last falle, und daß solches Drittheil, wegen eines mit Preußen am 14. Dezember 1816 abgeschlossenen Bertrags, ganz von Naffau zu vertreten ware. — Diese Uebernahme von Seiten Nassaus sen jedoch an eine Bedingung geknupft, indem es die Forderung nur so weit übernehmen wolle, als die sogenannte, aus älteren Kurtrierischen Aktivis gebildete Cameral=Arreragenkasse zu beren Deckung ausreiche; Preußen wolle, daß die, für den Fall, daß die Rasse nicht hinreiche, entstehende Frage, wegen der Verpflichtung zur Uebernahme eines allenfallfigen Deficits beizutragen, zur weitern Verhandlung völlig frei und offen bleibe." — Die Commission pflichtet dieser Ansicht bei.

"Die von einigen Reclamanten geäußerte Vermuthung, es werde bei Betretung des Rechtsweges von den Gerichten die Entscheidung der Sache wiederholt aus dem Grunde abgelehnt werden, weil das Concurrenzverhältniß beider höchsten Regierungen nicht feststehe, könne bei den jest eintretenden Verhältnissen siehe für begründet nicht geachtet werden."

"Die Reclamationscommission wisse hierauf auf den, hoher B. K. schon in früheren Vorträgen ertheilten Anrath zurück kommen, daß nämlich fammtliche Reclamanten zur Verfolgung ihrer Gerechtsame an die competenten Landesgerichte zu verweisen senen; benselben werde jedoch, in Grundlage der von beiben Regierungen abgegebenen Erklarungen, zu eröffnen senn, baß von ber Krone Preußen wegen der linksrheinische Gebietstheile des vormaligen Aurstaats Trier 3/4 gesammter Forberungen, vom Hrzgthm. Nassau aber, wegen ber rechtsrheinischen Gebietstheile, nach einer am 14. Dezember 1816 mit Preußen getroffenen Bereinbarung wegen ber erhaltenen alteren Kurtrierischen Einnahmerückstände, bas weitere Drittheil zu vertteten ware. — Daß beibe höchsten Regierungen ben Rechtsweg nach der Verfassung und ben bestehenben Gesetzen ihrer Staaten nicht verschließen werben, fen bei berer bekannten Gerechtigkeitsliebe in keiner Art zu bezweifeln, und so könne benn von gehemmter ober verweigerter Rechtspflege hier keine Rebe senn, auch sen von keiner Seite auf ben Art. XXIX. ber Schl. A. Bezug genommen worben. - In biesem, bei den verschiedenen Landesbehörden eventualiter eintretenden Werfahren, werden dann biejenigen Grunde, welche von beiden höchsten Regierungen gegen ben Bestand und bie Richtigkeit der verschiedenen Ansprücke - von Nassau aber insbesondere gegen die Forderung des Kurtrierischen Raths von Wallmenich und der verehelichten Brion — und von Preußen aus Veranlassung der bestehenden Staatsvertrage vorgebracht senen, ihre Würdigung finden, die Commission habe baher nicht nothig, darauf einzugehen."

"Die Hrzgl. Nassaussche Regierung bente in den abgegebenen Erklärungen nur auf eine bedingte und beschränkte Eröffnung des Rechtswegs hin, indem sie rechtlich begründete Forderungen nur so weit befriedigen wolle, als die sogenannte Kammer-Arreragenkasse dazu die Mittel besitze. — Es dürse nun wohl angenommen werden, daß die zu dieser Kasse gehörigen älteren Kurtrierischen Aktiva in so langer Zeit werden eingegangen seyn, und daß also in dieser Hinsicht die Besriedigung rechtlich begründeter Forderungen keinen Anstand erleiden werde; ob aber diese Aktiva zur Besriedigung aller Gläubiger hinreichen, darüs der sehlten alle Nachweisungen; wäre dieß nicht der Fall, so

würde, wie in der Königl. Preußischen Erklärung bemerklich gemacht sey, eine weitere Verhandlung einzutreten haben, und die Sache dann möglicher Weise auf den Grund des Art. XXX. der Schl. A. nochmals an die B. B. kommen können."

"Die Krone Preußen brude bagegen die Ansicht aus, daß wegen der für die linke Rheinseite zu vertretenden ¾ der Forsberungen, nach bestehenden Landeseinrichtungen, der Rechtssweg nicht zu eröffnen senn werde, und suche im Voraus der Verusung auf die Bestimmung in Art. XXIX. der W. Schl. A. zu begegnen; indessen senen keine Beschwerden wegen verweigerter Justiz erhoben, und die Reclamationscommission habe nicht nothig, auf diesen Theil der Erklärung einzugehen."

"Die Reclamationscommission richte schließlich den Antrag

"1) es sen dem vormaligen Kurtrierischen Rath von Wallmenich zu Schwabmünchen — der Ehefrau des Kurtrierischen Mundstochs Brion, geb. Vollmar, zu Augsdurg — dem Handelsmann Danzi dahier — und dem Königl. Preußischen Oberst a. D. Seitz zu Pfaffendorf — auf ihre Eingaben zu eröffnen, daß weder den Gesuchen wegen Bollziehung des am 8. Juni 1838 vom Königl. Hannöverischen Ob.=App.=Ger. zu Gelle in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit publicirten austrägalgerichtlischen Erkentnisses, noch den auf Einleitung eines Versahrens nach Art. XXX. der W. Schl. A. gerichteten Anträgen Folge gegeben werden könne."

"Dagegen bleibe es ihnen überlassen, ihre aus der Zeit vor dem 1. Dezember 1802 herrühenden Forderungen, falls sie sich damit durchzukommen getrauten, zu ¾ bei den Königl. Preußischen und zu ¼ bei den Hrzgl. Nassauischen Behörden, — in soweit sie aus späterer Zeit herrührten, aber ganz dei Letzteren zu verfolgen;

ferner sen

"der allerhöchsten Königl. Preußischen und der Hrzgl. Nassauisschen Regierung hiervon Nachricht zu geben."

Auf diesen Antrag behielt sich der Königl. Preußische Gesandte S. 302 vas Protokoll offen, macht zugleich aber nochmals auf den wesentlichen Unterschied ausmerksam, welcher zwischen den beiden, hier in Frage stehenden Kategorieen von Gehalts= und Pensions=Rückstandsforder= ungen gegen Kurtrier aus der Zeit vor dem 1. Dezember 1802. bestehe.

Die Gesanbschaft erneuerte baher, ohne einer Belehrung ber Reclamanten über das Vertretungsverhältniß der beiden Rheinufer entgegen zu seyn, ihren Antrag,

daß die Bittsteller mit ihrem, gegen die Königl. Regierung als Besitzerin der linksrheinischen Theile von Kurtrier gerichteten, zur Competenz hoher B. B. in keiner Weise erwachtenen Forderungen lediglich zurückgewiesen werden möchten.

Die B. B. beschloß hierauf auf Präsibialantrag "über ben Commissionsantrag binnen vier Wochen Instructionen einzuholen."

Die erste Abstimmung hierauf erfolgte von Preußen, in Sess. XVI. S. 176. S. 323, — worin sich im Wesentlichen unter Beziehung auf die früheren Erklärungen wiederholt ausgesprochen: "die Königl. Regierung vermöge weder aus dem Ausschußvortrag, noch anderweit Grunde zu erkennen, aus denen, im Widerstreit mit früheren Bundesbeschlussen, die hohe B. B. in Ansehung der zu Lasten des linken Rheinufers erhobenen Unspruche der fraglichen Rategorie für competent erachtet werden konnte, den Reclamanten durch Verweisung derselben an die Königl. Landesbeborben gewissermaßen Hoffnungen zu erwecken, welche bie Konigl. Regierung ganzlich unerfüllt lassen mußte. — — Sieglaube beshalb einer ihrem Antrage entsprechenden Beschlußnahme h. B. B. auch jest mit Zuverficht entgegensehen zu durfen." Ronigr. Sachsen tritt in Soss. XVIII. §. 196. S. 361., sowie Grßhrzthm. und Hrzgthm Sachsen in Sess. XIX. S. 202. S. 370. den Commissionsantragen bei, deßgleichen motivirt Grßhrzthm. Mecklenburg in Sess. XX. S. 221. S. 410.; während ebendaselbst Grßhrzgthm. Hessen bahin stimmt, daß die Reclamanten den in der B. B. abgegebenen Erklarungen der Königl. Preußischen Gesandtschaft gemäß zu bedeuten seyen. — Hannover will in Sess. XXI. §. 235. S. 486. dem Commissionsantrag nur in soweit beitreten, als er den Reclamanten zu erkennen gibt, daß ihren an die deutsche B. B. gebrachten Gesuchen nicht Statt gegeben werden könne, während ebendaselbst Niederlande wegen Luremburg für die pure Abweisung und die 15te Stimme für Beitretung zu ben Commissionsantragen stimmt. — Letterem beistimmend, erklaren sich in Sess. XXII. S. 244. S. 492. Desterreich, Bayern, Baben, Danemark wegen Holstein und Lauenburg und die freien Städte. Die 13te und 16te Stimme schließen sich ber Stimmenmehrheit an; Würtemberg erklarte, den Beschluß nicht aufhalten zu wollen; der Kurhessische Gesandte außerte, sich ohne Instruction zu befinden.

Da nun nach den vorliegenden Abstimmungen sich die Stimmenmehrheit für die Commissionsanträge erklärte, so wurde in deren Gemäßheit S. 492 beschlossen:

"1) Es sen bem vormaligen Kurtrierischen Rath von Wallmenich zu Schwabmunchen, — ber Ehefrau bes Kurtrierischen Mundstochs Brion, geb. Vollmar, zu Augsburg, — bem Handelsmann Danzi dahier — und dem Königl. Preußischen Obersten a. D. Seitz zu Pfaffendorf — auf ihre Eingaben zu eröffnen, daß weder den Gesuchen wegen Vollziehung des am 8. Juni 1838. vom Königl. Hannöverischen Ob.-App.-Ger. zu Celle in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit publicirten austrägalgerichtlichen Erkenntnisses nach den auf Einleitung eines Versahrens nach Art. XXX. der W. Schl. A. gerichteten Anträgen Folge gegeben werden könne."

"Dagegen bleibe es ihnen überlassen, ihre aus der Zeit vor dem 1. Dezember 1802. herrührenden Forderungen, salls sie sich damit durchzukommen getrauten, zu zwei Drittel bei den Königl. Preußischen und zu einem Drittel bei den Hrzgl. Nassauischen Behörden — in so weit sie aus späterer Zeit herrührsten, aber ganz bei letzteren — zu verfolgen; ferner sey

- "2) der allerhöchsten Königl. Preußischen und der Hrzgl. Nassauischen Regierung hiervon Nachricht zu geben."
- 6) Wittwe Gattermann.

Im Jahre 1830 erstattete ber Grßhzgl. Babische Gesandte, Sess. 1830. XXVI. S. 207. S. 906., Wortrag über eine Reclamation der Wittwe Gattermann, betreffend die Vergütung einer für das Kurfürstlich Trierische Rentamt St. Wendel angeblich aus eignen Mitteln gezahlten Kriegscontribution ihres Gatten in seiner Eigenschaft als Kurfürstl. Beamte von 12,000 Livres.

In dem ebendaselbst hierüber erstatteten Gutachten wurde unter anderem angeführt, es sen wohl dargethan, daß auf die Reclamation von den Regierungen, an welche sie sich gewendet, abschlägige Antworten ertheilt, aber nicht nachgewiesen, daß dies deshalb geschehen sen, weil diese Forderung als zweiselhaft oder bestritten zwischen mehreren Bundesgliedern betrachtet würde. — Die Forderung an und für sich würde von keiner Seite als bestehend anerkannt. — — — —

"Se. Durchlaucht der Fürst von Nassau-Weilburg erkläre, daß die Forderung auf die diesseits des Rheins gelegenen ehemals

Kurtrierischen Besitzungen nicht radicirt sen. — Hiernach bleibe es dahin gestellt, ob diese Forderung als eine Locallast zu betrachten sen, die noch jetzt auf bem Amte und ber Rellnerei St. Wendel hafte, ober ob sie von dem frühern Besitzer dieses Amts, mithin von Frankreich, zu berichtigen gewesen ware. — Preußen spreche sich bestimmt bafür aus, baß Frankreich, als Besiger ber Domanialeinkunfte zu St. Benbel, diese Verbindlichkeit zu erfüllen gehabt haben würde, und daß daher keiner der damaligen Besitzer des ehemaligen Kurstaats Trier beshalb angezogen werden konne. — In gleichem Sinne erklare sich Sachsen-Coburg. — Frankreich begnügte sich seiner Zeit damit, daß es die Ruckzahlung ber während bes Kriegs in den eroberten Provinzen erhobenen Contributionen ver= weigerte. — Aus den von Frankreich bezahlten Eutschäbigungs= gelbern konne ber Reclamant keine Befriedigung erlangen, indem biese nicht für Forberungen bestimmt wären, für welche kein Zahlungsversprechen der Französischen Regierung producirt werden könnte."

"Wenn sonach ein Streit ober Zweisel bestehe, so sen dies nur insosern der Fall, als von den dermaligen Besitzern ehemals Kurtrierischer Länder die Behauptung aufgestellt werde, daß der Reclamant eine Forderung besitzen könne, die möglicher Weise gegen Frankreich geltend zu machen sen. — Erst wenn diese Frage zu Gunsten Frankreichs entschieden wäre, könne subsidiarisch erörtert werden, ob die Forderung des Reclamanten eine Localschuld des Amts oder der Kellnerei zu St. Wendel; oder aber eine Staatsschuld des gesammten ehemaligen Kursstaats Mainz sen; ob sie sonach auf dem linken oder rechten Rheinuser oder auf beiden hafte? — Die Bundesgesetzgebung biete keine Mittel dar, um den so eben erwähnten Streit oder Zweisel mit Frankreich zur Erlebigung zu bringen." — —

Ware Frankreich aber auch nicht hierbei betheiligt und glaube Reclamant, seine Forderung als eine Staatsschuld des ehemas ligen Kursürstenthums Trier geltend machen zu können, so würde ihm durch das über das Kurtrierische Schuldenwesen eisgen eingeleitete Austrägalversahren der Weg hierzu erdssnet senn. Sollte er hingegen vermeinen, daß seine Forderung auf dem Umte St. Wendel speciell hafte, so würde er sich an die Sachsen=Coburgische Regierung zu wenden haben.

Ju Folge dieses Gntachtens fand sich die B. B. veranlaßt, dieses Gesuch S. 910. abzuweisen.

7) Freifrau von Harant, geb. von Meeß.

(S. auch oben S. 83, — von Meeß.)

Im Jahre 1835 erstattete der Königl. Sächsische Gesandte, Soss. XXX. §. 498. S. 1135., Vortrag über eine Reclamation der Freifrau von Harant, geb. von Meeß.

Die Erben des verstorbenen Kurfürstl. Arierischen Geheimraths von Meeß hätten an das ehemalige niedere Erzstift Arier eine Forderung von 27,000 Gulden, welche von Preußen und Rassau, denen gedachtes Kand zugefallen sen, als liquid anerkannt würde. — Da aber beibe Höse wegen Uebernahme des Antheils an dieser Schuld sich nicht hätten vereinigen können, so habe die hohe B. B. diese Augelegens beit dem Austrägalgericht in Selle zur gerichtlichen Entscheidung übergeben; dieser sähen die Betheiligten nun schon mehrere Jahre fruchtlos entgegen, weshalb hohe B. B. bei solcher Lage der Dinge unterthär nigst um weitere kräftige Mitwirkung gebeten werde.

Die B. A. nahm sowohl hierdurch, als durch die später eingereichten Besiederungsgesuche der Reclamantin 1836, Prot. S. 568, und 1836, Prot. S. 798. Unlaß, die Beendigung der Kurtrierischen Auss 1837, Prot. S. 798. Unlaß, die Beendigung der Kurtrierischen Auss 1837. trägalsache zu bewirken sich angelegen sepn zu lassen, — wovon die Reclamantin in Kenntniß gesetzt wurde.

8) Seiz (Seit.)

In dem Jahre 1837, Sons. XII. §. 140. S. 403., erstattete der 1837. Grschzgl. Medlenburgische Gesandte, Ramens der Reclamationscommission, Bortrag über eine Eingabe (Rr. 5. des Einreicheprotokolls) des Königl. Preußischen Obristen a. D. Seiz, zu Pfassendorf bei Ehrenbreitstein, mit Bezugnahme daß i. I. 1830, Prot. Sons. XIII. §. 102. S. 408. der Reclamant durch Beschluß an die competente Hrzgl. Nassausschen Gerichte verwiesen sen.

Reclamant behauptet in dieser Boxstellung, eine über 30 Jahre entbehrte Forderung von 18,369 Gulden 16 Kr.; nehst Zinsen, welche die Kapitalsumme übersteigen, ansprechen zu können, nach beigelegter Berechnung, deren Resultat Folgendes:

- "I. Forderung von Gehaltbrückständen als vormaliger Kurtrierischer Cameralbaumeister v. I. 1795 bis Dechr. 1802, an baaren Wefoldung und Naturalien, des Wetrags von 5,300 Gulden 30 Kr. mit Zinsen von den Verfallterminen an.
- II. Forderung seines Brubers und Erblassers, des i. I. 1820 ver-

storbenen Kurtrierischen geheimen Cabinetsregistrators Seiz, an Gehalts-Diaten und Auslagen-Rückständen vom Herbst 1794 bis 1. Decbr. 1802, des Betrags von 7,314 Gulden 51 Kzr. mit Zinsen von den einzelnen zu Ende jeden Jahres eingetretenen Verfallterminen an. Endlich:

III. Forberung an Penfionsverkurzung seines seit dem Lüneviller Frieden in Hrzgl. Nassauische Dienste übergegangenen und am 1. Juli 1809 pensionirten Bruders, im Betrage von 5,753 Gulden 55 Kr., mit Zinsen von dem Verfalltermine an."

"Für die aus verschiedenen Rechtstiteln herrührenden Forderungen wären die Successoren in dem vormaligen Aurstaate Trier und die dermaligen Besitzer von Gebietstheilen desselben verhaftet; — alle Bemühungen, im Administrativ- oder im Rechtswege Befriedigung zu ershalten, seven vergeblich gewesen, weil die Königl. Preußischen und Hrzgl. Nassauischen Gerichte sich nach vorliegenden Staatsverträgen und bundesgesetzlichen Bestimmungen nicht besugt hielten, über die Passivlegitimation der einen oder andern Regierung zu erkennen."

Nachdem nun die Königl. Preußischen Gerichte sich für incompetent, die Hrzgl. Nassauischen aber ihn, den Reclamanten, zuvor an ein bundesgesetzliches Austrägalversahren verwiesen hätten, so sen nunmehr die Competenz hoher B. B. begründet, indem zwischen zwei Regierungen die Vorfrage wegen Vertretung seiner an den vormaligen Kurstaat Trier habenden Forderungen streitig sen; er bitte daher,

"die Entscheidung der Frage zu veranlassen, ob die Krone Preußen oder das Hrzgl. Haus Nassau, als Besitzer des vormatigen Kurstaats Trier, und in welchem Verhältniß beide oder einer dieser beiden Staaten, seine aus Verträgen mit dem vormaligen Kurstaat Trier herrührenden Forderungen zu vertreten habe?"

In dem darüber S. 405 erstatteten Gutachten ist erwähnt, daß Retlamant früher auf die Bestimmung des Art. XXIX. jest auf die des Art. XXX. der W. Schl. A. Bezug genommen. — Nach den schon früher beigebrachten Bescheinigungen sen nicht zu bezweiseln, daß dempselben Forderungen an den vormaligen Kurstaat Trier, die aus eigenen und seines verstorbenen Bruders Dienstverhältnissen herrührten, wirk-lich zuständen; während nicht so bestimmt das zweite die Anwendbarkeit des Art. XXX. bedingende Ersorderniß nachgewiesen sen, endlich scheine allemal eine Verpflichtung der Krone Preußen wegen der sud III. be-

merkten Forberung ungebenkbar zu seyn. — Die Gründe, warum Reclamant bei den Frzgl. Rassauschen Gerichten rechtskräftig abgewiesen worden, seyen aus den Erkenntnissen nicht zu ersehen. — Was die und bescheinigte Behauptung des Reclamanten anbelange, daß auch die Krone Preußen wegen einer behaupteten Mitverpslichtung des Frzgthms. Nassau, seine Befriedigung verweigere, so dürste dies durch ein an beide höchste Regierungen zu richtendes Ersuchen zur Angabe der Erklärung über die Reclamation ermittelt werden. — Die Commission glaube auch hierauf ihren Antrag richten zu sollen, und erwähnt zur Begründung hierzu sowohl des S. 70. des R. D. Haupt. Schl. vom 25. Februar 1803, als auch eines analogen Falles, bei welchem die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau erklärten, die Ansprüche, ohne deren Anserkennung, in Folge eines im Dezember 1816 abgeschlossenen Staatsvertrages, nach gewissen, näher angegebenen Verhältnissen vertreten, und dieserhalb bei den eigenen Landesgerichten zu Recht sehen zu wollen.

Der hierauf gefaßte Beschluß S. 406. lautet:

"Die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau werben ersucht, über die vorliegende Reclamation ihre Erklärung abzugeben."

Preußen gab seine Erklärung noch in demselben Jahre 1837, Sess. XVIII. §. 212. S. 523. ab; es seyen — heißt es darin unter Anderm — drei verschiedene Forderungen zu unterscheiden:

- "I. eine wegen Pensionsverkurzung seines seit dem Eineviller Frieden in Hrzgl. Nassauische Dienste übergegangenen und am 1. Juli 1809 pensionirten Bruders und Erblassers, des im Jahre 1820 verstorbenen vormaligen Kurtxier. geheimen Cabinetsregistrators Seiz;
- "II. die aus dem Jahre 1795 bis Dezember 1802 herrührenden Rückstände von seinem (des Obersten) Gehalte als vors maligen Kurtrierischen Cameralbaumeister, nebst Imsen von den Verfallterminen an; und endlich
- "M. die aus den Jahren 1794 bis 1. Dezember 1802 herrührens den Gehalts Diaten und Anslagen-Rückftande seines obgebachten Bruders und Erblassers, des vormaligen Kurtrierischen
  geheimen Cabinetsregistrators Seiz, nehst Zinsen von den einzelnen Verfallterminen an.

Was die Forderung I. anbelange, so sen die Reclamation des geheimen Cabinetsregistrators Seiz in den Jahren 1818: und 1819 auf eine Pension, welche seinem ehemaligen Gehalte vor 1802 gleichkomme, bei der Hrzel. Naffanischen Regierung als Preußischem Unterthan auf diplomatischem Wege von dem diesseitigen Gouvernement unterstützt worden. Die Verwendung sen jedoch ohne gewünschten Erfolg geblieden, indem eine Verschiedenheit der beiderseitigen Ansichten über das Recht des Seiz an und für sich auf eine höhere Pension vorhanden gewesen. — Der diesseitigen ausdrücklichen Verweisung auf die Vorschrift der S. 59. und 73. des Reichsdeputations Hauptschlusses von 1803, habe man Nassausschafter Seits eingewendet, der Registrator Seiz gehöre nicht zu der Dienerschaft, auf welche die vorerwähnten reichsgesetzlichen Bestimmungen Unwendung fänden; seine Pension sen den allgemeinen Rassausschen Landesgesehen gemäß, und jene reichsgesetzlichen Bestimmungen hätten nicht die Bedeutung, den neuen Landesherrn zu verpsichten, die von ihm wieder angestellte Dienerschaft der vormaligen geistlichen Staaten bei der Pensionirung günstiger zu behandeln, als die Versassung des Landes für die übrigen Beamten mit sich bringe.

Eine Verpflichtung der Preußischen Regierung, bei Pensionirung des 2c. Seiz zu concurriren, sep Hrzgl. Nassauischer Seits überall nicht aufgestellt worden; auch möchte eine solche Behauptung auf keine Weise sich begründen lassen. Es scheine daher auch der Fall zur Anwendung des Urt. XXX. der W. Schl. A. hier nicht vorhanden.

Die Forderung sub II. des Obersten a. D. Seiz wegen ruckkändigen eigenen Gehalts beziehe sich aufsein Verhältnisals Kurtrierischer Hofund Cameralbaumeister; sie rühre, wie die Forderung sub III. wegen rückständigen Gehalts seines verstorbenen Bruders, aus der Zeit vor 1802 her. Mit beiden Gehaltsforderungen habe es wohl gleiche Bewandniß in der Beziehung, worauf es hier ankomme.

"Wegen beider Forderungen könne Preußen weder als Besitzer der auf der linken Rheinseite, noch als Besitzer der auf der rechten Rheinseite ihm zugehörigen Gebietstheile des vormaligen Kurstaats Trier verpslichtet gehalten werden, dieselben auch nur zu einem Theile zu berichtigen, indem die Gehaltsrückstände der vormaligen Kurtrierischen Beamten aus der Zeit vor 1802, soweit sie der linken Rheinseite mit Recht zur Last gelegt werden könnten, überhaupt gegen keine Regierung mehr geltend zu machen sepen, nachdem die französische Regierung ihre bekannten Grundsätze wegen Amovibilität der Beamten auf die von ihr vorgesundenen deutschen Beamten des linken Rheinusers angewandt habe, und daher von jeder Verpslichtung zur Entschädigung derselben, die ihr allein obgelegen, bei Gelegenheit der bekannten Convention über die Privatreclamationen vom 20. November 1815 habe entburz

den erachtet werden mussen, in so weit aber die gedachten ber rechten Rheinseite zusielen, ausschließlich Nassau für die Befriedigung zu sorgen haben dürse. — Auch habe der Oberst Seiz bisher nicht das Königl. Souvernement als beitragspflichtig in Anspruch genommen. — —"

In Gemäßheit der bei Gelegenheit der Reclamation des vormaligen Kurtrierischen Hofkammer-Kanzlisten Ackermann, (welche bie B. B. zurückgewiesen) Preußischer und Nassauischer Seits aufgestellten Unsichten, durfte auch auf die beiden Gehaltsrückstände-Forderungen bes 2c. Seiz der Art. XXX. der W. Schl. A. nicht anwendbar senn, indem die Verpflichtung wegen Befriedigung berfelben zwischen Preußen unb Nassau weber zweiselhaft noch bestritten erscheine. — So weit namlich die vormals Kurtrierischen Landestheile am rechten Rheinufer wegen Berichtigung jener Ruckftanbe in Unspruch genommen werben konnen, habe Naffau anerkanntermaßen allein die Verpflichtung, ben Reclamanten zu befriedigen, und was die am linken Rheinufer belegenen vormals Kurtrierischen Landestheile anlange, so werde zwar jede Verbindlichkeit, die gegen dieselben gerichteten Ansprüche dieser Art zu befriedigen, von Preußen bestritten, jedoch nur im Berhaltnisse zu ben Reclamanten, nicht aber im Verhältnisse zu Nassau. — Auch gehe aus dem, der Worstellung des Obersten Seiz i. 3. 1830, beigefügten Promemoria d. d. Wiesbaben den 24. August 1824, zur Genüge hervor, daß das Hrzgl. Nassauische Staatsministerium nicht wegen einer diesseitigen Beitragspflichtigkeit die fraglichen Anspruche zurückgewiesen habe.

Nur als Misverständnis könne man es daher betrachten, wenn in diesen Processen des Obersten Seiz gegen den Hrzgl. Nassausschen Fisseus, der Unwalt des letzteren Einwendungen aufgestellt habe, welche den erkennenden Richter zu der irrthümlichen Unsicht verleitet hätten, der Kläger sen wegen erst noch anderweitig zu bewirkender Feststellung des Theilnahmeverhältnisses der Hrzgl. Nassausschen Regierung an der Vertretung der streitigen Schuld, wozu die vorgängige Veranlassung eines bundesgesetzlichen Austrägalversahrens nothig sen, abzuweisen.

Diese Erklärung wurde S. 525, an die Reclamationscommission überwiesen.

Auf die im folgenden Jahre 1838 vom Reclamanten eingereichten 1838. zwei neuen Eingaben in (Eingaben-Prot. No. 7, und 40.) Sess. V. S. 84. S. 252. und Sess. XXXIV. S. 391. S. 1055. wurde jedesmal auf Antrag des Referenten der Reclamationscommission beschlossen:

die Hrzgl. Nassauische Regierung um baldige Abgabe ihrer noch rückständigen Erklärung zu ersuchen.

Diefe erfolgte nun i. J. 1839. Sess. IX. S. 125. S. 323., welche in 1839 einer ausführlichen auf alle Momente erwibernden Darstellung darzuthun strebt, (wobei sie sich auf die Konigl. Preußische Erklarung v. I. 1837, Sess. XVIII. §. 212. bezieht) daß die Klage, welche der Obrist Seiz in eignem Namen wegen seiner Gehaltsrückstände als vormals Kurtrierischer Cammeralbaumeister gegen ben Hrzgl. Fiscus erhoben hatte, deßhalb, weil aus den dafür angeführten factischen und rechtlichen Berpflichtungsgrunden die eingeklagte Forderung weder ganz noch theilweise begründet wurde, als ganzlich ungegründet — die als Erbe seines Bruders wegen Gehalts=Diaten und Auslageruckständen angestellte Klage aber, wegen mangelhafter Begründung, in allen Instanzen abgewiesen worden, daß in Beziehung auf diese Reclamation zwischen ber Krone Preußen und dem Herzogthume Nassau keine Frage bestritten sen, beren vorgängige Entscheibung auf den Grund bes Art. XXX. ber 28. Schl. A. erforderlich ware, daß mithin bermalen so wenig, wie bei früher vorgekommenen ähnlichen Reclamationen, eine Ginschreitung vieser hohen Versammlung veranlaßt senn könne.

Das dahin abzweckende, auf ganz unrichtigen Voraussetzungen beruhende Gesuch des Reclamanten stelle sich daher als unbegründet dar, und es fallen damit nothwendig auch alle weitern daraus abgeleiteten Unträge als gehaltlos zusammen.

Uebrigens erkläre sich die Hrzl. Regierung nach wie vor bereit, wirklich begründete Forderungsansprüche in dem unbestrittenen, ihre Vertretungspslicht normirenden Verhältniß anzuerkennen und für deren Verichtigung aus den vorhandenen Aktivrückständen Sorge zu tragen, wenn der Reclamant solche in diesem einzig und allein einen günstigen Erfolg versprechenden Umfang gerichtlich oder außergerichtlich bei den competenten Behörden weiter zu verfolgen beabsichtigen solle.

Diese Erklärung wurde S. 328. der Reclamations=Commission zugewiesen. Namens derselben erstattete nun der Ershrzl. Mecklendurz gische Gesandte, Sess. XV. S. 209. S. 569., Vortrag, in welchem er alle bei der B. B. hierüber gepflogenen Verhandlungen reasumirt. In dem hierüber erstatteten Gutachten ist ausgesprochen, daß die Frage wegen Anwendbarkeit des Art. XXX. der B. Schl. A. hinsichtlich der oben bei der Geschichtserzählung sub III. demerkten Forderung, gar nicht in Betracht kommen könne, da sie nur auf Dienstverhältnisse zum Hrzgl. Nassausschen Staate Bezug hätten.

"Die beiden andern Forderungen gingen dagegen im Allgemeinen den vormaligen Kurstaat Trier, nun die jetzigen Besitzer von Gebietstheilen desselben an, und seven als Kammerschulden zu betrachten." "Ein zwischen den höchsten Regierungen von Preußen und Nassau obwaltender Zweisel oder Streit wegen Vertretung der Forderungen, deren Eristenz beide Regierungen in Abrede nehmen, ließe sich denken, einmal in Bezug auf deren Vertheilung zwischen den Kurtrierischen Gebietstheilen der linken und der rechten Rheinseite, und dann in Bezug auf diese letztern allein."

"In ersterer Hinsicht sey aber ein Zweisel nicht vorhanden, Nassau habe früher, und auch noch jett, ohne Widerspruch von Preußen zu erssahren, behauptet, daß nach stattgefundenen Ausgleichungsverhandlungen beiderseits anerkannt worden sey, daß die Kurtrierischen Cameral-Cinkünste, auf deren Uebergang und Besit die Verbindlichkeit, einzelne Reclamanten zu befriedigen, gestützt werde, in dem Verhältniß von ½ zu ½ zwischen der linken und der rechten Rheinseite getheilt worden sepen. ———— Der Widerspruch der Krone Preußen gegen die Verbindlichkeit zur Uebernahme irgend eines Theils der Forderung auf linkerheinische Gebietstheile sey nur auf das Verhältniß zum Reclamanten, nicht zur Przgl. Nassausschen Regierung gegründet."

"Ein Streit zwischen den höchsten Besitzern rechtsrheinischer Gebietstheile des vormaligen Kurstaats Trier, wegen Vertretung der Forderungen des Reclamanten und ähnlicher Gläubiger, sen eben so wenig vorhanden, da Nassau in §. 24. des mit Preußen am § 4. Dezember 1816 abgeschlossenen Recesses versprochen habe:

> "wegen der übernommenen Kurtrierischen Cameraleinnahme-Rückstände bis 1. Dezember 1802 sich mit den ehemals Kurtrierischen Dienern über ihre Besoldungs = und Pensions=Rückstände auseinander zu setzen."

Die Commission sey hiernach ber Ansicht, daß die auf den Grund des Art. XXX. der W. Schl. A. angebrachte Beschwerde, nach den von den höchsten Regierungen von Preußen und Nassau gegebenen Erklärungen unbegründet sey; dagegen musse sie der Meinung seyn, daß hoher B. B. über dasjenige, was beide Regierungen zur Entkräftung der Forderungen selbst und zur Besreiung von der Verbindlichkeit anzgesührt haben, kein Urtheil zustehe, daß solches vielmehr den competenten Landesgerichten in dem Falle gebühre, wenn Reclamant abermals den Rechtsweg mit Ersolg zu betreten sich getrauen solle; daß ihm dieser B. B. nach Art. XV. der B. A. obliegende Garantie der Bestimmungen in den SS. 77. und 78. des Reichsbeputations-Hauptschlusses vom 15. Februar 1803 zu beschränken haben; indessen werde es

einer Einwirkung in dieser Hinsicht um so weniger bedürfen, als die Hrzgl. Nassauische Regierung dem Reclamanten schon früher den Rechtsweg eröffnet, und in der neuen Erklärung Aussicht zu einiger Befriedigung gemacht, indem sie ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, die gerichtlich oder außergerichtlich bei den competenten Behörden zu verfolgenden wirklich begründeten Forderungsansprüche des Reclamanten, in dem unbestritten ihre Vertretungspflicht normirenden Verhältnis anzuerkennen. Die Commission richte baher ihren Antrag dahin:

"dem Reclamanten durch dessen Bevollmächtigten zu eröffnen, daß sein angebrachtes Gesuch nicht stattsinde, und es ihm über lassen bleiben musse, seine Ansprüche gerichtlich oder außergerichtlich bei den competenten Hrzgl. Nassauischen Behörden zu verfolgen."

In Folge hiervon erklarten zunächst Sess. XVIII. §. 239. &. 623. Bayern, sowie die Grßhrzgl. und die Hrzgl. Sächsischen Häuser, daß sie dem Commissionsantrage beiträten.

Deßgleichen Sess. XIX. §. 254. S. 639. Grßhrzthm. Hessen, Dänemark wegen Holstein und Lauenburg und die freien Städte. — Sess. XX. §. 262. S. 644. Königr. Sachsen, Hannover; Sess. XXI. §. 275. S. 683. Preußen.

Noch bevor sämmtliche Abstimmungen erfolgt, erstattet der Kurfürstl. Hesseiche Gesandte, Sess. XXI. S. 285. S. 698. Namens der Reclamations=Commission in Folge einer neuen (Ziss. 44. des Eingabenregisters) erfolgten Eingabe des Reclamanten, Vortrag über seine Bitte um Erledigung seines Gesuchs, zu welchem Zweck er bittet, die noch rücksänzige Hrzgl. Nassauische Erklärung veranlassen zu wollen.

Da nun aber bereits auf Commissionsantrag (s. Prot. d. J. S. 209.) Instruktionseinholung beschlossen, und noch nicht alle Abstimmungen erfolgt, daher eine besinitive Beschlußsassung in der Kürze noch nicht erfolgen konnte, wurde in Folge dieses Vortrags S. 699. beschlossen:

- "1) in dem Eingabenregister bei der Eingabe Nr. 44. auf den §. 209. des dießjährigen Protokolls zu verweisen, und
- 2) dem Reclamanten die gegenwärtige-Lage der Sache im Allgemeinen, durch die Canzleidirektion vorläufig bekannt machen zu lassen."

In Sess. XXII. §. 292. S. 868. tritt bem Commissionsantrage (§. 209.) ferner bei: Desterreich; dieses jedoch mit ausbrücklichem Be-

dug auf die von ihm bei anderen Gelegenheiten über die Wirksamkeit der im Art. XV. der B. A. übernommenen Garantie ausgestellten Anssicht, weiterhin ebendaselbst Würtemberg, Riederlande wegen Gröhrzthm. Luxemburg, die 15te Gesammtstimme — ohne jedoch damit die von der Commission anscheinend subintelligirte beschränkte Wirksamkeit der im Art. XV. der B. A. übernommene Garantie des Bundes im Princip anzuerkennen — und die 16te Gesammtstimme, worauf Präsidium anheim gab, für die noch sehlenden Abstimmungen das Protokoll dis zur nächsten Sigung offen zu halten und sodann den Beschluß zu ziehen.

Dem schon mehrmals erwähnten Commissionsantrage §. 209. bes Protokolls von 1839 stimmten ferner bei Sess. XXIII. §. 313. S. 908. Baden, Braunschweig und Nassau, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, worauf, nachbem der Kurfürstl. Hessische Gesandte erklärt hatte, die Schlußfassung nicht aufhalten zu wollen, ebendaselbst S. 908. der Beschluß erfolgte:

"Dem Reclamanten ist durch dessen Bevollmächtigten dahier zu eröffnen, daß sein angebrachtes Gesuch nicht statt sinde, und es ihm überlassen bleiben müsse, seine Ansprüche gerichtlich oder außergerichtlich bei den competenten Htzgl. Nassauischen Behörden zu verfolgen."

Ueber eine unter Nr. 50. bes Eingaberegisters von 1840 gemachte 1841. Eingabe bes Reclamanten erstattet 1841 ber Gröhrzgl. Medlenbursische Gesandte Namens der Reclamationscommission wiederum Vorstrag, in Soss. IV. S. 67. S. 87. Nach der Eingabe habe Reclamant unter Berusung und in Grundlage des Austrägalerkenntnisses vom 8. Juni 1838 bei dem Hrzgl. Nassauischen Gouvernement um Befriedigung der ihm gebührenden Forderungen gebeten, sey jedoch daraus, mittelst einer motivirten Resolution "der zur Auseinandersetzung des Kurtrierischen Schuldenwesens bestellten Commissarien," dahin beschieden worden, daß sämmtlichen Forderungsansprüchen ganz irrige factische Boraussetzungen zu Grunde lägen, mit welchen daher auch die daraus gezogenen Folgerungen wegsallen müßten, daß dagegen die Sehaltstückslandsforderung des verstorbenen Registrators Seiz, in Betrag von 234 st. 34 Kr. als begründet und zur Anweisung geeignet anerkannt werde.

Reclamant äußert die Ansicht, daß das gedachte Austrägalerkenntniß seine Forderung unstreitig mit ergreise, daß aber eine Erledigung ver Sache wohl auf keine Weise zu erreichen sep, bevor nicht das Hrzgl. Nassauische Gouvernement sich mit den vormals Kurtrierischen Dienern über ihre rückkändigen Besoldungen und Pension auseinandergesetzt habe Als Resultat der ins Specielle gehenden Aussührung spricht Reclamant aus:

- "1) daß nur in dem Falle, wenn eine unparteiische Liquidations-Behörde oder Obmann ernannt würde, eine sachgemäße Auseinandersetzung der Ansprüche auf den Grund des erlassenen und nach der Erecutionsordnung vom 3. August 1820 zu vollziehenden Austrägalerkenntnisses sich erwarten lasse; sowie daß,
- 2) wenn dieser Ausweg den Beifall hoher B. V. nicht sinden mochte in namentlichem Betracht, daß noch zur Zeit immer nicht blos die Größe der Forderung bestritten erscheine, sondern auch, wer solche ganz, resp. pro rata zu bezahlen habe nach Art. XXX. der W. Schl. A. das Königl. Hannöverische Ob.-App.=Ger. zu Celle mit der besondern austrägalgerichtlichen Entscheidung zu beauftragen sey."

In dem S. 89. erstatteten Gutachten ist angeführt, daß Reclamant sich bisher nicht an die Hrzgl. Nassauischen Landesgerichte gewendet habe, und daher eine Verweisung auf den früheren Bundesbeschluß zu beanztragen seyn werde, wenn nicht inmittelst andere Verhältnisse eingetrezten wären.

Seit dem i. J. 1838 in dem Kurtrierischen Schuldenwesen gesprochenen Austrägalerkenntnisse bilde dieses Schuldenwesen den Gegenstand mehrfacher Verhandlungen; nach einer Anzeige des betreffenden Austrägalgerichts senen die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau übereingekommen, die Vollziehung dieses Austrägalerkenntnisses durch eine gemeinschaftlich zu bestellende Commission bewirken zu lassen; hohe B. V. habe hierauf beide Regierungen ersucht, von dem Fortgang und Ergebniß der eingeleiteten commissarischen Verhandlungen der B. V. Nachricht zu geben.

Mehrere sich in ähnlicher Lage besindend glaubende Privatpersonen seven neuerdings mit Unträgen eingekommen und darüber Vorträge erstattet worden, auch über einige dieser Reclamationen die höchsten Resgierungen von Preußen und Nassau um Abgabe der Erklärungen erssucht worden, was der Königl. Preußischen Gesandschaft zu der Teusserung Veranlassung gegeben:

"daß sie ihrer höchsten Regierung vorbehalte, sich auch über die Gründe der Nichtanwendbarkeit des Austrägalerkenntnisses vom 8. Juni 1838. auf einzelne der obgedachten Ansprücke zu erstären, und zugleich die außerdem bei Forderungen dieser Gat-

tung in Betracht kommenden besonderen Verhältnisse nochmals zu beleuchten."

Die Reclamationscommission glaube baher ihren Antrag bahin richten zu dürfen, daß die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau zu ersuchen seyen, sich in den betreffenden Erklärungen, welche die B. A. nun baldigst entgegen sehen zu können glaube, auch über die vorliegende Reclamation zu verbreiten, was auch ebendaselbst S. 90. zum Beschluß erhoben wurde.

Beibe Staaten gaben in Sess. VII. §. 99. S. 153. und S. 170. ihre Erklärungen \*) ab, die in ausführlichen Darstellungen die Nichstigkeit dieser Forderungen darzuthun suchen, welche der Reclamationsschmmission übergeben wurden. — Namens derselben stattete der Grßchrzgl. Mecklenburgische Gesandte in Sess. XIV. §. 164. S. 297. Vorstrag und Gutachten und stellt S. 301. den auch späterhin zum Beschluß erhobenen Antrag.

Da jedoch die Preußische Gesandschaft ihre Anträge auf Abweisung hierauf nochmals erneuerte, wurde auf Präsidialantrag S. 303. beschlossen:

"über den Commissionsantrag binnen vier Wochen Instruktionen einzuholen."

Die Abstimmungen erfolgten:

von Preußen Sess. XVI. §. 176, S. 323; von Königr. Sachsen Sess. XVIII. §. 196. S. 361.; von Grßhrzthm. und Hrzgthm. Sachsen Sess. XIX. §. 101, S. 370; vom Grßhrzthm. Hessen und Medelenburg Sess. XX. §. 221, S. 410; von Hannover, Niederlande wegen Luremburg und der 15ten Stimme Sess. XXI. §. 235. S. 486; von Desterreich, Bayern, Baden, Danemark wegen Holstein und Limburg der 13ten 16ten und 17ten Stimme Sess. XXII. §. 244. S. 492. Sbendaselbst erklärte der Königl. Würtembergische Gesandte den Beschluß nicht aushalten zu wollen, während der Kurhessische Gesandte den Beschluß nicht aufhalten zu wollen, während der Kurhessische äußerte, ohne Instruktion zu seyn. Da nun die Stimmenmehrheit sich aber für die Commissionsanträge ausgesprochen hatte, wurde beschlossen;

- 1) Es sen — dem Königl. Preußischen Obersten a. Dienst Seiz zu Pfassendorf auf seine Eingabe zu eröffnen, daß weder dem Gesuche wegen Vollziehung des am 8. Juni 1838 vom Königl. Hanndverischen Ob.=App.=Gericht zu Celle in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit publicirten austrägalgerichtlichen Ers
- \*) S. oben S. 90 bei Danzi Ausführlicheres, sowohl über biese Erklärun= gen, als folgende Verhandlungen, welche sich über mehrere Reclamationen ver= breiten, und beshalb hier nicht mehr wiederholt werden.

kenntnisses, noch ben auf Einleitung eines Versahrens nach Art. XXX. der W. Schl. A. gerichteten Anträgen Folge gegeben werden könne. Dagegen bleibe es ihm überlassen, seine aus der Zeit vor dem 1. Dezember 1802. herrührenden Forderungen, falls er sich damit durchzukommen getraute, zu zwei Drittel bei den Königl. Preußischen und zu einem Drittel bei den Hrzgl. Nassausschen Behörden — in so weit sie aus späterer Zeit herrührten, aber ganz bei letzteren — zu verfolgen; serner sey

- 2) der allerhöchsten Königl. Preußischen, und der Hrzgl. Nassauischen Regierung hiervon Nachricht zu geben.
  - 9) Graf von Leiningen= Neubenau.
- In bemselben Jahre 1837 erstattete serner noch ber Königl. Sächssische Gesandte Sess. XXIX. S. 331. S. 798. Vortrag über eine Einsgabe des Grafen August von Leiningen-Neubenau (Eingab. Prot. Nr. 26. auch 32.) Diese Reclamation betrifft einen Gehaltsrücktand bes Vaters des Grafen, des ehemaligen Kurtrierischen Vice-Obermarsschalls. Der Rückstand solle ursprünglich in 8,294 fl. 19 Kr. bestanden haben und nunmehr, nachdem die Fürstl. Nassau-Weilburgische und später die Przel. Nassauische Hoffammer ein Siebentheil mit 1,184 fl. 54 Kr. bezahlt habe, noch 7,109 fl. und 27 Kr. betragen.

Das Gesuch des Reclamanten, unter dem Anführen, die Hrzgl. Nassaussche Regierung sen ein Mehreres zu leisten perpflichtet, gehe das hin, die B. B. wolle geruhen:

- 1) Bei der Krone Preußen sowohl als bei dem Hrzgl. Nassauischen Gouvernement sur den Bittsteller vermittelnd einzuschreiten und Bericht zu erfordern, demnächst
- 2) im Falle der Bericht gegen ihn ausfallen solle, die Austrägal-Instanz allergnäbigst zu bestimmen, wo er die Klage gegen die beiden hohen Regierungen ordnungsmäßig anzubringen und zu verfolgen habe.

In einer späteren Eingabe (Eingab. Prot. Nr. 32.) habe Reclamant aus dem Inhalte des Reichsdeputations Sauptschlusses nachzumeisen gesucht, daß die fragliche Schuld auf den ehemaligen Trierischen Domänen und Dominialgefällen der rechten Rheinseite hafte, und daß mithin der Umfang der auf dem rechten Rheinufer gelegenen Reste der Kur Trier zu dem aufgelösten ganzen Staate keinen Maßstab für die Uebernahme solcher Rückstände abgeben könne.

In dem hierüber ebendaselbst beigefügten Gutachten spricht sich Referent im Wesentlichen dahin aus, daß über die Compentenz der B. B. im Allgemeinen in vorliegender Sache kein Zweisel senn könne, allein das Gesuch ad 2) sen nicht zulässig, da die B. B. keine Austrägal-Instanz bestimmen könne, um die Nechtsansprüche der Privatpersonen gegen Bundesregierungen zu entscheiden.

Bwar sey bekanntlich die zwischen der Krone Preußen und dem Hrzgthm. Nassau, wegen Auseinandersetzung des Kurtrierischen Schuldenwesens streitig gewordene Frage, in ihrem ganzen Umsange, und die Betheiligung der Stadt Franksurt bei derselben, i. I. 1828 an das Ob.=App.=Ger. zu Celle als Austrägal=Instanz zur Entscheidung gerwiesen worden. Allein in dem Beschlusse von 1828 sey dem Austrägal-Gerichte zugleich aufgetragen worden, in Betress der Forderungen dem jenigen Kurtrierischen Gläubiger und Pensionisten, welche sich an die B. B. gewendet hätten, im Falle die Hauptentscheidung dieses nicht überstüßig machen sollte, den Rechten gemäß zu erkennen.

Der Graf von Leiningen habe sich nicht unter den damaligen Reelamanten befunden, es sen also nicht bestimmt zu übersehen, welchen Einfluß das zu erwartende Austrägal-Erkenntniß auf die vorliegende Forderung haben werde, und ob beide höchsten Regierungen vielleicht geneigt senen, dieselbe unerwartet jenes Austrägalerkenntnisses zu befriedigen, oder was höchstdieselben überhaupt dem Anspruche entgegen zu setzen haben.

Die Commission beantrage deßhalb, was auch S. 800. zum Beschluß erhoben ward:

.,,daß die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau um Erklärung über die vorliegende Eingabe und deren Nachtrag ersucht werden."

Die Erklärung von Preußen erfolgte im folgenden Jahre 1938, 1838. Soss. I. S. 11. S. 57.; aus der Vorstellung erhelle — heißt es darin — daß die von dem Reclamanten in Anspruch genommenen Gehaltsrücksstände aus der Periode vor dem ersten Dezember 1802 herrühren, daß dieselben bei der in Frankfurt a. M. i. J. 1803 angeordneten Nassausselburgischen Liquidationscommission angemeldet worden, welche den Betrag angeblich auf 8,294 fl. 19 Kr. im 24 fl. Huß anerkannte, daß jedoch dem gegenwärtigen Reclamanten als Erben seines Vaters hiersvon nicht mehr als ein Siebentel mit 1,184 fl. 54 Kr. von der Hrzgl. Nassausschen Regierung ausgezahlt worden sey. Zur Berichtigung dieses Rücksandes im Ganzen oder auch nur theilweise erscheine Preus-

fen weber als Besitzer ber auf ber linken Rheinseite, noch als Besitzer ber auf ber rechten Rheinseite gelegenen, ihm zugehörigen Gebietstheile bes vormaligen Kurstaats Trier verpslichtet, indem die Gehaltsrücklande ber vormaligen Kurstrierischen Beamten aus der Zeit vor 1802, soweit sie ber linken Rheinseite mit Recht zur Last gelegt werden könnten, überhaupt gegen keine Regierung mehr geltend zu machen seven, nachdem die französische Regierung ihre bekannten Grundsätze wegen Amovibilität der Beamten auf die von ihr vorgefundenen deutschen Beamten des linken Rheinusers angewandt habe, und daher von jeder Berpslichtung zur Entschädigung derselben, die ihr allein obgelegen, bei Gelegenheit der bekannten Convention über die Privatreclamationen vom 20. November 1815 habe entbunden erachtet werden müssen; in soweit aber die gedachten der recht en Rheinseite zusielen, ausschließlich Nassaufür die Befriedigung zu sorgen haben dürse.

Sen Letzteres der Meinung, daß es hiezu keine Verpflichtung übernommen habe und erscheine dieß nirgends begründet in den Bestimmungen des Reichsbeputations-Hauptschlusses de 1803, so könne dem
Reclamanten nur überlassen bleiben, seine aus einer andern Ansicht
behaupteten Ansprüche gegen die Hrzgl. Nassauische Regierung vor
den betreffenden competenten Behörden zu verfolgen und geltend zu
machen.

Dagegen burfte eine Hinweisung des Reclamanten auf bas Resultat des in Beziehung auf das Kurtrierische Schuldenwesen bei dem Db.=App.=Gerichte zu Celle schwebenden Austrägalprocesses um so weniger sich rechtfertigen lassen, als die Berpflichtung wegen Befriedigung seiner Forderung zwischen Preußen und Nassau weder zweiselhaft noch bestritten erscheine. So weit nämlich bie vormals Kurtrierischen Landestheile am rechten Rheinufer wegen Berichtigung jener Ruckfande in Anspruch genommen werden könnten, habe Nassau, wie es selbst i. J. 1826 bei Gelegenheit der Reclamation des vormaligen Kurtrieri= schen Hofkammerkanzlisten Adermann, Besoldungerudstände aus der Zeit vor 1802 betreffend, anerkannt habe, allein die Verpflichtung, den Reclamanten zu befriedigen, und was die am linken Rheinufer belegenen vormals Kurtrierischen Landestheile anlange, so werde zwar jede Verbindlichkeit, die gegen dieselben gerichteten Ansprüche dieser Art zu befriedigen, von Preußen bestritten, jedoch nur im Berhältnisse zu den Reclamanten, nicht aber im Berhaltnisse zu Nassau.

Indem sich Preußen nachträgliche Aeußerung vorbehielt, wurde S. 59. diese Erklärung an die Reclamationscommission abgegeben.

Ueber fernere Eingabe des Reclamanten, (Nr. 36. des vorjährigen Eingab. Prot.) welche außer der Wiederholung des Gesagten auch der Verzugszinsen jenes Rückstandes seit dem Jahre 1803 Erwähnung thut, erstattet der Königl. Sächsische Gesandte, Namens der Reclamationscommission in Sess. II. §. 40. S. 94. Vortrag, worauf S. 95. besichlossen ward:

- "1) Die Eingabe Nr. 36, mit Beziehung auf den in der XXIX. vorjährigen Bundestagssitzung (Prot. §. 331.) gefaßten Beschluß,
  nachträglich an die höchsten Regierungen von Preußen und
  Nassau gelangen zu lassen.
- "2) Den Bevollmächtigten des Grafen von Leiningen, auf seine Eingaben vom 25. September, 22. Oktober und 30. November 1837, zur Nachachtung für künftige Fälle, durch die Bundeskanzlei zu erkennen zu geben, daß sich gebührt hätte, den Inhalt der drei Eingaben in Eine zu kassen.

Ueber eine weitere (kein nova enthaltende) Eingabe des Reclamanten (Nr. 11. des Eingab. Prot. d. 1838.) wurde auf Antrag deffelben Referenten Soss. V. S. 79. S. 244. beschlossen:

> "die neuerdings, Namens des Grafen von Leiningen=Neubenau eingereichte vierte Denkschrift, ebenfalls nachträglich an die höchsten Regierungen von Preußen und Rassau gelangen zu lassen."

Derselbe Referent trägt i. I. 1839 Soss. I. §. 20. S. 67, Na- 1889. mens der Reclamationscommission über eine Eingabe (Nr. 45 des Eingab. Prot. v. I. 1838) vor, worin das früher Gesagte wiederholt, auch eventualiter das Kirchensilber und die Güter des Johanniter- und des Deutschen Ordens als Object angegeben, aus denen der Anspruch zu befriedigen sep. Im §. 6. der Eingabe sep angeführt: die Austrägalschanz sep hier die Borbedingung, ohne welche das streitig gemachte Recht gar nicht erlangt werden könnte, und der Herr Reclamant glaube daher um so mehr, daß hier, ohne Verletzung des Art. Al. der B. A. von den betheiligten Gläubigern die besagte Instanz beantragt werden könne, indem der jüngste R. Deputations-Hauptschluß rücksichtlich seiner Versügungen über das Schuldenwesen nach Art. AV. am angemerkten Orte unter die besondere Garantie des Bundes gestellt sep.

Referent beziehet sich auf den früheren Vortrag, worin deutlich ausgesprochen, daß diese Sache zur Competenz der B. V. gehöre; ferner
daß die B. V. keine Austrägal-Instanz bestimmen könne, um die Rechtsansprüche der Privatpersonen gegen Bundesregierungen zu entscheiden.

Referent fährt weiterhin in seinem Vortrage S. 69. fort: Der Anspench bes Grafen Leiningen gehöre als Gehaltsrückstand zu dem Auttrierisschen Schuldenwesen. — In dem R. D. Hauptschlusse von 1803 seven darüber Verfügungen getroffen worden. Nach dem Art. XV. der B. A. würden diese Verfügungen von dem Bunde garantirt, und nach Art. XXXI. der W. Schl. A. habe die B. B. die Verbindlichkeit, für die Ausrechthaltung der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantieen zu sorgen. — Derselben liege also ob, dem Grasen von Leiningen zur Befriedigung seines Anspruchs, soweit derselbe begründet sey, zu verhelsen. Zedoch hätten sich zuvörderst die betheiligten Regierungen darüber zu erklären.

Hierauf wurde ebendaselbst S. 69. auf Commissionsantrag be-schlossen:

"daß, unter Zusertigung der Eingangs gedachten Reclamation an beide höchsten Regierungen, die Przgl. Nassaussche Regierung um Abgabe der bereits in der XXIX. Sizung v. I. 1837 erforderten, auch auf die serneren Eingaben zu richtenden Em klärung binnen sechs Wochen ersucht, und der Königl. Preußischen Regierung anheim gestellt werde, ob Allerhöchstdieselbe zu der in der I. Sizung v. I. 1838 zum Protokoll gelangten Erklärung weitere Erläuterungen hinzuzusügen gesonnen sey."

Diese Erklärung gab die Hrzgl. Nassauische Regierung Sess. IX. S. 126. S. 328. umfassend ab, beren Resultat war:

daß durchaus keine Frage, von beren Entscheidung die Befriedisgung der Ansprücke ves Herrn Reclamanten abhängig senn könne, zwischen den deßfalls in Anspruch genommenen Bundesgliedern bestritten sen, und daß somit der Antrag, eine vorgängige Vermittelung zwischen beiden und eventuell eine austrägalgerichtliche Entscheidung zu veranlassen, überall nicht gerechtsertigt erscheine.

Sämmtliche aufgetretenen Reclamanten in vieser Sache senen bloß beshalb auf den Ausgang des in Celle anhängigen Austrägalprozesses verwiesen worden, weil in Folge desselben die Kurtrierische Cameral-Arreragen-Kasse voraussichtlich dadurch die Mittel erhalten werde, allen ihren begründeten Verpslichtungen, soweit sie gegen die rechte Rheinseite geltend gemacht werden können, Genüge zu leisten. Nach Beendigung der bereits hierüber commissarisch eingeleiteten Verhandlungen, werden die Przel. Behörden von selbst Wedacht nehmen, alle gegründete Forderungsansprüche, welche dis seht nicht befriedigt werden konnten, aus den liquid zu stellenden Fonds zu berichtigen.

"Sollte baher ber Herr Reclamant von dem Hrzgl. Nassausschen Souvernement mehr in Anspruch nehmen, als das nach dem Cameralrevenüenverhältniß der rechten Rheinseite zur Last fallende eine Drittheil seiner angemeldeten Forderung, oder anstatt den nahe bevorstehenden Ausgang der ebengedachten Verhandlungen abzuwarten, schon jetzt
seine Ansprüche gerichtlich geltend machen wollen, so könne ihm nur
überlassen bleiben, den Rechtsweg vor den ordentlichen Landesgerichten
zu betreten."

Diese Erklärung wurde S. 331. an die Reclamations-Commission abgegeben.

Preußen bemerkte in Folge vieser Massauischen Erklarung in Soss. XIII. S. 172. S. 474, insonderheit auf die Aeußerung:

"daß erst alsbann, wenn gerichtlich entschieden werden sollte, daß die rechts-rheinische, nicht in Folge besonderer Stipulationen zu vertretende Rate solcher (aus der Periode vor dem 1. Dezember 1802 herrührenden) Forderungsansprüche, ohne Rücksicht auf die Zulänglichkeit der vorhandenen Aktivmasse, von dem Hrzgl. Nassauischen Gouvernement übernommen werden müßte, zwischen Nassau und Preußen, keineswegs aber den Reclamanten gegenüber, zu erörtern seyn würde, in welchem Verhältnisse Preußen zu dem sich ergebenden Desicit zu concurriren hätte,

Preußen in dem angenommenen Falle zur Deckung jenes Desicits mit zuwirken habe? bei vorliegendem Gegenstande gar nicht in Betracht komme, und die Erdrterung darüber mithin für den eintretenden Fall völlig offen und frei bleiben musse; — welche Erklärung S. 475. der Reclamationscommission zugewiesen wurde.

Nach diesen abgegebenen Erklärungen erstattete der Königl. Sächsische Gesandte, Namens der Reclamationscommission in Soss. XIV. S. 196. S. 519. Vortrag, in welchem er sowohl das Sachverhältnis als die abgegebenen Erklärungen reasumirt und ausspricht "die Commission sehe die Gehaltsrücklände Trierischer Beamten aus der Epoche vor 1802 für Kurtrierische Kammerschulden an, die nach §§. 77 und 78 des Reichsbeputations=Hauptschlusses von den dermaligen Inhabern der früheren Kurtrierischen Besitzungen zu übernehmen senen. — Im Urt. 15 der B. A. werden die durch den Reichsbeputations=Hauptschluß getrossenen Berfügungen in Betress des Schuldenwesens vom Bunde garantirt, die B. B. sen also verpslichtet, den Trierischen Släu-

bigern zu ihren Forderungen, so weit sie begründet sepen, zu verhelfen. Dieses könne in bem vorliegenden Falle nur baburch geschehen, daß Reclamant beschieben werbe, seinen Anspruch vor ben Gerichten des Landes weiter zu verfolgen. Allein dieser Bescheid werde sich nicht auf ein Drittheil der Forderung zu beschränken haben; denn in dem 24. Artikel des am 14 Dezember 1816 abgeschlossenen Recesses habe Nassau die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Kurtrierischen Dienern über ihre Besoldungerückstände vor dem Jahre 1802 übernommen. Das im vorigen Jahre über das Kurtrierische Schulden= und Pensions= Wesen eingegangene Austrägalerkenntniß sey nicht speciell auf die Forberung bes Grafen von Leiningen-Neubenau anzuwenden, denn berfelbe habe sich nicht unter den Reclamanten befunden, welche sich vor dem Jahre 1828, als die Sache an das Austrägalgericht gewiesen worden, an die B. V. gewendet hatten. Allein bessen Befriedigung werde bemnach baburch beschleunigt werden, weil nach der Hrzgl. Nassauischen Erklärung, in Folge jenes Erkenntnisses, die Kurtrierische Cameral=Arreragenkasse nicht nur mehrere baburch erst liquid geworbene Activausstände, fondern auch bedeutende Zinsenvorlagen ersetzt und voraussichtlich daburch die Mittel erhalten werde, allen ihren Verpflichtungen, so weit fie überhaupt begründet und gegen die rechte Rheinseite geltend gemacht werben können, Genüge zu leisten."

1

Die Commission habe also ihren Antrag dahin zu stellen:

"daß Reclamant beschieden werde, die Befriedigung seiner Forberung, soweit sie gegründet sep, von der Hrzgl. Nassauischen Regierung abzuwarten, oder bei den Hrzgl. Nassauischen Landeßgerichten zu verfolgen."

Hierauf wurde auf Prasidialantrag S. 522. beschlossen:

"über den Commissionsantrag Instruktion einzuholen." In Folge hiervon erklärten zunächst Soss. XVIII. S. 242. S. 629. Baden, sowie die Gröhrzgl. und Hrzgl. Sächsischen Häuser, daß sie

bem Commissionsantrage beitraten.

Deßgleichen Sess. XIX. §. 253. S. 639. Grßhrzthm. Hessen, Danemark wegen Holstein und Lauenburg und die freien Städte. Sess.
XX. §. 260. S. 643. Bayern, K. Sachsen, Hannover; Sess. XXI.
§. 274. S. 683. Preußen; Sess. XXII. §. 293. S. 868. tritt Desterreich dem Commissionsantrag bei, jedoch mit ausdrücklichem Bezug auf
die von Desterreich bei anderen Gelegenheiten über die Wirksamkeit der
im Art. XV. der B. A. übernommenen Garantie aufgestellten Ansichten,
ferner ebendaselbst Würtemberg, die 15te Gesammtstimme, ohne jedoch

Wirksamkeit der im Art. XV. der B. A. übernommenen Garantie des Bundes im Princip anzuerkennen und die 16te Gesammtstimme, worauf Präsidium anheim gab, für die noch sehlenden Abstimmungen das Protokoll dis zur nächsten Sitzung offen zu halten und sodann den Beschluß zu ziehen.

Diese erfolgten gleichfalls dem Commissionsantrage beistimmend (§. 196. dieses Protokolls v. J. 1839) Sess. XXIII. §. 314. S. 909. von Kurhessen, Braunschweig und Nassau, und Mecklenburg=Schwerin und Mecklenburg=Strelitz, worauf, da der Gesandte für die Nieder=lande wegen des Grßhrzgthms. Euremburg die Schlußkassung nicht aufhalten zu wollen erklärte, auf Grund der nunmehr vorliegenden Abstimmungen ebendaselbst S. 909. beschlossen wurde:

"daß Reclamant beschieden werde, die Befriedigung seiner Forderung, soweit sie gegründet sen, von der Hrzgl. Nassauischen Regierung abzuwarten, oder bei den Hrzgl. Nassauischen Landeßgerichten zu verfolgen."

Reclamant war jedoch durch diesen Beschluß nicht befriedigt und gab eine neue Eingabe (Nr. 54 bes Eingabe=Registers) unter bem Titel: "Allerunterthänigste Remonstration gegen den allerhöchsten Beschluß in der XXIII. Sitzung vom 30. September 1839" ein, über welche i. J. 1840, Sess. II. §. 43. S. 54. ber Gefandte ber 15ten 1840. Stimme, Namens der Eingabecommission, Wortrag erstattete. In dieser Eingabe erklärt Reclamant im Allgemeinen bei seiner letten Denkschrift das von dem Königl. Db.=App.=Gerichte zu Celle hierauf bezüglich abgegebene Austrägalerkenntniß-worin entschieben, in welchem Berhältniß die Gehaltsruckstände der Trierischen Staatsdiener von der Krone Preußen und dem Hrzgthm. Nassau ratirlich zu übernehmen, und daß beibe Regierungen diese Ruckstände vollständig zu vertreten hätten noch nicht gekannt zu haben. — Vergebens habe er sich an bas Königl. Preußische Ministerium gewandt; Nassau, an welches er durch den letten Bundesbeschluß verwiesen, wurde, wie er sowohl durch nahere Erlaute rung als durch Anführung eines analogen Falls darzuthun strebe, eine unbeschränkte Verpflichtung hierzu nicht anerkennen; sein jetiges Petitum gehe dahin:

"daß die B. B. auf den Grund der Artikel 31. 32. 33 und 34. der W. Schl. A. und des Urtheils des Königl. Hannöverischen Ob.=App.=Gerichts vom 8. Juni 1838, die Berichtigung seiner liquid gestellten Gehalts=Rückstandsforderung mit Verzugszin-

sen mit fünf vom Hundert, vom Ablauf jedes einzelnen Jahres an, nach den durch das erwähnte Erkenntniß festgestellten Grundsten, bei den höchsten Regierungen von Preußen und Nassau erwirke; falls aber dieses Gesuch nicht zulässig, nach Maaßgabe Art. 30. der W. Schl. A., eine Austrägalinstanz constituire.

In dem hierüber erstatteten Gutachten ist das Begehren diefer Eingabe, daß die B. W. einen in Folge eingeholter höchster Instruktion gefaßten Beschluß durch einen andern, den Ansichten und Bunschen bes Reclamanten mehr entsprechenden ersete - zunächst als unstatthaft bargethan, bann aber auch gezeigt, baß bie Lage ber Sache seit bem letten Bundesbeschluß sich keineswegs so verändert, daß der damals ertheilte Bescheid jest nicht mehr als passend erscheine, das Celler Austrägalerkenntniß in dieser Sache, auf welches sich ber Reclamant jest berufe, ware in der B. B. bei Fassung des hierauf bezüglichen Beschlusfes allerdings bekannt gewesen; sie hatte indessen die daselbst ausgesprothene Commissionsansicht gebilligt, daß jenes Erkenntniß auf die Forberung des Grafen von Leiningen nicht anzuwenden, da sich berselbe nicht unter den Reclamanten befunden, welche sich vor d. J. 1828, als die Sache an das Austrägalgericht verwiesen, an die B. B. gewandt hatten. Dieses vorausgesetzt, musse die in der Eingabe zunächst gestellte Bitte als eine unzulässige erscheinen, daß das in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit ergangene Austrägalerkenntniß auf die Forderung bes Reclamanten angewandt, und die Ausführung bieses Erkenntnisses in Beziehung auf den reclamirten Gehaltsruckstand, bei den Regierungen von Preußen und Nassau erwirkt werbe.

Was endlich die, angeblich von ben Hrzgl. Nassausschen, in Beziehung auf die Forderungen vormaliger Trierischer Diener zut Anwendung gebrachten, diesen letteren ungünstigen Grundsäte betreffe, so könne die in einem anderen, wenn auch analogen Falle abgegebene richterliche Entscheidung kein genügender Grund seyn, den Reclamanten von Betretung des ihm vorgezeichneten Rechtswegs bei den Landesgerichten zu dispensiren; erst wenn Reclamant gehörig nachweise, daß er sich an die Nassausschen Gerichte gewandt, und daß diese ihn aus dem Grunde abgewiesen, weil die Forderung zugleich die Königl. Preußische Regierung mit berühre, und von letzterer mit zu vertreten seyn, würden die Gründe näher zu erörtern seyn, auf welche die beiden betheiligten höchsten Regierungen die Behauptung stützten, daß der Art. XXX. der W. Schl. A. in diesem Falle überall nicht anwendbar sey. — Ebenso würde dann der Zeitpunkt eingetreten seyn, die Frage:

ob und welche fernere Einwirkung die B. B. in der vorliegenden Angelegenheit eintreten zu lassen Anlaß habe, näherer Erdrterung zu unterziehen.

Auf Commissionsan trag wurde hierauf G. 57. beschlossen:

"daß auf die von dem Reclamanten gegen den Bundesbeschluß vom 30. Sept. v. I. angebrachte Remonstration nicht einzugehen sey."

Gegen diese beiden Bundesbeschlüsse macht Reclamant eine neue Vorsstellung (Nr. 7. des Eingaben-Registers) in welcher er, durch diese Beschlüsse sich beschwert erachtend, wiederholt das Rechtsmittel der Remonsstration ergreise, worüber der Gesandte der 15ten Stimme Namens der Reclamations-Commission Sess. VIII. §. 120. S. 195. Vortrag erstattete.

Reclamant führt zur Begründung dieser neuen Vorstellung im Wesentlichen Folgendes an:

"Er habe wegen ber Gehaltsruckstände feines weiland Baters, vormaligen Kurtrierischen Vice-Obermarschalls, ein doppeltes Recht; einmal aus dem in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit von dem Königl. Hannoverischen Ob.=App.=Gericht vom 8. Juni 1838 gefällten Urtheil; dann aber auch aus der W. Schl. A., welche die Art der Erekution austrägalgerichtlicher Erkenntnisse durch die B. B. vorschreibe. — Durch das erwähnte austrägalgerichtliche Erkenntniß sen die Frage ausdrücklich entschieben, in welchem antheiligen Verhältnisse bie Krone Preußen und das Herzogthum Nassau, als alleinige Successoren in die Domanen ber bestandenen Rur Trier, ben Gehalteruckstand, welchen die Kurtrierische Domanenkammer verschulbet, zu berichtigen hatten. — Es fielen bavon zwei Drittheile auf bas linke Rheinufer und auf Preußen allein, von bem letten, bem rechten Rheinufer zugewiesenen Drittheile hingegen 80 Procent auf Preußen und 70 Procent auf Nassau."

"Auf dieses Erkenntniß hatten sammtliche Gläubiger der Domänen= und Landessteuer=Rasse des aufgelösten Trierischen Kurstaates ein wohlerwordenes Recht, denn das Oberapp. Gericht in Celle sen, auf Anrusen beider Regierungen, über alle, zwischen diesen obschwebenden Differenzen, wegen der antheiligen Uebernahme aller Kurtrierischen Kammer= und Landesschulden zu erkennen, von der B. B. als Austrägalgericht bestellt worden. — Es könne nicht behauptet werden, daß ein solches Erkenntniß nur zwischen den streitenden Regierungen,

nicht aber ben Staatsglaubigern gegenüber, die Norm bilbe. - Wenn nun, wie hier, eine austrägalgerichtliche Entscheidung schon wirklich vorliege, so senen bagegen keine Einreben ber betreffenden Regierungen mehr zulässig. — Noch weniger konne den Staatsglaubigern zugemuthet werden, wegen einer Forderung, die von zwei Regierungen zu vertreten fen, und hinsichtlich deren schon ein exekutorisches Erkenntniß vorliege, die eine von beiden Regierungen auf 8 Neue alle in auf das Ganze zu belangen. — Um wenigsten könne solches verlangt werden, wenn die Landesgerichte dieser in Anspruch zu nehmenden Regierung in einem gleichartigen Falle bereits rechtskräftig entschieden hatten, daß diese Regierung weder auf bas Ganze, noch antheilig verklagt werben konne; baß vielmehr die Klage im Wege ber Austrage, auf Grund bes Art. XXX. ber 2B. Schl. A., angestellt werden musse."

"Da die Hrzgl. Nassauische Regierung zu seiner Zeit die Liquidität ber Gehaltsrückstands=Forberung v. J. 1794 bis 1. Dezbr. 1802 anerkannt habe; ba ferner eine rechtskräftige Entscheidung barüber vorliege, wie die Forderung von beiden Regierungen antheilig zu übernehmen, konne Reclamant bem Gebanken unmöglich Raum geben, daß bie Erekution besagten Erkenntnisses, worauf er ein wohlerworbenes Recht habe, und auf welches er so oft hingewiesen und vertröstet worden, jetzt beanstandet werden sollte; vielmehr stehe sein Glauben an deutsche Gerechtigkeit unerschütterlich fest."

"Hohe B. B. wolle — schließt Reclamant seine Vorstellung — unter Wiedereinziehung der Beschlüsse vom 30. September 1839 und 13. Febr. I. J., auf ben Grund der Art. 31. 32. 33. und 34. der W. Schl. A., die Erekution des Urtheils Königl. Hannoverischen Oberapp.=Gerichts zu Celle vom 8. Juni 1838, bezüglich auf die fragliche, bis 1. Dezember 1802 mit 8,249 Gulben 19 Kr. liquid gestellte Gehaltsrückstands=For= berung, mit Verzugszinsen zu fünf vom Hundert, von dem Ablauf eines jeden verfallenen Jahres an, abzüglich einer hierauf von der Hrzgl. Nassauischen Regierung geleisteten Abschlagszahlung von 1,184 Gulben 54 Kr. gegen die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau, nach der in besagtem Urtheile S. 9. und 11. für die Trierischen Domanenschulben erkannten ratirlichen Uebernahme, und zwar für die Krone Preußen zu zwei Drittheilen wegen des linken Rheinufers, und zu 30 Procent für das letzte, auf das rechte Ufer fallende Drittel, und von diesem endlich 70 Procent für das Herzogthum Nassau zuserkennen."

In dem ebendaselbst S. 197. erstatteten Gutachten sett Reserent aus einander, daß diese Vorstellung nur die Wiederholung eines früheren Antrags sen, auf welche die B. V. nicht eingegangen. — Der Königl. Preußische Gesandte bemerkte S. 198, daß er seiner allerhöchsten Regierung vorbehalte, bei Gelegenheit der Erklärung, um welche sie über die von Wallmenich'sche Forderung ersucht worden, sich auch über die Gründe der Nichtanwendbarkeit des Austrägalerkenntnisses v. 8. Juni 1838 auf den Anspruch des Grasen von Leiningen=Neudenau noch näher zu äußern, und zugleich die außerdem bei Forderungen dieser Gattung in Betracht kommenden besonderen Verhältnisse nochmals zu beleuchten.

Hierauf wurde auf den Antrag der Commission beschlossen (S. 198.):

"bem Reclamanten auf dessen letzte Eingabe zu eröffnen, daß es bei den Bundesbeschlüssen v. 30. Sept. 1839 und 13. Febr. d. J. sein Verbleiben habe."

## 10) A. F. von Ballmenich.

Im Jahre 1840, Sess. VII. S. 101. S. 168. erstattete der Groß- 1840. herzoglich Mecklenburgische Gesandte, Namens der Reclamations-Com-mission Vortrag über eine Eingabe (Eingabe-Register Nr. 4.) des A. F. von Wallmenich zu Schwabmünchen in Bayern, worin derselbe angibt:

"ber verstorbene Gottsried von Wallmenich, Bater und Erblasser vest Reclamanten, sey Kurtrierischer Geheimerath, Hof= und Regierungsrath, auch Archivar und Referendar gewesen, und habe als Regierungsrath seit Dezember 1782 jährlich 450 Gulden baar, 25 Malter Korn, auch 3 Fuder (18 Ohm) Wein und die amtlichen Accidenzien bezogen; — unter'm 16. Septbr. 1789 sey ihm eine Gehaltszulage von 300 Gulden, am 8. Januar 1789 und 12. Mai 1790 ein Gehalt als Referendar von 400 Gulden, und endlich am 7. Juni 1793 eine nochmalige Gehaltszulage von 200 Gulden beigelegt worden, wie dies Alles die abschriftlich beigesügten Kursurstristlichen Versügungen aus-

wiesen. — Bis zum 1. Juli 1794, in welchem Jahre die Franzosen das linke Rheinufer erobert hätten, sen der Gehalt bezahlt worden, von ba bis 1. Dezbr. 1802 stehe er zurud, und betrage, alles zu Gelb gerechnet, 17,801 Gulben 15 Kr., nebst Zinsen von ben einzelnen, mit Enbe jeden Jahres eingetretenen Verfallterminen."

Alle Bemühungen, die Forderung von der Hrzgl. Nassauischen Regierung, der nach S. 12. des Reichs=Deputations=Hauptschlusses die Reste von Kurtrier rechter Rheinseite zugefallen waren, in Gute zu erhalten, seyen fruchtlos gewesen, so daß Reclamant sich genothigt gesehen habe, im Jahre 1832 auf Heimzahlung bes Ruckstandes gegen die Hrzgl. Domanendirection beim Hofgerichte zu Ufingen Rlage zu erheben, aber durch Urtheile abgewiesen worden, sowie spätere Bersuche auf administrativem Wege vergeblich gewesen sepen, und von Preußen Nichts zu erwarten stehe, da es in analogem Falle Antrage zuruckgewiesen habe.

"Der Wunsch (Prot. S. 171.) hoher B. B., die ähnlichen Reclamationen bes Oberften Seit und Grafen von Leiningen=Reubenau zu vermitteln, sen gescheitert, und da von Wallmenich, Vater und Sohn, schon 37 Jahre die Forderung entbehrten, auch ein bei den Nassauischen Gerichten geführter Rechtsstreit nur das Resultat gehabt habe, daß die Klage angebrachtermaßen zurückgewiesen und Kläger bebeutet worden sen, nach Art. 30. der W. Schl. A. eine Austrägal-Instanz gegen beibe Regierungen bei hoher B. B. zu beantragen, so rechtfertige sich die Bitte:

> "Hohe B. B. wolle gerühen, auf den Grund ber Art. 31. 32. 33. und 34. ber W. Schl. A. bie Erecution bes Urtheils Rönigl. Hannoverischen Oberapp. = Gerichts, d. d. Celle, ben 8. Juni 1838, bezüglich auf die fragliche, bis 1. Dec. 1802 mit siebenzehntausend achthundert ein Gulden fünfzehn Kreuzer im Vierundzwanzigguldenfuß ganzlich liquide Gehaltsruckständeforderung, mit Verzugszinsen zu Fünf vom Hundert, von dem Ablauf eines jeden einzelnen verfallenen Jahres an, gegen die allerhöchsten und höchsten Regierungen von Preußen und Nassau, nach ber in besagtem Urtheil für die Trierischen Domanenschulden erkannten ratirlichen Ueber= nahme, und zwar für die Krone Preußen mit zwei Drittel wegen des linken Rheinufers, und mit 30 Procent für das lette, auf das rechte Rheinufer fallende Drittel, und von

diesem endlich 70 Procent für das Hrzgthm. Nassau zu er-

## subsidiarisch aber:

nach Maaßgabe des Art. 30. derselben Akte, eine Austrägals Instanz zu bezeichnen, wo die beiden genannten Regierungen auf Bezahlung jener Forderung ordnungsmäßig und gleichzeitig beklagt werden können."—

"Mittelst Nachtrags (Nr. 5. des Eingaben-Registers) überreicht Reclamant die Abschrift einer früheren in Bezug genommenen Entsscheidung des Königl. Preußischen Ministeriums der auswärtigen Ansgelegenheiten vom 25. Juni 1839, durch welche der Graf von Leiningen-Neudenau zu Karlsruhe, auf die Vorstellung wegen Befriedigung der Gehaltsrückstände-Forderung dessen verlebten Vaters, nach Maaßegabe des erfolgten austrägalgerichtlichen Erkenntnisses, abschlägig besichieden worden sey."

In dem hierüber S. 173. erstatteten Gutachten ist auf den Antrag, zunächst auf Bollziehung des austrägalgerichtlichen Erkenntnisses vom 8. Juni 1838, rücksichtlich der hier in Frage stehenden Ansprüche, nicht eingehen zu können, ausgesprochen, da die Vorstellung nicht der Vollziehungs-Commission, sondern der Reclamations-Commission zur Berichterstattung überwiesen worden, auch Reclamant nicht zu denjenigen Gläubigern gehöre, welche durch ihre Anträge dei hoher B. B. das mehrgedachte Austrägal-Erkenntniß herbeigeführt hätten, daher wohl auch der v. I. 1839, Soss. V. S. 68. des Protokolls gesaßte Beschluß nicht in Erinnerung zu bringen sen; hinsichtlich des weiteren Gesuchs wegen Einleitung eines Versahrens nach Art. 30. jedoch biete die Sache einige Ansichten dar, welche zuvor einer näheren Erörterung der dürsten.

"Daß dem Reclamanten eine Forderung wegen Gehaltsrückftanden-dessen verstorbenen Vaters an den ehemaligen Kurstaat Arier zustehe, sen, nach den darüber beigebrachten Bescheinigungen, an sich nicht zu bezweiseln; die Krone Preußen nehme die Verpslichtung, der Forder rung Genüge zu leisten, für die links und rechts-rheinischen, in deren Besig besindlichen Gebietstheile von Kurtrier in Abrede, und auch Herzogthum Nassau erkenne keine Verbindlichkeit dazu an; in dem in dem Rechtsstreite wider die Frzzl. Nassaussche Domanendirection erfolgten gerichtlichen Erkenntnisse sen geven der Reclamant aus dem Grunde mit der Klage abgewiesen worden, weil das Concurrenzverhältniß beis ber Rheinseiten und beiber Regierungen, die Forderung zuvertreten, nicht ausgemittelt sen, und weil dessen Festsetzung nur in einem bundesgesetzlichen Verfahren erfolgen könne. —

"Nun sen zwar inmittelst das Urtheil des Königl. Hanndverischen Db.=App.=Gerichts v. 8. Juni 1838 erfolgt, es stehe jedoch dahin: ob und in wie weit dessen Bestimmungen auf den vorliegenden Fall Anwendung leiden mochten? — eine Frage, welche von der Krone Preußen bereits verneint worden sen."

Hierauf wurde S. 174. auf Antrag der Reclamantion8=Commission beschlossen:

> "bie höchsten Regierungen von Preußen und Nassau zu ersuchen, sich über den Inhalt der Reclamation zu erklären."

Diesem entsprachen beide Regierungen, indem sie im Jahre 1841, 1841. in Sess. VII. S. 99. S. 153. und S. 170. Erklärungen \*) abgaben, in welchen sie auf ausführliche Weise die Unbegründetheit dieser Forderungen darzuthun sich bestrebten, welche ebendaselbst, S. 175, der Reclamations=Commission abgegeben worden. — Namens derselben erstattete der Grßhzgl. Mecklenburgische Gesandte in Soss. XIV. S. 164. S. 297. Vortrag, in welchem er besonders auf diese Reclamation erwähnt:

"Reclamant behaupte in einer späteren Eingabe, daß nach der Bestimmung im Art. 8. des Euneviller Friedens die zu den Verwaltungskosten zu rechnenden Gehaltsrückstände der Kurtrierischen Diener bis zum 1. Dezbr. 1802 zur Belast bes linken Rheinufers mit diesem antheilig an Frankreich, als Mitsuccessor im Kurstaate, gefallen sepen; da Frankreich die Verpflichtung nicht erfüllt habe, so sen diese auf die jetigen Besitzer Kurtrierischer Gebietstheile auf beiden Rheinseiten übergezogen. Art. 30. des Friedens vom 30. Mai 1814 bestimme: daß die auf den abgetretenen Landestheilen haftenden Verwaltungskosten zum Belast derselben verbleiben sollten."

"Die Krone Preußen habe also die Gehaltsrückstände der Diener als Administrationskosten mit den linksrheinischen Gebietstheilen übernommen, gleichviel, ob die Domanen = ober Landessteuer = Rasse bafür verhaftet sey. — Die Separatconvention zwischen Frankreich und Preußen v. 20. Octbr. 1815 bestätige im Art. 6. nur die Bestimmungen des Pariser Friedens."

<sup>\*)</sup> S. Räheres hierüber, so wie bie nachfolgenben Berhandlungen oben S. 90 bei ber Reclamation bes Danzi.

"Nach dem austrägalgerichtlichen Erkenntniß sen zwischen beiden Regierungen über die Frage verhandelt, und darüber nach den aufgestellten Grundsätzen entschieden worden. —

"Es sen hiernach nicht nothig gewesen, die Forderung gegen Frankreich zu liquidiren, da der Kurstaat Trier dafür ursprünglich hafte,
worin Preußen und Nassau antheiligt succedirt wären, welche, in Folge
des Erkenntnisses, die auf die Domänenkasse haftenden Gehaltsrückstände in den angegebenen Verhältnissen zu übernehmen hätten." —

In dem daselbst S. 298. (Siehe oben S. 90. Danzi.) erstatteten Gutachten sind die Gründe entwickelt, welche die Commission zur Stellung eines Antrages bewogen, der auch späterhin zum Beschluß erhoben ward; da ebendaselbst S. 302. die Königl. Preußische Gesandtschaft nochmals ihren Antrag auf Abweisung erneuert zu begründen sucht, worauf auf Präsidialantrag beschlossen wurde:

"über den Commissionsantrag binnen vier Wochen Instruction einzuholen."

Die Abstimmungen 1) erfolgten: von Preußen Soss. XVI. §. 176. S. 323; von Königreich Sachsen Soss. XVIII. §. 196. S. 361; von Grßhrzgthm. und Hrzgthm. Sachsen Soss. XIX. §. 201. S. 370; von Grßhrzgthm. Hessen und Mecklenburg Soss. XX. §. 221. S. 410; von Hannover, Niederlande, wegen Luremburg, und der 15ten Stimme Soss. XXI. §. 235. S. 486; von Desterreich, Bayern, Baden, Dânemark, wegen Holstein und Lauenburg, der 13ten, 16ten und 17ten Stimme Soss. XXII. §. 244. S. 492. — Ebendaselbst erklärte der Königl. Würtembergische Gesandte, den Beschluß nicht aushalten zu wollen, während der Kurhessische Gesandte äußerte, ohne Instruction zu seyn. — Da nun die Stimmenmehrheit sich für den Commissionse antrag ausgesprochen hatte, wurde S. 492. beschlossen:

1) Es sey dem vormaligen Kurtrierischen Rath von Wallmenich zu Schwabmunchen — — auf seine Eingaben zu eröffnen, daß weder den Gesuchen wegen Vollziehung des am 8. Juni 1838 vom Königl. Hannöverischen Ob.=Upp.=Gericht zu Celle in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit publicirten austrägalgerichtlichen Erkenntnisses, noch den auf Einleitung eines Versschrens nach Urt. 30. der W. Schl. A. gerichten Unträgen Folge gegeben werden könne. — Dagegen bleibe es ihnen überlassen, ihre aus der Zeit vor dem 1. Dec. 1802 herrührenden Forderun-

<sup>\*)</sup> Siehe hierüber Ausführlicheres oben bei Danzi. S. 90.

## 130 Abth. II. Abschn. 3, S. XI. — A. Erlogte Fälle.

gen, falls sie sich damit durchzukommen getrauten, zu zwei Drittel bei den Königl. Preußischen und zu einem Drittel bei den Hrzgl. Nassauischen Behörden — insoweit sie aus späterer Zeit herrührten, aber ganz bei letzteren — zu verfolgen; ferener ser

2) ber allerhöchsten Königl. Preußischen und ber Hrzgl. Nassauischen Regierung hiervon Nachricht zu geben. —

## 11. F. W. Gouverné, geb. Freiin von Esch.

In Jahre 1840, Soss. IV. Prot. S. 68. S. 103. hielt ber Grßhrzgl. Mecklenburgische Gesandte, Namens der Reclamations=Commission einen Vortrag über eine unter Nr. 1. (Eingab. Prot.) einge-laufene Eingabe der Ehefrau des F. W. Gouverné, geb. Freiin von Esch zu Montabaur. —

"Ihr verstorbener Vater, Freiherr von Esch, sen Kurtrierischer Kämmerer, Weiherdirector und Oberamtmann gewesen, und habe jährzlich als Kämmerer 400 Gulden und 3 Klaster Holz, als Weiherdirector 400 Gulden und als Oberamtmann 18 Malter Korn, 25 Malter Hofer, 2 Fuder Wein mit Faß, aus 12 Ortschaften 600 Eier, von zehn der Zeit im Amte wohnenden Judensamilien 30 Gulden, — 120 Stück Zungen von ebensoviel durch Juden geschlachtet werdendem Vieh, — von den im Jahr durchschnittlich in das Amt einziehenden Personen 4 Gulden, — und an Strafgeldern durchschnittlich 9 Gulden — bezogen." —

"Die beiden ersten Forderungen aus dem Zeitraume von 1794 bis Ende November 1802 wären von Nassau anerkannt, die Rückzah-lungen in Anrechnung gebracht, der Rest auf 3909 Gulden 23½ Kzr. sestgestellt und im Mai 1821 darauf ein Siebentel des Ganzen mit 558 Gulden 24 Kreuzer bezahlt, der Oberamtmannsgehalt aber nicht berücksichtigt worden. — Auf die wegen des letztern von dem Vater der Erblasserin i. I. 1826 erhobene Klage, sen er durch ein Urtheil vom 13. März 1827 aus dem Grunde abgewiesen worden, weil er den ihm auserlegten Beweis des Grundes seiner Klage nicht geführt habe."

"Auf eine von der Reclamantin selbst im September 1839 bei dem Hrzgl. Nassauischen Staats-Ministerium übergebene Vorstellung sen im Oktober v. I. die Untwort erfolgt: daß Nassau nur ein Drittel der Gehaltsrückstände als Kämmerer und Weiherdirector zu zahlen schuldig sen, nach zugelegter Berechnung aber schon mehr bezahlt habe;

wegen der Gehaltstückstände als Oberamtmann aber sich auf die erfolgte richterliche Entscheidung beziehen musse." —

"Reclamantin habe im December v. I. weiter vorgestellt: daß, nach erfolgtem Unerkenntniß der Forderung, jetzt keine neue Berechnung aufgestellt worden konne, auch die richterliche Entscheidung unpraejudicirlich ware, indem das austrägalgerichtliche Erkenntniß des Db.=App.=Gerichts zu Celle vom 8. Juni 1838 Nassau und Preußen nicht wegen einiger einzeln Benannter auf sie gekommenen Bermögensobjekte, sondern wegen der erhaltenen Landestheile zc. im Allgemeinen zur Bezahlung der fraglichen Kurtrierischen Schulden verurtheilt hattez auch hierauf sen eine kurze abschlägige Resolution erfolgt. Von der Königl. Preußischen Regierung zu Koblenz wäre Reclamantin mit ben wegen ihrer Forderung gemachten Anträgen gleichfalls abschlägig beschieden worden. Es sen also weder Nassau noch Preußen gesonnen, Zahlung zu leisten; nach dem Reichsdeputations-Hauptschlusse hätten die Kurtrierischen Diener, die nicht wieder angestellt wären, ihren vollen Gehalt als Pension zu beziehen, welchen Reclamantin Bater nur auf den Kämmerer = und Weiherdirector = Gehalt theilweise erhalten habe, bagegen stehe der ganze Oberamtmannsgehalt von 1794 bis 1832 zurück." —

"Die Bitte gehe bahin: Hohe B. B. wolle

- 1) auf den Kämmerer= und Weiherdirector=Gehalt, wie solcher anerkannt und festgestellt sen, also auf 3350 Gulden  $54\frac{1}{2}$  Kreuzer, und
- 2) auf den Oberamtmannsgehalt von Ende 1794 bis 3. März 1832, nach den obenbemerkten einzelnen Ansätzen, die Erekution erkennen, respektive auf ein Viertel, als die der Reclamantin gebührende Rate."

Mit Uebergehung des Legitimationspunktes spricht sich Referent im Gutachten dahin aus:

"Die Competenz der B. V. sen, in Grundlage des Art. XV. der B. A., welcher die Bestimmungen des Reichsdeputations-Hauptschlusses v. I. 1803 in Betreff des Schuldenwesens und sestgesetzer Pensionen an geist- und weltliche Individuen garantirt, und mit Rücksicht auf die Bestimmung des Art. XXX. der W. Schl. A., im Allgemeinen nicht zu hezweiseln." —

"Nach den von der Reclamantin beigebrachten Refolutionen Königl. Preußischer und Hrzgl. Rassauischer Behörden werde das von dem Königl. Hannöverischen Ob.=App.=Gerichte zu Celle gesprochene Austrägal=Erkenntniß hier nicht anwendlich erklärt, da die Frage wegen Uebernahme der Gehaltsansprüche vormaliger Kurtrierischer Diener zwischen beiden Regierungen nicht streitig, noch in Verhandlung begrifsen gewesen sen; auch gehörte Reclamantin Erblasser nicht zu denjenigen Trierischen Gläubigern, welche sich früher an die B. B. gewandt und die Einleitung des Austrägalversahrens veranlaßt haben." —

"Die Krone Preußen habe bekanntlich jebe Verpflichtung wegen ber erhaltenen links-rheinischen Theile des Kurstaats Trier, die Ansprüche vormaliger Hof- oder Cameraldiener theilweise zu befriedigen, nicht wegen einer Verpflichtung Nassauß dazu, sondern aus dem Grunde in Abrede genommen, weil Frankreich dergleichen Forderungen nicht, sondern nur die mit sormlicher Bewilligung der Landstände contrahirten Anlehen anerkannt habe, und weil Preußen bei Erwerdung der links-rheinischen Landestheile keine von Frankreich nicht anerkannten Forderungen übernommen habe. — In Bezug auf die am rechten Rheinusser gelegenen Landestheile von Kurtrier eristire von Preußen noch weniger eine Verbindlichkeit, da das Hrzgl. Nassaussche Gouvernement durch den Staatsvertrag vom December 1816 allgemein verheißen habe, sich mit den ehemaligen Kurtrierischen Dienern z. wegen ihrer Besoldungs- und Pensions-Kückstände, ohne Concurrenz von Preußen, außeinander zu segen."

"Was nun die Verpflichtung des Hrzgl. Nassausschen Gouvernements anlange, so seinen die Gehaltsrückstände des verstorbenen Freisberrn von Esch als vormaligen Kurtrierischen Kämmeres und Weihersdirectors zu ein Siebentel anerkannt und bezahlt, auch dargethan, daß, selbst unter Zugrundlegung des Concurrenzverhältnisses von ein Oritetel für die rechte Rheinseite — nach der Bestimmung des inmittelst publicirten Austrägal-Erkenntnisses — die Forderungen nicht begründet wären, indem nicht blos ein Orittel, sondern das Ganze derselben, theils daar, theils durch Gegenrechnungen getilgt wäre. — Die Forderung als vormaliger Oberamtmann werde von Rassauganz bestritten, auch sen Reclamantin Bater damit, sowie mit der ein Siedentel der weitern Ansprüche übersteigenden, durch Erkenntniß des Hrzgl. Rassausschen Hosgerichts zu Dillenburg vom 13. März 1827 abgewiesen worden." —

Es könne hiernach keinen Zweifel leiden, daß die Bestimmungen des Urt. XXX. der W. Schl. A. nach Lage der Sache hier ebensowenig anwendbar sen, als in den beiden ähnlichen Angelegenheiten (Pensions-

ansprüche des Grafen von Leiningen-Neudenau und des Obersten Seit). — — — Es sen aber auch der Rechtsweg nicht versperrt gewesen, vielmehr derselbe von der Reclamantin Erblasser bei den Hrzgl. Nassausschen Gerichten betreten worden; da er indessen bei denselben mit seinen Ansprüchen rechtskräftig abgewiesen sen, so könne hier nicht, wie dei andern Reclamationen, eine ausdrückliche Verweissung an die Hrzgl. Nassausschen Gerichte erfolgen." — —

"Bei diesem, aus dem eigenen Vortrage der Reclamantin und dessen Anlagen hervorgehenden Sachverhältniß, halte die Commission es für unnöthig, ihren Antrag auf Abgabe einer Erklärung von Seiten der höchsten Regierungen von Preußen und Nassau zu richten."—

Hierauf wurde ebendaselbst S. 105. auf Commissions=Untrag beschlossen:

"die Reclamantin zu bescheiben, daß ihrem Gesnche nicht statt gegeben werden könne."

Im Jahre 1842 bat Reclamantin (Nr. 28. der Eingaben) um 1842. Abschrift des zwischen dem Herrn Fürsten von Nassau-Weildurg und dem Bevollmächtigten der Kurtrierischen Hof- und Staatsdienerschaft wegen Gehaltsrückstände abgeschlossenen und am 2. Juli 1804 von der Kaiserlichen Reichs-Subdelegations-Commission bestätigten Vergleichs, worauf nach Antrag des Referenten der Reclamations-Commission Sess. XVIII. §. 214. S. 334. beschlossen wurde:

"der Reclamantin durch die Bundescanzlei-Direction bekannt geben zu lassen, daß sich das von ihr zur Einsicht erbetene Actenstück in der Bundesregistratur nicht vorsinde."

# 12. Maria Anna Brion, geb. Bollmar.

Im Jahre 1840 erstattete weiterhin der Grßhrzgl. Mecklenburgi- 1840, sche Gesandte, Namens der Reclamations-Commission, Sess. XII. Prot. S. 170. S. 302. u. sigde., Vortrag über eine Eingabe (Nr. 22. des Eingabe-Protokolls) der Ehefrau des Kurtrierischen Mundkochs I. Brion, geb. Vollmar, zu Augsburg, — verdis:

"(S. 1.) Der Wittwe des Kurtrierischen Rheinzoll-Nachschreibers, V. S. Bollmar zu Boppard, sen durch Patent des letzten Kurfürsten zu Trier, vom 19. Mai 1786, eine Jahrespension von einhundert Reichsthalern Trierisch verwilligt und der Hoffammer zur Jahlung angewiesen worden; diese sen nur dis zum 1. Jannuar 1795 erfolgt, und seit Eroberung des linken Rheinusers durch die französischen Heere

unterbrochen worden. — Frankreich habe weder Gehalt noch Pension bezahlt, und als der größte Theil des Kurstaates Trier in Folge des Pariser Friedens von 1814 an die Krone Preußen gekommen wäre, habe die Wittwe Vollmar sich an selbige gewandt, um für die Vergangenheit und Zukunft Zahlung zu erhalten; für die Zukunft, v. 1. Jan. 1817 an, sen eine Anweisung zur Zahlung ertheilt, der Rückstand von jährlich 100 Reichthalern Trierisch oder 150 Gulden, vom 1. Januar 1795 bis dahin 1817, betrage 3,300 Gulden." —

"(§. 2.) Nach dem Ableben der Pensionsberechtigten habe deren Tochter und alleinige Intestaterbin — die Reclamantin — am 3. Oft. 1839 bei der Königl. Regierung in Coblenz, auf den Grund des vom Ob.-App.-Gericht zu Celle gesprochenen austrägalgerichtlichen Erkenntnisse, gebeten, den liquiden Pensionsrückstand ratirlich zu gewähren, sep jedoch unterm 28. Nov. v. J. abschlägig beschieden worden." —

## "(§. 3.) Es sen gesagt:

daß die Bezahlung der Pensionsrucklande Kurtrierischer Diener zwischen der Krone Preußen und dem Hrzgthm. Massau nie streitig gewesen, und daß bei dem Ob.=App.=Gerichte zu Celle barüber nicht gehandelt worden ware; die Kurtrierischen Rammer- und Landes-Schulden, worüber bas Gericht entschieden habe, sewen überall in Bahlen angeben, und die Entscheidung nur auf diese, nicht auf Pensionsruckstande zu beziehen; da die Wittwe Wollmar Coblenz i. J. 1794 nicht verlassen, so habe ihr Gesuch um Fortgewährung ber Pension, welches bei ber Fürstl. Weilburgischen Regierung angebracht worden, durch die Reichs=Subdelegations=Commission, in Folge der SS. 70. 74. u. 75. des Reichsbeputations = Hauptschlusses, keine Berucksichtigung finden können, und endlich habe die Krone Preußen, nach Maßgabe des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 und der mit Frankreich am 20. Nov. 1815 abgeschlossenen Convention, keine Verbindlichkeit, bergleichen Penfionsruckstände zu berichtigen, sondern nur die zu zahlen, welche von Frankreich anerkannt, inscribirt und überwiesen wären." —

,,(§. 4.) Diese Gründe widerlegten sich durch die Betrachtung, daß das Ob.=App.=Gericht zu Celle von hoher B. B. als Austrägal-Instanz bestellt sen, um über die antheilige Uebernahme aller Kurtrierischen Kammer= und Landes=Schulden zwischen den Regierungen von Preußen und Nassau, als Successoren in dem bestandenen Kurstaat Arier, auf den Grund des Art. XXX. der W. Schl. A. zu erkennen. — Dergleichen Austräge könnten von den betreffenden Regierungen und auch von den betheiligten Staatsgläubigern beantragt werden." —

"(§. 5.) Das Ansträgal=Erkenntniß vom 8. Juni 1838 erkenne unter andern zu Recht:

daß Preußen und Nassau, als alleinige Successoren in dem Kurstaate Trier, alle Landes= und Kammer=Schulden zu verstreten hätten; —

daß unter dem Ausdruck in den Artikeln 4. und 10. des Friedens von Campo=Formio: "dettes hypothéquées sur le sol des pays cédés" keine Hypothekarschuld im Sinne des Civilerechts, sondern eine den ganzen Kurstaat Trier afficirende Schuld zu verstehen sen;

die Kammerschulden würden zu zwei Drittel auf das linke und zu ein Drittel auf das rechte Rheinuser verwiesen, von welchem letztern Preußen 30 und Nassau 70 Procent vom Hundert zu tragen habe; —

die verbrieften Landesschulden würden auf den Grund der Steuermatrikel v. J. 1811, je nachdem sie von den geistlichen oder weltlichen Ständen des Niedern Erzstists Trier aufgemacht wären, zwischen Preußen und Nassau in einem Procentensatz vertheilt; —

alle Gehalts = und Pensions = Rückstände Kurfürstl. und landschaftlicher Diener würden zu den auf den Domänen und steuerbaren Gütern haftenden Verwaltungskosten gezählt, welche nach dem angegebenen Verhältniß zu vertheilen und zu verstreten wären, und zwar nach Vorschrift des Friedens von Compo-Formio, des von Lüneville und des ersten Pariser Friedens."—

"(S. 6.) Es seyen also alle Kurtrierischen Landes- und Kammerschulden, bezüglich auf deren antheilige Uebernahme, zwischen beiden Regierungen streitig gewesen und darüber eine Entscheidung erfolgt.— Rur die in Capitalbriesen ausgesertigten Forderungen wären in Zahlen ausgedrückt gewesen, nicht die andern Kammer- und Landesschulden, von denen es sich gehandelt habe. — Durch das Urtheil sey ermittelt, in welchem Verhältniß diese Schulden zu vertreten wären; der Reclamantin Mutter sey die Wittwe eines aus der Domänencasse besoldeten Dieners gewesen, und die Pension eine "dotte hypothequée sur le sol des pays cédés," welche die Domanen afficire, und die zu zwei Drittel für das linke und zu ein Drittel für das rechte Rheinufer zwisschen beiden Regierungen zu vertheilen sen; — die Liquidität der Forsberung von 3,300 Gulden an sich habe Preußen ausdrücklich anerskannt." —

"(S. 7.) Das mehrgebachte Erkenntniß mache zwischen Gehaltsund Pensionsrückständen der Staatsdiener, welche bei Eroberung des linken Rheinusers 1794 das Land verlassen oder dort verblieben wären, keinen Unterschied; durch die von der Wittwe Vollmar i. I. 1803 bei der Nassau=Weilburgischen Regierungs=Commission, in Folge einer von derselben erlassenen Edictalladung, geschehene Anmeldung ihrer Rechte, sen mehr geschehen, als gesetzlich nothwendig gewesen wäre, da Administrativbehörden keine Edictalladungen erlassen, noch Präclusionen mit Nechtsessect aussprechen könnten."—

"Der Reichsbeputations = Hauptschluß bestimme nicht, daß Pensionnisten geistlicher Reichsstände, deren Lande auf beiden Rheinseiten beziegen, nur dann, wenn sie nach Abschluß des Lüneviller Friedens auf die rechtsrheinischen Landen gezogen wären, von dem neuen Landesherrn Pension erhalten sollten; auch sey nicht nachzuweisen, daß der Anspruch der Wittwe Vollmar bei der Kaiserlichen Reichssubdelegations = Consmission keine Würdigung gefunden habe." —

- "(S. 8.) Alle diese Einreden seyen auch verspätet; die Wittwe Vollmar sey nicht die einzige Trierische Pensionistin, vielmehr gebe es viele derselben, weßhalb die Einrede in dem Rechtsstreite zwischen beisden Regierungen vorzubringen gewesen wäre. Auch könne zur Entlastung der Krone Preußen von aller Verbindlichkeit auf den Pariser Vrieden vom 30. Mai 1814 und auf die Convention vom 20. Novbr. 1815 kein Bezug genommen werden." —
- "(S. 9.) Ueber die Art der Abtheilung der Trierischen Landessund Kammerschulden sey res judicata vorhanden, weßhalb früher zusständig gewesene Einreden jest im Erecutionstermine nicht mehr vorgebracht werden könnten. Im Art. 21. des Pariser Friedens habe der Richter nur eine Bestätigung der Art. 4. und 10. des Friedens von Campo-Formio und des Artikels des von Lüneville gefunden, indem Preußen auf das ihm abgetretene Land alle vor und nach dem letzteren Frieden darauf haftenden Schulden zc. als dettes hypothéquées sur leur sol übernommen habe. Wenn in der Convention zwischen der Krone Preußen und Frankreich vom 20. Nov. 1815 dem Letztern die Bahlung aller Gehalte und Pensionen erlassen wäre, so stehe dies mit

bem Pariser Frieden im Widerspruch, und könne die Rechte der Trierischen Staatsdiener nicht benachtheiligen."—

(§. 10) "Da das Austrägalerkenntniß schon vor zwei Jahren publicirt wäre, ohne daß solches von den betreffenden Regierungen vollzogen würde, da jedoch die Art. 30 — 34 der W. Schl. A. die Erecutionsweise für die durch die Austräge gefällten Urtheile vorschrieben, so bäte Reclamantin schließlich:

Hohe B. B. wolle geruhen, auf den Grund der Art. AXXI., XXXII., XXXIII. und XXXIV. der W. Schl. A., die Erecution des Urtheils des Königl. Hannövrischen D.= App.= Gerichts, d. d. Celle den 8. Juni 1838, bezüglich auf die fraglichen vom 1. Januar 1795 bis 1. Januar 1817, mithin für 22 Jahre, mit dreitausend dreihundert Gulden im 24 guldenfuß bestehenden liquiden Pensionsrücktände mit Verzugszinsen zu fünf vom Hundert, von dem Ablauf jedes einzelnen verfallenen Jahres an, gegen die allerhöchsten und höchsten Regierungen von Preußen und Nassau, nach der im besagten Urtheil für die Trierischen Domänenschulden erkannten ratirlichen Uebernahme, und zwar für die Krone Preußen mit 3/3 wegen des linken Rheinzusers, und mit 30% für das letzte auf das rechte Rheinuser sallende Drittel, und von diesem endlich mit 70% für das Hrzgthm. Nassau zu erkennen."

# Dieser Eingabe waren Anlagen beigelegt:

- 1) das eine Pension von jährlich 100 Rchsthlr. bewilligende Decret des letzten Herrn Kurfürsten von Trier vom 19. Mai 1786;
- 2) die den Fortgenuß der Pension vom 1. Januar 1817 an bewilligende Verfügung der Königl. Preußischen Regulirungscommission vom 2. August 1817;
- 3) das die Nachzahlung der Rückstände vom Jahre 1795 bis zum Jahr 1817 verweigernde und diese Verfügung aussührlich motivirende Decret der Königl. Regierung zu Coblenz vom 28. Novbr. 1839;
- 4) Vollmacht für Abvocat=Anwalt Bachov von Echt. —

Der Vortrag bes Referenten ber Reclamationscommission erstreckt sich (Prot. S. 304.) über eine andere Eingabe (No. 28 das Eingabenverzeichnisses), worin die Reclamantin ferner angeführt, verbis. —

(S. 11.) "In dem Rescript der Königl. Regierung zu Coblenz

vom 28. Novbr. 1839 sen gesagt: daß für die Krone Prensen nach dem Pariser Frieden von 1814 und der Convention vom 20. Rovbr. 1815 keine Werbindlichkeit zur Bezahlung dergleichen Pensionsrückständen bestehe, indem nur diesenigen zu zahlen übernommen seyen, welche von Frankreich anerkannt, inscribirt und überwiesen wären."

"Bei Vergleichung bes Art. 21 bes Friedens von 1814 mit den Art. 6, 7 und 9 jener Convention ergebe sich, daß alle Schulden, die ursprünglich auf Provinzen gehaftet, die nicht mehr zu Frankreich gehörten, oder die für deren innere Verwaltung contrahirt worden, zum Belast der abgetretenen Lande verbleiben sollten, weshalb denn auch folgerecht die auf dem großen Buch in Frankreich inscribirten Schulden demselben gut geschrieben worden, und die Titel über nicht inscribirte Forderungen an die betreffenden Gouvernements zur Liquidation und Bahlung abzuliesern gewesen wären."

"Die von Frankreich zur Liquidation und Zahlung nicht übernommenen Gehalts und Pensions Rückstände Trierischer Staatsdiener sepen als "dettes contractées pour l'administration interieure" zur Last der abgetretenen Lande verblieben, worauf sie, nach Art. 4 und 10 des Friedens von Campo Formio und des Art. 8 des Friedens von Lüneville gehaftet hätten."—

- (§. 12) "Art. 6 ber Convention vom 20 Novbr. 1815 bestätige ben Art. 21 des Pariser Friedens von 1814, und die Art. 6, 7 und 9 beschäftigten sich mit dessen Aussührung; nirgends habe Preußen Frankereich die Gehaltsrückstände als Verwaltungskosten erlassen, vielmehr selbige ausdrücklich übernommen und Frankreich von dem Ersat losgezählt. Die Trierischen Staatsdiener hätten ihrer dem Boden ansklebenden Gehaltsrückstände wegen durch die, den Frieden abgeschlossen habenden Regierungen ihres Rechts nicht verlustig erklärt werden können."
- (§. 13.) "Ganz in diesem Sinne habe das Austrägalerkenntniß bes Königl. Hannövrischen D.= App.= Ger. zu Celle, pag. 190 sqq. entschieden, und die Krone Preußen und das Hrzthm. Nassau, mit Verwerfung der oben bemerkten, von ersterer vorgeschützten Sinrede, in die Bezahlung der Gehaltsrückstände der Trierischen Diener als Abminiskrationskosten antheilig für beide Ufer verurtheilt."

In dem über diese Reclamation (Prot. S. 305.) erstatteten Commissionsgutachten ist ausgesprochen, daß nach der Sachlage die Begitimation wohl als begründet anzusehen sen. — Die Bittstellerin habe bescheinigt, daß, bevor sie sich an die B. B. gewendet, ihre Ansprüche bei den Königl. Preußischen Behörden angebracht senen; bei denen des Hrzgthms Nassau sen dies anscheinend nicht geschehen; wenn nun gleich die Commission der Ansicht sen, daß in der Regel strenge darauf zu halten, daß die Borstellungen einzelner Individuen bei der B. B. nur dann zu beachten senen, wenn sie mit ihren Ansprüchen, welche den Gegenstand der Reclamation bilden, bei den betressenden Regierungen enthört worden, so trete hier dennoch der besondere Fall ein, daß auß anderen ähnlichen, auf daß Kurtrierische Schuldenwesen Bezug habenden Reclamationen, worüber die Commission Vorträge erstattet habe, die Anssicht der Hrzgl. Nassausschen Regierung bereits bekannt geworden, und folglich anzunehmen sen, daß selbige auch hier die nämliche senn werde.

Die Commission sen sonach der Ansicht, daß die bemerkten Anstånde sie nicht abhalten dürften, hoher B. B. über die Sache selbst Vortrag zu erstatten.

Der Antrag sen, wie der des ehemaligen Kurtrierischen Raths A. F. von Wallmenich, auf Vollziehung des austrägalgerichtlichen Erkenntnisses vom 8. Juni 1838 gerichtet; es gelte jedoch dieserhalb auch hier das früher Gesagte, daß nämlich die Vorstellung nicht der Vollziehungs=, sondern der Reclamations=Commission zugewiesen sen, daß Reclamantin nicht zu denjenigen Gläubigern gehöre, welche durch ihre Anträge bei hoher B. V. das Austrägalerkenntniß herbeigeführt haben, und daß deßhalb auf das angebrachte Gesuch nicht einzugehen sen.

In der jetzt vorliegenden Sache sen aber nicht, wie in der früheren, der Antrag eventualiter auf Einleitung eines Versahrens nach Art. XXX. der W. Schl. A. gerichtet worden; die Vorstellung scheine sich also auch in dieser Hinsicht, in der Art, wie der Antrag gemacht sen, nur zur Abweisung zu eignen.

Weil jedoch der Reclamantin Mutter unstreitig zu den Gläubigern des aufgelösten Kurstaats Trier gehört habe, mithin bei verändertem Antrage auf die Sache einzugehen seyn würde, — weil serner, aus Veranlassung jener andern Reclamation, die Frage wegen Befriedigung und Uebernahme der Gehalts- und Pensionsrückstände des ehemaligen Kursstaats Trier bei hoher B. B. einmal in Verhandlung begriffen sey, und weil endlich die Königl. Preußische Gesandtschaft (Sess. VIII. §. 120. d. Prot.), bei Veranlassung einer gleichfalls auf das Kurtrierische Schuldenwesen Bezug habenden Sache, es deren allerhöchsten Regierung

im Allgemeinen vorbehalten habe, die bei Forderungen dieser Gattung in Betracht kommenden besonderen Verhältnisse nochmals zu beleuchten; so bezweisle die Reclamations-Commission die Geneigtheit beider höchsten Regierungen von Preußen und Nassau, sich in der Erklärung, um deren Abgabe beide durch Beschluß der siebenten Sitzung ersucht seven, auch über die vorliegende Sache zu verbreiten, nicht.

In Folge dieses Gutachtens wurde dem Antrage gemäß (Prot. S. 306.) beschlossen:

"die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau seyen zu erfuchen, sich über den Inhalt beider Vorstellungen zu erklären."

Dieser Aufforderung entsprachen beide Regierungen, indem sie i. Z. 1841. 1841, in Sess. VII. §. 99. S. 153. und 170. Erklärungen\*) abgaben, im welchem sie in aussührlicher Weise den Ungrund dieser Forderungen darzuthun strebten. Dieselben wurden ebendaselbst S. 175. der Reclamations-Commission abgegeben, Namens welcher der Gröhrzgl. Mecklenburgische Gesandte in Sess. XIV. §. 164. S. 297 Vortrag und Gutachten erstattete, indem er die Gründe aussührlich entwickelt, welche die Commission zur Stellung eines Antrages vermochten, der später auch zum Beschluß erhoben wurde. Auf den ebendaselbst S. 302. erneuerten Antrag der Königl. Preußischen Gesandtschaft auf Abweisung wurde auf Präsidialantrag beschlossen:

"über den Commisssonsantrag binnen vier Wochen Instruktionen einzuholen."

Die Abstimmungen erfolgten:

von Preußen Sess. XVI. §. 176. S. 323; von Königr. Sachsen Sess. XVIII. §. 196. S. 361; von Grßhrzthm. und Hrzgth. Sachsen Sess. XIX. §. 201. S. 370; von Grßhrzthm. Hessen und Medlenburg Sess. XX. §. 221. S. 410; von Hannover, Niederlande wegen Luremburg und der 15ten Stimme Sess. XXI. §. 253. S. 486; von Desterreich, Bayern, Baden, Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, der 13ten, 16ten und 17ten Stimme Sess. XXII. §. 244. S. 492. Sbendaselbst erklärte der Königl. Würtembergische Gesandte, den Beschluß nicht aushalten zu wollen, während der Kurhessische Gesandte äußerte, ohne Instruction zu seyn. Der Stimmenmehrheit zu Folge wurde nach dem früheren Commissions-Antrag beschlossen, S. 492:

<sup>\*)</sup> Siehe hierüber, so wie über die folgenden Verhandlungen Genaueres oben S. 90 bei der Reclamation des Danzi.

1841.

"Es sen der Chefrau des Kurtrierischen Mundkochs Brion, geb. Vollmar,— — zu Augsburg, auf ihre Eingaben zu eröffnen, daß weder den Gesuchen wegen Vollziehung des am 8. Juni 1838 vom Königl. Hannöverischen Ob.=App.=Gericht zu Celle in der Kurtrierischen Schuldangelegenheit publicirten austrägalgericht-lichen Erkenntnisses, noch den auf Einleitung eines Versahrens nach Art. 30. der W. Schl. A. gerichteten Anträgen Folge gegeben werden könne."

Dagegen bleibe es ihr überlassen, ihre aus der Zeit vor dem 1. Dezember 1802 herrührenden Forderungen, salls sie sich damit durchzukommen getraute, zu zwei Drittel bei den Königl. Preußischen und zu einem Drittel bei den Hrzgl. Nassauischen Behörden — in so weit sie aus späterer Zeit herrührten, aber ganz bei letzteren — zu verfolgen; ferner sey

der allerhöchsten Königl. Preußischen und der Hrzgl. Nassauischen Regierung hiervon Nachricht zu geben.

## 13. Linz zu Montabaur.

Ueber eine Eingabe Nr. 7. des Königl. Preußischen Landgerichts-Raths Linz zu Koblenz, des Fürstl. Wiedischen Regierungsraths Linz zu Neuwied und des Hrzgl. Nassauischen Stadtraths Linz zu Montabaur, wegen der Ansprüche deren verstorbener Mutter, der verwittweten Amtsverwalterin Linz, an die ehemalige Kurtrierische Civildiener-Wittwenkasse sür Pensionsrückstände vom 1. Januar 1803 bis 4. März 1822, erstattete der Grßhrzgl. Mecklenburgische Gesandte, Namens der Reclamations-Commission in Soss. VI. §. 95. S. 139. i. J. 1841 folgenden Vortrag.

"Für die Kurtrierischen Lande bestand eine Civildiener-Wittwenkasse, beren Statuten der Vorstellung beigefügt sind; jeder besoldete Staatsbiener war beizutreten verpslichtet; die Kasse ward aus deren Beiträgen, sowie aus den Zinsen des von dem Kurfürsten dazu ausgesetzten Kapitals gebildet, und sie stand unter Aussicht und Verwaltung des Staats. Zur Zeit der Auslösung des Kurstaats Trier sollen die der Ansstalt zugehörigen Kapitalien auf der rechten Rheinseite in dem Betrage von 22,700 Gulden und 9,800 Gulden zinsbar angelegt gewesen; und durch Verschulden des früheren Berechners der Anstalt die bedeutende Summe von 9000 Gulden verloren gegangen, auch bedeutende

Ausstände vorhanden gewesen seyn; die auf der Linken Rheinseite eristirenden Kapitalien sind nicht angegeben."

"Die Reclamanten machen, als angebliche Erben ihrer am 4. März 1822 zu Montabaur verstorbenen Mutter, an diese Wittwenkasse eine Pensionssorderung von 2, 083 Gulden 25 Kr. mit Verzugszinsen von den Versalterminen an; sie haben sich dieserhalb in einer abschriftlich beigefügten Vorstellung vom 18. März 1840, unter Bescheinigung der Ansprüche und unter Bezugnahme auf das austrägalgerichtliche Erstenntnis des Königl. Hannöverischen Ob.=App.=Ger. zu Celle vom 8. Juni 1838, an die Königl. Preußische Regierung zu Koblenz und an die Frzgl. Nassaussche Landesregierung gewandt, sind jedoch — nach zuvor stattgehabter Communication zwischen beiden Regierungen — burch Erlaß der Königl. Preußischen vom 10. Dezember v. I. abschlägig beschieden worden."

"Die Reclamanten nehmen nicht blos die Zinsen der Kapitalien, sondern, nach Erlöschung der Wittwenanstalt, auch die Kapitalien selbst für den Betrag ihrer Forderung zunächst in Anspruch, für den etwaigen Ausfall aber auch die jezigen Besizer Kurtrierischer Landestheile."

"Die beiden höchsten Gouvernements von Preußen und Nassau nehmen nach der den Reclamanten ertheilten Antwort, die Anwendlichkeit des oben erwähnten austrägalgerichtlichen Erkenntnisses auf den vorliegenden Fall in Abrede, erklären die Wittwenanstalt für ein Staatsinstitut, welches mit Auslösung des Kurstaats erloschen sen, so daß nach Erschöpfung sämmtlicher Fonds darüber hinaus eine Verpslichtung zur Pensionszahlung für keine Regierung bestehe, welche für Preußen wegen des linken Rheinusers ohnehin nach den obwaltenden Verhältnissen nie anerkannt sen."

"Zur Begründung der Reclamation wird angeführt, daß in dem Austrägalerkenntnisse zwar nicht speciell über die hier zur Frage stehende Schuld erkannt sey, wohl aber über die allgemeinen Grundsätze, nach welchen das Kurtrierische Schuldenwesen zu reguliren wäre; Reclamanten hätten also nicht mit Unrecht auf das Erkenntniß Bezug genommen. Bei der nach zuvoriger Verständigung beider Regierungen unter einander erfolgten völlig abschlägigen Resolution, trete indessen der Fall des Art. XXX. der Schl. A. ein, so daß ein neues Austrägalversahren anzuordnen wäre, falls es hoher B. B. nicht gelingen sollte, eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu erreichen."

"Die Wittwenanstalt sen eine auf Wechselseitigkeit basirte Anstalt gewesen, zu der der Reclamanten Eltern den obliegenden Verbindlichkeiten Genüge geleistet hatten, so daß das Recht aus den noch i. I. 1821 vorhanden gewesenen bedeutenden Mitteln befriedigt zu werden, nicht zweiselhaft sen."

"Wäre aber das Institut — wie behauptet werde — ein Staatsinstitut gewesen, so sep die Pension, als ein Bestandtheil des Gehalts,
auch aus Staatsmitteln zu berichtigen."

"In beiden Fällen entstehe die Frage, nach welchem Verhältniß ein jeder der Staaten zu contribuiren habe."

"Die Behauptung der Krone Preußen, daß für das linke Rheinuser gar keine Verpslichtung zur theilweisen Uebernahme eristire, sen durch das Austrägalerkenntniß widerlegt worden. — In Rücksicht der von den Reclamanten angesprochenen Verzugszinsen, sen das in dieser Hinsicht im Allgemeinen geltende privilogium fisoi hier nicht anwendlich, indem es sich von einer ursprünglichen Schuld des Civilwittweninstituts handele."

Die Schlußbitte geht bahin: "hohe B. B. wolle:

- 1) das Königl. Preußische und Hrzgl. Nassauische Gouvernement zur Zahlung der Summe von 2,083 Gulden 25 Kr. nebst Verzugszinsen vermögen, in dessen Entstehung aber
- 2) einen Austrägalgerichtshof behufs Entscheidung der oben bezeichneten Vorfrage ernennen.

In dem ebendaselbst erstatteten Gutachten ist Bezug auf den in der vierten Sitzung erstatteten Vortrag über das Kurtrierische Schuldenwesen genommen, auch glaube man annehmen zu dürfen, daß bei den zu erswartenden Erklärungen von Preußen und Rassau auch diese Sache, bei welcher indessen einige besondere Verhältnisse obwalten, sich näher entwickeln werden.

Auf Commissionsantrag wurde hierauf beschlossen:

"Die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau werden ersucht, ihre zu erwartenden Erklärungen in ähnlichem Betresse auch auf die vorliegende Reclamation zu erstrecken."

Ein besonderer Vorbehalt deßhalb geschah von Preußen in der solzgenden Soss. VII. §. 99. S. 170; — während die gemeinschaftliche Erstlärung selbst von Preußen und Nassau i. I. 1843 Soss. II. §. 35. 1843. S. 47. erfolgte. Es ist darin ausgesprochen, daß die fraglichen Anssprüche sich durch ihre besondere Beziehung auf die Verhältnisse der vormaligen Kurtrierischen Civildiener-Wittwenkasse, von den das Kurtrierische Schuldenwesen, im Allgemeinen berührenden Pensions- oder Gehalts-Rücklandsforderungen, welche bei der B. B. mehrsach zur

Sprache gekommen senen, unterscheiben. Man habe sich über den vorsliegenden Fall dahin verständigt, daß Preußen und Nassau die gesammte Vertretungsverbindlichkeit aller in Frage stehenden Linzischen Pensions-ansprüche, wie solche in der Vorstellung vom 19. Januar 1841 näher angegeben senen, vollstähdig auf ihre beiderseitigen rechtscheinischen, vormals Kurtrierischen Besitzungen, unter analoger Anwendung des in dem Kurtrierischen Schulden=Auseinandersetzung=Vertrage vom 10. Mai 1841, Artikel 45. angenommenen Theilnahmeverhältnisses von

162 Gulben 51 Kr. 2 1/8 Pfennige für Preußen, und von

95 Gulden 28 Kr. 3 1/9 Pfennige für Nassau,

jedoch ohne Präjudiz für künftige Fälle, gemeinschaftlich zu übernehmen hätten. Sie seinen bereit, eine jede innerhalb des Umfangs der von ihr übernommenen Vertretungsverbindlichkeit, den Reclamanten nicht allein in dem Verwaltungswege, sondern auch vor den Gerichten des Landes Gehör zu geben.

Verschieden von der Frage wegen der Vertretungsverdindlichkeit sey die Frage, ob und in wie weit die in Rede stehenden Forderungen auch an und für sich rechtlich begründet seyen? Auf eine Erörterung dieser zweiten Frage komme es hier jest nicht an. Die Prüfung der liquidirten Forderungen gehöre zu dem weitern Versahren vor den Landesdehörden und eventualiter würden die Gerichte zu entscheiden haben. Es blieben deßhalb diesenigen Einwendungen ausdrücklich vorbehalten, welche den beiden betheiligten Regierungen in der Sache selbst zur Entkräftung der erhobenen Ansprüche zuständen.

Die Reclamationscommission, an welche diese Erklärung abgegeben worden war, erstattete durch den Grßhrzgl. Mecklenburgischen Gesandten in Sess. III. §. 58. S. 95. Vortrag, daß durch die obige Erklärung der Zweck des Art. XXX. der W. Schl. A., auf welchen die Reclamanten sich bezogen hatten, erreicht sen, und die Sache — in soweit sie zur Competenz der B. B. gehören könnte, erledigt wäre; es erübrige mithin nur noch, die Reclamanten mit der abgegebenen Erklärung bekannt zu machen.

Auf Commissionsantrag wurde beschlossen:

"1) den Erben der verstorbenen Amtsverwalterin Linz auf deren Eingabe vom 19. Januar 1841 zu eröffnen:

baß die höchsten Regierungen von Preußen und Nassau ihre Forderung an Kapital und Zinsen nach dem Verhältnisse von 162 Gulden 51 Kr. 2 1/2 Pfennigen für Preußen und von 95 Gulden 28 Kr. 3 1/2 Pfennigen für Nassau, gemein-

schaftlich zu vertreten übernommen håtten, und daß es ihnen daher überlassen bleibe, ihre Ansprüche nach dem angegebenen Verhältnisse bei den Königl. Preußischen und Hrzgl. Raffauischen Behörden geltend zu machen, auch

2) der allerhöchsten Königl. Preußischen und der höchsten Hrzgl. Nassauischen Regierung hiervon Nachricht zu geben.

Diesenigen Reclamanten, deren in den Commissionsvorträgen nur im Allgemeinen und beiläusig Erwähnung geschehen und über welche nicht besondere Verhandlungen am Bundestage statt gefunden, sind hier nicht aufgeführt und eben so wenig diesenigen, welche in den letzteren Jahren nur um Beförderung baldiger Entscheidung des Austrägalgerichts nachgesucht haben.

## A. Urtheil.

(Deffentl. Prot. v. J. 1838. Sess. XVII. §. 201. S. 630 u. flgde. Band I. S. 378.)

"In Austrägalsachen des Herzogthums Nassau, Klägers, der Krone Preußen, Beklagten, wie auch der mitbetheiligten freien Stadt Frankfurt, wegen Auseinandersetzung des Kurtrierischen Schulden-wesens, erkennen Wir Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg zc., im Namen und Auftrage der hohen Deutschen Bundesversammlung für Recht:

Zuvörderst hat sich der Oberappellationsgerichts=Procurator, Rath Muller, durch eine von dem Senate der freien Stadt Frankfurt vollzogene ordnungsmäßige Procuraturvollmacht in proxima bei Strafe von 1 Thaler Cassenmunze ad acta zu legitimiren.

Was sodann die Hauptsache anlangt, so wird die freie Stadt Frankfurt von der Verpflichtung zur ratirlichen Uebernahme Kurtrierischer
Schulden und Lasten, insbesondere von der ratirlichen Uebernahme der
Sustentationskosten des vormaligen Kurtrierischen Domcapitels und
der vormaligen Kurtrierischen Dienerschaft, von wegen des sogenannten, in der freien Stadt Frankfurt belegenen Trierischen Hoses, ganzlich freigesprochen, und haben das Herzogthum Nassau und die Krone
Preußen die Kurtrierischen Landes- und Kammer-Schulden, so weit
solche überhaupt einen Gegenstand des vorliegenden Austrägalversahrens ausmachen, allein zu übernehmen.

So viel aber beren Bertheilung auf beibe streitenden Bundesftaaten, und zwar, einstweilen abgesehen von den besonderen Streitgegenständen,

I.

die allgemeine Frage betrifft, zu welcher Gattung der Kurtrierischen Schulben und in welchem Berhaltniß bie Krone Preußen und bas Herzogthum Nassau beizutragen verbunden sepen; so ist alles basjenige, was von Seiten des Beklagten rucksichtlich einer durch den Herzog von Wellington erfolgten schiederichterlichen Entscheidung vorgetragen worden ist, unerheblich befunden worden, und es sind, nach Maaßgabe der im Artikel 8. des Friedenstractats von Luneville vom 9. Februar 1801 enthaltenen Bestimmungen, gebachte Regierungen zu ben Kurtrierischen Landes- und Kammerschulden, ohne Unterschied, ob dieselben vor ober nach der im Jahr 1794 erfolgten Französischen Besetzung bes linksrheinischen Theils ber Trierischen gande entstanben senn mögen, beizutragen verpflichtet, und zwar, was die ersteren anlangt, sowohl zu den Schulden des ganzen Trierischen Kurstaats, als zu den besonderen Schulden des Trierischen Niedererzstifts, es mogen lettere das ganze Niedererzstift oder nur einen besonderen Stand desselben angehen; was aber die Kammerschulden betrifft, ohne Rucksicht auf beren hypothekarische ober nicht hypothekarische Eigenschaft, unb die Belegenheit der für dieselben etwa speciell verpfändeten Gegenstände.

Betreffend hiernächst das bei der Abtheilung der Kurtrierischen Schulden anzuwendende Theilungsverhältniß, und zwar

#### A

die Schuldenabtheilung zwischen beiden Rheinseiten, insbesondere

#### AA.

# ber ganbesschulden,

# so fallen

- 1) von den Schulden des ganzen Kurstaats Trier 57 vom Hunbert auf das Obererzstift, und 48 vom Hundert auf das Niedererzstift;
- 2) von Schulden, welche zwischen den beiden Ständen des Niederserzististes zu vertheilen sind, 23 vom Hundert auf den geistlichen und 77 vom Hundert auf den weltlichen Stand;
- 3) hat der geistliche Stand linker Rheinseite 73 vom Hundert,

und der geiftliche Stand rechter Rheinseite 27 vom Hundert, ingleichen

- 4) der weltliche Stand linker Rheinseite 56 vom Hundert, und der weltliche Stand rechter Rheinseite 44 vom Hundert beizutragen.
- 5) Von Schulden, welche auf dem ganzen Trierischen Kurstaate haften, fallen, der Vereinigung der Parteien zufolge, auf die ganze linke Rheinseite 82½, und auf die ganze rechte Rheinsseite 17½ vom Hundert, sowie
- 6) zu den, dem Riedererzstifte obliegenden Schulden das Nieder= erzstift linker Rheinseite 60, und das Niedererzstift rechter Seite 40 vom Hundert beizutragen hat.

Von den

### BB.

### Rammerschulden

fallen 3/3 auf die linke und 1/3 auf die rechte Rheinseite. Betreffend

### B.

die weitere Abtheilung der rechtsrheinischen Schuldenquote, so wie derjenigen Kurtrierischen Schulden, welche die rechte Rheinseite allein zu übernehmen hat, und zwar

### AA.

# der Landesschulden,

so fallen auf den geistlichen Stand 15½, und auf den weltlichen Stand 84½ vom Hundert, und es concurrirt

- . 1) zu dem Antheil des geistlichen Standes die Krone Preußen mit 53 und das Herzogthum Nassau mit 47 vom Hundert,
  - 2) zu dem Antheil des weltlichen Standes unbestrittenermaßen die Krone Preußen mit 23, das Herzogthum Nassau mit 76 1/2 vom Hundert. Wie nun in dieser Hinsicht unter beiden Theilen rücksichtlich des Repartitionsprincips annoch eine Differenz von 2/2 vom Hundert obwaltet, so hat klagender Anwalt, des beklagten Anwalts Gegenbeweis vorbehaltlich, binnen drei Monaten a publicato, als der dazu gesetzen peremtorischen Frist, rechtlicher Gebühr nach zu erweisen,

daß, nach Maaßgabe der Steuermatrikel vom Jahr 1811, die Krone Preußen zu den rechtsrheinischen Kurtrierischen

Schulden der rechtsrheinischen weltlichen Stände 23% vom Hundert beizutragen verpflichtet sen, und wird, in Entstehung dieses Beweises, die Beitragsquote des Herzogthums Nassau zu solchen Schulden zu 77 vom Hundert festgesetzt werden.

#### BB.

Die Abtheilung der rechtsrheinischen Kurtrierischen Kammer-schulden betreffend,

rucksichtlich welcher das Concurrenzverhältniß von dem klagenden Anwalte unter Widerspruch des beklagten Anwalts dahin angegeben worden ist, daß auf die Krone Preußen 30, und auf das Herzogthum Nassau 70 vom Hundert fallen; so hat beklagter Anwalt binnen drei Monaten a publicato dasjenige Repartitionsprincip bestimmt und nach Procenten anzugeden, welches derselbe dem von dem klagenden Anwalte angezeigten zu substituiren für angemessen erachtet, und zwar unter dem Präjudiz, daß widrigenfalls das Concurrenzverhältniß dergestalt gerichtlich sestgesetzt werden soll, wie dasselbe von dem klagenden Anwalte angegeden worden ist.

Was sobann

### II.

biejenigen einzelnen Kurtrierischen Schuldposten anlangt, welche ruckssichtlich der Abtheilung zwischen der Krone Preußen und dem Herzogethum Nassau einen besondern Gegenstand dieses Rechtstreits ausmachen, so wird, unter Verwerfung der von Seiten des beklagten Answalts vorgeschützten Einrede der Präclusion, so weit solche die von der Herzoglich Nassauischen Regierung noch nicht bezahlten oder übernommenen, und gleichwohl in Paris nicht angemeldeten Kurtrierischen Schulden betrifft, darüber in nachstehender Maaße entschieden:

#### A.

In Ansehung der Landesschulden — und zwar

1) des Mülhens'schen Anlehens, welches zum landschaftlichen Antheile im Betrage von 208,666 Thalern 36 Albus auf dem der Klagschrift beigefügten Generalverzeichnisse unter I, A, 1 als eine auf dem ganzen Kurstaate haftende verzinsliche Schuld vorkommt — so ist, einstweilen abgesehen von der späterhin durch die Herzoglich Nassauische Regierung veranstalteten Einlösung des größten Theils der ausgestellten Partialobligationen,

a) der bis zum Abschlusse des Friedenstractats von Lüneville realisirte Theil dieses Anlehens im Betrage von 264,000 Gulden eine Schuld des ganzen Niedererzstifts rechter und linker Rheinseite, und wird die Krone Preußen von der ihr angesonnenen Berbindlichkeit, für das Obererzstift eine Rate zu übernehmen, freigesprochen, es könnte und wollte denn der klagende Anwalt binnen drei Monaten sub poena desertionis, und vorbehaltlich des dem beklagten Anwalte zustehenden Gegenbeweises, rechtlicher Gebühr nach erweisen:

daß der gedachte Theil des Anlehens entweder ganz oder zum Theil zur Bestreitung solcher Ausgaben oder Lasten verwendet worden sen, welche nach der Kurtrierischen Landesverfassung von dem ganzen Kurstaate Trier hätten getragen werden mussen.

Derjenige Betrag, in Ansehung dessen von dem klagenden Anwalte dieser Beweis gesührt, und von dem beklagten Anwalte gegendeweislich nicht elidirt werden möchte, ist sodann dergestalt zu repartiren, daß davon die linke Rheinseite 82½ und die rechte 17½ vom Hundert zu übernehmen hat.

In so weit aber, als der dem klagenden Anwalte auferlegte Beweiß nicht geführt ober gegenbeweislich eliditt
werden möchte, mithin das Anlehen dem Niedererzstifte
allein zur Last bleiben würde, hat die linke Rheinseite 60
und die rechte 40 vom Hundert des Betrags zu übernehmen.

So viel aber

b) ben nach Abschluß bes Friedenstractats von Euneville realisirten Theil des Anlehens im Gesammtbetrage von 49,000
Gulden anlangt, so wird die bewilligte Prolongationsprämie von 25,000 Gulden, vorbehaltlich des Guthabens
von 7,500 Gulden an den rechtsrheinischen Kammersiscus,
so wie der zu 2,940 Gulden berechnete Verlust an dem
Nominalwerthe der ausgegebenen 49 Partialobligationen,
sur eine der rechten Rheinseite ohne Concurrenz der linken
obliegende Last erklärt. Wohingegen die mit 20,000 Gulden und 1,141 Gulden 40 Kreuzern in Anrechnung gebrachten Zinsen in derselben Maaße, wie je nach dem Re-

sultate des dem klagenden Anwalte auserlegten Beweises der Hauptstuhl sich als eine Schuld des ganzen Kurstaats Trier, oder als eine Schuld des Riedererzstifts darstellen und auf beide Rheinseiten zu repartiren senn wird, von der linken und rechten Rheinseite ratirlich zu übernehmen sind.

Da inzwischen der beklagte Anwalt über die Behauptung des klagenden Anwalts, daß der zweite Posten von 1,141 Gulden 40 Kreuzern zur Bezahlung von Zinsen verwendet sey, mit Stillschweigen hinausgegangen ist; so hat derselbe sich darüber in proxima sub poena consessi bestimmt zu erklären, und hat im Abläugnungsfalle der klagende Anwalt zuvörderst annoch den Beweis mit Vorbehalt des Gegendeweises zu sühren:

baß gedachte 1,141 Gulben 40 Kreuzer ober wie viel weniger zur Bezahlung von Zinsen bes Mülhens's schen Anlehens landständischen Theils verwendet wors ben senen.

### Betreffend

- 2) die in dem klägerischen Generalverzeichnisse unter II, A, 1 aufgeführte, noch nicht durchgehends liquide Position von 100,705 Thalern 52 Albus, welche als eine von Privatpersonen an den ganzen Kurstaat Trier von Lieserungen u. s. w. gemacht werdende unverzinsliche Forderung bezeichnet wird, so sind davon in Beziehung auf die Concurrenzverdindlickseit der linkscheinischen Trierischen Landestheile nur noch die Gehaltsrücklände landschaftlicher Angestellten und des activen Militärs als streitig zu betrachten, und sind beide, der theils nnerheblichen, theils nicht genügend substantiirten Einwendungen des beklagten Anwalts ungeachtet, zu 82½ vom Hundert von der linken, und zu 17½ vom Hundert von der rechten Rheinseite zu übernehmen. Anlangend
- die unter ber nämlichen Landesschulden=Classe sub num. 4. verzeichneten Forderungen der Hostammer und deren Localrecepturen, zu dem noch illiquiden Betrage von 60,529 Thalern 10½ Albus (vder nach der Berechnung des beklagten
  Anwalts 65,529 Thalern 10½ Albus), worunter eine bestrittene und gleichfalls noch illiquide Position von 42,532 Thalern 7 Albus für zur Rünze geliefertes Silber begriffen ist;

so ist der klagende Anwalt den Beweis, daß die Sinlieserung des Silbers mit der Erklärung, dereinst von der Landschaft Ersat fordern zu wollen, geschehen sen, zu sühren nicht verpslichtet, vielmehr fallen von dieser Schuld 82% vom Hundert auf die linke und 17½ vom Hundert auf die rechte Rheinseite. — Zedoch wird der Absat von 5,000 Thalern, welchen der klagende Anwalt wegen der auf den Cameralantheil des Mülhens'schen Anlehens fallenden Rate der Prolongationsprämie an dem ganzen Schuldposten von 65,529 Thalern  $10\frac{1}{2}$  Albus zu machen intendirt, für unzulässig erklärt, indem die Vergütung gedachter Prämie dem rechtsrheinischen Trierischen Domanis ausschließlich obliegt.

- 4) Bon ber unter II, B bes Generalverzeichnisses aufgeführten unverzinslichen Forberung von Privatpersonen an beibe Stände des Niedererzstists wegen Depositen, im Gesammtbetrage von 21,695 Ehalern ¾ Albus, sind nur das Er ombett aische Depositum von 3,923 Thalern 4 Albus, und die im Jahre 1794 in eine öffentliche Sasse eingezahlten 5,256 Thaler 5½ Albus als bestritten zu betrachten, und es salsen, der unerheblichen Einwendungen des beklagten Anwalts ungeachtet, von dem ersten Possen 60 vom Hundert auf die linke, und 40 vom Hundert auf die rechte Rheinseite. Was aber die zweite Possetion anlangt, so hat klagender Anwalt sich intra proximam über §. 52. bis incl. 54. der Duplik unter Berückschtigung der zu diesen Paragraphen producirten Anlage K. sammt Unterlagen 1 bis 13. zu erklären.
- 5) In Ansehung der unverzinslichen Forberung des Steuerboten Pfeiser an die geistlichen Stände des Niedererzstifts, im Betrage von 132 Thalern 33 Albus (II, B des Generalverzeichnisses), so wie
- 6) hinsichtlich ber unverzinslichen Schuld ber weltlichen Stände des Niedererzstifts an Gehaltsrückständen landständischer Diener zu 475 Thaler,

werden die Einwendungen des beklagten Anwalts für unbegründet erkannt.

Hiernächst

B.

bie wegen der Kurtrierischen Kammerschulden streitigen Punkte anlangend, und zwar 1) die in dem Generalverzeichnisse unter I, 10 aufgeführte Forberung der Wenzel'schen Fideicommißerben zu 1,549 Thaler 18½ Albus, so hat klagender Anwalt binnen drei Monaten sub praejudicio desertionis und unter Vorbehalt des dem beklagten Anwalte zustehenden Gegendeweises, zu erweisen,

daß die erhobenen Gelder, ober wie viel davon, zur Besstreitung Kurtrierischer Staatsverwaltungs-Kosten verwendet worden seyen,

und fallen sodann von dem erweislich zu machenden Betrage 2/5 auf die linke Rheinseite.

- 2) Hinsichtlich der unter I, 11 aufgeführten unverzinslichen Forderung der Kellerei Engers von 804 Thalern 30 Albus,
  hat klagender Anwalt intra proximam bestimmt zu erklären, ob
  diese Position wirklich eine Trierische Kammerschuld ausmache,
  oder etwa nur auf Rechnungsformalitäten beruhe.
- 3) In Ansehung der Cautionskapitalien Kurtrierischer Leib= gardisten, im Betrage von 1,810 Thalern 19¾ Albus (Num. I, 12 des Generalverzeichnisses), wird der von dem beklagten Anwalte vorgeschützte Einwand für unbegründet erkannt, und fällt dieser Posten in dem gedachten Verhältnisse beiden Rheinseiten zur Last.

### Betreffend

- A) bie in dem Generalverzeichnisse unter II, 15, d und e als Rammerschulden mit linksrheinischen Specialhypotheken aufgeführten Forderungen des vormaligen Bartholomäusstists zu Franksurt a. M., im Betrage von 3,333 Thalern 18 Albus, und des vormaligen Collegiatstists Unserer lieben Frauen auf dem Berge daselbst, ad 9,333 Thaler 18 Albus, so werden die von dem beklagten Anwalte gegen die Concurrenzverdindlickkeit der linken Rheinseite aus dem Concluso der Reichssteit dens-Deputation vom 15. Octbr. 1798, dem S. 37. des Reichsbedensteins Sauptschlusses vom 25. Februar 1803 und einer angeblich eingetretenen Präclusion abgeleiteten Einwendungen als unbegründet verworfen, und fallen mithin von beiden Schuldposten 3/3 auf die linke und 1/3 auf die rechte Rheinseite.
- 5) Die unter Num. 18. verzeichnete von Pidoll'sche Forderungvon 533 Thalern 18 Albus und die unter Num. 19. aufgeführte Forderung des von Nupenai zu Andernach ad 2,000

Thaler sind von beiden Rheinseiten ratirlich zu übernehmen, maaßen die Einrede der Präclusion, in st fern dieselbe auf die bei der Königlich Preußischen besondern Liquidationscommission zu Coblenz etwa unterbliebene Unmeldung der gedachten Vorderungen gegründet werden soll, als das Interesse der einzelnen Gläubiger angehend, keinen Gegenstand der austrägalgerichtlichen Entscheidung ausmachen kann.

- 6) Sammtliche in dem Generalverzeichnisse unter III. aufgeführten Kammerschulden mit rechtsrheinischen Specialhypotheken sind nach dem ofterwähnten Verhältnisse von beiden Rheinseiten zu übernehmen, und werden insbesondere die von dem beklagten Anwalte der Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite zu der Cameralrate des Mülhens'schen Anlehens ad 100,000 Thlr. (Num. 8. des Verzeichnisses), serner zu der jetzt der freien Stadt Frankfurt zustehenden Forderung von 40,000 Thlrn. (Num. 11. des Verzeichnisses), und der Gebrüder Mülhens von 30,000 Thlrn. und 8,000 Thlrn. (Num. 12. und 13. des Generalverzeichnisses) entgegengesetzten Einwendungen für unbegründet erkannt.
- 7) Betreffend die in das Generalverzeichniß von dem klagenden Anwalte nicht eingetragene, sondern von dem beklagten Anwalte in der Vernehmlassung zuerst erwähnte Pachten'sche Forderung im Betrage von 1,000 Thlrn., so hat klagender Anwalt über den Inhalt des S. 77. der Duplik und die wegen dieser Forderung producirten Actenstücke intra proximam die schließliche Erklärung einzubringen.

# Anlangenb

#### Ш.

bie von dem klagenden Anwalte im §. 10. der Klagschrift geschehene Beziehung auf die zu bewirkende gemeinschaftliche Revision und Absschließung der die zur Auslösung des Kurstaats Trier gesührten Generaleinnehmerei=Rechnungen, aus welchen sich ergeben werde, welche Posten als gemeinschaftliche Schulden des gesammten Erzstifts und welche als privative Schulden des Ober= oder Niedererzstifts, respective auch der geistlichen oder weltlichen Stände zu betrachten senen, so macht dieser Punct nur in so sern einen Gegenstand des Streits aus, als der beklagte Anwalt im §. 10. der Vernehmlassung die Auseinandersetzung der verschiedenen Cassen über etwaige Vorschüsse, und die gemeinschaftliche Vertheilung der auf beiden Trierischen Rheinseiten

vorhandenen Cassenausstände für unstattnehmig erachtet, eventuell aber seinen Antrag darauf richtet, daß dem klagenden Anwalte aufgegeben werde, alles was derselbe zu fordern beabsichtige, bestimmt und in Jahlen anzugeden. Wie nun die Königlich Preußische Regierung nicht verpstichtet ist, an einer Revision des Kurtrierischen landständischen Cassenwesens und der Aufstellung von Berechnungen behuf des von der Herzoglich Nassauischen Regierung gehegten Iweckes Theil zu nehmen, Forderung en des rechtsrheinischen Trierischen Landestheils an den linksrheinischen zu begründen; so bleibt es jedoch der Herzoglich Nassauischen zu begründen; so bleibt es jedoch der Herzoglich Nassauischen Regierung undenommen, für diesen Iweck die vordereitenden Maaßregeln einseitig zu treffen, und demnächst ihre daraus resultirenden Vorderungen, insbesondere auch rücksichtlich der linksrheinischen Steuerrücksiche und Cassenausstände, in quali et quanto dergestalt begründet und substantiert allhier anzubringen, daß deßhalb ein weiteres austrägalgerichtliches Versahren eingeleitet werden kann.

### IV.

Der Anspruch des beklagten Anwalts auf ratirliche Theilung der im Betrage von 6,660 Thlrn. in dem Generalverzeichnisse S. 3 in sind aufgeführten verzinslichen Forderung der vormaligen Kurtrierischen Hoskammer-Casse an die weltlichen Stände des Niedererzstists wird für begründet erkannt, und hat sich, was die Repartition betrifft, der klagende Anwalt über die Behauptung des beklagten Anwalts, pag. 144. der Duplik, daß dem Königlich-Preußischen Aerario 674 Thir. zusallen müssen, in proxima zu erklären. Wegen der Iinsen läst man es bei der Erklärung des beklagten Anwalts, pag. 145. der Duplik, gerichtsseitig bewenden.

### V.

Betreffend die wegen der Stenern aus den Cameralortschaften, welche in der Anlage VII. der Klage unter Num. II, 2, A als eine dem Trierischen rechtscheinischen Landestheile ausschließlich zur Last stehende unverzinsliche Schuld bezeichnet werden, obwaltende Differenz, so ist deren Entscheidung durch die bisherigen Verhandlungen nicht genügend vorbereitet. Es hat vielmehr der klagende Anwalt in proxima bestimmte und gehörig substantiirte Anträge zu machen, worauf, nach sernerer Sachverhandlung, serner ergehen wird, was Rechtens.

#### VI.

Anlangend den von dem klagenden Anwalte wegen bereits zuviel übernommener Kurtrierischer Schulden erhobenen Vergütungsanspruch, dessen Erledigung klagender Seits durch Compensation beabsichtigt

wird, so erscheint berselbe an sich im Allgemeinen als rechtlich begründet, und durch die vorgeschützten Einreden des Verzichts und der Präschussen nicht elidirt. Gleichwie indessen die von dem klagenden Anwalte beabsichtigte Compensation der geleisteten Vorschüsse an der Herzog-lich = Nassaulicher Seits noch nicht übernommenen Rate Trierischer Schulden unzulässig ist, so sind solche, hinsichtlich der Capital= und Zinszahlungen geleistete Vorschüsse von klagendem Anwalte besonders zu liquidiren, und die erforderlichen Repartitionsberechnungen über diesselben zu seiner Zeit aufzustellen, wie denn auch der Herzoglich Nassaulsschen Regierung auf die zur Abtragung von Schuld capitalien gesleisteten Vorschüsse diesenigen Zinsen zu vergüten sind, welche den Gläubigern dei deren nicht erfolgter Befriedigung fortwährend zu entrichten sehn würden.

Soviel aber insbesondere die Herzoglich=Rassauischer Seits eingelösten Partialobligationen des Mülhens'schen Anlehens betrifft, so ift von der linken Rheinseite nur der Herzoglich=Rassauischer Seits wirklich gezahlte Einlösungspreis sammt Zinsen, und auch dieser von dem vormals Trierischen Obererzstifte nur in so fern ratirlich zu vergüten, als klagender Anwalt den ihm unter II, A, 1, a dieses Erkenntnisses nachgelassenen Beweis führen und solcher gegenbeweislich nicht elidirt werden wird. Wie sodann die aus dem Art. 1. des Wollziehungsrecesses vom 14 December 1816 von dem beklagten Anwalte gegen den hier in Rede stehenden Vergütungsanspruch abgeleitete Einrede ber schon geschehenen Schuldenabtheilung als unbegründet verworfen wird, so versteht es sich jedoch von selbst, daß der Herzoglich=Nassauischen Regierung wegen besjenigen Theils ber rechtsrheinischen Rate abgetragener Kurtrierischer Schulden, welche auf die durch den Staatsvertrag vom 31. Mai 1815 an die Krone Preußen abgetretenen rechtsrheinischen vormals Trierischen Landestheile fallen, ein Wergutungsanspruch in so fern nicht mehr zustehen kann, als die Krone Preußen die behuf Tilgung jener Schulden contrahirten Herzoglich=Naffauischen Staatscassenschulben, Inhalts des gedachten Recesses, pro rata bereits übernommen hat. — Und wie ferner der Krone Preußen an den durch vorschußweise geschehene Bezahlung Trierischer Lanbesschulden bis zum 31. December 1814 gegen die vormals Trierische linke Rheinseite erwachsenen Herzoglich-Nassausschen Activforderungen, von wegen ber Trierischen Landebtheile rechter Rheinseite, ein verhältnismäßiger Antheil unbestritten zusteht, so ist solches, des unbegründeten Widerspruchs des klagen= den Anwalts ungeachtet, in Ansehung der durch vorschußweise Bezahlung Kurtrierischer Kammerschulden erwachsenen Herzoglich=Nassaui=schen Forderungen nicht minder, und zwar dergestalt der Fall, daß dævon 24 vom Hundert auf den Königlich=Preußischen, und 76 vom Hundert auf den Herzoglich=Nassauischen Antheil fallen.

Uebrigens werden der Krone Preußen, wegen der auch von ihrer Seite behuf Bezahlungen Trierischer Schulden geleisteten Vorschusse, die Rechtszuständigkeiten gegen das Herzogthum Nassau vorbehalten.

VII

Unlangend den Zinsenpunkt, so weit darüber im Vorstehenden nicht schon entschieden ist, so wird die Weigerung der Krone Preußen, die auf die rechte Rheinseite fallenden Retardatzinsen der Trierischen gandesschulden vom Jahre 1794 bis zum 1. Januar 1812, und die Retarbatzinsen auf die der rechten Rheinseite zufallenden Kammerschulden bis zum 1. Juli 1815 ratirlich zu übernehmen, für unbegründet erkannt; vielmehr ist die Königlich = Preußische wie die Herzoglich = Nassauische Regierung zur Abtragung ber Retarbatzinsen in berselben Maaße verpflichtet, wie die Schuldcapitalien von ihnen zu berichtigen find. Uebrigens läßt man es bei ber Erklärung bes klagenden Anwalts, pag. 176. der Replik, daß die Herzoglich = Nassauische Regierung für die Fonds haften werbe, welche zur Berichtigung von Trierischen Schuldcapitalien oder Zinsen ausgeschrieben und erhoben, und nicht von der das Interesse des Landes vertretenden Regierung zu Chrenbreitstein zu anderweitigen bringenben Bedürfnissen verwendet seyen, gerichtsseitig bewenden.

#### VIII.

In Betreff ber von dem beklagten Anwalte eventuell beantragten Ausgleichung der Kriegserlittenheiten zwischen beiden Trierischen Rheinsseiten erkennen wir uns für incompetent.

#### IX.

Soviel die bei der hohen Deutschen Bundesversammlung angebrachten Gesuche einzelner Kurtrierischer Gläubiger anlangt, so erscheint, rücksichtlich der verwittweten Bürgermeisterin Pachten zu Limburg, die auf den Grund des Art. 30. der Wiener Schlußacte abzugebende Entscheidung der streitigen Vorfrage durch die jetzt erfolgte Hauptentscheidung jedenfalls als überslüssig, und bedarf es auch in Beziehung auf die bereits erledigte Reclamation des I. W. Nemy zu Frankfurt der Einleitung eines besondern Austrägalversahrens nicht. Soviel aber die Reclamationen der vormals Kurtrierischen Leidgardisten Peter und Reinhard Klippel, und der Wittwe des Georg Groß wegen rückständiger Gage, Quartier-

und Montirungsgelber, der Gebrüder Maes wegen achtzehn uneingelöst gebliebener Partialobligationen des Mülhens'schen Anlehens, und
der am 12. April 1826 bei der hohen Deutschen Bundesversammlung
ausgetretenen sieben und zwanzig Creditoren wegen rückständiger Zinsen anlangt; so hat klagender Anwalt intra proximam zu erklären,
zu welcher Gattung Kurtrierischer Schulden diese Forderungen zu
rechnen seyen, und ob insbesondere die Maes'schen Partialobligationen
dem Cameral= oder dem ständischen Antheile des Mülhens'schen An=
lehens, oder in welcher Proportion etwa beiden angehören, worauf serner rechtliche Verfügung erfolgen wird.

Die dis jetzt durch das austrägalgerichtliche Verfahren veranlaßten Kosten werden gegen einander aufgehoben und verglichen.

Von Rechtswegen.

Publicat. im Ober=Appellationsgerichte Celle, den 8. Juni 1838.

Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis proprium.

A. von Beulwiz.

(L.S.)

Strampe."

# B. Entscheidungsgründe.

Deffentl. Prot. v. J. 1838, Sess. XVII. §. 201. 638 u. figb. Band I. S. 378. Siehe oben S. 145.)

Die hohe Deutsche B. A. hat durch' den Beschluß vom 16. Mai 1828 die Auseinandersetzung des Hrzthms. Nassau, der Krone Preußen und der freien Stadt Frankfurt, in Betrst der Kurtrierischen Landes = und Kammer=schulden, dem hiesigen Königl. Oberappellationsgerichte als erwählter Austräzgalinstanz mit dem Auftrage übergeben:

in Gemäßheit der B. A. und der Bundesbeschlüsse vom 17. Juni 1817, 3. August 1820 und 19. Juni 1823 über die zwischen der Krone Preußen und dem Hrzthm. Nassau streitig gewordene Frage in ihrem ganzen Umfange, so wie über die Betheiligung der freien Stadt Frankfurt bei derselben, auf den Grund des Art. 21 der B. Schl. A., wie auch in Betress der Forderungen derjenigen Kurtrierischen Gläubiger und Penssonisten, welche sich an die B. B. gewendet haben, im Falle die Hauptentscheidung dieses nicht überstüssig machen sollte, nach einem abgesonderten Austrägalversahren auf den Grund des Art. 30. der B. Schl. A. über die streitige Vorfrage, zu welcher Gattung der Kurtrierischen Schulden und in welchem Verhältnisse betheiligten Regierungen beizutragen rechtlich verbunden sepen, im Namen und Austrage der hohen B. V. den Rechten gemäß zu erkennen.

Das eventuell angeordnete abgesonderte Verfahren auf den Grund des Art. 30. der W. Schl. A. hat bislang nicht eingeleitet werden können, weil es sich aus der abzugebenden Hauptentscheidung erst ergeben mußte, ob es dessen noch bedürfe.

Was aber das auf den Grund des Art. 21. der W. Schl. A. eingeleitete Verfahren anlangt, an welchem das Hrzthm. Nassau als Rläger, die Krone Preußen als Beklagte und die freie Stadt Frankfurt, ohne Uebernahme einer bestimmten Parteirolle, Theil genommen hat; so ergeben sich aus den geschlossenen Verhandlungen zwei Hauptgegenstände des Streits und der Entscheisdung, nämlich

Erstens: ob die freie Stadt Frankfurt als Besitzerin des sogenannten Trierischen Hoses überhaupt verpflichtet sep, Schulden und Verbindlichkeiten des ehemaligen Kurstaats Trier zu übernehmen,

3weitens: wie die Schulden des Kurstaats Trier auf die betheiligten Regierungen zu repartiren sepen.

Die Entscheidung über ben

### erften Streitpunct

wird von der Beantwortung der Frage abhängen, auf welchen Voraussenun: gen die Verpflichtung zur Uebernahme der Schulden des aufgelösten Krustaats Trier beruhe, und ob diese Voraussepungen auf die freie Stadt Frankfurt zutreffen.

In Betreff dieser Frage führt der Anwalt des Hrzgthms Naffau aus: daß- nach allgemeinen Rechtsgrundfähen, von welchen zwar in bem Friedenstractate von Campo = Formio vom 17. October 1797, Art. . 4, 10, abgewichen sep, welche man aber in dem Friedenstractate von Lüneville vom 9. Februar 1801, Art. 8, dem Reichsteputa: tione = Hauptschlusse vom 25. Februar 1803, g. 77, 78, 79 und 80, den Pariser Friedensschlussen vom 30. Mai 1814, Art. 21, und 20. November 1815, Art. 11, so wie in der Separatconvention vom 20. November 1815, Art. 6, 7, 9 wiederum als die richtigen und allein ausreichenden Principien anerkannt habe - jeber Theils nehmer an einem getheilten ober zerstückelten Lande die zur Beit der Theilung vorhandenen und rechtsgultiger Weise für die Bedürfniffe des getheilten Landes contrahirten Schulden, verhältnismäßig ju übernehmen verpflichtet sen. Aus diesem allgemeinen Rechtssaße mird in seiner Anwendung auf den vorliegenden Kall gefolgert, daß einstweilen abgesehen von den durch die Preußisch = Raffauischen Verträge vom 31. Mai 1815 und 14. October 1816 für die rechte Rheinseite getroffenen besonderen Bestimmungen - von denjenigen Rurtrierischen Schulden, welche zur Beit bes Friedensichluffes von Lüneville bereits vorhanden maren,

- 1) die Landes schulden von der Krone Preußen als Rachfolgerin Frankreichs in dem Besthe der linksrheinischen, und dem Hrzthm. Naffau als Besther der rechtsrheinischen Trierischen Lande, nach dem Verhältnisse der Steuereinnahmen zu übernehmen;
- 2) die Rammerschulden aber auf die Rrone Preußen, bas Brzogthm.

Nassau und die freie Stadt Franksnrt — deren Mitverpslichtung als Besitzerin des s. g. Erierischen Hofes auch durch frühere Anserkenntnisse begründet und von der hohen Deutschen B. B. bei dem Beschlusse vom 16. Mai 1828 als gewiß vorausgesetzt sen — nach dem Verhältnisse repartirt werden müssen, in welchem eine jede der gedachten Bundesregierungen an den getheilten Kurztrierischen Sameralrevenüen participirt habe, und überdem

3) die freie Stadt Frankfurt insbesondere noch bis zum 1. Dezems ber 1802 für die Trierische rechte Rheinseite contrahirten Kammerschulden, so wie die durch den g. 70. des Reichsdeputations Hauptschlusses dem rechtscheinischen Trierischen Landestheile auf erlegte Sustentation der Trierischen Dienerschaft und des Trierischen Domcapitels pro rata zu übernehmen habe.

Nass. Klagschrift &. 17 — 25. und num. act. 52. 87.

Der Anwalt der Krone Preußen erkennt es zwar im Allgemeinen an, daß die Schulden des Kurfürstenthums Trier nach Berhältniß der Steuer= und rosp. Cameral=Revenüen von den streitenden Bundesregierungen zu übernehmen sepen, und hält auch die freie Stadt Frankfurt als Besißerin des Trierischen Hoses zur Uebernahme eines Theils der Trierischen Kammerschulden für verpflichtet, trägt aber darauf an, daß von den Kammerschulden nur die mit Generalhppotheken oder überhaupt nicht mit Hoppotheken versehenen, so wie diezienigen, deren Specialhppotheken erloschen sepen, also auch diezenigen, welche auf den durch §. 39. des Reichsbeputations-Hauptschlusses ausgehobenen Rheinzöllen hppothekarisch gehaftet, auf die rechte und die linke Rheinseite vertheilt, die mit rechtscheinischen Specialhppotheken versehenen aber der rechten Rheinseite, und die mit linkscheinischen Specialhppotheken versehenen der linken Rheinseite allein auferlegt werden mögen.

Daß die linke Rheinseite nur zu den mit Generalhypotheken versehenen und den nicht hypothekarischen Kammerschulden zu concurriren, die Kammerschulsen mit linksrheinischen Specialhypotheken allein zu übernehmen, zu den Kammerschulden mit rechtsrheinischen Specialhypotheken aber nicht beizutragen habe, wird abgeleitet aus dem Friedenstractat von Campo-Formio Art. 4, 10, den Raskatter Friedens Congreß: Verhandlungen, insbesondere der Note der Raiserlichen Plenipotenz vom 17. October 1798, dem Art. 8. des Lüneviller Friedens, den Pariser Friedensverträgen vom 30. Mai 1814, Art. 21, und 20. Rovember 1815, Art. 11, sammt zugehöriger Separatconvention von demselben Tage, Art. 6, 7, 9, einer schiedsrichterlichen Entscheidung des Herzzogs von Wellington vom 11. April 1818, und der Analogie einer Französisch-Hessischen Convention vom 11. Mai 1810 über die Kurcölnischen Schutden.

Preuß. Vernehml. §. 14, 16, 18—21, 23—25, 28, 60, 61. Preuß. Duplik §. 17, 19, 21—29 und num. act. 45. 86.

Die freie Stadt Frankfurt hingegen lehnt die von dem Hrzthm. Nassau und der Krone Preußen ihr angesonnene Concurrenz zu den bei Abschließung des Läneviller Friedenstractats vorhanden gewesenen, und die Hrzgl. Nassanischer Seits gesorderte verhältnißmäßige Uebernahme der bis zum 1. Dezember 1802 rechts des Rheins noch contrahirten Trierischen Kanunerschulden, und der durch den §. 70 des Reichsdeputations-Hauptschlusses den rechtscheinischen Trierischen

Landen auferlegten Lasten gänzlich ab, weil sie, wie Nassauischer und Preußisscher Seits auch früherhin immer anerkant sep, durch die Erwerbung des Trierischen Hoses weder in einen Theil der Trierischen Lande noch der Trierischen Domainen succedirt, der Trierische Hof vielmehr durch §. 27 des Reichsteputations: Hauptschlusses nur titulo singulari, und nur mit den ausdrücktich auferlegten Lasten auf sie übergegangen sep, mithin §. 70. und 78. des Reichsbeputations: Hauptschlusses auf sie keine Anwendung sinden könnten.

Num. act. 20, 64, 66.

Die Beurtheilung dieser verschiedenen Ansichten und Anträge muß von der rechtlichen Natur der Obligationsverhältnisse ausgehen.

Diese ist nach bekannten Rechtsgrundsäten rein personlicher Art, insbesondere ist die Verpstichtung, welche ein bestehendes Obligationsverhältniß dem Schuldner gegen den Gläubiger auferlegt, so wesentlich an die Person des Schuldners geknüpft, daß ein jedes Obligationsverhältniß dem Gläubiger nur die Besugniß gewährt, von dem Schuldner eine gewisse personliche Thätigkeit ober Unthätigkeit zu fordern, niemals aber dem Gläubiger unmittelbar und direct ein Recht auf das Vermögen oder eine einzelne Sache des Schuldners verleiht.

pr. J. de oblig. 3. 13. (14) L. 3. pr. D. de oblig. et action. 44. 7.

In der Hypothek wird dem Gläubiger nur ein accessorisches Sicherungs= mittel gegeben. Sie vermag die rein personliche Natur des Obligationsver= hältnisses nicht zu verändern, und hat namentlich nicht die Folge, daß der Besitzer einer verpfändeten Sache vermöge seines Besitzes als Schuldner in das Obligationsverhältniß eintrete, zu dessen Sicherung das Pfandrecht dient. Der Schuldner ist dem Gläubiger nicht deshalb verpslichtet, weil er etwa die verpfändete Sache besitzt, und der dritte Besitzer derselben ist als solcher niemals Schuldner, und kann mit der personlichen Schuldklage nicht belangt werden.

- §. 4. J. quib. mod. re contr. obl. 3. 14.
- L. 10. C. de oblig. et action. 4. 10.
- L. 9. C. de distr. pign. 8. 28.

Wesentlich an die Person des Schuldners geknüpft, würde mit dieser auch seine Verbindlichkeit zu eristiren aufhören, hätte nicht unabweisliches Bedürfeniß die Rechtsidee des Fortbestehens aller auf Mein und Dein sich beziehens den rechtlichen Verhältnisse einer physisch nicht mehr eristirenden Person, zu welchen als integrirende Bestandtheile auch ihre personlichen Schuldverhältznisse gehören, und ihres Uebergangs auf ein anderes Subject die Grundlage des Erbrechts erzeugt. In des Erblassers rechtliche Verhältnisse tritt der Erbe ein, weil in ihm die Person des Erblassers gleichsam sortbesteht, quia velut unam eum defuncto sustinet personam;

Nov. 48. praef.

und aus diesem Grunde, nicht weil er die dem Erblasser angehörig gewese= nen Sachen oder Rechte erwirbt, gehen dessen Verbindlichkeiten auf den Erben über; denn für diese haftet er auch ultra vires hereditatis, während derjes nige, welcher einzelne Sachen erwirbt, sen es bei Lebzeiten oder nach dem Tode des Eigenthümers, dadurch nicht in dessen personliche Schuldverbindlichskeiten eintritt. Rein perfonticher Art sind auch die Schulden der Staaten. Schuldnerin ist bei diesen ibie moralische Person der Staatsgesellschaft, repräsentiet durch ihren Regenten; Schuldnerin bleibt sie, auch wenn sie für ihre Schulden Spipotheben bestellt, oder Theile ihres Vermögens verliert, so lange sie als Staatsgesellschaft fortbesteht. Hört sie auf zu senn, so gehen ihre Schulden nicht auf den oder die Erwerber ihres bisherigen Vermögens, sondern auf den Nachfolger in ihren persönlichen Rechtsverhältnissen über. Dieß aber ist der Staat, welchem die aufgehobene Staatsgesellschaft als neuer Bestandtheil einverleibt und durch dessen Regenten sie fortan mit repräsentirt wird. Nachfolger in den persönlichen Verbindlichseiten der aufgehobenen Staatsgesellschaft ist mithin der Staat, dessen Regent die Regierungsrechte über sie erwirbt, denn dieser, und nur dieser, repräsentirt und vertritt sie als Person.

Die Anwendung dieser allgemeinen Rechtsgrundsätze auf den vorliegenden Fall würde zu dem Resultate führen, daß nicht die freie Stadt Franksurt; sondern nur das Hrzgthm. Nassau und die Krone Preußen zur Uebernahme Kurtrierischer Schulden verpslichtet sehn können; denn nicht dem Franksutischen, sondern nur dem Hrzgl.=Nassauischen und dem Königl.=Preußischen Staate ist das Kurfürstenthum Trier incorporirt.

Es wird demnach zu untersuchen senn, ob und in welcher Maaße diese allgemeinen Rechtsgrundsäße durch die angeführten Staatsverträge und sons stigen Verhandtungen eine Abanderung erfahren haben.

Der Artikel 8. des Lüneviller Friedenstractats stellt unter genaueren Bestimmungen hinsichtlich der Schulden der abgetretenen Länder mit ausdrücktichen Worten denselben allgemeinen Grundsap auf, welchen der vorhergegansgene Frieden von Campo-Kormio in den Artikeln 4. und 10. ausgesprochen hatte, nämlich, daß mit den abgetretenen Ländern auch die dettes hypothéquées sur leur sol auf die neuen Bestier übergehen sollen. Die Schulzden mußten also sepn hypothéquées sur le sol des pays cédés, wenn sie auf die neuen Bestier übergehen sollten, und Schulden ohne diese Sigenschaft gingen auf dieselben nicht über. Es fragt sich also, worin diese Sigenschaft bestebe?

Legt. man die Worte hypothéquées sur le sol blos grammatisch nach ihrem Wortsinne aus, so bezeichnen sie Schulden, mit welchen ein Pfanbrecht an dem Grund und Boden des abgetretenen Landes verbunden war. Es gab aber ohne Zweifel viele Schulden der abgetretenen Länder, für welche kein Theil des benselben angehörigen Grundes und Bodens verpfändet war, und gewiß keine einzige, für welche der gefammte Grund und Boden eines abger tretenen Landes verpfändet gewesen mare. Hieraus folgt, daß die gedachten Worte nicht in diesem rein grammatischen Sinne und nicht bloß von Schulden mit Hypotheken an Grund und Boden der abgetretenen Länder verstanden werden können. Es folgt aber noch mehr daraus, nämlich daß darauf, ob die Shulden der abgetretenen Lander mit Sppotheken versehen waren oder nicht, überhaupt nichts ankommen kaun, denn eine Hypothek kann nicht ohne einen verpfändeten Gegenstand gedacht merden. Bezeichnet also hypothéquées den hppothekarischen Nerus, so ist auch Grund und Boden der abgetretenen Länder der Gegenstand der Sphothet, und zwar der einzige, denn einen audern bezeichnen die Friedensartikel nicht. Dürfen wir uns aber ein Pfaudrecht an

Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thl.

Grund und Boden eines abgetretenen Landes nicht als Bedingung der Werpflichtung des Erwerbers deuten, eine Schuld des acquirirten Landes zu übernehmen, so kann auch das Wort hypothéques überhaupt nicht einen Pfanduerus bezeichnen, denn os fehlt an jedem Gegenskande eines solchen, nud Willichte, folglich unzukässig würde es senn, das Wort hypothéquées streng grammatisch auszulegen, dem damit unzertrennlich verbundenen Wort noch aber eine mehr umfassende Bedeutung zu geben und darunter nicht blos Grund und Boden, sondern auch anderes Eigenthum oder Einkünste des abgetretenen Landes zu verstehen.

Ja selbst, wenn man sich zu bieser Art ber Andlegung für berechtigt habten könnte, würde man bamit nicht einmal ausreichen.

Denn darf man

- 1) unter sol jede Art von verpfändbaren Gegenständen verstehen, so rezden boch die Friedenbartikel nur von sol des pays cédés, also von verpfändetem Eigenthum der abgetretenen Länder. Für deren Schulden konnte aber möglicherweise auch frem des Eigenthum verpfändet sepn, folgtich mürden die Friedenbartikel über Schulden dieser Art keine Bestimmung enthalten. Sben so konnte Eigenthum der abgetretenen Länder sür fremde Schulden verpfändet sepn, und dann würden die Friedenbartikel, das ganze rechtiche Verpfändet sepn, und dann würden die Friedenbartikel, das ganze rechtiche Verpfändet sepn, und die Schuld zum Aocessorio des zu ihrer Sicherheit conssituirten Pfandrechts gemacht, und die Länder, über welche pacisciet wurde, gewiß sehr gegen den Willen der Paciscenten, mit Schulden beschwert haben, die sie nicht angingen. Bezieht man also den Ausdruck hypothéquées auf einen Pfandnerus, so reichen die Bestimmungen der Friedensschlässe uicht eine mal ans, um zu entscheiden, wer die m it Hypotheken verschenen Schulz den der abgetretenen Länder zu übernehmen habe; aber ihre Unzulänglichteit wird vollends einleuchtend, wenn man
- 2) biejenigen Schulben: Der abgrevetonen Lander berücklichtigt, für welche keine Sppotheken bestellt waren. War ber Erwerber eines abgetretenen Landes nur bie mit Sypotheten versehenen Schulden zu übernehmen verpflichtetz so fehlt es für alle nicht mit Sppotheken versehenen an jeder Entscheidungs norm darüber, wer sie zu übernehmen habe, und bei Ländern, welche, wie das Kurfürstenthum Trier, durch die Vereinigung seines linksrheinischen Theils mit Frankreich und des rechtscheinischen mit Rassau, als selbstkandige Staas ten aufhörten zu existiren, würde diese Elaffe von Schulden erloschen und die Gläubiger willkährlich ihrer Rechte beraubt senn, weil Riemand zu ihrer Befriedigung verpflichtet blieb. Wenn demungeachtet die Krone Preußen fich aur Uebernahme nicht hypothekarischer Trierischer Kammer = und Landesschulden auf die linke Rheinseite verpflichtet erkennt; so dürfte es schwierig werden, bieß mit der Auslegung, welche deren Anwalt ben gedachten Friedenbartikeln geben zu muffen geglaubt hat, in Ginklang zu bringen. Wollte man behaupten, es habe fich von selbst verstanden, daß die nicht hppothekarischen Schutden - abgetretener gander auf die Staaten übergeben mußten, denen dieselben ineorporirt wurden, und daher keiner Bestimmung hierüber bedurft; so murbe man auch eingestehen müffen, daß dieß bei hypothekarischen Schulben fich eben fo fehr von selbst verstand und das Lückenhafte der Friedensartikel nicht zu ers Maren fenn. ---

Comment of the second section of the

Noch sühlbarer aber wird diese Klickenhaftigkeit, wenn man, der Interpretation des Königk. Prenkischen Anwalts streng folgend, nur denjenigen Stant sür verpsichtet erklären will, die Schulden der abgefretenen Länder zu übernehmen, welcher die dastir speckell verpfänderen Gegenstände erwardy denn alsdann würde sich die Classe der in den Friedenbartikeln übergangenen Schulden noch um die ganze Anzahl dersenigen verniehren, welche nur mit Generalhypotheken versehen waren, von welchen gleichwohl die Krone Preusen eine Nate für die linkstheinischen Trierischen Lande zu übernehmen sich nicht weigert. Ohnehin reden die Friedenberträge von Campo-Formio und Läneville nicht einmal von dettes hypothéquées spécialement, sondern nur von dettes hypothéquées sur le sol des pays; der Jusas spécialement sindet sich erst in dem Pariser Frieden vom 30. Mai 1814, und in der Separationvention vom 20. November 1815, und wird gehörigen Orts seine Erkläfrung sinden.

Wir haben aus diesen Gründen annehmen müssen, daß der Ansdruck dottes hypothequées in den gedachten Friedensartikeln nicht hypothekarische Schulden bezeichne, sondern eine allgemeinere Bedeutung haben und auf alls Schulden, sie seinen hypothekarische oder nicht hypothekarische; bezogen werden müsse, welche auf dem abgetretenen Lande haften, d. h. in Ansehung deren dasselbe sich als Schuldner verhält; so gedeutet, stellen die Friedensschlüsse, in volksommener Uebereinskimmung mit den obenerwähnten allgemeinen Rechtstrundsähun, das Princip auf, daß mit einem abgetretenen Lande auch dessen Schulden auf den Erwerber übergehen.

Nicht in den Tractaten von Campo-Formio und Lüneville allein, sondern auch fin einer Reihe anderer Staatsverträge findet sich dieser Grundsatz ausgesproden, namentlich in dem Preußisch-Russischen Vertrage über die Theilung Polens vom 15. Januar 1797, Aet. 1.

Martens Recueil, T. 6, p. 708.
in dem Französischen Frieden zu Tisst vom 9. Juli 1807, Art. 24.
Meyer Corp. jur. Consoed. germ. p. 139.

in den Verträgen zwischen dem Großherzoge von Würzburg und dem Fürsten Primas vom 20. August 1808, zwischen Frankreich und Westphalen vom 14. Januar 1810, Frankreich und dem Fürsten Primas vom 16. Februar 1810, Würtemberg und Baiern vom 13. Mai 1810, Würtemberg und Baden vom 2. October 1810, Dänemark und Schweden vom 14. Januar 1814,

Martens Supplement T. 5, p. 91. 236. 243. 261. 298. 668.

Eben so sind die Tractate von Campo-Formio und Lüneville nicht die einzigen, in welchen der Ausdruck dettes hypothéquées sur les pays oder sur le sol du pays allgemein von den Schulden, und nicht bloß von den hypothekerischen Schulden eines Landes gebraucht wird.

In dem Vertrage vom 14. November 1802, durch welchen die Krone Preußen Theile des Herzogthums Cleve an die Batavische Republik abtrat, Abernahm lettere, Art. 4:

les dettes de ces districts, et nommément celles, auxquelles ils servent d'hypothèque spéciale, ainsi que leur quetepart à celles, qu'ils doivent supporter pour la partie des dettes collectives du Duché de Clèves.

Uebernommen wurden also les dettes de ces districts, die Schulden der abgetretenen Districte und diese bestanden theils aus einer Quots der Gesammtschulden des Herzogthums Eleve, theils aus den Schulden auxquelles les districts cédés servent d'hypothèque spéciale.

Bur Erflärung und um Schwierigfeiten in der Anwendung abzuschneiden, wird hinzugefügt: qu'il no tombera à la charge de la République Batave que les dettes provenant des emprunts formels qui ont été contractés de l'aveu des états du Duché de Clèves, ou de corporations ou communautés des districts cédés, et enfin celles causées par les frais de leur administration respective.

Dieser Jusas bezieht sich, wie seine Worte flar ergeben, nicht blos auf die quote-part der Centralschulden des Herzogthums Cleve, sondern auch auf die dettes auxquelles les districts cédés servent d'hypothèque spéciale, und namentlich solten unter den Schulden der lettern Art übernommen werden les dettes causées par les frais de l'administration respective des districts cédés. Unter diesen aber gab et gewiß sehr viele ohne Hypotheten. Daher konnen unter dettes auxquelles les districts cédés servent d'hypothèque spéciale nicht Schulden verstanden werden, sür welche die abgetretenen Districte verpfändet waren, sondern nur die speciellen Schulz den der abgetretenen Districte, im Gegensaße der Centralschulden des Herzogthums Cleve, und solglich sind die Ausdrücke dettes de districts cédés und dettes auxquelles les districts cédés servent d'hypothèque spéciales nuxquelles les districts cédés servent d'hypothèque sponnym.

Der Preußisch = Französische Friede zu Tilst bestimmt Art. 24.:

Les engagemens, dettes et obligations de toute nature que S. M. le Roi de Prusse a pu avoir, prendre ou contracter antérieurement à la présente guerre, comme possesseur des pays, territoires, domaines, biens et revenus que sa dite Majesté cède par le présent traité, seront à la charge des nouveaux possesseurs, sans exception, restriction ni reserve aucune.

Ueber die Bollziehung dieses Artikels wurde zwischen den Kronen Preußen und Westphalen am 28. April 1811 ein Vertrag geschlossen, in dessen Art. 14.

Martens Suppl., T. 5. p. 367.

näher bestimmt murde, welche Schulden der Art. 24. des Tilster Friedens betreffe, und hier heißt es, daß dazu gehoren, nicht bloß die mit Einwilligung der Stände der abgetretenen Provinzen contrahirten Schulden, sondern auch

tous les autres engagemens, dettes et obligations de toute nature qui auront été pris ou contractés au nom et sous l'autorisation de S. M. le Roi de Prusse, et qui ont été spécialement et nominativement hypothéqués sur les pays, territoires, domaines, biens et revenus cédés par la Prusse.

In dem Artikel 24 des Tilster Friedens kommt der Ausdruck dettes hypothoquoes gar nicht vor; seine Bestimmungen beziehen sich, wie auch seine klaren Worte ergeben, auf alle Schulden, welche Seine Majestät der Köuig von Preußen als Regent und Besiser der abgetretenen Landestheile contrahirt hatte, ohne alle Ausnahme, Beschränfung und Worbehalt. Auch die

nicht hypothekarischen Schulden sollten also die neuen Regenten und Besitzer übernehmen, zu welchen das Königreich Westphalen gehörte. Unmöglich aber kann angenommen werden, daß die Krone Preußen in dem zur Vollziehung dieses Friedensartikels geschlossenen Vertrage dem Königreiche Westphalen eine Verbindlichkeit habe erlassen wollen, welche demselben nach dem zu vollziehenden Artikel ganz unzweiselhaft oblag, nämlich auch die nicht hypothekarischen Schulben der abgetretenen Provinzen zu übernehmen, zumal da in dem Vertrage die ganz allgemeine Bestimmung des zu vollziehenden Friedensartikels wörtzlich wiederholt wird. Die Worte spécialement et nominativoment hypothéqués sur les pays etc., können daher nicht Schulden bezeichnen, sür welche diese Länder speciell verpfändet waren, sondern sie bezeichnen Schulden, welche Seine Majeskät der König von Preußen speciell gerade für die abgetrete nen Länder und nicht etwa als Preußische Centralschulden oder für nicht abgetretene Preußische Provinzen contrahirt hatte.

In ganz gleichem Sinne gebraucht den Ausdruck hypothéquées die Preußisch : Sächsische Convention vom 18. Mai 1815,

Martens Suppl., T. 6, p. 272, wo es Art. 9. heißt:

Les dettes spécialement hypothéquées sur les provinces qui restent ou passent en entier, sous la même domination seront entièrement à la charge du Gouvernement auquel ces provinces appartiendront. Quant à celles affectées aux provinces dont une partie reste à S. M. le Roi de Saxe, ainsi qu'à celles qui appartiennent au Royaume en général, S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe établissent le principe suivant.

Hier stehen dettes hypothéquées sur les provinces, dettes assectées aux provinces, dettes qui appartiennent au Royaume in völlig gleicher Bedeutung; alle diese Ausdrücke bezeichnen ein und dasselbe Rechtsverhältniß der abgetretenen Länder zu den Schulden, nämlich ihr Verhältniß als Schulden ner, und das Wort hypothéquées kann nicht auf hypothekarische Schulden allein bezogen werden.

Diese umfassendere Bedeutung muß auch in dem Art. 8. des Lüneviller Friedenstractats dem Worte hypothéquées beigelegt werden; den Beweis dieser Behauptung liefert, außer den oben angeführten Gründen und der so eben nachgewiesenen gleichen Bedeutung dieses Ausdrucks in mehreren von der Krone Preußen abgeschlossenen Staatsverträgen, auch der sernere Inhalt des gedachten Artikels selbst in den Worten:

mais attendu les difficultés qui sont survenues à cet égard sur l'interprétation des dits articles du traité de Campo-Formio il est expressément entendu, que la République Française ne prend à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les États des pays cédés, ou des dépenses faites pour l'administration effective des dits pays.

Die Schwierigkeiten, welche fich bei Interpretation bes Friedens von Campo-Formio über den Umfang der Verpflichtung Frankreichs, die Schulden der abgetretenen Länder zu übernehmen, erhoben hatten, wollte man hier vere

166

meiben, man wollte die vorangehende Bestimmung dentlich erklären, und dieß geschah dahin, daß die Französische Republik mit den an sie abgetretenen Läusdern die Schulden zu übernehmen habe, welche aus ständisch consentirten Auseihen, und diejenigen, welche aus den Kosten der effectiven Verwaltung der abgetretenen Länder entstanden waren. Diese Clausel soll also erläutern, was unter dettes hypothéquées sur lo sol des dits pays zu verstehen sen, und da nicht nothwendig jedes ständisch consentirte Anlehen, und noch weniger jede aus den Kosten der Verwaltung entstandene Schuld, z. B. Ges haltsrücklände, mit einer Hypothek versehen senn mußten, gleichwohl aber die Schulden dieser Art ohne Ausuahme auf die Französische Republik überges hen sollten; so seuchtet es ein, daß unter dettes hypothéquées sur le sol des pays nicht bloß hypothekarische, sondern auch nicht hypothekarische Schulden der abgetretenen Länder verstanden senn müssen, daß mithin die Hypothek etwas gänzlich Unerhebliches ist.

Untexstüpt wird diese Auslegung noch durch den Art. 11. des Presburger Friedenstractats vom 26. December 1805, in welchem die Abtretung des Fürstenthums Würzburg von Bayern an den Erzherzog Ferdinand, Kurfürsten pan Salzburg, verabredet murde. hier wird gesagt:

quant aux dettes il est convenu, que le nouveau possesseur n'aura à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les états du pays, ou des dépenses faites pour l'administration effective du dit pays.

Meyer l., c. p. 18.

Wörtlich wird die Bestimmung des Lüneviller Friedend hier wiederholt, aber mit der wohl zu beachtenden Abweichung, daß dieselben Worte, welche im Lüneniller Frieden den Ausdruck dettes hypothéquées sur le sol de pays erklären, hier nicht als erläuternder Zusap, sondern allein und selbstzständig vorkommen, augenscheinlich, weil man einsah, daß es der Wiederzhalung des erklärten Ausdrucks nicht bedurste, wenn man durch die Aufuahme der erklärenden Worte die gehegte Absicht sogleich deutlich aussprach. Diese Fassung des Presdurger Friedens ist um so wichtiger, da dieser Tractat unter den, nach dem Vertrage von Lüneville abgeschlossenen Deutsch-Französischen Friedensverträgen der erste ist, und man bei seiner Absassung offenbar den Fractat von Lüneville vor Augen hatte.

Die Rastatter Friedenscongreß-Verhandlungen bieten gegen die obige Austlegung des letteren kein haltbares Argument. Wäre man in Rastatt auch übereingekommen, nur die hypothekarischen Schulden abzutretender Läuder den Serwerbern zur Last zu legen, oder sie den Bestehen der verpfändeten Gegensstände auszuhäuben; so ist doch der Lüneviller Friedensschluß nicht, wenigstens nicht unmittelbar, aus den erfolglos gebliebenen Rastatter Congreserhandzungen hervorgegangen. Diese dürsen, daher nicht unbedingt, sondern nur da für den Lüneviller Friedenstractat als Juterpretationsmittel benutt werden, wo auf dieselben ausdrückich und geradezu Bezug genommen ist, und dieß ist im achten Artisel nicht geschehen. — Die Behauptung, daß der Congres zu Rastatt der hypothekarischen Qualität der Schulden, oder dem Bester der perpfändeten Gegenstände irgend ein entscheidendes Gewicht beigelegt hätte, ist aber auch nicht einmal factisch richtig, denn wenn gleich die deutsche Ges

fandtschaft laut ihrer Noten vom 23. September und 17. Detober 1798 auf die in der Schuldverschreibung dem Glänbiger verschriebene Specialhypothek sehen, und die Schuld derjenigen Rheinseite zur Last legen wollte, auf welcher diese belegen war, so sind doch die Französischen Gesandten auf diesen Worsichlag niemals eingegangen. Vielmehr erklärten sie in ihrer Note vom 3. Oct. 1798 (12. Wend. VII.) die Lage der Specialhypothek sür einen unerheblischen Nebenumskand, und wollten mit den abzutretenden Ländern auch die rechtsgültigerweise für deren Bedürfnisse und öffentliches Wohl contrahitten Schulden an Frankreich übergehen lassen. In einer Rote vom 11. December 1798 aber wahm die deutsche Gesandtschaft diese für das französische Ultimatum erstlärten Propositionen an.

Der f. 80. des Meichebeputatione-hauptschlusses vom 25. Februar 1803, auf welchen der Anwalt der Krone Preußen zur Unterstühung seiner: Andles gung des Art. 8 des Lüneviller Friedens ferner Beging nimmet, ift dazu eben fo wenig geeignet. - Der Reichebeputations-hauptschluß enthält nur in seinen ersten 46 Paragraphen vertragemäßige Bestimmungen zwischen dem Dentschen Reiche und ber Französischen Republit, sammtliche in den folgenden Paras graphen 47 ---- 89 enthaltenen Neufligungen find reglementarische Beschlusse ber Reichsbepretation über bie inneren Berhältniffe bes Deutschen Reichs, und Frankreich war dabei nicht eigentlich mitpaciscirender Theil. Nur der erste, micht aber der zweite Theil des Hauptschlusses konnte daher für Frankreich Rechte und Verbindlichkeiten begründen. In jenam aber redet von den Schulz den der an Frankreich abgetretenen Länder nur der g. 38. Nach diesem sollten zwar die für ihre verlornen linksrheinischen Besitzungen auf der rechten Rheins soite entschädigten deutschen Fürsten ihre sowohl bloß persönlichen, als die von erwähnten Besitzungen herrührenden Schulden, auf die zur Entschädigung erhaltenen Domainen und Renten übernehmen; es wurde aber dabei ausdruck lich bevorwortet, daß hierdurch die Bestimmungen des Lüneviller Friedens nicht abgeändert senn sollten. Dieser Paragraph des Reichsdeputations-Haupts schlusses enthält daher keine der Königl.=Preußischen Intention gunftige Aus= tegnng des Lüneviller Friedens, sondern nur eine Wiederholung seiner Bestimmungen.

Der h. 80. hingegen fagt allerdings, daß, wenn die geistlichen Laude, von beren Schulden die Rede sey, zum Theil auf der linken Rheinseite lägen, die jenigen Landedschulden, die ihre Specialhypothek auf der linken Rheinseite haben, o der sonst nach dem Limeviller Frieden geeignet seven, auf die Franzde siche Republik überzugehen, von der zu vertheilenden Schuldenmasse vorauszahzuziehen, also von den Besüpern des rechtscheinschen Landestheils nicht zu übernehmen sehen, und es wird hlerdurch auscheinend, daß die Reichsdeputartion die Ausicht hegte, die mit tinkscheinischen Specialhypotheken versehnen Schulden müßten von der Französischen Republik allein überwammen werden. Allein, auf welchen Gründen auch diese Ausicht der Reichsdeputation beruhet haben mag: so viel ist gewiß, daß sie auf den Lüneviller Frieden nicht gegründ det werden konnte, denn von Specialhypotheken redet dieser micht; und hätte die Reichsdeputation durch jene Clausel dem Art... des Lüneviller Friedens eine den Französischer Seits abgelehnten Ansichten der Rakatter Reichsfriedensgesandsschaft entsprechende Dentung geben wollen, so würde sie doch

nicht im Stande gewesen senn, einseitig ber Französischen Republik Berbind= lichkeiten aufzuerlegen. Auch der g. 80. des Hanptschlusses ift bemnach für die Auslegung des Lüneviller Friedens unerheblich.

Aus demselben Grunde der Einseitigkeit würde jede in Gesehen der Französischen Regierung und Erlassen und Bekanntmachungen Französischer Behörden, als dem Kaiserlichen Decrete vom 9. Vendemiaire XIII, der Bestanntmachung des Präsecten vom Donnersberge vom 20. Pluv. XI. und den Instructionen des Generaliquidators Jollivet, dem Lüneviller Frieden zu Gunken Frankreichs gegebene Deutung irrelevant erscheinen.

Die Tractate v. 1814 u. 1815 können ebenfalls nicht beweisen, daß Frankreich durch die Verträge von Campo-Formio und Lüneville nur hypothekarische oder gar nur mit linksrheinischen Speciathypotheken versehene Schulden der Länder, welche 1797 und 1801 an dasselbe abgetreten waren, und 1814 und 1815 von der Französischen Regierung retrocedirt werden mußten, übernommen habe.

Im Artisel 21. des ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 wurde bestimmt:

que les dettes spécialement hypothéquées dans leur origine sur les pays qui cessent d'appartenir à la France, ou contractées pour leur administration intérieure, resteraient à la charge de ces mêmes pays.

Unter diesen Schulden, welche solchergestalt den von Frankreich wieder abs getretenen Ländern zur Last bleiben, also mit denselben auf die neuen Betsther übergehen sollten, sind aber nicht bloß hypothekarische oder Schulden mit Specialhypotheken, sondern es sind die Schulden darunter zu verstehen, welche diese Länder schon vor ihrer Vereinigung mit Frankreich hatten, und die daheet von der Französischen Regierung zu übernehmen gewesen wären. Von diesen Schulden sollte Frankreich wieder befreit werden, weil es die Länder und Bessthungen verlor, wegen deren es dieselben hätte übernehmen müssen. In Anssehung dieser Schulden waren nun zwei Fälle möglich.

### Entweder

- 1) hatte die Frangosische Regierung biese Schulden ber gebachten Lander . durch Inscription in das große Buch der Französischen Staatsschuld schon als Kranzdfische Central = Staatsschuld übernommen; dann maren und blieben sie Frangofische Staatsschulden, und gingen daher mit den Ländern, von welchen fle herrührten, nicht auf deren neue Besitzer über; Frankreich aber sollte für die Last, von welcher es mahrend seiner Besitzeit die wieder abgetretenen Lans der befreit hatte, von den Regierungen der Staaten, an welche diese Länder abgetreten wurden, eine Vergütung erhalten, und diese sollte für das Capital laut Art. 6. der Separatconvention vom 20. November 1815 nach einem gemiffen Courswerthe der Inscriptionen berechnet werden. Was die Binfen betrifft, so sollte der Französischen Regierung nach Art. 7. der Convention der Betrag der bis zum 22. December 1813 fällig gewordenen nicht vergütet werden, denn bis dahin hatte fie die Staatseinkunfte der gedachten Lander bezogen, und ihre eigene Schuld verzinfet, konnte alfo auf eine Bergütung tei: nen Anspruch machen, welche ihr daher nur für die, nach jenem Zeitpuncte etwa noch bezahlten Binsen zugebilligt murde.
  - 2) Diejenigen Schutden der gedachten Länder hingegen, welche von der Fran-

tenen Länder geblieben waren, gingen mit diesen auf die neuen Besitzer über. Die Französische Regierung hatte aber während ihrer Besitzeit viele dieser Schulden nicht verzinst, die dadurch entstandenen Zindrückstände mußten nach dem Art. 21. des ersten Pariser Friedens von den Besitznachfolgern Frankreichs übernommen werden. Es sollte aber zu ihrer Liquidation geschritten werden, wie der Art. 9. der Separatconvention in den Worten vorschreibt:

il sera procédé à la liquidation des intérêts non payés des dettes hypothéquées sur le sol des pays cédés à la France par le traité de Campo-Formio et de Luneville, résultants d'emprunts formellement consentis par les états des pays cédés ou de dépenses faites pour l'administration effective des dits pays.

Die Französsische Regierung hatte ferner, während sie das linke Rheinuser besaß, dortige Staatsgüter veräußert, welche nach Art. 27. des ersten Pariser Friedens den Erwerbern, in so fern sie titulo oneroso acquirirt hatten, und Französische Unterthauen waren, nicht wieder entrissen werden konnten. Für die dadurch herbeigeführte Verminderung des Staatsvermögens dieser Länder, des versassungsmäßigen Jahlungssonds mußte die Französische Regierung sich zu einer Vergütung verstehen; und diese sollte dadurch geleistet werden, daß sie für einen verhältnißmäßigen Theil der inscribirten Schulden keine Vergütung erhalten, und ein verhältnißmäßiger Theil des Betrags der nicht inscribirten Schulden an der Vergütung gekürzt werden sollte, welche ihr für die in Inscriptionen verwandelten Schulden zukam. Diese Bestimmungen enthalten bie Art. 6, und 7. der Separatconvention in den Worten:

On ne remboursera pas à la France le montant des inscriptions provenant de dettes hypothéquées spécialement sur des immeubles que le gouvernement français a aliénés quelle que soit la nature de ces immeubles etc. etc.

und

Seront déduits de ces remboursemens les capitaux et intérêts hypothéqués sur des immeubles aliénés par le gouvernement français encore bien que les dits capitaux n'ayent pas été convertis en inscriptions.

Nach Art. 5. der Convention sollten diese Bestimmungen durch zu ernensnende Commissaires-liquidateurs und Commissaires-juges in Ausführung gebracht werden.

Beide Tractate, der Pariser Friedensschluß und die Separatconvention, bedienen sich zur Bezeichnung der Schulden, über welche sie verfügen, der Ausdrücke: dettes hypothéquées, dettes hypothéquées spécialement. Daß darunter aber nicht bloß hypothekarische, insbesondere mit Specialhypotheken versehene, sondern alle Schulden der abgetretenen Länder verstanden wurden, welche mit denselben auf Frankreich übergegangen waren, und nunmehr auf die neuen Besther übergehen sollten, im Gegensat der Französischen Central=Staatsschulden, welche nach wie vor Französische Schulden blieben; und daß es nicht die Absicht war, an den Bestimmungen des Lüneviller Friedens über den Schuldpunct irgend etwas zu ändern, dieß wird durch solgende Gründe bew iesen:

# 170 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Fälle.

- Durch die in dem Art. 21. enthaltenen Worte: dans lour origine. Diese Worte bezeichnen den Ursprung, den Grund der Entstehung der Schulden, als das Merkmal, wornach entschieden werden soll, ob sie mit den abgetretenen Ländern auf die neuen Besider übergehen, und daher, wenn die Französische Regierung sie schon in Französische Staatsschuld verwandelt hatte, derselben vergütet werden, oder ob sie unbedingt Französische Staatsschuld bleiben sollten. Der Hopotheten vertrag aber ist nicht der Entstehungsgrund, sondern nur ein Accossorium der bereits bestehenden Schuld, daher kann hypothéquées nicht den civilrechtsichen Psandnerus bezeichnen.
- 2) Mit den abgetretenen Ländern sollten auch übernommen werden les dettes contractées pour lour administration intérieure. Unter diesen aber gab es ohne Zweisel viele nicht hypothekarische Schulden, folglich kann auf die hypothekarische Qualität überhaupt nichts anskommen.
- 3) Nur von denjenigen Schulden sollte Frankreich durch den Berluft ber abgetretenen Länder befreit merden, welche für diese Ednder contra hirt waren und ursprünglich auf deren Staatsværmögen hafteten, nicht von Schulden, welche Frankreich als Central=Staatsschulden contrahirt hatte. Daher bedeutet hypothéquées spécialement nict Schulden mit Specialhypoteken an den abgetretenen Ländern, sous dern specielle Schulden diefer Länder, gleichgultig ob hopothetas rische oder nicht hypothekarische. In demselben Sinne wird der Auss druck hypothéquées spécialement auch in auderen Staatsverträs gen gebraucht, z. B. in dem Preußisch = Batavischen Vertrage vom 14. November 1802, Art. 4. in dem Preußisch=Westphälischen Ber= trage vom 28. April 1811 über Vollziehung des Art. 24. des Til= fter Friedens, Art. 14. und in dem Preußisch : Sächsichen Vertrage vom 18. Mai 1815, Art. 9. Und diesem Argumente tritt hinzu, daß im Art. 9. der Separatconvention vom 20. November 1815 die Worte des Art. 8. des Lüneviller Friedens buchstäblich wiederholt worden, dieser aber von dettes hypothéquées spécialement gar nicht redet, folglich es auch nicht die Absicht der Paciscenten gewesen fenn kann, bem Umftande, ob für eine Schuld eine Specialhppothet bestellt mar oder nicht, ein Gewicht beizulegen.
- 4) Wenn zufälligerweise unter den Domainen oder Staatsgütern linkserheinischer Länder, welche Frankreich veräußert hatte, sich keine besamben, welche für Schulden dieser Länder verpfändet, oder speciell verspfändet waren, und die Auslegung des KöniglichsPreußischen Anwalts richtig wäre; so würden die Besignachfolger für die Verminderung des Staatsvermögens keine Vergütung von der Französischen Regierung zu sordern gehabt haben, obgleich sie die Schulden unvermindert übernehmen mußten. Dhne Zweisel ist aber dieß nicht die Absicht der allierten Regierungen gewesen. Nicht deshalb also, weil die Französische Regierung verpfändete Gegenstände, sondern weil sie Theile des Staatsvermögens der abgetretenen Länder veräußert hatte, sollte sie Vergütung leisten.

Anwalte in Bezug genommenen schiedsrichterlichen Entscheidung des Herzogs von Wellington, welcher, nach der Behauptung des beklagten Anwalts, an die Stelle der Commissaires-juges oder Commissaires-d'arbitrage getreten ist. Auch er hatte nicht zu entscheiden, nach welchem Grundsaße die Schulden der durch den Lüneviller Frieden theilweise an Frankreich abgetretenen Länder zwischen der linken und der rechten Rheinseite zu vertheilen sehen, sondern er hatte die Vergütung sestzusehen, welche auf der einen Seite Frankreich der im Besitse linksrheinischer Länder ihm folgenden Regierung deßhalb keisten solle, weil es Zinsen der durch den Lüneviller Frieden übernommenen Schulden linksrheinischer Länder unbezahlt gelassen, und Staatsvermögen dieser Länder veräußert hatte, und auf der andern Seite zu bestimmen, welche Vergütung Frankreich von seinen Besthuachfolgern wegen der in Französssche Staatsschulz den verwandelten Schulden der wieder abgetretenen Länder empfangen solle.

Ein Mehreres läßt sich aus den eigenen Anführungen des beklagten Auswalts über Gegenstand und Inhalt der Entscheidungen nicht entnehmen.

Es sind nämlich barnach Königlich : Preußischer Seits liquidirt :

.

- 1) Intérêts arriérés de capitaux affectés sur les états du Duché de Cléves. Die Französischen Commissarien verweigerten ihre Anerstennung, weil diese Schulden nicht liquidirt, und Frankreich ohnehin nicht schuldig sey, Zinsen von dettes partageables entre les deux rives du Rhin zu bezahlen. Die Entscheidung aber siel gegen Frankreich aus.
- 2) Capitalien und Binsen, welche auf den verkanften Gütern unterdrückter Corporationen und Kammergütern im Roer-Departement gehaftet, in Ansehung deren entschieden wurde, daß Frankreich die Binsen ganz, jedoch, um eine schwierige Liquidation zu vermeiden, unter Absat von 20 Procent, von den Capitalien aber 1/3 zu übernehmen habe, 1/3 dagegen der Krone Preußen wegen der conservirten, d. h. nicht veräußerten Güter zur Last bleiben müsse.
- 3) Intérêts arriérés de créances affectés sur les états du Duché de Juliers, et de dettes consenties par les états affectées sur les hiens dominaux.

Die Franzbsischen Commissarien erwiederten, daß die Ständischen Schulden nicht vor dem Kriege entstanden, und die Domanialschulden nicht wirklich von den Ständen consentirt sepen; Preußischer Seits wurde entgegnet, daß diese Schulden zu den dettes associées sur des immeubles aliénés gehörten, und die Entscheidung soll gegen Frankreich ausgefallen sepn.

4) Intérêts arriérés des dettes domaniales du pays de Cologne avec hypothèques sur les deux rives du Rhin.

Die Französischen Commissarien setzen die Einrede der Präclusion, auf den Grund des Decrets vom 15. December 1809, entgegen, welches sich auch auf die dettes partageables entre les deux rives beziehe. Dieß wurde Königlich: Preußischer Seits bestritten, und die Entscheidung ging dahin, daß Frankreich 3/3 der Capitalien und die gesammten Binsen nach Abzug von 20 Procent zu bezahlen habe.

# 172 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Fälle.

- 5) Intérêts des dettes d'états hypothéquées sur le territoire de l'Archevêché de Trèves. Hier erfolgten gleiche Einwendungen und Entscheidung, wie ad num. 1.
- 6) Intérêts arriérés de dettes domaniales du ci-devant Electorat de Trèves, welche aus denselben Gründen von Frankreich verweigert, und in der Entscheidung, der Französischen Regierung auferlegt wurden, wie Num. 4.

Alle diese Entscheidungen beziehen sich bemnach lediglich auf die Bergütungen, welche Frankreich an Preußen wegen rückkändig gelassener Binsen von Schulden, und wegen veräußerter Staatsgüter der durch den Frieden von Lüneville an dasselbe abgetretenen Länder zu leisten hatte, und konnten daher die Regierungen rechtscheinischer Länder durchaus nicht interessiren. Um jene Bergütung sesken zu können, war allerdings die Ausmittlung der Schulden erforderlich, welche mit diesen Ländern nach Art. 8. des Lüneviller Friedens auf Frankreich übergegangen waren; aber wenn die damaligen Preußischen Commissarien annahmen, daß Schulden mit rechtscheinischen Specialhypotheken dazu nicht gehörten, und daher diese bei ihren Liquidationen nicht berückslichtigten, so ist dieß lediglich der unrichtigen Auslegung zuzuschreiben, welche sie dem gedachten Friedensartisel gegeben haben, und kann auf die bei der Lisquidation jener Bergütungen gar nicht interessirten rechtscheinischen Länder nicht mehr Schulden übertragen, als denselben friedensschlußmäßig zur Last gefallen waren.

Auch ist nicht abzusehen, aus welchen Gründen die hypothekarische Quastität der Schulden und der Besis der etwaigen Specialhypotheken, wenn auf dieselbe etwas ankommen konnte, nach der Ansicht des Königlichse Preußischen Anwalts nicht bei Landesschulden, sondern nur bei Kammerschulden die Berpssichtung zur Uebernahme begründen soll, und aus welchen Gründen der bestlagte Anwalt die linke Rheinseite zur Uebernahme von Kammerschulden ohne linksrheinische Specialhypothek, ja von nicht hypothekarischen Kammerschulden sür verpssichtet erachtet. Die Unzulänglichkeit des ausgeskellten Theilungsprinzips, das Nichtzutressende desselben auf diese Schuldengattungen kann nicht beweisen, daß gerade sie nach anderen Grundsähen vertheilt werden müssen, sondern nur, daß das Princip überhaupt unrichtig ist. Sollte die allegirte Französsschungen kall nichts gesolgert werden können.

Aus allen diesen Gründen hat in den Bestimmungen der zur Anwendung kommenden Staatsverträge keine Abänderung der oben angeführten allgemeinen Rechtsgrundsäte gefunden, namentlich bei Entscheidung der Frage, welche von den streitenden Bundesregierungen zur Uebernahme Kurtrierischer Schulzden verpslichtet sen, weder auf die hypothekarische Eigenschaft der Schulden und den Besis der verschriebenen Hypotheken, noch überhaupt auf den Besis Kurtrierischen Staatsvermögens, sondern lediglich auf die Succession in die Regierungsrechte über die vormals Trierischen Lande Rücksicht genommen werzden können, folglich die freie Stadt Frankfurt von der Concurrenz zu den zur Beit des Lüneviller Friedens vorhanden gewesenen Kurtrierischen Schulden gäuzlich freigesprochen werden müssen. Diese sind vielmehr nur von der Krone

Preußen und dem Herzogthum Naffau als Regierungsnachfolgern im Kurzstaate Trier zu übernehmen.

Aus demselben Grunde, weil nämlich die freie Stadt Fraukfurt nicht Rezgierungsnachfolgerin in Trierischen Landen geworden ist, und weit die §. 77, 78, 79. und 80. des Reichsdeputations = Hauptschlusses nur den Theilhabern an den rechtscheinischen Entschädigungslanden, zu welchen die freie Stadt Frankfurt nicht gehört, die Verpslichtung zur definitiven Uebernahme der Schulzden auferlegt, kann dieselbe auch nicht schuldig senn, zu den nach dem Frieden von Lüneville und bis zum 1. December 1802 für die Trierischen Lande rechter Rheinseite noch serner contrahirten Kammerschulden zu concurriren.

Ein bindendes Anerkenntniß, vermöge dessen die freie Stadt Frankfurt zur Mitübernahme Trierischer Schulden verpflichtet senn könnte, ist aus den dafür angeführten Umständen nicht zu entnehmen. Allerdings haben Bürger= meister und Rath zu Frankfurt mittelst Schreibens vom 7. Mai 1803 die Provinzialregierung zu Ehrenbreitstein aufgefordert, das Schuldcapital von 60,000 Gulden, für welches außer mehreren rechtsrheinischen Kurtrierischen Cameralintraten der Trierische Hofplat speciell verpfändet mar, nach Verhält= niß des Werths der in beiderseitigem Besitze befindlichen Sypotheken zu über= nehmen, und als diese Aufforderung erfolglos blieb, bei dem Neichshofrath am 17. April 1806 gegen den Fürsten von Nassau-Weilburg ein ihrer Forderung entsprechendes Rescriptum sine clausula ausgewirkt, und es soll ferner im Jahre 1809 die Fürstlich=Primatische geistliche Güteradministration den frü= hern Antrag der Stadt Frankfurt bei der Regierung zu Ehrenbreitstein erneuert, auch in einem Schreiben vom 8. März 1809 dem Herzoglich Nassaui= schen Staatsministerio erklart haben, daß der Fürst Primas mit den Grund= faten, welche der Reichsdeputations-Hauptschluß aufstellt, auch seine durch dies felben begründeten Verbindlichkeiten anerkenne.

Da aber die Regierung zu Ehrenbreitstein den Antrag der Stadt Frankfurt abgelehnt hat, das Rescript des Reichshofraths unvollzogen geblieben ist,
die Anträge der Stadt Frankfurt und der Fürstlich-Primatischen Behörde auf
die Vertheilung nur eines Schuldcapitals nach einem von der Herzoglich-Rassauischen Regierung noch gegenwärtig für unzuläsig erklärten Verhältnisse gerichtet sind, und der Reichsbeputations-Hauptschluß, dessen Bestimmungen für
den Fürsten Primas auch ohne besonderes Anerkenntniß verbindlich gewesen
sepn würden, die Verpstichtung zur definitiven Uebernahme der Schulden getheilter Entschädigungslande keineswegs von dem Besitze der Specialhppotheken abhängig macht; so ist aus den angeführten Umständen gegen die freie
Stadt Frankfurt nichts zu solgern.

Wenn ferner der Anwalt des Herzogthums Nassau anführt, daß die Bestreiung der freien Stadt Franksurt von der Concurrenz zu Kurtrierischen Schuls den mit den sactischen Voraussesungen nicht vereindar sen, auf deren Grund die hohe Deutsche Bundesversammlung die Betheiligung gedachter freien Stadt bei der Auseinandersehung des Trierischen Schuldenwesens, und die Competenz des Austrägalgerichts ausgesprochen habe, so hat auch diese Behauptung als ungegründet erscheinen müssen. Allerdings hat die hohe Deutsche Bundesversammlung dem hiesigen Königlichen Ober-Appellationsgerichte nur die Entsscheidung über die Betheiligung der freien Stadt Frankfurt bei der zwischen

dem Bergogthum Raffau und der Krone Preußen ftreitig gewordenen, alfo bei Frage, welche ber brei Bunbebregierungen und nach welchen Berhaltniffen bies fethen die Kurtrierlschen Schulden zu übernehmen habe, aufgetragen, und das Königliche Ober-Appellationsgericht ist daher nicht besugt, die Ansprüche, welche von der freien Stadt Frankfurt, als jehiger Inhaberin der Forderungen von 40,000 Thalern, 9,333 Thalern 18 Alb. und 3,333 Thalern 18 Alb., auf deren Bezahlung gegen die Krone Preußen und das herzogthum Naffau erhoben worben, jum Gegenstande seines Erkenntnisses zu machen. Daß aber burch bie Berhandlungen dei der hohen Deutschen Bundesversammlung die Concurrenzverbind= lichkeit der freien Stadt Frankfurt bereits entschieden, und daher nur noch über deren Concurrenzverhältniß zu erkennen wäre, ergeben jene Verhandlungen nicht, denn wenn auch die angeordnet gewesene Vermittlungscommission, in dem am 21. Februar 1828 über die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen an die hohe Deutsche Bundesversammlung erstatteten Berichte, der Mitverpflichtung der freien Stadt Frankfurt zur Uebernahme Rurtrierischer Schulden ermähnt hat; so hat doch diefe dagegen sogleich eine Reservation ihrer Rechte eingelegt, und es umfaßt daher der Auftrag der hohen Deutschen Bundesversammlung auch die Entscheidung der Frage, ob die freie Stadt Frankfurt überhaupt Aurtrie: rifche Schulden zu übernehmen habe.

Wie von der Concurrenz zu den Kurtrierischen Schulden, eben so hat die gedachte freie Stadt von der, Herzoglich=Nassauischer Seits derselben anges sonnenen Mitübernahme der Sustentation der Trierischen Dienerschaft und des Trierischen Domcapitels freigesprochen werden müssen.

Denn was zuvörderst die Sustentation der Dienerschaft betrifft; so ist der Anspruch des Staatsdieners auf Vergeltung seiner Dienste und eine angemessewe Versorgung, wenn er bei sortdanernder Bereitwilligkeit, seine Dienste dem Staate zu widmen, durch einen Zusall entbehrlich wird, keine auf dem Staatsdermögen haftende Reallast, sondern eine personliche Forderung an die moralische Person des Staats oder seines Regenten. Daher konnte der Dietsterschaft des aufgelösten Kurstaats Trier nur gegen die Regierungsnachfolger in diesem Staate, nicht aber gegen den Erwerber eines einzelnen Trierischen Staats oder Kammerguts, ein Anspruch auf Sustentation zustehen, und nur den Rachfolgern in der Regierung säcularisirter Länder, namentlich des Kurssürsstehums Trier, nicht aber den Erwerbern einzelner Güter dieser Staaten wird auch durch die Paragraphen 51, 53, 59, 68, 70, 73 und 75. des Reichsdeputations Hauptschlusses die Verbindlichkeit zur Sustentation der Dienerschaften auserlegt.

Was sodann die Sustentation des Trierischen Domcapitels anlangt, so besteht eine kirchliche Prabende oder benesicium in dem, einem Kirchenbeamsten wegen seines Officii beigelegten Rechte zum Genusse der mit demselben verbundenen Einkünfte aus den Gütern der Kirche.

Wiese, Grunds. des Kirchenrechts, g. 194.

Böhmer pr. jur. can. §. 556.

Der Beneficiat beziehet seine Einkünfte unmittelbar aus den ihm angewies senen Rirchengütern, und sein Unterhalt ist eine auf diesen Gütern selbst haftende Last. Daher stellt der Reichs-Deputationsrecest in den § 34, 35, 53, 61, 68, und 72 den allgemeinen Grundsahauf, daß die Erwerber der domeapitelis

fchen Guter zur Sustentation ber Domcapitel verpflichtet fepen. Auf das Dom: capitel zu Trier aber konnte dieser Grundsay nicht angewendet werden, weil demfelben laut g. 69. bes Hauptschlusses auf ber rechten Rheinseite fein eigener Fond geblieden war. Daher ergriff die Reichsbeputation den Ausweg, im 5. 69. den rechtsrheinischen Resten der Trierischen Lande die Sustentation des Kurfürsten, welche denselben sonst obgelegen haben würde, abzunehmen, diese dem Kurfürstlichen Collegio aufzuerlegen, und dagegen im §. 70. die neuen Besitzer der Reste der Trierischen Lande zur theilweisen Snstentation bes Domcapitels zu verpflichten. Der Rest der erforderlichen Sustentationssumme sollte durch die nach S. 75. zu errichtende Sustentationscasse gedeckt werden, und daneben wurde benjenigen Landesherren, welchen die Ueberreste solcher Lande, auch der Einkunfte der Domcapitel und anderer Corporationen zustelen, die Verpflichtung auferlegt, in subsidium für den Unterhalt der leidenden Interessenten zu sorgen. Alle diese über die Sustentation der Domcapitel, namentlich des Trierischen, erlassenen Bestimmungen sind auf die freie Stadt Frankfurt nicht anwendbar, denn der Trierische Hof mar nicht domcapitelische Besthung, und da die freie Stadt Frankfurt nicht Theilhaberin der Trierischen Lande geworden ist, so lag derselben weder die Verpflichtung zur Sustentation des Kurfürsten von Trier ob, an deren Stelle der g. 70. die theilweise Sustentation des Domcapitels sette, noch konnte sie von der substdiaren Berbindlichkeit zur Unterstützung dieser hulfsbedürftigen Staatsangehövigen betroffen werden, von welcher der f. 75. handelt.

. Gehen wir nunmehr zu bem

zweiten Streitgegenstande, und Kainden Kainen Kurtzierischen Kaindes und Cai

nämilich ber Bertheilung der Kurtrierischen Landes und Cameralschulden auf vie zu deren Uebernahme allein verpflichtete Herzoglich : Naffauische und Königlich : Preußische Regierung über, so kommen dabei zwei Hauptelassen Erierischer Schulden in Betracht, nämlich:

- 1) diejenigen, welche zur Zeit bes Friedensschlusses von Lüneville vorhans den waren, und nach Maaßgabe der Bestimmungen dieses Tractats von dem linksrheinischen Theile des Kurfürstenthums Trier zu übertehmen gewesen wären;
- 2) diejenigen, welche ohne Concurrenz ber linken von der rechten Rheinsseite allein zu tragen, daher von der Krone Preußen und dem Herzogsthum Nassau als Besitzern der rechtscheinischen vormals Trierischen Lande zu übernehmen sind, und außer der rechtscheinischen Rate der Schulden der ersten Classe, auch aus den privativen Schulden der rechten Rheinseite bestehen.

Den Differenzen, welche wegen der Uebernahme beider Classen von Schulz den entstanden sind, schließt sich

3) eine Vergütungs- und Compensations-Forderung an, welche Herzoglich-Nassauischer Seits der rechten Rheinseite und resp. dem Herzogthum Nassau allein, gegen die linke Rheinseite wegen bereits zu viel übernommener Trierischer Schulden beigelegt wird.

Was demnach

I.

Die Schuldenabtheilung zwischen der linken und der rechten

Rheinseite betrifft, so kommt dabei zuvörderst die Frage in Betracht, welche Schulden auf dem Aurstaat Trier und dessen einzelnen Abtheilungen zur Beit der Trennung seines linksrheinischen von seinem rechtsrheinischen Theile hafteten.

In dieser Beziehung hat der Anwalt der Krone Preußen das als Ans lage I. ber Berzoglich Naffauischen Rlagschrift producirte Generalverzeichnis der Rurtrierischen Landes= und Rammerschulden im Allgemeinen als richtig anerkannt. Db die hier verzeichneten Schulden an sich rechtsbeständig und liquide, ob sie noch fortbestehend oder durch spätere Greignisse erloschen fenen, geht nur die Rechte der Gläubiger an, und ist sowohl nach Maakgabe des Auftrags ber hohen Deutschen Bundesversammlung, als auch nach der über= einstimmenden Erklärung beider streitenden Theile nicht Gegenstand der jest abzugebenden Entscheidung, welche sich nur unter der Voraussehung, daß die verzeichneten Schulden wirklich vorhanden maren, mit deren Vertheilung zu beschäftigen hat. Daher ift es auch tein hinderniß der Entscheidung, daß etwa noch unbekannte Anttrierische Landesschulden vorhanden senn mogen, in Ansehung deren beiderseitige Anwälte darüber einverstanden sind, daß die Rechte uud Verbindlichkeiten beider Rheinseiten fich nach dem Betrage bestim= men muffen, welcher sich durch die gemeinschaftlich vorzunehmende Revision und Abschließung der Generaleinnehmerei = Rechnungen als liquid ergeben merde.

Das herzogthum Naffau forbert nun klagend

A) die Concurrenz der Krone Preußen als Bestserin der linken Rheinseite zu allen in dem Generalverzeichnisse aufgeführten Kurtrierischen Schulden, nach dem für die verschiedenen Schuldclassen mit beiderseitiger Einwilligung festgesetzen, und unter I A, AA und BB des Erkenntnisses aufgeführten Theis lungsmaaßstäben, während die Krone Preußen im Uebrigen zwar die Concurrenzverdindlichkeit der linken Rheinseite anerkennt, jedoch

- 1) den Anspruch des Herzogthums Nassau auf deren Concurrenz zu gewissen Kurtrierischen Schulden an sich für nicht rechtlich begründet, und dieselben für alleinige Lasten der rechten Rheinseite erklärt,
  weil diese Schulden entweder
  - a) mit rechtsrheinischen Specialhppotheken versehen, ober
  - b) nach der im Jahre 1794 erfolgten französischen Besehung der linken Rheinseite contrahirt, oder
  - o) aus anderen in ihrer Entstehungsart liegenden Gründen, nicht als Lasten der linken Rheinseite anzusehen sepen,

und

2) in Ansehung anderer Schuldposten dem Anspruche auf Concurrenz der linken Rheinseite, sowohl in so fern, als derselbe an und für sich rechtlich begründet sen, als auch eventuell in so fern derselbe als an sich unbegründet bestritten wird, die Einrede der Präelusion opponirt.

Daneben fordert das Herzogthum Nassau,

B) daß von beiden streitenden Regierungen gemeinschaftlich die Revisson und Abschließung der bis zur Aussösung des Kurstaats Trier geführten Genezaleinnehmerei = Rechnungen vorgenommen werde, indem daraus sich ergeben werde, welche Posten als gemeinschaftliche Schulden des ganzen Kurstaats, und welche als privative Schulden des Ober = und Niedererzstifts, resp. auch

der geistlichen und weltlichen Stände zu betrachten seyen. Der beklagte Answalt erklärt zwar die Bereitwilligkeit der Krone Preußen, zur Revision und Abschließung der Generaleinnehmerei = Rechnungen mit zu wirken, hält aber jede Berechnung der verschiedenen Generaleinnehmerei=Cassen über gegenseitig etwa geleistete Vorschüsse, so wie die Vertheilung der auf beiden Rheinseiten vorhandenen Cassenrückstände für unzulässig, und trägt eventuell darauf an, daß dem klagenden Anwalte aufgegeben werde, alles was derselbe fordern zu können glaube, bestimmt und in Jahlen anzugeben. Nur in Beziehung auf den vorerwähnten Jweck ist demnach die verlangte gemeinschaftliche Revision und Abschließung der Generaleinnehmerei=Rechnungen Gegenstand des Streits und der Entscheidung.

Das Erkenntniß über die Schulbenabtheilung zwischen der linken und der rechten Rheinseite hat daher folgende allgemeine Fragen zu entscheiden:

- A) Ist der Herzoglich-Nassauische Anspruch auf die Concurrenz der linken Mheinseite zu den Kurtrierischen Landes = und Kammerschulden, soweit derselbe den obigen Bemerkungen zufolge von Seiten der Krone Preußen bestritten wird,
  - 1) an sich rechtlich begründet?
  - 2) durch die Einrede der Präclusson elidirt?
- B) Ift der Anspruch des Herzogthums Nassau auf gemeinschaftliche Revisson und Abschließung der bis zur Aussösung des Kurstaats Trier geführten Generaleinnehmerei=Rechnungen überhaupt zulässig und genügend substantiirt?

Einzelner speciellerer Streitpuncte wird an den betreffenden Orten Erwäh= nung geschehen.

So viel aber die Entscheidung der so eben aufgestellten allgemeineren Streitfrage, und zwar zuerst des

#### ad A 1

erwähnten Streitpuncts betrifft, so findet sich die Widerlegung der Behauptung des beklagten Anwalts, daß die linke Rheinseite zu den mit rechtscheinisschen Specialhypotheken versehenen Trierischen Kammerschulden nicht beizutragen habe, schon in der obigen Ausführung, daß die Verpflichtung zur Uebernahme der Schulden eines getheilten Landes nicht von deren hypothekarischer Eigenschaft, oder dem Besitze der verpfändeten Gegenskände, sondern lediglich von dem Eintritte in die personlichen Verbindlichkeiten des aufgelösten Staats abhange, auf welche demnach hier Bezug genommen wird.

Nicht minder ungegründet hat die Behauptung des Beklagten Anwalts erscheinen mussen, daß die nach der Französischen Besetzung der linken Rheinsseite contrahirten Trierischen Landes = und Kammer = Schulden von der rechten Rheinseite ohne Concurrenz der linken zu übernehmen sepen.

Gestütt wird diese Behauptung auf die völkerrechtlichen Principien über die oocupatio bellica, welche von Seiten der Französischen Regierung in den von ihr besetzen linksrheinischen deutschen Ländern streng zur Anwendung gesbracht, auch in deutschen reichsgesetzlichen Bestimmungen anerkannt, durch die Friedensschlüsse von Campo-Formio und Lüneville, einen Französisch-Baperischen Tractat vom 21. August 1801, den Art. 24 des Tilsiter Friedens und

die Preussisch = Westphälische Convention vom 28. April 1811, Art. 2, bestätigt und auch der Billigkeit entsprechend sepen.

Vernehml. §. 24, 28, 35, 59.

1

Duplif &. 8, 35, 36 und nr. act. 45, 46.

Alle diese Argumente sind jedoch theils an sich unrichtig, theils für den vorliegenden Fall nicht entscheibend.

Die von dem beklagten Anwalte aufgestellten Principien, daß der Regent eines vom Feinde beseten Landes oder Landestheils für die Dauer der Besetsung seiner Hoheitsrechte, namentlich der Besugniß verlustig werde, für den besetzen Landestheil behuf der Bedürfnisse desselben Schulden zu contrahiren, daß kein Bewohner des seindlich besetzen Landestheils berechtigt sen, dem Landesherrn gegen den Feind Hülse und Beistand zu leisten — Principien, welche dem Staate das Recht der Selbsterhaltung, dem eindringenden und vom wandelbaren Kriegsglücke begünstigten Feinde gegenüber, schmälern und unter Umständen ganz unwirksam machen würden — können wir im Europäischen Völkerrechte nicht begründet sinden. Nur so viel kann

conf. Hugo Grotius de jure belli ac pacis L. III. cap. 6. §. 3, 4.

Pufendorf de jure nat. et gent. L. IV. cap. 6. §. 14.

Vattel droit des gens, L. III. chap. 13, 14.

Martens précis du droit des gens, §. 280, 282, 283.

als richtig anerkannt werden, daß der occupiren de Feind die Regierungsrechte des Regenten nicht mehr auzuerkennen verpflichtet, sondern dieselben als auf sich selbst übergegangen zu betrachten berechtigt ist. Dieselben Besugnisse muß er aber, so lange der Krieg fortdauert, auch seinem Gegner einräumen. Auch dieser ist besugt, nur seine, nicht aber die Regierungshandlungen des Feindes als gültig und rechtmäßig anzuerkennen, denn die letzteren beruhen nicht auf einem ihn verpflichtenden Rechtstitel, sondern lediglich auf einem durch des Feindes überlegene Kräste herbeigeführten factischen Zustande, welchem die augenblicklich schwächere Partei ein Ende zu machen berechtigt ist, sobald das Uebergewicht der Kräste oder das Glück sich auf ihre Seite neigt. Dieß ist der Grund des juris postliminii, vermöge dessen, sobald dem Feinde das Geswonnene wieder entrissen wird, der frühere Rechtszustand von selbst wieder eintritt, und der Regent seine eigene Regierung rechtlich als nicht unterbrochen, die Regierungshandlungen des Feindes als nicht geschehen zu betrachten besrechtigt ist.

Von einem Postliminio kann zwar dann nicht die Rede sein, wenn der Feind bis zur Beendigung des Kriegs im Besite des occupirten Landes bleibt, und der Krieg mit dessen dessnitivem Verluste für den bisherigen Regenten endigt, wie dieß in Ansehung der linksrheinischen Trierischen Lande der Fall gewesen ist. Wenn aber der Krieg nicht durch gänzliche und unbedingte Unterjochung des seindlich besetzen Landes, sondern durch einen Friedensschluß beendigt wird, in welchem der Feind sich von dem seines Besitzes entsetzen Regenten das besetze Land abtreten läßt; so erkennt er dadurch selbst an, daß er zur Begründung eines Rechtes an dem besetzen Lande noch der Einwillizgung des abtretenden Regenten bedürse, durch welche dieser der Besugniß entsfagt, durch Wassengewalt das Verlorene wieder zu erringen; er erkeunt das

durch an, daß noch zur Beit des Friedensschlusses der Bestegte der rechtmäßige Inhaber der Staatsgewalt sep, denn sonst würde er sich dieselbe nicht abtreten lassen. Folglich muß er auch die Regierungshandlungen als gültig anerkennen, welche der abtretende Regent auf eine, nach der Verfassung des Landes rechtszgültige Weise vorgenommen hat, und der Beitpunct der Regierungsnachfolge ist nicht derjenige, in welchem das Land besetzt, sondern derjenige, in welchem es abgetreten wurde. Nur durch specielle Bestimmungen des Friedenstracztats würde dieses rechtliche Verhältniß abgeändert werden können.

Der linksrheinische Theil des Kurfürstenthums Trier wurde von Kaiser und Reich durch Art. 6. des Lüneviller Friedens an Frankreich abgetreten, und es heißt in diesem Artikel, daß der Kaiser im eigenen und im Namen des Deutschen Reichs einwillige,

à ce que la République Française possède désormais en toute souveraineté et propriété les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisaient partie de l'Empire Germanique, de manière que le Thalweg du Rhin soit désormais la limite entre la République Française et l'Empire Germanique.

Désormais aber bezeichnet die Inkunft, und schließt die Vergangenheit aus, folglich, und da der Tractat ein Anderes nicht ausdrücklich bestimmt, war der Zeitpuuct des Uebergangs der Regierungsrechte über die Trierischen Lande linker Rheinseite auf Frankreich kein früherer als der 9. Februar 1801, und die Französische Regierung war verpslichtet, die Verbindlichkeit der Regierungshandlungen, welche von dem Aurfürsten von Trier innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen seiner Besugnisse bis zu diesem Zeitpuncte vorgenommen, und der Schulden, welche von demselben bis dahin contrahirt waren, für die linke Rheinseite anzuerkennen. Gleiche Verbindlichkeit aber liegt nach Art. 25. der Wiener Congreßacte vom 9. Juni 1815 der Krone Preußen ob.

Ein Anderes würde anzunehmen senn, wenn der Art. 8. des Lüneviller Friedens die Französische Republik von der Uebernahme der nach Ausbruch des Kriegs noch contrahirten Schulden befreit hätte, denn durch eine solche Bestimmung würde dieselbe auch von der Uebernahme der nach der Besehung der linkscheinischen Trierischen Lande bis zum Lüneviller Frieden contrahirten Schulden befreit senn. Aber der Lüneviller Friedenstractat enthält eine solche Bestimmung nicht. Ausdrücklich ist sie im Art. 8. nicht ausgesprochen, man kunte sie nur implicite in der Bezugnahme auf den Tractat von Campos Formio ausgedrückt sinden. Aber auch dieß würde unzulässig senn, denn da es im Art. 8. heißt:

ainsi qu'il avait été sait par les articles 4 et 10 du traité de Campo-Formio, so hat offenbar durch den Art. 8. des Lüneviller Friedens in Ansehung der Schuldenübernahme ein Princip ausgestellt werden sollen, in welchem bei de angezogene Artisel des Friedens von Campo-Formio übereinskimmten; dieß war aber nur hinsichtlich des Grundsapes der Fall, daß mit den abgetretenen Ländern auch die dettes hypothéquées sur le sol auf die Erwerber übergehen, nicht aber daß diese von den dettes contractées avant la guorre besteit bleiben sollen, denn nur jene Regel ist in beiden Artiseln, diese Beschränkung aber ist nur im Art. 4. enthalten, bezieht sich

180

also nur auf die Schulden der Desterreichischen Niederlande, in Anschung der ren sie freilich durch den Art. 8. des Lüneviller Friedens nicht wieder aufge- hoben wurde, da die Abtretung dieser Provinzen an Frankreich, wie sie durch den Tractat von Campo-Formio geschehen war, im Art. 2. des Lüneviller Tractats bestätigt ist.

Bei den früheren Rastatter Friedensverhandlungen hatten allerdings die Französischen Gesandten von den Schulden der an Frankreich abzutretenden Länder, welche auf die Französische Regierung übergehen sollten, diejenigen ausgeschlossen, qui auroient été contractées à l'occasion et pour les frais de la guerre que l'Empire a faite à la République,

Noten vom 28. Fructidor VI. und 12. Bendemiaire VII. (14. Sepztember und 3. October 1798.)

und die Reichsfriedensdeputation hatte endlich in diese Beschränkung gewilligt. Note vom 11. December 1798.

Aber die Rastatter Verhandlungen haben keinen Friedensschluß herbeiges führt, und können nur da zur Interpretation des Lüneviller Friedens benutt werden, wo auf dieselben ausdrücklich Bezug genommen ist, und dies ist hinssichtlich des Schuldenpuncts nicht geschehen.

Auch der Reichsdeputations = Hauptschluß verräth in keiner seiner Bestimmungen die Absicht, die Französische Republik von den nach ausgebrochenem Kriege noch contrahirten Schulden der abgetretenen Länder zu befreien, in so sern nicht Verträge der Französischen Regierung mit einzelnen Reichsständen, deren der §. 38. gedenkt, die aber für die übrigen Reichsstände nicht verpsichtend sein konnten, und zu welchen namentlich der angeführte Französisch= Bayerische Vertrag vom 21. August 1801 gehört, ein Anderes mit sich bringen. Sine Ausnahme machen nach §. 83. st. die Kreidschulden derzenigen Reichskreise, welche aus rechts = und links rheinischen Ländern zusammengesetzt waren, aber die Kreisschulden sind nicht Gegenstand des vorliegenden Austrägalversahrens und es treten bei denselben auch ganz andere rechtliche Verhältnisse ein, als bei den Schulden einzelner, durch den Lüneviller Frieden zerzstückelter Reichsländer.

Die Französische Regierung hat allerdings dem Art. 8. des Lüneviller Friedens eine der Intention des beklagten Anwalts entsprechende Deutung gegeben, indem das Kaiserliche Dekret vom 9. Bendemiaire XIII. nur die vor dem Kriege contrahirten Schulden der abgetretenen Länder zur Inscription in das große Buch der Französischen Staatsschuld für geeignet erklärte. Dieses Decret ist aber ein einseitiger Act der Französischen Regierung und konnte die rechtsrheinischen deutschen Lande nicht mit Lasten beschweren, welche denselben nach dem Lüneviller Frieden nicht oblagen. Und wenn nach Art. 24. des Eilsster Friedenscontracts und der Convention vom 28. April 1811, Art. 13., nur die Schulden, mit welchen die damals abgetretenen Königsich Preußischen Provinzen schon vor dem Kriege belastet waren, auf die neuen Besister überzgehen sollten; so verpsichten diese Tractate zwar die Paciscenten, aber sie können nicht den Sinn des über andere Länder und unter andern Parteien abzgeschlossenen Tractats von Lüneville bestimmen.

In den Pariser Tractaten von 1814 und 1815 ist es nur der Art. 9. der Separatconvention vom 20. November 1815, welcher die Ansicht des be-

klagten Anwalts scheinbar begründen konnte, denn derselbe bestimmt, daß bei der Liquidation der unbezahlt gebliebenen Zinsen derjenigen Schulden, welche nach den Friedensschlüssen von Campo-Formio und Lüneville von Frankreich hätten übernommen werden müssen, die Liquidationscommissarien außer den Friedensschlüssen auch die actes et lois du gouvernement français sur la liquidation des créances de la nature de celles dont il s'agit zur Richtschnur nehmen sollen. Zu diesen actes et lois gehort das Decret vom 9. Vendemiaire XIII., dessen Grundsah, daß Frankreich nur die vor dem Kriege contrahirten Schulden zu übernehmen gehabt habe, daher von den alliirten Mächten vertragsmäßig anerkannt zu sein scheint. Da jedoch die Convention durch wörtliche Wiederholung des Art. 8. des Lüneviller Friedens deutlich beweist, daß es nicht die Absicht war, dessen Bestimmung in irgend einer Beziehung abzuändern, so kann jene Vorschrift der Separatconvention wohl auf das zu beobachtende Verfahren, aber gewiß nicht auf den materiellen Umfang der Verpssichtungen Frankreichs bezogen werden.

Durch reichsgesetliche Vorschriften, z. B. das Conclusum vom 16. Mai 1710, die Reichsgutachten vom 17. Juni 1713 und 27. Mai 1734, 25. März 1795, ist allerdings in einzelnen Fällen den Reichsständen, welche durch seindliche Invasion und Verheerung ihrer Lande ganz oder theilweise unvermögend geworden waren, ein Erlaß an den dem Reiche zu entrichtenden Steuern bewilligt, aber diese, die inneren Verhältnisse des Deutschen Reichs betreffenden Bestimmungen, können in den Verhältnissen deutscher Reichsstände zu einer auswärtigen Macht nicht als Entscheidungsquellen dienen.

Was aber die von dem beflagten Anwalte angerusenen Gründe der Billigkeit betrifft, so würden diese, wären sie auch noch so dringend, bei der Interpretation des Tractats von Lüneville nur in so sern berücksichtigt werden können, als nachgewiesen werden könnte, daß und in welchem Maaße dessen Bestimmungen gerade aus diesen Billigkeitsgründen hervorgegangen sepen, was aber überall nicht nachgewiesen ist.

Wenn nun den bisherigen Aussührungen zufolge, die Französische Regierung verpslichtet war, alle rechtsgültigerweise für den linksrheinischen Theil des Kurfürstenthums Trier bis zum Lüneviller Frieden contrahirten Schulden zu übernehmen; so würde dabei nach allgemeinen Rechtsgrundsäßen auf die Frage, ob die Contrahirung der Schulden im wahren Interesse und zum wirklichen Nußen des Landes geschehen war, nichts ankommen können, denn eine contrahirte Schuld ist für den Schuldner auch dann verpslichtend, wenn er aus derselben keinen Nußen gezogen hat. In dieser Beziehung aber enthält der Art 8. des Friedens von Lüneville allerdings eine, der Französischen Regiezrung vortheilhafte Beschränkung.

Nachdem nämlich im Eingange des Artikels der auch in den Artikeln 4. und 10. des Friedens von Campo-Formio enthaltene Grundsas aufgestellt ist, daß die Französische Republik die Schulden der abgetretenen Länder zu übernehmen habe, folgt der beschränkende Zusap:

mais attendu les difficultés qui sont survenues à cet égard sur l'interprétation des dits articles du traité de Campo-Formio il est expressément entendu, que la République Française ne prend à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par ces états des pays cédés ou des dépenses faites pour l'administration effective des dits pays. Frantreich hat daher nur übernommen:

1) Schulden, die aus landständisch consentirten Anleihen herrühren;

2) diejenigen Schulden, welche aus den Kosten ber administration effective der abgetretenen Länder herrühren.

Bas diese zweite Classe der übernommenen Schulden betrifft, so ist die Abstidung ministration oder Verwaltung eines Landes nichts anderes, als die Ansübung der Staatsgewalt in ihren einzelnen objectiven Beziehungen, oder die Aussidung der Regierungsrechte. Die dettes résultantes des dépenses kaites pour l'administration effective des dits pays sind daher diejenigen, welche wirklich and den Regierungsbedürsnissen der abgetretenen Länder hervorgezangen sind, und umfassen daher zwei Unterarten von Schulden:

- a) eigentliche Rückstande an Verwaltungstoften, z. B. an Gehalten ber Dienerschaft, dffeutlichen Bautoften, für Lieferungen u. s. w.
- b) Schulden, z. B. Anleihen, welche contrahirt murden, um Verwaltungskosten zu tilgen, und dazu wirklich verwendet worden sind, bei welchen daher par ratio wie bei den unter a) gedachten Schulden eintritt.

Bei jedem einzelnen Schuldposten, welcher von Frankreich übernommen werden sollte, hatte daher die Qualität einer eigentlichen Verwaltungsschuld nachgewiesen werden mussen, der landständische Consens zu einer Anleihe aber konnte mit gutem Grunde als ein Surrogat dieses Beweises angesehen wers den, machte daher denselben überstüssig.

Wenden wir uns nunmehr zn den einzelnen Schuldposten, in Ansehung deren die Krone Preußen die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite bestreitet, so gehort dahin:

## A. unter ben Lanbesschulben

1) das Mülhens'sche Anlehen ständischen Theils zu 208,666 Thir. 36 Alb. und zwar einstweilen abgesehen von der später theilweise ersfolgten Einlösung der ausgegebenen Partialobligationen.

Die Verpflichtung der Krone Preußen, diese Schuld für den linksrheim: schen Theil des ehemaligen Knrfürstenthums Trier, mithin für das Obererzsstift, und den linksrheinischen Theil des Niedererzstifts pro rata zu übernehmen, wird nach Maaßgabe des Art. 8. des Lüneviller Friedens begründet sepn, wenn das Anlehen mit landständischem Consense contrahier oder für die Verwaltung des linksrheinischen Landestheils verwendet worden ist.

Als landständisch consentirtes Anlehen kann dasselbe nur in Beziehung auf das Niedererzstift, nicht aber in Beziehung auf das Obererzstift angesehen werden, weil, wie der klagende Anwalt einräumt, nur die niedererzstiftischen, nicht aber die ohererzstiftischen ständischen Directorien an den Verhandlungen über die Contrahirung der Schuld Theil genommen haben, die letzteren aber auch zu denselben wegen der bereits erfolgten seindlichen Besehung der Stadt Trier nicht zugezogen werden konnten. Die Obligation vom 12. September 1794 ist zwar, wie deren Singangsworte ergeben, von des Niedererzstifts geist und weltlichen Standes landschaftlichen Directoren, nicht bloß für sich, sondern auch im Namen der obererzstiftischen geist und weltlichen Directoren

vollzogen, da sie aber hierzu von den obererzstiftischen Directoren keinen Auftrag hatten, und die erfolgte Ratihabition der letteren von dem klagenden Anwalte nicht behauptet worden ist, so kann jene Erklärung der niedererzstiftischen Directoren den Consens der obererzstiftischen nicht beweisen oder erseten. — Nur in so fern, wie das Anlehen als dette résultante des dépenses kaites pour l'administration effective des Obererzstifts anzusehen senn möchte, würde daher die Krone Prensen wegen dieses Landestheils eine Rate desselben zu übernehmen haben.

In dieser Beziehung beruft der klagende Anwalt sich darauf, daß das Anslehen zur Bestreitung nothwendiger, dem ganzen Kurstaate Trier verfassungsmäßig obgelegener Lasten, behuf deren die erforderlichen Steuern von sämmtslichen Ständen bereits bewilligt und ausgeschrieben gewesen, und nur des Kriegsdranges wegen noch nicht hätten erhoben werden können, bestimmt gewesen und verwendet worden sen.

Rlage &. 15. Replit &. 12.

Die Bestimmung oder der 3weck des Anlehens aber ift an und für sich nicht erheblich; es kommt vielmehr nach dem Art. 8. des Lüneviller Friedens darauf an, daß die angeblichen Gelder für die Verwaltungsbedürfnisse des Oberergstifts wirklich verwendet sepen: denn nur unter dieser Boraussepung kann die Schuld in Beziehung auf das Obererzstift als dette résultante des dépenses faites pour l'administration effective du pays angesehen mer: den. Unter dieser Voraussetzung aber mar sie auch wirklich eine Schnld des Oberergstifts, weil die herleiher von den oberergstiftischen Ständen, ungeachtet diese den Darlehnscontract nicht mit abgeschlossen hatten, durch die condictio ex mutuo mit der adjectitia qualitas de in rem verso den für das Obererzstift verwendeten Theil des Anlehens zur Verfallzeit einzuklagen berechtigt gemesen senn murden. Es murde auch der Verpflichtung der Krone Preußen zur Mitübernahme der Schuld wegen des Obererzstifts nicht im Wege stehen, daß dieser Landestheil zur Beit der Contrahirung des Anlehens, der Ginzahlung der angeliehenen Gelder in die niedererzstiftischen Generaleinnehmerei=Caffen und ihrer Bermendung für die Bedürfnisse des Staats, bereits vom Feinde beset war, indem die dadurch herbeigeführte Trennung des Obererzstifts von bem Rurstaate, den obigen Ausführungen zufolge, nur ein factischer Bustand war, und die Bewohner des Obererzstifts von ihren verfassungsmäßigen Ver= bindlichkeiten gegen den Staat nicht befreien konnte. Aber wenn anch als ge= wiß angenommen werden muß und von dem beklagten Unwalte nicht bestritten wird, daß das Antehen an die Stelle eines Theils der im Marg 1794 von fämmtlichen vier erzstiftischen Ständen behuf nothwendig gewordener Gesammt= ausgaben des gangen Kurstaats für die Jahre 1793 und 1794 bewilligten und zur Erhebung ausgeschriebenen Steuern zu treten und diesen zu tilgen be= stimmt gemesen sen; so constirt boch nicht, daß diejenigen 264,000 Gul= den, welche vor dem Abschlusse bes Friedens von Lüneville von den Herleihern eingezahlt worden find, zur Bestreitung der Ausgaben, behuf deren die Steuern bewilligt und ausgeschrieben maren, wirklich verwendet worden sepen, vielmehr ift dieses von dem beklagten Anwalte in Abrede gestellt. Dieser factische Umstand muß baher durch eine Beweisführung in rechtliche Gewißheit gesest werden, und da das Herzogthum Nassau auf denselben seinen Anspruch

auf Concurrenz des Obererzstifts gründet, so liegt dem klagenden Anwalte die Beweislast ob. Hierdurch rechtsertigt sich die Beweisauslage unter II, A, 1, a des Erkenntnisses. Wenn dieser Beweis geführt und gegendeweislich nicht elis dirt werden sollte; so wird derjenige Betrag des Aulehens, in Ansehung dessen beides der Fall seyn wird, als eine Schuld des ganzen Kurstaats Trier anzussehen und nach dem für Landesschulden dieser Art sestgesetzen Verhältnisse von beiden Rheinseiten dergestalt zu übernehmen seyn, daß davon 82 1/5 Prozent auf die linke und 17 1/5 Procent auf die rechte Rheinseite fallen. In so sern hingegen der gedachte Beweis nicht geführt oder gegendeweislich elidirt werden möchte, ist der bis zum Lüneviller Frieden realisite Theil des Anleshens alleinige Schuld des Niedererzstifts beider Rheinseiten, und hat davon die linke Rheinseite 60, die rechte 40 Procent zu übernehmen.

Des Beweises der Verwendung für die linke Rheinseite bedarf es in Beziehung auf das Niedererzstift nicht, weil die niedererzstiftischen Stände zu der Anleihe consentirt haben, und die feindliche Besehung des linksrheinischen Theils des Niedererzstifts zur Zeit der Einzahlung eines Theils der angeliehenen Gelder unerheblich ist.

Nach Abschluß des Lüneviller Friedens sind von dem Mülhens'schen Anlehen noch 49 Partialobligationen zu dem Nominalwerthe von 49,000 Gulden in Umlauf gesetzt, und mit dem Erlöse getilgt:

a) an ruckständigen Binsen nach übereinstimmender Angabe beiber Theile 20,000 Gulden,

num. act. 11, p. 43. und num. act. 25, p. 28. und nach der fernern Behauptung des klagenden Anwalts, welche vom beklagten Anwalte mit Stillschweigen übergangen ist, 1,141 Gulben 40 Kreuzer,

num. act. 11, p. 43.

β) als Prolongationsprämie für das gesammte Anlehen incl. des Came= ralantheils sind verwendet 25,000 Gulden,

num. act. 11, p. 43. num. act. 25, p. 28. und es werden

γ) als Verlust an dem Nominalwerthe der nur zu 94 Procent ausgege= benen Obligationen vom klagenden Anwalte berechnet 2,940 Gulden,

num. act. 11, p. 43.

Die Berechnung des klagenden Anwalts übersteigt die Summe von 49,000 Gulden um 81 Gulden 40 Kreuzer. Da aber derselbe diesen unbezdeutenden Betrag nur ante lineam aufgeführt und die Concurrenz der linken Rheinseite zu demselben nicht gefordert hat, so hat man gerichtsseitig denselzben nicht besonders berücksichtigt.

Was aber die Concurrenz der linken Rheinseite zu den gedachten Posten, und zwar,

ad  $\alpha$ )

# ben Binfen

anlangt, so folgen sie vermöge ihrer accessorischen Natur dem Capitale. Ift bieses daher eine Schuld bes ganzen Kurstaats, oder nur Schuld des Nieder:

erzstifts, so waren es auch die zu bezahlenden Zinsen, und folglich ist es auch die zu deren Tilgung durch Ausgabe der Partialobligationen contrahirte Schuld. Von dem Resultate des dem klagenden Anwalte auserlegten Beweises wird es daher auch abhangen, ob und in wie weit der Betrag der für die Zinsrückkände ausgegebenen Obligationen der linken Rheinseite zu 82½ Procent, oder nur zu 60 Procent zur Last fallen muß. Da es jedoch bei ermangelnder Erklärung des beklagten Anwalts, ob die vom klagenden Anwalte bezrechneten 1,141 Gulden 40 Kreuzer wirklich zur Abtragung von Zinsen des Mülhens'schen Anlehens verwendet sind, über diesen Punct noch an rechtlicher Gewißheit gebricht, so hat von dem beklagten Anwalte hierüber eine bestimmte Erklärung gesordert werden müssen, und wird, wenn diese verneinend ausfallen sollte, der klagende Anwalt, außer dem oben erwähnten, auch noch den unter II, A, 1, b des Erkenntnisses normirten Beweis zu führen haben.

ad  $\beta$ )

die Prolongationsprämie von 25,000 Gulden
betreffend, von welcher 7,500 Gulden für den Cameralantheil gezahlt sepn
sollen, so ist die Krone Preußen zu derselben weder für die obererzstiftischen
Stände, noch für die niedererzstiftischen Stände linker Rheinseite zu concurriren
verpflichtet.

Der klagende Anwalt läßt es im Dunkeln, ob die Gebrüder Mülhens, welchen der Absat der nach dem Lüneviller Frieden noch ausgegebenen Partialvbligationen anvertraut war, die Prolongationsprämie ohne vorgängiges besonderes Versprechen und etwa nur mit gleichzeitiger oder nachgesolgter ausdrücklicher oder stillschweigender Genehmigung der nach dem Lüneviller Frieden rechts des Rheins bestandenen Trierischen Finanzverwaltung an dem abzuliefern gewesenen Erlöse der abgesehten Obligationen gekürzt haben, oder ob sie dazu durch ein vorhergegangenes Versprechen autorisit waren, und ob dieses Versprechen ihnen erst nach oder schon vor Abschluß des Lüneviller Friedens gegeben war. Es ist dadurch nothwendig geworden, bei der Entscheidung alle diese verschiedenen Fälle zu berücksichtigen.

Wenn demnach

1.

den Gebrüdern Mulhens die Prolongationsprämie nicht besonders versprozen war, so würde der Rechtsgrund für die Concurrenz der linken Rheinseite lediglich in der, für dieselbe nühlichen Verwendung der Prämie zu suchen sepn. Für die linke Rheinseite aber hatte dieselbe keinen Rupen, denn wenn auch das Anlehen im September 1800 hätte zurückgezahlt werden müssen: so konnte es doch keiner Geldopfer bedürfen, um die Gläubiger zu einer Stundung zu bewegen, zu welcher sie durch die damaligen Zeitumstände schon geznöthigt waren, indem der Versuch, von der damaligen Zeitumstände schon gezichtigt waren, indem der Versuch, von der damals seindlich besetzen linken Rheinseite im Wege der Klage ihre Vestriedigung zu erhalten, ohne Zweisel erfolglos geblieben seyn würde. Gegen die rechte Rheinseite würde vielleicht eine Klage auf Rückzahlung des ganzen Anlehens möglich gewesen senn, und wäre sie erhoben worden, so würde die rechte Rheinseite, vorausgesetzt, daß die nüsliche Verwendung des Anlehens für die linke Rheinseite zu erweisen gewesen wäre, zu einem Regreßanspruche gegen diese berechtigt gewesen senn; aber der Realisstung eines solchen Anspruchs würden sich dieselben Hinderuisse

entgegengestellt haben, welche die Gläubiger bei einer unmittelbar gegen die linke Abeinseite erhobenen Klage gefunden haben würden.

Wenn

2.

ben Gebrübern Mülhens die Prolongationsprämie besonders versprochen war, so kann dieß entweder vor oder nach dem Abschlusse des Lüneviller Friedens geschehen senn. Im lettern Falle war das Versprechen für die nunmehr zu Frankreich gehörige linke Rheinseite offenbar unverdindlich, da die rechts des Rheins bestehende Trierische Finanzverwaltung nicht im Stande war, durch ihr Versprechen der franzbischen Republik eine Verbindlichkeit auszuerlegen; auch in diesem Falle würde es daher nur auf die Nücklichkeit der Verwendung für die linke Rheinseite ankommen, an welcher es gezeigter: maaßen sehlte.

War aber das Versprechen schon vor Abschluß des Lüneviller Friedens gegeben, so wird es doch ohne 3weifel nicht vor dem Rückzahlungstermine, alfo nicht vor dem September 1800 erfolgt senn, mithin konnen die obererz: ftiftischen Stände an demselben feinesfalls mit Theil genommen haben, folglich durch dasselbe nicht verpflichtet segu, und auch hier mürde daher wieder Alles von der nicht vorhandenen versio in rem abhangen. Gin Versprechen der Stände des Riederergstifts murde zwar, der feindlichen Besetzung ungeachtet, auch deffen linksrheinischen Theil zur Abtragung feiner Rate, aber nicht den rechtsrheinischen Theil zu deren Berichtigung an die Gebrüder Mülhens verpflichtet haben. Die Bezahlung diefer Rate würde demnach ein Vorschuß für den linksrheinischen Theil des Niedererzstifts, und ber rechtsrheinische Theil, welcher durch dieselbe den linkerheinischen von der Verpflichtung, den Gebrüdern Mülhens die versprochene Pramie pro rata zu bezahlen, libe: rirte, Erstattung des Borschuffes zu fordern berechtigt gewesen sepn. Da aber der klagende Anwalt ein vor dem Lüneviller Frieden den Gebrüdern Dul= hens gegebenes, für die linke Rheinseite bindendes Bersprechen nicht behaup= tet hat, so hat auch barauf keine Rücksicht genommen werden können.

ad  $\gamma$ )

Den Verlust am Nominalwerthe der ausgegebenen Obligationen mit zu tragen, kann die linke Rheinseite ebenfalls nicht verpflichtet sepn.

In so fern dieser Verlust sich an densenigen Obligationen ereignet hat, welche zur Berichtigung der Prolongationsprämie verwendet worden sind, erzgibt sich dieß aus den vorstehenden Bemerkungen über die Prolongationsprämie von selbst. In so fern hingegen der Verlust an den, zur Berichtigung rücksänzbiger Zinsen ausgegebenen Partialobligationen eingetreten ist, kann dessen theilzweise Uebernahme der linken Rheinseite nicht angesonnen werden, weil, wenn gleich die vorschußweise geschehene Berichtigung der linksrheinischen Zinsenrate eine Forderung der rechten gegen die linke Rheinseite begründete, doch die Trierische Finanzverwaltung rechter Rheinseite die dazu ersorderlichen Gelder unter so lästigen Bedingungen herbeizuschassen um so mehr hätte Anstand nehmen sollen, als sie zur Leistung eines Vorschusses für die linke Rheinseite diez ser rechtlich nicht verpsichtet war, und die Nichtberichtigung der linksrheinischen Zinsenrate unter den damatigen Umständen sür die linke Kheinseite keine des son deren Nachtheise herbeisühren konnte.

Die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite ift

2) bestritten in Ansehung der als eine unverzinsliche Forderung von Prisvatpersonen an den ganzen Kurstaat Trier in dem klägerischen Generalverzeichenisse unter II, A, 1 aufgeführten, noch nicht allenthalben liquiden Position von 100,705 Thirn. 52 Alb.

Bas in Ansehung dieser Position den status controversiae bettifft, so ift dieselbe aus mehreren Schuldposten zusammengesett, nämlich:

a) Lieferungen an das Militar,

b) Lieferungen zur Festung Shrenbreitstein,

- c) Pensions = und Gehalteruckstände von Militarpersonen,
- d) Pensions = und Gehaltsrückstände landschaftlicher Diener,

e) Silberlieferungen zur Munge.

Nach der Erklärung des beklagten Anwalts in der Vernehmkassung pag. 102. ist die Soncurrenzverbindlichkeit der linken Rheinselte zu der Forsderung lit. o in so sern nicht bestritten, als die Rückstände dem inactiven Militär zukommen. Zu den Posten aund die Rückstände dem inactiven Militär zukommen. Zu den Posten aund die Festung Shrendreitstein verweigerte zwar der beklagte Anwalt, p. 100. der Vernehmlassung, die Concurrenz der linken Rheinseite, in so sern die Lieserungen nach der französsischen Besetung des linken Rheinusers erfolgt sepen, da aber die Duplik, p. 148, die berichtigende Bemerkung enthält, daß die aus Lieserungen entstandenen Forderungen in die Zeit vor der seindlichen Occupation der linken Rheinseite sallen, so sind sämmtliche Lieserungsschulden nicht mehr streitig und bleiben daher nur Gegenstände der Entscheidung.

ad c) Gehalteruckstände activer Militare,

ad d) Gehalts = und Pensionsrückstände landschaftlicher Diener.

Beide Positionen gehören, dem Grunde ihrer Entstehung nach, und ba insbesondere den Kurtrierischen Landständen eine wirkliche Theilnahme an der Staatsvermaltung zustand, ben wirklichen Verwaltungeschulden an. Die Weigerung der Krone Preußen, den ans der Periode der französischen Besehung herrührenden Theil derselben pro rata zu übernehmen, ift, ben obigen Bemer= kungen über die occupatio bellica zufolge, rechtlich ungegründet. Wenn aber ber beklagte Anwalt ad c insbesondere anführt, daß der Gehalt bes activen Militärs sehr bald auf die Reichscontingents-Reluitionscasse übernommen sen, so hat auch diese Einwendung als unerheblich erscheinen muffen, weil bas Rurtrierische active Militar, wenn es auch einen Theil der Reichsarmee aus: machte, boch immer im Dienste bes Rurtrierischen Staats blieb, und vermöge des Dienstcontracts seine Besoldung von diesem zu fordern hatte, wenn es nicht aus der gedachten Reichscasse wirklich befriedigt senn sollte. Wenn es aber die Absicht des beklagten Anwalts gewesen senn sollte, die aus der er= mähnten Reichscaffe wirklich erfolgte Bahlung zu behaupten, so gehört die Ent= scheidung darüber nicht zur Competenz bes Austrägalgerichts. Gben so wenig hat die Bemerkung bes beklagten Anmalts berücksichtigt werben tonnen, daß die linke Rheinseite ad d nur dann zur Coneurrenz verpflichtet sem werde, wenn die landschaftlichen Angestellten von Frankreich nicht ichon befriedigt fenn sollten, benn auch diese Frage gehört nicht zur Competenz des Austrägal= gerichts.

Auf die Herzoglich = Nassauischer Seits vorgeschützte Replit, daß die Krone Preußen die Concurrenzpflicht der linken Rheinseite zu beiden Posten anerkaunt habe, kommt unter diesen Umständen nichts an. Beide Positionen sallen daher zu 82½ Procent auf die linke und zu 17½ Procent auf die rechte Rheinseite.

Unter der nämlichen Claffe von Landesschulden wird

3) Herzoglich = Nassauischer Seits unter Num. 4. eine Forderung der Kurtrierischen Hostammer und deren Localrecepturen zu dem nuch illiquiden Betrage von 60,529 Thirn. 10½ Alb. aufgeführt, welche von dem beklagten Anwalte zu 65,529 Thirn. 10½ Alb. berechnet wird. Streitig ist die Concurrenzverdindlichkeit der linken Rheinseite in Beziehung auf eine unter dieser Position begriffene Forderung von 42,532 Thirn. 7. Alb. sür das Behust der Landesvertheidigung zur Münze gelieserte Kurfürstliche Silber, und die Differenz von 5,000 Thirn. in dem Gesammtbetrage der Position hat ihren Grund darin, daß der klagende Anwalt die auf den Cameralantheil des Mülshend'schen Anlehens sallende Rate der Prolongationsprämie mit 5,000 Thirn. von den Forderungen der Hostammer compensando absept.

Als Argument des beklagten Anwalts gegen die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite zu der Forderung für geliefertes Silber erscheint wiederum die unerhebliche occupatio bollica. Wenn aber der beklagte Anwalt außersdem noch den Beweis verlangt, daß der Kurfürst das Silber in der Absicht zur Münze geliefert habe, sich dessen Werth dereinst erstatten zu lassen,

Bernehml. §. 45. Duplif §. 51.

so haben wir es nicht für stattnehmig erachten können, den klagenden Anwalt mit einem solchen Beweise zu beschweren, weil der beklagte Anwalt nicht in Abrede stellt, vielmehr einräumt, daß die gesammten Kosten der Landesverstheidigung nach der Kurtrierischen Landesverfassung auf den Steuern ruhten, folglich das eingelieferte Silber sich als ein den landständischen Cassen geleissteter Vorschuß verhielt, und die Absicht, zu schenken, rechtlich nicht vermuthet werden kann. Von den streitigen Schuldposten hat daher die linke Rheinseite 82½ Procent und die rechte 17½ Procent zu übernehmen.

Was aber die Differenz von 5,000 Thirn. betrifft, so hat die Kürzung dieser Summe an den Forderungen der Hoffammer sür unstatthaft erklärt werden müssen, weil aus den unten bei dem Cameralantheile des Mülhens's schen Anlehens zu erwähnenden Gründen, die linke Rheinseite zu der den Gesbrüdern Mülhens verwilligten Prolongationsprämie zu concurriren nicht schuldig ist.

Die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite wird vom beklagten Anwalte ferner bestritten,

4) in Ansehung der unter II, B des Generalverzeichnisses aufgeführten Forderung von Privatpersonen an beide Stände des Niedererzstifts wegen Depositen. Die ganze Position beläuft sich auf 21,695 Thr. 3/4 Alb.

Von biefer Summe erkennt die Krone Preußen

a) 12,515 Thir. 45 1/4 Alb. als gemeinschaftliche, von beiden Rheinsseiten zu übernehmende Schuld beider niedererzstiftischen Stände an, es fallen baher von derselben 60 Procent auf die linke, und 40 Procent auf die rechte Rheinseite. — Dagegen bestreitet die Krone Preußen,

- b) die Verpflichtung der linken Rheinseite, zur Wiedererstattung des im Januar 1795 in die auf der rechten Rheinseite etablirt gemesene Kriegscommissariat = Casse eingezahlten, zur Trombettaischen Conscursmasse gehörig gewesenen Depositi von 3,923 Thirn. 4 Alb. zu concurriren, weil damals die linke Rheinseite von den Französischen Truppen bereits besetzt gewesen sep, und erklärt
- c) den Rest von 5,256 Thirn.  $5\frac{1}{2}$  Alb. auf den Grund der gegebenen und durch Production mehrerer Actenstücke (Anlage K der Duplik sammt Unteranlagen 1 13) belegten factischen Darstellung für eine alleinige Schuld des niedererzstiftischen weltlichen Standes.

Vernehml. §. 48. Duplik §. 52 - 56.

So viel nun

#### ad b

betrifft, so gehört diese Position zu den dettes résultantes des dépenses faites pour l'administration effective des pays, denn die gedachte Summe ist in die zur Bestreitung der Kriegskosten bestimmte Trierische Centralstaatscasse eingezahlt, und die seindliche Besetzung der linken Rheinseite konnte diese von ihrer Verpslichtung, zu den Kriegskasten beizutragen, nicht besreien. Die linke Rheinseite hat daher von obiger Summe 60 Procent und die rechte 40 Procent zu übernehmen.

Dagegen ift

#### ad c

die Streitfrage wegen des Restes von 5,256 Thirn. 5½ Alb. zur Entscheis dung nicht genügend vorbereitet, indem der klagende Anwalt sich über die in den S. 52 bis 54 der Duplik angeführten factischen Verhältnisse und den Inhalt der gedachten Anlagen noch nicht erklärt hat. Es hat daher unter II, A, 4 des Erkenntnisses, demselben die Verhandlung der erforderlichen Erklärung vorgängig auferlegt werden müssen.

Die Concurrenz der linken Rheinseite wird ferner verweigert,

5) zu den unter II, B des Generalverzeichnisses aufgeführten Forderungen des Steuerboten Pfeifer an den geistlichen Stand des Niedererzstifts wegen rückständigen Gehalts ad 132 Thir. 33 Alb., und verschiedener landschaftzlicher Angestellten an den weltlichen Stand des Niedererzstifts wegen Gehaltszrückstands zu 475 Thirn. Der aufgestellte Weigerungsgrund aber, daß nicht constire, wie die Officianten auch auf der Inken Rheinseite in Thätigkeit gewesen sepen,

## Wernehml. §. 52. 53.

ist unerheblich, indem ihr rückständiger Gehalt schon dann zu den frais de l'administration effectivo gehört, wenn sie nur, was der beklagte Anwalt nicht bestreitet, zu dem für die linke Rheinseite angestellten Dienstpersonale gehörten. Es haben daher beide Posten unter II, A, 4 des Erkenutnisses der linken Rheinseite verhältnismäßig zur Last gesetzt werden müssen.

B.

Die Kammerschulden anlangend, so wird die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheiseite bestritten,

1) in Ansehung der Forderung der Wenzelischen Fideicommißerben zu 1,549 Thirn. 18 1/2 Alb. (I. 10. des Generalverzeichnisses); der angeführte Weigerungsgrund,

Bernehmlassung p. 115, Duplik p. 167,
daß die Schuld nach der feindlichen Occupation der linken Rheinseite entstans
den sen, ist unerheblich. Dagegen constirt noch nicht, daß der Betrag derselben
zu den frais de l'administration effective gehöre, indem, um dieses als ges
wiß anzunehmen, die Ansührung des beklagten Anwalts, daß die Gelber im
Anstrage der Oberlandescommission durch den Hofrath und Geheimsecretär
Liel ex deposito des Landrentamts genommen, und diesem, unter der Bes
dingung, sie auf richterlichen Besehl sammt 5 Procent Binsen sosort zu restis
tuiren, zur Bestreitung laufender Ausgaben übergeben sepen, nicht
genügt, sondern ihre Verwendung zu Kurtrierischen Staatsverwaltungskosten
würde erhellen müssen. Der Beweis dieses Umstandes ist daher dem klagenden Anwalte unter II, B, 1 des Erkenntnisses auserlegt worden, und hat demnächst die linke Rheinseite von der erweislich zu machenden Summe 2/3 zu

2) In Ansehung der Forderung der Kellerei Engers von 804 Thirn. 30 Alb. (I, 11 des Generalverzeichnisses) wird die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite bestritten, weil diese Position überhaupt keine wirkliche Kammerschuld sep, sondern nur auf Rechnungsformalitäten beruhe, und daher nicht Gegenstand der Auseinandersezung sepn könne,

übernehmen.

Bernehml. §. 56, 58, 61,

welche Behauptung von dem klagenden Anwalte mit Stillschweigen übergansgen wird. Da nun, wenn dieselbe begründet seyn sollte, eine Entscheidung über die Vertheilung dieses Postens überstüssig seyn würde; so ist unter II, B, 2 des Erkenntnisses dem klagenden Anwalte die erforderliche Erklärung auferzlegt worden.

3) In Betreff der Cautionscapitalien Kurtrierischer Leibgardisten zu 1810 Thlrn. 19 3/4 Alb. ist der gegen die Concurrenzverbindlichkeit der linzten Rheinseite angeführte Grund, daß die in die Hoffammercasse eingezahlt gewesenen Cautionsgelder den Caventen bei der nach dem Lüneviller Frieden erfolgten Austössung der Leibgarde und Zurücklieferung ihrer silbernen Armatursstücke hätten zurückgezahlt werden müssen, die Schuld mithin nach der seindzlichen Besehung der linken Rheinseite entstanden sep,

Bernehml. §. 55, 61. Duplit §. 58,

unrichtig, denn durch die Burücklieferung der Armaturstücke murde nur die Fälligkeit, nicht die Entstehung des Anspruchs der Caventen bedingt; er ist aber auch unerheblich, denn die Besetzung der linken Rheinseite durch Französtiche Truppen konnte niemals die Kurtrierische Hoskammer von der Verpstichetung theisweise befreien, die ihr anvertrauten Gelder zurückzuzahlen. Es hat daher, wie unter II, B, 3 des Erkenntnisses geschehen, entschieden werden müssen. — Streitig ist

4) die Concurrenzverbindlichkeit der linken Rheinseite zu den in dem Gesneralverzeichnisse unter II, 15, d und o als Rammerschulden mit linksrheinisschen Specialhypotheken aufgeführten Forderungen des vormaligen Bartholosmäusstiftes zu Frankfurt am Main im Betrage von 3,333 Thlrn. 18 Ab.

und des vormaligen Collegiatstifts unserer lieben Frauen auf dem Berge daselbst ad 9,333 Ehlr. 18 Alb.

In Ansehung der Forderungen von Corporationen, Instituten und milben Stiftungen ift man auf den Grund des h. 37. des Reichsdeputations-Hauptsschlusses darüber einverstanden, daß dieselben,

- a) es mögen die Trierischen Stände oder die Trierische Hoftammer Schuldner gewesen, und die Corporationen, welchen die Forderungen zustanden, mögen noch fortbestehen oder aufgehaben senn, in soweit als die andere Rheinseite die Schuldnerin war, der Deposition der dassgen Regierung anheim gefallen und erloschen senen;
- b) daß hingegen die Forderungen solcher Institute und Corporationen, welche auf der rechten Mheinseite ganz oder theilweise fortbestehen, in so fern noch fortdauern, als die rechte Rheinseite die Schuldnerin ist, daß daher bei allen Forderungen dieser Art, welche gemeinschaftzliche Schulden beider Rheinseiten waren, zum Iwecke der Entscheidung des gegenwärtigen Rechtsstreits ausgemittelt werden müsse, wie viel die rechtscheinische Schuldrate betrage;
- o) daß dasselbe theilweise auch von den Forderungen linksrheinischer oder ganz aufgehobener Institute und Sorporationen gelte, indem diese, so weit kie der rechten Rheinseite zur Last standen, nach der Verfassung des Herzogthums Nassau auf den Nassauischen Domanialssche übergegangen, und daher, so weit Trierische Landschaftliche Cassen die Schuldnerinnen waren, der rechtscheinische, ehemals Trierische Landestheil jest Schuldner der Herzoglich-Nassauschen Rammercasse sen; in so fern hingegen die Trierische Hoftammer: Casse die Schuldnerin war, alle Forderungen linksrheinischer oder ganz ausgeshobener Institute und Corporationen durch den Uebergang der linksrheinischen Rate auf den Königlich-Preußischen und der rechtscheinischen auf den Herzoglich: Nassauschen Fiscus per confusionem ersloschen sen, und daher aus der jezigen Auseinandersexung ganz hinwegsallen.

Rlage S. 16. Vernehml. S. 12.

In Gemäßheit dieser Grundsätze haben beide hohen Areitenden Theile in die Vertheilung aufgenommen:

a) diejenigen Forderungen von Instituten und Corporationen, deren der rechten Rheinseite zur Last fallenden Rate den ursprünglichen Gläubigern geblieben ist, und dahin gehören (nach den Rubriken des klägerischen Generalverzeichnisses)

unter den Landesschulden, und zwar

I. den verzinstichen

B, 2, b, 1,  $\beta$  der niedererzstiftischen geistlichen Stände an rechtsrheinische nicht unterdrückte Institute 800 Thlr. wovon 300 Thlr. dem Ehrenbreitsteiner Local = Armensond, und 500 Thlr. dem Landcapitel zu Engers zustehen, ferner an Institute, welche auf der linken Rheinseite aufgehoben sind, auf der rechten aber sortbestehen, 8,536 Thlr. 17 Alb., sodann

B, 2, b, 2, \beta ber nieberergftiftischen weltlichen Stande an rechte=

rheinische nicht unterdrückte Institute 1,000 Thaler, an beiden Rheinsseiten gemeinschaftliche nicht unterdrückte 12,989 Thir. 18 Alb.,

II. von den ursprünglichen Schulden des ganzen Kurstaats der Posten Num. 2 an rechts des Rheins noch bestehende Institute 590 Ehlr. 45 Alb.

unter ben Rammerfdulben.

- I, 8. die Forderung des Bürgerhospitals zu Limburg 666 Khlr. 36 Alb.,
- b) diejenigen Forberungen von Instituten und Corporationen, deren der rechten Rheinseite zur Last fallende Rate ausgemittelt werden muß, weil sie auf den Herzoglich=Nassauischen Domanial= fiscus als Gläubiger übergegangen ist; und dahin gehören unter den Landesschulden
  - I, B, 2, a, 2 verzindliche beiber niedererzstiftischen Stände an aufgehobene Institute 5,625 Thkr.
  - I, B, 2, b, 1, β verzindliche der niedererzstiftischen geistlichen Stände an linksrheinische nicht unterdrückte Institute 7,500Ehlr., und an aufgehobene Institute 88,154 Thr. 28 ½ Alb.
  - I, B, 2, b, 2, β der niedererzstiftischen weltlichen Stände an linksrheinische nicht unterdrückte Institute 18,850 Thr. und aufgehobene 53,877 Thr. 36 Alb. Die Differenz in Ansehung des Betrags dieser Positionen, indem ein der Kapelle zu Polch zustehendes Capital von 400 Thrn. Herzoglich=Nassauischer Seits der ersten, Königlich=Preußischer Seits der zweiten Position hinzugerechnet wird, ist ohne Einstuß, da beide Positionen gleichen Grundsäßen unterliegen.
  - II, A, 3 unverzinsliche des ganzen Kurstaats an aufgehobene Institute 7,151 Thir.

In Ansehung aller dieser Schuldposten waltet über den Betrag der rechtsrheinischen Rate nach den aufgestellten Theilungsverhältnissen kein Streit ob, und hat daher das Austrägalgericht keine Veranlassung zu einer abzugebenden Entscheidung gefunden.

In Betreff der oben erwähnten, unter den Kammerschulden mit linksrhei: nischen Specialhppotheken aufgeführten Forderungen des Bartholomänsstifts und des Stifts unserer lieben Frauen hingegen ist der beklagte Anwalt

- a) auf den Grund des g. 37. des Reichsdeputations = Hauptschlusses der Ansicht, daß dieselben gänzlich erloschen, und nicht Gegenstand der vorzunehmenden Auseinandersetzung sepen, weil die Gläubiger auf der rechten Rheinseite besindlich, die Capitalien hingegen, sowohl vermöge der mit denselben verbundenen linksrheinischen Specialhypothesten, als auch, weil der Schuldner seinen sesten Wohnsit auf der linken Rheinseite gehabt, als links des Rheins besindliches Vermögen der Stifter angesehen werden müsse, und behauptet eventuell,
- b) daß, wenn beide Forderungen noch bestehen, und die linke Rheinseite zu deren Tilgung zu concurriren an sich verpflichtet senn sollte, ben= uoch, vermöge einer eingetretenen Präclusson, deren Verpflichtung hin=

sichtlich zweier Drittheile der linksrheinischen Capitalrate und der von der ganzen linksrheinischen Capitalrate bis zum 1. Januar 1814 fällig gewordenen Binsen erloschen sen.

Vernehml. §. 56, 61. num. act. 45, 86.

Diese Argumente find jedoch unerheblich gefunden worden. Denn

ad a.

hat der g. 27. des Reichsdeputations = Hauptschlusses der freien Stadt Franks furt, als Ersat für die verlornen Rechte an den Dörfern Sulzbach und So= den, alle innerhalb ihres Umfreises befindlichen Stifter, Abteien und Klöster, also auch die Stifter St. Bartholomäi und U. L. Frauen, angewiesen. Mit diesen Stiftern gingen, laut der im g. 36. aufgestellten allgemeinen Regel, deren sammtliche Güter, Rechte, Capitalien und Ginfünfte auf die Stadt Frankfurt über, da in den vorhergehenden Paragraphen kein Theil des Ber= mögens dieser Stifter einem andern Reichsstande oder der Französischen Republik zugewiesen mar, und nach der fernern ausdrücklichen Bestimmung des §. 36. war es gleichgültig, wo die einzelnen Vermögenstheile belegen senn mochten. Die allgemeine Regel bes &. 36. murde durch den &. 37. dahin beschränkt, daß biejenigen Güter und Ginkunfte von Collegien und frommen Stiftungen, welche auf der einen Seite des Rheins befindlich maren, mahrend die moralische Person, welcher sie angehörten, ihren Sin auf der andern Seite des Rheins hatte, von dieser getrennt bleiben und der Disposition der respec= tiven Regierungen anheim fallen sollten. Die obgedachten Forderungen sind daher allerdings der Französischen Regierung zugefallen, und gegenwärtig Eigenthum der Krone Preußen, wenn sie zur Zeit des Reichsdeputations= Hauptschlusses auf der linken Rheinseite befindlich gemesen senn sollten.

Dieß war aber nicht der Fall. Das Recht eines Gläubigers gegen seinen Schuldner, als eine unkörperliche Sache, kann im physischen Sinne nirgend belegen oder besindlich seyn. Rechtlich aber kann nur der Ort als Ort seizner Belegenheit oder seines Besindlichseyns angesehen werden, wo der Gläusbiger sich aushält, denn es ist an dessen Person geknüpst. Die Forderungen qu. waren daher in Frankfurt und nicht auf der linken Rheinseite bestindlich. Wenn in demselben Paragraphen in Beziehung auf die rechte Rheinseite bestimmt wird, daß Einkünste der Corporationen der Regierung des Orts zusallen sollen, wo sie erhoben werden, womit der Verpslichtete seine Verbindlichseit zu erfüllen hatte, so berechtigt dieß doch keineswegs zu dem Schlusse, daß von ausstehenden Capitalien ein Gleiches gelten solle, denn nicht diese, sondern nur die davon zu entrichtenden Linsen können zu den Einkünsten gerechnet werden.

Binsen aber sind Accessorien des Capitals, und konnten daher nur derjenigen Regierung zugewiesen werden, welcher das Capital anheimstel, nicht
aber konnte es die Absicht sehn, das Capital derjenigen Regierung zuzutheilen,
in deren Gebiete der Gläubiger sich bisher die Zinsen hatte auszahlen lassen,
wenigstens müßte ein solches mit allgemeinen Rechtsgrundsähen im Widerspruch stehendes Princip mit deutlichen Worten ausgebrückt sehn. Und selbst
wenn dieß, wie in dem Französsschen Ultimatum zu Rastatt vom 21. Vend.
VII. (7. Oct. 1798), welchem die damalige Reichsfriedensdeputation laut
ihrer Note vom 11. December 1798 sich conformirt hatte, so auch im Reichs-

deputations-Hauptschlusse geschehen märe, würde darans zu Gunsten der Krone Preußen für den vorliegenden Fall nichts gefolgert werden können, weil Inshalts der Obligation vom 1. Mai 1776 sowohl die Zinsen der in Rede stehensden Capitalien, als auch demnächst diese selbst in Frankfurt gezahlt werden sollten.

Chen so wenig wie auf den Erhebungsort der Binsen nimmt der Reichs: deputations=Hauptschluß -- wie es die Reichsfriedensdeputation zu Rastatt laut ihrer, Französischer Seits jedoch abgelehnten, Propositionen vom 17. October 1798 hatte thun wollen — daranf Rücksicht, wo die Capitalien angelegt tvaren, oder der Schuldner seinen Wohnsit hatte, und wäre hierauf Rucksicht genommen, so wurde bennoch auch baraus im vorliegenden Falle für die Intention des beklagten Anwalts nichts abgeleitet werden können, weil der Kur= fürst von Trier, wenn auch derselbe auf dem linken Rheinufer seine Residenz hatte, nicht für seine Person, sondern als Repräsentant des Kurstaats der Schuldner, bas Rurfürstenthum Trier aber nicht allein auf der linken, sondern auch anf ber rechten Rheinseite belegen war. Wenn ber beklagte Anwast ans flihrt, daß die Französische Regierung alle auf dem linken, und die Deutschen Regierungen alle auf dem rechten Rheinufer angelegt gewesenen Capitalien genfeitstheinischer Corporationen in Besth genommen haben, so mürde es, wenn Diese Handlungen als factische Interpretationen des g. 37. angesehen werden follen, vor allen Dingen auf das Princip ankommen, welches dabei zum Grunde gelegt wurde, und hat dieß darin bestanden, daß man sich nach dem Wohnste bes Schuldners richtete, so ist seine Unanwendbarkeit auf den vorliegenden Fall so eben bargethan. — Die Lage der speciell verpfändeten Herrschaft Mandern auf ber linken Seite des Rheins aber ift ein burchaus unerheblicher Nebenumstand.

Beibe in Rebe stehende Forderungen sind demnach durch den Reichebeputations-Hauptschluß nicht erloschen, sondern Sigenthum der freien Stadt Frankfurt geworden, und daher, wie alle übrigen Kurtrierischen Kammerschulden, Gegenstand der Schuldenabtheilung zwischen dem Herzogthum Nassau und der Krone Prenßen.

Was aber

#### ad b.

viesen werden soll, daß die freie Stadt Franksurt die derseiben als Gläubisgerin gegen die linke Rheinseite zugestandenen Rechte zum Theil wieder versloren habe, nicht zur Competenz des Austrägalgerichts. In so sern aber der angeblich eingetretenen Präclusion die Wirkung beigelegt wird, daß der präsclusiete Theil der Forderungen seht von der rechten Rheinseite übernommen werden müsse, wird sie weiter unten ihre Erledigung sinden.

Unter den zu vertheilenden Kammerschulden mit finksrheinischen Special= hppotheken sind ferner:

5) in dem Generalverzeichnisse unter II, 18, 19. eine von Pidoll'sche Forderung von 533 Thalern 18 Albus, und eine von Nupenaische Forderung von 2,000 Thalern, in Anschung deren der beklagte Anwalt, pag. 130 der Vernehmlassung, behauptet, daß sie aus der Vertheilung gänzlich wegsalzlen müßten, weil sie bei der Liquidation gegen Frankreich nicht angemeldet

sepen. Die Frage aber, ob die Rechte der Gläubiger noch fortbestehen oder erloschen senn, kann wegen mangelnder Competenz des Austrägalgerichts nicht Segenstaud der Entscheidung senn, welche sich darauf zu beschränken hat, ob und in welchem Maaße die Schulden, vorausgesetzt, daß sie existiren, von der linken und von der rechten Rheinseite zu übernehmen sind. Es hat daher diese Frage auch bei den gedachten Schuldposten entschieden werden müssen, und falsten davon, wie von allen Kurtrierischen Kammerschulden, 2/3 auf die linke und 1/3 auf die rechte Rheinseite.

6) Die Weigerung der Krone Preußen, für die linke Rheinseite zu den mit rechtscheinischen Specialhypotheken versehenen Kammerschulden (Generalverzeichniß III, 1—13) beizutragen, ist wegen Unerheblichkeit der Lage der Specialhypotheken ungegründet. Nicht minder unerheblich ist es, daß die Schuldposten 11, 12, 13 von 40,000 Thirn., 30,000 Thirn. und 8,000 Thirn.

# Bernehml. g. 57.

nach der feindlichen Besetzung der linken Rheinseite entstanden sind, und mas die Ginrede der Präckusion anlangt, welche von dem beklagten Anwalte

Num. act. 45. und 86.

der durch Cessson auf die freie Stadt Frankfurt übergegangenen Forderung (Num. 11) ad 40,000 Thaler entgegengesett wird, so gilt davon das unter 5. und 6. Bemerkte.

Ueber den Cameralantheil des Mülhens'schen Anlehens ad 100,000 Thaler (Num. 8. des Generalverzeichnisses) aber ist insbesondere zu erinnern, daß derselbe, ungeachtet seine Verwendung zu Kurtrierischen Staatsausgaben nicht erhellet, dennoch der linken Rheinseite verhältnißmäßig zur Last fallen muß, weil der hinzugekommene Consens des Domcapitels der landständischen Einwilligung völlig gleich zu sesen ist.

Bu der den Gebrüdern Mülhens auch für das Kammeranlehen bewilligten Prolongationsprämie aber ist die linke Rheinseite, wie schon ad 3 der Landesschulden bemerkt worden ist, zu concurriren nicht verpflichtet. Der Grund ihrer Verpflichtung könnte nur in der Nützlichkeit dieser Verwendung für das linksrheinische Trierische Domanialvermögen liegen, und diese ist, aus den schon hei dem ständischen Antheise des Anlehens angeführten, auch auf das Kammeranlehen zutreffenden Gründen, nicht anzunehmen.

7) In Betreff der Forderung der Wittwe Pachten zu 1,000 Thalern, ist die Sache, bei annoch ermangelnder Erklärung des klagenden Anwalts über den Inhalt des h. 77. der Duplik, und die beklagter Seits producirten Actenstücke, noch nicht zur Entscheidung instruirt, und daher die nöthige Erklärung des klagenden Anwalts erfordert worden.

Wir wenden uns nunmehr

# ad A, 2

zu der Einrede der Präclusion, welche vou dem beklagten Unwalte der Berbindlichkeit der Krone Preußen, für die linke Rheinseite zu gewissen Kurstrierischen Schulden zu concurriren, entgegengesetzt worden ist.

Diese Einrede bezieht sich

a) auf die Binsen derjenigen Landes = und Kammerschulden = Rate,

welche Frankreich zu übernehmen schuldig gewesen ware, bis zum 1. Januar 1814,

b) auf diejenigen Schuldencapitalien, welche, bei den, in Folge der Separatconvention vom 20. November 1815 gegen die Französische Regierung eingeleiteten Liquidationen unangemeldet geblieben sind, zu welchen unter andern auch alle mit rechtscheinischen Specialhppothefen versehenen, Trierischen Kammerschulden gehören.

Der beflagte Unwalt gründet biefe Ginrebe barauf, baß

- 1) die Französische Regierung nach den Pariser Tractaten von 1814 und 1815 verpstichtet gewesen sep, von der linksrheinischen Landest und Kammerschulden-Rate die Binsen bis zum 22. December 1813 und von den Kammerschulden wegen der veräußerten linksrheinischen Domänen einen verhältnißmäßigen Theil zu übernehmen und zu bezahlen; daß
- 2) im Artikel 16. der Separatconvention vom 20. November 1815 allen Regierungen zur Liquidirung der Ansprüche ihrer Unterthanen gegen Frankreich eine einjährige, späterhin nur bis Februar 1817 verlängerte Präjudicialfrist vorgeschrieben sep;
- 3) daß die Herzoglich : Nassauische Regierung daher verpstichtet gewesen sen, die Ansprüche des unter ihrer Hoheit gestandenen rechtsrheinischen ehemals Trierischen Landestheils entweder direct gegen Frankreich zu liquidiren, wie es ihr denn auch freigestanden, eigene Liquidations-commissarien nach Paris zu senden, oder wenigstens, wenn sie ron der Königlich : Preußischen Regierung, wozu diese an sich nicht verpstichtet gewesen, hätte vertreten werden wollen, in Gemäßheit der zu verschiedenen Beiten deßhalb erlassenen allgemeinen Aussorderunzgen, die Königlich : Preußischen Liquidationsbehörden durch zeitige Mittheilung der erforderlichen Nachrichten und Belege zur Liquidation ihrer Forderungen hätte in den Stand sehen müssen, von allen diesem aber nichts gethan, und dadurch die Französische, mithin auch die Königlich : Preußische Regierung als Nachsolgerin im Besite der linken Rheinseite von ihren etwa begründet gewesenen Verpslichtungen bestreit habe.

Bernehml. G. 18-21, 23, 24, 60, 61. Duplit G. 19.

Diese solchergestalt substantiirte Einrede der Präclusion ist jedoch rechtlich unbegründet, benn sie beruht auf einer Confundirung verschiedenartiger rechtlicher Verhältnisse.

Gegenstand der Liquidationen, welche nach der Convention vom 30. November 1815 durch gemeinschaftliche Commissairen erledigt werden sollten,
waren sehr verschiedenartige Ansprüche an die Französische Regierung. Sie
werden im Art. 5, §. 1. der Convention bezeichnet, wo es heißt, daß die zu
ernennenden Commissaires-liquidateurs und Commissaires-juges beauftragt werden sollen, derégler et faire exécuter les dispositions rensermées dans les articles 18 et 19 du traité du 30 mai 1814 et dans
les articles 2, 4, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 22, 23 et 24 de
la présente convention. Die Ansprüche und Forderungen an die Französische Kegierung, deren in diesen Artiseln Erwähnung geschieht, stehen zum Theil mit den Schulden der im Lüneviller Frieden an Frankreich abgetretenen und durch die Pariser Friedensschlüsse von Frankreich wieder getrennten Länder in gar keiner Verbindung; dahin gehören die in den Artikeln 18. und 19. des Pariser Friedens vom 30. Mai 1813, und in den Artikeln 2, 4, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 23, 24. der Convention vom 20. November 1815 aufgeführten Forderungen. Der Schulden jener linksrheinischen Länder gesichieht in den Artikeln 6, 7, 9. der Separatconvention Ermähnung.

In Ansehung dieser Schulden hatte der Artikel 21. des ersten Pariser Friedens allgemein und ohne irgend eine Sinschränkung bestimmt:

qu'elles resteraient à la charge de ces mêmes pays.

Sowohl die Capitalien als die ruckständigen Zinsen dieser Schulden blieben demnach Schulden dieser Länder, und gingen mit denfelben auf deren neue Besiter über. Die Artikel 6, 7, 9. ber Separatconvention andern an diesem Grundsage nichts, benn sie bezweckten, wie im Art. 6. ausdrücklich gesagt wird, nur die Erfüllung ober Bollziehung des gedachten Art. 21. Daraus folgt, daß es von Seiten der Gläubiger dieser Länder, um fich ihre Forderungen an diese Lander zu erhalten, gar keiner Liquidation gegen Frankreich bedürfen konnte; denn nicht Frankreich, sondern jene Lander waren und blieben ihre Schuldner. Daher ift auch in den Artikeln 6, 7, 9. der Separatconvention den Gläubigern feine Verpflichtung zur Liquidation ihrer Forderungen gegen Frankreich auferlegt; die durch diese Artikel noth= wendig gewordenen Liquidationen und Berechnungen betrafen lediglich die gegenseitigen Ansprüche der Französischen und der im Besite eines linksrheinis schen Landes derselben folgenden Regierung, als früherer und jetiger Schulds nerin jener Gläubiger rosp. wegen der in Frangofische Inscriptionen vermanbelten Schulben, wegen rudftanbig gelaffener Binfen und veraußerter Staatsgüter. Wenn es daher im Art. 16. der Convention heißt:

> les gouvernemens qui ont des réclamations à faire au nom de leurs sujets, s'engagent à les faire présenter à la liquidation dans le délai d'une année,

fo ift es einleuchtend, daß diese Bestimmung sich auf die Ansprüche der Gläubiger aus ihren Schuldforderungen an die abgetretenen linksrheinischen Länder nicht beziehen konnte, und dieß ist um so mehr einleuchtend, da möglicherweise Forderungen an diese Länder in den Händen von Personen sich befinden konnten, die nicht Unterthanen einer der mit Frankreich contrabirenden Mächte waren. Die Herzoglich = Nassauische Regierung hatte diesemnach keine Ber= anlassung, an den Liquidationen gegen Frankreich, welche durch die gedachten Artikel der Separatconvention herbeigeführt murden, Antheil zu nehmen, denn dieselbe war nicht Besthnachfolgerin Frankreichs in dem linkerheinischen Theile des Kurfürstenthums Trier, hatte daher an Frankreich meder megen rückftändig gebliebener Binsen, noch wegen veräußerter Domanen einen Bergutungsanspruch, und ba bie Gläubiger ber abgetretenen linkerheinischen Länder gegen Frankreich nicht zu liquidiren hatten, so konnte fle fich auch nicht einmal zur Vertretung derjenigen ihrer Unterthanen, welche vielleicht Gläubiger jener Länder senn mochten, aufgefordert fühlen. Die Liquidationen der Königlich = Preußischen Regierung gegen die Frangolische, die Grundsäte, welche von beiden dabei angenommen fenn mogen, ob insbesondere beide da=

für hielten, daß Frankreich auch die Zinsen von Schulden mit rechtscheinischen Specialhppotheken zu entrichten verpslichtet gewesen wäre, und für die unsberichtigt gelassenen der Königlich Preußischen Regierung Vergütung zu leisten habe, ob dei Berechnung der für veräußerte Domänen von Frankreich zu leisstenden Vergütung auch die mit rechtscheinischen Specialhppotheken versehenen Schulden in Anschlag gebracht wurden oder nicht; alles dieses War für die Herzoglich Passaussche Regierung ohne Interesse, es mochte das eine oder das andere angenommen werden, Niemals konnten sich dadurch Schulden der linken in Schulden der rechten Rheinseite verwandeln.

Eine andere Frage ift es, vb die Glaubiger, welche es unterlassen has ben, in Semäsheit der Aussorderungen der Königlich Preußischen Behörden vom 30. Innar, 18. und 26. März, 2. Mai und 16. September 1816 ihre Ansprüche zu liquidiren, badurch ihrer Capital und ihrer Bind Forsterungen bis zu Ende des Jahrs 1813 gegen die linke Rheinseite verlustig geworden sind oder nicht. Diese Frage aber hat thur das Berhältniß des linkerheinschen Landestheils zu seinen Gläubigern zum Gegenstande, und ist, bei dem Streite darüber, welche Kurtrierischen Landes und Kammer Schulden, und in welchem Verhältnisse dieselben auf die linke und die rechte Rheinseite in Gemäßheit des Art. 8. des Lüneviller Friedens übergegangen sehn, ohne alle Erheblichkeit, gehört auch nicht zur Competenz des Ansträgalgerichts.

Da die Einrede der Präclusion an sich nicht gegründet ist, so bedarf es keiner Erdrterung der von dem klagenden Anwalte eventuell aufgestellten Beshauptungen, daß die alleinige Verbindlichkeit der Krone Preußen zur Liquisdation gegen Frankreich in dem Schreiben des Königlichs Preußischen Staatsministers und Oberpräsidenten von Ingersleben vom 5. Juni 1816 und des Liquidationscommistärs, Regierungsraths Gager, vom 12. Juni 1816 und 16. Februar 1818 anerkannt sep, daß Herzoglich Nassausscher Seits die Königlich Preußischen Behörden mit allen zur Liquidation erforderlich geswesenen Nachrichten zeitig versehen worden, und daß die Krone Preußen von der Französischen Regierung wirklich vergütet erhalten habe, was dieselbe jest anzuerkennen sich weigere.

Wir wenden uns nunmehr

### ad B.

an dem Antrage des klagenden Anwalts auf gemeinschaftliche Revision und Abschließung der bis zur Ansidsung des Kurstaats Trier gefährten Generals einnehmereis Rechnungen, und haben schon bemerkt, daß derselbe nur in so fern von der Krone Preußen bestritten werde, als damit eine Berechnung der verschiedenen Generaleinnehmereis Cassen über gegenseitig etwa geleistete Vorschüsse und die Vertheilung der vorhandenen Cassenausstände, wohin namentslich die Steuerrückstände und die Recesse der Rechnungsführer gehören würden, bezweckt wird.

# Bernehml. pag. 19.

Die Competenz des Austrägalgerichts, über diesen Auspruch zu entscheiben, kann, ungeachtet desselben in dem Auftrage ber hohen Deutschen Bundesversammlung nicht speciell Erwähnung geschieht, wegen seiner Connexität mit der Auseinandersepung des Kurtrierischen Schuldenwesens nicht bezweiselt werden. Was aber ben Anspruch felbst, und zwar:

1) die in Antrag gebrachte Cassenausgleichung betrifft, so wird ber An= trag auf dieselbe von dem klagenden Anmalte in der Replik als ein präparatorischer bezeichnet, und es kann dabei nur der 3weck obmalten, Forderungen der rechten gegen die linke Rheinseite zu be= gründen. Wenn nun auch ohne Zweifel präparatorische Anträge in Rechtsstreitigkeiten an sich zulässig sind, so kann doch die beklagte Krone Preußen nach bekannten Rechtsgrundsätzen niemals verpflichtet senn, zur Aufstellung von Berechnungen mitzuwirken, durch welche das Herzogthum Nassau in den Stand gesett merden soll, Forderin: gen gegen dieselbe zu begründen, und hat sich dazu auch durch die im §. 3, Num. 2, Lit. c., des Recesses vom 14. December 1816 übernommene Verpflichtung, zur Revision und Abschließung der noch unabgemachten Generaleinnehmerei = Rechnungen Commissarien zu erneunen, nicht anheischig gemacht. Es muß daher der Herzoglich= Nassauischen Regierung überlassen werden, die zu ihren 3wecken etwa dienlichen Berechnungen einseitig aufzustellen, und gegen die Krone Preußen, wenn diese etwa die Edition der dazu erforderlichen gemeinschaftlichen Documente, oder demnächst die Anerkennung der etwa ausgemittelten Ansprüche der rechten gegen die linke Rheinseite verweigern sollte, sachgemäße und gehörig substantiirte Anträge zu erheben.

Was aber

die Vertheilung ber Cassenausstände betrifft, so hat der klagende Anmalt in dieser Beziehung noch keine bestimmten Anträge erhoben, — nicht angeführt, was er für die rechte Rheinseite und das Herzogthum Nassau insbesondere sordern zu können glaube, ja nicht einmal darüber sich erklätt, welche Generaleinnehmerei : Cassen noch Steuerrückstände haben, zu welchen Zwecken die rückständigen Steuern verwilligt sehen, und eben so wenig über die anzuwendenden Theilungsprincipien sich geäußert. Es liegt aber nicht in dem Zwecke einer
richterlichen Entscheidung, allgemeine Principien auszusprechen, so
lange es an einem, demselben zu subsumirenden concreten Falle gebricht; daher hat unter Num. III. des Erkenntuisses dem klagenden
Anwalte nur die Eindringung gehöriger substantister Anträge vorbehalten werden können.

Es bedarf unter diesen Umständen für jest keiner Entscheidung über die Sinwendungen, welche von bem beklagten Anwalte aus der feindlichen Bestehung ber linken Rheinfeite gegen diesen Klagantrag abgeleiket worden sind.

So viel nun ferner

II.

die Auseinandersetzung des Herzugthums Rassau und der Krone Prensen wegen der auf dem rechtscheinischen Theile des vormaligen Kurstaats Trier haftenden Landes- und Kammerschulden anlangt, so bestehen diese Schulden nach der einstimmigen Erklärung der hohen streistenden Theise

- 1) ans der rechtsrheinischen Rate der zur Zeit des Lüneviller Friedens vorhanden gewesenen Kurtrierischen Landes = und Kammer = Schulden,
- 2) aus benjenigen Schulden, welche schon ursprünglich der rechten Rheinsseite allein zur Last standen. Bu diesen gehören, außer den in dem Generalverzeichnisse, Anlage I. der Klage aufgeführten verzindlichen und unverzindlichen Landedschulden, auch die nach dem Abschlusse des Friedens von Lüneville ausgegebenen Rülhens'schen Partialobligationen, in so sern nicht von dem klagenden Anwalte deren Verwendung zur Berichtigung rückständiger Jinsen des Rülhens'schen Anlehens nachgewiesen werden wird.

In Betreff ber Vertheilung biefer Schulben, und zwar

- I. der Landesschulden, sind klagender und beklagter Anwalt darüber eins verstanden, daß dieselbe, nach Absatz der aus der Revision der Sprensbreitsteiner Steuercasse sich ergebenden Recesse der Rechnungsführer und sonstigen Activa, in Gemäßheit der vertragsmäßig sestgestellten, unter I, B. des Erkenntnisses angeführten Theilungsmaaßstäbe gesichehen müsse. Differenzen walten nur ob
  - 1) hinsichtlich bes Concurrenzverhältnisses zu ber Schulbenrate ber weltlichen Stände,
  - 2) hinsichtlich ber Binsen für den Beitraum von 1794 bis zum 1. Januar 1812,
  - 3) in Beziehung auf eine Forderung der Trierischen Hoffammer= Casse,
  - 4) in Betreff der rückständigen Steuern der Cameralortschaften aus den Jahren 1796 bis 1800.

Was

II. die Rammerschulden betrifft, so find davon, nach der übereinstimmenden Erklärung beiderseitiger Anwälte, diejenigen, welche bis zum 31. December 1814 incl. auf die Herzoglich : Nassauische Staats= casse übernommen worden sind, und an diesem Tage noch auf dersel= ben gehaftet haben, nicht mehr Gegenstand der Vertheilung, weil dieselben sich unter den durch die Verträge vom 31. Mai 1815 und 14. December 1816 bereits ertheilten Herzoglich = Nassauischen Staatscaffen = Schulben befinden. Es ift daher nur diejenige Rate Rurtrierischer Rammerschulden, welche, außer der auf die Herzoglich= Nassauische Staatscasse bis zu dem gedachten Zeitpunct bereits über= nommenen, von der rechten Rheinseite etwa noch zu übernehmen sepn wird, Gegenstand der Vertheilung, und diese muß nach dem noch nicht ausgemittelten Verhältnisse erfolgen, in welchem die Kurtrieri= schen Cameralrevenuen rechter Rheinseite in Folge der Abtretung Trierischer Aemter an die Krone Preußen durch den Vertrag vom 31. Mai 1815, resp. bem Herzogthum Nassau geblieben und auf die Krone Preußen übergegangen find, d. h. zufolge der Behauptung des klagenden Anwalts 70 Procent für das Herzogthum Nassau und 30 Procent für die Krone Preußen. Diese aber verweigert die Con= currenz zu den Zinsen der rechtsrheinischen Kammerschulden aus der Beit vor dem 1. Juli 1815. Hiernach murbe zu erkennen senn:

1) über das Concurrenzverhältniß;

2) über die Weigerung der Krone Preußen, zu den gedachten Zinsen zu concurriren.

Da aber der klagende Anwalt aus unten zu erörternden Gründen behauptet, daß die rechte Rheinseite nicht schuldig sen, außer den
bis zum 31. December 1814 auf die Herzoglich-Nassauische Staatscasse bereits übernommenen und schon vertheilten, noch ferner Trierische Kammerschulden zu übernehmen, und wenn diese Behauptung gegründet senn sollte, es der Entscheidung über die gedachten Differenzen
nicht bedürfen würde, so werden dieselben hier einstweilen zu übergehen senn.

So viel aber die erwähnten Streitpuncte wegen der Landes schulben betrifft, so behauptet der klagende Anwalt

## Ad 1.

daß von der Shuldenrate der weltlichen Stände rechter Rheinseite 233 Procent von der Krone Preußen, und 763 von dem Herzogthum Nassau zu übernehmen sepen, während der beklagte Anwalt nur zugesteht, daß der Antheil der Krone Preußen sich auf 23 Procent belause, indem der Nassauische Antheil 77 Procent betrage.

Inhalts der Klage pag. 91, Vernehmlaffung pag. 134, Replik pag. 185 und Duplik pag. 190, sind die beiderseitigen Unwälte darüber ein: verstanden, daß der Ausmittlung des Concurrenzverhaltnisses die Steuer= matrifel des Jahrs 1811 jum Grunde gelegt werden muffe, zweifeln auch nicht baran, daß beren abermalige Revision die entstandene Differenz beseitigen werbe, und es scheint bemnach kein Streitpunct zur Entscheidung vorzuliegen. Da indessen die hohe Deutsche Bundesversammlung das hiesige Oberappella= tions = Gericht auch beauftragt hat, über die Beitragspflicht der betheiligten Regierungen zu den Forderungen derjenigen Gläubiger, welche fich an die hohe Deutsche Bundesversammlung gewendet haben, nach einem abgesonderten Berfahren zu erkennen, wenn die Hauptentscheidung dieses nicht überflüßig machen sollte, letteres aber nicht ber Fall würde senn können, wenn nicht in der Hauptentscheidung zur Erledigung obiger Differenz die nothigen Schritte geschähen, und da ferner der Herzoglich Massauischen Regierung nicht mehr zuerkannt werden kann, als beklagter Anwalt derselben zugesteht, da ferner nicht der Grund der Mehrforderung bewiesen werden sollte; so hat derselben der unter I, B, A A, 2 des Urtheils normirte Beweis auferlegt werden müssen.

#### Ad 2.

Die Weigerung der Krone Preussen, zu den Zinsen bis zum 1. Januar 1812, dem Zeitpunkte, wo die Landesschulden durch das Herzoglich=Nassauissche Schiet vom 1. September 1812 den rechtscheinischen, ehemals Trierischen Gemeinden zur Last geseht wurden, zu concurriren, gründet sich darauf, daß die Herzoglich=Nassauische Regierung die in den Jahren 1803 bis 1806 bes huf Verzinsung der Landesschulden von der Provinzialregierung zu Ehrenz breitstein ausgeschriebenen Steuern nicht ihrer Bestimmung gemäß, sondern größtentheils zu anderen, der Steuercasse nicht obliegenden Ausgaben verz

wendet, in den folgenden Jahren 1807 bis 1812 aber ein zur Deckung der Binsen hinreichendes Steugrquantum nicht ausgeschrieben habe.

Bernehml. S. 69, 73. Duplit S. 64, 67.

Diese Argumente haben jedoch unerheblich erscheinen muffen.

Da Bindrückkände, als Schulden betrachtet, von anderen Schulden nicht verschieden find, da die Verpflichtung zur Bindzahlung überdem eine accesso= rische ist; so ist die Krone Preußen, sowohl nach allgemeinen Rechtsgrund: fapen, als auch zufolge Artifels 3. bes Bertrags vom 14. December 1816 verpflichtet, die rückständigen Binsen der rechtsrheinischen Kurtrierischen Landesschuld in dem Berhältniffe, wie das Capital, zu übernehmen, und es fann daher nur die Frage entstehen, ob dieselbe durch die gedachten Commissiv= und Omiffinhandlungen der Herzoglich = Nassauischen Regierung von ihrer Verbind= lichkeit befreit sep. Dieß ist aber nicht der Fall, weil die Berbindlichkeit der Krone Preußen zur ratirlichen Abtragung der Bineruckftande nur mit diesen felbst zu eristiren aufhören fann.

Eine andere Frage ist es, ob die Koniglich : Preussische Regierung Namens des gegenwärtig unter ihrer Hoheit stehenden rechtsrheinischen Trierischen Landestheils deßhalb zu einem Entschäbigungsanspruche gegen bie her= zoglich = Nassaulsche Regierung berechtigt sep, weil diese die verfassungsmäßig zur Bindzahlung bestimmt gewesenen Steuern zu anderen 3wecken verwendet, oder die zur Bindzahlung erforderlichen Steuern auszuschreiben unterlassen hat. Der Anspruch aber, welcher aus ber verfassungswidrigen Verwendung der erhobenen Steuern etwa abgeleitet werben konnte, wird durch die Erklä: rung der Herzoglich = Nassauischen Regierung,

Replik g. 65,

für alle Fonds haften zu wollen, welche zur Verzinsung ober Abtragung von Landebschulden ausgeschrieben, erhoben und von der Regierung zn Shrenbreit= stein nicht zu anderweitigen dringenden Bedürfnissen verwendet sepen, völlig erledigt. -

Auf die unterlassene Ausschreibung von Steuern behuf der Binsenzah= lung aber kann die Krone Preuffen niemals einen Anspruch gegen die Berzog= lich = Nassauische Regierung gründen, weil es derselben unbenommen ift, die zu diesem 3mede erforderlichen Steuern ihren rechtsrheinischen, ehemals Trieri= schen Unterthanen noch jest aufzuerlegen. Es hat baher über biesen Punkt, wie unter Rum. VII bes Erkenntniffes geschehen, entschieden werden muffen.

Ad 3.

Die Forderung der Kurtrierischen Hoffammer = Caffe, über welche ein Streit obwaltet, ist die, in dem klägerischen Generalverzeichnisse aufgeführte, verzinsliche Schuld ber niedererzstiftischen weltlichen Stände von 6,660 Thalern.

In Anfehung biefes, als Trierische Landesschuld auerfannten Postens, ist es zwar nicht streitig, daß bie Binsen bet babon ber rechten Rheinseite zur Last fallenden Rate bis zum 1. December 1802 der unter Herzoglich : Naf= fauischer Bermattung ftebenden Rurtrierischen Cameralarreragen : Caffe gebühren. Die Herzoglich = Naffauische Regierung nimmt aber auch hinfichtlich ber rechtsrheinischen Capitalrate die Rechte der ursprünglichen Glaubigerin. der Trierischen hoffammer, für die Trierische Cameralarreragen: Caffe in

Anspruch, und bemerkt deshalb — jedoch nur für den Fall, daß es sich hier schon darum handelte, zu bestimmen, wem nach dem Franksurter Recesse der rechtscheinische Antheil der Forderung gebühre — daß die rechtscheinische Cappitalrate zu denjenigen Trjerischen Cameraleinnahme = Rückständen aus der Beit vor dem 1. December 1802 gerechnet werden musse, welche von der Herzoglich = Nassauischen Regierung durch Art. 24. des Franksurter Recesses zur Berichtigung von Besoldungs = und Pensionsrückständen ehemaliger Kurtrierischer Diener und von gewissen anderen Forderungen sonstiger Kurtrierischer Gläubiger übernommen worden sehen.

Rlage 6. 32. Replit 6. 45, 67.

Der beklagte Anwalt hingegen nimmt an demjenigen Theile ber rechtse rheinischen Capitalrate, welcher auf den nunmehr Preußischen Theil des Kursstaats Trier rechter Rheinseite fällt, die Rechte des Glaubigers für das Koniglich : Preußische Staatsärarium in Anspruch, und berechnet den Betrag zu 674 Thaler.

Vernehml. f. 43. Duplit f. 49.

Der Zweisel des klagenden Ahwalts, ob es sich jest schon barum handle, zu bestimmen, wem nach dem Frankfurter Recesse der rechtscheinische Theil der Forderung zusalle, kann sich nur auf die Competenz des Austrägalgerichts beziehen, ist aber ungegründet, indem nicht nur die Acten der angeordnet geswesenen Vermittlungscommission ergeben, daß der befragliche Punct schon zur Zeit des von der hohen Deutschen Bundesversammlung dem hiesigen Obersuppellationsgericht ertheilten Auftrags streitig gewesen ist, sondern auch die ganz allgemeine Fassung des Auftrags diesen, mit der Auseinandersehung des Trierischen Schuldenwesens conneren Punct mit begreift.

Was aber die Streitfrage selbst anlangt, so hat es zwar seine Richtigkeit, daß der Art. 24. des Recesses vom 14. December 1816 der Herzoglich-Nasssausschen Regierung die Trierischen Cameraleinnahme-Rückstände bis zum 1. December 1802 zu dem von dem klagenden Anwalte angedeuteten Zwecke überwiesen hat. Indessen kann eine ausstehende verzinsliche Capitalsorderung der Trierischen Hofkammer nicht zu den Einnahmerückständen gerechnet werden, zwar nicht wegen der Königlich-Preußischer Seits angezogenen Bestimmung im Tit. 7, §. 3, des Trierischen Landrechts, welche nur die Successionstrechte der Shegatten zum Gegenstande hat, wohl aber deßhalb, weil:

- ein ausstehendes verzinsliches Capital zur Substanz des Vermögens gehört, und in den Zinsen Einnahmen abwirft, auch nicht constirt, ja von dem klagenden Anwalte nicht einmal behauptet wird, daß das in Rede stehende Capital schon am 1. December 1802 zur Rückzahlung an die Trierische Hoffammer = Casse fällig gewesen wäre; und
- b) der Receß selbst ergibt, daß es nicht die Absicht gewesen senn kann, unter den der Herzoglich = Nassauischen Regierung überkassenen Eins nahmerückständen ausstehende verzindliche Capitalien zu begteisen. Denn die Königlich = Preußische Regierung hat sich in dem Recesse ans heischig gemacht, die in ihrem vormals Trierischen Landestheile rechter Rheinseite noch vorhandenen Rückstände durch ihre Renteibeamten einziehen zu lassen und zur Disposition der Herzoglich = Nassausschen Regierung zu stellen, wegen der inerigibelen Rückstände aber anges

messene Vorschläge zu thun. Eine Forderung aber, wie die streitige, in Ansehung deren der Königlich-Preußische Theil der rechtscheinischen Trierischen Lande, mithin nach Preußischer Staatsverfassung nunmehr das Königliche Staatsärarium der Schuldner ist, konnte nicht füglich Preußischen Renteibeamten zur Einziehung überlassen werden, und vollends konnte die Erigibilität einer solchen Schuld niemals zweiselbaft sepn.

Es können daher in dem Art. 24. des Recesses nur Rücktände an lawfenden Cameralgefällen und dergleichen, nicht aber ausstehende verzinsliche Forderungen gemeint senn, in Ansehung deren vielmehr die Regel eintritt, daß nomina und actiones ipso jure getheilt sind.

Bermöge dieser Regel gebührt ein Theil der rechtscheinischen Rate der streitigen Forderung dem Königlich: Preußischen Staatsärario. Ueber den Betrag dieses Antheils aber hat noch nicht entschieden werden können, weil der klagende Anwalt über die Behauptung des beklagten Anwalts, daß derselbe sich auf 674 Thaler belaufen musse, noch keine Erklärung abgegeben hat. Aus diesen Gründen hat, wie unter Num. IV. des Urtheils geschen, erkannt werden mussen.

#### Ad 4.

Die rudständigen Steuern aus den Cameralortschaften werden ebenfalls don Herzoglich-Nassauischer Seite für die Trierische Cameralarreragen-Casse in Anspruch genommen.

## Replit 5. 66.

Indessen ist es nach Lage der Sache unthunlich, über diesen Anspruch schon jest desinitiv oder interlocutorisch zu erkennen, indem der klagende Anwalt die rechtlichen Berhältnisse, in welchen die Cameralortschaften rücksichtlich der Steuerentrichtung zu den Trierischen Landständen und der Hossammer=Casse standen, nicht angeführt, ja nicht einmal den Bertrag, durch welchen diese Berhältnisse regulirt seyn sollen, näher bezeichnet, und eben so wenig den Rechtsgrund angeführt hat, auf welchem der Anspruch der Trierischen Cameralarrerazgen=Casse beruhen soll.

Es hat daher unter Rum. V. des Erfenntniffes dem flagenden Anwalte nur nachgelaffen werden können, seine Forderung beffer zu begründen.

Wir gehen nunmehr

#### III.

zu dem Vergütungs = und Compensationsanspruche über, welcher von dem klasgenden Anwalte der rechten Rheinseite und dem Herzogthume Nassau, insbessondere wegen der auf rechtscheinische Cassen bereits übernommenen und resp. bezahlten Trierischen Landes = und Kammerschulden, gegen die linke Rheinseite beigelegt wird.

Bon der Entscheidung über diesen Streitpunct wird es auch abhangen, ob die rechte Rheinseite noch Kurtrierische Kammerschulden zu übernehmen hat.

Nach den übereinstimmenden Erflärungen der beiderseitigen Anwälte, wurden

A. die Landesschulden des durch den Reichsbeputations-hauptschluß mit dem herzogthum Nassau vereinigten rechtsrheinischen Trierischen Lan-

bestheils nicht Nassauische Staatsschulb, sondern blieben für sich bestehende Provinzialschuld dieses Landestheils, und die Landesschulden des durch den Vertrag vom 31. Mai 1815 an die Krone Preußen nicht abgetretenen Theils der rechtscheinischen Trierischen Lande haben noch jest die Eigenschaft von Provinzialschulden;

B. die auf dem rechtscheinischen Trierischen Domanialvermögen haftenden Kammerschulden hingegen wurden Rassauische Central=Staatsschuld, und derjenige Theil dieser rechtscheinischen Kammerschulden, welcher auf dem dem Herzogthum Nassau verbliebenen Theile der Trierischen Domanen haftet, hat noch gegenwärtig diese Qualität.

Nach der Behauptung bes klagenden Anwalts sind nun

### I. an Lanbesschulben

A. bis jum 31. December 1814,

- 1) 391 Partialobligationen des Mülhens'schen Anlehens eingelöft, und zwar:
  - a) and der Chrenbreitsteiner Provinzialsteuercasse 8 Stud,
  - b) aus der Herzoglich = Nassauischen Staatscasse 383 Stück, und es sind
- 2) aus der Ehrenbreitsteiner Steuercasse an unverzinslichen Schulz den beider niedererzstiftischen Stände 3,923 Chaler 4 Alb. bezahlt worden.
- B) nach dem 31. December 1814 find aus der Herzoglich-Raffauischen Staatscasse 17,086 Thir. 24 Alb. an verzinslichen und unverzinslichen Landesschuldcapitatien bezahlt.

Der klagende Anwalt rechnet den Betrag fammtlicher von der rechten Rheinseite zu übernehmen gewesenen Landesschulden zusammen, und sest davon

A) den Gesammtbetrag der bis 1815 geleisteten Jahlungen als schon übernommen, mithin nicht mehr zu übernehmende Schuld dergestalt ab,

daß

- 1) der aus der Shrenbreitsteiner Provinzialsteuercasse gezahlte Schuldsbetrag als von dem Schuldner selbst getilgt betrachtet werden musse, hingegen
- 2) durch die aus der Herzoglich=Nassauischen Staatscasse geleisteten Bahlungen der rechtsrheinische Landestheil zwar ebenfalls von dem getilgten Schuldbetrage liberirt, aber für den gedachten vorzgeschossen Betrag Schuldner der Rassauischen Staatscasse gesworden sen, wobei von den 383 aus der Staatscasse eingelösten Mülhens'schen Partialobligationen 256 auf die Landesschuld abzgerechnet worden.

Was solchergestalt bis zum Jahre 1815 aus der Ehrenbreitsteiner Steuercasse und der Herzoglich=Rassauischen Staatscasse an Landesschulden bezahlt
ist, soll pro rata auf den Landesschuldentheil des bei Nassau gebliebenen und
des an Preußen abgetretenen Landestheils rechter Rheinseite abgesetzt werden,
wohingegen auch anerkannt wird, daß die Vorschußsorderung der Nassauischen
Staatscasse an den rechtscheinischen Trierischen Landestheil pro rata auf das
Koniglich=Preußische Staatsärarium übergangen sep.

### Bas aber

- B) die nach dem 31. December 1814 aus der Herzoglich=Nassauischen Staatscasse geleisteten Jahlungen betrifft, unter welchen sich auch 15 eingelöste Müthens'sche Partialobligationen besinden sollen, so werden diese von dem klagenden Anwalte ausschließlich auf den Schulzdenantheil des Nassauisch gebliebenen Theils der rechtsrheinischen Trierischen Laude abgesett, weil die Herzoglich=Nassauische Regierung diese Vorschüsse nur ihren, nicht aber den Königlich=Preußischen Unterthauen geleistet habe.
- Es wird hieraus von dem klagenden Anwalte folgendes Resultat abgeleitet:

Sämmtliche Landesschulden des rechtsrheinisch Nassauisch gebliebenen Trierischen Landestheils hätten, nach Abzug der aus der Ehrenbreitssteiner Steuercasse geleisteten Jahlungen, betragen:

108,372 Thir. 23 Alb. an verzinslichen Schulden an unverzinslichen 55,164 29 Es find aber aus herzoglich= Nassauischer Staatscasse bezahlt: 139,602 Thir. 20 verzinsliche Schulden . alfo zu viel . 31,229 51 unverzindliche Schulden . 2,723 11 also zu wenig 52,441 22

Wenn nun auch die linke Rheinseite von der rechten die nachträgliche Uebernahme diefer an unverzinslichen Schulben zu wenig übernom: menen 52,441 Ehlr. 22 Alb. zu fordern berechtigt sep, so habe da= gegen die rechte Pheinseite von der linken die Erstattung der an verzinslichen Schulden zu piel übernommenen 31,229 Thir. 51 Alb. als eines für die linke Rheinseite geleisteten Vorschusses zu fordern, und sep berechtigt, diese Gegenforderung mit der Forderung der lin= ten Rheinseite zu compensiren. Nach geschehener Compensation aber werde der rechten Rheinseite Nassauischen Theils noch ein Ueberschuß bleiben, weil dieselbe außer dem verzinslichen Capitalbetrage auch die mehr als dreißigjährigen Binsen abgetragen und auch deren Erstattung zu fordern habe. Bur Erstattung dieses durch die Liquidation in quanto annoch festzustellenden Ueberschusses muffe bemnach die Krone Preußen als Besigerin der linken Rheinseite verurtheilt werden. Der klagende Anwalt will demnach den unter Herzoglich = Nassauischer Hoheit ge= bliebenen Theil der rechtscheinischen Trierischen Lande von dem Anspruche des linkerheinischen Laudestheils auf Uebernahme einer Rate der noch unberichtigten Trierischen Landesschulden beider Rhein= feiten durch die Ginwendung befreien, daß derfelbe von anderen Landesschuldpoften bereits mehr übernommen habe, als sein Landes= schuldenantheil betrage, und fordert daneben das Mehrübernommene von der linken Rheinseite zurück.

II) Auf die, so viel den rechtscheinischen Antheil betrifft, als Rassauische Centralstaatsschuld zu betrachtenden Trierischen Kammerschulden hat, nach der Angabe des klagenden Anwalts, die Herzoglich=Nassauische Staatscasse bis zum 31. December 1814 bereits 33,190 Thlr.

27 3/4 Alb. mehr übernommen, als die rechtscheinische Nate betrage. Durch die an dem gedachten Tage vollzogene Theilung der Nassauisschen Staatscassenschulden zwischen dem Herzogthum Nassau und der Krone Preußen seh der übernommene Betrag, in so sern derselbe das mals noch ats Herzoglich Nassauische Staatsschuld vorhanden gewesen, zwischen beiden Regierungen getheilt, solglich seh die Nate einer jeden derselben bereits getilgt, und die linke Rheinseite nicht mehr der rechtigt, von der rechten die Uebernahme noch unberichtigter Trierischer Kammerschulden zu sordern, müsse vielmehr der Herzoglich Nassauisschen Staatscasse den übernommenen Nehrbetrag, salva liquidatione, mit allen den Gläubigern darauf bezahlten Zinsen erstatten. Die Instention des klagenden Anwalts läuft demnach in Ansehung der Kammerschulden im Wesentlichen auf dasselbe hinaus, wie in Betress der Landesschulden.

Rlage 6. 28 - 37. Anlagen VI und VII.

Der beklagte Anwalt hat zuwörderst die, angeblich aus den Herzoglich-Nassauischen Cassen geleisteten Zahlungen noch nicht zugestanden, vielmehr pag. 191. der Duplik bemerkt, daß die Anlage Num. VII. der Rlage in ihren einzelnen Positionen nicht als richtig anerkannt werden könne, und die Aufstellung einer Berechnung erst nach erfolgter Entscheidung über die Frage mögtich seyn werde, ob die Intention des Klagenden Aumalts überhaupt rechtlich begründet sey. Es wird daher, wenn kehteres der Fall seyn sollte, von Herz zoglich-Nassauscher Seite eine besondere Liquidation der geseisteten Zahlungen erfordersich werden.

Was aber die rechtliche Seite des Herzoglich : Naffanischen Ausruchs betrifft, so räumt zwar der beklagte Anwalt ein, daß der Herzoglich : Nassanischen Staatscasse vergütet werden müsse, was aus derfelben nach dem 31. December 1814 mehr als die Nassanische Rate der rechtscheinischen Trierischen Landes = und Kammer : Schulden berichtigt worden sen, und nimmt für die Krone Preußen gleiche Vergütung in Anspruch. In Betress des Verhältnisses zur linken Rheinseite aber bestreitet derselbe

- A) den rechtlichen Grund des Klagantrags, indem
  - 1) die Herzoglich = Nassauischer Seits übernommenen und abgetragenen Trierischen Schuldposten zum Theil solche sind, welche nach seiner Ansicht der linken Pheinseite gar nicht zur Last standen, sondern ausschließlich Schulden der rechten Rheinseite waren, sür deren Uebernahme, Abtragung und Verzinsung mithin der rechten Rheinseite keine Vergütung gebühren könne, und
  - 2) ein solcher Vergütungsanspruch, in so weit derselbe begründet senn möchte, die rechte Rheinseite von ihrer Verpflichtung nicht befreien könne, ihre Nate der noch nicht übernommenen, beiden Rheinseiten gemeinschaftlichen Schulden zu übernehmen.

Sodann oppomirt berfelbe

- B) dem behaupteten Vergitungsampruche, fo meit devietbe aus ben bis zum 31. December 1814 übernommenen ober berichtigten Schuldpoften abgeleitet wird, mehrere peremturische Ginreden, und behauptet
- C) daß, in fo fern der rechten Rheinfeite wegen ber bis jum 1. Januar

1815 auf die Herzoglich : Nassauische Staatscasse übernommenen oder aus derselben berichtigten Kammer schulden ein Vergütungsanspruch gegen die linke zustehe, 24 Procent dieser Forderung der Krone Preussen gebühren.

Bei der Beurtheilung der Herzoglich: Nassanischen Forderung können einste weilen diejenigen Argumente, welche sich ausschließlich auf die eingelösten Partialobligationen des Mülhens'schen Anlehens beziehen, übergangen werden, indem dieselben den Gegenstand einer besondern Erörterung ausmachen müssen. So viel aber den Herzoglich Nassauischen Anspruch im Allgemeinen betrifft, so sind, in Gemäßheit des status controversize folgende Fragen zu entscheiden:

- I) Ift die Vergütungsforderung
  - A) rechtlich begründet, und
  - B) zu der beabsichtigten Compensation geeignet?
- II) Wird sie durch die dorgeschütten peremtorischen Ginreden entkräftet?
- III) Gebührt der Krone Preußen an der Vergütungsforderung wegen der bis zum Jahre 1815 auf die Herzoglich : Nassauische Staatscasse zu viel übernommenen Trierischen Kammerschulden ein Antheil zu 24 Procent.

### Ad I, A.

Die Herzoglich : Nassauischer Seits erhobene Vergütungsforderung beruht auf der rechtlich allerdings begründeten Verbindlichkeit des dominus negotii, den Geschäftsführer, welcher behuf der besorgten fremden Angelegenheiten Auslagen machte oder Verbindlichkeiten einging, wegen jener schadlos zu halten und von diesen zu befreien.

Benn gleich baraus, daß Herzoglich : Naffauischer Seits eine Compensa: tionsbefugniß in Anspruch genommen wird, vermöge deren die rechte Rhein= seite von der Verpflichtung zu fernerer Uebernahme Kurtrierischer Schulden im Borand befreit senn soll, so wie and dem Umstande, daß es der Herzoglich= Nassauischen Regierung, so lange die Schuldenabtheilung mit der linken Rhein= seite nicht geschen mar, nicht möglich gewesen ift, von einem Kurtrierischen Schuldposten die rechtscheinische Rate, deren Betrag noch nicht bekannt mar, allein zu berichtigen oder zu übernehmen, fie vielmehr, wenn fie Rurtrierische Schulben tilgen wollte, die linkerheinische Rate mit zu tilgen genöthigt war, Sweifel gegen die Absicht, die nogotia der linken Rheinseite zu geriren, und ihren Bergütungeanspruch auf eine nogotiorum gestio zu gründen, abgeleitet werden könnten; so muffen doch diese Zweifel verschwinden, wenn erwogen wird, daß einestheils eine Compensationsbefugniß eine schon bestehende Forberung, diese aber einen rechtlichen Entstehungsgrund voraussett, an welchem es ermangeln wurde, wenn man eine negotiorum gestio für die linke Rhein= feite nicht annehmen wollte, und daß anderntheils nach

L. 6. §. 3. D. de neg. gest. Glück Commentar Th. 5, p. 347.

eine actio negotiorum gestorum utilis auch dann statt findet, wenn man nicht gerade die bestimmte Absicht hegte, den Herrn des Geschäfts zu verpflichten, aber doch auch nicht intendirte, demselben die gemachten Auslagen zu schen, in so fern nur die Besorgung des Geschäfts zu deffen Nupen gereichte.

Price .

Daß namentlich bei der Eintösung auf den Inhaber lautender Obligationen der rechtliche Gesichtspunct einer negotiorum gestio von selbst ausgeschlossen wäre, wie in der Replik pag. 111 behauptet wird, läßt sich nicht beweisen, und daß der ganze Vergütungsanspruch auf einer Geschäftsführung für die linke Rheinseite beruhe, erkennt der klagende Anwalt selbst an, indem derselbe am angeführten Orte erklärt, daß eine negotiorum gestio für den Betrag eventuell in Anspruch genommen werden müsse, welchen das Herzogthum Nassau nicht auf die ihm zur Last sallende Schuldenrate in Aufrechnung brinz gen könnte, sondern als Mehrbetrag von der linken Rheinseite zurückfordere.

Der erhobene Vergütungsanspruch ist im Allgemeinen allerdings rechtlich begründet, in so fern die Herzoglich-Nassauische Regierung Trierische Schulden abgetragen, oder als eigene Schuld übernommen hat, von welchen eine Rate der linken Rheinseite zur Last stand, denn durch die vermittelst des Lüneviller Friedenstractats und des Reichsdeputations = Hauptschlusses erfolgte Theilung des Kurtrierischen Staatsvermögens zwischen dem Herzogthum Nassau und Frankreich, mar ipso jure ein jeder einzelner, beiden Rheinseiten gemeinschaft= lich gewesener, Kurtrierischer Schuldposten zwischen beiden Staaten getheilt. Indem daher die Herzoglich = Nassauische Regierung Trierische Schulden dieser Art berichtigte, oder als ihre eigenen übernahm, und dadurch auch die linke Rheinseite von ihren Verpflichtungen gegen die Gläubiger befreite, hat sie utiliter die negotia derselben gerirt, und folglich einen Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen und Liberation von den für die linke Rheinseite übernommenen Berbindlichkeiten erworben, wobei es nach den obigen Ausführungen gleichgül= tig ift, ob die abgetragenen ober übernommenen Schulden vor oder nach der feindlichen Besetzung der linken Rheinseite entstanden, und mit rechtsrheinischen Specialhppotheken versehen maren oder nicht.

So wohlbegründet aber auch die Forderung der Herzoglich = Nassauischen Regierung erscheint; so wenig ist dieselbe

Ad I, B.

zu der beabsichtigten Compensation geeignet.

Durch Compensation können gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeisten aufgehoben, aber niemals neue Verbindlichkeiten begründet werden, und das Lettere ist es, was der klagende Unwalt verlangt.

Mit der Theilung der Kurtrierischen Lande und Domänen zwischen der linken und der rechten Rheinseite war auch, wie der beklagte Anwalt §. 30 und 62 der Duplik richtig bemerkt, eine Theilung eines jeden einzelnen Trierischen Schuldpostens ipso jure eingetreten. Dieß ergibt sich ganz von selbst aus der Natur der Schulden als integrirender Bestandtheil des getheilten Kurtrierischen Staatsvermögens. Der klagende Anwalt aber fordert von der linken Rheinseite die Uebernahme der rechtscheinischen Rate gewisser Trierischer Schuldposten, weil die rechte Rheinseite von anderen Trierischen Schulden die linkscheinische Rate übernommen habe, will also im Wege der Aufrechnung oder Compensation der linken Rheinseite eine Verbindlichkeit auferlegen, welche derselben früher nicht oblag, und dieß ist ohne freie Einwilligung der Königlich=Preußischen Regierung rechtlich unmöglich.

Für die Unabwendbarkeit der allgemeinen Rechtsgrundsätze, aus welchen die Unzulässigkeit einer solchen Compensation sich ergibt, auf Staatsschulden, Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thl.

liegt in der rechtlichen Beschaffenheit bes Staatsvermogens und der Staats: schuld an und für sich kein Grund. Es würden alfo besondere Rechtsgründe erforderlich fenn, um in einem einzelnen Falle von demfelben abweichen zu kön= nen. Als solche bezeichnet der klagende Anwalt:

### Replik &. 55 bis 57.

- 1) den g. 78 des Reichsdeputations : Hauptschlusses,
- 2) den Art. 3 des Frankfurter Recesses vom 14. December 1816,
- 3) den Art. 21 der Wiener Schlußacte.

Wenn

ad 1) der Reichsbeputations = Hauptschluß wirklich eine Aenderung jener allgemeinen Rechtsgrundsätze enthielte, so würde diese für die Königlich=Preu= ßische Regierung als Nachfolgerin Frankreichs im Besitze linksrheinischer Länder nicht verbindlich senn, denn der §. 78 betrifft nur die rechtlichen Verhältnisse rechtsrheinischer deutscher Staaten. Der Reichsbeputations : Hauptschluß ent= halt aber auch ein abweichendes Princip nicht. Ohne 3meifel mußten nach den Bestimmungen der §g. 77, 78, 79 die Binsen der mit Speciashppo= theken versehenen Landes: und Kammer: Schulden von dem Besitzer der Specialhppothet, und die Binfen der mit Generalhppotheten versehenen Schulden von dem Besiger des Hauptorts oder des größten Cheils des getheilten geist: lichen Landes bis zur definitiven Auseinandersetzung wegen des Schuldenpuncts und bis zur Abrechnung den Gläubigern bezahlt werden. Die Auseinander= setzung oder Austheilung aber konnte möglicher Weise in nichts anderem be= stehen, als in der Feststellung der Schuldenrate, welche jeder Theilnehmer nach Verhältniß der auf ihn übergegangenen Domanialeinkunfte und Steuereinnah: men zu übernehmen hatte, und diese Rate konnte, wie sich ganz von selbst er= gibt, nur baburch ausgemittelt werden, daß man sie bei einem jeden einzelnen Schuldposten berechnete. Der Vorbehalt der Abrechnung bringt es mit sich, was sich vhnehin von selbst verstand, daß demjenigen, welcher in Folge der ge= troffenen provisorischen Bestimmungen an Binsen mehr bezahlt hatte, als ihm nach dem Resultate der definitiven Auseinandersetzung obgelegen hatte, Ver= gütung geleistet werden mußte. Daß aber diese Bergütung von dem dazu Ber= pflichteten dem Berechtigten durch Uebernahme eines der zu leistenden Vergütung im Betrage gleich kommenden Theils berjenigen Schuldrate, welche dem Berechtigten zur Last fiel, geleistet werden solle, bestimmt ber Reichsbeputa= tions-Hauptschluß nicht, und ohne 3weifel wurde der Berechtigte schuldig ge= wesen senn, die ihm gebührende Vergütung in baarem Gelde anzunehmen, wenn der Verpflichtete nicht geneigt mar, dieselbe durch Uebernahme von Schulben zu leisten. Gine Compensation ober Vergütung durch Abrechnung würde nur in so fern auch ohne freiwillige Uebereinkunft haben eintreten kön= nen, als jeder Theilhaber vermöge des Besitzes der Specialhppothek, oder des Hauptorts, ober des größten Theils des getheilten Landes einzelne Schuldpoften provisorisch gang hatte verzinsen muffen, mahrend ihm definitiv nur eine Rate derfelben zur Last fallen konnte.

#### Ad 2.

Im Artifel 3. des Frankfurter Recesses haben beibe Gouvernements sich verbindlich gemacht, eine gemeinschaftliche Commission anzuordnen, beren Geicaft barin bestehen follte, die Trierischen Schulden sammt ben ruckfanbigen Binsen zu liquidiren, die Grundsäße über die Vertheilung dieser Schulden fest= zustellen, sodann die Vertheilung selbst vorzunehmen, und jedem Gouvernement seine Rate in einzelnen Capitalien zu überweisen. Sollte aber die Commission hierzu im Stande senn, so mußte sie nothwendig, wie auch geschehen ist, den Theil, welchen jede Rheinseite von einem jeden einzelnen Schuldpoften zu über= nehmen hatte, ausmitteln. Die einzelnen Schuldposten konnten dabei in ge= misse Klassen gebracht werden, weil immer auf mehrere derselben Gin Theilungs= maakstab pakte, und auf diese Weise war es thunlich, den Gesammtbetrag jeder einzelnen Schuldenclasse auszumitteln, und biesen, nicht aber jeden ein= zelnen Schuldposten zu vertheilen. Die Summe aller einzelnen Raten war dann der Gesammtbetrag dessen, mas jede Rheinseite von sämmtlichen Trieri= schen Schulden zu übernehmen hatte, und war dieser Gesammtbetrag ausge= mittelt, so gereichte es allerdings zur Bequemlichkeit der Gläubiger wie ber schuldenden Regierungen, wenn einer jeden der letzteren eine Anzahl der ein= zelnen Schuldposten zur alleinigen Uebernahme zugewiesen wurde, beren Summe dem zu übernehmenden Gesammtbetrage gleichkam. Ohne Zweifel hatte babei auch verabredet werden konnen, daß der rechten Rheinseite diejenigen Schulden, welche sie schon übernommen hatte, auch ferner zur Last bleiben und das zu viel Uebernommene oder Bezahlte von der linken Rheinseite durch alleinige Uebernahme der noch nicht übernommenen oder getilgten Schulden vergütet werden solle. Daß diese Verabredung aber wirklich getroffen sen, ergibt der Artikel 3. des Frankfurter Recesses nicht. Es ist darin von der Vergütung des von der rechten Rheinseite zu viel übernommenen Schuldbetrage nicht die Rede, und es kann um so weniger angenommen werden, daß es die Absicht gewesen sen, über diese Vergütung etwas festzusepen, weil damals noch nicht constirte, ob die von der rechten Rheinseite verzinsten und abgetragenen Capitalien ge= meinschaftliche Schulden beider Rheinseiten, oder, wie die Krone Preußen noch jest behauptet, zum Theil alleinige Schulden der rechten Rheinseite gewesen maren, und ob, das erstere vorausgesett, der rechten Rheinseite wegen des zu viel Uebernommenen auch eine Vergütung gebühre. Erst wenn Beides aus den Arbeiten der Commission erhellte, konnte es an der Zeit senn, über die Art und Weise der zu leistenden Vergütung etwas zu bestimmen; aber schon über jene Vorfrage hat die Commission sich nicht vereinigen können. Ihrer Ver= gütungsansprüche und der der gemeinschaftlichen Commission gegebenen Instruction ungeachtet, ist die rechte Rheinseite immer noch verpflichtet, die rechts: rheinische Rate der noch nicht übernommenen und berichtigten Trierischen Schuldposten zu übernehmen, und diese kann ihr auch, sobald beide Regierun= gen sich darüber vereinigt haben werden, noch immer in einzelnen nugetheilten Schuldcapitalien zugewiesen werden.

Wenn

ad 3.

der klagende Anwalt sich darauf beruft, daß das gegenwärtige Austrägalversfahren nicht auf den Grund des Art. 30, sondern auf den Grund des Art. 21. der Wiener Schlußacte eingeleitet worden sep, so ist dieß in kacto richtig. Es kommt nicht auf die Entscheidung der Vorfrage an, welche der streitenden Resgierungen, oder zu welchem Theile eine jede derfelben, einzelne auf Jahlung

bringende Gläubiger zu befriedigen habe. Aber der Grundsab, daß mit einem auf mehrere Universalsuccessoren übergehenden Vermögen die auf demselben haftenden Schulden ipso juro getheilt werden, gilt auch, wenn, ohne daß die Reclamation einzelner Gläubiger dazu Veranlassung gegeben hat, unter Bunzberegierungen über die Vertheilung von Staatsschulden getheilter Länder gesstritten wird; denn auch in diesem Falle kann ihre Verbindlickeit zur theilz weisen Uebernahme der Schulden nur aus dem Gesichtspuncte ihrer Verpslichtung gegen die Gläubiger beurtheilt und festgestellt werden.

Wenn daher auch die Ueberweisung der resp. Schuldraten in nngetheilten Capitalien ohne Zweisel zulässig ist, so würde doch dieselbe gegen den Willen der betheiligten Regierungen durch ein richterliches Erkenntniß, welches nur auf Gründe des Nechts, nicht aber auf Nücksichten der Convenienz gebaut werden darf, nicht verfügt werden können. Die Herzoglich-Nassaussche Rezgierung wird daher die sämmtlichen von ihr berichtigten Kurtrierischen Schuldzapitalien und Zinsen demnächst besonders zu liquidiren, und zugleich die ersforderlichen Repartitionsberechnungen über die resp. der linken und der rechzten Rheinseite anzurechnenden Zahlungen auszustellen und allhier zu übergeben haben, um die Größe der Vergütungsforderung der rechten gegen die linke Rheinseite nachzuweisen.

Nach dem im §. 57. der Replik näher erlänterten Klagantrage, hat der klagende Anwalt auch die Vergütung von Sinsen auf diejemigen Summen gestordert, welche von der Herzoglich : Nassauischen Regierung auf die Abtragung Trierischer Schuld capitalien verwendet worden sind, und dieser Anspruch erscheint als rechtlich begründet, weil der Geschäftssührer nach L. 1. pr., L. 37. D. de usuris die Verzinsung seiner Auslagen sordern kann. Ueber den Betrag der ihm gebührenden Zinsen entscheidet der Landesgebranch zur Zeit der geschehenen Verwendung. Von diesem aber wird man sich am wenigsten zu entsernen Gesahr lausen, wenn der Herzoglich : Nassauischen Regierung diezienigen Zinsen zugebilligt werden, welche den Gläubigern obligationsmäßig sortzuentrichten sehn würden, wenn sie nicht befriedigt worden wären. Auch bei den zur Abtragung unverzinslicher Capitalien verwendeten Summen wird füglich auf den Betrag der Zinsen gesehen werden können, welche von den abzgetragenen verzinslichen Posten den Gläubigern entrichtet werden mußten.

Die vorstehend erörterten Grundsähe finden insbesondere auch auf die Herzoglich-Nassauischer Seits eingelösten Partialobligationen des Mülhensschen Anlehens ihre Anwendung, und es erscheint der Bergütungsanspruch des klagenden Anwalts auch in dieser Beziehung als rechtlich begründet. Da jestoch dieser Anspruch überhaupt darauf beruht, daß aus rechtscheinischen Cassen Schulden der linken Rheinseite vorschußweise abgetragen worden sind, so ergibt sich von selbst, daß für die eingelösten Mülhens'schen Partialobligationen sien ständischen Theils nur in so fern eine Bergütung gefordert werden könne, als der klagende Anwalt die unter II, A, 1 a und d demselben auferlegten Beweise führen wird.

Nur zwei besondere Einwendungen des beklagten Anwalts sind in Beziehung auf die eingelösten Mülhens'schen Partialobligationen noch zu erörtern, deren eine den Rechtsgrund der deßhalb erhobenen Vergütungsforderung an sich, die andere deren Betrag betrifft.

Der beflagte Anwalt behauptet nämlich

a)

daß die Herzoglich = Nassauische Regierung die eingelösten Partialobligationen vernichtet, und anstatt derselben Catvir'sche, auf die Herzoglich = Nassauische Staatscasse laufende Obligationen ausgegeben, mithin die Mülhens'schen Obsligationen als eigene eingelöst, für die Tilgung der eigenen Schuld aber keine Vergütung zu fordern habe.

Bernehml. p. 82, 83. Duplik p. 132.

Dieses Argument ist indessen unerheblich. Um aus den angesührten Thatsachen das stillschweigende Anerkenntniß der Herzoglich-Nassauischen Regierung folgern zu können, daß der eingelöste Theil des Mülhensschen Anlehens eine ausschließelich rechtscheinische Schuld gewesen sen, würde erforderlich senn, daß dieselben sich nur aus der Absicht der Herzoglich-Nassauischen Regierung erklären ließen, den Betrag der eingelösten Obligationen als eine ausschließlich rechtscheinische Schuld zu agnosciren. Es liegen aber keine Gründe vor, der Herzoglich-Nassauischen Regierung eine solche Absicht zuzuschreiben. Wollte dieselbe Mülhendssche Partialobligationen einlösen, so mußte sie den Gläubigern deren Werth vergüten, und es ist gleichgültig, ob sie dieß durch Baarzahlung oder durch Aussstellung von Schuldverschreibungen für den Einlösungspreis bewirkte. Die Cafestrung der eingelösten Obligationen, oder das Ausdrücken eines Einlösungsstempels ist aber von dem klagenden Anwalte aus der Absicht, die Befriedigung der Gläubiger zu beweisen und das eingelöste Papier außer Umlauf zu sehen, genügend erläutert.

Wohlbegründet aber ist

**b**)

die eventuelle Bemerkung des beklagten Anwalts, daß nur der wirklich bezahlte Einlösungspreis und nicht der Nominalwerth der eingelösten Obligationen zu vergüten sen, weil die Herzoglich = Nassauische Regierung nicht als Cesssonarin in die Rechte der befriedigten Gläubiger eingetreten ist, sondern, nach dem eigenen Anführen des klagenden Anwalts in der Replik, die Obligationen zur Beruhigung, d. h. Befriedigung der Ereditoren, also um deren Forderungen ganzlich zu tilgen, eingelöst hat, mas sich auch baraus ergibt, baß dieselben bem Umlaufe entzogen worden find. Daß der beklagte Anwalt, S. 82 der Bernehmlassung, nicht — wie klagender Anwalt behauptet — ein Anderes zugestanden habe, ergibt sich aus beffen Antrage (p. 83 daselbst) zu erkennen, daß nicht mehr das ganze, sonst der linken Rheinseite zur Last gestandene Capital, fondern nur die bezahlte Ginlösungesumme guruckgefordert werden konne. Die Forderung der Herzoglich = Nassauischen Regierung beruht demnach darauf, daß aus rechtsrheinischen Caffen eine Schuld der linken Rheinseite bezahlt worden sen, also auf einer behaupteten negotiorum gestio; der Geschäftsführer hat nur Anspruch auf Erstattung der wirklich gemachten Auslagen fammt den landüblichen Binsen, und der größere Betrag des Vortheils, welchen feine Geschäftsführung für den dominus negotii herbeigeführt haben mag, ift dabei gleichgültig. Da aber im vorliegenden Falle nur für den zur Ginlösung des Capitalbetrags gemachten Aufwand Binsen gefordert worden sind, so haben dieselben auch nur für diesen zuerkannt werden konnen, mas bei ber

von dem klagenden Anwalte demnächst aufzustellenden Liquidation der geleiste= ten Vorschüsse zu berücksichtigen senn wird.

Es ist nunmehr

#### ad II.

zu erörtern, ob ber Bergutungsanspruch ber rechten gegen bie linke Rheinseite durch die von der Krone Preußen demselben entgegengesetzten peremptorischen Einreden elidirt sen.

Die vorgeschütten Ginreden sind:

- 1) Die Ginrede des Bergichts,
- 2) die Ginrede der Präclusion,
- 3) die Ginrede ber schoff geschehenen Schuldenabtheilung.

#### Ad 1.

Die Einrede des Verzichts wird auf den Art. 18. des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 gegründet, und bezieht sich baher auch nur auf die vor diesem Beitpuncte für die linke Rheinseite geleisteten Vorschußzahlungen.

In dem angeführten Artikel leisteten die alliirten Mächte einerseits, und der König von Frankreich andrerseits Verzicht à la totalité des sommes, welche man gegenseitig zu fordern haben könnte:

> à raison de contrats, de fournitures ou d'avances quelconques faites au gouvernement français (aux puissances alliées) dans les différentes guerres qui ont eu lieu depuis 1792.

Diese Verzichtleistung soll sich nach der Ansicht des beklagten Anwalts auch auf den hier in Rede stehenden Vergütungsanspruch beziehen, weil sie ganz allgemein von allen Forderungen der alliirten Regierungen an Frankreich laute, und die Separatconvention vom 20. November 1815, welche die Liquidation aller Forderungen, die noch an die Französische Regierung ge= macht werden könnten, vorschreibe, die Forderungen der allierten Regierun= gen oder ihrer Aerarien nicht nur nicht erwähne, sondern auch im Artikel 2. als zur Liquidation berechtigte Gläubiger ausdrücklich nur individus communes et établissemens particuliers dont les revenus ne sont pas à la disposition des gouvernemens, bezeichne.

Vernehml. &. 15. Duplit &. 18, 19.

Die Einrebe bes Verzichts ist jedoch unbegründet. Wollte man den Art. 18. auf Korderungen der vorliegenden Art anwenden; so würde man zu dem Refultate gelangen, daß die Herzoglich = Raffanische Regierung von den tinkerhei= nischen Raten Trierischer Schulden, welche sich bis zum 30. Mai 1814 abgetragen hat, nur diejenigen erstattet verlangen könne, welche in den Jahren bezahlt worden sind, in welchen Frankreich seit 1792 keine Kriege geführt hat, dagegen der Bergutungsauspruch wegen der in Kriegsjahren geleisteten Bor= schußzahlungen hinwegfallen muffe. Es mochte aber sehr schwierig senn, für eine solche Distinction einen genügenden Grund auszuforschen. Der geleistete Verzicht bezieht sich nur auf die zum Zwecke ober auf Veranlassung ber geführten Kriege gegenseitig geleifteten Borschuffe, und dazu gehören Borschuffe der hier befraglichen Art nicht, welche ohnehin nach Artikel 21. des Tractats nicht ber Frangbfifchen Megierung, sonbern nur bem Lande geleistet sen konnten, welchem die vorschußweise bezahlten Schulden ursprünglich zur Last

Die eventuelle Bemerkung des klagenden Anwalts im §. 39. der Replik, daß der Verzicht jedenfalls nur auf diejenigen Summen bezogen werden könne, wegen deren die Herzoglich = Nassauische Regierung sich nicht im Wege der Aufrechnung Befriedigung verschaffen könne, bedarf hiernach keiner Ersörterung.

#### Ad 2.

Die Einrede ber Präclusion wird gegründet

- a) darauf, daß die Herzoglich-Nassauische Regierung es unterlassen habe, in Gemäßheit des Art. 21. des Pariser Friedens und der Art. 6, 7, 9 der Separatconvention vom 20. November 1815 ihre Forderungen aus den für die linke Rheinseite geforderten Vorschußzahlungen binnen der durch den Art. 16. der Convention dazu vorgeschriebenen Präjudicialfrist gegen Frankreich zu liquidiren;
- b) darauf, daß die Herzoglich-Nassauische Regierung die gedachten Forsderungen nicht in Gemäßheit der deßhalb erlassenen Bekanntmachunsgen und öffentlichen Aussorderungen bei den niedergesett gewesenen Königlich-Preußischen Liquidationsbehörden angemeldet und liquidirt habe, wie ihr zu thun obgelegen haben würde, wenn sie an den Liquidationen gegen die Französische Regierung unmittelbaren Anstheil zu nehmen nicht verpstichtet gewesen sepn sollte.

Die Ginrede bezieht fich

- 1) auf die Herzoglich = Nassauischer Seits berichtigten Zinsen der linksrhei= nischen Landes-und Kammer=Schuldenrate bis znm 1. Januar 1814, welche von Frankreich hätten übernommen werden mussen,
- 2) auf denjenigen Theil der Herzoglich = Nassauischer Seits berichtigten oder übernommenen linksrheinischen Rate Trierischer Kammerschulden, welcher in Gemäßheit der angeführten Convention und der früher gedachten schiedsrichterlichen Entscheidung des Herzogs von Wellingston deßhalb von der Französischen Regierung habe übernommen werden müssen, weil dieselbe Domänen veräußert gehabt.

Diese Zinsen und Capitalabträge auszumitteln, sen Zweck der Liquidationen gewesen, und da die Herzoglich : Nassauische Regierung, welche durch Bezahlung von Zinsen und Capitalien in die Stelle der ursprünglichen Gläubiger getreten sen, beide nicht liquidirt habe, so treffe dieselbe die eingetretene Präclusion.

Vernehml. §. 16, 25. Duplik. §. 19 - 34.

Die Einrede der Präcluston ist jedoch in jeder Beziehung ungegründet. Die Grundlage der in den Artikeln 6, 7, 9 der Separatconvention vom 20. November 1815 enthaltenen Verfügungen war der Artikel 21. des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814. Dieser bestimmt, daß die Schulden der von Frankreich wieder abgetretenen Länder diesen zur Last bleiben sollten. Die linksrheinische Rate der Trierischen Landes und Kammerschulden, welche nicht in Französische Inscriptionen verwandelt waren, blieb daher nach wie vor Schuld des linksrheinischen Trierischen Landestheils, und durch theils

· weise Tilgung derselben hatte die Herzoglich = Nassauische Regierung keine Forderung gegen Frankreich, sondern eine Forderung gegen den linkerheinischen Trierischen Landestheil erworben. Bu deren Liquidation gegen Frankreich war keine Beranlassung, weil die Französische Regierung die abgetretenen Länder nicht mehr zu vertreten hatte, und die durch die Artikel 6, 7, 9 der Convention vorgeschriebenen Liquidationen, wie schon ermähnt, nur die Bergütungen betrafen, welche die Französische Regierung ihrer Nachfolgerin deßhalb zu leisten hatte, weil von ihr Binsen unberichtigt gelassen und Domanen veräußert maren. Diese Liquidationen konnten daher in Ansehung des linksrheinischen Trierischen Landestheils nur der Königlich : Preußischen Regierung obliegen. Wenn aber diese dazu der Mitwirkung der Gläubiger bedurfte, und deßhalb denselben durch offentliche Bekanntmachungen die Anmeldung und Nachweis fung ihrer Capital = und Retardatzinsen = Forderungen bei den niedergeseten Königlich = Preußischen Commissionen zur Pflicht machte; so konnte doch eine folche Auflage die von der Königlich : Preußischen Regierung unabhängige Herzoglich = Nassauische höchste Staatsbehörde zu nichts verpflichten. Gegen diese stand derselben nur ein Anspruch auf Mittheilung der in ihrem Besite befindlichen, das Kurtrierische Schuldenwesen betreffenden, und als gemein= schaftliche Documente anzusehenden Acten, Rechnungen und Nachrichten zu. Sollten diese auf ergangene Aufforderung nicht vollständig mitgetheilt, und dadurch die Königlich : Preußische Regierung außer Stand gesetzt senn, ihre Forderungen gegen Frankreich vollständig zu liquidiren und zu realistren; so würde der hieraus etwa abzuleitende Entschädigungsanspruch besonders geltend zu machen sepn, aber bem gegenwärtigen Austrägalverfahren nicht angehören fönnen.

Die eventuellen Behauptungen des klagenden Anwalts, daß die Königlichs Preußische Regierung ihre Verpslichtung, die Liquidationen gegen Frankreich zu beschaffen, anerkannt, und allem Anschein nach auch von Frankreich vollsständige Vergütung erhalten habe, daß jedenfalls der erlittene Verlust noch des Beweises bedürfe, und die etwa eingetretene Präclusion der Herzoglich-Nassauischen Regierung sich auf denjenigen Betrag beschränke, welcher nicht durch Ausgednung gegen die linke Rheinseite, sondern nur durch separate Zurückforzberung geltend zu machen stände, können hiernach übergangen werden.

Ad 3.

Die Einrede der schon geschehenen Schuldenabtheilung, welche von dem beklagten Anwalte hinsichtlich der bis zum 31. December 1814 auf die Herzoglich : Nassauische Staatscasse übernommenen Trierischen Schulden dem ershobenen Vergütungsanspruche entgegengesetzt wird, soll in dem Frankfurter Recesse vom 4. December 1816 ihre Begründung sinden.

Der beklagte Anwalt behauptet nämlich, daß unter den durch diesen Rezes zwischen der Herzoglich=Nassauischen und der Königlich=Preußischen Regie=rung getheilten Schulden der Herzoglich=Nassauischen Staatscasse alle von diesser übernommenen Trierischen Schulden, namentlich alle zur Einsbsung Mülzhens'scher Partialobligationen verwendeten Summen, und in specie das Catoir'sche Anlehen, begriffen gewesen sehen. Von allen diesen Schulden habe die Königlich=Preußische Regierung durch den gedachten Reces ihre Rate mit 24 Procent bereits übernommen, und es habe sich die Herzoglich=Nassaui=

sche Regierung dabei nicht vorbehalten, wegen der übernommenen Trierischen Schulden noch anderweitige Ansprüche erheben oder eine vortheilhaftere Beretheilung verlangen zu wollen.

Bernehml. §. 11, 65. Duplit §. 63.

Auch diese Einrede ist unbegründet, und beruhet auf der Verwechselung ganz verschiedenartiger rechtlicher Verhältnisse.

Durch den Wiener Staatsvertrag vom 31. Mai 1815 hat das Bergog= thum Nassau an die Krone Preußen mehrere rechtsrheinische ehemals Trierische Memter abgetreten. Weil mit diesen Landestheilen die Ginnahmen, welche aus denselben die Herzoglich= Nassauische Staatscasse bezog, auf die Krone Preu-Ben übergingen, übernahm lettere auch einen Theil der Schulden, welche die Herzoglich = Nassauische Staatscasse hatte, und zwar, nach Art. 1. des Recesses . vom 14. December 1816, 24 Procent, welche der Krone Preußen in einzels nen Capitalien übermiesen murden. In so fern nun unter den solchergestalt ge= theilten Berzoglich = Naffauischen Staatscaffenschulden fich solche befanden, welche, wie das Catvir'sche Anlehen, zur Abtragung Kurtrierischer Schulden contra= hirt waren, find allerdings auch diese ein Gegenstand der vollzogenen Theilung gewesen, und hat also die Königlich : Preußische Regierung von denselben die ihr zukommende Rate bereits übernommen. Aber es ist nicht abzusehen, wie hierdurch der linksrheinische ehemals Trierische Landestheil von der Verpflich= tung befreit senn könnte, seine Schuldenverbindlichkeiten zu erfüllen, zu welchen auch die Erstattung von Auslagen gehört, durch welche die Herzoglich = Nas= fauische Regierung benfelben von seinen Verbindlichkeiten gegen feine ursprünglichen Gläubiger befreit hatte. Nur so viel folgt aus der vollzogenen Abthei= lung der Herzoglich = Naffauischen Staatscaffenschulden, daß

- naffauischen Regierung zu erstatten, was dieselbe aus ihren Cassen aufgewendet hat, um den jest unter Königlich=Preußischer Hoheit stehenden Theil der vormals Trierischen Lande rechter Rheinseite von seinem Antheile an Trierischen Landes= und Kammerschulden zu befreien, in so fern nämlich die zur Befriedigung der Gläubiger ersorderlich gewesenen Geldmittel durch die Contrahirung von Schulden herbeigeschafft worden sind, welche unter den abgetheilten Perzoglich=Nassausschen Staatscassenschulden begriffen waren, weil sonst die Königlich= Preußische Regierung der Herzoglich=Nassausschen die Ueber= nahme einer Verbindlichkeit vergüten müßte, von welcher sie dieselbe durch Uebernahme einer Rate der Herzoglich=Nassausschen Staatscassenschulden bereits befreit hat;
- b) daß auf die Krone Preußen ein Theil der Forderung gegen die linke Rheinseite wegen der aus rechtscheinischen Cassen bezahlten linksrheinischen Trierischen Schulden übergegangen ist, welche bis zum 1. Januar 1815 der Herzoglich=Nassauischen Regierung allein zugesstanden hat.

Das erstere wird von dem klagenden Anwalte nicht, und das lettere wenigstens in Ansehung der Vergütungsforderung für abgetragene linksrheinische Landesschulden nicht bestritten. Nur an der wegen bezahlter linksrheinischer Trierischer Kammerschulden der Herzoglich-Nassaulschen Staatscasse gegen

# 218 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Fälle.

die linke Rheinseite zustehenden Vergütungsforderung will der klagende Answalt der Krone Preußen die eventuell in Anspruch genommene Rate von 24 Procent nicht zugestehen, und hierin besteht der oben

#### ad III.

hervorgehobene Streitpunct.

Die Weigerung des Herzogthums Nassau, die Krone Preußen an diesem Vergütungsanspruch Theil nehmen zu lassen, beruht auf der Behauptung, daß die Krone Preußen dazu nur dann berechtigt sepn murde, wenn dieselbe von den am 31. December 1814 vorhanden gewesenen Schulden der Herzoglich= Nassauischen Staatscasse die Rate wirklich übernommen hatte, welche dersel= ben nach dem ausgemittelten Revenüenverhältnisse hätte zur Last fallen mussen. Dieß aber sen nicht geschehen. Die Krone Preußen habe nämlich eine specielle Untersuchung über Entstehung und Verwendung eines jeden einzelnen Schuldpostens gefordert, und da Nassauischer Seits eine so schwierige, nach Artikel 8. des Wiener Vertrags vom 31. Mai 1815 ohnehin nicht zulässige Untersuchung abgelehnt worden sep, so habe man sich zur Beseitigung der ent= standenen Differenz dahin verglichen, daß die Königlich=Preußische Regierung wirklich nur etwa 21 1/2 Procent, mithin beinahe 180,000 Gulden weniger, als vertragsmäßig die Königlich=Preußische Rate betragen, übernommen und daneben die Herzoglich = Nassauische Regierung sich verpflichtet habe, die Krone Preußen gegen alle weiteren Ansprüche aus den Nassauisch gebliebenen Landes= theilen zu vertreten, — eine Verpflichtung, welche in mehr als einer Beziehung bereits wirksam geworden sep. Da demnach die Herzoglich = Nassauische Regie= rung alle nachträglich festgestellten Passiva übernehmen musse, so habe die= selbe auch alle Activa allein in Anspruch zu nehmen. Jedenfalls aber würde die Theilnahme der Krone Preußen sich auf 21 1/2 Procent beschränken mussen.

## Replif &. 70.

Diese Argumente find jedoch unerheblich. Der klagende Anwalt gesteht ein, daß von der Forderung der Herzoglich = Nassauischen Steatscasse gegen die linke Rheinseite wegen Vergütung der abgetragenen linksrheinischen Kammer= schulden 24 Procent auf die Krone Preußen übergegangen senn würden, wenn dieselbe eine gleiche Rate der zum Zweck der Abtragung der linksrheinischen Kammerschulden contrahirten Herzoglich = Nassauischen Staatscaffenschulden übernommen hatte. Auch liegt bieß in ber Natur ber Sache, benn foll die Krone Preußen die Last der Herzoglich = Nassauischen Staatscassenschulden theilmeise übernehmen, so gebührt derselben gleicher Antheil au den durch Con= trahirung dieser Schulden erworbenen Vortheilen. Nun ist aber durch den Art. 1. des Frankfurter Recesses der Königlich = Preußische Antheil an ben am 31. December 1814 vorhanden gewesenen Herzoglich = Nassauischen Staats= caffenschulden mit deutlichen und ausbrücklichen Worten auf 24 Procent und ver Herzoglich-Nassauische Antheil auf 76 Procent festgestellt, und hieran ist dadurch nichts geändert, daß der Antheil der Krone Prenßen auf die runde Summe von 1,612,000 Gulden bestimmt murde, welche etwa nur 211/2 Procent der gesammten herzoglich : Maffauischen Staatscaffenschulden gleich: kommen mag; benn durch diese Verminderung ist die Krone Preußen bewogen worden, auf ihren Widerspruch gegen theitweife Uebernahme der FürstlichSann: Witgensteinischen Rente von 12,000 Gulden und auf die behanptete Besugniß, die Entstehungsart eines jeden einzelnen Herzoglich: Nassauschen Staatscassen: Schuldpostens zu untersuchen, Verzicht zu leisten. In dieser Stipulation liegt ein, die bestritten en Ansprüche der Krone Preußen beseitigen: der Vergleich, welcher auf die nicht bestritten gewesene, sondern mit beidersseitiger Zustimmung entschiedene Frage, ob und in welchem Verhältnisse die Krone Preußen an den Herzoglich: Nassausschen Staatscassenschulden Theil zu nehmen habe, keinen Einsluß äußern konnte. Ihrer Verbindlichkeit, davon 24 Procent zu übernehmen, hat die Krone Preußen badurch Genüge geleistet, daß dieselbe

- 1) 1,612,000 Gulden Herzoglich = Nassauischer Schuldcapitalien über= nahm, und daneben
- 2) auf Erörterung ihrer Weigerungsgründe gegen theilmeife Uebernahme der Witgensteinischen Rente und auf die erwähnte Untersuchung verzichtete.

Nicht minder unerheblich ist das Argument des klagenden Anwalts, daß die Herzoglich=Nassauische Regigrung die Vertretung der Krone Preußen gegen alle serneren Ansprüche aus den Nassauisch gebliebenen Landestheilen, mithin alle nach dem 31. December 1814 noch anszumittelnden Passiva übernommen habe.

Am 31. December 1814 waren noch nicht alle Kammerschulden der seit 1803 mit dem Herzogthum Naffau vereinigten Landestheile auf die Staats: caffe übernommen, wie gleichwohl, da diese Schulden verfassungemäßig Centraistaateschulden wurden, hätte geschehen muffen. Der Grund der Bergögerung bestand nach Art. 2. des Frankfurter Recesses darin, daß ein Theil dieser Schulden noch nicht liquide mar. Der Vertheilung in Gemäßheit des Art. 8. des Vertrags vom 31. Mai 1815 hatte daher eine Liquidation vorangehen und wo nur Theile des Domanialvermögens der schulbenden Länder an das Herzogthum Nassau übergegangen maren, die Nassauische Rate audgemittelt werden muffen. Dieß aber wurde Verhandlungen mit denjenigen Staaten, welche ebenfalls Theile zu übernehmen hatten, herbeigeführt und das Theilungsgeschäft zwischen der Krone Preußen und dem Herzogthum Nassau verzögert haben. Bur Vermeibung dieser Verzögerung murde verabredet, daß jede ber beiden paciscirenden Regierungen die am 31. December 1814 noch nicht liquide gewesenen Schulden, in so weit solche auf den gegevefeitig abgetretenen Landestheiten haften, ohne Concurrenz ber anderen über= nehmen solle. Auf die am 31. December 1814 noch nicht liquide gewesenen, also auch zwischen der Krone Preußen und bem Herzogthum Russau noch nicht vertheilten rechtsrheinischen Trierischen Kammerschulden aber bezieht sich diese Bertragsbestimmung nicht, und kann sie sich nicht beziehen, weil von den rechtscheinischen Trierischen Domänen nur das Herzogthum Nassau und die Aroue Preußen, aber keine anderen Regierungen Theile besten, ein jeder der beiden Staaten mithin einen Theil dieser Schulden nach dem noch nicht andgemittetten Berhältniffe zu übernehmen hat, in welchem die Kurtrierischen Cameralrevenüen rechter Rheinseite auf denfelben übergegangen sind. Bon der durch den Recess vom 14. December 1816 vollzogenen Theilung der Herzoglich = Nassauischen Staatsschulden komnten die am 31. December 1814 noch

nicht übernommen gewesenen Trierischen Rammerschulden rechter Abeinseite nicht betroffen merden, da sie noch nicht zu den Staatscassenschulden gerechnet wurden.

Auch die eventuelle Behauptung des klagenden Anwalts, daß der Krone Preußen nur 21½ Procent der Vergütungsforderung gegen die linke Rhein: seite gebühre, ist unrichtig, weil die Krone Preußen wirklich 24 Procent der am 31. December 1814 vorhanden gewesenen Herzoglich-Nassauischen Staatseassenschulden übernommen hat, folglich derselben auch 24 Procent von der Forderung der linken Rheinseite gebühren, welche die Herzoglich: Nassauische Staatscasse durch Uebernahme linksrheinischer Kammerschulden am 31. Dezember 1814 bereits erworben hatte.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß auch der Krone Preußen, wie dieß insbesondere hinsichtlich des in Französische Inscription verwandelten Hertwigischen Capitals, §. 45. der Replik, vom klagenden Anwalte zugestanzen wird, wegen der behuf Bezahlung Trierischer Schulden geleisteten Vorsschüsse ihrer rechtsbegründeten Ansprüche vorbehalten bleiben müssen.

Aus allen diesen Gründen ist unter Jum. VI. des Urtheils, wie geschehen, erkannt worden.

Da demnach die auf die Vergütungsforderung gegen die linke Rheinseite von dem klagenden Anwalte gebaute Compensationsbefugniß nicht statt sindet, und die rechte Rheinseite auch von den noch nicht übernommenen Trierischen Kammerschulden eine Rate annoch zu übernehmen hat, so ist die Ausmittlung des Verhältnisses erforderlich, nach welchem die rechtscheinischen Kammersschulden zwischen dem Herzogthum Nassau und der Krone Preußen zu verstheilen sind.

In dieser Beziehung sind zwar die beiderseitigen Anwälte darüber eins verstanden, daß dabei das Verhältniß zum Grunde zu legen sen, in welchem die Kurtrierischen Cameralrevenüen rechter Rheinseite auf die Krone Preußen und das Herzogthum Nassau übergegangen sind.

Rlage p. 97. Bernehml. p. 159.

Da aber der beklagte Anwalt sich über die Behauptung des klagenden Anwalts, daß dasselbe für die Krone Preußen 30 und für das Herzogthum Nassau 70 Procent betrage, noch nicht erklärt hat, so ist unter I, B. BB. des Erkenntnisses die erforderliche Verfügung getroffen.

Es bleibt nunmehr noch die Weigerung der Krone Preußen zu erörtern abrig, zu den Bindrückständen der rechtscheinischen Kammerschulden : Rate bis zum 1. Inli 1815 nach Verhältniß des Königlich : Preußischen Antheils der rechtscheinischen Trierischen Cameraleinkünfte zu concurriren.

Diese Weigerung wird darauf gestüßt, daß die Herzoglich: Nassauische Regierung bis zu jenem Zeitpuncte die rechtsrheinischen Trierischen Kammers revenden bezogen habe, derselben auch die Einnahmerückstände bis zum 1. Descember 1802 überlassen sein, die Krone Preußen aber erst mit dem 1. Juli 1815 in den theilweisen Genuß der rechtsrheinischen Cameralintraden einzgetreten sen; auch wird auf die Analogie der durch die Convention vom 20. November 1815 wegen der Zindrückstände von der Französischen Regierung übernommenen Verpsiichtungen Bezug genommen.

Bernehml. 6. 83. Duplit 6. 74-76.

Alles dieses ist jedoch unerheblich. Die Verpflichtung der Krone Preußen, die gedachten Zindrückkande pro rata zu übernehmen, kann zwar nicht durch den von dem klagenden Anwalte dafür angeführten Art. 23. des Franfurter Recesses

Replit &. 71.

begründet werden, denn zu den Ausgaberückkänden an gewöhnlichen Verwal= tungstoften und sonstigen Forderungen, melche, ihrer Natur und den bisherigen Administrationsgrundsäpen zufolge, den übernommenen Caffen zur Last fielen, und welche jede der beiden paciscirenden Regierungen aus den ihr überlaffenen Einnahmerückständen zu tilgen übernommen hat, können die Binsen vorhan= dener Schulden nicht gerechnet werden, und daß auch die Bindrucktande Rurtrierischer Kammerschulden wirklich nicht dahin gerechnet worden sind, erhellet and dem Art. 2. des Recesses, Inhalts dessen die zu ernennende gemein= schaftliche Commission bestimmen sollte, von welcher Seite und in welchem Maaße die bis zum 1. Juli 1815 von Diesen Schulden rückständigen Binsen ju begahten sepen; benn hatte der Art. 23. diese Frage entschieden, fo bedurfte sie keiner Entscheidung durch die Commission. Aber schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ist die bestrittene Verpflichtung der Krone Preußen nicht zu bezweifeln; benn Bindrückstände find nicht weniger Schulden wie Capitalschulden, und daneben ift die Zinsverbindlichkeit accessorisch. Die Krone Preußen hat daher die in Rede Achenden Bindruckkande nach demselben Ber= hältniffe mie die Capitalschulden zu übernehmen. Daß nicht die Krone Preußen, sondern das Herzogthum Nassau allein bis zum 1. Juli 1815 die rechtscheis nischen Trierischen Cameralrevenuen bezogen hat, ist gleichgültig, weil der Grund der Binsverbindlichkeit nicht darin, daß der Schuldner von seinem Bermögen Ginkunfte bezieht, sondern in der davon ganz unabhängigen ver= zinslichen Eigenschaft der Capitalschuld besteht. Die durch besondere vertrags= mäßige Bestimmungen von der Französischen Regierung gegen ihre Besignach= folger auf der linken Rheinseite wegen rückständig gelassener Binsen übernommene Bergütungsleistung, kann, wie von selbst erhellet, bas Berzogthum Raffau zu nichts verpflichten. Es hat daher unter Num. VII. des Erkenntniffes die Krone Preußen zur Mitübernahme der Bineruckftande verurtheilt werden muffen.

Verschiedentlich ist von dem beklagten Anwalte auf die Nothwendigkeit einer Ausgleichung der Kriegserlittenheiten zwischen der linken und der rechten Rheinseite hingewiesen worden,

Bernehml. p. 71. Duplit p. 21, 117,

wenn gleich aus den Anträgen desselben nicht mit Bestimmtheit zu entnehmen ist, ob er diese Ausgleichung unbedingt oder nur für den Fall verlangt, daß die linke Rheinseite auch zu den, nach deren seindlicher Occupation noch entskandenen, Kurtrierischen Schulden zu concurriren verurtheilt werden sollte. In dem einen wie in dem andern Falle würde jedoch das nur mit der Auseinandersehung des Kurtrierischen Schuldenwesens beauftragte Austrägalzgericht nicht berechtigt senn, auf diese Anträge hin einzugehen, weil nicht erzhellet, und auch von dem beklagten Anwalte nicht einmal angeführt ist, daß und wie aus einer solchen Ausgleichung eine auf die Krone Preußen und das Herzogthum Nassau zu repartirende Krierische Staatsschuld hervorgehen

fonnte. Das Austrägalgericht hat demnach unter VIII. des Erkenntniffes seine Incompetenz aussprechen muffen.

Die bisherigen Kosten des Austrägalverfahrens sind compensirt worden, weil eine jede der betheiligten Bundesregierungen nur theilweise gegen die andere obgesiegt hat.

Schließlich ist noch über das eventuell vorgeschriebene abgesonderte Austrägalversahren in Betreff derjenigen Forderungen Kurtrierischer Gläubiger, welche sich an die hohe Deutsche Bundesversammlung gewendet haben, Einiges zu bemerken.

Die Einleitung dieses Verfahrens ift für den Fall angeordnet worden, daß die abzugebende Sauptentscheidung daffelbe nicht überfluffig machen sollte. Ob dieß der Fall sen, wurde daher in Beziehung auf eine jede einzelne, bei der hohen Deutschen Bundesversammlung in Anregung gebrachte Schuld= forderung zu untersuchen, und es würde sodann in Ansehung derjenigen For= derungen, welche durch das abgegebene Haupterkenntniß ihre Erledigung nicht gefunden haben, das abgesonderte Austrägalverfahren über die Vorfrage, zu welcher Gattung der Kurtrierischen Schulden und in welchem Verhältnisse die betheiligten Regierungen beizutragen haben, auf den Grund des Art. 30. der Wiener Schlußacte einzuleiten senn. Da aber durch das am heutigen Tage publicirte Haupterkenntniß entschieden ift, zu welchen Gattungen Kurtrierischer Schulden die Krone Preußen und das herzogthum Naffau beizutragen schul= dig find, auch die Beitragsverhältniffe für die verschiedenen Schuldenkatego= rien theils feststehen, theils werden festgestellt werden, so kann es hinsichtlich der einzelnen, bei der hohen Deutschen Bundesversammlung angebrachten Forberungen nur noch darauf ankommen, zu welcher Gattung der Kurtrie= rischen Schulden sie gehören.

Ueber diese Frage wird, so viel

1) die Forderung der Wittwe Pachten zu Limburg anlangt, definitiv oder interlocutorisch entschieden werden können, svbald von dem klagenden Anwalte die in Ansehung dieser Forderung demselben auferlegte Erklärung eingebracht sehn wird, und bedarf es daher der Einleitung eines besondern Austrägalversahrens nicht.

Diese ist auch

2) wegen der Forderung des J. W. Remp zu Frankfurt wegen Liesferungen zur Festung Shrenbreitstein nicht mehr ersorderlich, weil die Herzoglich=Nassauische und die Königlich=Preußische Regierung sich in der 14. Sitzung v. J. 1826 der hohen Deutschen Bundessversammlung über die Befriedigung dieser Reclamanten vereinigt haben.

Bas aber

des Forderungen des Peter und Reinhard Klippel und der Wittme des Georg Groß an rückständigen Gage:, Quartier: und Monti: rungsgelbern anlangt; so constirt nicht, zu welcher Gattung der Kurtierischen Schulden dieselben gehören.

Daffelbe ailt

4) von der Forderung der Gebrüder Mas aus achtzehn uneingelöst gesbliebenen Partialobligationen des Mülhens'schen Anlehens sammt

rückftändigen Binsen, indem nicht erhellet, ob dieselben dem Cameraloder dem städtischen Theile des Anlehens angehören, so wie

5) von der Forderung von Fischer und Sohn und der übrigen sechs und zwanzig am 12. April 1827 bei der hohen Deutschen Bundesversammlung aufgetretenen Kurtrierischen Binsgläubiger.

In Beziehung auf diese unter 3, 4, 5 aufgeführten Forderungen, wird daher die Einleitung des abgesonderten Austrägalversahrens erforderlich, und sind zu diesem Iwecke dem klagenden Anwalte unter Num. IX. des Erkennt-nisses die nöthigen Erklärungen auferlegt worden, nach deren Eingange ser-nere rechtliche Verfügung erfolgen wird.

Celle den 8. Junius 1838.

Königlich=Hannöverische zum Ober=Appellationsgerichte verordnete Präsident, Bicepräsidenten und Ober=Appel=lations=Räthe.

(L. S.) A. von Beulmiz.

Strampe."

## Streitigkeiten

zwischen Schaumburg-Lippe und Lippe, wegen Hoheitsrechte über das Amt Blomberg, dann wegen der im Jahre 1709 eröffneten Brachischen Erbschaft. (Siehe Band I. S. 383 — 451.)

(Schließt sich unmittelbar an die lette Zeile von Band I. S. 451.)

Einen weiteren Bericht, nach dem i. J. 1837, Sess. I. §. 9. S. 6.

1838. erwähnten, siehe Prot. i. J. 1838 in Sess. I. §. 9. S. 56. — Die Erle1839. digung des ganzen Streites erfolgte erst i. J. 1839, wo Präsidium in
Sess. I. §. 10. S. 8. nebst einem Berichte des Oberhofgerichts von
Mannheim vom 26. Januar 1839 zwei Urtheile nebst Entscheidungsgründen übergab. — Siehe unten Anlage A. und Anlage B. S. 226.

Der hierauf gefaßte Beschluß lautet S. 54.:

"baß die Urschriften ber von dem Austrägalgerichte im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes ersgangenen Urtheile vom 20. und 22. December 1838, um auf deren Befolgung halten zu können, nebst den eingesendeten Acten im Bundesarchiv zu hinterlegen sepen\*)."

## A. Urtheil.

(Prot. v. J. 1839, Sess. I. §. 10. S. 9, u. figbe. S. Band I. S. 451.)

"In Sachen des Fürstlichen Hauses Schaumburg-Lippe, Klagers, gegen das Fürstliche Haus Lippe-Detmold, Beklagtes, Her-

\*) Siehe über die durch dieses Urtheil veränderten Matricularverhältnisse der beiden Fürstenthümer sowohl in Kontigentsstellung als Geldbeiträgen, Prot. v. J. 1840, Sess. I. S. 22. S. 15.; ferner Prot. v. J. 1842, Sess. IX. S. 105. S. 142. und Sess. XVII. S. 197. S. 313.

## Streitigkeiten zwischen Schaumburg = Lippe und Lippe. 225

ausgabe ber Hälfte ber Aemter Schieder und Blomberg und des Amtes Lipperobe sammt Nutzungen betreffend, wird — nachdem diese Sache auf vorgängige Vereinbarung der streitenden Fürstlichen Häuser von hoher deutscher Bundesversammlung durch Beschluß vom 5. Ausgust 1830 an das Großherzoglich Badische Oberhosgericht dahier als Austrägalgericht zur rechtlichen Entscheidung verwiesen worden — nunmehr von diesem nach gesetzmäßig gepslogener Verhandlung im Namen der hohen Bundesversammlung zu Recht erkannt:

- 1) Die vom Fürstlichen Hause Lippe-Detmold vorgeschützte Einrede der Incompetenz des Bundes-Austrägalgerichts sen als ungegründet zu verwerfen, dagegen sen
- 2) in der Hauptsache das Fürstliche Haus Schaumburg=Lippe mit seinem vierfachen Klagebegehren:
  - a) auf Herausgabe der Hälfte der Aemter Blomberg und Schieber nebst Nutzungen von 1789 an,
  - b) auf Herausgabe des weitern, der Speciallinie Alverdissen durch den Bergleich von 1722 entzogenen Theils der Brackischen Erbschaft sammt Früchten und Zinsen,
  - c) auf Ersatz desjenigen, was dem Fürstlichen Hause Lippe-Detmold für den Verzicht auf seine aus dem Vergleiche von 1722 erlangten Unsprüche im Stadthager Vergleich von 1748 von Bückeburg bewilligt oder erlassen wurde,
  - d) auf Zurückgabe des im Stadthager Vergleiche von 1748 von Bückeburg an Detmold abgetretenen Amtes Lipperode
- abzuweisen; und
- 3) das Fürstliche Haus Schaumburg-Lippe in drei Viertheile, Lippe-Detmold aber in ein Viertheil der Kosten des gerichtlichen Verfahrens zu verfällen.

### V. N. W.

Dessen zur Urkunde ist dieses Urtheil nach Verordnung des Großherzoglich Badischen Oberhofgerichts ausgesertigt und mit dem größern Gerichtsinsiegel versehen worden.

So geschehen, Mannheim den 20. December 1838.

Großherzoglich Babisches Oberhofgericht.

(L.S.) Frhr. von Stengel.

Minet.

vdt. Hubsch.

## 226 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Falle.

ŧ

## Entscheidungsgründe.

(Prot. v. J. 1839, Sess. I. S. 10, G. 10, u. figbe. Band I. G, 451. Glehe oben G. 224.)

Der Graf Simon VI., der gemeinschaftliche Stammvater der beiden streistenden Häuser, hinterließ bei seinem Ableben im Jahr 1613 vier Sohne, wovon der älteste, Simon VII., der Stammherr des jezigen Fürstlichen hauses Lippe=Detmold, der jüngste, Philipp, welcher einen Theil der reichsständischen Grafschaft Schaumburg erwarb, aber der Stammherr des jezigen Fürstlichen Hauses Schaumburg=Lippe ist.

Der britte Sohn, Herrmann, starb schon 1620 kinderlos, und der Sohn Otto war der Stifter der im Jahr 1709 ausgestorbenen Brackischen Linie, um deren Nachlaß es sich gegenwärtig noch handelt.

Das Fürstliche, bamals Gräfliche, Saus Schaumburg : Lippe mar zu bieset Beit in zwei Linien getheilt : in bie Specialinien Budeburg und Alverdiffen.

Die eine dieser Speciallinien, namlich Alverdissen, verglich sich im Jahr 1722 wegen des Brackischen Nachlasses mit Lippe = Detmold. Sie verzichtete namlich zu Gunsten des letztern auf alle ihre dießfallsigen Ausprüche, wogegen Lippe = Detmold ihr eine jährliche Reute von 1,250 Thalern nebst einigen auberen Bortheilen einräumte.

Allein die andere Schaumburgische Speciallinie, Bückeburg, beruhigte sich hierbei nicht, und erwirkte ein Reichshofrathe: Erkenntniß vom 26. August 1734, wodurch ihr die Hälfte des Brackischen Nachlasses sammt Früchten zuerkannt wurde. Jum Vollzug dieses in revisorio bestätigten Erkenntnisses kam im Jahr 1748 zwischen Detwold und Bückeburg der Stadthager Verzgleich zu Stand, wornach Detwold vom Brackischen Rachlaß die Aemter Bracke und Barendorf behielt, Bückeburg aber die Aemter Blomberg und Schieder bekam.

Da übrigens Detwold in dem Vergleiche von 1722 der Speciallinie Alverdissen eine jährliche Rente von 1,250 Thalern nebst einigen anderen Vortheilen zugesichert hatte, so hat ihm Bückeburg hiefür zur Andgleichung im Stadthager Vergleich von 1748 das Amt Lipperode abgetreten.

Im Jahr 1777 stard die Speciallinie Buckeburg aus, und nun begann der Streit wieder zwischen Detmold und der noch übrigen Speciallinie Schaumburg = Lippe = Alverdissen.

Die lettere ergriff Besit von den Bractischen Aemtern Blomberg und Schieder, welche im Stadthager Vergleich 1748 Bückeburg zugetheilt waren. Sie wurde aber durch Reichshofraths: Erkenntniß vom 18. November 1777 zur Herausgabe der Hälfte derselben an Detmold possessorisch vernrtheilt, was jedoch erst im Jahr 1789 dahin in Vollzug kam, daß Detmold das jetige Amt Schieder als die Hälfte der Aemter Schieder und Blomberg, Schaumsburg: Alverdissen aber das Amt Blomberg erhielt, nachdem inzwischen eine Klage Schaumburgs auf Zurückgabe des Amtes Lipperode durch Reichshofzraths: Erkenntniß vom 27. April 1778 zurückgewiesen worden war.

## Streitigkeiten zwischen Schaumburg. Lippe und Lippe. 227

Erst mahrend des Rheinischen Bundes, dem beide Fürstliche Häuser beis getreten waren, erneuerten sich die Streitigkeiten wieder; vorerst jedoch hauptsfächlich nur in Bezug auf die von Detmold über die ganze Grafschaft Lippe, folglich auch über das vom Brackischen Nachlaß herrührende, bei der possessenischen Auseinandersetung von 1789 im Besitze von Schaumburg Lippe gesbliebene Amt Blomberg, angesprochene Souverainetät.

Später, im Jahr 1818, machte auch Schaumburg seine petitorischen Anssprüche auf das in possessorio an Detwold gefallene Amt Schieder und auf das im Stadthager Vergleich von 1748 von Bückeburg an Detwold abgetretene Amt Blomberg bei der Bundesversammlung geltend. Daffelbe verband damit noch weitere aus der Brackischen Erbschaft herrührende Ansprüche.

Durch Beschluß der Bundesversammlung vom 5. August 1830 wurde sofort der dieseitige oberste Gerichtshof beauftragt, in dieser Sache ats Austrägalgericht zu entscheiden, was nun auf die geschloffenen Verhandlungen hin zu geschehen hat.

Ueber die bei dieser Verhandlung von Detmold mittelst einer besonderen Rlage-geltend gemachten Souverainetätsansprliche ergeht eine besondere Entsscheidung; hier aber handelt es sich nur um die Rlage des Fürstlichen Sauses Schanmburg-Lippe.

Dasselbe fordert an Lippe = Detmold:

I. die Herausgabe des Amtes Schieder (als der Hälfte der Aemter Blomberg und Schieder), wie daffelbe im Jahr 1789 an Detmold übersgeben wurde, sammt den seit damals erhobenen Rupungen;

II. den übrigen der Speciallinie Alverdissen gebührenden, durch den Bersgleich von 1722 ihr entzogenen Theil der Bractischen Erbschaft sammt Früchten und Iinsen;

III. Ersat Desjenigen, was dem Fürstlichen Hause Lippe=Detmold für den Verzicht auf seine aus dem Vergteiche von 1722 erlangten Ansprüche im Stadthager Vergleiche von 1748 von Bückeburg bewittigt ober erlassen wurde;

IV. Zurückgabe des im Stadthager Vergleiche von 1748 abgetretenen Amtes Lipperode.

Ehe zur Erörterung dieser vier Klagbegehren geschritten wird, ist vorerst noch der

## Competenzpunct

' zu prüfen.

Der beklagte Theil, das Fürstliche Haus Lippe = Detmold, bestreitet die Competenz des Bundes = Austrägalgerichts zur Entscheidung über die erwähnsten Ansprüche, welche Schaumburg = Lippe nicht in seiner Eigenschaft als Sous verain von Schaumburg, sondern in seiner Eigenschaft als Lippischer Erbherr geltend mache.

Der Souverainetätsstreit über die erbherrlichen Paragialgüter der Lippischen nachgebornen Söhne sen präjudiciell für die Competenz zur Entscheidung über die Erbschaftsausprüche dieser Nachgebornen, indem ste ihre Erbtheile,

wenn ihnen dieselben nicht mit Souverainetät gehören, nur vor den Landes: gerichten des Souverains zu verfolgen hätten, und hieran der Umstand, daß der klagende Theil wegen seiner Schaumburgischen Besitzungen zugleich ein Souverain sep, nichts zu ändern vermöchte.

Die gegen die formelle Bulassigkeit dieser Einrede der Incompetenz vom klagenden Theile erhobenen Bedenken sind ungegründet.

1) Der Umstand, daß der Bundestags = Beschluß vom 5. August 1830 die Entscheidung der vorliegenden Streitsache dem diesseitigen Gerichtshose ohne Vordehalt überträgt, kann dem Gerichtshose die Besugniß nicht entziehen, beim Vollzuge dieses Austrags zugleich auch über die, einen Streitpunct bildende Frage zu erkennen, ob und hinsichtlich welcher Ansprüche die Competenz der Bundesversammlung, in deren Namen das Austrägalgericht zu erkennen hat, begründet sein.

Es ist die Sache eines jeden Gerichts, in den vor ihm angebrachten Streitsachen zugleich auch über seine Competenz zu erkennen, und eine Ause nahme hiervon könnte bei einem Bundes Austrägalgericht nur dann eintreten, wenn der Competenzpunct schon von der dasselbe committirenden Bundes versammlung selbst entschieden wäre. Dieß ist aber hier nicht geschehen, viels mehr ist in dem bei der Bundesversammlung erstatteten Vortrage, der die Einleitung des Austrägalversahrens und beziehungsweise den Beschluß vom 5. August 1830 zur Folge hatte, ausdrücklich gesagt, daß über die Compeztenz und über die Präjudicialqualität des Souverainetätsstreits

"die hohe Bundesversammlung, die keine richterliche Qualität besitze, sich niemals auszusprechen vermöchte,"

und daß es dem Fürstlichen Sause Lippe = Detmold werde

"überlassen werden mussen, die Einrede des nichtbegründeten Forums vor dem nunmehr zu bestellenden Austrägalgerichte geltend zu machen."

Nach diesem dem Beschlusse vom 5. August 1830 zu Grunde liegenden Bortrage ist nun dieser Beschluß selbst auszulegen, und es kann darnach nicht angenommen werden, daß durch die Verweisung der Sache an den diesseitigen Gerichtshof die Bundesversammlung über den Competenzpunct schon selbst entschieden, und eben damit dem Austrägalgericht das Erkenntniß hierüber entzogen habe.

- 2) Eben so unrichtig ist die Behauptung, daß das Fürstliche Haus Lippe: Detmold durch Einreichung einer Widerklage (über die Souverainetät von Blomberg) die Competenz des Austrägalgerichts hinsichtlich der Vorklage anserkannt habe, denn Detmold hat jenen Souverainetätsstreit mittelst einer selbstständigen Klage, die nur eventuell auch als Widerklage geltend gemacht wird, angebracht, und ausdrücklich als einen Präjudicialpunet für die eben damit bestrittene Competenz hinsichtlich der Schaumburgischen Erbsschaftstlage.
- 3) Endlich ist es unrichtig, daß der diesseitige Gerichtshof durch die völlige Verhandlung der Hauptsache die Einrede der Incompetenz bereits factisch verworfen habe, denn die Verhandlung geschah mit Vorbehalt des Erfenntsnisses über alle Streitpuncte, auch über jenen der Competenz.

Hiernach ist noch auf die materielle Prufung der Ginrede einzugehen. Der Art. XI. der Bundebacte verordnet:

"Die Bundesglieder machen sich verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu versfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt alsdann ob, die Vermittlung durch einen Ausschuß zu versuchen; falls dieser Versuch sehlschlagen sollte, und demnach eine richterliche Entscheidung nothwendig würde, solche durch eine wohlgeordnete Aussträgalinstanz zu bewirken, deren Ausspruch sich die streitenden Theile sosten zu unterwerfen haben."

Der Bundesbeschluß vom 16. Juni 1817, §. 1, erklärt:

"Die Bundesversammlung ist diejenige Behörde, bei welcher alle und jede Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich anzubringen sind."

Im Art. XXI. ber Wiener Schlußacte von 1820 ist gesagt:

"Die Bundesversammlung hat in allen, nach Vorschrift der Bundesacte bei ihr anzubringenden Streitigkeiten ber Bunbesglieder die Vermittlung durch einen Ausschuß zu versuchen."

Handes nicht aufommt, und daß alle Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich vor die Bundesversammlung, beziehungsweise vor ein Austrägalgericht gehören, ohne daß zwischen Gegenständen des öffentlichen Rechts und Gegenständen des Privatrechts ein Unterschied gemacht wäre.

Auch wenn ein Staat mit dem andern, beziehungsweise ein Souverain mit dem andern in einer Privatrechtssache (z. B. hinsichtlich eines Darlehens, hinsichtlich des Eigenthums an Gütern, oder über Dienstbarkeitsrechte) einen Vertrag eingeht und über die Erfüllung desselben alsdann Streit entsteht, so gehört dieser Streit nicht vor die Landesgerichte des beklagten Souverains, sondern vor ein Bundes Austrägalgericht.

Rlüber, öffentl. Recht des Deutsch. Bundes, 2. Aufl., §. 148. N. a. v. Leonhardi, Austrägalverfahren des Deutschen Bundes, S. 95, N. II. 1.\*)

Dagegen soll es bei einem solchen Streite barauf ankommen, ob die Souveraine dabei in ihrer Eigenschaft als Souveraine, als Inhaber der Staatszewalt und folglich im Interesse der Staatsgesammtheit, oder nur als Prizvatpersonen erscheinen; ob also in den angeführten Fällen der Souverain nur für sich, für sein Privatinteresse, oder ob er als Staatsoberhaupt contratifit habe.

Die angeführten Bundesgesetze sprechen nur von den Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich. In so sern aber ein Fürst nur Privatinteressen versolgt, die mit dieser seiner öffentlichen Stellung in keiner Verbindung stehen, erscheint er nicht als Bundesglied, daher sinden jene Gesetze auf einen solchen Fall keine Anwendung. Ein weiterer Beweis hierfür liegt auch darin, daß der Art. XI. der Bundesacte die richterliche Geswalt des Bundes als Surrogat für das unter unabhängigen Staaten soust

eintretende Befriegen aufstellt, und daß doch ein Befriegen vollerrechtlich nur da zu erwarten wäre, wo bei einer Streitigkeit ein unabhängiger Staat dem andern, oder ein Souverain als solcher dem andern gegenüber steht, nicht aber auch, wenn der Streit nur Privatinteressen eines Fürsten betrifft, die mit seiner Stellung als Staatsoberhaupt und mit den Interessen des Staats in gar keiner Verbindung stehen, für die also überalt die friedlichen Wege der Erledigung vor den Landesgerichten des beklagten Theils vorgezeichenet sind.

Deshalb fordert auch v. Leonhardi in seinem Austrägalversahren des Deutschen Bundes, Seite 95, Num. 2, um eine Sache vor das Bundes:Austrägalgericht zu ziehen, als Subject des Streits

"Bundesglieder, welche in ihrer bundesmäßigen öffentlichen ober Staatbeigenschaft gegen einander auftreten;"

und eben so fehlt nach Klüber am a. D., §. 148, Not. a, und §. 148, Num. 16, die Competenz bes Bundes,

"wo Bundesglieder nicht in ihrer Staatseigenschaft, nicht in ihrer bundesmäßigen politischen Unabhängigkeit, sondern nur als Privatpersonen in Betracht kommen."

Dieß vorausgeset, so könnte nun im vorliegenden Falle die richterliche Gewalt des Bundes nicht angerufen werden, wenn es sich nur um Eigensthumsansprüche des Herrn Fürsten von Schaumburg-Lippe an den, unter der Souverainetät von Lippe-Detmold befindlichen und anerkanntermaßen unter derselben verbleibenden Aemtern Schieder und Lipperode sammt Nusungen handelte.

Der Fürst von Schaumburg-Lippe ware, in so weit er solche Ansprücke verfolgte, kein Souverain, sondern bloß ein paragirter Prinz und Erbherr des Fürstlichen Hanses Lippe.

Tommt, sondern nur eine Appanage oder Paragium mit Patrimonialrechten anzussprechen hat, seine Erbansprücke lediglich vor den Gerichten des Souverains geletend zu machen, und jedenfalls könnte er gegen seinen Souverain keine Entscheidung des Bundes Austrägalgerichts verlangen. Der Umstand, daß er, vermöge seiner Schaumburgischen Besthungen, zugleich ein Souverain ist, vermöchte hieran nichts zu ändern; denn in so weit er Erbrechte an Lippischen Besthungen in Anspruch nimmt, ist er nicht Schaumburgischer Souverain, sondern Prinz und Erbherr von Lippe; er würde also nicht als Bundesglied mit politischer Unabhängisteit, sondern nur als Unterthan eines andern Souverains, als Lippischer Erbherr, auftreten, und in dieser Eigenschaft hätte er lediglich die Lippischen Landesgerichte anzugehen.

Allein abgesehen noch von der Frage, ob die Prämisse, auf welcher diese Folgerungen beruhen, richtig sen, ob nämlich ein Auftreten der streitenden Fürsten in ihrer Staats eigenschaft oder politischen Unabhängigkeit zur Begründung der Bundescompetenz erforderlich werde? — wäre in der vorliegenden Sache, auch bei Bejahung dieser Frage, die Bundescompetenz sebensalts begründet.

Es ist nämlich nicht richtig, daß der klagende Theil lediglich bas bürgerliche oder Patrimonialeigenthum der Aemter Schieder und Lipperobe in Anspruch nehme. Es handelt sich vielmehr zugleich um die Frage — mit welchen hoheitlichen Rechten und namentlich, ob mit dem Rechte der Souverainetät diese Aemter an Schanmburg = Lippe übergehen sollen.

Ju den Triplik bemerkte Schaumburg Lippe, es verstehe sich von selbst, daß, wenn der Souverainetätsstreit zu seinen Gunsten entschieden werde, auch die Aemter Schieder und Lipperode mit Souverainetät an Schaumburg übergehen müssen. Dasselbe forderte auch das Amt Schieder schon in der Rlage mit denjenigen Rechten, mit welchen dasselbe im Jahr 1789 au Detwold übergeben wurde, oder mit anderen Worten: mit denjenigen Rechten, welche den Nachgebornen nach dem Testamente Simons des VI. an den ihnen zugetheilten Gütern zukamen; und von diesen Rechten, mit welchen Bückeburg früher auch Lipperode besaß, behauptet das klagende Haus Schaumsburg-Lippe, daß sie das Recht der Landeshoheit ausmachten, solgstich durch die Rheinische Bundesacte zum Rechte der Souverainetät wurden.

Demnach fordert Schaumburg-Lippe jene Aemter in der That mit Sousverainetät, und es ist über das Recht der Souverainetät, wie bei der Mage des Fürstlichen Hauses Lippe=Detmold zu ersehen ist, eben so vollständig vershandelt, als über die Erbherrlichkeitsrechte an sich.

Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß Schaumburg : Lippe den Streit, ob die den Nachgebornen an ihren Paragialgütern zukommenden Rechte wirklich die Landeshoheit ausmachten, jest als zum Rechte der Souverainetät wurzden? — zu einem besondern Versahren vorbehalten wollte. Immerhin sort dert es die Aemter Schieder und Lipperode mit jenen Rechten, von welchen unter den Parteien der Streit besteht, oder angekündet ist, ob sie sest das Recht der Souverainetät begründen. Es fordert also jene Aemter jedenfalls unter Widerspruch der Detmoldischen Souverainetät über dieselben, und es kann daher, ohne sich selbst zu widersprachen, seinen Auspruch auch nicht vor die Detmoldischen Landesgerichte bringen.

In so fern hiernach der Herr Fürst von Schaumburg-Lippe jene Memter immerhin mit solchen Rechten in Anspruch nimmt, die er für Sonverainestätsrechte hält, so tritt er nicht bloß als Privatperson auf, sondern als Staatsoberhaupt, und in so fern die angesprochenen Aemter mit dem Fürstenthum Schaumburg-Lippe vereinigt werden sollen, erscheint er zugleich als Inhaber der Schaumburg-Lippischen Staatsgewalt.

Wenn Bundesglieder sich über die Souverainetat von einzelnen Gebiets: theilen streiten, so erscheint keines als der Unterthan des andern, sie stehen sich beide in ihrer politischen Unabhängigkeit gegenüber.

Wenn nun aber das Fürstliche Haus Lippe Detmold begehrt, daß der Souverainetätsstreit über jene Aemter als prajudiciell im Vorans entschieden und alsdann der Streit über das dürgerliche oder Patrimonialeigenthum dersselben vor die Landesgerichte desjenigen Theils, der als Sonverain anerkannt wird, verwirsen werde, — so gibt es zu einem solchen Begehren keinen techtzlichen Grund.

Wäre die Sonverainetät Lippe = Detmolde ichon zur Beit, da der Eigensthumsstreit erhoben wurde, anerkannt ober entschieden gewesen, so hätte die Rlage nur vor den Lippe = Detmoldischen Landedgerichten angehracht werden können; jest aber, wo die Souverainetät noch nicht anerkannt, soudern mit

bestritten ist, und wo eben dadurch die Bundescompetenz für die Erbschafts: klage begründet ist, kann eine Trennung der auf dem selben Rlagfundamente beruhenden Eigenthums = und Hoheits = Ansprüche nicht begehrt werden, sondern die (wenn auch nur wegen der einen Beziehung) einmal begrendete Competenz dauert fort, die über die aus demselben Rlagegrunde abgeleiteten doppelten Ansprüche entschieden ist.

Der beklagte Theil gründet seine Einrede der Incompetenz auch noch auf den Art. IX. des Compromisses vom 5. Juli 1812, des Inhalts:

"Nach Beendigung des Compromisses über die Souverainetät soll eine Uebereinkunft wegen schiedsrichterlicher Entscheidung über etwaige weitere gegenseitige Ansprüche geschlossen werden."

Allein abgesehen bavon, baß jenes Compromiß nur:

"die wegen der Souverainetät über das Amt Blomberg obwaltenden Differenzen"

zum Gegenstand hatte und der Art. IX. also nicht auch auf die Aemter Schieder und Lipperode bezogen werden kann, ist ja darin jedenfalls nur eine Uebereinkunft wegen einer schiedsrichterlichen Entscheidung solcher weiteren Ansprüche vorbehalten, mas nun, da eine solche Uebereinkunft nicht statt hatte, ohne Erfolg ist.

hiernach ist die vorgeschütte Ginrede der Incompetenz verwerslich, und es ist nun zur Prüfung der

### Materialien

zu schreiten und zwar sowohl ber

- A. vier Magebegehren mit den einem jeden dersetben besonders ents gegengesetzten Ginreden, als auch der
- B. allen vier Rlagebegehren gemeinschaftlich entgegengestellten Gine rebe.

Bu A. Die vier Klagebegehren.

Ohne Sweifel ist bas

## I. Rlagebegehren,

welches die Herausgabe ber Halfte ber Aemter Schieder und Blom: berg, beziehungsweise des Amtes Schieder, wie es im Jahr 1789 an Detmold übergeben wurde, sammt Nupungen betrifft, das wichtigste.

Nach dem Tode Simons des VI. erhielt nach dem im Jahre 1597 von demselben errichteten Testamente der zweite am Leben gebliebene Sohn Otto außer den Aemtern Bracke und Barndorf auch das Amt Blomberg.

Der Sohn herrmann erhielt unter Anderen Schieder, und der Sohn Philipp (Stifter der Schaumburgischen Linie) unter Anderen Lipperode und Alverdissen.

Herrmann starb im Jahr 1620, worauf Schieder nach einem Bergleiche von 1621 noch an Otto von Bracke siel, so daß die Brackische Linie bei ihrem Andsterben im Jahr 1709 die Aemter Bracke, Barendorf, Blomberg und Schieder hinterließ.

Hiervon erhielt, wie schon im Eingang erwähnt wurde, nach dem Stadt: hager Vergleich von 1748 Lippe Detmold die Aemter Bracke und Baren:

dorf, die Schaumburg=Lippische Specialinie Backeburg (Alverdissen hatte 1722 verzichtet) aber die Aemter Blomberg und Schieder.

Schon früher, nachdem nämlich Detmold durch Reichshofraths-Erkenntniß vom 26. August 1734 zur Herausgabe der Hälfte des Brackischen Nachtasses an Bückeburg verurtheilt war, erhob Detmold im Namen von Alverdissen, welches ihm seine Rechte schon 1722 cedirt und diese Eession am 26. August 1747 neuerlich bestätigt hatte, gegen Bückeburg eine Klage auf die Alverdisser Quart, d. h. auf die Herausgabe der Alverdissen gebührenden Hälfte von der Bückeburg zuerkannten Hälfte des Brackischen Nachlasses.

Durch Reichshofraths: Erkenntniß vom 18. September 1744 murbe Bückeburg zur Herausgabe dieser Quart an Alverdissen verurtheilt. She diese Verurtheilung aber rechtsträftig wurde, kam der Stadthager Vergleich von 1748 zu Stande, wornach Bückeburg die Aemter Blomberg und Schiesber erhielt.

Diese beiden Aemter hat nach dem Aussterben der Speciallinie Bückeburg 1777 die andere Schaumburg-Lippische Speciallinie Alverdissen in Anspruch genommen, und da Detmold im Jahr 1789 in possessorio die eine Hälfte derselben, das jezige Amt Schieder, erhielt, so fordert nun Alverdissen diese Hälfte (d. i. das Amt Schieder) von Detmold wieder heraus.

Diese Forderung wird nun auf zwei verschiedene Fundamente gebaut:

- A) darauf, daß Alverdissen Erbe von Bückeburg sen, und die Aemter Schieder und Blomberg nach dem Stadthager Vergleich von 1748 Bückeburg zusielen, folglich jest in dessen Nachlaß gehören,
- B) daß die Güter ber Schaumburg : Lippischen Linie in einem Specials sibeicommiß : Werband stehen, die noch lebende Specialinie die wegges kommenen Güter (das Amt Schieder) also reclamiren burfe.
- Das erstere Fundament begründet eine Erbschaftstlage, und das letstere eine Revocatorientlage.

ad A) Erbschaftstlage.

Nach dem Testamente des gemeinschaftlichen Stammvaters Simon des VI. von 1597, §. 20, hat der (nach dem Recht der Erstgeburt) jeweils regierende Herr nur, wenn ein ganzer Mannsstamm ausstirbt, mit den übrigen Brüdern ober deren Mannserben nach Stämmen in das Erbe einzutreten.

Da nun aber mit Bückeburg kein ganzer Stamm, sondern nur eine Spezciallinie des Philippischen (Schaumburg: Lippischen) Stammes ausgestorbent ist, so ist der Fall des h. 20. des Testaments nicht vorhanden, und der Bückeburgische Nachlaß gebührt lediglich der andern Speciallinie: Alverzbissen.

Dadurch und weil sich die Aemter Schieder und Blomberg ganz und nicht bloß zur Hälfte nach dem Stadthager Vergleich von 1748 im Bucke: burgischen Nachlaß befinden, ist die Erbschaftsklage Alverdissens auf die Hälfte dieser Aemter, beziehungsweise auf das Amt Schieder, an und für sich allerdings begründet; es fragt sich daher nur, ob sie nicht durch entgegen geshaltene Einreden wieder aufgehoben sep?

1) Die erste dieser Einreden besteht darin: Bückeburg habe durch den Stadthager Bergleich von 1748, §. 6, die Aemter Schieder und Blomberg nicht frei und unbedingt, sondern nur unter der Last einer Rückfallsclausel erhalten. Dieselben sollten namlich nach dem Aussterben der Bückeburgischen Speciallinie an den andern Stadthager Contrahenten, Lippe: Detmold, zurückfallen. Dieser Rückfall sep nun durch das Aussterben der Bückeburgischen Speciallinie wirksam geworden, daher habe Alverdissen als Erbe Bückeburgs auf jene vertragsmäßig zurückgefallenen Aemter keine Anssprücke.

Im Stadthager Bergleich, wo Lippe = Detmold die gedachten zwei Aemter an Buckeburg überließ, erklärte baffetbe babei im §. 6 : es muffe

erlangten jurn gegen das Gräsiche Haus Schaumburg-Lippe-Alverdissen jurn gegen das Gräsiche Haus Schaumburg-Lippe-Alverdissen ausbrücklich reserviren, und in specie sich und ihrem
Gräsichen Hause, auf den Fall, da der Manusklamm des jest regierenden Gräsich = Schaumburg = Lippe = Bücke burgischen älteren
Haused verblühen sollte, den Rücksall der dem Gräsichen regierenden
Hause zu Lippe = Detmold vermöge vorerwähnter Cesson von Alverdissen abgetretenen und übertragenen jurium seierlichst vorbehalten;
dergestalt, daß es in so sern bei diesem Cessons= Transact zwischen
Lippe=Detmold und Lippe=Alverdissen sein Werbleiben hat, jedoch Ihrer Hochgräsichen Gnaden zur Lippe=Schaumburg=Bückeburg, als welche diese Cesson nie auerkannt, unnachtheilig."

In so weit nun Alverdissen nicht seine ursprünglichen eigenen (burch ben Bergleich von 1722 aufgegebenen) Ansprüche auf den Brackischen Nachlaß geltend macht, sondern als Erde Bückeburgs dessen Sigenthum an den fraglichen Aemtern auf den Stadthager Vergleich von 1748 gründet, hat es die Bedingungen dieses Vergleichs auch gegen sich gelten zu lassen.

Es fragt fic daher nur:

ob es wirklich eine Bedingung bes Stadthager Vergleichs sep, daß jene beiden Aemter bei dem Aussterben der Bückeburgischen Specialzlinie an Detwold zurückfallen, wornach sie in der Bückeburgischen Erbmasse gar nicht vorhanden wären, und somit dem klagenden Theil als Erben Bückeburgs nicht zufallen konnten?

Der Kläger widerspricht dieß in doppelter Beziehung, denn

- a) die erwähnte Rückfallsclausel des Stadthager Bergleichs von 1748 sev keine Bertragsbedingung.
- b) und fie beziehe sich überdieß nicht auf die eingeklagte Salfte der Aemster Schieder und Blomberg.
- ad a) Der erste Einwand ist wohl unrichtig; denn wenn Detwold in der Bertragsnefunde über irgend einen Punct einen Vorbehalt machte und Bückesburg als der andere Contrahent dem Vertrage dennoch seine Zustimmung gab, ohne einen Gegenvorbehalt zu machen, und ohne hierdurch den Gegensland des Vorbehalts vom Vertrag auszuschließen, so hat eben damit Bückeburg auch dem Detwoldischen Vorbehalt zu gestimmt, und dadurch ist dieser Vorbehalt eine Vertragebedingung geworden.

Es ift dieß um so sicherer anzunehmen, als gerade vor dem Abschluß des Stadthager Bergleichs Buckeburg die Alverdistische Cession von 1722, wor- über Detwold den erwähnten Borbehalt machte, als nichtig angesochten hatte,

wornach es zu bem Worbehalte nicht hätte stillschweigen tonnen, wenn es nicht dem Worbehalt gemäß die Wirksamkeit der Cession von 1722 zwischen Detmold und Alverdissen hätte anerkennen wollen.

Der Umstand, daß am Schlusse des Borbehalts bemerkt ist, daß berseibe dem Hause Bückeburg, weiches die Cession von 1722 nicht anerkannte, unnacht theitig senn soll, vermag hieran nichts zu ändern. Es liegt darin vielwehr noch eine Bestärfung der Annahme des Borbehalts, so weit er Bückeburg unnachtheilig sen.

Buckeburg hat sich baburch zu nichts verpflichtet, aber es nahm es an, baß die Aemter Schieder und Biomberg (vorausgeset, baß diese der Gegenstand des Vorbehalts waren) nur mit der Rückfallsclausel, d. i. mit der Bedingung auf Bückeburg übergingen,

daß sie, im Falle des Anssterbens der Buckeburgischen Speciallinie, dem Hause Lippe=Detmold wieder heimfallen.

Daß aber jener Vorbehalt

ad b) sich wirklich auf die Aemter Schieder und Blomberg beziehe, kann keinem Zweisel unterliegen, wenn man erwägt, daß als Gegenstand desselben die von Detmold ex cessione Alverdissiensi erlangten Rechte bezeichnet sind, und daß unter der Alverdissischen Session nach den Verhandlungen der Parteien überall nur der (im Jahr 1747 von neuem bestätigte) Verzicht verstanden ist, welchen Alverdissen in dem Vergleiche vom 9. December 1722 auf den Brackischen Nachlaß zu Gunsten Detmolds geleistet hat.

Dort ist nämlich gesagt, es habe Alverdiffen

"in favour des regierenden Hauses (Detwold) nicht nur auf den Brackischen An= und Erbfall und deshalb bei dem R. Reichshofrath eingeführte Klage beständigst renuncirt, sondern auch alles Recht, so Sie (Alverdissen) oder die Ihrigen daran quodunque titulo haben können, an Wohlgedachten Herrn Vetzter (Grafen von Detwold) und dessen Folgern in der Regierung wohlwissentlich cediret, um sich dessen nach Maßgabe sothaner Erstgeburtgerechtigkeit und deren convenience ohne Ihr und der Ihrigen Behinderung ruhig zu gebrauchen."

Damit hat Alverdissendasjenige, was ihm von der Brackischen Erbmasse gebührte, an Detmold abgetreten, und es ist dieses Betreffniß bei der spätern Berhandlung Alverdisser Quart genannt worden, indem Detmold, nache dem es 1734 zur Herausgabe der Hälfte des Brackischen Nachlasses an Bückeburg verurtheilt war, im Ramen von Alverdissen gegen Bückeburg auf Abtretung der Hälfte von dieser Hälfte, d. i. der Alverdisser Quart, klagte.

Damals waren die Aemter Schieder und Blomberg dem Hause Bückes burg vorläufig schon zugetheilt, und im Stadthager Vergleich von 1748 wurde diese Zutheilung bestätigt. Ist nun hierbei in diesem Vergleich von Vorbehalt der von Alberdissen an Detmold abgetretenen Rechte, die nach den früheren Vorgängen als Alverdisser Quart bezeichnet wurden, die Rede, so kann darunter nur die Hälste der Aemter Schieder und Blomberg verstanz den sepn.

3mar hat Buckeburg im Stadthager Bergleich von 1748 auch soustige Ansprüche an Detwold aufgegeben, namentlich im Art. 9. auf den Ersas der von Detmold bezogenen Rupungen, auf den Fahrnifantheil zc. verzichtet, woraus das Kagende Haus Schaumburg=Lippe die Behauptung ableitet, daß Buckeburg durch jenen Vergleich in der That nur seinen eigenen Antheil am Brackischen Rachlaß erhalten habe, ber Werth der von Alverdiffen an Detmold cedirten Alverdisser Quart aber dem Hause Detmold geblieben sep. Allein Buckeburg erhielt wegen der Rutungen nach Art. 8. ein Aversum von 100,000 Reichsthalern und über den Werth deffen, was Bückeburg bei diesem Vergleiche dem Hause Detmold erlassen hat, und ob dieser Werth das erhaltene Aversum übersteige, liegt tein Beweis vor, und eben so wenig if nachgewiesen, daß die Erlassung besselben aus Rücksicht der Alverdiffer Cesson erfolgte. Buckeburg erklärte dabei ausdrücklich, daß es jene Cession gar nicht anerkenne, und wenn es Forderungen an das Haus Detmold aufgab, so konnte es dazu außer dem erhaltenen Aversum auch noch andere Beweggrunde haben, etwa um einmal die Sache zur endlichen Erledigung zu bringen, oder um der im Art. 2. erwähnten Detmoldischen Ersatforderungen für Meliorationen los zu werden u. b. g.

Jedenfalls ist von den vier Aemtern, welche den eigentlichen Fond des Brackischen Nachlasses bilben, im Art. 1. des Vertrags Bückeburg die Hälfte und nicht nur ein Viertel zugeschieden.

Darum und weil das Reichshofraths: Erkenntniß vom 26. August 1734, zu dessen Wollzug der Stadthager Wergleich zu Stande kam, dem Hause Bückeburg wirklich die Hälfte des ganzen Brackischen Nachtasses zuerkannte, ist auch, in Ermangelung eines Beweises des Gegentheils, anzunehmen, daß die im Stadthager Vergleich dem Hause Bückeburg zugeschiedenen Aemter Schieder und Blomberg die ganze Schaumburg: Lippische Hälfte, solglich auch die Alverdissische Quart, umfassen.

Diese Alverdissische Quart (1/2 der genannten beiden Aemter) soll nun aber, nach dem im Art. 6. des Stadthager Vergleichs gemachten Vorbehalte, nach dem Aussterben der Bückeburgischen Speciallinie an Detmold zurücksfallen.

Darnach ist die auf diesen Ruckfall gebaute Einrebe, wornach die eins geklagte Salfte von Schieder und Blomberg nicht auf die Bückeburgischen Erben übergeht, allerdings gegründet, und es kommt auf die

2) weitere Einrede nicht mehr an:
daß Schaumburg-Lippe auch deßwegen nicht klagen könne, weil es
nicht bloß Erbe von Bückeburg, sondern auch allgemeiner Rechtsfolger von Alverdissen sen, Alverdissen aber durch den Vergleich
von 1722 auf alle Ansprüche verzichtet habe, die ihm quocun-

que titulo am Bractischen Nachlaß zustehen möchten.

Käme es übrigens auf diese Einrede auch noch an, so wäre sie immerhin als ungegründet nicht zu berücksichtigen; denn, wenn Alverdissen im Vergleich von 1722 auf die Bractische Erbschaft gänzlich verzichtete und alle seine dieße fallsigen Rechte, die es

"daran quocunque titulo haben konne," an Detmold abtrat, so sind hierunter boch immer nur diejenigen Ausprüche begriffen, welche Alverdissen dam als schon quocunque titulo auf jene Erbschaft machen konnte, nicht aber auch jene, die es damals noch gar nicht hatte, sondern erst später erwarb, also auch jene nicht, die erst im Jahr 1777 von der ausgestorbenen Bückeburgischen Linie auf Alverdissen übergingen.

Iwar hatte Alverdissen schon im Jahr 1722 die Hälfte von der Hälfte des Brackischen Nachlasses als eigenes Recht zu fordern, und darauf hat es 1722 verzichtet; allein dieses sein eigenes Recht ist hier nicht Gegenstand der Klage, sondern nur dasjenige, was die Speciallinie Bückeburg vom Brackischen Nachlasse ererbte, was also Alverdissen erst im Jahr 1777 von Bückeburg ererbt und was dieses vorher durch den Stadthager Vergleich von 1748 erworben hat.

Bei diesen Umständen kommt es auch auf die der vorliegenden Einrede entgegengehaltene Replik:

daß der Verzicht von 1722 nichtig sep, nicht mehr an, obschon diese Replik, wenn es darauf ankäme, als verwerstich erschiene.

Der Bergicht von 1722 foll nämlich nichtig fenn,

- a) weil der Graf Philipp Ernst von Schaumburg: Lippe: Alverdissen zur Zeit der Bertragsschließung wegen Blödsuns unter Euratel des Landgrafen Carl von Hessen gestellt war, und der Eurator dabei nicht mitwirkte, auch keine richterliche Bestätigung des Verzichts eingeholt wurde, —
- b) weil der Bergleich auf einem Irrthum beruhe und eine enorme Berletzung enthalte,
- c) sodann weil der fragliche Verzicht durch Kaiserliches Rescript vom 17. Juli 1747 bereits ungültig erklärt sep.

ad a) Abgesehen von der Frage, ob der Eurator, Landgraf von Hessen, den Vergleich von 1722 wirklich in der Fassung, in der er vorliegt, genehmigt habe, — abgesehen davon, ob die nachträgliche Genehmigung von Seiten des Eurators hinreichend gewesen oder seine Mitwirkung bei der Schließung des Vertrags selbst erforderlich gewesen wäre, — und abgesehen davon, ob zur Gültigkeit des Rechtsgeschäfts, da dasselbe eine Entsagung auf Liegensschaften enthielt, eine richterliche Bestätigung erforderlich war, und ob diese durch die beim Reichshofrathe gemachte und von diesem zu den Acten genomsmene Anzeige ersest werde, — so ist der Vergleich jedenfalls durch die Zusstimmung des Friedrich Ernst, einzigen Sohnes des contrahirenden Grasen Philipp Ernst, gegen das von demselben abstammende jezige Haus Schaumsburg-Lippe-Alverdissen bindend geworden.

Wenn auch die Zustimmung, welche Friedrich Ernst zur Lebenszeit seines Vaters dem Vertrage ertheilte, dem Vater und dessen Erben das Recht der Ansechtung wegen maugelnder Ritwirkung des Eurators oder des Richters nicht entzog, indem Friedrich Ernst dem Vater nichts vergeben und den ungültig abgeschlossenen Vertrag nicht gültig machen konnte, so verhält sich dieß doch anders in Bezug auf die Genehmigung, welche er dem Verzgleiche erst nach dem Code des Vaters, insbesondere in der Urkunde vom 26. August 1747 ertheilte.

Hier war es schon seine eigene Sache, über die er verfügte, und da er rechtsfähig mar, so hat die Verfügung selbstständige Wirksamkeit, wenn auch der Vergleich von 1722, durch welchen sie veraniaßt war, au und für sich nicht gültig war.

Im Einklange mit dieser ausdrücklichen Genehmigung des Vergleichs von Seiten des Sohnes und Rechtsfolgers Friedrich Ernst steht auch die factische Genehmigung desselben, welche nicht bloß von Friedrich Ernst, sondern auch von seinen Nachfolgern ersolgte, indem sie die ihnen im Vergleiche bedungenen jährlichen 1,250 Thaler sorthin annahmen und dadurch den Vergleich selbst vollzogen.

Darnach kann der gegenwärtige herr Rläger, ber zugleich Abkommling und Erbe des Grafen Friedrich Ernst ist, den Vergleich von 1722 megen der Rechtsunfähigkeit des Grafen Philipp Ernst, der deuselben abschloß, nicht mehr ansechten.

ad b) Was den weitern Anfechtungsgrund betrifft, daß der Vergleich auf einem Irrthum beruhe und eine enorme Verlepung enthalte, so ist derselbe unerheblich.

Ueber den Vertragsgegenstand war kein Irrthum vorhanden, derselbe soll vielmehr in den Beweggründen zum Vertrag, nämlich darin liegen, daß dabei Alverdissen das Daseyn einer Untheilbarkeit und eines Primogeniturzechts unterstellt habe, was irrig gewesen sep.

Bei einem solchen Irrthum gilt aber die Regel, daß er den Bertrag nicht ungültig mache,

Thibaut, Pandecten : System G. 146, B. d. so wie auch die Aushebung eines Vergleich's wegen enormer Verlepung gesessich ger nicht katt findet.

Lauterbach, colleg. pand. L. 18. t. 5. §. 45.

ad c) Auch durch das Kaiserliche Rescript vom 17. Juti 1747 ist die Richtigkeit des Vergleichs von 1722 nicht dargethan.

Es ift darin nämlich gesagt, daß Ihre Kaiserliche Majestät nicht einsehen könnten, wie jener Vergleich mit dem Testamente Simons des VI. und mit verschiedenen pactis domus vereinbarlich sen, und daß daher die Impetraten Detmold und Alverdissen, gegen welche Bückeburg ein Gesuch um Cassation eingereicht hatte, Bückeburg innerhalb zwei Monaten klaglos zu stellen oder ihre Einwendungen vorzutragen haben.

Dieses Rescript ift als ein mandatum cum clausula, das noch teinesmegs die Kraft einer Entscheidung hat. Hätte der Impetrant eine solche here beiführen wollen, so hätte er nach Umlauf der anberaumten Frist, da Detmold und Alverdiffen teine Einwendungen vortrugen, wieder anrusen, und die Sache, die ein bestnitiver Ausspruch ersolgt wäre, betreiben sollen. Lesteres geschah aber nicht.

3war hat Detmold, auf den Grund des Erkenntnisses vom 18. September 1744, woderch Averdissen die Hälfte von der auf den Schaumburg-Lippischen Stamm sallenden Hälfte des Bractischen Nachlasses gegen Bäckeburg zuerkunt wurde, und auf den Grund der unterm 26. August 1747 neuerlich bestätigten Alverdissischen Cession, gegen Bückeburg ein Immissionsgesuch eingereicht, worauf unterm 17. Juni 1748 bie Reichshofrathe: Berfügung erfolgte:

"wird pars revisa (Alverdiffen) somohl als die Gräslich Lippe Dets moldische Vormundschaft mit dem vorgeschützten jure cesso auf den super des puncts in separate obwaltenden Proces, und die hierin unterm 17. Inli a. p. ergangene Kaiserliche Verordnung hiermit verwiesen."

Allein auch hierin tiegt keine befinitive Entscheidung über die Vergleichs: nichtigkeit, worüber am 17. Juli 1747 ein mandatum cum clausula erging. Es ist im Gegentheil ausdrücklich gesagt, daß hierüber noch ein Proces obwalte, und wenn dabei auf die Kaiserliche Verordnung vom 17. Juli 1747 verwiesen wird, so ist damit das mandatum cum clausula nur erneuert, aber keineswegs in ein definitives Erkenntniß verwandelt.

3) Eine dritte der vorliegenden Klage entgegengehaltene Simede ist bie ber Berjährung.

Diesethe ist ebenfalls ungegründet: benn erst im Jahr 1789 gelangte Detwold zum wirklichen Besitze der ihm in possessorio zuerkannten hälfte von Schieder und Blomberg. Von hier an lief also die 30jährige Frisk zur petitorischen Rückforderungsklage. Diese Frisk war aber noch nicht abgelausen, als Schaumburg-Lippe im Jahr 1818 seine Klage bei der Bundesversammslung anbrachte.

Der Anspruch Schaumburg : Lippe : Alberdissens auf die durch den Stadt: hager Vergleich an Bückeburg gekommenen Aemter Schieder und Blomberg entstand zwar schon 1777, als bei dem Aussterben Bückeburgs dessen Rechte auf das klägerische Haus übergingen. Allein von 1777 bis 1789 war das Leptere im Besitz; es konnte daher für dasselbe die Rlagverjährung noch nicht laufen, und sie begann erst im Jahr 1789, wo Detwold in Besitz kam und damit Schaumburg Lippe Anlaß zur petitorischen Rlage erhielt.

Abgesehen von allen anderen, klägerischer Seits der Verjährung entgegens gehaltenen Gründen, ist dieselbe hiernach noch nicht vollendet.

Uebrigens ift, wie unter 1) gezeigt wurde, die Rage durch die erste (auf die Rückfallsclaufel des Stadthager Vergleichs, f. 6. gebaute) Einrede schon aufgehoben.

ad B) Revocatorientlage.

Außer der Rlage, wodurch Schaumburg=Lippe als Erbe Backeburgs auf den Grund des Stadthager Vergleichs von 1748 die zweite Hälfte der Aemter Schieder und Blomberg (das jehige Amt Schieder) herausfordert, erhebt daffelbe auch noch überhaupt als stammgutsberechtigt den namtlichen Anspruch auf den Grund eines hinsichtlich der Schaumburg=Lippischen Besthungen bestehenden Specialsideicommiß=Verbands.

Hatte nämlich Alverdiffen am Brackischen Rachtaß ein Viertel, ober von der auf den Schaumburg : Lippischen Stamm fallenden Hälfte die Hälfte, also von den Aemtern Schieder und Blomberg die Hälfte anzusprechen, diese Anssprüche aber durch den Vergleich von 1722 aufgegeben, und hat in Folge dessen die Speciallinie Backeburg im Stadthager Vergleich von 1748 hinsichtlich dieser Averdiffschen Hänficht ich dieser Averdiffschen Hänficht gener Amerden die Erben der ansgestorbenen Bäckeburgischen Linie als solche derauf

keinen Anspruch haben, so kann immerhin jeder Stammberechtigte der Schaums burg : Lippischen Linie diese hierdurch vom Schaumburg : Lippischen Stamm: vermögen losgetrennten Güter wegen Unveräußerlichkeit derselben wieder zus rückfordern.

Hierzu wird aber erfordert, daß, wie der klagende Theil behauptet, fammtliche Schaumburg-Lippischen Besthungen unter sich in einem Fideicommiß=Verbande stehen.

Daß sammtliche Besthungen des fürstlichen Hauses Lippe in einem gemeinschaftlichen sideicommissarischen Verbande stehen, behauptet Lippe-Detmold selbst. Dasselbe widerspricht aber die Special-Fideicommiseigenschaft der Schaumburg-Lippischen Besthungen unter sich.

Die allgemeine Fideicommiseigenschaft der sämmtlichen Lippischen Bestsungen geht auch wirklich aus dem Testamente von 1597, in Verbindung mit dem brüderlichen Vergleiche von 1621 hervor, indem durch das erstere eine von der gemeinen Erbordnung abweichende Vererbung mit Ausschluß der Töchter vorgeschrieben, durch den letteren aber noch weiter bestimmt ist, daß nach dem väterlichen Testamente und den brüderlichen Vergleichen (von 1614 und 1616) fünftig alle und jede

"dispositiones, donationes, alienationes und Vermachungen," mit Ausnahme jener über die Baarschaft, und mit Ausnahme dessen, was "aus gemeiner Bewilligung geschehen würde,"

nichtig seyn sollen, welche Bestimmung durch den §. 16. des Schwalenberger Bergleichs von 1667 erneuert wurde.

Daß hiernach Veräußerungen an Andere als Familienmitglieder unstatts haft sepen, unterliegt keinem Zweisel. Es soll kein Theil zum Nachtheil eines Andern, welcher eventuelle stdeicommissarische Rechte hat, Verfügungen tressen, weil daburch die Dispositionen des paterlichen Testamentes und der brüderslichen Vergleiche vereitelt werden, wie dieß bei Veräußerungen au Fremde jedesmal der Fall ist.

Außerdem könnte auch die Veräußerung von Seiten einer Linie an eine andere möglicherweise zum Nachtheil einer dritten geschehen, d. h. die dritte Linie in ihrer sideicommissarischen Erbsolge beeinträchtigen, und in diesem Falle unterläge eine solche Veräußerung ebenfalls dem erwähnten Verbote; denn in diesem Falle wäre sie ebenfalls dem väterlichen Testamente und den brüderlichen Vergleichen entgegen.

Dieß war namentlich der Fall, als die beiden Söhne Simons des VI., Otto und Herrmann, sich gegenseitig, mit Ausschluß ihrer übrigen Brüder, zu Erben einsehen wollten, indem alsdann bei Hermanns kindersosem Abstersben Otto das Antheilgut desselben allein erhalten hätte, statt daß es nach dem väterlichen Testamente zur Hälfte Simon dem VII. und zur andern Hälfte dem Otto und Philipp mit einander zufallen mußte.

Dasselbe hatte sich auch ergeben, wenn herrmann sein Antheilgut dem Otto verkauft oder geschenkt hatte.

Eine andere Frage ist aber: ob eine Beräußerung auch da untersagt sep, wo dieselbe meder an Fremde, noch von einer Linie an eine andere, zum Nache theil einer dritten, sondern, wie es 1722 der Fall war, nur nuter zwei noch allein existirenden Hauptlinien geschehe, wobei also eine dritte,

im Testamente von 1597 mit sideicommissarischen Rechten begabte Hauptlinie nicht mehr beeinträchtigt werden kann?

Für die Verneinung dieser Frage spricht: daß im Testamente von 1597, auf welches sich die brüderlichen Vergleiche berusen, das stdeicommissarische Recht, die Güter einer ausgestorbenen Linie nach dem aufgestellten Maaßstabe zu theilen, nur den einzelnen Stämmen ausdrücklich zugesichert ist, daß aber darin über die Erbfolge in einem und demselben Stamme eine gleiche Substitution der einzelnen Speciallinien unter sich nicht enthalten, also die Unveräußerlichkeit einer Besitzung im Verhältniß einer Speciallinie zur andern nicht eben so, wie jene im Verhältniß einer Hauptlinie zur andern ausgesprochen ist.

Darnach könnte man annehmen, daß die Abtretung von Gütern der Schaumburg=Lippischen Linie an die Detmoldische Linie im Jahr 1722, wo keine weitere, mit sideicommissarischen Rechten begabte, Linie mehr vorhanden war, nicht untersagt sep.

Es ist jedoch nicht nöthig, hierauf weiter einzugehen, ba (abgesehen von den nachfolgenden Einreden) jedenfalls die im Vergleich von 1722 aufgegesbenen oder abgetretenen Ansprüche Alverdissens auf den Bractischen Nachlaß nicht als eine Alverdissische Besitzung zu betrachten sind, auf die sich der etwa bestandene Special=Fideicommisverband erstrecken könnte, und deren Veräußerung daher als Veräußerung eines Stammgutstheils anzusehen wäre.

Es ist nämlich zu erwägen, daß es sich im Vergleiche von 1722 nur um die Entsagung auf eine bestrittene Erbschaft handelte, durch welche die fraglichen Güter erst in den Bests von Schaumburg-Lippe hätten kommen sollen, — und daß, wenn ein Special-Fideicommisverband für jede einzelne Lippische Linie, oder ein solcher besonders für die Schaumburg-Lippische Linie errichtet worden wäre, dieser doch nur die jenigen Güter umfassen könnte, die bei Errichtung dieses Special-Fideicommisverbandes der Schaumburg-Lippischen Linie schon angehörten, oder daß, wenn auch künstig anfallende dem Verbande einverleibt werden sollten, die Special-Fideicommiseigenschaft sie jedensalls nur in so fern ergreise, als sie der Linie unbestritten zusalle und die dießfallsgen Ansprüche nicht (vor der Zuscheidung bestimmter Güter) etwa im Wege des Vergleichs ausgegeben werden.

#### Arg. Feud. II. tit. 43.

Siernach erscheint die vorliegende Revocatorienklage, ohne Rücksicht, ob sie von Schaumburg-Lippe in der Eigenschaft von Bückeburg, oder in jener von Alverdissen angestellt sep, schon an und für sich als unbegründet.

Es stehen ihr aber auch noch Ginreden entgegen:

1) So weit nämlich Schaumburg Rippe als die fortlebende Speciallinie Alverdissen klagt, steht ihm entgegen, daß der Veräußerungsact des Grafen Philipp Ernst, nämlich der angesochtene Vergleich von 1722, von dem damas ligen einzigen Sohne desselben, nämlich von Friedrich Ernst genehmigt wurde, die erst später gebornen Abkömmlinge dieses Friedrich Ernst denselben also, wie oben gezeigt wurde, nicht wieder ansechten können.

Es kann nämlich selbst bei anerkannten Fideicommißbesitzungen ein Theil derselben gültig veräußert, oder selbst der ganze Fideicommisverband wieder aufgehoben werden, wenn alle Betheiligten, die zur Zeit einer solchen Veräus:

Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thl.

serung oden Aushebung des Fideicommisverbandes am Leben sind, dazu eins willigen.

Dies ift nicht nur gemeinen Rechteus,

(Aunde, teutsches Privatrecht, §. 697; Moser, toutsches Staatse recht, Th. XIII, S. 514 — 517)

sondern es sind im vorliegenden Falle von der erstmals im brüderlichen Bergleiche von 1621 festgesepten Unveräußerlichkeit in eben diesem Vergleiche auss drücklich die jenigen Veräußerungen und Verfügungen ausgenommen, welche "aus gemeiner Bewilligung geschehen."

Hiernach können jene, welche zu einer Veräußerung einwikigten, und ihre erst später gebornen Abkömmlinge, die also zur Zeit der Beräußerung nach kein Anwartschaftsrecht erworben hatten, die Veräußerung in kinem Falle aufechten.

- 2) In so weit nun aber Schaumburg-Lippe als Rechtsfolger Bückeburgs flagt, steht ihm auch hier die oben unter A. 1 erdrterte Einrede entgegen, ins dem auch Bückeburg durch die im Stadthager Vergleiche angenommene Rückssclauses die eventuelle Veräußerung der reclamirten Kälfte von Schieden und Blomberg (daß nämlich dieselbe beim Aussterben Bückeburgs auf Dets mald zunückgehe) bewilligt hat.
- 3) Auch stünde der von Schaumburg=Lippe als Rechtsstelgen Bucke burgs erhobenen Klage die weitere Einrede entgegen, daß es, da es zugleich die fortstebende Speciallinie Alverdissen ist, aus den auf daffelbe übergegangenen Rechten Bückeburgs immerhin seine eigenen (Alverdissischen) Handungen nicht ansechten dürfte, und zwar sowohl nach dem Rechtsgrundsase:

"Cum jura duarum personarum in une homine concurrant, idem valet in uno, quod alias in duobus,"

als auch, weil es für die Cessson seiner Rechte (der Alverdisser Quart) im Bengleich von 1722 Gewähr schuldig wäre, nach dem Grundsape:

"quem de evictione tenet actie, eundem agentem repalit ex-

L. 1. D. de except. rei vend, et trad. 21. 3.

Bei diesem Umstäuden kammt es auf die von Lippe-Detmold weiter vorgeschütten Ginreden nicht an. Sie find folgende:

4) Die eine derselben besteht barin, daß, menn aus den Lippischen Benthungen von Schaumburg-Lippe ein Specialkdeicommis dieser Linie gebildet worden wäre, dieß, als der allgemeinen fideicommissarischen Gigenschaft der Besthungen des Hauses Lippe widersprechend, nicht wirksam senn konnte.

Wenn nun aber auch das im Original nicht mehr lesenliche, aber in einer am 28. December 1592 von Bürgermeisten und Rath der Stadt Lippe ausgesertigten Urfunde wörtlich aufgevommene, in mehreren späteren Urfunden eitirte pactum unionis von 1368 eine Untheilbarkeit den Grafschaft Lippe sessost, und wenn hinsichtlich derselben das Erstgeburterecht als hergebracht vom Kaiser unterm 12. Februar 1593 und neuerlich unterm 3. Septems ber 1626 bestätigt wurde, so kann deswegen doch das von allen Söhnen freiswiss vollzogene Kestament Simons des VI. von 1597, dei welchem sich auch das durch das pactum unionis privilegirte Land beruhigte, nicht unwirds sam sen.

Die allgemeine sideiemmissarische Eigenschaft der Lippischen Besthungen, so weit sie auch durch dieses Testament begründet ist, sieht aber der erwähnten Special=Fideicommisqualität der Lippischen Besthungen von Schaumburg=Lippe nicht im Wege, denn diese könnte neben jener bestehen, so fern sie nur nicht dahin ausgedehnt würde, daß dadurch beim Aussterben des Schaumburg=Lippischen Mannsstamms der Uebergang der Lippischen Besthungen auf die übrigen Lippischen Stämme nach Maaßgabe des Testaments gehindert, wer überhaupt irgend eine Verfügung des Testaments dabei unaussührbar würde. Eine solche Ausbehnung ist aber wirgends behauptet, noch wäre sie zur Begründung der vorliegenden Revocatorienklage nöthig.

5) Auch die weitere Einrede wäre ungegründet, wornach die Bestims mungen des väterlichen Testaments von 1597, wenn sie auch für die einzelnen Linien Specialstdeicommisse errichteten, auf die Besitzungen von Schaumburgslippe nicht anwendbar wären, weil Philipp, der Stifter der Schaumburgs Lippischen Linie, kraft des Testaments gar nichts erhalten habe, sondern seine Brüder ihm nur freiwillig einen Erbtheil zuschieden.

Vor dem Tode des Testirers, Simons des VI., starb der älteste Sohn desselben, Bernhard, und es ward ihm dagegen nach Errichtung des Testaments noch ein Sohn, Philipp, der Stifter der Schaumburg : Lippischen Linie, geboren.

An die Stelle Bernhards trat nun als Regierungsnachfolger Simon der VII., und jeder der übrigen Söhne rückte an die Stelle seines Vormanns, wornach der erst nach Errichtung des Testaments geborne Philipp das für den Hermann bestimmte Antheilgut erhielt.

Was nun Philipp durch diese mit allseitiger Zustimmung geschehene Art des Testamentsvollzugs erhielt, hat er wohl unter den nämlichen Auflagen und Bestimmungen erhalten, unter welchen sein "Antheilgut" dem Hermann vermacht war. Die Bestimmungen des Testaments müssen auf dieses "Anstheilgut" in gleicher Weise Anwendung sinden, dasselbe mochte nach dem Tesssamente dem Hermann, oder an dessen Stelle, nach einer brüderlichen Verzeinbarung, dem Philipp zugekommen senn.

6) Eine weitere Ginrede ift die der Berjährung.

Daß die Verjährung von 1777 an nicht eingetreten sen, ist schon oben unter A. 3. gezeigt worden; und es fragt sich hier nur, ob dieselbe nicht vor 1777, wo der klägerische Theil in den Besit des Streitgegenstandes kam, schon vollendet gewesen sen?

In so sern man die Klage als von der Specialinie Bückeburg erhoben betrachtet, ist diese Frage ohne Zweisel zu verneinen, da Bückeburg durch die Klage vom 11. Juli 1747, wodurch es die Alverdisser Cession von 1722 als unwirksam ansocht, den Lauf der Verjährung unterbrach, von welcher gerichtlichen Unterbrechung an wieder eine neue Verjährungszeit, und zwar eine solche von 40 Jahren, lief, welche somit im Jahr 1777, wo der Streit von neuem begann, noch nicht vollendet war.

Wenning - Ingenheim, Lehrbuch bes gemeinen Civilrechts, Buch I. g. 45, Nr. 3.

Handelt es sich aber um eine Revocatorienklage von Schaumburg = Lippe, soweit es als die frühere Speciallinie Alverdissen fortlebt, so ist die Bersjährung vollendet.

Hätte der einzige Sohn des am 27. November 1723 verstorbenen Phislipp Ernst, welcher den Vergleich von 1722 abschloß, Friedrich Ernst, diesem Vergleiche nicht zugestimmt, so hätte er nach des Vaters Tod, da die Alversdissschen Besitzungen auf ihn übergingen, die durch den Vergleich aufgegebene Alverdisser Quart des Brackischen Nachlasses reclamiren, oder überhaupt den Vergleich oder seine Wirkungen ansechten können.

That er dieß 30 Jahre lang nicht, so war das Klagerecht für ihn und eben damit auch für seine erst nach dem Vergleich 1722 gebornen Mannserben verjährt, denn auch die Revocatorienklage muß, da hinsichtlich ihrer die Gesetze keine Ausnahme festsesen, mit Ablauf von 30 Jahren erlöschen, und diese Verjährungsfrist kann nicht jedem Nachfolger wieder von neuem beginnen, es sen denn, daß ein solcher schon vor der Veräußerung am Leben war, also ein sideicommissarisches Recht bereits erworden hatte, oder daß er einer andern Linie angehört, welche erst später nach dem Aussterben derjenigen, von welcher die Veräußerung ausging, zur Nachfolge berusen wird, bei welcher also auch das Klagerecht erst später entsteht.

Friedrich Ernst, der einzige zur Zeit des Vergleichsabschlusses im Jahr 1722 vorhanden gewesene Sprößling der Alverdisser Speciallinie, hat nun aber innerhalb 30 Jahren, vom 27. November 1723 an, wo die Alverdisser Besthungen auf ihn übergingen, die erwähnte Revocatorienklage nicht erhoben, denn seine Klage vom 28. Mai 1753 ist noch auf Erfüllung des Vergleichs von 1722 gerichtet, und darin nur eventuell noch mit einer Klage auf Nichtigkeit gedroht, diese aber nicht wirklich angestellt worden.

Der Alverdissischen Speciallinie kann hiernach allerdings die Verjährung ihrer Revocatorienklage entgegen gehalten werden.

In so weit aber die Klage, als von der Speciallinie Buckeburg erhoben, begründet erachtet würde, mare diese Einrede ohne Erfolg, da die Verjährung, wie gezeigt, Bückeburg nicht entgegen gehalten werden könnte.

Ist hiernach die Klage auf Herausgabe des jesigen Amtes Schieder als der Hälfte der ehemaligen Aemter Schieder und Blomberg theils wegen Grundlosigkeit an sich, theils wegen entgegenstehender Einreden verwerslich, so fällt eben damit auch die Forderung der Nupungen, und es fällt die Frage hinweg, mit welchen Rechten Schieder an Schaumburg = Lippe zurücksfallen, und welche Rechte Detmold davon behalten soll.

Es fallen damit aber auch das II. und das III. Rlagebegehren, wornach Detwold an Schaumburg-Lippe auch dasjenige herauszahlen soll, was Alverdissen auch außer der mit dem I. Klagebegehren reclamirten Hälfte von Schieder und Blomberg noch weiter vom Brackischen Nachlaß anzusprechen, durch den angeblich nichtigen Vergleich von 1722 aber aufgegeben hatte, sowie dasjenige, was Bückeburg dem fürstlichen Hause Lippe-Detwold im Stadthager Vergleich in Berückschtigung der angeblich nichtigen Alverdisser Cession erlassen haben soll.

Abgesehen bavon, daß, wie oben unter A. 1. ad b. gezeigt murde, nicht nachgewiesen ift, daß Bückeburg im Stadthager Bergleiche dem Sause Det:

mold, in Berücksichtigung der Alverdisser Cession, Nachlässe bewilligte, sehlt es nach der obigen Erörterung (A. 2. a—c.) jedenfalls an der die Grundlage des II. und III. Klagebegehrens bildenden Nichtigkeit des Vergleichs von 1722, und wenn Schaumburg=Lippe die Hälfte der Aemter Schieder und Blomberg nicht fordern kann, so kann es eben so wenig das Weitere, was noch zur Alverdisser Quart gehören möchte, noch auch dasjenige fordern, was ihm Bückeburg im Stadthager Vergleich von 1748 noch neben dem bedungenen Rücksalle der Hälfte von Schieder und Blomberg eingeräumt hat.

Das

### IV. Rlagebegehren

geht auf Zurückgabe des von Bückeburg im Stadthager Vergleich an Detmold abgetretenen Amts Lipperode sammt Nugungen.

Lipperode ist kein Bestandtheil des Brackischen Nachlasses; es wurde dem jüngsten Sohne Simons des VI., nämlich dem Grafen Philipp, welcher die Schaumburg-Lippische Linie stiftete, sogleich bei der Theilung des Nachlasses Simons des VI. zugeschieden.

Von Philipp kam Lipperobe auf seinen altern Sohn, Friedrich Christian, welcher die Bückeburgische Speciallinie gründete, und von diesem auf Albrecht Wolfgang, welcher im Jahr 1748 mit Detmold den Stadthager Vergleich schloß, und in diesem Vergleiche, §. 7, das Amt Lipperobe an Detmold abstrat, weil Detmold sich verbindlich gemacht hatte, die im Vergleich von 1722 an Alverdissen zu zahlen übernommene Rente von 1,250 Reichsthalern auch künftig sort zu entrichten, obschon es im nämlichen Stadthager Vergleich von 1722 die den Hauptstock der Alverdisser Quart bildende Hälfte der Aemter Schieder und Blomberg mit alleinigem Rückallsvorbehalt, für den Fall des dereinstigen Aussterbens der Speciallinie Bückeburg, an Detmold abgetreten und damit die Vortheile des Vergleichs von 1722 größtentheils wieder verstoren hatte. Nur für den Fall, daß die Alverdisser Speciallinie aussterbe, bes hielt sich Bückeburg vor, alsdann gegen Zurücklassung der Rente von 1,250 Reichsthalern das Amt Lipperobe zurückzuziehen.

Nun ist aber nicht die Alverdisser, sondern die Bückeburger Speciallinie ausgestorben, und da hierdurch Alverdissen zur Nachfolge in die Bückeburgischen Besthungen gelangte, so reclamirt es jest ex pacto et providentia majorum das Amt Lipperode.

Es fragt sich also hier wieder, wie oben bei der hinsichtlich der Hälfte von Schieder und Blomberg erhobenen Revocatorienklage, ob die Lippischen Besthungen des Fürstlichen Hauses Schaumburg in einem Special=Fideicom=mißverbande stehen?

Abgesehen aber von den oben bei dem I. Rlagebegehren unter B. für die Berneinung dieser Frage angeführten Gründen, — abgesehen namentlich das von, daß die Veräußerung eines Guts von einer Linie an die andere nicht unbedingt, sondern nur in so fern untersagt wurde, als sie die im Testamente von 1597 begründeten sideicommissarischen Rechte einer dritten Hauptsknie verleßen könnte, daß aber ein solcher Fall hier, wo nur noch die beiden contrahirenden Linien Detmold und Schaumburg-Lippe vorhanden waren,

nicht vortiege, — steht ber klägerischen Bindication des im Jahr 1748 von Bückeburg an Detmold abgetretenen Amtes Lippervbe jedenfalls

1) die Einrede entgegen, daß Schaumburg=Lippe den Stadthager Vergleich nicht gleichzeitig in einem Puncte für sich geltend machen, in einem andern aber als ungültig oder unwirksam ansechten kann.

Auf den Grund des Stadthager Vergleichs von 1748 fordert Lippe= Schaumburg als Rechtsfolger Buckeburgs die Hälfte der Aemter Schieder und Blomberg; nun will dasselbe als Alverdissen zu gleicher Zeit die im nämlichen Stadthager Vergleich enthaltene Abtretung Lipperodes als nichtig darstellen.

Jener Vergleich von 1748 kann aber nicht zu gleicher Zeit gültig und nichtig senn, und eben so kann Schaumburg-Lippe nicht seine doppelte Perssonlichkeit (als Rechtsfolger Alverdissens und als Rechtsfolger Bückeburgs) benuten, um in der einen Sigenschaft das anzusechten, was es in der andern selbst gethan hat.

Wenn Schaumburg-Lippe, als Buckeburg, dem Hause Detmold im Vergleich von 1748 bas Amt Lipperode abgetreten hat, so ist es dafür, wenn Lipperode dem Hause Detmold von einem Dritten entwährt wird, Eviction schnldig; daher darf es jest, wenn ihm in einer andern Eigenschaft (als Alsverdiffen) die Entwährung von selbst zustände, dieselbe nach

L. 1. D. de except. rei vend.

gleichwohl nicht geltend machen.

Thibaut, Panbectenspftem, §. 187.

Darnach kommt es auf die weiteren Ginreden des beklagten Fürftlichen Saufes Lippe = Detmold nicht an.

Es sind folgende:

2) die Einrede der rechtsträftig entschiedenen Sache, da Schaumburg= Lippe durch Reichshofraths=Erkenntniß vom 27. April 1778 mit seiner Klage auf Herausgabe des Amtes Lippervde bereits abgetriesen worden sep.

Detmold hat aber nicht (wie ihm nach f. 71b der Obergerichts=Ord= nung, ohne ein Beweiserkenntniß abzuwarten, obgelegen wäre) nachgewiesen, daß es fich damals um eine petitorische Klage handelte, und das Erkennt= niß von 1778 eine endliche Entscheidung über die Ansprüche seibst sen.

Aus dem Eingange des vorgelegten Erkenntnisses vom 27. April 1778 ist vielmehr ersichtlich, daß Schaumburg-Lippe damals nur um ein mandatum sine clausula, wodurch Detmold aus dem Besitze von Lipperode gesett werden sollte, nachgesucht hatte, und daß darauf ohne alles contradictorische Bersahren nur ein decretum rejectorium dahin ersolgte: "hat das Gesuch nicht statt."

Darnach blieb ber orbentliche Proces jedenfalls noch vorbehalten, und die Einrede ber rechtsträftig entschiedenen Sache kann der vordiegenden Mage nicht entgegen gehalten werden.

Eben so wenig ist

3) bie Einrebe ber Berjährung begründet.

Im Jahr 1777 den 10. September, als die Bickeburgische Sperialinie ausstarb und Alverdissen zum Besitze bes Bückeburgischen Antheits dam; war:

für Averviffen auch ablio mata vorhaiden, um das bem Stemme entlom: mene Amt Lipperdve zurketzusordern.

999 10. September 1807 wäre nun viefe Revocatbrienklage verjährt gewesen.

Da aber im Jahr 1778 ein Mandatsgesuch übergeben wurde mid ein gerichtliches docretum rejectorium ersolgte, so liegt hierin eine Unterbrechung, von welcher an die Verjährungsfrist mit 40 Jahren von neuem zu laufen begann. Nach dieser Berechnung ware dieselbe am 27. April 1818 abgelausen, also auch hier noch früher, als Schaumburg Lippe unterm 8. Juni 1818 seine Beschwerbeschrift bei der Bundesversammlung übergab.

Demungeachtet kann man die Verjährung nicht als vollendet annehmen, weil es von 1806, wo das Deutsche Reich seine Verfassung verlor, bis zur Errichtung der Deutschen Bundesacte, welche wieder ein Bundes-Austrägals verfahren statuirte, kein Gericht mehr gab, bei welchem Schaumburg: Lippe seine Klage hätte anbringen können.

Handelte es sich nicht zugleich um die Landeshoheit, jest Souverainetät, sondern nur um das Domanial= oder Privateigenthum des Amts Lipperode, so hätte Schaumburg=Lippe seine Klage auch in den Jahren 1806 — 1815 bei den Detmoldischen Landesgerichten andringen können. Damit hätte es aber die Detmoldische Souverainetät anerkannt, und da es diese selbst des streitet, so war für seine Klage in jener Periode kein Gericht vorhanden, daher ist die Verjährung jene Zeit über still gestanden und war zur Zeit der bei der Bundesversammlung erhobenen Klage noch nicht vollendet.

Thibaut a. a. D. f. 1024.

Endlich wäre

4) auch die aus der Alverdisser Annahme der Rente von 1,280 Reichs= thatern abgeleitete Einrede zur Entkräftung der Revocatorienklage, so welk solche an sich gegründet wäre, nicht geeignet.

Die Annahme und der langjährige Bezug dieser Rente von Seiten Als verdissens soll eine factische Genehmigung sowohl des Vergleichs von 1722, als auch des Stadthager Vergleichs von 1748 enthalten.

Allein das Erstere ift unerheblich und das Lettere unrichtig.

Richt im Vergleiche von 1722, sondern erst in jenem von 1748 warde Lipperode an Detwold abgetreten; die Genehmigung des Vergleichs von 1722 ist daher hier ohne Einstuß, und eine Genehmigung des Vergleichs von 1748 liegt in der Alverdisser Annahme der Rente von 1,250 Reichst thalern deswegen nicht, weil Alverdissen diese Rente längst schon nach dem Vergleich von 1722 anzusprechen hatte, also beim Fortbezug derselben unch dem Jahr 1748 nur sein altes (1722") Recht geltend machte und denselben nicht auf den Vergleich von 1748 zu bauen nöthig hatte.

Indessen bedarf es dieset Einreden (2 — 4) nicht, da die Rlage auf Bustätgabe bes Amtes Lipperode, wie oben gezeigt wurde, abgesehen own ihrer Begennbung oder Grandlossisteit un und für Ach, jebenfalls durch bie unter Rum. 1. erdeterte Einrede entkräftet ist.

St ift nun mich die allen 4 Rlagebegesten entgegengestellte zu B. gemeinschaftliche Einrebe zu prüfen. Lippe=Detmold leitet dieselbe aus dem Art. 34. der Rheinbundsacte vom 12. Juli 1806 ab, welcher Acte auch die beiden streitenden Theile mit ihrem Beitritt zum Rheinbunde unterm 18. April 1807 die Bustimmung ertheilt haben.

Der gebachte Art. 34. fagt :

"Les Rois, Grand-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel, qu'il pourrait avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération, telles qu'elles sont et telles qu'elles doivent être, en conséquence du présent traité; les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés, et pour le cas seulement où viendrait à s'éteindre la maison ou la branche qui possède maintenant, ou doit, en vertu du présent traité, posséder en souveraineté les territoires, domaines et biens sur lesquels les susdits droits peuvent s'étendre."

Detmold erklärt nun, daß, da die Aemter Schieder und Lipperode im Jahr 1807, als beide Parteien dem Rheinbunde beitraten, zu den Staats-bestigungen von Detmold gehörten, Schaumburg-Lippe durch seinen Beitritt zur Rheinbundsacte auf alle Rechte verzichtet habe, die es damals auf die Aemter Schieder und Lipperode etwa noch hätte haben mögen.

Damit wären das I. und IV. Klagebegehren, und mit dem I. folgeweise auch das II. und III. jedenfalls entkräftet.

Schaumburg=Lippe hält dafür, daß die Rheinbundsacte mit Auflösung des Rheinbundes ihre Wirksamkeit verlor, also auch der Art. 34. nicht mehr wirke.

Dieß ist nun aber weder durch einen spätern Friedens: oder Staatsvertrag, noch durch einen Beschluß des Deutschen Bundes ausgesprochen, daher ohne rechtliche Basis.

Der Rheinische Bund ist allerdings aufgehoben, und damit wohl der geößte Theil der Bestimmungen der Rheinbundsacte von selbst zerfallen. Daraus folgt aber noch keineswegs, daß auch alle übrigen Verpslichtungen, welche die contrahirenden Fürsten in jener Acte gegen einander übernommen haben, aufhören. Am allerwenigsten konnten, ohne eine ausdrückliche Bestimmung, Rechte wieder auswachen, welche durch Verzicht (im Art. 34.) bereits erloschen waren.

Rlüber's Abhandlungen und Beobachtungen für Geschichtskunde, Staats = und Rechtswissenschaft p. 44, 49 und 51.

Eben so grundlos ist der weitere Einwand, daß der Art. 34. auf Glieder des nämlichen Stammhauses unter sich nicht anwendbar sep. Er enthält in dieser Beziehung keine Beschränkung, und aus der Stelle, welche von den droits éventuels de succession spricht, geht im Gegentheil hervor, daß man dabei gerade hauptsächlich die Rechte unter sich verwandter Häuser oder Linien im Auge hatte.

Im Uebrigen fragt es fich nun,

- 1) welches der Gegenstand der Rechte sen, von welchen der Art. 34. handle,
  - 2) und unter melder Boraussepung auf dieselben verzichtet fen?
- ad 1) Der Art. 34. bezeichnet die fraglichen Rechte nicht alle einzeln. Er spricht nur von dem Rechte (droit), welches ein Bundesfürst auf die Besitzungen eines Andern haben könnte.

Will man nun wissen, mas unter diesen Besitzungen verstanden, beziehungsweise welcher Gegenstand, auf den sich das aufgegebene Recht bezieht, gemeint sep, so wird man überhaupt darauf zu sehen haben, von welchen Rechten die Rheinbundsacte im Allgemeinen handle, was die possessions der Bundesfürsten sehen, in so weit sie Gegenstand des Bundesvertrags sind.

Die Acte enthält Bestimmungen über Länderabtretungen, Unterwerfung und Länderzutheilung von früheren Reichsständen an Andere, welche Mitglieder des Bundes wurden, sodann die Bestimmung (Art. 4.), daß die Bundesglieder, statt der frühern deutsch=rechtlichen Landeshoheit, die volle Souverainetät haben sollen, sowie was Gegenstand der Souverainetät (Art. 26.) sep, und was den Mediatisirten bleiben soll (Art. 27.).

Die letteren beiden Bestimmungen (Art. 26. und 27.) bezeichnen eigentlich die Rechte, um welche es sich in Bezug auf Länderbesit handelt, und welche der Gegenstand des Friedensschlusses und der Bundesacte waren.

Es gehören hierher:

nach Art. 26. "le droit de souveraineté," — und nach Art. 27. "les domaines," und

"les droits seigneuriaux et féodaux non essentiellement inhérens à la souveraineté."

Die letteren, die im Art. 27. näher specificirt sind, murden da, wo frühere Reichsstände Anderen unterworfen murden, den Unterworfenen vorsbehalten.

Wo dagegen ein Mitglied des Bundes einem Andern Güter abtrat, wurde ein gleicher Vorbehalt nicht gemacht, sondern es ging auf den neuen Besither außer der Souverainetät auch das Domanialeigenthum mit allen niederen Herrlichkeiten über. Beides ward als der Inbegriff des ganzen Rechts eines Länderbesithes betrachtet, und nur bei den Mediatisirten wurde aus Rücksichten für diese das Domanialeigenthum mit den niederen Herrlichkeiten von der Souverainetät des neuen Besithers getrennt, während keine gleichen Gründe vorlagen, auch da, wo bei vertragsmäßiger Länderabtretung zwei souveraine Bundesglieder einander gegenüber standen, eine solche Abtheilung zu machen und den einen Souverain in dem unter die Souverainetät eines Andern gekommenen Gebiete noch Domänen besithen und niedere Herrlichkeiten ausüben zu lassen.

In gleichem Sinne ist also auch im Art. 34. mo zwei Souveraine einander gegenüber stehen, unter den possessions eines Bundesglieds nicht nur der Besitz der Hoheit, sondern zugleich auch der Domanialbesitz verstanden, soweit der lettere dem Souverain nur als solchem und nicht vermöge eines besondern, vom Staatsbesitz unabhängigen, Titels zukommt.

Gben barum find unter ber lestern Botansfesung im Att. 34. unter ben Rechten, auf welche betzichtet wird, aue Rechte eines Sonverains auf ben Staatsbesit eines andern, einschließlich beffen Domanialbesites, verstanden.

In gleicher Weise wuß aber, in so weit es sich um verzicht des Art. 34. handelt, auch der verzichtende Souverain in seiner Staats= eigenschaft erscheinen, und wenn dersebe unabhängig von seiner Staats= eigenschaft bloß nach Privatrecht Rechte auf die Domanen eines andern Souverains hätte, so wären diese Rechte unter dem Verzicht des Art. 34. nicht begriffen.

Sandett es sich aber um wirkiche Staatsberechtigungen, d. h. um Wechte eines Souveruins als solchen auf den Staatsbesit eines andern, so kommt es wicht darunf an, ob sich dieselben auf den Inbegriff der gestammten Staatsgewalt sammt Domanen, oder nur auf einzelne hoheitliche Besugnisse beziehen.

In beiden Fallen ohne Unterschied ift das gefammte Recht auf den frems ben Staatsbesis der Gegenstand des Berzichts, von welchem der Art. 84. handelt, und in Anwelldung auf die vorliegende Streitsache wäre, in so sern Schaumburg-Lippe die beiden Aemter Schieder und Lipperove mit den erbsbertichen (nach seiner Behauptung jest die Souverainetät begründenden) hoheitstrechten herdussordert, der ganze, auf Detmolds hoheitsichen und Obsmalischen bet Verschaufter gerichtete Anspruch der Gegenstand des Verstichts, vorausgesest, daß hier

... ad 2) übethaupt der Fall vorhanden ift, für welchen im Art. 34. der Berzicht ausgesprochen ist.

Der Art. 34. stellt das "droit actuel" den "droits éventuels de succession" entgegen. Auf das Erstere wird verzichtet, auf die Letteren aber nicht.

Ein droit notuel ist nach dieser Gegenüberstellung ein solches, welches ber Berzichtende schon wirklich hat, und bas ihm nicht erft durch Erbschaft fünftig anfällt.

Damit abet ein solches droit actuel als durch Verzicht ausgegeben gelte, muste et zur Beit der Errichtung oder des Beitritts zur Rheinbundsacte in dem Besisse eines andern Bundesglieds gewesen senn; das Recht muste gerichtet senn aur les possessions d'un autre membre de la consédération.

So, wie sie im Jahr 1806 waren, traten die Mitglieder in den Bund, d. h. jeder mit den Ländern, hinsichtlich deren er damals im Besise der Landeshoheit war, oder die er damals als Staatsgebiet inne hatte. Hierauf bezieht sich der Ausdeuck: "possessions, telles qu'elles sont," — wornach der damalige Staatsbesth, soweit er nicht durch den Bundesvertrag selbst abgeändert wurde, machgebend erklärt war.

Sine Untersuchung, ob ein Contrahent die Hoheit über einen Gebletsteht thit Recht besite, ober ob sie ihm etwa von einem Andern übgestritten werden könne, war auf der Stelle nicht möglich, man nahm daher jeben nicht möglich, man nahm daher jeben nicht möglich, man nahm daher jeben nicht met ber öffentliche Friede nicht gefährbet werde, welch unter souveraftien Fürsten die Gouverainetat über einzelne Gesche bietotheise selbst wieder in Streit gezogen wurde, so erklitten sie fich gegens

# Streitigkeiten zwischen Schaumburg : Lippe und Lippe. 251

seitig, auf die Ausprüche, welche Einer auf die Besthungen des Andern etwa machen kounte, verzichten zu wollen.

Ein Beweis, daß dieß ber Sinn des Art. 34. sep, liegt auch noch im Nachsate, wornach selbst die Erbrechte, welche ein Souverain in Bezug auf die Bestsungen des andern ansprechen möchte, nur in dem Falle noch sollten geltend gemacht werden können, wenn

"das Haus oder die Linie, welche gegenwärtig besitt zc."
ausstirbt, womit ausdrücklich erklärt ist, daß Erbschaften von Ländern mit Landeshoheit, welche, wie im vorliegenden Falle, zur Zeit der Rheinbundsacte bereits eröffnet waren, gegen das im Besit befindliche Haus nicht mehr sollten gestend gemacht werden können.

Darnach wäre die von Detmotd auf den Art. 34. der Rheinbundsacte gestütte Einrede des Verzichts gegen die Schaumburg-Lippischen Ansprüche auf die Aemter Schieder und Lipperode jedenfalls gegründet, ausgenommen, in so fern man — den Souverainetätsstreit zu Gunsten Detmolds dahin entscheidend, daß Detmold auch über alle, den Nachgebornen als Erbherren zugetheilten Aemter die Souverainetät habe — darnach die Klage Schaumburg-Lippe's bloß in Bezug auf die, unabhängig vom Staats-besit fraft Privaterbrechts angesprochenen Patrimonialgüter von Schieder und Lipperode gerichtet betrachtete.

Was schießtich bie von Detmold aufgestellten eventuellen Gegenforderuns gen betrifft, so sindet ein Erkenntniß darüber nicht statt, da Detmold sie, wie es selbst sagt, ohne ein dießfallsiges Petitum zu stellen, nur vorläusig ans gedentet, nicht aber in einer förmlichen Widektlage wirklich geltend gemacht hat.

Von den Proceskosten wurden dem beklagten Theil, weil er mit der Juscompetenzeinrede unterlag, Gin Viertel, und dem in der Hauptsache untersliegenden klagenden Theil drei Viertel zugewiesen.

Frhr. v. Stengel.

Bett.

Minet.

## B. Urtheil.

(Prot. v. S. 1839, Sess. I. S. 10. S. 32. Band I. S. 451. Band II. S. 224.)

In Sachen des Fürstlichen Hauses Lippe-Detmold, Widerklägers, gegen das Fürstliche Haus Schaumburg-Lippe, Widerbeklagtes, die Souverainetät über das Amt Blomberg und Ersatsorberung betreffend — wird — nachdem diese Sache auf vorgängige Vereinbarung der streitenden Fürstlichen Häuser von hoher Deutscher Bundesversammlung durch Beschluß vom 5. August 1830 an das Großherzoglich - Badische Oberhofgericht als Austrägalgericht zur rechtlichen Entscheidung verwiesen worden — nunmehr von diesem, nach gesetzmäßig gepflogener Verhandlung, im Ramen der hohen Bundesversammlung zu Recht erkannt:

- 1) es sen dem Fürstlichen Hause Lippe-Detmold die Souverainetåt über das erbherrliche Amt Blomberg mit allen nach dem Staatsrecht bes Deutschen Bundes aus ber Souverainetat hervorgehenden Rechten zuzuerkennen, und
- 2) das Fürstliche Haus Schaumburg-Lippe schuldig zu erklaren, dem Fürstlichen Hause Lippe-Detmold bie landesherrliche Halfte der seit dem 5. October 1831 aus dem Amte Blomberg erhobenen Juden-Schutzelber, so wie
- 3) die seit dem 5. October 1831 im Amte Blomberg erhobene ordinare Steuer und seit jenem Tage etwa erhobene indirecte Steuer, nach Abzug bessen, was Schaumburg-Lippe bavon an die Detmoldische Landescasse ablieferte, oder für sonst dieser Landescasse obgelegene Steuerausgaben verwendete — herauszubezahlen, wogegen
- 4) das Fürstliche Haus Lippe=Detmold mit seiner Ersatsfor= berung für die vor dem 5. October 1831 erhobenen Juden-Schutgelber, orbinaren und indirecten Steuern — abgewiesen werde.
- 5) Von den Kosten bes gerichtlichen Verfahrens habe das Fürstliche Haus Schaumburg-Lippe drei Biertheile und das Fürstliche Haus Lippe-Detmold ein Viertheil zu tragen.

X. R. W.

Dessen zur Urkunde ist dieses Urtheil nach Berordnung des Großherzoglich-Babischen Oberhofgerichts ausgefertigt und mit dem größern Gerichtsinsiegel versehen worden.

So geschehen, Mannheim den 22. December 1838.

Großherzoglich=Babisches Dberhofgericht.

(L. S.) Frhr. v. Stengel.

Minet.

vdt. Hubsch.

### Entscheidungsgründe.

(Prot. v. I. 1839. S. I. §. 10. S. 33. u. figde. Bb. I. S. 451. Bb. II. S. 224.)

"Das Amt Blomberg ist eines jener Aemter, welche beim Vollzug des Testaments Simons VI. von 1597 bem nachgebornen Sohne Otto, dem Stifzter der Brackischen Linie, zugeschieden wurden.

Nach dem Aussterben der Bractischen Linie wurde dieses Amt durch den im Jahr 1748 zwischen der Primogeniturlinie Lippe Detmold und der Schaumburg Lippischen Speciallinie Bückeburg abgeschlossenen Stadthager Vergleich nebst dem Amte Schieder der letztgenannten Speciallinie Bückeburg zugetheilt, und als diese Speciallinie im Jahre 1777 ausstard, erhielt bei der prosessischen Auseinandersetzung von 1789 die noch übrige andere Schaumsburg Lippische Speciallinie Alverdissen das Amt Blomberg, wogegen das Amt Schieder der Primogeniturlinie Detmold zugeschrieben wurde.

Diese lestere Primogeniturlinie nimmt nun aber auch über das dem Fürst: lichen Hanse Schaumburg : Lippe : Alverdissen im Jahr 1789 zugeschiedene Amt Blomberg die Souver ainetät in Anspruch, und sordert zugleich Er: sas alles durch dießfallsige Beeinträchtigung von Seiten Schaumburg : Lippe's veranlaßten Schadens.

Nach dem Klagepetitum soll nämlich erkannt werden:

- I. daß Lippe = Detmold die Souverainetät über das Amt Blomberg zusstehe, mithin: Schaumburg = Lippe schuldig sep, sich aller Eingriffe in dieselbe fortan zu enthalten, Detmold bei Ausübung der Souveraines tät über jenes Amt keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen, und
- II. allen, durch Beeinträchtigung berselben veranlaßten Schaden zu erssehen, demnach: insbesondere die unbefugterweise erhobenen Steuern zu vergüten, und zwar, was die Grundsteuer oder Contribution ansbetrifft, vom Jahr 1737, jedenfalls aber von 1807 an gerechnet; außerdem den durch Vorlegung det betreffenden Rechnungen, Hebeund Control=Register zu beglaubigenden Ertrag der seit 1807 noch sonst im Amt Blomberg erhobenen Steuern, so wie endlich auch den vorenthaltenen halben Betrag des von den Juden im Amte Blomberg erhobenen Schutzeldes, alles mit Zinsen des Verzugs herauszugeben.

Das Amt Blomberg wurde im Stadthager Vergleich von 1748 vom Brackischen Nachlaß nebst dem Amte Schieder der Speciallinie Bückeburg zusgeschieden. Nach dem Aussterben dieser Linie stel es bei der possessischen Ausseinandersetzung vom Jahr 1789 an Schaumburg-Lippe-Alverdissen, so wie das Amt Schieder an Lippe-Detmold.

Obschon hiernach Blomberg seither im Besitze von Schaumburg-Lippe ist, so bezieht sich dieß vorläusig unbestritten nur auf die Domanial= und Patri= monial=Rechte, wogegen die Souverainetät von jeher von Detmosd anges sprochen wird.

In Bezug auf diese Souverainetät murde am 5. Juli 1812 zwischen den Parteien ein Interimisticum verabredet, wornach bas Recht der Gesetzgebung

einstweilen ruhen soll, von den übrigen Soheiterechten aber einzelne von Schaum= burg, andere von Detmold ansgeübt werden sollen.

Che nun bie Detwoldischen Sonverainetatsansprüche geprüft werben, ist vorerst noch über ben

#### Competenzpunct

an sprechen.

In einer von Schaumburg-Lippe am & Juni 1818 der Bundesversamm= lung übergebenen Beschwerdeschrift wurde die Entscheidung der Brackischen Erbschaftsstreitigkeit durch eine Austrägalinstanz in Antrag gebracht, worauf eine Vermittiungscommission niedergesest wurde.

Am 8. September 1819 übergab Detmold dieser Commission eine summarische Beantwortung jener Beschwerdeschrift, und brachte darin den Souverainetätsstreit in Anregung mit dem, daß derselbe für die Bundescompetenz in der Erbschaftssache präsindiciell sep.

Im Jahr 1827 den 3. April übergab Schaumburg : Lippe der Vermitt: lungscommission, deren neue Bestellung es in der Bundestagssitzung vom 8. März 1827 veranlaßt hatte, eine Beleuchtung der Detmoldischen summarischen Beantwertung nebst Vergleichsvorschlägen, worauf die Commission zwischen beiden Theilen Vergleichsversandlungen einleitete, die sich sowohl über den Brackischen Erbschaftsstreit, als über den Souverainetätsstreit erestreckten.

Da kein Bergleich zu Stande kam, so beschloß die Bundesversammlung am 27. Mai 1829 die Ernennung einer Austrägalinstanz.

Im Berlanse der Berhandlungen übergab Schanmburg=Lippe der Bundesversammlung ferner eine Beschwerde gegen Detwold, weil dasselbe in der
Stadtseldmark Blomberg durch eigenmächtige Aufrichtung von Straspfählen, Warnungstaseln und eines Chausséegeld=Tarifs sich Hoheitsrechte angemaßt, auch wegen einer Inrisdictionsskreitigkeit, in Betress der Stellung eines Detmoldischen Unterthans vor dem Amte Blomberg und der Pfändung desselben, den Weihnachtsvormin 1828 von den aus alten erbschaftlichen Auseinandersongemaßten an Schaumburg-Lippe schuldigen Competenzgeldern innebehalten habe.

Din Bundedversammtung stellte biese Beschwerde der Lippe=Detmoldischen Regienung zur Erkärung zu.

Die Lettere bezahlte die rückkändigen Competenzgelder, suchte aber die andere Beschwerde zu widerlegen, und hat, daß die Bundesversammlung nicht nur diese Beschwerde, sondern überhaupt den Streit über die Hoheit im Amte Barendorf am die Austrägatinstanz verweise, worauf am 27. Mui 1830 beschlossen wurde, daß die Beschwerde wegen der Competenzgelder als erledigt zu erkären, und jene wegen der Strafpsähle, Warnungstaseln und des Chaufssegeld Tariss an die für den Brackischen Erbschaftsstreit eröffnete Austrägals instanz zu verweisen sep.

Hierauf erfolgte die Ernennung des diesseitigen Gerichtshofes als Austrägalinstanz, und hier übergab nun Detmold eine selbstständige Rlage wegen der Suverginetät im Allgemeinen, mit dem oben angesührten doppelten Pstitum. Nur eventuell, in so sern nämlich eine selbstständige Rlage nicht zus lässig enachtet würde, will Detmoth seine Klage als Widerklage angesehen wissen, weil et, sosen eine eigene Klage wegen des Sonverainetätsströts

antässig ist, der Schaumburg-Lippischen Erbschaftstage die oben erörterte Einerede der Incompetenz entgegen halten konnte, mährend es auf diese Einzede sactisch verzichtete, wenn es seine Sonnenginerätsklage nur als eine Widerstlage anbrachte.

Des nämlichen Nerhältnisses wegen hat dagegen Schaumburg-Lippe die Aulässisseit der Souverainstätstlage als einer selbstständigen Klage, die unsahhängig von der Erbschaftstlage verhandelt werden könnte, bestritten, weil Detwold diese Streitsache nicht schau im bundesgeseptichen Wege bei der Bundesversammlung angehvacht habe, der Bundesbeschluß sie auch nicht an das Austrägalgericht verweise.

Indessen hat Schaumburg : Lippe in der Einredeschrift, p. 4, so wie in der Duplik, p. 3 u. ff., die Competenz des Austrägalgerichts anerkannt, in so fern der Souverainetätsstreit pur wegen Connexität mit der Brackischen Erbschaftssache als Widerklage zugelassen werde, in so fern also mit deme selben zugleich auch die letztere Sache dahien entschieden werde.

In so sern nun diese Bedingung erfüllt wird, da nämlich aus dem oben dargestellten Gründen die Schaumburg = Lippische Erbschaftsklage ebenfants zur Competenz des Austrägalgerichts gehört, und dahier über den materiellen Gehalt derselben grännt wird, — ist unter den Pantaien ein Einvenköndnist vorhanden, daß auch die Sauperainetätsstreitsache dahier entschieden werde. Auf den Namen, ob nämlich diese Sache als Gegenstand einer seihstkändisgen Klage oder als Gegenstand einer seihstkändisgen Klage oder als Gegenstand einer Miderkschen werde, kommt es nicht au, da die eine oder die andere Art dieser Klage unr alsdamt von Einsluß wäre, wenn die Competenz hinsichtlich der Erbschaftstage nicht begründet wäre, indem in diesem Falle von einer bloken Widerklage teine Rede son könnte.

Abgesehen von solchem Ginverständniffe der Parteien, und abgesehen von der Frage, ab die Eutscheibung des Somerainetätisftreits ichon direct in dem von der Bundesversammlung ertheilten Auftrage liege, ware übrigens die Verfolgung beffelben im Wege der Widerklage ichon nach bem Bundesbeschlusse vom 3. August 1820, S. 3, jedenfalls zulässig. Rach diesem Bundesbeschlusse ift nämlich eine Biderklage alsbann zuläsfig, wenn zwischen den derselben zu Grunde liegenden Rechtsverhältniffen und jenen, welche den Gegenstand der Borklage ausmachen, eine wesentliche Berbindung besteht, was hier ohne 3weifel der Fall ist, da beide Rlagsachen größtentheils fogar auf dem nämlichen Rechtsverhältniffe beruhen, da namentlich bie nämlichen väterlichen Dispositionen, Bergleiche und Erkenntniffe, welche fün die Erbichafftsfache entscheidend find, auch über Die Landeshoheit Bestimmenn: gen geben, und da fogar zur vollständigen Entscheidung der Borflage fethft. in so fern solche zu Gunsten von Schaumburg Rippe auchtele, die Lösung der Souverainitätsfrage gehört hatte, indem jur vollständigen Entscheibung der Vorklage in dem ermähnten Falle auch die Bestimmung: nathig gewesen mare, mit melden Rechten die Nemter Schieder und Lipperode an Schaumburg : Lippe übergehen fouten.

Materialien.

#### I. Klagebegehren

zu prüfen.

Lippe=Detwold nimmt die Souverainetät über das Amt Blomberg in Auspruch; es behauptet, daß ihm bis zum Jahr 1806 die Landeshoheit im deutsch=rechtlichen Sinne über dasselbe zugestanden sep.

Durch die Rheinische Bundebacte ift die ehemfalige Landeshoheit in die Souverainetät umgewandelt worden.

Wenn dort von den Besitzungen die Rede ist, mit welchen die contras hirenden Fürsten dem Bunde beitraten, so sind darunter nur diejenigen vers kanden, hinsichtlich welcher sie damals Landesherren (Reichsstände) waren.

Wenn baher ein Landesherr zugleich in dem Gebiete eines andern Landesherrn und unter dessen Landeshoheit Patrimonialrechte befessen und ausgeübt hätte, so wäre nicht der Erstere, sondern der Leptere in diesem Gebiete der Souverain geworden.

Detmold behauptet nun, daß dieß im Amte Blomberg, so wie in allen an nachgeborne Lippische Sohne gekommenen Gebietstheilen der Fall gewessen sen sen.

Die Landeshoheit sen in allen diesen Gebietstheilen nach Erstgeburtrecht dem Hause Lippe=Detmold als dem regierenden Hause geblieben, wenn gleich die Nachgebornen einzelne Aemter als Paragien mit Domanial= und Patrimonialrechten erhalten haben.

Bur Begründung der vorliegenden Klage sucht Detmold daher nachzuweis sen, daß ihm bis zur Errichtung der Rheinischen Bundesacte im Amte Bloms berg die Landeshoheit zugestanden habe, und zwar:

A. sowohl nach den Hausgesetzen und Verträgen im Allgemeinen,

B. als auch nach den einzelnen, demselben zugewiesenen und von ihm ausgeübten Hoheitbrechten.

Durch die Hausgesetze und Verträge sep nämlich dem Hause Detmold als der Primogeniturlinie die Landeshoheit

ad A. im Allgemeinen zugewiesen worden.

Mis die Grundlage ber hausgesetze wird

1) das pactum vel privilegium unionis von 1368 angerusen, welches von Kaiser Karl V. im Jahr 1521 bestätigt wurde.

Nach dieser Uniondurkunde hat Simon der III. seinen Rittern, Knechten, Städten und andern Einwohnern der Grafschaft die Zusicherung ertheilt, daß sie künftig nur einen Herrn (nach der Wahl der Städte Lippe und Lemgo) haben, also nur in eine Hand huldigen sollen, indem seine Herrschaft ewig ungetheilt bleiben soll.

Die Kaiserliche Urkunde von 1521 bestätigt diesen Vertrag auf Antrag des damaligen Grafen Simon.

In Bezug auf die Urkunde von 1368 ist nun

a) von Schaumburg=Lippe die Aechtheit bestritten, und das vorge= legte Original ist unleserlich.

Da übrigens in einer mit Siegel versehenen amtlichen Fertigung von Bürsgermeister und Rath der Stadt Lippe vom 28. December 1592 die Urkunde von 1368 wörtlich aufgenommen, und dabei bezeugt ift, daß dieselbe

,, in originali forma zu allen Theilen vollkommen unargwöhnig, auch an Siegel und Schriften unmangelhaft befunden"

worden sep, — da serner das Daseyn dieser Urkunde und ihr wesenklicher Inhalt selbst durch die Kaiserliche Bestätigung von 1521 bezeugt, auch in mehreren späteren Urkunden, z. B. in dem, zwischen der Detmoldischen und Brackischen Linie errichteten, so genannten Hameln'schen Recesse von 1655 ausdrücklich anzerkannt, dadurch aber (insbesondere durch die Kaiserliche Bestätigungsurkunde) dasjenige, was an der Glaubwürdigkeit der Lippischen Stadtraths=Beurkunzdung noch abgeht, ersest ist; so kann die Aechtheit der fraglichen Urkunde von 1368 keinem erheblichen Bedenken unterliegen.

Was aber

b) den Inhalt derselben betrifft, so wendet Schaumburg = Lippe ein, daß sie wohl die Untheilbarkeit der Herrschaft, aber keine Primogenitur sest: sete. Allein immerhin hat doch die ausgesprochene Untheilbarkeit die Folge, daß das Amt Blomberg von dem Lippischen Stammlande nicht getrennt senn kann, und da zur Zeit über die Lippische Stammherrschaft nicht gestritten wird, so ist die Bestimmung, wer die untheilbare Herrschaft erhalten soll, hier nicht erheblich.

Wenn aber Schaumburg = Lippe behauptet,

c) das pactum unionis sen nie in Wirksamkeit getreten, sondern durch eine entgegengesette Observanz entkräftet, so sind die angeführten Theilungssfälle von 1278 und 1344 dem pactum unionis vor ausgegangen, gehören also nicht hierher; was aber die Absindung des nachgebornen Grasen Hermann Simon von 1559 betrifft, so geschah sie ausdrücklich nur "zum Abschied und Abtritt" desselben, und wenn ihm dabei von den ihm angewiesenen Gütern auch alle

"hohen und niederen Gerichte, Ungerichte, Rechte und Gerechtigkeiten über hals und über hand 2c."

überlassen sind, so murden dabei dem Aeltesten mit allen übrigen Gütern die "Mann= und Lehenschaften mit ihren gebührlichen Folgen, hohen Obrigkeiten, Regalien,"

neben den auch bei Hermann erwähnten Gerechtigkeiten, und überdieß auch ,, die gemeine Landsteuer"

"als dem älteften und regierenden Herrn, kraft ber von den Voreltern aufgerichteten, gegebenen und bestätigten Privilegien übersgeben."

Hierin liegt also keine wirkliche Landestheilung in Bezug auf die Herrschaft ober Hoheit, und eine solche beschränkte Absindung des Nachgebornen zeugt im Gegentheil für die Anerkennung des im Allgemeinen angenommenen Grundsatzes der Untheilbarkeit.

Was sodann die Versetzung der Stadt Lippe und die Veräußerung von Rheda betrifft, so könnte dadurch eine Observanz in keinem Falle begründet, und noch weniger das pactum unionis entkräftet werden. Die Verpfändung der Stadt Lippe geschah ohnehin nur mit dem Vorbehalt der Wiedereinlösung und eine wirkliche Lostrennung ist gar nicht erfolgt; das von Simon dem III. seiner Tochter zum Brautschaft gegebene Rheda war aber anerkanntermaßen kein Bestandtheil der Herrschaft Lippe.

### 258 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Fälle.

2) Das zweite Fundament für die Landeshoheit bes Stammhauses Lippe = Detmold in den Aemtern, welche den Nachgebornen zugetheilt wurden, ist die von Kaiser Rudolph II. im Jahr 1593 und sodann von Kaiser Ferz dinand II. im Jahr 1626 bestätigte Primogenitur=Ordnung.

Es ist in den von Schaumburg-Lippe bei der Verhandlung vom 20. October 1838 als ächt anerkannten Kaiserlichen Urkunden gesagt: Graf Simon zu Lippe habe dem Kaiser vorbringen lassen, vor mehr als 200 Jahren sen seinen Unterthanen das Privilegium gegeben worden, und seit unsürdenklichen Beiten Gewohnheit gewesen, daß die ganze Grasschaft Lippe

"nach der Prärogativ und Succession der Primogenitur alleinig regiert, innegehabt und gebraucht werde;"

der Graf Simon bitte baher um die Raiserliche Bestätigung dieser Privilezgien und Gewohnheiten. Der Raiser bestätigte daher, daß die ganze Graf= schaft ungetheilt jeweils bem Erstgebornen folgen soll.

Schaumburg = Lippe bemerkt hierüber, daß, da die Urkunde, wodurch das Primogeniturrecht constituirt worden sen, und selbst das vom Raiser erwähnte Bittgesuch Simons nicht vorliege, auch die behauptete alte Gewohn: heit nicht erwiesen, vielmehr widerlegt sen, die Raiserliche Bestätigung keine Wirkung haben könne.

Allein, da den Kaiserlichen Urkunden ohne Zweisel volle Glaubwürdigkeit zukommt, so ist wohl auch erwiesene Thatsache, daß der Graf Simon um die Kaiserliche Bestätigung des Primogeniturrechts nachsuchte, und daß diese erfolgte.

Ob dabei die von Simon behauptete Thatsache, daß die Primogenitur durch alte Privilegien begründet und seit unfürdenklichen Zeiten hergebracht sen, erwiesen war, ober nicht, — darauf kommt es nicht an. Simon war, wie die Urkunde von 1593 sagt, mit Ausnahme seiner eigenen Kinder, der Lette seines Stammes und Namens.

Darum, und weil jedenfalls damals keine entgegengesette fibeicoms missarische Erbordnung bestand, war ihm unbenommen, in seiner Grasschaft das Erstgeburtsrecht beliebig einzuführen, wenn es auch früher nicht schon bestand. Nun ist in seinem Gesuche, welches die Kaiserliche Urkunde von 1593 hervorrief, jedenfalls sein Wille ausgedrückt, daß künftig in seinem Hause lediglich die Primogenitur=Erbfolge zur Anwendung komme, und die Kaiserliche Bestätigung enthält dieselbe Verfügung.

Diese Willenserllärung gilt als die Errichtung des Primogeniturvechte, wenn baffelbe nicht vorher schon vorhanden war.

Eine besondere Form ist von den Gesehen nirgends vorgeschrieben, und wenn das dem Raiser vorgetragene Gesuch von diesem urkundlich genehmigt wurde, so ist das Genehmigte wirksam, wenn gleich das Gesuch sich etwa auf unerwiesene Thatsachen stütte. Jedensalls begründet die Raiserliche Bestätisgung auch die Vermuthung, daß das Gesuch Simons des VI. diejenige Form hatte, welche zu einer, die Einführung oder Feststellung des Primogeniturzechts erzielenden Willenserklärung gesehlich nothwendig war oder senn mochte.

Es folate nun

3) das Testament Simons des VI. vom Jahr 1597, welches wieder von der Primogenitur-Ordnung von 1593 abweichende Bestimmungen in soweit enthält, als es den nachgebornen Sohnen ebenfalls einzelne Aemter und nicht bloß, wie die Primogenitur-Ordnung bestimmt hatte, ein Deputat anwies.

Indessen ist dieses Testament von allen Betheiligten anerkannt und stets von der Primogenitur Drdnung abweicht. Anderer Seits hat die lettere aber immerhin so viel Wirkung, daß überall, wo das Testament nicht aus drückslich etwas anders bestimmt, das Primogeniturzecht maaßgebend, und daß also das Testament, im Iweisel, zu Gunsten des Erstgebornen auszulegen ist.

Dieß vorausgeset, so verordnet nun das Testament, so weit es den vortiegenden Streitpunct, nämlich die Landeshoheit des Erstgebornen in den, den Nachgebornen zugetheilten Aemtern, betrifft, im h. 4, daß der Erstgeborne (nach dem Testament, Bernhard, beim Tode des Testivers aber, Simon VII.)

"an Unser Statt... zu Unserm Land und Grafschaft forthin regierender Herr senn soll."

Sterbe er aber noch minderjährig, so

"soll die Landesverwaltung und Administration von Vormünbern . . . bis zu seinen mündigen Jahren vertreten werden."

Auch in den §§. 6, 7, 9, 22, 23 und 28 wird der Erstgeborne überall allein als der regieren de Herr bezeichnet.

Von den Nachgebornen in Bezug auf die ihnen angewiesenen Aemter ist dieser Ausdruck nie gebraucht, und eben so wenig ist von ihrer Landesver= waltung die Rede.

Damit steht in Berbindung, daß es im f. 3. heißt: es soll

"in Austheihung Unseres Nachlaffes auch Regimentsbestatlung unter Unseren Söhnen, wie folgt, gehalten merden 20."

Der Testirer unterschied hiernach zwischen der Wertheilung des Wersmögenstnachlasses und der Regimentsbestallung. Auf jene bezog sich die Wertheilung unter dem Aeltesten und den Nachgehornen, wogegen in Bezug auf das Regiment, welcher Ausdruck auch im G. 9. wiederholt ist, der Erstgeborne alle in eingeseht wurde, weun gleich auch den Nachgebornen gewisse Hobeitebrechte eingeräumt wurden.

Auch bei der speciellen Bestimmung der Rechte, welche der regierende Herr und welche die Nachgebornen ausüben follten, sind wohl die wichtigsten Hoheitsrechte dem Ersteren vorbehalten.

Ban diesen einzelnen bestimmt bezeichneten Hoheitsrechten wird übrigens erst unter ad B. die Rede sopn; doch ist hier zu bemerken, daß im J. 7. des Testaments dem Erstgebornen unter andern die

"Landesfolge, und anderes, was dem regionenden Heren zu= kommt, als: Huidigung der Städte 2c." zugewiesen ist.

Darnach sind die einzelnen Rechte nicht gerade erschöpfend aufgeführt, das Wort: "Ald" hat in einem solchen Susammenhange denselben Sinn, wie: namentlich, inshesondene, zum Beispiel zu.

Man muß also annehmen, daß dem Erstgebornen durch jene Clausel überhanpt alles zugedacht sen, was wesentlich zur Landeshoheit gehört, denn von allem diesem muß man sagen, daß es der Natur der Sache nach

"bem regierenden Herrn zukomme."

In so weit also einzelne Hoheitsrechte mit Stillschweigen übergangen sind, muß man annehmen, daß sie eben durch diese allgemeine Clausel des §, 7, als ", dem regierenden Herrn zukommend," dem Erstgebornen zugedacht sepen, da dieser im Testamente als der regierende Herr bezeichnet ist.

Der Umstand, daß im §. 7. des Testaments die Untergebenen der erb: herrlichen Aemter auch Unterthanen der nachgebornen Sohne genannt werden, ist nicht entscheidend, da dieser Ausdruck wohl auch von den Gerichts: psichtigen der Patrimonialherren gebraucht wurde. Seen so unerheblich in Bezug auf die vorliegende Streitsrage ist es, daß den Nachgebornen im §. 23. die Hälste der Schulden zugetheilt wurde, da die Schulden auf den Domanen ruhten und die nachgebornen Söhne mit den ihnen zugetheilten Aemtern auch die Domanen und sonstigen Nutzungen derselben erhielten.

Bei diesen Umständen und in Erwägung, daß das Testament von 1597 wegen des schon vorher im Jahr 1593 vom Kaiser bestätigten Primogeniturzechts hinsichtlich der Landeshoheit im Zweisel immer zu Gunsten des Erstzgebornen auszulegen ist, kann kein gegründeter Zweisel obwalten, daß darnach dem Erstgebornen (jest Lippe=Detmold) auch über die den Nachgebornen zugetheilten Aemter (hier namentlich über das Amt Blomberg) die Landeshoheit zustand.

Dieses Verhältniß wird noch bestätigt

4) durch die brüderlichen Vergleiche über den Vollzug des väterlichen Testaments von 1614, 1616 und 1621.

Es ist darin überall der Erstgeborne als der regierende Herr und als Landesherr, die Nachgebornen aber sind als abgetheilte Herren und als Erbherren bezeichnet.

Bwar ist im §. 9. des Vergleichs von 1616 gesagt, "die abgetheilten Herren sepen dem regierenden Herrn" nicht unterworfen, wornach ihnen die personliche Reichbunmittelbarkeit zukam; daß sich diese aber nicht auch auf die ihnen zugetheilten Aem ter erstreckte, ist sogleich durch den nachfolgenden Sat ausgedrückt, mit den Worten: "aber die Landsassen und Städte, so dem regierenden Herrn huldigen, sind für dessen Unterthanen allein zu achten."

Es war, wie Pütter (Entwicklung der teutschen Staatsverfassung, III. p. 290.) bezeugt, üblich, daß die Nachgebornen, welchen besondere Gebiete ausgewiesen wurden, für ihre Personen und Familien die Reichsunmittelbarkeit hatten, während ihre Gebiete der Landeshoheit des Erstgebornen unterworfen waren.

Dazu kommt, daß die Rechte des Erstgebornen nicht bloß ,, Superiorität, Hoheit und Regierung (1614)," sondern auch

"hohe Landebobrigkeit (1616)" und im Vergleich von 1621 sogar "Landeshoheit" genannt sind, welche lettere gerade der allgemeine Ausdruck für dasjenige ist, was Lippe=Detmold vor 1806 gehabt zu haben behauptet und mas durch die Rheinbundsacte zur Souverainetät geworden ift.

Daß der Graf Philipp, der Stammvater der Schaumburg=Lippischen Linie, bei den Vergleichen von 1614 und 1616 nicht personlich mitgewirst, und seine Vormünder, die nach Inhalt des Vergleichs mitwirkten, denselben nicht unterschrieben haben, ist schon deswegen ohne Sinstus, weil in dem von Philipp unterschriebenen Vergleiche von 1621 jene beiden ersteren Vergleiche angerusen und als Norm für Veräußerungen und andere Verfügungen aufzgestellt sind.

5) Auch in dem zwischen der Detmoldischen und Brackischen Linie im Jahr 1661 abgeschlossenen Herberhauser Bergleiche ist gesagt, daß dem Erste gebornen, als regierenden Herrn, im erbherrlichen Gebiete die superioritas territorialis vorbehalten bleibe. Im Vergleiche von 1722 ist das Primogeniturrecht von Seiten Alverdissens ausdrücklich anerkannt, und auch im Stadthager Vergleiche von 1748, welcher mit der andern Schaumburg-Lippischen Speciallinie Bückeburg abgeschlossen ist, wurde Alverdissen als eine apanagirte Linie, Schaumburg-Lippe überhaupt als Erbherr und der Graf von Lippe-Detmold als regierender Herr bezeichnet.

Aehnliche Anerkenntnisse liegen auch in verschiedenen Verhandlungen zwissen Detmold und Schaumburg : Lippe im Brackischen Erbschaftsproceß, so wie das nämliche Verhältniß auch durch verschiedene Beschlüsse des Reichshofsraths, und selbst durch die zwischen beiden Theilen vereinbarte Huldigungsforz mel für die Unterthanen in den erbherrlichen Aemtern, und endlich durch das Beugniß der Landstände bestätigt ist.

Hiergegen kann Lippe: Schaumburg den Chevertrag Simons des VII. von 1623, beziehungsweise die darin enthaltene Bestimmung, daß Land und Leute unter des Lestern Söhne (jedoch nur mit Vorbehalt der nach den Hausbersträgen dem Aeltesten darüber gebührenden Präeminenz) vertheilt werden sollen, nicht für'sich anführen, denn diese Bestimmung ist, abgesehen davon, daß sie nicht zum Vollzuge kam, für Schaumburg res inter alios acta.

Daffelbe gilt von den Streitigkeiten, welche die Söhne Simons VII. hierwegen unter sich hatten, und namentlich von der dadei durch die Nachgebornen
der Detmoldischen Linie im Jahr 1640 gegen das Primogeniturrecht abgegebenen Erklärung. Wären aber diese Streitigkeiten im Hause der Detmoldis
schen Linie, obschon dadei die anderen Linien nicht in Constict kamen, gleichwohl auch auf diese von Einfluß, so müßten diese wohl auch den Schlußact
derselben, nämlich den Schwalenberger Vergleich von 1667 gegen sich gelten
lassen, welcher die Primogenitur nicht (wie der widerbeklagte Theil behauptet)
erst einführt, sondern im §. 1. ausdrücklich sagt, daß es

"bei dem im Hause Lippe vorhandenen pacto unionis und jure primogeniturae bleibe."

Bu diesem im Jahr 1668 von den Landständen genehmigten Bergleiche haben überdieß, wie in der Einredeschrift, p. 221, selbst anerkannt ist, Bracke und Schaumburg=Lippe, wenn auch nur als Vermittler, mitgewirft,

Uebrigens bedarf es all dessen nicht, und es ist jedenfalls durch die Kaiserliche Primogenitur=Verordnung von 1593, in Verbindung mit dem pactum unionis von 1368, und durch das Testament Simons des VI., in Verbin= dung mit den zu dessen Vollzug abgeschlossenen brüderlichen Vergleichen, außer Zweifel geset, daß der Primogeniturlinie vor 1806 auch in den erbherr- lichen Besitungen die Landeshoheit im Allgemeinen zustand. Lippe- Detmold sucht dieß aber auch noch aus den

ad B. einzelnen Hoheiterechten nachzuweisen, welche durch die Hausgesetze und Verträge ihm zugewiesen und von ihm stets ausgeübt worden seven.

Es behauptet darnach, von jeher im Besthe derjenigen Rechte über die erbherrs lichen Aemter gewesen zu senn, die zusammen den Inbegriff der Landeshoheit bisden; wogegen Schaumburg-Lippe dieß nicht nur widerspricht, sondern aus einem entgegengesehten Besthstande sogar die Einrede der Verjähzrung und, in Verbindung mit dem §. 34 der Rheinbundsacte, die Einrede des Verzichts zu begründen sucht.

Hiernach sind nun die einzelnen Hoheitsrechte, so weit Detmold die ihm geschene Zuweisung und seine Ausübung derfelben

- a) zur Befärkung seiner Widerklage benust, zu erbrtern, und alsbann
- b) ist noch von den auf einen entgegengesetzten Besitsstand gebauten Gine reden der Verjährung und des Verzichts zu sprechen.

Wäre durch die vorliegenden Urkunden der Erstgeborne nicht siderhaupt als der regierende Herr erklärt, und ihm dadurch und durch andere ausdrückliche Bestimmungen nicht im Allgemeinen die Landeshoheit zugedacht, so müßte, um die Ansprüche desselben zu prüfen, untersucht werden, ob die einzelnen Hoheitsrechte, die ihm zugewiesen wurden, oder in deren Besit er sich befand, den Charakter der Landeshoheit an sich tragen, oder die Lestere

Als die wesentlichen und sonst wichtigen Hoheitsrechte werden aufgeführt:

1) das Recht, die Huldigung zu fordern. Es gibt übrigens auch eine Lehnhuldigung, eine Patrimonial= oder Erb=Huldigung; als Beichen der Landeshoheit gilt aber nur die davon zu entscheidende Staatshuldigung.

ausmachen.

Klüber, öffentliches Recht bes Teutschen Bundes, §. 207.

Im Testament Simons des VI. ist nun dießfalls verordnet: es bleibe dem Erstgebornen die

... Landsfolge, und anderes, was dem regierenden Herrn zukmmt, als Huldigung ber Städte, auch das Gaugericht 2c. 2c."

"Doch mag ein jeder von unseren Söhnen seine Unterthanen, wie auch bei jedem Hause angehöriger Flecken und Dörfer eingesessen, ihm huldigen lassen, es soll aber die Stadt Blomberg dem regierenden Herrn huldigen, auch ihre privilegia von demselben empfangen."

Hier ist also dem Erstgebornen nur die Huldigung der Städte zugedacht. Die Behauptung Lippe=Detmolds, daß sich die Landeshuldigung für den Erstgebornen, vermöge des Primogeniturvechts von 1593, und weil er im Testament von 1597 als der regierende Herr bezeichnet werde, von selbst vers stehe, die Huldigung der Städte aber nur deßhalb besonders erwähnt sen, um dadurch die auf dem Lande concurrirende erkherrliche Huldigung in den Städten auszuschließen, läßt sich durch den §. 7. des Testaments nicht der

gründen; allein Detmold hat diesen seinen Anspruch durch spätere Acte be- igründet.

Namentlich gehört hieher:

a) der Hameln'sche Reces von 1655, §. 1, wo sich der Graf Deto, Stifter der Brackischen Linie, von welcher das Amt Blomberg herrührt, verbindelich erklärt,

"auf erstes Erfordern des regierenden Horru, seine Unterthanen in den von ihm innehabenden Aemtern das homogium oder Lauds huldigung beid in der bei weiland Herrn Graf Simons Grafen und edlen Herrn zu der Lippe geführten Landesregierung gewöhnlichen formula anzuhalten."

Dieser Receß enthält nicht, wie Schaumburg-Lippe behauptet, ein bloßes Gutachten, sondern ein unter Leitung Kaiserlicher Commissarien von Bevoll= mächtigten beider Theile definitiv abgeschlossenes Uebereinkommen. Am Schlusse ift gefagt, es werbe den Herrn Principalen überlassen, ob sie die Urkunde

,, ingrossen, und mit ihren gräflichen Inslegeln und Handzeichen befostigen lassen wollen. Es erfolge nun dieses Lestere ober nicht, so
ist und bleibt, einen Weg wie den andern, dieses, was obsteht,
in seinen völligen Kräften und unverrückter beständigen Verbindlichkeit."

Bur Beit, als Bracke diesen Wergleich schloß, gehörte das Amt Blomberg, um bessen Souverainetät es sich gegenwärtig handelt, noch der Brackschen Linie; die Rechte des Erstgebornen im Amt Blomberg waren also namentstich auch Gegenstand dieses Vergleichs.

Das von Detmold weiter angerufene

- b) Austrägalurtheil von 1681 spricht nur von homagium der Brackis schen Bediensteten, nicht aber von jenem der Brackischen Landorte. Das gegen ist:
- o) in der zum Wollzug des Erkenntnisses vom 26. August 1734 über den Brackischen Nachlaß in Sachen Schaumburg-Lippe's gegen Lippe-Detmold unkerm 18. Juni 1737 vom Reichshofrath erlassenen Wersügung ausgesprochen, daß der Detmoldischen Primogeniturlinie die Landeshuldigung, so wie alle nach dem Testamente ihr gebührenden landesherrlichen Vortechte und Prärogative verbleiben, und es ist
- d) bei einer Conferenz beiderseitiger Deputirten am 29. Juli 1750 die Sidesformel für die Detmoldische Landeshuldigung, so wie jene für die erbeherrliche Huldigung verabredet, sofort
- e) der doppelte Eid nach diesen Formeln am 22. Mai 1753 den erb= herrlichen Bediensteten und Unterthanen wirklich abgenommen worden.

Durch den Hameln'schen Vertrag von 1655, wie er durch die angeführten späteren Vorgänge Bestätigung und Bollzug erhalten hat, ist also das Recht der Primogeniturlinie auf die Landeshuldigung in den erbherrlichen Aemtern der Brackischen Linie jedenfalls begründet, wenn es auch seine Begründung nicht schon im Testamente Simons des VI. selbst hatte.

2) Ein weiteres und zwar wesentliches Hoheitsrecht ift die Vertrestung nach außen.

Daß Detmold die erbherrlichen Aemter beim Reich und Kreis vertrat, ist anerkannt und im §. 7. des Testaments von 1597 begründet. Daß es aber dabei nur mittelst Führung der Virilstimme die Erbherren vertreten habe, dassür liegt keine Nachweisung vor. Die Erbherren müßten immerhin doch als Reichsstände anerkannt gewesen sepn, wenn Detmold in ihrem Namen hätte erscheinen sollen, und es wäre überhaupt nicht erklärlich, warum hier nicht, wie in anderen Fällen, wo eine Virilstimme unter mehrere vertheilt war, ein Umwechsel in der Stimmführung statt hatte.

Wer wegen eines Landes, sagt Johann Jacob Moser (in seinem teutschen Staatsrecht, Th. IX, §. 133.)

,, Sit und Stimme auf Reichstagen verlangt, muß dasselbe jure proprio et pleno territoriali besiten. Es geht daher nicht an, wenn etwa zwei, sie sepen nun aus einem Hause oder Frembe, sich mit einander vergleichen wollten, daß der Eine das Land besiten, der Andere aber Sit und Stimme davon sühren sollte."

Detmold, welches für die erbherrlichen Besthungen Sip und Stimme führte, mußte daher auch der Landesherr derselben senn.

Rur es war eben durch diese Stimmführung im deutschen Reiche als der Landesherr dieser Besitzungen anerkannt. Nur Detwold galt darnach gegen außen als der Landesherr, und als der Rheinische Bund geschlossen wurde, konnte eben beswegen auch nur es mit jenen erbherrlichen Besitzungen diesem Bunde als Souverain beitreten.

Einer Erörterung der Fälle, da Detmold die erbherrlichen Aemter auch bei Unterhandlungen mit anderen Staaten vertreten hat, bedarf es hiernach nicht mehr.

3) Ein weiter wesentliches Hoheitsrecht ift die Gesetzgebung mit Berufung der Landtage. Der g. 6. des Testaments von 1597 verordnet:

"Der regierende Herr soll Macht haben, Landtage auszuschreiben und zu halten, jedoch da er sich zuvor mit seinen Gebrüdern dessen beredet, welche ihm auch brüderlich und getreulich beistehen sollen, auch der Landschaft zu Nut in guter Eintracht das beste rathen und befördern helsen" 2c.

Die Macht, die Landtage zu berufen und abzuhalten, stand also nur dem Erstgebornen zu, und die Erbherren wirkten nur berathend mit. Im Hameln'schen Recesse von 1655, J. 5, ist sogar gesagt, daß, wenn Bracke, der damalige Besther von Schieder und Blomberg,

"vom Landtag zurückleiben und nicht erscheinen würde, nichts da weniger der Landtag seinen Fortgang gewinne, und die daselbst ausfallenden conclusa allenthalben ihren wirklichen Nachdruck haben sollen."

Erwägt man dabei noch, daß mit Justimmung dieser Landstände Gesete gegeben werden konnten, welche dann, selbst wenn die Erbherren auf den Landtagen nicht mitwirkten, für die ganze Grafschaft Lippe, also auch für die erbherrlichen Aemter, verbindliche Kraft erhielten, so ist klar, daß darnach die Gesetzebung in versassungsmäßigen Wegen auch in den erbherrlichen Bessitzungen dem Erstgebornen zustand.

Die von Schaumburg-Livve behaupteten erbherelichen Protestationen gegen Landtage, zu benen die Erbherren nicht mitwirkten, und gegen die auf solchen Landtagen erlassenen Gesetze find unerheblich, da nach dem Sameln's schen Recesse von 1655 ein solches Mitwirken nicht wesentlich warz und menn behauptet wird, daß seit 1778 wegen solcher Widersprüche die Lippischen Gefețe in den erbherrlichen Aemtern gar nicht mehr publicirt und vollzogen wurden, so konnte badurch das durch Testament und Vertrag begründete Sachverhältniß wohl nicht aufgehoben werden. Auch in Bezug auf Berord: nungen, zu deren Erlassung die Zustimmung der Landstände nicht erforderlich mar, find in dem Hameln'ichen Bergleiche von 1655, g. 6, und im Herber= hauser Vergleiche von 1661, §. 9, noch besondere Vorschriften ertheilt. Es sollen darnach nämlich Verordnungen des regierenden Landesherrn in Po= lizeisachen in den erbherrlichen Aemtern in des Landesherrn und in des Erbherrn Namen zugleich publicirt werden; dagegen sollen Kaiserliche mandata und fremder Herren Patente, auf Requisition, bei dem regierenden Herrn in dessen Namen allein verkündet und vollzogen werden, und eben so die edictales, citationes oder mandata, welche der regierende Herr etwa gegen verbotene Werbung, herrenloses Gesinde, oder in Bezug auf Leben, zu erlassen nüglich oder nöthig findet. Also selbst in den zuerst genannten Po= lizeisachen, wo die Publication in des regierenden und des Erbherrn Ramen zugleich geschieht, sind es doch immer nur Verordnungen des regierenden Landesherrn, und es ist nicht gesagt, daß auch zur Erlas= fung derfelben die Bustimmung des Erbherrn erforderlich sen, wenn gleich ihre Verkündung wegen seines Patrimonialverhältnisses zugleich auch in seinem Namen zu geschehen hatte. Auch hierin liegt also wieder eine Anerkennung der Landeshoheit des Erstgebornen.

Was sobann

4) die Justizhoheit als ein weiteres Beichen der Landeshoheit betrifft, so stand sie ebenfalls auf Seiten der Primogeniturlinie, wenn gleich die Erbsherren als Patrimonialherren die niedere Gerichtsbarkeit halten, und bei Besehung des Hofgerichts mitwirkten.

Im Testamente von 1597 ist dem Erstgebornen die Abhaltung der Gausgerichte, welche ehemals die höchste Gerichtsbarkeit hatten, eingeräumt; und wenn gleich das Hofgericht nach dem h. 27. des Testaments von den Schnen nach einem Umwechsel zu präsidiren war, so gebührte doch dem Erstgebornen nach dem Vergleiche von 1614 die gan ze Direction desselben, sowie derselbe im Vergleiche von 1616, h. 3, als der "perpetuus judex, Richter und Director" erklärt ist, und auch in den erbherrlichen Ländern die Urtheile nicht allein in des Erbherrn (als Gerichtsherrn) Namen, sondern zugleich auch in des regierenden Herrn Namen gefaßt werden mußten.

Dieses Rechtsverhältniß konnte dadurch nicht verändert werden, daß das Hofgericht sich bei einigen Ausfertigungen Sammthofgericht nannte, was dasselbe in seinem Zeugnisse vom 15. October 1834 ohnehin als ein bloßes Versehen erklärte.

5) In Bezug auf die Kirchenhoheit ist im Testamente von 1597 nichts gesagt, als daß die Söhne nach §. 24. die Unterthanen bei der evanz gelischen Religion ungehindert lassen und die Religion fortpstanzen, und dars

über einträchtiglich halten, — nach §. 25. an den Stiftungen für Kirchen und Schulen festhalten, sodann nach §. 26. bas geistliche Gericht ober Confifterinm halten und solenn handhaben sollen.

Damit sep aber, sagt Detmold, bas bem regierenden Sause naturgemäß zustehende Oberaufsichtsrecht nicht aufgehoben, weßhalb bei dem Bollzuge des Testaments Streitigkeiten hierüber entstanden sepen, welche durch die brüderzichen Bergleiche von 1614 und 1616 beigelegt wurden.

Der Vergleich von 1614 wurde vom Grafen Ernst zu Holstein mit Beisgug von Abgeordneten der Ritter und Städte unterhandelt. Darin ist nun gesagt, die Nachgebornen sepen darauf bestanden, einen der drei Superintens denten zur Visstation der Pfarreien abzuordnen, welcher ihnen eben so, wie dem regierenden Herrn, darüber Bericht zu erstatten habe, auch die Pfarreien selbst zu besehen, auch die Pfarrer neben dem regierenden Herrn zu conformiren. Jedoch, heißt es weiter,

"weilen dieser Punct eigentlich an das Consistorium und jus episcopale, so der Superiorität anhängig, gehort, so haben Graf Ernst (der Vermittler) und die Verordneten aus der Rittersschaft und von den Städten dafür gehalten, daß dieses alles bei dem regierenden Herrn laut des Testaments verbleibe."

Ferner sagt der S. 5. des Vergleichs von 1616:

"Weil unwidertreiblich mahr, daß die geistliche jurisdictio jesiger Beit ein vornehmes Stück der hohen Landesobrigkeit ist, so kann dieselbe auch dem regierenden Herrn keineswegs entzgen werden, sonderlich, weil hiervon auch in der brüderlichen Vergleichung ausdrücklich versehen; doch daß die abgetheilten Herren jus praesentandi behalten, und ohne Vorwissen und Beliebung derselben keine resormatio augestellt werde 2c."

Bugleich ift im G. 3. dieses Vergleiche, sowie in Bezug auf bas hof= gericht, ebeuso auch in Bezug auf das geistliche Consistorium gesagt,

"baß der regierende Herr perpotuus judex, Richter und Director bleibe,"

und die abgetheilten herren im Umwechsel bas Consistorium prafibiren.

Endtich sagt ber §. 11. des Herberhauser Vergleichs von 1661, wie es ,, mit dem jure opiscopali beschaffen, und daß dasselbe dem regierenden Landesherrn privative reservirt und vor= behalten, dasselbe führen das altväterliche Testament und die brüderlichen Verträge mit mehreren nach, dabei und von allen davon dependirenden Essecten, in soweit dieselben darin nicht resstringirt und limitirt, es dann allerdings verbleibt."

Hiernach ist der Grundsat, daß dem Erstgebornen die Spiscopal= gewalt zustehe, durch die Verträge sestgestellt, und die im Herberhauser Vergleiche erwähnten Restrictionen und Limitationen, namentlich auch die Bestimmungen des Vergleichs von 1616, daß die Erbherren das Präsenta= stionsrecht haben und ohne ihre Instimmung teine resormatio statt habe, tann jenen Grundsat nicht ausheben, und den Schluß auf die Landeshoheit der Primogeniturlinie nicht erschüttern. Wenn das Mandat vom 27. März 1775 Detmold untersagte, einseitig durch ein Specialconsistorium Kirchenverordnungen zu erlassen und den Geistlichen Besehle zu ertheilen, und wenn der Reichshofrath unterm 8. Juli 1740 den von einem Geistlichen ausgestellten Revers, wodurch er sich einseitig gegen ein Detmoldisches Specialconsistorium verpflichtete, nichtig erklärte, und wenn die Erbherren die neue Kirchenordnung von 1684 mit genehmigten, so war dieß alles eine natürliche Folge der Beschränfungen, unter welchen die Epissevalgewalt der Primogeniturlinie vertragsmäßig zustand, kann aber diese in den Verträgen ausdrücklich anerkannte Episcopalgewalt selbst nicht verzuchten.

6) Ein weiteres wesentliches Hoheitsrecht ist die Militärgewalt, ehedem die Landfolge, jus armandiae et sequelae.

Selchow, elem. juris publ. vol. I, §. 455.

Sie gehört zu den, den Charafter der Landeshoheit ausmachenben Rechten.

Cramer, observ. juris univ., tom. II, pars II, p. 118.

Pütter, inst. juris publ. §. 243.

Im Testamente von 1597, §. 7, ist "die Landesfolge" und die "Beschreibung der Ritterschaft und Ritterdienste" dem Erstgebornen
als regierenden Herrn vorbehalten.

In Bezug auf die Ritter dienste, welche namentlich im Kriegsdienste besstanden, wattet tein Zweifel ob, und was die Landsfolge, als den Kriegsdienst der Unterthanen überhaupt betrifft, so ist, wenigstens in Bezug auf die Haltung von Militär und Erhebung eines Soldatenschapes im Brackischen, viel gestritten worden.

Inzwischen ist die Landfolge im Allgemeinen auch im Vergleiche von 1614 und eben so im Vergleiche von 1616, §. 14, als "zu der Superiorität gehörig" dem regierenden herrn vorbehalten. Auch im hameln'schen Recesse von 1655, §. 18, Rum. 2, sind die "Landfolge und Musterung" als

"eigentliche proprietates und Appertinentien des juris superioritatis"

erklärt, mit dem, daß sie darnach der Brackischen Linie "nicht competiren konnten."

Damit steht im Einklange, daß die Primogeniturlinie auch von den erbs herrlichen Aemtern das Militär zum Reichscontingent stellte.

Daß Schaumburg : Lippe, wie baffelbe durch den vorgelegten Erlaß der Detmoldischen Regierung vom 11. November 1794 darthut, auf Requisition des regierenden Herrn die Aushebung des erbherrlichen Betreffnisses vom Contingent selbst verfügte, sofort an Detmold ablieferte, andert an der Sache nichts. Eine Requisition beweist nicht, daß es von der Willfür des Requirirten abhing, derselben zu entsprechen oder nicht, und die eigene Vornahme der Aushebung auf Requisition der landesherrlichen Behörde mochte wohl auch dem Inhaber einer untergeordneten Hobeit zustehen.

Der Bustand, wie er nach dem Beitritt zum Rheinbunde provisorisch fests gestellt wurde, ist nicht manggebend, weil sich beide Theile im Jahr 1807 resservirten, daß daraus kein Prajudiz gezogen werden dürfe.

Durch die angeführten Testaments= und Bertrags=Bestimmungen und burch die (mit der Vertretung beim Reich überhaupt in Verbindung stehende)

Stellung des erbherrlichen Betreffnisses zum Detwoldischen Reichscontingent ist die Militärhoheit Detwolds über die erbherrlichen Besthungen dargethan, und es kommt auf die vielen Streitigkeiten und Verwahrungen in Betreff des Brackischen Soldatenschaßes und der Haltung einer Anzahl Soldaten in Friedensteiten zur Bewachung des Schlosses zu. lediglich nicht an.

Was nun noch

7) das Besteuerungsrecht betrifft, so gebührten die Reichs= und Areissteuern nach dem G. 7. des Testaments dem Erstgebornen, der solche auch an Reich und Areis zu entrichten hatte.

Ueber andere Steuern ist im Testament nichts verfügt, jedoch scheint, wie Schaumburg=Lippe richtig bemerkt, im §. 31. die Andeutung zu liegen, daß eine etwa nothwendig werdende Landsteuer allen Sohnen und nicht bloß dem Erstgebornen gehören sollte, indem dort gesagt ist, es soll ein

"jeder von unseren Söhnen mit seinem Antheil friedlich und bez gnügig senn, auch die Sachen seiner Hoshaltung dermaßen austellen, daß er ohne Beschwerung der Untersassen sein Auskommen haben möge."

Diese Andentung wird bestätigt durch den Vergleich von 1614, wo gesagt ist:

,, die Contribution oder Collecten betreffend, ist verabredet und allers seits gewilligt worden: wenn mit Borwissen der Ritter und Landsschaft, auch von den Städten eine Landsteuer verwilligt, sollen die Nachgebornen ihren Antheil pro rata daran haben und zur Austilsgung der alten Schulden verwenden und genießen; sonsten aber haben sie sich der Reichs und Kreissteuer nichts anzumaßen, sondern bleibt solches dem regierenden Herrn allein."

Darnach gelangte Bracke, als die Landstände später für den Militärdienst in der Friedenszeit einen sogenannten Soldatenschap bewilligten, zum Bezug eines Antheils hiervon, worüber übrigens wieder Streit entstand.

Nach dem Aussterben der Brackischen Linie wurde Bückeburg, welchem durch Reichshofrathes Erkenntniß vom 26. August 1734 die Hälfte des Brackischen Nachlasses zuerkannt war, durch weiteres Reichshofrathes Erkenntsniß vom 12. November 1739, §. 5,

"bei dem genügsam bescheinigten Genusse der ordinaren Contrisbution und des Soldatenschapes... in possessorio summariissimo geschüpt, ... jedoch daß er sich circa modum nach den Landesverträgen und Herkommen .... richte, wogegen das possessorium ordinarium und petitorium dem Grafen von Lippe-Detmeld frei bleibt 2c."

Diese weiteren Rechtsverfolgungsmittel konnten bei den Reichsgerichten nicht mehr zur Erledigung kommen.

Indessen hat Detmold der Bückeburgischen Linie im Stadthager Bersgleiche von 1748, §. 5, zugesagt, daß zwar den

"Ständen ihre etwa habende Gerechtsame bevorbleiben, und der von denselben der Contribution und der Collecten halber erregte Proces seinen Lauf behalten, inzwischen aber Schaumburg : Lippe bei dem bisherigen Genuffe der sogenannten ordinaren Contributionen und

### Streitigkeiten zwischen Schaumburg = Lippe und Lippe. 269

des Soldatenschapes, so wie es dermalen in possessione sich be: sinde, und per conclusa caesarea vom 12. Juli 1747 dabei ge: schützt worden, unhinderlich gelassen werden soll."

Ueberdieß verpflichtete fich Detmold in einem Reverse vom 12. Februar 1748 gegen Bückeburg, daß, wenn die Stände

"in petitorio respectu der ordinären Contribution jemals etwas obtiniren sollten, alsdann Detmold und seine Successoren die in ihren Aemtern fallende Raten von den zum Privatbehuse des regierenden Herrn bewilligten extraordinären Steuern und Contributionen unweigerlich erheben und genießen lassen wollen."

Dagegen machte sich Schaumburg : Lippe im §. 5. des Stadthager Bersgleichs von 1748 verbindlich, seine

"quotam zu den Reichs-, Kreis-, Fräulein-, Gräslichen Collegialund Hofgerichts-Steuern, auch Reichstammer-Bielern, unweigerlich abzutragen, und zwar, soviel die Kreisgelder betrifft, in Friedenszeiten das gewöhnliche Simplum von 600 Reichsthalern jährlich, worunter die Rata des Amtes Schieder mitbegriffen, in Kriegszeiten aber und wenn das Contigent außer Land geht, das duplum ohne einige Einwendung an Detmold zu entrichten, und falls die Kreisausgaben noch höher steigen sollten, auch dazu praevia communicatione et deliberatione pro rata des Amtes Blomberg zu concurriren,"

auch behufs des Schulmonats jährlich 50 Reichsthaler und behufs des Weser= monats 50 Reichsthaler

,, aus dem erbherrlichen Antheil zu erheben und zu bezahlen, übershaupt auch hiefür zu allen publiken Landes : Angelegenheiten, und deßfalls auf öffentlichen Landtagen landesverfassungsmäßig bewilligten Steuern, die auf seine Aemter kommende Ratam zu erheben und ad usum destinatum abliefern lassen zu wollen."

Durch den Blomberger Receß vom 7. März 1751 wurde, außer den im Stadthager Vergleich festgesetzten 700 Reichsthalern, einstweilen auf 12 Jahre, ein weiterer Aversalbeitrag Schaumburg-Lippe's zu den öffentlichen Lasten mit jährlichen 1,500 Reichsthalern verabredet. Darunter sollten aber alle ordinären und extraordinären gemeinen Landesbedürfnisse, die extraordinären Reichs und Kreis-Aulagen und die Fräuleinsteuer allein ausgenommen, besarissen sen.

Dieses Aversum murde, in später gemindertem Betrage, stets fortentrich= tet. Außerdem murden die Beiträge zu den Kriegsprästationen von Detmold auch auf die erbherrlichen Aemter ausgeschlagen.

Aus allem bem ergibt sich nun, baß

- 2) Detmold die Reichs: und Kreis: Steuern auch aus den von ihm beim Reich und Kreis vertretenen erbherrlichen Aemtern erhoben hat,
  - b) daß es eben fo Kriegstoften besonders von denselben erhob,
- o) daß dagegen Schaumburg-Lippe die ordinäre Landessteuer und den Soldatenschatz in seinen Aemtern für sich selbst erhob,

- d) daß diese Steuererhebung von Detwold genehmigt, aber von den Landsständen angefochten, der darüber geführte Proces aber von den Reichsgerichten in potitorio nicht mehr entschieden wurde;
- e) daß übrigens Schaumburg = Lippe von allen allgemeinen Landeslasten das auf seine Aemter kommende Steuerbetreffniß abzuliefern versprach,
  - 1) und fobann hiefur ein verabredetes jahrliches Averfum bezahlte.

Nun war aber, wie Strube in seinen Nebenstunden (IV, p. 164 und 165), unter Berusung auf ein Reichshofraths-Erkenutniß von 1729, ausführt, die Erhebung einer Steuer nicht überall der Beweis der Landeshoheit, und ein solcher Beweis liegt darin vielmehr nur zu Gunsten dekjenigen, welcher Reich sesteuern erhob, da nur diese Steuern aus wirklicher ober herrlicher Macht hervorgingen, andere Steuern aber auch im Bests von Audern, als vom Landesherrn, sepn konnten, indem sie entweder auf besonderen Vertragsvershältnissen oder auf jeweiligen eigenen landständischen Bewilligungen zu bestimmsten nüslichen Zwecken beruhten.

Hiernach kann eine nähere Erörterung der Frage, ob Schaumburg = Lippe zum Bezug der ordinären Contribution und des Soldatenschaßes berechtigt war, und ob Detwold, seiner Zustimmung im Stadthager Vergleiche ungeachtet, die von den Landständen dagegen erhobene Einsprache im Namen des Landes zu verfolgen befugt wäre? — füglich umgangen werden.

So weit die Steuern für Lasten bewilligt wurden, welche der Erbherr trug, war es ohnehin billig, daß er dieselben auch für sich bezog. So weit es aber von allgemeinen Landesangelegenheiten herrührende Lasten betraf, leistete Schaumburg-Lippe einen Aversalbeitrag, und der Bezug dieses Aversums ist von Seiten Detwolds einem Steuerbezug selbst gleich zu achten.

Nach allem dem ist daher auch das in der Besteuerung liegende Hoheitsrecht auf der Seite Detmolds.

Die noch übrigen minder wichtigen Hoheitsrechte — z. B. auf Seite Detmolds: die Collation der Lehenschaften, das Münzen, die Salzwerke, die Bewahrung der Originalurkunden und Siegel, das Recht der Bestätigung städtischer Privilegien 2c., oder auf Seiten Schaumburg=Lippe's: die Ertheisung von Wirthschaftsconcessionen, Antheil am Boll 2c. — können, da sie jesdenfalls in der Sache nichts mehr entscheiden, übergangen werden.

Aus der bisherigen Erdrterung ergibt sich nämlich, daß alle hier aufgesführten Hoheitsrechte (1—7), so weit sie wesentlich zur Landeshosheit gehören, durch das Testament von 1597 und die nachgefolgten Verträge allein der Primogeniturlinie zugewiesen waren, daß dagegen die den Nachgesbornen zugewiesenen Berechtigungen weder eine (von dem Erstgebornen unabschangige) wahre Landeshoheit, noch auch ein (durch Gleichheit der Rechte besbingtes) Mitregiment oder Condominat begründen.

Wenn also auch der Erstgeborne nirgends als der regierende herr oder der Landesherr, im Gegensat der abgetheilten oder Erbherren, erklärt, wenn ihm nirgends das Regiment oder die Landesverwaltung im Allgemeisnen übertragen, — wenn sein Rechtsverhältniß nirgends in den Verträgen, Susperiorität", "Regierung", "hohe Landesobrigkeit" und selbst "Lansdeshaheit" genannt wäre, — wenn dabei überdies die Prinogenitur-Ordnung von 1593 und das packum unionis von 1308 gar nicht beständen, so würde

Detmold doch schon nach den einzelnen Soheiterechten, die ihm zustanden, als der Inhaber der im Jahre 1806 in Souverainetat übergegangenen Landeshoheit zu betrachten sepn.

Darnach können auch

ad b.

die auf einem entgegengesesten Besitstand gebauten Ginreben ber Verjäh: rung und des Verzichts nicht gegründet sepu.

Bas inebesondere

1) die Verjährung betrifft, so findet bei Hoheitsrechten, gegenüber den Unterthanen, nur die, hier überall nicht vorhandene, unfürdenkliche flatt.

Thibaut, Pandecten=Spstem, §. 1048. A, in Berbindung mit §. 1023. A.

Saberlin, teutsches Staatsrecht, Band III, S. 191.

In so fern nun aber auch ba, wo das Hoheitsrecht nicht gegenüber den Unterthanen, sondern zweißen zwei Berechtigten unter sich bestritten ist, die dreißigjährige Verjährung eintritt, so kann dieß denn doch nur eine erwerzben de, und keine bloß erlöschende Verjährung senn, und ein Berechtigter kann sich auf die Nichtsausäbung des Andern mit Erfolg nur in so fern berusen, att er selbst während der Verjährungszeit das Recht ausgeübt hat.

Bur Begründung der vorliegenden Einrede hatte daher Schaumburg : Lippe hinsichtlich der einzelnen Hoheitsrechte darzuthun, nicht bloß, daß Detmold innerhalb 30 Jahren, vom Eintritt des Rheinbunds rückwärts gerechnet, dies selben nicht mehr ausübte, sondern auch, daß sie während jener Beit von Schaumburg-Lippe selbst von unterbrochen ausgeübt wurden.

Dieß ist aber nicht hinfichtlich eines einzigen Hoheiterechtes nachgewiesen.

Was insbesondere die oben ad A. und 4. erwähnten Hoheitsrechte, der Vertretung beim Meich und Kreis und der Justizhoheit betrifft, so ist hinsichtsich berselben der Bestsstand gar nicht geändert worden, und auch bei den ansderen Hoheitsrechten, bei welchen da und dort Modificationen eintraten, sind sie nicht von der Art, daß dadurch die Landeshoheit selbst ausgehoben worden wäre.

Namentich in Bezug auf die seit 1753 nicht mehr vorgenommene Landeshuldigung (A. 1.) ist zu erwägen, daß von damals an erst im Jahr
1782 wieder eine Personalveränderung in der Detmoldischen Regierung statt
hatte, daß also die Verjährungszeit erst von 1782 laufen könnte und bei Gre
richtung des Rheinbundes noch gar nicht abgelausen war, daß auch überdieß
nicht nachgewiesen ist, daß in jener Beit Schaumburg-Lippe für sich sethst nach
der für den regierenden Herrn (im Jahr 1750) bestimmten Formel die Huldigung einnahm.

In Betrst der Lippischen Gesetzebung (A. 3) in den erbherrlichen Aemtern konnte, wenn sie auch von 1778 an dort nicht mehr: Eingang sand, bis zum Eintritt des Rheinbundes schon wegen Mangel des Zeitabkaufs die Verjährung nicht vollendet werden, und überdieß wäre durch das Zeugniß des Hosgerichts vom 15. October 1884 jedensalls das weitere Erforderniß wiederlegt, daß in jener Zeit die Schnumburgischen Gesehe und Verordnungen statt der Lippischen in den erbherrlichen Aemtern zur Anwendung kamen.

### 272 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Fälle.

In Bezug auf die Kirchenhoheit (A. 5.) wurden zwar Uebergriffe der Primogeniturlinie erbherrlicher Seits durch verschiedene Maaßregeln zurückgewiesen; dieß konnte aber, wie oben gezeigt ist, die Kirchenhoheit selbst nicht ausheben.

Eben so konnte auch die Militairgewalt (A. 6.) Detmolds dadurch, daß Bracke und nach ihm Schaumburg-Lippe eine Anzahl Soldaten hielt und einen Soldatenschaß erhob, nicht verjährt werden, da Detmold durch die eigentliche Landsfolge im Krieg, namentlich durch Stellung der erbherrlichen Manuschaft zum Detmoldischen Reichscontingent, immerhin die jenige Gemalt ausübte, welche allein der wesentliche Aussluß der Landeshoheit mar.

Daffelbe gilt von dem Besteuerungsrechte (A. 7.), welches Detmold da, wo es allein ein wesentliches Hoheitsrecht ist, nämlich in Bezug auf Reichsund Kreislasten, auch dann noch ausübte, als Schaumburg-Lippe längst die vedinäre Landsteuer für sich bezog, wovon dasselbe indessen überdieß einen Aversalbeitrag zu den allgemeinen Lasten der Grafschaft Lippe an Detmold ablieserte.

So wie hiernach die Verjährung, eben fo ist

2) auch bie Ginrebe bes Bergichts nicht gegrunbet.

Hätte sich Schaumburg=Lippe zur Beit des Beitritts zum Rheinbunde, wenn gleich die Detwoldischen Hoheitsrechte noch nicht verjährt gewesen, gleich= wohl schon im anerkannten ruhigen Besitz derselben befunden, so läge im Art. 34 der Rheinbundsacte von Seiten Detwolds ein Verzicht auf die fernere Gelstendmachung seiner Rechte.

Es waren dieß nämlich, wie der Art. 34. der Rheinbundsacte sich ausbrückt, "droits actuels sur les possessions"

von Schaumbung : Lippe, und dieses als Besitzer der Landeshoheit in den erbherrlichen Aemtern wäre Souverain derselben geworden, wogegen Detmold seine Rechte gegen den Besitzer durch Verzicht verloren hatte.

Da nun aber umgekehrt Detmold zur Zeit des Beitritts zum Rheinbunde im Besitze derzenigen Hoheitbrechte war, welche das Wesen der Landeshoheit ausmachen, so kann gegen dasselbe der Art. 34. der Acte keine Anwendung sinden.

Detmold ist durch die Rheinbundsacte Souverain vom Amt Blomberg geworden, daher ist sein erstes Rlagebegehren begründet.

Der erbherrlichen Linie Schaumburg = Lippe bleiben übrigens auch unter der Sonverainetät Detwolds ihre vertragsmäßigen Patrimonialrechte oder untergeordneten Herrlichkeiten.

Einer Bestimmung berselben bedarf es hier nicht, sie wäre auch unzulässig. Die Gesetzebung des Souverains verfügt über die Ausübung jener Rechte, und die Bundescompetenz tritt nur dann ein, wenn durch diese Gesetzebung Rechte verletzt werden, welche der Art. 14. der deutschen Bundesacte und der Art. 63. der Schlußacte gewährleisten.

Das

#### II. Rlagebegehren

Detmolds geht auf Erfat alles diefem Saufe durch Beeinträchtigung seiner Sonverginetät veranlaßten Schabens, namentlich ber unbefugterweise erhobenen Steuern. Bas insbesondere

1) die ordinare Contribution oder Grundsteuer betrifft, so forbert Detz mold den Ersatz derselben von 1737, oder eventuell vom Beitritt zum Rheinsbunde 1807 an.

Für die Periode von 1737 — 1807 wird die Forderung, da das Fürstliche Haus Detmold im Stadthager Vergleich von 1748 diese Steuer der Schaumburg-Lippe-Bückeburgischen Linie überließ, und nur die Rechte der Landstände vorbehielt, nur im Namen der Landescasse geltend gemacht.

Das souveraine Fürstliche Haus Detmold ist nach dem gegenwärtigen Staatsrecht der beutschen Bundesstaaten, bei welchen nach dem §. 57. der Schlußacte von 1820 die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt ist, allerdings ermächtigt, auch die Interessen der Staatsgesammtheit, beziehungsweise die Rechte der früher nur von den Landständen vertretenen Landescasse, zu verfolgen.

Was nun aber die vom Standpuncte der Landstände erhobene Rückfors derungsklage betrifft, so ist zu ermägen, daß nirgends behauptet ist, daß Schaumburg=Lippe von den Landständen nicht bewilligte Steuern im Wege der Gewalt erhoben habe. Es handelte sich vielmehr nur darum, ob Schaumburg=Lippe berechtigt war, von den durch die Landstände wirklich beswilligten Steuern den auf das Amt Blomberg gefallenen Antheil für sich zu beziehen, und nur einen Theil davon zur Bestreitung der allgemeinen Lasten abzuliefern?

Diese Berechtigung verstand sich nun keineswegs von selbst, denn obwohl auch solche, welche nicht wirkliche Landesherren waren, zum Bezug von Steuern mitunter berechtigt senn konnten, so war ihnen dazu doch ein besonz derer Titel nöthig, und selbst wirkliche Landesherren waren nicht schon im Allzgemeinen besugt, für andere, als für die von Reich und Kreis herrührenden Lasten ohne Zustimmung der Laudstände Steuern auf das Land zu legen, in so fern sie nicht auf besonderen Reichsgesehen, oder besonderen Rechtstiteln oder auf Herkommen beruhten.

Selchow elem. juris publ. I. §. 447 — 453.

Handelte es sich daher gegenwärtig erst um die Frage, ob Schaumburg-Lippe im Steuerbezug petitorisch geschützt werden solle, so hätte dasselbe den hierzu erforderlichen besondern Titel, oder das diesfallstge rechtmäßige Herkommen nachzuweisen.

Da jedoch die Steuer, um beren Ersat es sich handelt, bereits bezahlt ist, und die Jahlung ursprüngtich, wenn kein wahrer Rechtsgrund dazu vorshanden, und eben so wenig eine freie Bewilligung beabsichtigt war, nur auf einem Irrthume beruhen konnte, der hierdurch entstandene Besitsstand aber später in possessorio aufrecht erhalten wurde, so hat jest der, das ungebührztich Bezahlte zurückfordernde, klagende Theil zu erweisen, daß die Brackische oder später die Schaumburg-Lippische Linie durch kein en besondern Nechtstitel und durch kein Herkommen zum Bezug der fraglichen Steuer berechtigt war.

Dieser Beweis ist aber weder mit der Klagschrift, noch später angetreten, wie es nach g. 71. der Obergerichtsordnung erforderlich gewesen wäre; ja es sind nicht einmal die thatsächlichen Verhältnisse angegeben,

18

Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Ahl.

welche die Richtigkeit bes Grundes, aus dem die Stener ur= fprünglich erhoben murbe, barftellen, folglich bie Richtschnidig= feit des Bezahlten begründen; daher ift die Rückforderungeklage auch vom Standpuncte ber Landstände aus, nicht begründet.

Für die Periode vom Beitritt der beiden streitenden Theile znm Rhein= bunde an macht Detmold noch einen weitern, vom Standpuncte der Landstände unabhängigen, Rlagegrund geltend. Es leitet benselben aus den S. 26. und 34. der Rheinbundsacte ab; da hiernach das Besteuerungsrecht (le droit d'impôt) als ein Recht ber Souverainetat erklart fen, und Schaumburg : Lippe durch den Art. 34. auf alle dem Souverain gehörigen Rechte verzichtet habe, selbst wenn ihm einzelne derselben früher auch gebührt hatten.

Daraus folgt jedoch nur, daß Detmold nach feinem Beitritt gum Rhein= bunde und nach dadurch erlangter Souverainetat die fragliche ordinare Contribution aus dem Amt Blomberg (vorbehaltlich der aus den Berträgen von 1748 und 1789 etwa schuldigen Gemahrleistung) staaterechtlich hatte an sichen können.

Es folgt aber baraus keineswegs, daß von jenem Beitpuncte an Schaum= burg=Lippe als ipso jure aus bem rechtlichen Besite gefest zu betrachten, der daß es ipso jure in bofen Glauben verfest mar.

In der Meinung, daß nach ber Rheinbundsacte ihm felbst bie Souberainetat über Blomberg zufomme, hielt fich baffelbe in gutem Glauben für berechtigt, die fragliche Steuer als eine Rupung der Souverainetat fortzu= beziehen. Daß es dabei in gutem Glauben war, ist um so weniger durch einen Beweis des Gegentheils widerlegt, als Detmold daffelbe flets ungeftort im Besthe der Steuer ließ, und selbst bei dem Interimisticum vom 5. Juli 1812 in dieser Beziehung keine Aenderung bewirkte, und nicht einmal dars thut, eine folde berlangt zu haben.

Benn aber Schaumburg = Lippe in gntem Glauben fich für ben Souverain von Blomberg hielt, und darum in gutem Glauben die Steuern als eine der Souverainetät anklebende Nupung fortbezog, und wie immer verwendete, fo ist daffelbe zum Erfat bes bereits Bezogenen nicht verbunden,

> (L. 23. in fin. D. VII. 4. — L. 25. §. 1. XXII. 1. — L. 48. pr. XII. 1.)

ausgenommen von der Beit an, wo es durch Bustellung der Detmoldischen Rlage nach einer Fiction ber Gesetze in bosen Glauben versetzt wurde.

(L. 25. §. 7. D. V. 3.)

Die Buffellung der Mage erfolgte am 5. October 1831, an diesem Tage murden also von Detmold die fraglichen Steuern von Schaumburg-Lippe gerichtlich herausgefordert, und von diesem Tage hat das Lettere als Besitzer malae fidei fle zu erfeten, jedoch nur nach Abzug des an die Detmoldische Landescasse bezahlten Averfalbeitrags zu öffentlichen Lasten, und deffen, was Schaumburg-Lippe davon etwa für Staatbausgaben, welche fonft ber Detmoldischen Landescaffe obgelegen waren, felbst verwendete.

Dabei bleibt aledann dem Fürstlichen Saufe Schaumburg : Lippe über: laffen, die Gewährleistungs : vder Entschädigungs : Anfprüche, die es wegen Entziehung der Stener aus ben Verträgen von 1748 und 1789 begründen zu können vermeint, corum compotonti zu verfolgen.

## Streitigkeiten zwischen Schaumburg-Lippe und Lippe. 275

Was hier von der seit dem Beitritte zum Rheinbunde erhobenen ordinären Steuer gesagt ist, gilt

2) auch von den seit damats eingeführten und von Schaumburg-Lippe aus dem Amte Blomberg erhobenen indirecten Abgaben.

Was dagegen

3) das Juden=Schupgeld betrifft, so hat darin der Beitritt zum Rheins bunde keine Aenderung hervorgebracht. Dasselbe mar nicht nothwendig mit der Landeshoheit verbunden, und die Rheinbundsacte erwähnt seiner nicht bessonders; auch ist nichts von einem diesfallsgen Detmoldischen Landesgesetze gesagt.

Der Grund, aus dem es gefordert wird, ist vielmehr der J. 4. des Stadts hager Vergleichs von 1748, wornach dasselbe zur Hälfte dem regierenden Herrn und zur Hälfte dem Erbherrn gehören soll.

Dabei blieb es bis zum Aussterben der Bückeburgischen Linie im Jahr 1777, worauf Schaumburg=Lippe, wie in der Einredeschrift anerkannt wird, die Entrichtung des Antheils an Detmold einstellte.

Im Jahr 1789 erfolgte nun die Abtheilung der Aemter Schieder und Blomberg, und Schaumburg=Lippe erhielt das Amt Blomberg.

Bis zum Jahr 1789 wurde über die von Schaumburg=Lippe gezogenen Nupungen im Jahr 1793 eine Vereinbarung getroffen. Von 1789 an hatte aber jeder Theil die Nupung von einem der beiden Aemter, und Schaum=burg=Lippe erhob aus dem Amte Biomberg das Schupgeld, ohne die Hälfte davon an Detmold abzuliefern.

Es behauptet, ungeachtet des Stadthager Vergleichs hierzu berechtigt zu senn, weil bei der Theilung von 1789, wo es das Amt Blomberg erhielt, jedem Theil das Schupgeld unter den unständigen Gefällen zugetheilt wurde.

Allein nur das, was Bückeburg hinterließ, war hier Gegenstand der Theilung, die beiden Aemter Schieder und Blomberg also nur mit den jenigen Rechten, welche Bückeburg daran hatte. Bu diesen Rechten geshörte aber nach dem Stadthager Vergleich von 1748 nur die Hälfte der Schutzgelder, die andere Hälfte war ein Gefälle der Primogeniturlinie, welches bei der Theilung des Bückeburgischen Nachlasses kein Theilungsegenstand war.

Wenn daher bei der Theilung der Aemter im Jahr 1789 jedem Theil ein Amt sammt den dazu gehörigen Schutzelbern zugetheilt wurde, so war hierunter wohl nur der erbherrliche Antheil, der allein Theilungszegenstand war, verstanden, die landesherrliche Hälfte aber blieb dem Fürstlichen Hause Detmold auch im erbherrlichen Amte Blomberg, nach dem dadurch nicht abgeänderten Stadthager Vergleiche von 1748, §. 4.

Inzwischen muß angenommen werden, daß Schaumburg=Lippe auch diese Schutzelder bis zur Zustellung der Klage, den 5. October 1831, in gutem Glauben bezog. Es ist nämlich nicht behauptet, daß im Jahr 1789 bei der Theilung der Aemter Schieder und Blomberg ein besonderer Vorbehalt des im Stadthager Vergleiche bestimmten landesherrlichen Antheils der Schutzgelder gemacht wurde; daher konnte Schaumburg=Lippe sich zum aus=schließlichen Bezug der Schutzelder in dem ihm zugetheilten Amte Blom=

18\*

# 276 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Fälle.

berg um so eher für berechtigt halten, als Detmold auch von damals an seinen Antheil nie forderte.

Auch hinsichtlich dieser Schutgelber ift daher Schaumburg : Lippe nur erst vom 5. October 1831 an zum Ersate verpflichtet.

Da hiernach Detmold mit dem größten Theile seiner Ersatsorderungen unterliegt, dagegen in der Hauptsache wegen der Souverainetät obsiegt, so hat es nach einem billigen Verhältnisse Ein Viertel, Schaumburg-Lippe aber drei Viertel der Procestosten zu tragen."

Frhr. v. Stengel.

Bett.

Minet.

## Sorderungen

an den ehemaligen Aur- und Gberrheinischen Areis. — Areisschuldenwesen. — (Band I. S. 452 — 479.)

(Schließt fich unmittelbar an S. 478. bes Banbes I.)

Nach bem i. J. 1837, Soss. I. S. 8. erwähnten Bericht bes Obertribunals zu Stuttgart übergibt i. J. 1838, Soss. I. S. 8. S. 6. Prå= 1838. spidium ein ihm von dem Königl. Würtembergischen Gesandten zugesstelltes Schreiben des Königl. Würtembergischen Obertribunals zu Stuttgart vom 22. November v. J. — siehe Prot. S. 7, unten Anlage A. S. 294. — womit dasselbe, als aufgestelltes Austrägalgericht in der Austrägalsache wegen des Schulden= und Pensions=Wesens der vormaligen Rheinfreise, drei Urtheile — siehe Prot. S. 9, unten Anlage B. S. 298, ferner Prot. S. 19, unten Anlage C. S. 309, und Prot. S. 45, unten Anlage D. S. 339, — mit Entscheidungsgründen vom 18, und 18, und 22. November, desgleichen die bei der hohen B. B. und deren Bermittelungscommission gepflogenen Verhandlungen, sowie die Akten des Königl. Obertribunals, Fascikel I — V. überssendet.

Hierauf wurde S. 55. beschlossen:

"Nachdem die vorstehenden Urtheile von dem obersten Gerichtshose im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten deutschen Bundes den Parteien eröffnet worden sind, so werden
dieselben von der Bundesversammlung zur Kenntniß genommen, und die Urschriften sammt den Akten in das Bundesarchiv
hinterlegt, um auf deren Befolgung halten zu können."

In derselben Sitzung S. 6. bemerkt die Königl. Würtembergische Gesandtschaft, daß bei der Aussertigung der Erkenntnisse ein Formsehler unterlaufen sen, indem Oldenburg durchgängig unter den Herzogthümern sich aufgesührt sinde, während schon nach der W. CongresAkte dem Herzoge von Oldenburg der Titel eines Großherzogs zustomme, und dieser auch von Höchstdemselben durch Patent vom 18. Mai 1829 wirklich angenommen worden sep.

Da jedoch die Erledigung der vorliegenden Streitsache, sowohl von der B. B., als von den bei der Beendigung betheiligten Privaten betrieben worden sey, und die Umschreibung jener Aktenstücke mit weiterem Zeitverluste verbunden gewesen wäre, so habe man sich der Erwartung überlassen, daß diese berichtigende Erklärung der Gröhrzgl. Oldenburgischen Regierung genügen werde.

Die vernommene Erklärung einsenden zu wollen, bemerkt der Gesandte der 15. Stimme für Oldenburg.

Auch bemerkt ebendaselbst der Grßhrzgl. Babische Gesandte, daß er die von Seiten der Königl. Würtembergischen Gesandtschaft gegebene Aufklärung in Bezug auf die Fassung der Eingangsworte der Erkenntnisse des Königl. Würtembergischen Obertribunats, so sern Baden darin benannt sen, auch für dasselbe sich aneignen zu sollen glaube, womit sich der Königl. Würtembergische Gesandte einverstanden erklärt.

Noch in demselben Jahre 1838 erstattete der Grßhrzgl. Mecklenburgische Gesandte Namens der Erecutionscommission einen Vortrag, Sess. XIV. S. 177. S. 470., sowohl über dies Kreisschulbenwesen überhaupt, als insbesondere über Vollziehung der ergangenen Urtheile und über desfallsiges Gesuch mehrerer dabei betheiligten Privatgläubiger.

Er wiederholt zunächst (S. 471.) die Punkte, über welche den Rechten gemäß zu erkennen das Königl. Würtembergische Obertribunal zu Stuttgart durch Bundesbeschlüsse beauftragt worden sen, so wie die Resultate (S. 473.) der gefällten austrägalgerichtlichen Erkenntnisse und die in dem Begleitungsschreiben gegebene Auseinandersehung und Erläuterung. — "Zu den wegen des hier zur Frage stehenden Schuldverhältnisses betheiligten Privatgläubigern — heißt es am Schlusse des Vortrages — gehörten mehrere Einwohner der freien Stadt Frankfurt a. M., wegen einer Forderung von 85,000 Gulden, welche der vormalige Kurrheinische Kreis i. I. 1791 wegen der demsselben ausgetragenen Lütticher Erecution angeliehen habe, mit vielzjährigen Zinsen."

"Der wegen dieses Schulbenverhältnisses seit dem Jahre 1824 in vielfachen Vorstellungen bei hoher B. B. sollicitirt habende I. F. von Mettingh bahier, habe, in Gemeinschaft mit Marq. Georg Enfriedt,

in einer aub num. 19. des Eingabenverzeichnisses aufgeführten Vorsstellung, vorgetragen:

"nachdem nunmehr eine Entscheidung wegen der Verpflichtung zur Uebernahme der einen Theil der Entticher Erecutionskosten bildenden 85,000 Gulden erfolgt sen, so werde deren Abtrag mit Zinsen kein weiteres Hinderniß im Wege stehen und die Bitte begründet erscheinen;

"hohe B. W. wolle geruhen, wegen Befriedigung der Bittsteller und der übrigen bei dem Kapital der 85,000 Gulden betheiligten Creditoren, nunmehr die geeignete Verfügung zu erlassen."

Das ebendaselbst S. 474 2c. erstattete\*) Gutachten spricht sich folgendermaßen hierüber aus:

"Die nach Vorschrift der Erecutionsordnung vom 3. August 1820, Art. II., der Vollziehungscommission zugewiesene Vorstellung einiger Gläubiger, habe die Commission veranlaßt, den jetigen Stand dieser Sache vollständiger vorzutragen, als es die Vorstellung einiger nur bei einem einzelnen Punkte betheiligter Gläubiger, zu erfordern scheinez nach Ansicht der Commission komme es nämlich nicht auf die Forderung der Reclamanten und auf deren Befriedigung all ein an, sondern auf die gänzliche Beendigung dieser sehr verwickelten Angelegenheit."

"Das Kur- und Oberrheinische Kreisschulden- und Pensionswesen sen auf die von mehreren Gläubigern übergebenen Vorstellungen schon i. J. 1817 bei hoher B. B. zum Vortrag gekommen; burch ben in der 43. Sigung des gedachten Jahres, S. 344, gefaßten Beschluß habe selbige, in Folge der ihr durch den Art. 15. der B. A. übertragenen Garantie, ihre Verpflichtung erkannt, die durch den R. D. Hpt. Schluß vom 25. Febr. 1803 getroffenen Verfügungen in Betreff des Schuldenwesens und der Pensionen in Wollzug zu setzen; demzufolge ware an die höchsten Regierungen von Königrch. Bayern und Kursterstenthm. Hessen bas Ersuchen ergangen, Einleitung zur definitiven Auseinandersetung des Pensions- und Schuldenwesens der vormaligen Rur = und Oberrheinischen Kreise unter den betheiligten Regierungen zu treffen. — Derselbe Gesichtspunkt liege allen weiteren Berhandlungen und Beschlussen zu Grunde, namentlich brude der in der 47. Sigung v. 20. Decbr. 1832, S. 272, erstattete Commissionsvortrag sich bahin aus:

<sup>\*)</sup> Da die ferneren Berhandlungen mit diesem Gutachten in engster Berbindung stehen, so werden wir es beinabe ganz wörtlich hier wiedergeben.

,,daß die Competenz der B. B. in Ansehung dieses Streites sich nicht sowohl auf den Art. 11. der B. A. oder den Art. 21. der Schl. A. — vermöge welchen sie sich dei den Streitigsteiten der Bundesglieder nur auf Bermittelung, und im Entstehungsfalle nur auf die Einleitung des Austrägalversahrens zu beschränken habe — als vielmehr auf den Art. 15. der B. A. gründe, durch welchen der Bund die Garantie der in dem Reichsdeputations-Recesse über das Areisschulden- und Penssionswesen enthaltenen Bestimmungen übernommen, und vermöge welchem die B. B. nunmehr dafür zu sorgen habe, daß dies Areisschulden- und Pensionswesen den besagten Bestimmungen gemäß definitiv und in einer solchen Beise ausein- andergesetzt werde, damit die dabei betheiligten Gläubiger und Pensionisten zu ihrer Bestiedigung gelangen."

"Bei Aufrechthaltung dieses Gesichtspunkts werde hohe B. B. auch jetzt ihr Augenmerk nicht blos auf die vorliegende Reclamation einiger Gläubiger, sondern im Allgemeinen auf die definitive Auseinandersetzung und gänzliche Beendigung wegen des zur Frage stehenden Schuldverhältnisses zu richten haben."

"Es werde daher kurzlich zu untersuchen seyn, ob und in wie weit durch die publicirten austrägalgerichtlichen Erkenntnisse der Zeitpunkt zur Beendigung der Sache herbei geführt sen; die einer solchen bisher entgegenstehenden Hindernisse seyen nun in soweit beseitigt, als

die Kurhessische Regierung schuldig erkannt sen, zur Oberrheinischen Kreiscasse die über das Ordinarium von 2½ Simplis von 1796 bis 1799 ausgeschriebenen Römermonate mit Zinsen zu fünf Procent nachzuzahlen, und an der Tilgung der in dieser Periode ausgenommenen Schuldkapitalien Theil zu nehmen;

## als ferner

die gegenwärtigen Besitzer der auf dem linken Rheinuser gelegenen vormaligen Kreisländer von der Verpflichtung, die Schulden beider Rheinkreise antheilig zu übernehmen, und die von den vormaligen Kreisskänden bis zum Jahre 1802 ausgeschriebenen Kömermonate nachzuzahlen, freigesprochen sepen,

## und als endlich

die, für jenseits des Rheins verlorne Kreisländer, diesseits entschädigten, oder in dem damaligen Umfange der zwei Rhein-

freise nicht mehr possessionirten vormaligen Kreisstände zu den noch vorhandenen Kur- und Oberrheinischen Kreisschulden nur dis zum Lüneviller Frieden beizutragen verbunden sepen — jedoch die Kreisschulden mit zu tragen haben, die zwar nach dem Lüneviller Frieden aufgenommen, aber zur Tilgung der zur Zeit dieses Friedens schon vorhanden gewesenen Schulden verwandt sepen."

"In wie weit aber die noch nicht erfolgte Erledigung der zur austrägalgerichtlichen Entscheidung verstellten Streitfrage:

ob Grßhrzgthm. Hessen für die nach seiner Angabe in den Jahren 1795 bis 1797 mehr gestellte Feldartillerie eine weitere Entschädigung in Anspruch nehmen könne?

so wie der Umstand, daß die bei Entscheidung der Frage über die Berppslichtung der Besitzer der auf dem linken Rheinuser zu denen auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande, gleichfalls zur Entscheidung verstellten Fragen:

wegen des Verhältnisses der Uebernahme der Schulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite belegenen Kreisslande? und ob sämmtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreisländer zu übernehmen sepen?

unentschieden geblieben sewen — einer definitiven Ausgleichung noch im Wege stehen; oder ob die von dem Austrägalgerichte in dem Besgleitungsschreiben ausgedrückte Hoffnung,

daß durch die erfolgte Feststellung der allgemeinen Grundsätze, die Uebernahme der Kreisschulden betreffend, der Weg zur gänzlichen Erledigung des rheinischen Kreisschuldenwesens gebahnt —

richtig sen? dies vermöge die Commission ohne nähere Aeußerung der bei der Sache annoch betheiligten höchsten Regierungen — insbesons dere der von Grßhrzgthm. Hessen über die gänzliche Aufgabe des Anspruchs auf Entschädigung für mehr gestellte Feldartillerie — nicht zu beurtheilen; auf die Abgabe einer solchen Erklärung habe die Commission daher den Antrag zu richten; dis zu deren Eingang werde auch die Bescheidung der sich an hohe B. B. mit der Borstellung — Nr. 19. des Eingabenverzeichnisses — gewandt habenden Gläubiger auszussehn sen sen."

"Rach bem Eingange der Erklarungen werde sich beurtheilen lassen, ob ein abermaliges Austrägalverfahren wegen einiger Streitfragen ein-

Auleiten? ober ob die Königl. Baperische und Kursurstlich Hessische Regierung vielleicht zu ersuchen seyn möchten, durch nochmalige Ernennung von Commissarien die besinitive Auseinandersetzung zu veranlassen? — ober ob endlich eine solche durch gütliche Verständigung zwischen den betheiligten Regierungen zu erreichen stehe?"

"Die gegenwärtigen Besitzer ber auf dem linken Rheinuser belegenen vormaligen Kreislande seven als solche bei der Sache nicht weiter betheiligt, wohl aber insosern sie auch auf der rechten Rheinseite Kreisländer besäßen, wenn gleich sie wegen des größeren Umfangs der linksrheinischen Besitzungen in dem Austrägalversahren gegen die übrigen Besitzer rechtsrheinischer Kreisländer aufgetreten seven."

Auf Antrag der Commission wurde an alle bei dem Schulden- und Pensionswesen beider Rheinkreise betheiligten höchsten und hohen Regierungen, welche nach Ausweis der Akten rechtsrheinische Länder beider vormaligen Rheinkreise besitzen — mit alleiniger Ausnahme der von Oldenburg und Sachsen-Coburg — das Ersuchen zur Abgabe der Erklärung auf den Grund dieses Vortrages gerichtet, durch den S. 477. erfolgten Beschluß:

"daß die Regierungen von Preußen, Bayern, Hannover, Würstemberg, Baden, Kurhessen, Grßhrzgthm. Hessen, Sachsen-Weimar, Nassau, Waldeck, Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt aufgefordert werden, auf den Grund des von der Vollziehungscommission erstatteten Vortrages ihre Erklärungen abzugeben."

4

Auf diese Aufforderung bemerkt der Königl. Preußische Gesandte, Sess. XXXIV. S. 370. S. 1031, Namens der obengenannten betheiligten Regierungen, daß, behufs der Vorbereitung der in Folge des ebenerwähnten Bundesbeschlusses (S. 177.) von denselben abzugebenden Erklärungen, bereits die geeigneten Einleitungen getroffen worden sewen, und daß sie daher zu einer weiteren Leußerung bald im Stande zu seyn hofften.

In folgendem Jahre 1839 bemerkte ferner noch der Königl. Preußische Gesandte, Sess. XXI. S. 285. S. 698, unter gleichfallsiger Zustimmung der hier betheiligten Gesandten, bei Gelegenheit eines Vortrags der Reclamationscommission über erneuerte Eingabe des E. E. Hoffmann:

"Die in der vorläusigen Anzeige (s. oben B. Pr. S. 370.) ers wähnte Einleitung zur definitiven Erledigung der fraglichen Angelegens heit habe vornämlich in dem an die Königl. Bayerische und die Kur-

phy

Kn:

数:

Mg

ele:

**b**t

ite

KT.

j.

fürstlich Hessischen Regierung gerichteten Ersuchen aller übrigen, bei ber Sache interessirten Regierungen bestanden, durch sachkundige Commissarien die für die Aussührung des Austrägalerkenntnisses und für die desinitive Erörterung der noch unentschieden gebliedenen Punkte ersorderlichen Borarbeiten sertigen zu lassen. Diesem Ersuchen ser mit derselben Bereitwilligkeit entsprochen worden, mit welcher dieselben allerhöchsten Regierungen der Regulirung des Kursund Oberrheinisschen Kreisschuldenwesens schon früher durch Bestellung von Comissarien den größten Vorschub geleistet hätten; die Arbeit der demzusolge ernannten Commission habe den besten Fortgang gehabt, und es werde die verlangte Erklärung nunmehr baldthunlichst abgegeben werden."

Ueber ben Stand dieser commissarischen Arbeiten außert sich i. Z. 1841, Soss. VI. S. 92. S. 128, ber Referent ber Reclamations 1841. commission in einem Vortrag über eine Forderung des verstorbenen Landgrasen E. G. Karl von Hessen, daß deren Arbeiten soweit vorgerückt seven, daß das Resultat derselben hoher B. B. binnen wenigen Monaten vorlegen zu können gehosst werde; desgleichen später i. Z. 1842, Soss. IX. S. 107. S. 148, "daß inmittelst die Arbeit\*) dieser 1842. Commission, verbunden mit Vorschlägen zur endlichen gänzlichen Erselbigung des erwähnten Schuldenwesens, vollendet und solche, durch Oruck vervielsältigt, den Gesandtschaften der betheiligten höchsten und hohen Regierungen zur Einsendung bereits mitgetheilt worden sey.

Gelegentlich eines Vortrags des Referenten der Reclamationscommission über die Reclamation des W. Julius Lindt, in Sess. XXV.

\*) Unter dem Titel "Darstellung ber gegenwärtigen Lage bes Kur = unb Oberrheinischen Kreisschulden= 2c. Wesens und Borschläge zu bessen ganzlicher Erledigung (Frankfurt a. M., Druck von B. Krebs, 1842) verbreitet sich bie ausführliche Ausarbeitung auf 152 gebruckten Folioseiten. — Der erste Theil biefer Darftellung, S. 6 - 30., hanbelt von ber gegenwärtigen gage bes Schulbens wesens ber Rheintreise und umfaßt im ersten Abschnitt g. 2 - 21. turge Ges schichte ber früheren Berhandlungen; im zweiten Abschnitt S. 22 — 53. bas Rechtsverhaltniß der Rheinkreise, wie es bermalen als festgestellt zu betrachten ift; im britten Abschnitt S. 54 - 69. bie Matrifeln ber Kreise. - Der zweite Theil berfelben S. 31 — 43. hanbelt von bem numerischen Berhaltniffe, ober Uebersicht bes Aftiv = und Passiv = Buftanbes und Bertheilung ber Passiven unter die betheiligten Regierungen, und umfaßt im ersten Abschnitt ben Rurs rheinischen Kreis S. 71 - 81; im zweiten Abschnitt ben Oberrheinischen Kreis \$. 82 — 100, und im britten Abschnitt beibe Rheinkreise und zwar die Busams menstellung der Aktiv = und Passiv = Schuldtheile jeder Regierung und deren effective Schuld, S. 101. — Der lette Theil der Darstellung endlich, S. 43 — 47, handelt von den Borschlägen zu befinitiver Auseinandersehung bes rheinischen Arcisschulbenwesens S. 103 - 115. - Die Anlagen begreifen S. 49 - 152.

S. 277. S. 605, wird ferner bemerkt, "baß gedachte Borschläge von mehreren der betreffenden Regierungen bereits genehmigt worden seven, mithin diese an sich sehr weitläusige und verwickelte Sache keineswegs in's Stocken gerathen sey."

1843. Rach diesen Erklärungen spricht sich i. I. 1843 bas Prot., in Sess. XII. §. 129. S. 244, folgenbermaßen aus:

"Die Verhandlungen hatten zu dem erwünschten Resultate geführt, und die Gesandten befänden sich zu ihrer Befriedigung jett in dem Falle, hoher B. B. das Einverständniß der sämmt lichen betheiligten Staaten mit denjenigen Vorschlägen für die desinitive Regulirung des Kur- und Oberrheinischen Kreisschuldenwesens anzuzeigen, welche zu diesem Ende von zwei, Königk. Bayerischer und Kurfürstk. Hessischer Seits, nach Ersuchen der übrigen Betheiligten, mit Auftrag versehenen Beamten, dem Staatsrathe von Hesser und dem Regierungsdirector Lotz, ausgestellt worden sepen."

"Hierburch erledigten sich die früher unentschieden gebliebenen Streitfragen, und das Concurrenzverhältniß der betheiligten Bundes-staaten (unter Vertretung von Hannover und Sachsen-Weismar durch die Krone Preußen, und von Hessen-Homburg durch Grährzgthm. Hessen) stelle sich völlig in's Klare."

"Die Ausführung der gedachten Vorschläge nunmehr zu veranlassen, sen die Königl. Preußische Regierung von allen übrigen hierbei betheiligten Regierungen ersucht worden, und Allerhöchstdieselbe habe sich zur Uebernahme dieses Auftrages bereit erklärt."

"Es werde bemzufolge jett mit möglichster Beschleunigung zu der Befriedigung der Gläubiger geschritten und an dieselben deshalb das Geeignete erlassen, auch von dem Abschlusse des Geschäfts hoher B. B. demnächst weitere Nachricht gegeben werden."

Nach stattgefundener Erdrterung wurde hierauf beschlossen:

"Die vorstehende Anzeige zur Kenntniß zu nehmen und ber zusgesicherten weitern Mittheilung entgegen zusehen."

Diese Mittheilung erfolgte im folgenden Jahre 1844, Soss. I. §. 9. S. 5. — Die Gesandten von Preußen, Bayern, Hannover, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Grßhrzgthm. Hessen, der Grßhrzgl. n. Hrzgl. Sächsischen Häuser für Sachsen-Weimar, von Braunschweig und Nassau für Nassau, der 16ten Stimme für Waldest und Hessen-Homburg, und der Gesandte der freien Stadt Frankfurt seyen jetzt in dem Falle, hoher B. V., in Verfolg ihrer am 27. April v. I. über die Regulirung des Kur- und Oberrheinischen Kreisschuldenwesens zum

Bundestagsprotokolle gelangten gemeinschaftlichen Anzeige, die dort vorbehaltene weitere ergebenste Eröffnung zu machen.

Es sey inzwischen von der Königl. Preußischen Regierung der in der Anzeige vom 27. April v. J. erwähnte Auftrag durch Veranlassung der Ausarbeitung der Druckschrift\*), unter folgendem Titel:

"Anhang zu der Darstellung des Kur- und Oberrheinischen Kreisschuldenwesens.

## Enthaltend:

- 1. die Berechnung und Vertheilung der Zinsen vom 1. Juli 1840 bis Ende Septbr. 1843 und
- II. die Ueberweisung der Gesammtschulden mit Zinsen bis Ende September 1843 auf die betheiligten Regierungen,"

und durch Mittheilung berselben an die sammtlichen betheiligten Resgierungen vollständig ausgeführt worden, und es habe demzufolge die Befriedigung der Kreisgläubiger statt gefunden.

Die hohe B. V. werde ohne Zweifel gern die solchergestalt bewirkte endliche Erledigung einer Angelegenheit vernehmen, welche seit dem Anfange dieses Jahrhunderts Gegenstand vielsacher, langwieriger, verwickelter und kostspieliger Verhandlungen gewesen sen.

Die B. B. nahm diese Anzeige zur Wissenschaft; zugleich wurde auf Antrag des Königl. Bayerischen Gesandten beschlossen:

"Der allerhöchsten Königl. Preußischen Regierung für ihre, ber befriedigenden Erledigung des in Rede stehenden Schuldenwesens gewidmeten, erfolgreichen Bemühungen den Dank der B. B. auszudrücken."

Da besondere Verhandlungen über die Forderung mehrerer einzelnen Reclamanten statt fanden, so wollen wir der Vollständigkeit wegen derselben hier noch erwähnen.

1) Munzwardein-Abjunct Diete.

Sowohl in dem Schreiben des Königl. Würtembergischen Obertribunals vom 22. Nov. 1837, Sess. I. S. 8. S. 9, 1838, als in den 1838. Entscheidungsgründen zum zweiten Urtheil S. 44. ist besselben Erwähnung geschehen, und der Referent der Erecutionscommission wiesderholt in seinem Vortrage über Vollziehung der ergangenen Urtheile und diesfallsige Gesuche mehrerer dabei betheiligten Privatgläubiger, in Soss. XIV. S. 177. S. 474, folgendermaßen den Ausspruch des Würtembergischen Obertribunals:

<sup>\*)</sup> Dieselbe ift, auf 71 Folioseiten gebruckt, ber B. B. mit übergeben worben.

"Ueber die Frage:

wegen Vertretung der Forderung des Münzwardein-Abjuncten Dietze endlich,

habe es an Anhaltspunkten zur Entscheidung gefehlt, da, wie die Entscheidungsgründe zum zweiten Urtheil weiter ausführten, von allen betheiligten Regierungen keine barauf sich beziehende Ausführung beigebracht, noch ein besonderer Antrag gestellt sen, und diese Sache durch die Entscheidung dieses Punktes ihre Erledigung erhalten dürste."

Das Königl. Obertribunal außere schließlich die Hoffnung:

"daß durch die im Erkenntniß aufgestellten Grundsäte, der Weg zur Erledigung des rheinischen Kreisschuldenwesens gebahnt sen, ohne daß es einer Erledigung aller speciellen Fragen bedürfen werde. — Für den Fall aber, daß dennoch ein weiteres Austrägalverfahren nothwendig werden sollte, musse weiterer specieller Weisung hoher B. B. entgegengesehen werden."

Hierauf erfolgte nun der schon oben angezogene Beschluß, Prot. S. 477, daß die betreffenden Regierungen aufgefordert werden, auf den Grund dieses Vortrags ihre Erklärungen abzugeben.

Dietze reichte jedoch eine Eingabe ein (Eingab. Reg. Rr. 34. Soss. XXI. S. 248. S. 754.), worin er seinen Antrag bahin richtet:

"Daß ihm zur beförberlichen separaten Erledigung seiner Pensionsansprüche, gegen Verzichtleistung auf alle Rechtsansprüche und Nachforderungen, ein Capital, dessen Zinsen, zu 4 Procent gerechnet, ihm jährlich wenigstens 800 Gulden einbringen würden, als Aversum bewilligt und ausbezahlt werde."

Er bittet am Schlusse ber Eingabe:

"Hohe B. W. wolle geruhen, sich bei den betheiligten höchsten und hohen Regierungen dahin huldreichst zu verwenden, daß Höchstdieselben, unter den obwaltenden besonderen Umständen die ihn betreffende Pensionsangelegenheit nach seinem ehrfurchtsvoll gestellten Antrage und Erbieten vordersamst und ohne Abwartung der besinitiven Regulirung des ganzen Kurund Oberrheinischen Schulden- und Pensionswesens gegen Verzichtleistung des Imploranten auf alle Nachsorderungen, in Güte zu erledigen, gnädigst geruhen möchten."

Heclamationscommission, in Sess. XXVI. §. 297. S. 850, einen Vorstrag, und beantragt, was S. 851. zum Beschluß erhoben ward:

"Daß dem Reclamanten eine Abschrift des zweiten Austrägalurtheils in der Kur- und Oberrheinischen Schulden- und Pensionsangelegenheit, ingleichen des S. 49. und 50. der dazu gehörigen Entscheidungsgründe, zugesertigt, auch ihm dabei eröffnet werde, daß die Verhandlungen über die Regulirung des fraglichen Kreisschuldenwesens sortgesetzt werden und es ihm unbenommen bleibe, wegen etwa zu erhaltender Unterstützung unmittelbar an die betheiligten Regierungen sich zu wenden."

Die Raiserlich Desterreichische Präsidial-Gesandtschaft stimmt zwar ebendaselbst dem Commissionsantrage bei, bringt jedoch diese Sache wegen des beklagenswerthen Looses des Reclamanten in besonderem Auftrag seines Hoses bei den betheiligten hohen Regierungen in wohl- wollende Erinnerung, und gibt Höchstenselben anheim, auch noch vor der desinitiven Auseinandersetung des Kreisschulden- und Pensions- wesens sich dahin zu vereinigen, daß dem Reclamanten, der nun schon seit beinahe 32 Jahren die von ihm angesprochene Pension entbehrt, nach seinem Antrage ein billiges Aversum gewährt werde.

In Rudficht auf die Billigkeitsgründe, welche dem bei hoher B. B. oft erörterten Penfionsanspruch des vormaligen Münzwardein-Absuncten Diege zur Seite fteben, und auf die bedrängte Lage biefes Mannes erklärten die Regierungen von Preußen, Bayern, Baben, Kurhessen, Grßhrzath. Hessen und Nassau, in Sess. VIII. S. 102. S. 295. A. J. 1839, daß sie sich unter dem Borbehalte kunftiger Aus- 1839. einandersetzung mit den übrigen bei dem Kur- und Obertheinischen Rreisschuldenwesen betheiligten Regierungen, vereinigt hatten, bem Reclamanton eine averstonelle Abstribung auf der Basis der in den Conferenzpeotofollen vom 19. Februar und 17. September 1880, sowie in dem Unsschwödertrage vom 29. Septhr. 1831 (Sess. XXXII. S. 209. C. 749-752) befürworteten Worfchlages, unter ber Woraussetzung zu gewähren, baß berselbe gegen beren Empfang allen wegen bes Sehaltes ober der Penfion des Munzwarbein an die Kur- und Oberrheinische Kreiskasse und an die betheiligten Bunbeskaaten gemachten, ober noch zu erhebenden Unsprüchen förmlich und gerichtlich entsage.

Damit jodoch der Nachtheil des stattgesundenen mehrjährigen Verzuges einer Erledigung der Sache nicht den Reclamanten treffe, und um vielem ihre Rückstkahme auf seine Lage noch mehr zu bethätigen, wollen die genannten Regierungen die früher für billig erachtete Summe von 6,000 Enden die auf den Betrag von 8,000 Enden rheinisch

erhöhen, bessen Zahlung nach Eingang ber Verzichtserklärung in bem Verhältnisse erfolgen wird, baß

Preußen 1,777 Gulben 461/2 Rr. Bayern 1,777 462/2 531/4 888 Baben. Rurhessen . 1,333 20 " Grßhrzgthm. Heffen 1,111 62/2 " und Nassau 1,111 62/2

unter bem gedachten Vorbehalte vorläufig entrichtet."

Bierauf wurde S. 296. beschlossen:

"daß der Münzwardein-Abjunct Dietze, mit Bezugnahme auf den am 27. September 1838 auf die Eingabe seines Bevollmächtigten, Dr. Dietze dahier, erfolgten Bundesbeschluß, von dem vorstehenden Anerdieten der bei dem Schuldenwesen des Kur- und Oberrheinischen Kreises betheiligten Regierungen durch dessen eben benannten Bevollmächtigten zu verständigen und ihm das Weitere zu überlassen sen."

1840. Auf biesen Beschluß brachte Präsidium i. J. 1840, Sess. I. §. 8. S. 6, zur Kenntniß der B. B., daß der Reclamant von dem wohls wollenden Erbieten der allerhöchsten und höchsten Regierungen von Preußen, Bayern, Baden, Kurhessen, Grßhrzgthm. Hessen und Nassau, für sich und in Vertretung der übrigen bei dem Kur= und Oberrheinisschen Kreißschuldenwesen betheiligten Regierungen, und unter dem Vorbehalte künstiger Abrechnung mit diesen, ihm aus Billigkeitsrücksschen eine aversionelle Absündung von 8,000 Gulden rhein. zu bewilzigen, durch die Bundestanzlei-Direction unterrichtet worden sey.

Der Reclamant habe jenes Erbieten unter Aeußerungen der lebhaftesten Dankbarkeit für die ihm geschenkte Theilnahme und für die
auf eine Vereinbarung über diesen Gegenstand gerichteten Bemühungen gern angenommen, nach gehöriger Ausstellung der erforderten
Duittungs- und Verzichts-Urkunde, die gedachte Summe, zum Theil
unmittelbar von den betreffenden Gesandten, zum Theil durch Vermittelung der Bundescasse-Verwaltung, baar empfangen und die fragliche Angelegenheit hierdurch ihre vollständige Erledigung erhalten.

Die B. B. nahm ebendaselbst diese Mittheilung zur Wiffenschaft.

2) Ernft Emil Hoffmann.

Sächsische Gesandte Namens der Reclamationscommission, Sess. XXI.

§. 284. S. 697, über ein Gesuch des E. E. Hoffmann zu Darm-

stadt wegen Berichtigung einer Forderung von 2,374 Gulden nebst Zinsen an den Oberrheinischen Kreis, welche ihm — ungeachtet der erlassenen öffentlichen Austrägalurtheile — noch nicht angewiesen worden seyen.

Referent spricht sich — nachdem das auch auf diese Reclamation Bezügliche reassumirt — im Wesentlichen dahin aus:

"Schon in dem Vortrage der Vollziehungscommission (Prot. v. 1838, S. 177.) werde, mit Beziehung auf den Ursprung der von dem Rur= und Oberrheinischen Schulden= und Pensionswesen herrührenden Anspruche, weil solche durch den Art. 15. der B. A. vom Bunde garan= tirt sepen, umständlich ausgeführt, daß die B. A. ihr Augenmerk nicht blos auf die Reclamationen einzelner Gläubiger, sondern im Allgemeinen auf befinitive Auseinandersetzung und ganzliche Beendigung wegen bes in Frage stehenden Schuldverhaltnisses zu richten habe. Daher sen zu wünschen, daß die betheiligten höchsten Regierungen von der Ernennung einer Commission und von dem Fortgange und Ergebnisse der commissarischen Arbeiten der B. B. Nachricht geben, auch über= haupt deren Beschleunigung anordnen, damit diese, seit länger als zwanzig Jahren bei bem Bunde anhängigen Rechtsansprüche endlich erledigt werden. Allein inmittelst könne die B. B. in den Gang der Sache nicht einwirken, am wenigsten, wie ber Reclamant gebeten habe, bie Zahlungsanweisung anordnen."

Hierauf bemerkte der Königl. Preußische Gesandte S. 698. unter Zustimmung der übrigen hierbei betheiligten Gesandten und insbeson= dere der Gesandten von Bayern und Kurhessen:

"Die in der vorläufigen Anzeige vom 29. Novbr. 1838 (f. Prot. §. 370.) erwähnte Einleitung zur definitiven Erledigung der fraglichen Angelegenheit habe vornämlich in dem an die Königl. Bayerische und die Kursürstlich Hessische Regierung gerichteten Ersuchen aller übrigen, bei der Sache interessirten Regierungen bestanden, durch sachefündige Commissarien die für die Aussührung des Austrägalerkenntnisses und für die desinitive Erörterung der noch unentschieden gebliebenen Punkte erforderlichen Borarbeiten sertigen zu lassen. Diesem Ersuchen sen mit derselben Bereitwilligkeit entsprochen worden, mit welcher dieselben allerhöchsten Regierungen der Regulirung des Kurund Oberrheinischen Kreisschuldenwesens schon früher durch Bestellung von Commissarien den größten Vorschub geleistet hätten; die Arbeit der demzusolge ernannten Commission habe den besten Fortgang gehabt und es werde die durch den Bundesbeschluß vom 5. Juli v. J.

(s. Prot. v. I. 1838, S. 177.) verlangte Erklärung nunmehr baldthunlichst zum Protokoll der hohen B. B. abgegeben werden."

In Folge dieser Erklarung wurde auf Prassdialantrag unter allgemeiner Zustimmung S. 698. beschlossen:

"Den Reclamanten E. Emil Hoffmann in Darmstadt durch die Erßhrzgt. Hessische Regierung, im Sinne der von dem Königl. Preußischen Gesandten abgegebenen Erklärung bescheiden zu lassen."

3) Ennker.

Der Gesandte der 15ten Stimme erstattete i. J. 1840, Sess. I. §. 32. S. 31., Ramens der Reclamationscommission Wortrag über eine Eingabe (No. 53. v. J. 1839) der Wittwe des zu Gedern versstorbenen Justizamtmannes Raths Lynker.

Derselbe habe sich bereits i. J. 1817 an hohe B. V. gemandt in einem Gesuche wegen Gehalts= und Pensionsnachzahlung der von ihm bekleideten Stelle als Regimentsquartiermeister des. Oberrheinischen Regiments Prinz Karl Theodor von Bayern. Er sen jedoch durch Beschluß vom 3. Juli abgewiesen worden, weil er schon i. I. 1801, bei Auflösung des Kreisregiments, ohne Pension entlassen worden, auch weder die Kreisversammlung, noch die damalige Reichs-Crecutions=Subdelegationscommission seinem Gesuche willfahrt hatten, ber B. B. aber nicht zustehen könne, eine abandernde Entschließung zu fassen. — Eine weitere von dem Bittsteller in hochst unangemessenem Tone abgefaßte Vorstellung i. J. 1818 sen nach erstattetem Commissionsvortrag als beruhend lediglich ad acta genommen worden. In der vorliegenden Vorstellung brächte Reclamantin den vermeint= lichen Anspruch ihres verstorbenen Gatten auf Nachzahlung einer Pension für die Zeit, wo er ohne Anstellung gemesen, auf's Neue zur Sprache, und führe unter Bezugnahme auf die von ihrem Chemanne eingereichten früheren Vorstellungen an:

"Es sen bei den Wiener Ministerial-Conferenzen die Regulirung des Kreisschulden = und Pensionswesens der B. A. überwiesen, um eine Vereinigung der Bundesglieder ex aequo et
bono zu erwirken; hiezu sen auch eine Commission ernannt
und durch einen neuerlich publicirten Bundesbeschluß den Gläubigern der Reichs-Operationskasse Besriedigung zugesichert worden. — Da nun die von der Kreisversammlung und
der Reichserecutions-Subdelegationscommission erfolgte frühere Abweisung des Ehemannes der Reclamantin mit dem Recht und der Bikigkeit nicht übereinstimme, möge die B. V., mit Rücksicht auf die dürftigen Vermögensverhältnisse der Bittskellerin, durch einen abändernden Bescheid die Auszahlung einer verhältnismäßigen Pension für den Zeitraum von zwei Jahren und drei Monaten verfügen."

Auf Antrag der Commission wurde hieranf, da sowohl aus der frühern als der jetzigen Vorstellung sich schon zur Genüge ergebe, daß dies abermals an die B. B. gerichtete Pensionsgesuch zur Berücksichtigung überall nicht geeignet sen, beschlossen:

"Die Bittstellerin, unter Bezugnahme auf den Beschluß vom 3. Juli 1817, abzuweisen."

4) Landgraf Ludwig Georg Karl von Hessen.

Ueber eine erneuerte Reclamation des Curators der Verlassenssischaftsmasse weiland Sr. Durchlaucht des Herrn Landgrafen Ludwig Georg Karl von Hessen, worin er die zu Gunsten dieser Masse schon früher von ihm gestellte Vitte wiederholt, daß dieselbe zum Empfang der dem Herrn Landgrafen als Feldmarschall des ehemaligen oberrheinischen Kreises gebührenden Gagenrückstände gelangen möge, erstattet der Königl. Bayerische Gesandte Namens der Reclamationscommission i. J. 1841, Sess. VI. §. 92. S. 127. Vortrag.

"Der bei der früheren Liquidationscommission angemeldete Gagenrückstand weiland Sr. Durchlaucht des Herrn Landgrafen sen mit
jährlich 3,000 Gulden für den Zeitraum vom 1: April 1804 bis zu
dessen Todestag, dem 26. Oktober 1823, sohin für 19 Jahre 6 Monate 26 Tage mit einem Gesammtbetrage von 58,716 Gulden 40 Kr.
als liquid erkannt und in den Schuldenstatus des oberrheinischen Kreises ausgenommen."

"An vorschußweisen Zahlungen hierauf seyen in drei verschiedenen Posten mittelst 45 cedirten Quittungen zu 9,750 Gulden, 200 Gulsden und 800 Gulden, im Ganzen 10,750 Gulden liquidirt worden, nach deren Abzug von obiger Gesammtforderung für die Landgrässiche Vermögensmasse noch erübrigen 47,966 Gulden 40 Kr., deren Ueberweisung und Berichtigung von vollendeter Auseinandersehung des Kreissschuldenwesens abhänge."

"Die Commission, mit welcher sich der vortragende Ausschuß vor kurzer Hand benommen habe, sen in ihren Arbeiten so weit vorgerückt, daß sie das Resultat derselben hoher B. B. binnen wenigen Monaten vorlegen zu können hoffe."

# 292 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Fälle.

Auf Antrag der Reclamationscommission wurde hierauf ebendaselbst, Prot. S. 128, beschlossen:

daß dem Curator der Verlassenschaftsmasse weiland Er. Durchlaucht des Herrn Landgrafen Georg Karl von Hessen, in Erwiederung auf dessen Eingabe, von dem Stande der Sache zu seiner Beruhigung durch Vermittlung der Grßhrzgl. Hessischen Gesandtschaft Nachricht zu geben sey.

Von der, zufolge dieses Beschlusses, dem Curator der betreffenden Verlassenschaftsmasse ertheilten Kenntniß von dem Stande der Sache, macht der Grßhrzgl. Hessische Gesandte in Soss. VII. §. 106. S. 197. Anzeige.

Seite (Nro. 10. des Eingabenregisters), über welche der Kurhessische Gefandte Namens der Reclamationscommission in Sess. IX. §. 107. S. 146. Vortrag erstattete. — Reclamant danke für die ihm durch obigen Beschluß verschaffte Kenntniß von der damaligen Sachlage, und bitte, ihm den neuesten Stand der fraglichen Angelegenheit ebensalls bekannt machen zu wollen, wo möglich unter Angabe der Zeit, wann die Berichtigung des fraglichen Gagenrückstandes wahrscheinlich werde geleistet werden, damit er, wenn die dessallsige Auskunft günstig sen, im Interesse der Berlassenschaftsmasse darnach zu handeln versmöge. — Ferner suchte er darzuthun, weshalb er sich zu der zweiten Bitte veranlaßt sehe: hohe B. B. wolle gleichzeitig wiederholen:

"daß die Inhaber der Forderungen von 9,750 Gulden, 200 Gulden und 800 Gulden an Grßhrzgl. Ob.=App.=Ger. zu Darmstadt gewiesen worden sepen, und solgeweise sie sich ihres angesprochenen Guthabens wegen an diese Behörde zu wenden gehabt hätten, von welcher auch und rosp. von der unter ihrer obern Aussicht besindlichen Landgrässichen Vermögensmasse die fraglichen Forderungen demnächst auszuzahlen sepen."

In dem hierüber erstatteten Gutachten ist ausgesprochen, daß, wenn auch hohe B. B. nicht nur die beruhigende Ueberzeugung erlangt habe, daß das fragliche, unter ihrer Garantie stehende Schuldenwesen der Erledigung sich bedeutend genähert habe, sondern auch zu der Hossnung berechtigt werde, ohne daß es ihrer Dazwischenkunst gegenwärtig bedürfe, einer baldigen gütlichen Auseinandersetzung vertrauensvollentgegen sehen zu können, so werde doch Hochdieselbe Anstand nehmen, von dem gedackten neuesten Stande der Sache der, vorerst nur noch in Verhandlungen unter den betheiligten Regierungen, nicht aber schon in endlichen Re-

fultaten bestehe, und wobei sich eine Zeit der erfolgenden Zahlung von hieraus noch nicht bestimmen lasse, den Bittsteller genauer zu unterrichten.

Noch bedenklicher erscheine, ber zweiten Bitte zu entsprechen. Die Verweisung der betreffenden Gläubiger an das Grßhrzgl. Ob.= App. = Gericht zu Darmstadt sen zwar von der vormaligen Liquida= tionscommission geschehen, keineswegs aber von ber B. B. bereits ausdrucklich bestätiget worden; und diese Bestätigung lediglich auf einseitiges Anrufen des Massecurators jest auszusprechen, — zu einer Zeit, wo über das Kreisschuldenwesen in Folge Bundesbeschlusses nicht bei hoher B. V., sondern zum Zwecke einer gutlichen Verständigung vorerst nur noch zwischen ben betheiligten hochsten und hohen Regierungen verhandelt werde — halte die Reclamationscommission um so weniger für geeignet, als der Betrag der ganzen Gage=Ruckstandsforderung mit 58,716 Gulden 40 Kreuzern der Landgräflichen Debitmasse zu gute komme, und die Entscheidung der Unterfragen, ob und welche Gläubi= ger des Herrn Landgrafen Ludwig von Hessen Durchlaucht einen rechtlichen Anspruch an dieses Aktivum jener Masse haben, schon nach der Natur der Sache, mithin ohne besondere Verfügung der B. V. vor das competente Landesgericht gehöre.

Nach dem Antrage der Commission wurde hierauf S. 149. besschlossen:

"dem Bittsteller — — zu eröffnen, daß seinem vorliegenden Gesuche von hieraus nicht zu entsprechen stehe, indem die Auseinandersetzung des Kur= und Oberrheinischen Kreisschulden- wesens dermalen noch lediglich zwischen den betheiligten höchsten und hohen Regierungen verhandelt werde; da aber zu denselben auch die Grßhrzgl. Hessische gehöre, es ihm über- lassen bleibe, an Höchstdieselbe sich zu wenden."

## 5) W. J. Linbt.

Ueber eine (No. 33. des Eingabenregisters) Eingabe des Handelsmanns Wolfgang Julius Lindt zu Frankfurt a. M. in eigenem Namen und im Auftrag seiner übrigen Miterben des Jakob Lindt daselbst, weil dessen Nachlaß nicht eher auseinandergesetzt werden könne, bis man wisse, woran man mit den dazu gehörigen Kapital= und Zinsensorderungen an den vormaligen oberrheinischen Reichskreis sen, und er daher bitte, hohe B. B. wolle geruhen, zu Erledigung des Schulden= wesens dieses Rheinkreises geeignete Maßregeln anzuordnen, erstat= tet der Kurfürftl. Hessische Gesandte Namens der Reclamationscommission 1842, sin Sess. XXV. §. 277. S. 604, Wortrag.

In dem Haupt-Schuldenetat des ehemaligen Oberrheinischen Kreisses fänden sich unter dem Namen von Jakob Lindt zwei Forderungen als liquid aufgenommen, im Kapitalbetrage von 3,500 und 2000 Gulden F. W.; das Interesse der Erben desselben an dem fraglichen Schuldwesen stehe somit außer Zweisel. — Referent reassumirt sodann die in den letzteren Jahren über dieses Schuldenwesen im Allgemeinen gepflogenen Verhandlungen (s. oben) und sucht hieraus darzuthun, daß unter diesen Umständen die erbetene Anordnung von Naßregeln zur Erledigung der in Rede besindlichen Angelegenheiten dermalen noch nicht als ersorderlich erscheine.

Auf Antrag der Commission wurde hierauf ebendaselbst, S. 605. beschlossen:

"dem Bittsteller zu seiner Beruhigung von dem dermaligen Stand der Sache, welcher zur Hoffnung haldiger Erledigung berechtige, durch Vermittelung des Gesandten der freien Stadt Frankfurt Nachricht geben zu lassen."

A. Schreiben vom 22. November 1837. (Siehe Prot. v. J. 1838, Sess. I. §. 8. S. 7. Band I. S. 478. Band II. S. 277.)

## An die hohe Beutsche Pundesversammlung!

"Durch die Beschlusse Einer hohen Deutschen Bundesversammlung vom 12. Juli 1832 und 12. Mai 1834 ist uns die austrägalgerichtliche Entscheidung von vier verschiedenen Hauptfragen, welche sich bei der Auseinandersetzung des Schulden- und Pensionswesens der vormaligen beiden Rheinkreise als streitig herausgestellt hatten, unter Bezeichnung der bei jeder dieser vier Fragen betheiligten und sich gegenüberstehenden Regierungen ausgetragen worden."

"Wir haben über jede dieser vier Fragen processualische Berhandlungen eingeleitet, es hat aber nur über die erste, dritte und vierte Hauptfrage ein bis zum Schluß gesührtes gerichtliches Versahren statt gefunden; dagegen hat in Betreff der zweiten Hauptfrage die Großherzoglich-Hessische Regierung durch ihren Anwalt erklären lassen, daß sie ihren Anspruch auf Entschädigung für mehr gestellte Feld-Artillerie, wenigstens vor der Hand und dis zur Entscheidung der ersten Hauptsfrage, nicht verfolgen wolle. Da nun auf die Benachrichtigung der Anwälte der hiebei betheiligten Regierungen mehrere derselben in die einstweilige Suspension der gerichtlichen Erörterung dieser Frage ausdrücklich eingewilligt haben und keine derselben sich dem Antrag der Großsherzoglich Pessischen Regierung auf eine bestimmte Weise widersett hat, so war das Austrägalgericht nicht in der Luge, weitere Verhandlungen über diese Frage zu veranlassen, sondern hat sich auf das gerichtliche Verfahren über die drei anderen Fragen beschränken mussen."

"Warum nicht innerhalb Jahrekfrist von der Zeit der Einreichung der Klageschriften an, die Erledigung durch Erkenntnisse habe erfolgen können, haben wir in einem ehrerbietigen Bericht vom 10. Novbr. 1830 angezeigt."

"Auf den Grund der geschlossenen Verhandlungen haben wir nun, sobald und solches möglich geworden, in Betreff der ersten Hauptfrage den 18. Novbr., über die dritte Hauptfrage den 18. Novbr., und über die vierte Hauptfrage den 22. Novbr. d. I. Urtheile gefällt, und die Einleitung getroffen, daß deren Aussertigungen theils den von den betheiligten Regierungen bevollmächtigten, und beziehungsweise sur sie von Amtswegen aufgestellten Anwälten, theils den Regierungen selbst durch die betreffenden Bundestagsgesandtschaften zugesertigt werden."

"Unter Wiederanschluß der von der hohen deutschen Bundesversammlung uns mitgetheilten Akten und mit den von uns gesammelten Akten über die zur Sprache gekommenen verschiedenen Fragen, in fünf Specialfascikeln bestehend, legen wir nun der hohen deutschen Bundesversammlung unsere Erkenntnisse nebst Entscheidungsgründen, mit folgenden Bemerkungen ehrerbietig vor."

"1) Von den neun verschiedenen Fragen, welche in Betreff des Schulden und Pensionswesens an die hohe deutsche Bundesversammelung, als einer versassungsmäßigen Erledigung bedürsend, gebracht worden sind, ist zwar die erste nicht zur austrägalgerichtlichen Entscheidung verwiesen, jedoch den betheiligten Regierungen bei der fünsten — für uns dritten — Frage überlassen worden, über die erste Frage zum Zwecke ebenmäßiger richterlicher Entscheidung das Geeignete auszusschen. Da nun der Gegenstand der ersten Frage wirklich bei der fünsten Frage mit bestimmten Unträgen zur Erdrterung gebracht worden ist, so haben wir uns auch der Entscheidung dieser Frage unterzogen, übrigens dieselbe wegen des genauen Zusammenhangs der ersten mit

der fünften Frage an die Entscheibung für die fünfte — für uns britte — Hauptfrage geknüpft."

"2) In Betreff der als dritten, uns vorgelegten fünften Frage ist neben dem, daß wir uns im Allgemeinen darüber aussprechen sollten:

Ob die gegenwärtigen Besitzer der auf dem linken Rheinuser gelegenen Kreislande die Schulden beider Rheinkreise antheislig zu übernehmen verbunden sepen?

weiter von uns gefordert worden, zu bestimmen:

Db und in welchem Verhältnisse sammtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf dem rechten Rheinufer gelegenen Kreis- lande zu übertragen seven?"

"Wir haben über die Lösung bieser weiteren Frage eine sorgfältige Berathung angestellt, aber, wie wir schon in unseren Entscheidungsgrunden ausgeführt haben, uns überzeugt, daß eine dermalige gerichtliche Feststellung des in Frage stehenden Berhaltnisses, besonders in sofern sie jett schon an die Aufstellung eines die Borfrage entscheidenden Princips geknupft werden sollte, nicht in der Intention der im Streit befangenen Regierungen selbst liege. — Namentlich wurde eine Berhandlung und Entscheidung darum hier nicht ausführbar gewesen senn, weil bas in Frage stehende Berhaltniß nur bie auf Flagender Seite stehenden, nicht aber die beklagten Regierungen berührt, unter den ersteren aber noch keine Berhandlung eingeleitet werben konnte. Eine Entscheidung über bas bezeichnete Berhältniß erscheint überhaupt noch nicht als hinreichend vorbereitet, insofern namlich bei Vertheilung der fraglichen Schulden unter die Besitzer der rechtsrheinseitigen Kreis= und Entschädigungs=Lande wieder die ver= schiedenartigsten Verhältnisse zur Sprache kommen können, bei deren jedem andere Regierungen sich gegenüber stehen, zur Zeit aber uns noch nicht bekannt geworden ist, welches der möglicher Beise in Anwendung kommenden Verhältnisse unter den rechtsrheinseitigen Regierungen und welche hierauf sich beziehende besondere Frage bestritten sen, auch welche Regierungen es senen, die in Absicht auf die zu entscheidende besondere Frage betheiligt sind."

"Auch über die Frage:

Db sammtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislander zu übertragen sepen? waren wir ein Erkenntniß zu sällen zur Zeit verhindert, weil uns ders malen noch nicht bekannt ist, zwischen welchen Betheiligten und worüber, nach Entscheidung der Vorfrage, dießfalls ein Streit obwaltet, und die bestimmte Bezeichnung der Parteien in dieser Beziehung, namentlich bei der Bestimmung des S. 84. des Reichsdeputations-Hauptschlusses von 1803, von größtem Interesse ist."

"Wir glauben hoffen zu durfen, daß durch die uns zunächst aufgegebene Feststellung der allgemeinen Grundsäße, die Uebernahme der Kreisschulden betreffend, der Weg zu gänzlicher Erledigung des rheinischen Kreisschuldenwesens gebahnt werde, ohne daß es einer gerichtlichen Erledigung aller speciellen, auf die Anwendung sich beziehenden Fragen, welche noch nicht möglich war, bedürfen werde. — Sollte indessen, welche noch nicht auf dem Wege der Uebereinkunft der betheiligten Regierungen jene Erledigung zu erreichen stehen, sondern ein weiteres austrägalgerichtliches Versahren erfordert werden, so haben wir über dessersammlung entgegen zu sehen, um hiernach ein solches Versahren über diejenigen Punkte und zwischen denjenigen Parteien, welche uns als diejenigen werden bezeichnet werden, worüber und zwischen welchen Verhandlungen statt sinden, und eine Entscheidung gegeben werden sollte, einleiten zu können."

,,3) Die sechste und siebente Frage, worüber ohnehin keine abgesonberte Entscheidung von uns gefordert worden ist, sind von den betheiligten Regierungen nicht einmal so weit zur Erdrterung gebracht worben, daß wir veranlaßt worden wären, hierüber uns auf eine Weise zu
äußern, welche für die Erledigung dieser Fragen normgebend werden
könnte."

"Eben so wenig ist uns

4) ein Anhaltspunkt gegeben worden, über die Frage, wer die Forsberung des Münzwardein=Adjuncten Dietze zu vertreten habe, und über das Vertretungsverhältniß uns besonders auszusprechen, obgleich die erstere Frage in der Entscheidung der dritten Hauptfrage ihre Besantwortung sindet. — Hierüber haben wir in den Entscheidungsgründen, die dritte Hauptfrage betreffend, unsere Ansicht umständlicher ausgesührt."

Stuttgart den 22. November 1837.

Die zum Königlich Würtembergischen Obertribunal verordnete Präsident, Director, Räthe und Asserben.

(unterz.) Gaisberg.

vdt. Hend.

# B. Urtheil über die erste Hauptfrage.

(Siehe Prot. v. J. 1838, Sess. I. 5. 8. S. 9. Band I. S. 478, Band II. S. 277.)

"In der Austrägalsache zwischen den Kronen Preußen, Bayern, Hannover und Würtemberg, den Großherzogthümern Baden, Hessens Darmstadt und Sachsen-Weimar-Eisenach, den Herzogthümern Sachsen-Coburg-Gotha, Nassau und Oldenburg, dem Fürstenthum Waldeck, der Landgrasschaft Hessen-Homburg, und der freien Stadt Frankfurt einer — und dem Kurfürstenthum Hessen anderer Seits, betressend das Schulden- und Pensions-Wesen der vormaligen beiden Rheinkreise, hier insbesondere die auf austrägalgerichtliche Entscheidung ausgesetzte Erste Hauptfrage, erkennt das Königlich Würtembergische Obertribunal aus Auftrag und im Namen der hohen Deutschen Bundesversammlung für Recht:

baß die Kurhessische Regierung wegen des von Hessen-Cassel im Jahr 1795 abgeschlossenen Separatsriedens sich der Verbindlichkeit nicht entziehen könne, die von dem Oberrheinischen Kreise über das Ordinarium von 2½ Simplis von 1796 dis 1799 ausgeschriedenen Römermonate zu bezahlen, und an der Tilgung der in dieser Periode ausgenommenen Schuldcapitalien Theil zu nehmen, vielmehr zur Nachzahlung jener rückständigen Römermonate sammt Zinsen zu fünf vom Hundert, je von der Verfallzeit an, und zur Theilnahme an den gedacten Kreisschulden verbunden sep."

"Auch hat die Kurheffische Regierung ihren Segnern die Kosten bes austrägalgerichtlichen Berfahrens zu erstatten."

"So beschlossen in der Plenarsitzung bes Königlich Würtembergisschen Obertribunals zu Stuttgart, den 3. November 1837."

(unterz.) Gaisberg.

vdt. Hend.

# Entscheidungsgründe.

§. 1.

"Der Kurstaat Hessen wird wegen Verpflichtungen in Anspruch genom: men, welche aus seiner unbestrittenen Eigenschaft des Herrn Landgrafen von Heffen=Cassel als Reichsstandes und Mitgliedes des Oberrheinischen Kreises für die nun zu dem Kurhessischen Staate gehörigen Hessen=Cassel'schen und Hanau=Münzenbergischen Lande abgeleitet werden, und in Römermonaten, die in den Jahren 1796 bis 1799 von der Oberrheinischen Kreisversamm= lung ausgeschrieben wurden, und in einem Antheil an denjenigen Schuldcapi=talien bestehen, welche in demselben Zeitraum von dem Oberrheinischen Kreise ausgenommen worden sind.

## §. 2.

Die Kurhessische Regierung hat die Anerkennung dieser Berbindlichkeiten unter Berufung auf densenigen Separatfrieden verweigert, welchen der Herr Landgraf von Hessen=Cassel den 28. August 1795 mit der französischen Republik abgeschlossen hat.

Da aber die hiebei betheiligten übrigen Regierungen den hierauf von dem Kurstaate Hessen gebauten Befreiungsgrund widersprachen, so ist die Entscheidung des hierüber entstandenen Streits, nach mißlungenem Vermittlungsverfuch, von der hohen deutschen Bundesversammlung durch Beschluß vom 12.
Juli 1832 dem Königlich Würtembergischen Obertribunal als Austrägalgericht aufgetragen worden.

## §. 3.

Nach diesem hohen Beschluß hat das Austrägalgericht sich allein darüber auszusprechen: Ob Hessen=Cassel, nunmehr Kurhessen, wegen des im Jahr 1795 abgeschlossenen Separatfriedens sich der Verbindlickeit, die über das Ordinarium von 2½ Simplis von 1796 bis 1799 ausgeschriebenen Römermonate zu bezahlen, und an Tilgung der in dieser Periode aufgenommenen Schuldcapitalien Theil zu nehmen, entziehen könne?

Von allen auf das Schuldverhältniß des Kurstaats Hessen wegen der bezeichneten Gegenstände sich beziehenden Fragen ist es diesemnach nur eine einzige specielle Einrede des Kurstaats Hessen gegen den von den betheiligten Regierungen gemachten Anspruch auf die Erfüllung der gedachten Verpslichtungen, worüber die austrägalgerichtliche Entscheidung gefordert wird, nämzlich die Einrede, daß der Kurstaat Hessen wegen des erwähnten Friedenssschlusses jene Verpslichtungen nicht zu erfüllen habe, über welche in der Hauptsache zu erkennen ist.

#### §. 4.

Hiernach bedarf es keiner nähern Untersuchung der Richtigkeit und Erhebelichkeit derjenigen weiteren Gründe, welche von Seiten der betheiligten und jest klagenden Regierungen für ihren Anspruch, so weit sich dieselben nicht auf die Entkräftung der fraglichen Einrede beziehen, vorgebracht worden sind, und wohin namentlich die Ausführung zu zählen ist, daß der Herr Landgraf von Hessen=Cassel, welcher sich von dem Oberrheinischen Kreise getreunt hatte, bei seinem im Jahr 1764 erfolgten Wiedereintritt die ausdrückliche Verssicherung ertheilt habe, in Zukunft alle seine Verpflichtungen gegen den Kreis genau erfüllen zu wollen.

### §. 5.

Was nun vorerst die factische Grundlage der Kurhessischen Einrede betrifft, so ist von Seiten der klagenden Regierungen die Thatsache des von dem Herrn Landgrafen von Heffen = Cassel ben 28. August 1795 zu Basel abges schlossenen Separatfriedens mit Frankreich nicht in Abrede gezogen, und auch der Inhalt desselben von beiden Parteien gleichförmig angegeben worden. Nur die rechtliche Wirkung dieses Separatfriedens auf das Verhältniß des Herrn Landgrafen von Hessen = Cassel zu dem Oberrheinischen Kreise ist es, worüber gestritten wird, indem die klagenden Regierungen widersprechen, daß die Kurzhessische Regierung aus jenem Separatfrieden eine Befreiung von den aus dem gedachten Verhältnisse sließenden Verbindlichkeiten für sich ableiten könne. Ueberdies behaupten dieselben, daß dieser Befreiungsgrund sur die Kurhessische Regierung jedenfalls in der Folge wieder erloschen sep.

## §. 6.

Der von der Kurhessischen Regierung vorgeschützte Separatfriede kaun nun derselben schon nach gemeinrechtlichen Grundsäten keine Befreiung gewähren, nach welchen niemand sich einer gegen einen Andern obhabenden rechtlichen Verbindlichkeit dadurch entheben kann, daß er mit einem Dritten einen Vertrag eingeht, dessen Bestimmungen mit jener Verbindlichkeit in Widersspruch stehen,

L. 74. L. 75. D. de div. reg. jur.

L. 27. §. 4. D. de pactis.

Ante omnia enim advertendum est, ne conventio in alia re facta, aut cum alia persona, in alia re, aliave persona noceat.

Es würde daher, wenn auch der von dem Herrn Landgrafen von Hessen=Cassel mit Frankreich abgeschlossene Separatseiede an sich erlaubt, und nicht verboten gewesen wäre, damit doch die Verbindlichkeit zu Erfüllung früher gehabter Verpslichtungen keineswegs von selbst weggefallen, und daher die Behauptung der Kurhessischen Regierung, daß der Herr Landgraf von Hessen=Cassel zu dem Abschluß des Friedens befugt gewesen sen, für die vorliegende Frage nur dann von rechtlichem Werthe senn können, wenn zugleich dargethan wäre, entweder,

1) daß die damals eingetretenen Verhältnisse denselben der obgehabten Verpflichtungen gegen den Oberrheinischen Kreis wirklich enthoben hatten, ober

2) daß durch späteres Anerkenntniß der Betheiligten ihm die Erfüllung dieser Verpflichtungen nachgelassen worden sep.

# §. 7.

Eine Enthebung dieser Verpstichtungen, als Folge eines mit dem Abschluß des Separatfriedens etwa geschehenen Austritts des Herrn Landgrafen von Hessen Eassel aus seiner Verbindung mit dem Oberrheinischen Kreise, wird nun aber, abgesehen für jest von der weitern Frage, ob ein solcher Austritt aus dem Kreisverbande verfassungsmäßig zulässig gewesen wäre, von der Kurshessischen Regierung so wenig behauptet, daß sie vielmehr sowohl die forts dauernde Verbindung des Herrn Landgrafen von Hessen Eassel, und dann des Herrn Kursürsten, mit dem Deutschen Reiche und mit dem Oberrheinischen Kreise, unumwunden anerkannt hat. Dem ganzen System der Rechtsvertheis digung der bestagten hohen Regierung kann demnach nur die Geltendmachung des Rechtssaßes unterstellt werden, daß zwischen dem Deutschen Reiche und

bessen Kreisen einer — und den Reichs= und Kreisständen anderer Seits Pflichten und Rechte gegenseitig, und eines durch das andere in der Art bedingt gewesen sen, daß, wenn der eine Theil, sen es durch welche Umstände es wolle, in die Lage verfest worden, seine Berpflichtungen gegen den andern nicht mehr erfüllen zu können, dieser andere Theil auch nicht mehr angehalten werden könne, seiner Seits das Entsprechende zu leisten. Es ist nämlich außer 3meifel, daß nach der deutschen Reichsverfassung, von welcher die Rreisverfassung nur ein Aussluß mar, Raiser und Reich verbunden gewesen senen, den einzelnen Reicheständen Schut gegen andwärtige Feinde zu gemähren. Von diesem Gesichtspuncte aus könnte es scheinen, daß bas Vorbringen ber Kurhessischen Regierung, womit dieselbe den von dem Herru Landgrafen von Heffen = Cassel mit Frankreich abgeschlossenen Separatfrieden aus den damals vorgelegenen Umständen zu rechtfertigen bemüht ist, nicht so ganz unerheblich sen. Denn der bisherige Erfolg des Krieges mit Frankreich, welcher besonders dem auf der linken Seite des Rheins gelegenen Theil Deutschlands Berhee= rung und feindliche Besetzung gebracht hatte, konnte einen Reichsfürsten, deffen dem Kriegsschauplat nahe gelegenen Lande von dem gleichen Schickfal fo fehr bedroht waren, zur fernern Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich nicht ermuthigen, besonders nachdem selbst der Prenfische Staat zu einem Separatfrieden mit Frankreich sich bewogen gefunden hatte, und dadurch die Kräfte der deutschen Vertheidigungsmittel geschwächt worden maren, so daß ber Herr Landgraf von heffen = Caffel in dem Anschluß an Preußen und dann in einem Separatfrieden mit Frankreich bas einzige Mittel der Rettung seiner ange= stammten Lande und Unterthanen finden mochte.

#### §. 8.

Diese an sich untadelhafte Sorge für die eigene Erhaltung vermag jedoch die Anwendung des der Rechtsvertheidigung der Kurhessischen Regierung zu Grunde liegenden, unter dem Namen der clausula redus sic stantibus bekannten Rechtsgrundsapes auf einen Fall, wie der vorliegende, nicht zu rechtfertigen; benn gerade für bie Beiten der gemeinsamen Gefahr hatten der Reichs = und Kreis = Verband, so wie die davon abhängende Militärverfaffung die Bestimmung, dem Einzelnen, wie dem Ganzen Schut und die Mittel zu Erhaltung bes Gangen, und mit biefem bes Ginzelnen zu gemähren; es murbe daher einen innern Widerspruch mit bem 3med bes Reichsverbandes enthalten haben, wenn unter bem Vormande der eigenen Gefahr der Ginzelne fich von bem Mitwirken zu Erreichung jenes 3mecks, und von der Erfüllung seiner Pflicht hatte lossagen konnen. Daher durfte auch der herr Landgraf von Seffen = Caffel fich feinen reichsgesetlichen Verpflichtungen nicht entziehen, viel= mehr mußte ber damals ungunstige Erfolg des Kriegs eine um so stärkere Aufforderung für ihn fenn, im ernften Bufammenhalten aller Rrafte fammt= licher Reichsstände sich bes gemeinsamen Feindes zu erwehren, und einen bas Gange erhaltenen Frieden zu erfampfen, - ein 3med, deffen Erreichung bamals noch nicht unmöglich und noch nicht aufgegeben mar, und der so lange fortbestand, als das Reich, mithin das Rechtssubject, gegen welches die ein= zelnen Glieder besselben ihre Verpflichtungen zu erfüllen hatten, noch existirte,

6. 9.

Abgesehen von diesen allgemeinen Grundsähen säut der bekagter Seits vorgeschützte Separatfriede, wenn man denselben insbesondere aus dem Gessschtspuncte der Reichsgesetzgebung beurtheilt, unter den Begriff einer nicht zu Recht bestehenden Handlung, so weit derselbe Bestimmungen enthält, welche die Reichsgesehe geradezu für unerlaubt erklärt haben.

Es ist nämlich durch die Reichsgesetze jedes Bundniß eines einzelnen Reichsstandes mit einer fremden Macht, das dem Reiche zum Rachtheil gezreichen könnte, und sogar die bloße Neutralität im Falle eines Reichstriegs, auf das Bestimmteste verboten worden.

Schon ber Reicheschluß vom 7. October 1495 befagt:

V. Auch sollen Wir (Marimilian) und Unser lieber Sohn Erzherzog Philipps, auch Unser Aurfürsten, Fürsten und Ständ des Reichs ohne Wissen und Willen jährlicher Versammlung, keinen Krieg oder Vähd ansahen, noch einig Bündniß oder Einigung mit frem den Nationen oder Gewalten machen, die dem Reich zu Schaden, Nachtheil, oder zuwider senn möchten.

In dem Reichsabschied zu Regensburg vom 10. October 1641 ist §. 86. und 87. verordnet:

Und bemnach die von etlichen Stanben vor fich angemaßten Reu= tralitäten dem Römischen Reich sehr schädlich, den Feinden des= selben aber zu Continuirung des Kriegs über die Massen behülfs und vorträglich, zumalen ein jeder Kurfürst und Stand, vermög des Landfriedens, auch beffen Handhabung, und baranf fundirten Erecutionsordnung, wie auch anderer Reichsconstitutionen des H. Römi= schen Reich sowohl vor auswärtig = als inwendigen Keinden mit und beneben Und, aller Möglichkeit nach beschützen und defendiren zu helfen, auch die dazu nothwendigen Mittel pro quota beizutragen schuldig und verbunden ist, und um deswillen Kurfürsten und Ständ, anchi der abwesenden Rath, Botschafften und Gesandten vor hochnoth= wendig ermeffen, daß dergleichen angemaßte Neutralitäten expresse caffirt, abgeschafft und fraftiglichen verbotten würden, und solches um so viel mehrers, allbieweilen in den Reichsverfassungen nichts zu fin= den, daß einigem Stand, aus mas für Ursachen, Chehafften und Noth daffelb auch senn möchte, zweelassen worden, in allgemeiner Noth und Gefahr des Vaterlands, von dem andern sich abzu= søndern.

Also seten, ordnen und wollen Wir, daß nicht allein die von etkichen Ständen angemaßte und unzulässige hochschädliche Neutra= lität, darunter die von Uns etlichen Kur= und Fürstlichen Wittiben beschehene Verwilligung nicht gemeint gant und zumahlen aufsgehebt senn solle, allermassen Wir solche hiemit und in Krafft dieses gänzelich ausheben, sondern daß auch hinfüro einiger Stand des Reichs, wer der auch sene, ohne Unser Vorwissen und Genehmhaltung sich in dergleichen hochschädliche Neutralitäten nicht einlassen solle.

Auf gleiche Beise ist auch in dem Westphälischen Frieden das Bundniß= recht der Reichsstände beschränkt worden; denn es heißt in dem Osnabrücki=

schen Friedensinstrumente, Art. VIII, S. 2, und in der Münsterer Friedens: urtunde, S. 63:

Jus faciendi inter se et cum exteris Foedera pro sua cujusque conservatione et securitate singulis statibus perpetuo liberum esto, ita tamen, ne ejusmodi Foedera sint contra Imperatorem et Imperium pacemque publicam, vel hanc inprimis transactionem, flantque salvo per omnia juramento, quo quisque Imperatori et Imperio obstrictus est.

An diesen Reichsgrundgesetzlichen Bestimmungen ist in der Folgezeit nichts abgeändert, vielmehr sind dieselben in den Kaiserlichen Wahlcapitulation von 1711, Art. VI, & 4, und noch in derzenigen des Kaisers Franz II. vom Jahr 1792 mit den Worten erneuert worden:

So viel die Stände des Reichs belanget, soll denselben allen und jeden, das Recht, Bündnisse unter sich und mit Answärtigen zu ihrer Sicherheit und Wohl zu machen, dergestalt frei bleiben, daß solche Bündnisse nicht wider Uns, den regieren den Römischen Kaiser und das Reich und wider den allgemeinen Landsrieden, auch Münster und Osnabrückischen Friedensschluß sep, und daß dieß alles nach Laut dessen, und unverletzt des Epdes geschehe, wosmit ein jeder Stand dem regierenden Römischen Kaiser und dem heil. Römischen Reich verwandt ist.

Auch die angesehensten Lehrer des deutschen Staatsrechts haben bas Bundnifrecht der deutschen Reichsstände auf die angegebene Weise beschränkt.

Pütter, Institut. juris publ. Germ., §. 378. 379.

Saberlin, handbuch bes deutschen Staatsrechts, III. Ehl. &. 379.

Gönner, beutsches Staatsrecht, §, 361.

Schmid, Lehrbuch des gemeinen deutschen Staatsrechts, I. Abthl. 6. 154. und die in Not. t angeführten Schriftsteller.

§. 10.

Nach den angeführten Gesehen erscheinen gerade die von der Kurhessischen Regierung für den Abschluß des Separatfriedens angeführten Hauptrechtserztigungs : Gründe, wonach der Herr Landgraf von Hessen : Cassel: zu diesem Abschluß durch die Noth, zur eigenen Erhaltung und Sicherheit gedrungen worden, als ganz unstatthaft; denn schon der Reichsabschied von 1641 hate im §. 86. mit den Worten:

,,aus mas für Ursachen, Chehafften und Noth 2c."
den Fall der eigenen Noth für eine unzulässige Entschuldigung erklärt.

Wenn sodann in dem Westphälischen Frieden das Necht der Reichskandes zu Abschließung von Bündnissen

"pro sua cujusque conservatione ac securitate."
anerkannt wurde; so ist dies nur mit der hieher gehörigen ausdrücklichen Besichränkung und Bedingung geschehen, daß solche Bündnisse nicht

contra imperatorem et Imperium pacemque publicam gehen, sondern pen omnia mit dem Eide vereindar senn mürden:

que quisque Imperatori et Imperio obstrictus est; Beschränkungen, welche noch in der neuesten Wahlcapitulation wiederholt worden sind.

## 6. 11.

Wenn nun schon die bloke Neutralität des Herrn Landgrafen von Hessens Cassel mit den angezogenen Reichsgesetzen ganz unvereinbar war; so müssen die weiteren in dem Separatfrieden vom 28. August 1795 enthaltenen Bestimmungen noch viel mehr als eine offenbare Verletzung der Reichsgesetze bestrachtet werden, in so fern dieselben dem Reich zum positiven Nachtheil und auf gleiche Weise dem Reichsseinde zum wirklichen Vortheil gereichen mußten. Dahin gehört nicht nur die im Art. 1. im Allgemeinen dem Reichsseinde zus gesicherte

#### amitié et bonne intelligence,

sondern hauptsächlich die übernommene Verbindlichkeit, das bereits gestellte Contingent von der Reichsarmee zurüczuziehen, und dem Reich alle und jede Hüsse, in was irgend dieselbe bestehen möchte, zu verweigern, desgleichen der Anschluß an die Bestimmungen der zwischen Preußen und Frankreich verabsredeten bewassneten Reutralität, innerhalb der bekannten Demarcationslinie, wodurch sich auch der Herr Landgraf von Hessenschaft anheischig machte, in so weit, als es die Erhaltung der Reutralität innerhalb jener Linie ersorderte, den Operationen der deutschen Reichsarmee Hindernisse in den Weg zu legen, und denselben nöthigen Falls sogar offenen Widerstand zu leisten. Ueberdies ist durch den angezogenen Separatsrieden dem Reichsseinde der sactische Bests von Reichsbestandtheilen, namentlich der Festung Rheinsels, vertragsmäßig zugestanden worden.

#### §. 12.

Der von dem Herrn Landgrafen von Heffen : Caffel abgeschloffene Separat: frieben ift nach Worstehendem nicht dazu geeignet, den Kurstaat Bessen von den in Frage stehenden Anspruchen zu befreien, und es kann hiebei nicht in Betracht kummen, daß der Herr Landgraf von heffen=Caffel durch Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen das Reich und den Oberrheinischen Kreis sich in Widerspruch mit seinen gegen die französische Republik übernommenen Ver= pflichtungen gesetzt haben würde; benn in den gleichen Widerspruch ift Höchst= derselbe mit seinen Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich und gegen den Oberrheinischen Kreis gerathen, deren Erfüllung als seiner älteren und fort= bestandenen Verbindlichkeit in Absicht auf seinen neuen Paciscenten nur die Wirkung hatte haben können, diesem das id quod interest dafür leisten zu muffen, wenn Sochitderfelbe feine neu übernommene Berbindlichkeit zu erfüllen durch die ihm wohlbekannt gewesene ältere Verpflichtung sich hätte verhindern lassen. Ueberhaupt ist schon oben S. G. der allgemeine Grund angegeben wor= ben, warum der im Jahr 1795 von dem Herrn Landgrafen von Seffen = Caffel abgeschlossene Separatfriede benselben von seinen früheren Berpflichtungen gegen Raiser und Reich nicht hatte befreien konnen.

### §. 13.

Eine solche Wirkung der Befreiung ist aber auch in der Folge diesem Friedendgeschäfte durch Anerkennung von Seiten der hiebei betheiligten Rezgierungen nicht beigemessen worden; denn möchte es immerhin senn, daß der Herr Landgraf von Hessen=Cassel der Oberrheinischen Kreisversammlung den von ihm mit Frankreich abgeschlossenen Frieden förmlich bekannt gemacht habe,

so würde dieser Umstand nur in dem Falle einige Erheblichkeit erhalten, wenn die Kreisversammlung sich dadurch bewogen gefunden hätte, von nun an den Herrn Landgrafen von allen Leistungen zu den außerordentlichen Bedürfnissen des Kreises freizusprechen.

Es ist jedoch dieses von der Kurhefsischen Regierung selbst nicht behauptet worden, vielmehr ist hievon das gerade Gegentheil darin zu finden, daß der Herr Landgraf mit seinen Leistungen an außerordentlichen Römermonaten als in Rückstand befindlich in den Kreisrechnungen nachgeführt worden ift. Auch hat die Kreisversammlung den Protestationen und Vermahrungen des Laudgräflichen Rreistagsgesandten gegen die Capitalaufnahmen überall feine Folge gegeben, und am wenigsten eine Freisprechung des Herrn Landgrafen von der Theil= nahme an den nach seinem Separatfrieden für den gesammten Kreis aufge= nommenen Schulden ausdrücklich beschloffen. Gine stillschweigende Freisprechung aber kann nicht darein gelegt werden, daß der Landgräfliche Gesandte fort= mährend zu den Verhandlungen der Kreisversammlung zugelassen murde; viel= mehr ist die fortwährende Beschickung der Kreistage von Seiten des herrn Landgrafen als die unzweideutigste Erflärung zu betrachten, daß derfelbe durch seinen Separatfrieden von seinem reichsverfassungsmäßigen Verhältniß zu dem Rreisverband keineswegs fich habe losfagen wollen, und diesem Werhaltniß gemäß auch — selbst für den Fall, wenn seine Protestationen und Verwahrun= gen, wie es wirklich der Fall war, keinen Gingang finden sollten — sich den aus der Stimmenmehrheit hervorgehenden Beschlüssen der Kreisversammlung unterworfen habe. Sonach bedarf es feiner nähern Untersuchung, ob und zu melden Capitalaufnahmen der Landgräfliche Kreisgefandte wirklich seine Bu= stimmung gegeben habe, oder nicht, und ob letteres sich nur auf solche Capita= lien bezogen habe, welche die Tilgung älterer vor dem Jahre 1796 entstande= ner Kreisschulden zum 3med gehabt, auch ob der Landgräfliche Kreisgesandte bei seiner Theilnahme an den Kreistagsverhandlungen bloß auf die ihm nicht zugestandene Rolle eines Rathgebers sich habe beschränken wollen.

§. 14.

Auf gleiche Beise kann sich die Kurhessische Regierung nicht mit Bestand Rechtens auf die nach dem mehr erwähnten Separatsrieden fortgesetze und zugelassene Verbindung des Herrn Landgrafen von Hessen=Cassel mit dem Deutsschen Reiche berusen; denn zu einer Ausschließung desselben wäte ein ganz ans deres Versahren erforderlich, hiezu aber bei den damaligen Kriegszeiten nicht einmal der geeignete Zeitpunct vorhanden gewesen.

Eine Anerkennung derjenigen Wirkungen, welche die Rurhessische Regiezung an den gedachten Separatfrieden knüpsen will, läßt sich aber aus jener Zulassung um so weniger solgern, als die Abschließung des Separatfriedens von dem Reichsoberhaupt durch das Hostecret vom 18. September 1795 auf das Lauteste mißbilligt worden ist, und die Reichsversammlung dem Inhalt dieses Hostecrets jedenfalls nicht widersprochen, und noch vielweniger eine Billigung und Genehmigung jenes Separatfriedens erklärt hat, von deren näherer Beschaffenheit vermittelst eines sormlichen Reichsschlusses es alsdann erst abgehangen haben würde, ob dem Herrn Landgrafen die auf ihn gefallenen Römermonate auf seine Correalität in Ansehung der Kreisschulden wirklich habe erlassen werden wollen.

## §. 15.

Wen fo wenig ist eine Genehmigung bes heffen : Caffel'schen Separat: friebens, und zwar mit ben vor ber Knrheffischen Regierung barein gelegten Wirkungen, durch den Reichsdeputations = Hauptschluß vom 25. Februar 1803 erfolgt. Denn wenn auch burch ben g. 38. deffelben, Bestimmungen, welche in den zwischen bem französischen Gouvernement und einzelnen Reicheständen abgeschloffenen besonderen Berträgen enthatten sind, Anerkennung gefunden haben; so bezieht sich bieses jedoch bioß auf eine Modification des allgemeinen Sapes, welchem jener g. 38. gewidmet ift, baß nämlich die für ihre Bestyungen jenseits des Rheins entschädigten Reichestande ihre sowohl personlichen, als die von erwähnten Besitzungen herrührenden Schulden auf ihre zur Ent= schädigung erhaltenen Domanen und Renten zu übernehmen, und solche ron denselben zn tilgen haben sollen. Dieser Sat handelt also bloß von der Frage, wer die besondern Schulden einzelner an Frankreich abgetretener Länder, wo= für deren vorige Befiger entschädigt worden, zu übernehmen habe, um das Berhältniß zwischen Frankreich und den für ihren Verlust entschädigten Reichs= ftänden in Ansehung der besondern Schulden der abgetretenen Länder zu reguliren, worüber natürlich nur ber mit Frankreich abgeschlossene allgemeine Luneviller Friede, und die zwischen Frankreich und einzelnen Reichsständen getroffenen befondern Uebereinkommniffe bie Norm an die Hand geben konnten, daher dieser g. unter denjenigen 47 gg. begriffen ist, welche von den vermit= telnden Mächten zu Vollziehung bes vorangegangenten allgemeinen Lüneviller Friedensschlusses an die Hand gegeben worden find; wo hingegen diejenigen Bestimmungen, welche die Verbindlichkeitsverhältnisse ber Reichs und Rreisstände unter sich berührten, in dem bloß dieser Gattung von Verhältnissen gewidmeten Abschnitt des Reichsdeputations = Hauptschlusses sich befinden, ohne daß auch hier auf die Separat=Friedensschlässe hingewiesen wurden wäre, mas ausbrücklich hätte geschehen muffen, wenn man hier denselben einen Gin= fluß auf die Verhältnisse der Reichs= und Kreisstände unter sich hätte ein= räumen wollen.

Es läßt sich demnach nicht mit Grund behaupten, daß durch den Art. 38. des Reichsdeputations : Hauptschlusses etwas Weiteres habe anerkannt werben wollen, als die von einzelnen Reichsständen mit Frankreich eingegangenen gegenfeitigen Verbindlichkeiten.

Dagegen ist eine Rückwirkung der Separat: Friedensschlüsse einzelner Reichsstände auf die nach denselben für ste erwachsenen Berbindkichkeiten an Kreis: Römer: Monaten und Kreisschulden, in der Art, daß diese Verbind: lichkeiten hätten aufgehoben werden wollen, überall nicht ausgesprochen worden.

## §. 16.

Kanu uun, nach dem Vorstehenden, weder der Separatseite von 1785selbst, noch dadjenige, was demselben nachgefolgt ist, die Kurhessische Regiez
rung von denjeuigen Ansprüchen befreien, welche von den klagenden Regierungen
an sie gemacht worden sind; so kann es nicht mehr darauf ankommen, was
von den klagenden Regierungen dafür, daß der von der Kurhessischen Regierung
vorgeschützte Befreiungsgrund jedenfalls in der Folgezeit wieder für dieselbe

verloren gegangen fen, theils anticipando schon in der Rlage, theils in der Replit mit Mehrerem angeführt worden ift.

Dahin gehört

- 1) der bereits von gewürdigte Umstand, daß der Herr Landgraf von Heffen : Cassel auch nach Abschluß des Separatsriedens an den Vershandlungen der Oberrheinischen Kreisversammung durch seinen Kreistagsgesandten thätigen Antheil genommen, und zu den Besschlüssen derselben, die Einforderungen außerordentlicher Nömersmonate und die Aufnahme verzindlicher Capitalien betressend, mitzgewirkt habe:
- 2) daß der Herr Kurfürst von Hessen die Höchstihm neben Kurmainz committirte Execution des Reichsdeputations-Schlusses vom 26. Febr. 1803 und dessen Bestimmungen in den H. 83 und 84, wonach die exigibeln Ausstände sowohl bei der General als bei der Specialcasse des Oberrheinischen Kreises beigetrieben, und die Capital und Zinssschulden dieses Kreises, ohne zwischen den verschiedenen Elassen dersselben zu unterscheiden, zur Ablösung gebracht werden sollten, ans genommen, und, mit Beiseitesehung seines jest erst hervorgehobenen, dem seiner Kreismitstände entgegengesesten Interesse, nicht einmal einen Obmann sich erbeten habe;
- daß der Herr Kurfürst, in Vollziehung der mit Kurmainz übernommenen Reichs-Executionscommisson, die Kreisstände, unter Hiumeisung auf die von dem Kreis-Obereinnehmer Belli gesertigten Ausstandstadellen, zu Entrichtung ihrer Rückstände oder zu Vorbringung rechtlicher Entschnldigungsgründe innerhalb zweier Monate durch seinen hiezu abgeordneten Subdelegationscommissarius aussorbern lassen, aber innerhalb dieses Termins weder gegen die Richtigkeit jener Ausstandstadellen, in welchen der Herr Kurfürst selbst mit den hier in Frage sehenden Rückständen an Kreis-Römermonaten ausgesührt gewesen, einige Sinwendung, noch gegen seine Verbindlichseit die jeht erst geltend gemachte rechtliche Entschuldigung vorgebracht habe;
- 4) daß Höchsterselbe die Handlungen des vormaligen Königs von Westphalen, welcher als Inhaber der Hessen=Easselschen Lande deren Antheil an den Oberrheinischen Kreisschulden anerkannt, und neue Obtigationen dafür ausgestellt hatte, durch Einlösung der älteren Obligationen und Ausstellung anderer Verschreibungen fortgesetzt habe.

Was es auch für eine Beschaffenheit mit den diesen Behauptungen zum Grunde gelegten Chatsachen haben möchte, und welche rechtliche Bedeutung man auch demselben beizulegen versucht senn könnte, so kann nach dem Ergebeniß der vorangestellten Untersuchung eine besondere Würdigung dieser klagender Seits weiter zu Begründung des Klaganspruchs vorgebrachten Behauptungen hier unterbleiben.

6. 17.

Wenn hiernach die von der Kurhessischen Regierung aus dem Separatfrieden vom Jahr 1795 entnommene Ginrede gegen die Erstitung der für den Herrn Landgrafen von heffen : Cassel erwachsenen Verbindlichkeiten gegen die

Oberrheinische Kreiscasse nicht als begründet angenommen werden kann; so folgt hieraus, daß dieselbe insbesondere für schuldig zu erklären sen, auch diesienigen dreißig Kreis-Römermonate, deren Erhebung von der Oberrheinischen Kreisversammlung in den Jahren 1796 bis 1799 neben dem gewöhnlichen jährlichen Quantum von 2½ Simplis zu Bestreitung außerordentlicher Auszgaben der Generalcasse beschlossen worden war, und zwar sammt Verzugszinsen zu fünf vom Hundert je von der Verfallzeit an, nachzuzahlen, ohne daß hier zu untersuchen wäre, ob diese Ausgaben sich auf die Kührung und Kortzsehung des Kriegs gegen Frankreich bezogen haben oder nicht, weil nach dem bereits Angesührten die von dem Herrn Landgrasen von Hessen-Eassel gegen die französische Republik übernommenen Verpslichtungen hier in keine Betrachtung kommen können.

#### §. 18.

Aber auch zur Theilnahme an den von dem Oberrheinischen Kreise in der bezeichneten Beitperiode aufgenommenen Schuldcapitalien muß die Kurhesische Regierung verurtheilt werden, wenn gleich die Schlußbitte in der Klage eines hieranf gerichteten Anspruchs der klagenden Regierungen nicht namentlich erwähnt; denn die Verbindlichkeit des Kurstaats Hessen zur verhältnismäßigen Mittragung jener Kreisschulden geht schon aus demjenigen hervor, was überhaupt und im Allgemeinen von den Verpstichtungen des Herrn Landgrafen von Hessen: Cassel gegen den Oberrheinischen Kreisverband gesagt worden; diese Verpstichtungen haben sich nämlich auf alle verfassungsmäßig anerkannten Bedürfnisse des Kreises und auf die Herbeischassung der zu Bestreitung derselben erforderlichen Mittel bezogen, und dazu haben die Aussahmen verzinslicher Capitalschulden eben so gut gehört, als die Ausschreiben von Römermonaten, besonders so weit das lehtere Mittel wegen der Säumigkeit mehrerer Kreissstäde sich als unzureichend herausstellte.

Sodann ist das Austrägalgericht durch den hohen Bundestagsbeschluß vom 12. Juli 1832 ausdrücklich angewiesen worden, auch darüber zu erkennen, ob Hessen: Cassel sich der Theilnahme an Tilgung der in dem Beitraume von 1796 bis 1799 aufgenommenen Schuldcapitalien entziehen könne. Ueberz dieß sind die klagenden Regierungen von der Absicht, den Kurstaat Hessen von der Theilnahme an den Kreisschulden freizulassen, so weit entsernt gewesen, daß sie vielmehr dessen Verbindlichkeit zur Concurrenz S. 95 und 123. der Klageschrift ausdrücklich zur Sprache gebracht haben; daher hat die Kurshessische Regierung in ihrer Antwort auf die Klageschrift, und zwar in der Schlußbitte, wörtlich darauf angetragen, zu erkennen:

daß Hessen=Cassel, nunmehr Kurhessen, nicht verbunden sen, an Tilsgung der in der Periode von 1796 bis 1799 aufgenommenen Schuldscapitalien Theil zu nehmen.

Das Austrägalgericht hat daher an der Absicht beider Theile, daß hier= über entschieden werde, nicht zweifeln dürfen.

#### §. 19.

Aus allen vorstehenden Gründen hat das ermählte Austrägalgericht in der Hauptsache zu erkennen beschlossen:

daß die Kurhesssche Regierung wegen des von Hessen=Cassel im Jahr 1795 abgeschlossenen Separatsriedens sich der Verbindlichkeit nicht entziehen könne, die von dem Oberrheinischen Kreise über das Ordinarium von 2½ Simplis von 1796 bis 1799 ausgeschriebenen Römermonate sammt Zinsen zu fünf vom Hundert, je von der Versfallzeit an, zu bezahlen, und an der Titgung der in dieser Periode ausgenommenen Schuldcapitalien Theil zu nehmen.

§. 20.

Was endlich den Rostenpunct anbelangt, so hat man den von der Rurshessischen Regierung angeführten Gründen keine solche Erheblichkeit beimessen können, daß solches nach den bestehenden Rechtsgrundsäßen eine Compensation der Rosten hätte zur Folge haben müssen.

Bur Beglaubigung

Hend, Kangleivorstand."

# C. Urtheil über die dritte Hauptfrage.

(Siehe Prot. v. J. 1838, Sess. I. S. 8. S. 19; — Band I. S. 478; Band II. S. 277.)

"In der Austrägalsache zwischen den Kronen Hannover und Würtemberg, dem Kurfürstenthum Hessen, den Großherzogthümern Baden und Sachsen-Weimar, dem Herzogthum Nassau, dem Fürstenthum Walded und der freien Stadt Frankfurt an einem — und den Kronen Preußen und Bayern, dem Großherzogthum Hessen, den Herzog-thümern Sachsen-Coburg-Gotha und Oldenburg, und der Landgrasschaft Hessen-Homburg am andern Theil, betressend das Schulden-und Pensionswesen der vormaligen beiden Rheinkreise, hier insbeson-dere die durch die hohen Bundestagsbeschlüsse vom 12. Juli 1832 und 12. Mai 1834 zur austrägalgerichtlichen Entscheidung ausgesetzte britte Hauptsrage, erkennt das Königlich Würtembergische Obertribunal aus Austrag und im Namen der hohen deutschen Bundesversammlung:

daß die gegenwärtigen Besitzer der auf dem linken Rheinufer gelegenen vormaligen Kreislander die Schulden beider. Rheinkreise antheilig zu übernehmen, und die von den vormaligen Kreisständen dis zum Jahre 1802 ausgeschriebenen Romermonate und Partitiengelber nachzuzahlen nicht schuldig sehen.

# 310 Abth. II. Abschu, 3. S. XI. - A. Erlogte Folle.

Die von den betheiligten Regierungen auf das ansträgalgerichtliche Versahren aufgewendeten Kosten haben dieselben ohne Ersat selbst zu tragen.

So beschlossen im Plenum bes Königlich Würtembergischen Obertribunals, Stuttgart, den 14. November 1837.

(unterz.) Saisberg.
vdt. Bolley."

# Enticheidungsgründe.

#### 6. 1.

Nach den Beschlüssen der hohen deutschen Bundesversammlung vom 12. Juli 1832 und 12. Mai 1834 hat das zum Austrägalgericht bestellte Königlich=Würtembergische Obertribunal zu entscheiden:

ob die Schulden beider Rheinkreise von den gegenwärtigen Besitzern der auf dem linken Rhemuser gelegenen Kreislande antheilig zu übernehmen sepen?

ober

ob sämmtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande zu übertragen sepen?

Im letteren Kalle:

in welchem Verhältnisse sammtliche Kreisschulden auf die Befiter der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande zu übertragen seven?

In: wie ferm bei bieser Uebertragung auch die Satschäbigungslande in Concuprenz zu ziehen sengen, danüber wird weiter unten das Nöthige gesagt werden.

6. 2.

Nach der Fassung obiger Fragen stehen sich, mit Ausnahme von Oesterreich, Frankreich und der Schweiz, welche kleine Parzellen der vormaligen beiden Meinkreise inne haben, und an dem vortiegenden Streite keinen Theilnehmen, die zum Deutschen Bunde gehörigen vormaligen Aut= und Obetrheinischen Kreis= und beziehungsweise Entschädigungstande, in so nicht ke auf der rechten und auf der linken Rheinseite gelegen sind, und deren gegenswärtige Besiger in Absicht auf die Frage gegenüber, ob die rechte Rheinseite, die Schulden beider Kreise allein zu übernehmen, oder ob die linke Rheinseite, als wenn der Kreisverband noch bestünde, ihren verhältnismäßigen Theil, wie früher von dem Kriege mit Frankreich, such zu tragen habe.

6. 3.

Rum find zwar mehrere der bei diesem Streife betheitigien Skatsregies rungen zugleich im Besitz von Kreidlanden auf der linden und unf dur rechten Mheinfeite, daher bei biesen ein Constiet entgegenstehender Juseressen eingetreten ist. Abet anch bei biesen ist eine Entscheidung ber vorgenamnten Fragen wegen der verschiedenen Größe des Interesse für die eine oder die andere Beantworztung obiger Fragen wöthig, und es hat sich aus der Verschiedenheit bieses Interesse und aus den hierauf gebauten Erklärungen der einzelnen Regierungen ergeben, welche derselben einander gegenüber stehen.

Hiernach ist auch die Stellung der betheiligken Regierungen von der hohen deutschen Bundedversammlung dem Amsträgalgerichte bezeichnet worden, uns beschadet des Rechts der einzelnen Regierungen, auf die entgegengesetzte Seite zu treten.

Es hat jeboch teine berfelben von biefem Rechte Gebrauch gemacht.

#### 6. 4.

Durch die Besitzveränderungen, welche die auf der linken Rheinseite gelegenen Kreislande betroffen haben, ist jedenfalls ein factischer Bustand der Befreiung derselben von der Theilnahme an den Kreisschulden eingetreten.

Sofern nun die dermaligen Besißer derselben einen Theil der sämmtlichen Kreisschulden zu übernehmen rechtlich genöthigt werden sollen, sind sie es, von welchen etwas gesordert wird; und die Besißer der rechtscheinischen Kreisslande und Entschädigungsobjecte, welche ohne diese Theilnahme des linken Rheinusers anerkanntermaßen die gesammten Kreisschulden allein zu tragen hätten, sind es dagegen, welche an die Inhaber der linksrheinseitigen ehemaligen Kreislande die Theilnahme an diesen Kreisschulden sordern. Daher hat das Austrägalgericht, welchem die Austheilung der Parteirollen überlassen worden ist, den Besißern der rechtscheinseitigen ehemaligen Kreislande die Stellung der Kläger anweisen müssen.

#### §. 5.

Der Anspruch der klagenden Staatsregierungen wird darauf gebaut, daß die in Frage stehenden Kreisschulden auf den linksrheinseitigen Kreisgebieten eben so gehaftet hätten, wie auf den zur rechten Rheinseite gehörigen Kreisslanden, und als wahre Landesschulden mit diesen Landen auf deren nachfolzgende Besiper übergegangen sepen, ohne daß die Besipveränderung an dem Schuldverhältnisse etwas geändert hätte, mithin diese Schulden auch von den dermatigen Regierungen dieser Lande, den Beslugten, mit vertreten werden müßten.

#### 6. **C**.

Stundschen des Staats: und Wölkerrechts, in der Regel die Schulden eines Landes auf demselben bis zu deren Tilgung fortwährend haften, welche Versänderungen auch in der Person des Regenten dieses Landes vorgehen mögen; daß demnach Schuldverhältnisse dieses Landes, wenn sie einmal rechtlich bez gründet sind, durch einen Wechsel des Regenten nicht vernichtet werden können, sondern von jedem Regierungsnachfolger anerkannt werden müssen.

#### §. 7.

Es tann ferner einem gogründeten Ivoifel nicht untervorfen werden, daß Schulden, welche von bet verfassungenäßigen Behörde einer einzelnen Probinz

eines ganzen Staats, sep es nun fur 3mecke des ganzen Staats, oder dieser einzelnen Proving, contrabirt worden, als wahre, diese Proving wirklich afficirende, auf dem ganzen Compler derselben haftende Schulden betrachtet mer: den muffen, und daß diefer Grundsat auch auf die Schulden der vormaligen Reichskreise anzuwenden sep, indem die Kreisverfassungen zu dem Organismus der deutschen Reichsverfassung gehörten, zu Erreichung der Staatszwecke des gangen Reiches sowohl, als der einzelnen Kreise dienten, der hiezu erforder= liche Aufwand daher von den betreffenden Kreibangehörigen aufgebracht werden mußte, mithin auch die Regenten der einzelnen Kreislande berechtigt waren, zu alsbaldiger Herbeischaffung der erforderlichen Mittel ihre Unter: thanen mit Steuern zn belegen, ober, fofern auf diesem Wege der 3weck nicht sogleich erreicht werden konnte, entweder auf ihre einzelnen Länder Gelder zu entlehnen, womit die Einzahlung der matrikularmäßigen Schuldigkeit in die Rreiscaffen bewerkstelligt werden konnte, oder aber in Gemeinschaft mit ihren Rreismitständen Capitalien Namens der ganzen Kreiskörperschaft aufzuneh= men und diese einstweilen zur Schuldnerin zu machen, bis dieselbe burch die Einziehung der Betreffnisse von den Unterthanen der einzelnen Lande und de= ren Einzahlung in die Kreidcasse zur Heimzahlung in den Stand gesetzt murbe. Immerhin hatten also die Kreisschulden die Gigenschaft solcher Schulden, welche zwar unmittelbar auf der ganzen Kreiscorporation, mittelbar aber auf den einzelnen Bestandtheilen berselben, den besonderen Besitzungen der verschiede= nen Rreisstände, als mahre öffentliche Schulden ruhten, melde bemnach bazu geeignet waren, auf jeden Nachfolger im Besite der einzelnen Kreisgebiete überzugehen.

§. 8.

Beder das Verhältniß, das zwischen einem einzelnen Bestandtheile eines Staats zu dem Ganzen besteht, überhaupt, noch dessen Ausstüsse, namentlich in Absicht auf die Theilnahme an den Staats und Provinzialschulden, sie mögen bereits contrahirt worden seyn, oder erst im Interesse des ganzen Staats, oder der Provinz, oder Corporation, contrahirt werden, können durch die bloße Thatsache seinblicher Besignahme eines einzelnen Bestandtheils eine Versänderung erleiden, wenn gleich durch diesen unwillsührlichen Bustand die Wirtssamseit des Verhältnisses in Absicht auf diesen Bestandtheil gestört und unsterbrochen wird; daher konnte die während des französischen Revolutionskriegs geschehene Occupation des linken Rheinusers wohl die Verbindlichkeitsverhältznisse der linksrheinseitigen Kreigsgebiete zu der betressenden Kreiscorporation auf so lange suspendiren, aber eine gänzliche Besteiung von ihren Verpstichtungen für die Dauer des bloß factischen Justandes der Occupation konnte durch diese rechtlich nicht bewirkt werden.

§. 9.

Aber auch die wirkliche Abtretung des linken Rheinusers an Frankreich durch den Lüneviller Frieden vom 9. Februar 1801 hätte, nach allgemeinen Grundsähen, eine Vernichtung der bis dahin für sämmtliche Kreislande contrahirten Schulden in Beziehung auf die jenseits des Rheins gelegenen Gebiete nicht zur Folge haben können, selbst wenn sich diese Schulden gerade auf den gegen Frankreich geführten Krieg bezogen hätten; denn diesem spätern Ers

eignisse takt sich ein rückwirkender Sinfinß auf Verpflichtungen, die einmal rechtlich begründet worden waren, nicht als nothwendige Folge beimessen. Hies bei kann es auch nichts entscheiden, wenn etwa die den contrahirten Schulden gegebene Bestimmung mit dem Interesse des occupirenden Feindes im Widerespruche stand, indem das einseitige Interesse eines Gebietsinhabers, so tange sein Bestip noch nicht rechtlich anerkannt ist, in keine Betrachtung kommen kann.

§. 10.

Anders verhält sich aber die Sache, wenn durch Stipulationen der betheiligten Regierungen über die Schulden eines Landes etwas von den allgemeinen staats und völkerrechtlichen Grundsäpen Abweichendes verabredet worden ist.

Und dieses ist in dem vorliegenden Falle bei Abtretung des linken Rhein= ufers an Frankreich durch den Lüneviller Friedensschluß vom 9. Februar 1801 eingetreten, indem Frankreich mit den linksrheinseitigen Kreisgebieten nur gemisse Gattungen von Schulden mit übernommen, und die Tilgung aller ans dern dem übrigen Deutschen Reiche und beziehungsweise den übrigen Bestandtheilen der betreffenden Kreise überlassen hat.

#### §. 11.

Es bestimmt nämlich der Artikel VIII. des gedachten Friedeusschlusses mit klaren Worten:

"la République française ne prend à sa charge, que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les états des pays cédés, ou de dépenses faites pour l'adminiatration effective des dits pays."

Es ist dieses, wie die vorangegangenen Verhandlungen zu Rastatt beweisen, eine wesentliche, von Frankreich gestellte Friedensbedingung gewesen, welcher sich nicht nur schon die Neichsdeputation zu Nastatt, sondern auch das gesammte Neich durch die am J. März 1801 erfolgte Genehmigung des Friedensschlusses unterworfen haben.

6. 12.

Run werden zwar in diesem Friedensschlusse diejenigen Schulden der ans Frankreich abgetretenen linksrheinseitigen Areislande, welche von Frankreich theils wirklich übernommen, theils zurückgewiesen worden, nicht namentlich aufgezählt, sondern es sind bloß bestimmte Merkmale gegeben, nach welchen die Uebernahme und beziehungsweise Zurückweisung beurtheilt werden solle. Es ist daher eine Hauptaufgabe, diese Merkmale und den wahren Sinn dereiselben zu ermitteln, um hieran zu erkennen, ob die in Frage stehenden Schulzben mit den an Frankreich abgetretenen Ländern wirklich übergegangen sind, oder nicht.

In dieser Beziehung wird klagender Seits ein Hauptgewicht auf die in dem Artikel VIII. des Lüneviller Friedens vorkommenden Worte gelegt:

"Dans tous les pays cédés, acquis ou échangés par le présent traité, il est convenu, ainsi qu'il avoit été fait par les articles IV. et X. du traité de Campo-Formio, que ceux, auxquels ils appartiendront, se chargeront des dettes hypothéquées sur le sol des dits pays." §. 17.

Wie sehr die französischen Bevollmächtigten darauf bedacht gewesen, die Summe der von Frankreich zu übernehmenden Schulden zn beschränken, davon ist ein unverkennbarer Beweis darin zu sinden, daß der Artikel VIII. des Lüsneviller Friedens sich ausdrücklich auf den frühern, den 17. October 1797 zu Campo-Formio abgeschlossenen Frieden und dessen Artikel IV. bezieht, in welschem unter anderem als Bedingung der Schuldenübernahme durch die französische Republik ausgestellt ist, daß die Schulden

avant la guerre

entstanden senn müßten. Hätte sich anch, was jedoch nicht auzunehmen ist, diese Bedingung bloß auf die damals an Frankreich überlassenen Desterreichisschen Riederlande bezogen; so haben die französischen Bevollmächtigten den gleichen Grundsatz bei den Rastatter Friedensunterhandlungen aufgestellt, ins dem sie in ihrer Note vom 14. September 1798 erklären, die Reichsdepustation könne nicht gemeint seyn:

à faire peser sur un territoire devenu français les charges de la guerre personnelles à l'Empire

und

On consentira à ce, que les dettes provinciales et communales, à l'exception néanmoins de celles, qui auroient été contractées à l'occasion et pour les frais de la guerre, soient et demeurent à la charge des pays cédés.

Protofolle über die Rastatter Verhandlungen, Band V, S. 149.

dasselbe auch in ihren Noten vom 3. October

Ebendas. S. 191. 192,

und vom 11. November

Ebendas. S. 258.

wiederholen, und in ihrem Ultimatum vom 23. November 1798 hierauf als einer conditio sine qua non et resolutiva bestehen.

Chendas. Bd. VI, S. 9.

Hierdurch hatte also Frankreich bereits einen nicht unbedentenden Theil berjenigen Schulden von sich abgelehnt, welche von dem Oberrheinischen Kreise während des Kriegs gegen Frankreich contrahirt, und von welchen moht auch Sppotheken auf linksrheinseitige Lande constituirt worden waren. Es wird sich indessen aus dem Folgenden ergeben, daß eine nähere Untersuchung der Berzanlassung und Sutstehungsweise dieser Schulden, ob sie nämlich wirklich mitztelbar oder unmittelbar aus der seindlichen Stellung gegen Frankreich hervorzgegangen sepen, sehr überstüssig seyn würde.

## §. 18.

Es hat namlich Frankreich ausbrücklich nur folche Schulden übernommen, welche fich auf das besondere gemeine Beste der abgetretenen Lande selbst:

à l'avantage particulier de la partie de ces pays devenue française

— wie sich die französischen Bevollmächtigten in ihrer Note vom 3. Octori ber 1788 bei den Rastatter Friedensunterhandlungen ausbrückten — bezogen haben, und zugleich die Kennzeichen sestgeskellt, wach welchen diese Beschaffens beit der Landesschülden beurtheilt merden sollte, indem bestimmt wurde, es musse entweder ein förmlich ertheilter Landständischer Consens in die Capitals aufnahme, oder wenigstens die Verwendung des Geldes zur Verwaltung des Landes nachgewiesen seyn. Damit wurden alle diejenigen Schulden ausgesschlossen, welche sich auf die Erreichung solcher Zwecke bezogen, die dem besonz deren Interesse der abgetretenen Lande fremd waren; dahin gehörten auch diezienigen, welche aus dem durch die Abtretung aufgelösten Verbande dieser Lande zu Kaiser und Reich, und zu den Kreiscorporationen hervorgegangen waren, welche also für den neuen Besiger, für Frankreich, keinen fortdauernden Vorztheil begründet hatten.

## §. 19.

Ob dagegen Frankreich, theils ursprünglich nach allgemeinen Grundsäßen, theils in Gemäßheit der Friedensschlüsse, verbunden gewesen wäre, noch weistere Schulden zu übernehmen, als wirklich von ihm übernommen worden sind, ist eine Frage, welche von den Parteien ausführlich abgehandelt worden ist, jedoch der Untersuchung und Entscheidung des Austrägalgerichts nicht untersliegen kann, weil es sich hier nicht von einer Anforderung an Frankreich, sons dern von Ansprüchen handelt, die an die nunmehrigen Besiser von Landen gemacht werden, welche Frankreich einmal ohne diese Schulden seinen Staaten einverleibt hatte.

## §. 20.

Durch den g. 84. des Reichsdeputations : Hauptschlußes, welchen alle bet theiligten Regierungen, so weit, als derselbe die Verhältnisse der Reichsstände unter sich, und nicht Frankreich gegenüber feststellt, als ein jest noch für den vorliegenden Streit maaßgebendes Geset, anerkennen, ik festgeset worden, daß derjenige Antheil der Kreisschulden, welcher die linke Rheinseite betroffen hätte, von der rechten Rheinseite zu übernehmen sen,

in so fern der matrikularmäßige Antheil der jenfeits Rheins gelege= nen Kreislande an diesen Schulden von der französischen Republik nicht unter die Categorie der von derselben zu übernehmenden Schulden gerechnet wird.

Von den hier gegebenen zweierlei Fällen der Uebernahme der fraglichen Kreisschulden durch die französische Republik, und der Nichtübernahme, für welchen eine Verpslichtung zur Bezahlung durch die rechte Rheinseite andegesprochen wurde, ist der lette Fall wirklich eingetreten; denn Frankreich hat die in Frage stehenden Kreisschulden niemalen zu irgend einem Theile übernommen.

Hierdurch ist also für die Besitzer der Länder der rechten Rheinseite die Berpstichtung, auch den außer dem die linke Rheinseite betreffenden Antheil derselben zu übernehmen, reichsgesesmäßig außer Zweifel gesetzt worden.

#### §. 21.

Diese Verpflichtung ist aber in so fern nicht erst durch den Reichsbeputa= tions = Hauptschluß begründet worden, sondern schon in den Stipulationen des Lüneviller Friedens gegründet, als der gedachte Reichsschluß aus Verhandlun= gen hervorgegangen ist, welche nicht den 3weck gehabt haben, neue Rechts= verhältnisse zu begründen, sondern vielmehr dazu dienen sollten, die Bestimsmungen des Enneviller Friedens in Absicht auf die Entschädigung der in Vertust gekommenen Reichsstände, und auf die Bedingungen, unter welchen dies selbe ihre Entschädigung erhalten sollten, zur Aussührung zu bringen, dahin gehörte die Ausscheidung und Ueberweisung eines Theils der Schulden der absgetretenen Kreislande, und die Bestimmung, wer die von Frankreich nicht übernommenen Schulden zu tragen habe, wobei die Frage, welche Schulden Frankreich übernehme oder nicht übernehme, als bereits durch den Lüneviller Frieden beantwortet, keiner nenen Unterhandlung und Stipulation unterlag. Hierüber wird weiter unten das Nähere zur Erläuterung des h. 84. des Reichsbeputations-Hauptschlusses angesührt werden.

#### §. 22.

Vorerst ist Folgendes insbesondere zu bemerken: Diejenigen Schulden, zu deren Uebernahme sich endlich die französische Republik verstand, mußten die schon oben g. 11. bemerklich gemachte, als wesentlich bezeichnete Eigensschaft der Beziehung auf das besondere Wohl der an Frankreich abgetretenen Kreisgebiete haben, und wenn die französische Republik hier als solche Schulden

emprunts formellement consentis par les états des pays cédés—
aufführt, so hatte sie Bezeichnung dieser Formalität, als eines wesentlichen Ersordernisses der Anerkennung und Uebernahme von ihrer Seite, das im Auge, daß sie dieselbe als ein Merkmal gelten lassen wolkte, daß die Capitalaufnahme à l'avantage particulier de la partie de co pays devenue
française geschehen sen, und in solchem Falle den anderweitigen Beweis der Berwendung pour l'administration essective des dits pays erlies, den
sie, im Falle der Ermangelung jener Formalität, als Bedingung der Schuldenübernahme sorderte. In beiden Fällen waren aber nichts desso weniger diesjenigen Schulden ausgeschlossen, welche à l'occasion et pour los frais de
la guerre contrabirt worden waren, selbst wenn auf dem linsseheinseitigen
Kreidlande eine Specialhopothet dafür constituiet worden wäre.

## §. 23.

Man ist sodann nicht berechtigt, diese Stipulation der französischen Respublik, daß die Schulden durch die laudskändische Zustimmung hätten sanctive wirt werden müssen, damit zu beseitigen, daß etwa die betreffenden Lande keine Bolkbvertretung durch Landskände gehabt, oder daß die besondere Beschaffens heit der Schuld einer landskändischen förmlichen Verabschiedung zur Gründung einer Berbindlichkeit gegen den Gländiger nicht bedurft haben sollte.

Denn da die Worte des Friedendschlussed in Betreff der Bedingungen, unter weichen die französische Republik die Schukden der abgetretenen Länder übernehmen wollte, klar sind, nach welchen schlechterdings die förmliche landskändische Verwilligung oder die Verwendung pour l'administration essective des pays als Bedingung der Uebernahme hingestellt wurde; so schlägt eine ausdehnende Erklärung dieser Worte, welche immer eine Dunkelheit der Worte vorausseht, nicht an, vielmehr hat man bei denselben siehen zu bleiben.

## 6. 34.

Bas bagegen biejenigen Schulden betrifft, welche bie frangbfiche Republik folbst in Ermangelung einer landständischen Berwikigung in dem Falle übernommen hat, wenn nur ihre Verwendung pour l'administration effective nachgewiesen werden fann; so läßt sich allerdings bie Frage auswersen, mas unter den dépenses saites pour l'administration au verstehen sen, und ob nicht diese ziemtich allgemeine Fassung auch diejenigen Schulben unter fich begreife, welche für 3wede bes gangen Reiche ober ber besondern Kreiscorporation entstanden sind, indem sich nicht dagegen anführen läßt, das Werhältniß ter einzelnen Areislande zu Raiser und Reich habe Frantreich nicht berührt, und die auf folche Weise entstandenen Schulden hatten nichts zum Wohle ber einzelnen Kreistande beigetragen; denn jedenfalls sind die fraglichen Schulben vor Aberetung des linken Rheinufers an die französische Republik entstanden, also zu einer Beit, wo bas Bergaltniß ber abgetretenen Areistande zu Kaiser und Reich und zu den Areiscorpwationen vechlich noch bestanden hatte. Daß aber auch schon ein bloß im Interesse von Kaffer und Reich ober ber besondern Kreiscorporation gemachter Answand, als auch menigstens gur mittelbaren Wohlfahrt ber einzelnen Kreislande gemacht, betrachtet werben muffe, ift bereits oben g. 7. bemerkt worden.

§. 25.

Indeffen beantwortet fich voige Frage von selbst aus demjenigen, was die dem Litneviller Frieden vorangegangenen Verhandlungen enthalten.

Schon in ihrer Note vom 14. September 1798 wiesen die zu bem Ra-statter Congresse abgeordneten französischen Bevollmächtigten

les charges de la guerre, —

als

personnelles à l'Empire,

von sich; sie verweigerten also die Anerkennung solcher Schulden, welche sich auf bas Verhältniß der abzutvetenden Lande zu Kaiser und Reich bezogen, und indem sie svbann den allgemeinen Grundsach voranstellten:

Les dettes des pays cédés seront transportées sur les pays de la droite donnés en dedommagement, gebeu fit nur so viti au:

mais on consentira à ce que les dettes provinciales et communales soient et demeurent à la charge des pays cédés.

Peut. Bb. V, S. 149.

Die Reichsfriedens Deputation stellte nun zwar den französischen Gestandten vor, daß die dettes communales eigentlich bloße Privatschulden einzelner Körperschaften seinen, welche das Staatsvermögen nicht afficirten, daher es sich von sethst verstehe, daß diese nicht auf das nechte Rheinuser übertragen werden kunten. Was aber die dottes provinciales, Laudesschusden, betresse, so sen zum Kennzeichen einer wahren Landesschuld nur Ein Eriterium denkbar, nämlich daß die Schuld zum Bedürsnisse und zum Besten des Landes aufgeznommen worden sen; da aber viele Lande sich zugleich auf beide Rheinseiten erstreckten, so weche deshalb eine nähere Bestimmung eintreten müssen.

Prot. Bb. II, S. 439 f.

Die französischen Bevollmächtigten ermiederten hierauf in einer Rote von.
3. October:

"que la République française consentiroit à ce que les dettes provinciales, c'est-à-dire d'un pays entier, et les dettes communales, c'est-à-dire particulières à une Commune ou Partie d'un pays, demeurassent à la charge des pays cédés etc.

"Le gouvernement français veut décharger l'Empire de toutes les dettes véritablement et légalement contractées pour le besoin et l'utilité publique des pays ou parties des pays cédés à la République."

Sie schlossen ihre Note mit den Worten:

"Quant aux pays situés à la fois sur les deux rives, on se chargera des dettes, qui auront tourné à l'avantage particulier de la partie de ces pays devenue française."

Drot. Bb. V, S. 191. 192.

In gleichem Sinne lauteten auch die Noten vom 11. und 20. Novems ber 1798.

Ebendas. S. 258. und Bb. VI, S. 9.

Damit hat also Frankreich auf bas Unzweideutigste erklärt, nur solche Schulzben übernehmen zu wollen, welche das unmittelbare Beste ber abgetretenen Länder und Landestheile bezweckt hatten, womit von selbst alle solche Schulzben ausgeschlossen wurden, welche ihr Dasenn bloß der Verbindung dieser Lande mit Kaiser und Reich, und beziehungsweise mit der besondern Kreiscorzporation zu verdanken hatten, der sie angehörten.

## §. 26.

Auf der andern Seite haben die Bestper der rechtscheinseitigen Kreislande durch eine Handlung, welche dem Abschlusse des Lüneviller Friedens sehr bald nachfolgte, auf eine unzweideutige Weise zu erkennen gegeben, daß in Gesmäßheit desselben nur ihnen die Vertretung der Kreidschulden obliege; denn sie haben im Jahre 1802 für den Oberrheinischen Kreid ein Capital von 150,000 Gulden, und zwar, wie die klagenden Regierungen ausdrücklich beshaupten, mit der Bestimmung, daß dasselbe theils zu Bezahlung früherer, während des Kriegs contrahirter Schulden, theils zu Entrichtung der rückständigen Zinsen aus solchen Schulden, ausgenommen, ohne Frankreich zur Mitseidenheit an diesen Schulden ziehen zu wollen, was doch wohl geschehen wäre, wenn man, des Lüneviller Friedens ungeachtet, Frankreich in Betress der abgetretenen linkscheinseitigen Kreislande als Mitschuldner betrachtet hätte.

## §. 27.

In eben diesem Sinne, und mit keiner zu Gunsten der rechten Rheinseite gemachten Ausdehnung, ist der Lüneviller Frieden durch den Reichsdeputations= Hauptschluß vom 25. Februar 1803 vollzogen worden; denn dieses Geschäft hatte, wie bereits bemerkt wurde, überhaupt nicht den Zweck, neue, von dem Lüneviller Frieden abweichende Grundsäte über diesen Gegenstand aufzustellen, sondern vielmehr bloß den, um die als Folge der Abtretung des linken Rhein= users nöthig gewordene Entschädigung der in Verlust gerathenen Reichsstände auszumitteln.

Bei diesem beschränkten 3wecke war mithin der französische Abgeordnete nicht einmal in der Lage, neue Bugeständnisse zu machen.

Das Schuldenwesen konnte demnach bloß in so weit zur Sprache kommen, als es sich davon handelte, auf welche Weise in Folge der Besthveränderungen die von Frankreich nicht übernommenen Schulden der linken Rheinseite nun von der rechten Rheinseite und deren nunmehrigen Besitzern zu tilgen sepen? in welcher Beziehung die Gesandten der vermittelnden Mächte sub num. 4. als leitendes Princip aufstellten:

> "Que les terres et propriétés assignées aux États d'Empire en remplacement de leurs possessions à la rive gauche du Rhin, demeureront spécialement affectées au payement de dettes des Princes tant personnelles, que de celles provenantes de leurs anciennes possessions."

Verhandlungen der Reichsdeputation zu Regensburg, Beil. Bd. I, S. 29.

auch, unter Wiederholung der Worte des Lüneviller Friedens, in ihren Noten vom 8. und 19. October 1802 festhielten.

> Verhandlungen, Beil. Bd. II, S. 22, bef. S. 40 und 41, dann **ලි. 135 — 138.**

## §. 28.

Es konnte nicht fehlen, daß auch die Frage hier wieder zur Sprache kam, melche Schulden Frankreich nach dem Lüneviller Frieden zu übernehmen habe; aber sie wurde hauptfächlich nur durch die Beforgniß herbeigeführt, die fran= zösische Republik sen gemeint, nicht einmal bas bort Angestandene zu gewähren. Nachdem aber die Gesandten der vermittelnden Mächte in ihrer Note vom 19. October 1802 den buchstäblichen Inhalt des Lüneviller Friedens erneuert hatten, so beruhigte man sich vollkommen hierbei, und man dachte gar nicht daran, unter die von Frankreich zu übernehmenden Landesschulden auch solche aufzunehmen, welche sich nicht unmittelbar auf die Wohlfahrt der abgetre= tenen Lande bezogen, fondern aus dem Verhältnisse derselben zu Kaifer und Reich und zu den Kreiscorporationen eutsprungen waren.

Ein sprechendes Beispiel sind die Aeußerungen der verschiedenen Gesandten über die Reclamation des Rittercantons Creichgau wegen des bei diesem von dem Kurrheinischen Kreise aus Beranlassung der Lütticher Execution vor dem Kriege mit Frankreich aufgenommenen Capitals von 115,000 Gulden.

Das Directorium nahm nämlich aus diefer Reclamation die Beranlas= sung, der Reichsbeputation die allgemeine Frage vorzulegen, was wegen der Rreisschulden (im Gegensage von den besonderen Schulden der einzelnen Lande) zu beschließen sen? Es legte ein Gewicht darauf, daß die Nationalehre eine eigene Rücksichtnahme auf die Befriedigung der Kreisgläubiger er= fordere.

. Regensburger Berhandlungen, Prot. Bd. I, S. 163 f. Dem hierauf an das Directorinm ergangenen Ansuchen, die auf das Schuldenwesen sich beziehenden verschiedenen Källe auseinanderzusetzen, entsprach daffelbe in der Situng vom 28. September 1802 durch Bezeichnung fünf verschiedener Fragen, morauf es ankomme, und worüber abzustimmen senn Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Ahl.

21

werde? Die drei ersteren betrafen die besondern Landesschulden, die beiden lesteren die Kreisschulden. Aber alle diese Fragen beschäftigten sich lediglich mit der Tilgung der bezeichneten Schulden durch die rechtscheinseitigen Kreislande und deren Besitzer, und berührten die Nothwendigkeit einer voran zu gehen habenden Ausscheidung eines Theils der Schulden an Frankreich nicht, sesten also deren vollständige Berichtigung durch die rechte Rheinseite voraus. Unter diesen Schulden wurde bei der sünften Frage namentlich die Forderung des Rittercantons Creichgau an den Kurrheinischen Kreis aufgeführt.

Dieses sand bei der Reichsbeputation nicht nur keinen Widerspruch, sons dern in mehreren Abstimmungen wurde sogar die vollständige Abtragung dieses Schuldcapitals durch die rechte Rheinseite als unzweiselhaft angenommen. 3war sprach Kursachsen in der (16.) Situng vom 16. October 1802 das von, daß nach dem Sinne des Lüneviller Friedens unter den, der Landesads ministration halber, contrahirten Schulden auch diejenigen für Reichs und Kreis-Prästationen zu verstehen, und ebenso wie die Landesschulden von den diesseitigen Ueberresten der rheinischen Kreislande nur pro rata nach dem Verhältniß des diesseitigen gegen das jenseits abgetretene Kreisgebiet zu tragen sepen.

Regensburger Verhandlungen, Prot. Bb. 1, S. 305 f.

Gleichwohl ist auch hier nicht davon die Rede, daß ein Theil der Kreisschulden als solcher vorerst von Frankreich übernommen werden muffe.

Auch in den übrigen Abstimmungen ist nicht von der Forderung des Ritztercantons Creichgau, sondern bloß von Schulden, welche pro rata auf Frankreich nach dem Lüneviller Frieden sielen, im Allgemeinen die Rede.

Rur Würtemberg äußerte sich ganz bestimmt dahin: die Schulden der rheinischen Kreise, wohin die Forderung des Rittercantons Creich: gan gehöre, sepen auf die die seitigen Ueberreste der Kreistande zu legen und nach dem Maaßstabe des Matrikularsuses zu repartiren.

Verhandlungen zu Regensburg, Prot. Bd. I, G. 398.

Als in der (21.) Sinung vom 30. October 1802 Aurmainz in Abstatt auf die fünfte Frage, die Schulden der rheinischen Kreise betressend, den alle gemeinen Grundsatz aufstellte, die Herren der diesseits rheinischen Kreidlande müßten sich die Absührung der Capitalien der rheinischen Kreidlande angelegen sehn lassen; so außerte Würtemberg interloquendo: diese Bestimmung betresse die Schulden der auf beiden Rheinseiten gelegenen Kreidlände, und von denen also auf dem diesseitigen Rheinuser noch Reste vorhanden sehen; die Grundsähe von der Correalverdindlickeit der diesseitigen Reste jener Kreistlande schieden nämlich zwar in Absicht auf das Verhältniß der Kreistreditoren der rechtlichen Theorie nach keinem Zweisel unterworsen zu sehn.

In so fern hingegen der matrikularmäßige Antheil der jenseits Rheins geslegenen Rreislande an diesen Schulden von der französischen Republik nicht unter die Cathegorie der von derselben zu übernehmenden Schulden gerechnet werde, so sollte der Antheil der jenseits Rheins gelegenen meltlich en Kreisslande an den Kreisschulden benjenigen Landesschulden beigezählt werden, welche von den entschädigten Reichsständen zu übernehmen sepen, und nur der Antheil der geistlichen Kreislande an den Kreisschulden wurde ohne Ueber-

tragung hinwegfallen und die Schuldenmasse der diesseits des Rheins noch übrigen Kreislande vermehren.

Diesem Antrage traten die sämmtlichen übrigen Subbelegirten bei; benn der Baperische Gesandte, der sich auf seine Abstimmung bezog, hatte dort ebenfalls zwischen Schulden unterschieden, welche nach dem Lüneviller Frieden und nach der Note der Gesandten der vermittelnden Mächte vom 19. October 1802 unter die beiderseitigen Kreisgebiete zu vertheilen sepen, oder auf den die seitigen Kreislanden hafteten. Das Directorinm zog hiernach das Conclusum nach der Würtembergischen Abstimmung, und so entstand der §. 84. des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 mit den von der Würtembergischen Gesandtschaft gebrauchten Worten.

## §. 29.

Es ist nun bei dieser Entstehung des so eben angezogenen §. 84. zu bes merken:

- 1) daß Würtemberg bei seiner Abstimmung die Verhältnisse der Kreissgläubiger zu den Kreislanden, und diejenigen der Kreiss und Reichssstände unter sich wohl unterschieden und durch das Verbindungswort, hingegen" letztere den ersteren entgegengesetzt hatte;
- Debiete hatten den Schuldantheil der linksrheinseitigen Kreislande genan nach dem Lüneviller Frieden zu übernehmen, nämlich den Anstheil derjenigen Kreiskaulden, welche nach den in der hievor angeführten Note vom 19. October 1802 wiederholten Worten des VIII. Artikels des Lüneviller Friedens nicht von Frankreich übernommen worden waren, fondern der rechten Rheinseite zur Last fallen sollten, als etwas Entschiedenes betrachtet wurde, das nicht erst näherer Bestimmungen zwischen Deutschland und Frankreich bedürfe, und in der Ausfährung noch die Mögtichkeit verschiedener Fälle übrig tieße; daß bemnach
- 3) die Uebergangeworte bes g. 84. von dem g. 88:

"In fo fern hingegen"

mit nichten etwas Ungewiffes, erst noch Auszumachendes bezeichnen follten, sondern vielmehr keinen andern als den Sinn haben:

Weit ber matrifularmäßige Anfchlag 2c.

und daher der Ausdruck: "In fo fern" keineswegs eine bloße Bebingung eines etwa erst känftig möglicher Weise verschieden eintretenden Falles, sondern vielmehr einen bereits unbedingt eingetretenen
und keiner Abänderung mehr fähigen Fall als Bestimmungsgrund
für die an diesen Fall geknüpsten Folgen bezeichnet. Dieß bestätigt
sich durch die Worse:

"genechnet wird";

statt welcher, wenn die Worte: "in so sern" zc. eine biose Bedingung und Möglichkeit anzeigen sollten, gesagt worden wäre: ",gerechnet werden sollte oder würde"; damit stimmen die folgenden Worte: ", so ist der Autheil beizuzählen", übevein, indem diese Worte vielmehr zu dem, durch die Worte: "in so sern" augedeuteten Bestimmunge-

grund: weil zc. passen, und indem auch in den so eben angeführten Worten eine cathegorische Erklärung liegt, wogegen im Falle einer bloßen Bedingung es geheißen hätte: so würde der Antheil — beis zuzählen seyn.

Der Reichsdeputations = Hauptschluß bietet hiernach einen klaren Bemeis bar, in welchem Umfang Deutschland den Schuldantheil der linksrheinseitigen Kreislande auf die rechte Rheinseite übernommen habe.

#### §. 30.

Einen wichtigen Beitrag zur Erläuterung des Lüneviller Friedens und des Reichsbeputations : hauptschlusses von 1803 gibt die öffentliche Bekannt machung an die hand, welche der von Frankreich aufgestellte Generalliquidator der Staatsschusten des linksrheinseitigen Departements, Staatsrath Jolivet, hat ergehen lassen, — ein Act, welcher zwar von dem Anwalt der klägerischen Regierungen, bloß als ihm unbekannt, in Abrede gezogen wird,

**51.** S. 365.

der aber, als allgemein bekannt, der Notorietät angehörte, wie denn bei dem Frankfurter Congreß in den Jahren 1805 und 1806 ausdrücklich auf die Erklärung des französischen Gouvernements hingewiesen wurde, unter welcher man nach

Winkopp, der rheinische Bund, Band XVII, S. 380, Note \* sich nichts anderes dachte, als die Instruction sur la liquidation établie à Mayence, welche der Staatsrath Jolivet am 19. Februar 1805 hatte gedruckt austheilen lassen.

Diese öffentliche Erklärung weist von der damals französischer Seits veranstalteten Liquidation alle Schulden zurück, melche nicht von Frankreich durch den Lüneviller Frieden ausdrücklich übernommen worden; und wenn auch allerzings durch eine solche einseitige Erklärung den deutschen Reichsständen keine Last hätte ausgebürdet werden können, welche nicht friedensschlußmäßig überznommen worden war, so ist es doch klar, daß damals, wenn bei der von französischer Seite veranstalteten Liquidation solche Kreidschulden zurückgewiezsen werden wollten, welche nach der Ansicht der deutschen Reichsstände der Cathegorie derjenigen Schulden angehorten, welche von Frankreich durch den Lüneviller Frieden übernommen worden, die betheiligten Reichsstände die gezeigneten Reclamationen erhoben haben würden, deren Erhebung aber von dem Anwalt der klägerischen Regierungen selbst nicht behauptet worden ist.

## §. 31.

Nun wurde zwar in dem Circularschreiben, welches die Reichserecutions= Subdelegationscommission den 1. September 1805 an die bei dem Rheini= schuldenwesen betheiligten Kreisstände erließ, allerdings die Frage aufz geworfen: ob Frankreich den matrikularmäßigen Antheil der jenseits Rheins gelegenen Kreislande an den Kreisschulden zu übernehmen schuldig sep?

Allein, ungeachtet ber für die Bejahung aufgeführten Gründe murde die Frage als sehr zweiselhaft, und die Abneigung Frankreichs, jenen Schuldan= theil zu übernehmen, als entschieden anerkannt, und daher der Antrag dahin

gestellt, deshalb nicht einmal ein Ansinnen an Frankreich zu machen; und es ist auch wirklich hierauf von den betheiligten Ständen nichts geschehen, um den fraglichen Schuldantheil von sich abzuwälzen, während die französische Schuldenliquidation nach dem dort aufgestellten Prinzip ihren Fortgang nahm.

Die betheiligten Staatsregierungen haben also auch diese Verantassung nicht ergriffen, um eine Befreiung von der Verpstichtung zur Uebernahme des jenseits Rheinischen Schuldantheils geltend zu machen und es bedarf hiernach keiner nähern Untersuchung, welche rechtliche Wirkung dem Versäumniß des von der Reichsexecutions=Subdelegationscommission anberaumten Präsudizialtermins beizulegen sey, deren Beschaffenheit, nachdem diesem Versäumniß von der gedachten Commission keine Folge mehr gegeben werden konnte, ohnehin als sehr problematisch erscheinen müßte, wenn man in Betrachtung zieht, daß die Art und Beit der Insinuation des Erlasses nicht einmal ersichtlich ist, inz dem einige der betheiligten Regierungen den Congreß gar nicht durch Bevollsmächtigte beschickt hatten, mithin erst Schreiben an diese Regierungen erlassen werden sollten; und daß sodann den bei dem Oberrheinischen Kreise betheiligten Regierungen nicht einmal ein Präsudizialtermin anberaumt worden ist.

Winkopp, Bb. XVII, S. 400 f.

§. 32.

Wenn es ferner mit Grund nicht bezweifelt werden kann, daß die spater von dem Fürsten Primas zu Frankfurt veranstalteten Verhandlungen, welche zu keinem entscheidenden Ergebniß geführt haben, und eben so wenig dasjenige Berfahren, weiches von dem König von Westphalen und von dem Großherzog von Frankfurt in Ansehung des Rheinischen Schuldenwesens eingeschlagen wurde, eine neue Berbindlichkeit für diejenigen Regierungen, welche bem Lune= viller Frieden eine abweichende Deutung beizulegen gemeint find, nicht haben begründen können; so ändert jedoch solches in Absicht auf die Beautwortung der hier zu lösenden Frage nichts, sobald, wie schon gezeigt worden, deren Be= antwortung schon in dem Luneviller Frieden selbst, und mas demselben un= mittelbar nachgefolgt ift, gefunden werden fann. Indeffen fann in dem Berfahren einzelner Regierungen, beren Interesse es erfordert hatte, ben Schuld= antheil des linken Rheinufers von sich abzuweisen und welche gleichwohl sich zu der Uebernahme dieses Schuldantheils, wie von den klagenden Regierungen nicht in Abrede gezogen wurde, von selbst verstanden haben, eine Bestätigung der Richtigkeit der Ansicht, daß Frankreich friedendschlußmäßig den fraglichen Schuldantheil auf das rechte Rheinufer übergemalzt habe, gefunden werden.

§. 33.

Wenn man nun nach Norstehendem annehmen muß, daß Frankreich durch ben Lüneviller Friedensschluß den in Frage stehenden Antheil an den Schulden der rheinischen Kreise nicht mit übernommen, sondern vielmehr die Regierunsen der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreis und Entschädigungs Lande sich der Uebertragung dieses Schuldantheils unterworfen haben; so folgt daraus von selbst, daß das linke Rheinuser durch Staatsvertrag gänzlich, d. h. nicht bloß vorübergehend, oder auf eine das Schuldverhältniß bloß suspendirende und dasselbe in einen einstweiligen Zustand der Unwirksamkeit versesende

Weise, sondern für immer, und mit ganzlicher Aufldsung alles obligatorischen Berbands frei von den in Frage stehenden Schulden an Frankreich übergesgangen seb.

Diese vollständige Befreiung des dem französischen Staatsgebiet einberleibten linken Rheinusers muß nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen so lange als bestehend und sortbauernd betrachtet werden, als nicht auf rechtlichem Wege eine Wiederherstellung des frühern Schuldenverhältnisses eingetreten ift.

Eine solche Wiederherstellung hatte nicht schon dadurch geschehen konnen, wenn auch die damit behafteten Kreislande wieder in den vorigen Stand versseht worden wären, sondern es wäre zu einer solchen Wiederherstellung entweder eine besondere gesehliche Bestimmung, welche sich hier nicht nachweisen läßt, oder eine ausbrücksche Verabredung der Betheiligten ersorderlich gewesen, in welchem letzern Falle aber die Wiederherstellung doch nicht als Product des frühern Rechtsverhältnisses, sondern vielmehr nur als ein Ausstuß des neuen mogotiums zu betrachten wäre, der zwar im pecuniären Interesse mit der Wirkung des frühern ausgelösten Rechtsverhältnisses zusammentressen kann, ohne daß jedoch in diesem der obligatorische Grund des neuen Rechtsverhältznisses zu sinden wäre.

#### §. 34.

Diesem zufolge kann nun der Wiederabtretung des linken Rheinufers von Frankreich an die damaligen allierten Mächte durch den Pariser Frieden vom 30, Mai 1814 nicht die Wirkung beigemeffen werden, daß dadurch alle die= jenigen Rechtsverhältnisse von selbst wieder aufgewacht wären, in welchen sich die auf dem linken Rheinufer gelegenen ehemaligen Kreislande vor dem Lüne= viller Frieden befunden hatten. Denn abgesehen davon, daß das Deutsche Reich es gewesen war, welches im Lüneviller Frieden das linke Rheinufer ab= getreten hatte, und diejenigen allierten Mächte, welche fich durch den genann= ten Pariser Frieden die ehemaligen linksrheinseitigen Kreislande abtreten ließen, ein von dem aufgelösten Deutschen Reich ganz verschiedenes Rechtssubject dar= stellten, und daß es keineswegs überall diejenigen vormaligen deutschen Reichs= stände waren, welche wieder in den gleichen Besit ihrer durch den Lüneviller Frieden verlornen Kreislande gelangten; so ermarben diejenigen Fürsten, welche diese Kreislande in Folge der beiden Pariser Friedensschlüsse, und der deuselben nachgefolgten weiteren Staatsverträge erhielten, dieselbe ex novo jure, und ohne daß das frühere vor dem Lüneviller Frieden bestandene Rechtsver= hältniß unter so wesentlich veränderten Umständen wieder hätte hergestellt werden können und wollen.

#### §. 35.

Ein Anspruch an die dermaligen Inhaber der ehemaligen linksrheinseitigen Rreislande wegen Anerkennung der Kreisschulden würde sich demnach nur dann denken lassen, wenn aus den Pariser Friedensschlüssen oder weiteren Staats= verträgen nachgewiesen werden könnte, daß die gegenwärtigen Besitzer der rechtsrheinseitigen Kreis= und Entschädigungs=Lande von der einmal auf sie gelegten Last des Schuldantheils der vormaligen linksrheinseitigen Kreislande entsedigt, und diese Last auf die nunmehrigen Inhaber der ehemaligen links= vheinseitigen Kreislande übertragen worden wäre. Sine solche große Umän=

derung in Absicht auf die Schuldverhältnisse der vormaligen linksrheinseitigen Kreislande ist jedoch nirgends ausgesprochen, denn der Art. XXI. des ersten Pariser Friedens spricht mit den Worten:

"resteront à la charge de ces mêmes pays" vielmehr das Fortbestehen der bisherigen Schuldverhältnisse aus,

de Martens, Recueil suppl. Tom. VI. pag. 10. Die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815 und die Wiener Schlußacte aber haben gar nicht die Bestimmung, über diesen Specialgegenstand etwas sestzussen; auch enthält der zweite Pariser Friede vom 20. November 1815 in den Artiseln VIII. und XI. nur Hinweisungen auf den ersten Pariser Frieden. de Martens 1. c. p. 689. 690.

#### 6. 36.

Aus porstehenden Gründen sind die beklagten Regierungen als Besitzer der auf dem rechten Rheinuser gelegenen vormaligen Kur= und Oberrheinischen Kreislande von der klagender Seits begehrten Theilnahme an den Schulden der vormaligen beiden Rheinkreise freizusprechen, somit die klagenden Regieruns gen mit der erhobenen Klage abzuweisen.

#### 6. 87.

In so fern der Anspruch der klagenden Regierungen an die Besitzer der vormaligen linkerheinseitigen Kreislande noch weiter, nämlich darauf gegangen ist, daß dieselben auch die vor dem Lüneviller Frieden auf diese Bestandtheile der vormaligen beiden Rheinkreise ausgeschriebenen Kreis-Römermonate nachzahlen sollen; so entstand hiebei zunächst der Zweisel, ob das Austrägalgericht auch für die erste der neun Fragen, welche die Subdelegationscommission als bestritten bezeichnet hatte, nämlich für die Frage:

ob die dermaligen Besitzer der am linken Rheinuser gelegenen Kreislande schuldig sind, die von den vormaligen Kreisständen bis zum Jahr 1802 ausgeschriebenen Römermonate nachzuzahlen?

competent sep? weil dieselbe einen abgesonderten Gegenstand der Beschlüsse der hohen Bundesversammlung ausgemacht hatte, und von Hochderselben angenommen worden war, daß dieser Gegenstand bereits seine Erledigung erhalten habe, daher die hierauf sich beziehende Frage nicht auf die austrägalgezrichtliche Entscheidung ausgesetzt wurde.

Allein, obiger 3meifel hob fich burch nachfolgende Betrachtungen:

ŧ

1

ķ

(I

X

\*

Als nämlich in der 32. Sipung der hohen Bundesversammlung vom Jahr 1831 die Ansicht der Bundestags=Commission zur Sprache kam, daß sämmtliche Regierungen, welche die Kur= und Oberrheinischen Kreise zu verstreten hätten, damit, daß die fraglichen Rückstände an Kreis=Römermonaten in Wegfall zu schreiben sepen, sich einverstanden erklärt hätten, so äußerte sich bei den darauf erfolgten Abstimmungen der Gesandte der freien Stadt Frankfurt dahin:

Betrachtet man die erste Frage 2c., so findet man die engste Verbindung mit der fünften Frage, weßhalb die Subdelegationscommission in ihrem Vortrage eine Distinction zu Hülfe nehmen mußte, welche schwerlich die Probe halten dürfte. Auch rechtscheinische Kreisgebiete,

wie z. B. Frankfurt und Nassau, sind notorischermaßen durch Contributionen und Requisitionen ebenso heimgesucht worden, als wenn ste feindlich occupirt gewesen waren. Wenn man daher in Erwartung einer ganglichen Erledigung der Sache über die erste Frage dem An= trag ber Subdelegationscommission beitrat, so waltet doch kein Grund vor, warum im Gegenfall jener Voraussehung, oder wenn die funfte Frage zu einem austrägalgerichtlichen Erfenntniß ausgesett wird, einer Regierung verargt werden konnte, auch jene erste Frage mit zu berühren, sep dieses, in welcher Beziehung es wolle, oder auch nur, um nachtheilige Folgerungen zu vermeiben.

In Kolge biefer Abstimmung wurde bann ausbrücklich bemerkt, daß die erste Frage von Seiten Frankfurts nicht als erledigt angenommen werden konne.

Der Großherzoglich = Heffische Gesandte sagte in seiner Abstimmung, daß die Berweisung der ersten Frage an das Austrägalgericht, wenn auch Großher= zoglich = Hessischer Seits nichts im Wege stehe, sie als erledigt zu betrachten, wegen bes von Seiten ber freien Stadt Frankfurt erfolgten Ginfpruchs nicht zu umgehen senn werbe.

Waldeck trat in seiner Abstimmung der freien Stadt Frankfurt bei, und verlangte austrägalgerichtliche Entscheidung.

Unter Hinweisung auf das Protokoll der 32. Sipung vom Jahr 1831, hat nun die hohe beutsche Bundesversammlung den 12. Juli 1832 zwar die erste Frage, wie bereits bemerkt worden, nicht auf eine abgesonderte austrä= galgerichtliche Entscheidung ausgeset, dagegen aber dem Austrägalgerichte nicht nur die allgemeine Befugnik eingeräumt, über Vorbehalte zu erkennen, sondern der frühern erstern Frage ausdrücklich mit den Worten ermähnt:

und bei welcher 5. Frage den Regierungen unbenommen bleibt, das= jenige mit auszuführen, was sie über die erste Frage bei dem Vor= trage der Bundestags = und dem darin angezogenen Berichte der Sub= delegatione: Commission zu erinnern, ober demselben zum 3mecke ebenmäßiger richterlicher Entscheidung entgegensegen zu ton= nen glauben.

## §. 38.

Die erste Frage, welche auf biese Weise von der hohen deutschen Bundes= versammlung keineswegs ber austrägalgerichtlichen Entscheidung, auch wenn die betheiligten Regierungen deshalb anrufen würden, entzogen, sondern nur nicht jum Gegenstand eines abgesonderten Verfahrens und Urtheils gemacht werden wollte, ift nun auch wirklich von den Parteien in ihren Schriftsagen verhandelt worden.

Es haben nämlich bie klagenden Regierungen an ihre Schlufbitte in der hier vorliegenden Klage die weitere besondere Bitte geknüpft, zu erkennen:

daß die dermaligen Besitzer der am linken Rheinufer gelegenen Kreislande schuldig sepen, nach Verhältniß ihrer Besitzungen die von ben vormaligen Kreisständen ausgeschriebenen Römermonate, so wie die Pactitiengelder sammt 5 % Binsen nachzugahlen.

Diejenigen der beklagten Regierungen, welche thätigen Antheil an den proceffualischen Berhandlungen genommen, haben hierauf feinesmegs eine Gin= lassung auf diesen besondern Anspruch, als wäre derselbe gar nicht hieher geshörig, abgelehnt, vielmehr hat die Krone Preußen in ihrer Vernehmlassung sich dahin geäußert: die erste Frage sen bei den nachträglichen Verhandlungen am Bundestag nicht zur Sprache gekommen, wie sie denn auch für erledigt zu betrachten sen; man werde aber bei den gegenwärtigen Verhandlungen in so fern darauf zurücksommen müssen, als die klagenden Regierungen von der ihnen durch den Bundestagsbeschluß vom 12. Juli 1832 eingeräumten Besugniß Gebrauch machten.

23. Bl. 9b ff.

Auch der Anwalt der Krone Bapern bestritt den hier befragten Anspruch nur von seiner materiellen Seite, indem er nachzuweisen suchte, daß eine Verbindlichkeit der Besitzer der linksrheinseitigen Kreislande nicht vorhanden sep; 34. Bl. 20° f.

und auf gleiche Weise begegnete auch ber Anwalt der Großherzoglich = Heffi= schen Regierung der klägerischen Forderung.

28. §. 20. Bl. 109 b.

§. 39.

So wenig in formeller Beziehung die Erledigung der nun ersten Frage, aus Gelegenheit und in Verbindung mit der fünften dem Austrägalgericht als dritte Hauptfrage unterstellten Frage, einigem Bedenken unterliegen kann, so wenig bietet die materielle Beurtheilung derselben erhebliche Schwierigskeiten dar.

Es haben nämlich nach dem Bundestags=Commissons=Gutachten Bundestagsacten II. S. 747.

sämmtliche Regierungen sich damit einverstanden erklärt, daß die von den vormaligen Kreisständen bis zum Jahr 1802 ausgeschriebenen Römermonate, weil die linksrheinseitigen Lande vom Feinde occupirt und verheert gewesen, die rückständigen Kreis=Römermonate als inexigibel zu betrachten und aus dem Etat der Kreisactiven zu streichen sepen.

Wenn dagegen in der Folge die freie Stadt Frankfurt geltend zu machen gesucht hat, daß auch rechtsrheinische Gebiete durch feindliche Contributionen und Requisitionen heimgesucht worden senen; so würde daraus noch nicht folgen, daß sie darum ihre frühere Zustimmung in die gemeinschaftliche Uebereinstunft aller betheiligten Regierungen, die auf linksrheinische Kreisgebiete gestallenen Römermonate nachzulassen, zurücknehmen könne, sondern nur so viel, daß nach ihrer Ansicht der gleiche Billigkeitsgrund auf die eine oder andere Weise auch auf sie angewendet werden müsse.

Allein, abgesehen hievon, so handelt es sich hier nicht von einer Befreiung der links und rechtscheinseitigen Kreislande von den ausgeschriebenen Kreis-Römermonaten, aus dem allgemeinen Billigkeitsgrunde der seindlichen Berbeerung und Besehung, was zu ganz andern Untersuchungen führen mitte; sondern vielmehr bloß davon, ob die auf der linken Rheinseite ausgeschriebenen Römermonate von den nunmehrigen Besihern dieser Lande nachzuzahlen senen, und diesem Anspruch tritt der entscheidende Umstand entgegen, daß, wie solches schon bei den Kreisschulden ausgeführt worden ist, die französische Republik die linkscheinseitigen Kreisgebiete vollkommen frei von allen Schulden, welche

nicht die dort bezeichneten Eigenschaften au sich tragen würden, sich hat abtreten lassen, und daß daher von Schulden, mit welchen die linksrheinseitigen Rreidzebiete desmegen belastet gewesen, weil sie mit den auf sie ausgeschriebesnen Rreids-Römermonaten im Rücksand geblieben, keine Rede seyn könne, ins dem diese Art von Schulden von der französischen Republik so wenig übernomsmen worden sind, als die durch Capitalaufnahmen oder andere Weise entstandenen. Hiernach würden die in Frage stebenden Areid-Römermonate, wenn sie nicht für niedergeschlagen erklart worden wären, als Schulden der linksrheinsseitigen Rreidzebiete eben deswegen, weil sie nicht von Frankreich übernommen worden sind, von den Kreids und Entschädigungs-Landen der rechten Rheinseite übernommen werden müssen. Der an die Besiese der vormaligen linksrheinsseitigen Areislande gerichtete Anspruch auf Nachzahlung der auf diese Kreißlande ausgeschriebenen Römermonate kann diesemnach nicht für begründet erzachtet werden.

## §. 40.

Eine weitere Frage, welche fich auf die Uebertragung der Schuldantheile der linken Rheinseite auf die rechte Rheinseite bezieht, kann in der Beziehung aufgeworfen werben, als in ben boben Bundestagsbeschluffen vom 12. Juli 1832 und 12. Mai 1834 bloß von der Uebertragung der fraglichen Schulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande bie Rede ift, und der Entschädigungslande keine Ermahnung geschieht, wogegen schon in dem Reichsdeputations = Hauptschluß f. 38. und an andern Stellen von der Uebertragung der fraglichen Schulden auf die Entschädigungslande, und von den Verpflichtungen der entschädigten Reichsfürsten gesprochen mird. Allein, gerade nur so meit der Reichsdeputations = Hauptschluß eine Uebertra= gung der linksrheinseitigen Schuldantheile auf die rechtsrheinischen Kreis= und Entschädigungs= Lande beabsichtigte, fonnte es feinem Bedenken unterliegen, hier, wo es sich nur im Allgemeinen von der Freisprechung der ehemaligen links= rheinseitigen Kreislande von den Kreisschulden, und von der Wirkung dieser Freis sprechung auf die rechte Rheinseite handelte, die rechtsrheinischen Kreis: und Ent: schädigungs = Lande als diejenigen zu bezeichnen, welche für jenen Schuldantheil ber linkerheinseitigen Kreislande einzustehen hatten. Daß aber eine nahere Fest= setung bes Berhaltniffes, in welchem dieses geschehen muffe, zur Beit noch gar nicht vorbereitet sep, und daher auch nicht in der Absicht des Austrägal= gerichts liegen konne, wird fich nun aus dem Nachstehenden ergeben.

## 6. 41.

Es ift nun zwar allerdings durch den Beschluß der hohen deutschen Bunbesversammlung vom 12. Juli 1832, unter der Woraussehung, daß die Hauptfrage zu Gunsten der Besitzer der vormaligen linksrheinseitigen Kreislande entschieden werden würde, auch die weitere Frage zur austrägalrichterlichen Entscheidung gestellt worden:

Ob und in welchem Verhältnisse sämmtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf dem rechten Rheinuser gelegenen Kreislande zu übertragen sepen?

Hiernach scheint es, als ob die hohe deutsche Bundesversammlung

- A) schon die allgemeine Frage für bestritten erachtet habe, ob über= haupt die Kreisschulden auf die rechte Rheinseite zu übernehmen sepen? Eine Frage, die offenbar sehr verschieden von der ist, ob die linke Rheinseite die Kreisschulden antheilig zu übernehmen habe; indem auch im Falle der Berneinung derselben an sich daraus noch nicht mit Nothwendigkeit solgen wurde, daß die rechte Rheinseite es sep, welche für diesen Schuldantheil einzustehen habe? Nicht minder die weitere Frage:
- B) ob sammtliche Kreisschulden von den Besitzern des rechten Rheinufers zu tragen sepen?

Da indessen der Wirkungskreis des Austrägalgerichts darauf beschränkt ist, zwischen denjenigen Parteien Recht zu sprechen, welche demselben als streis tende Theile bezeichnet worden sind, und zwischen welchen wirklich ein die richterliche Entscheidung bedürsender und gehörig gerichtlich verhandelter Streit vorwaltet, auch Streitigkeiten zwischen Privatpersonen einer — und Bundessstaaten anderer Seits durch den Art. 30. der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 von der Competenz der Austrägalgerichte ausgeschlossen sind, so wird wohl eine besondere austrägalgerichtliche Entscheidung der unter den Buchstaben A und B ausgehobenen Fragen nicht erwartet werden, in Erzwägung

- Areislande von der Theilnahme an den Kreisschulden freigesprochen worden, es sich nur noch davon handeln kann, ob die Kreisgläubiger wegen des außerdem auf die linke Rheinseite fallenden Schuldantheils sich an die Besißer der rechtsrheinseitigen Kreislande zu halten berechtigt sepen, oder ob sie in so weit bei sämmtlichen, oder bei etlichen, und in diesem Falle bei welchen Kreisschulden das leere Nachsehen haben sollen, eine Frage, welche offenbar das dem austrägalgerichtlichen Erkenntniß nicht unterliegende Berhältniß zwischen den Kreisgläubigern, als Privatpersonen einer und den im Besiß der rechtsrheinseitigen Kreis= und Entschältgungs=Lande besindlichen Bundesstaaten anderer Seits berührt,
- 2) daß sammtliche Regierungen, auf klagender wie auf beklagter Seite, hier das gleiche Interesse haben, von sammtlichen Kreisschulden so wenig als möglich zu tragen, und daher
- 3) in dieser Beziehung, abgesehen von dem Vertheilungsmaakstab, unter den beiderseitigen Regierungen nichts streitig, und auch hierüber noch gar nichts verhandelt worden ist, was
- 4) um so unerläßlicher gewesen wäre, als zur Zeit gar nicht abzusehen ist, in wie sern die eine oder die andere der Kreitenden Regierungen ein dem der übrigen entgegenstehendes Interesse dabei haben könnte, daß, der Entscheidung der Hauptsrage ungeachtet, von der rechten Rheinseite gar nichts, oder wenigstens welche von den versschiedenartigen Kreidschulden nicht übernommen werde.

§. 42.

Wenn aber das Austrägalgericht nun auch

C) über die Frage rechtlich entscheiben solle:

In welchem Verhältnisse sammtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande zu übertragen seven?

so kommt es, bei den mancherlei Fragen, welche sich bei der Repartition der linksrheinseitigen Schuldantheile auf die rechte Rheinseite denken lassen, vor allem darauf an, welches besondere Verhältniß die hohe deutsche Bundesverssammlung bei der Anordnung der austrägalgerichtlichen Entscheidung im Auge gehabt habe, und welches bei der gerichtlichen Verhandlung zwischen den bestheiligten Regierungen als bestritten und eine austrägalgerichtliche Entscheisdung hervorrusend sich herausgestellt habe, wenn das Austrägalgericht sich innerhalb der Schranken des ihm angewiesenen Wirkungskreises halten solle.

#### §. 43.

Es ist nun zu bemerten, daß die im Jahr 1817 niedergesetzte Commission zu Auseinandersetzung des Rheinischen Schuldenwesens die Frage:

in welchem Verhältnisse ber linkerheinseitige Schuldantheil auf die rechterheinseitigen Kreislande zu übertragen sep?

nicht unter den Fragen, welche zwischen den bei jener Auseinandersetzung bestheiligten Regierungen bestritten sepen, aufgezählt und daher als bestritten nur das bezeichnet hatte:

Ob die gegenwärtigen Besitzer der linksrheinseitigen Kreislande einen matrikularmäßigen Antheil an den Kreisschulden und Lasten zu über= nehmen schuldig, oder ob die sämmtlichen Schulden von beiden Rhein= kreisen auf die Lande der rechten Rheinseite zu übernehmen und sonach die jenseitigen Antheile der geistlichen Kreislande auf die rechtschein= seitigen Kreisgebiete und die der weltlichen auf die Reste dieser letzern und die Entschädigungsobjecte zu übertragen sepen?

Die gedachte Commission hatte für die beiden möglichen Fälle bereits die matrifularmäßige Repartition nur mit dem Vorbehalt der etwa nöthigen weiteren Communicationen und Verbesserungen entworfen.

Die zur Begutachtung des Commissionsberichts aufgestellte Bundestags: Commission hat die zu lösende Frage etwas anders, nämlich so gefaßt:

Ob die Schulden beider Rheinkreise von den gegenwärtigen Besitzern der auf dem linken Rheinufer gelegenen Kreislande antheilig zu über= nehmen, oder ob sämmtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande überzutragen sind?

Auch hier ist also die Frage von einem bei dieser Uebertragung zu beobachtenden Verhältniß noch nicht berührt.

Nur darin war jedesmal eine Zweiselhaftigkeit gefunden worden: ob die Schulden der linksrheinseitigen geistlichen Kreislande die Schuldenmasse der rechtsrheinseitigen Ueberreste dieser Kreislande im Ganzen vermehren, oder ob die Reste jedes einzelnen Kreislandes die Schuldantheile des linksrheinsseitigen Landesantheils zu übernehmen habe? eine Frage, welcher aber unter den von der Commission aufgezählten neun Fragen eine besondere Stelle, nämzlich die sechste, angewiesen wurde.

Eine veränderte Gestalt hat sodann die Frage durch den Beschluß der

hohen beutschen Bundesversammlung vom 12. Juli 1832 in so fern erhalten, als in die frühere Frage erst die Worte aufgenommen sind:

Ob und in welchem Verhältnisse sammtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreistande zu übertragen sind?

vhne daß näher bezeichnet wäre, welcher Streit denn über die Art des Werhältniffes zwischen den betheiligten Regierungen der rechten Rheinsfeite vorwalte und der austrägalgerichtliche Entscheidung bedürfe?

Auf dieser Fassung der Frage hat die hohe deutsche Bundesversammlung durch ihren Beschluß vom 12. Mai 1834 beharrt.

6. 44.

Run ift zwar allerdings in Betreff bes Verhältniffes ber Uebertragung

a) die besondere Frage entstanden: ob die Schuldantheile der linksrheins seitigen geistlichen Lande die Schuldenmasse der rechtsrheinseitigen Ueberreste dieser Lande im Ganzen vermehren, oder ob die Reste jedes einzelnen Landes jene Schuldantheile übernehmen sollen?

Allein gerade die Entscheidung dieser Frage ist durch den hohen Bundestagsbeschluß vom 12. Juli 1832 dem Austrägalgerichte nicht ausgetragen worden; dieselbe nahm unter den von der Subdelegationscommission der hohen deutschen Bundesversammlung vorgelegten neun Fragen die sechste Stelle ein; dagegen wurde bloß die fünste als dritte Hauptsrage zur austrägalgerichtlichen Entscheidung verwiesen, und in Ansehung dieser sechsten Frage, so wie in Anssehung einer siebenten, das von dem Kurrheinischen Kreise ausgenommene Capital von 200,000 Gulden betressend, wurde bloß sestgesest, daß die Entsscheidung der dritten Haupts (fünsten) Frage diesen zwei weiteren zur Norm dienen solle. Wenn sodann gleich durch den hohen Bundestagsbeschluß vom 12. Mai 1834 dem Austrägalgerichte überlassen wurde, jene zwei lesteren Fragen zur weitern Discussion zu bringen; so wurde nichts desso weniger durch Hinweisung auf die Wiener Schlußacte und den Bundestagsbeschluß vom 3. August 1820, so wie durch die ausdrücklich beigeseste Clausel:

ohne Beeinträchtigung der Bestimmungen des Bundestagsbeschlusses vom 12. Juli 1832,

die Grenzbestimmung für die austrägalrichterliche Competenz des Obertribunals erneuert.

Auch haben die Vorträge der betheiligten Parteien keine Materialien zur nahern Würdigung jener sechsten Frage geliefert, vielmehr haben diese Regiezungen die Absicht zu erkennen gegeben, daß sie wenigstens in Folge des gegenswärtigen Verfahrens keine austrägalgerichtliche Lösung dieser Frage beabsichtigetigten; denn in der — Namens der Regierungen des Herzogthums Nassau, des Fürstenthums Waldeck und der freien Stadt Frankfurt eingekommenen Klage, welcher auch der Aurstaat Hessen beigetreten ist, heißt es: diese, so wie die stebente Frage, könnten nicht wohl Gegenstand der Verhandlung in gegenwärtigem Versahren seyn, da in diesem nur die dritte Haupt= (fünste) Frage zu erörtern sey; auch könnten sie erst dann zur Sprache kommen, wenn entschieden werden sollte, daß die Besiser der linken Rheinuserstaaten von der Concurrenzpssicht frei seyen, in welchem Falle die Parteienrollen sich anders siellen würden.

Fasc. spec. III, 4, 6. 1, 8. 13 f.

Daher enthält auch die Schlußbitte keinen Antrag auf gerichtliche Bestimmung eines Verhältnisses überhaupt, und in Absicht auf die sechste und stebente Frage insbesondere.

Ebendas. 6. 23, S. 153 f.

Der Anwalt der Krone Preußen bemerkte hierauf in seiner Einredeschrift: über die sechste und siebente Frage sep, wenn deshalb unter den detheiligten Regierungen ein Streit obwalte, eine besondere Entscheidung nicht ersorderlich; damit (aber) das Austrägalgericht nicht zu dem Wisverständnis verleitet werde, es habe auch über die zwei besondern Fragen eine Entscheidung zu treffen, sepen am 12. Mai 1834 in den Bundesbeschluß die Worte: ", ohne Beeinträchtigung" zc. eingeschaltet worden. Auf die an den Gagenden Anwalt den 26. August 1834 ergangene Aussorderung habe derselbe sich nicht veranslaßt gefunden, die in Betress der sechsten und siedenten Frage obwaltenden Berhältnisse mit zur Erdrterung zu bringen. Auch Königlich= Preußischer Seits sinde man nicht nörhig, den desfallsigen Verhandlungen etwas hinzuszussägen.

Cbendaf. 23, §. 1. Bl. 2b ff.

Von Seite der Krone Bapern wurde sich zwar näher auf die sechste und siebente Frage mit einer eventuellen Bitte eingelassen, jedoch, wie beigesept wurde, bloß um zu erfahren, ob hierüber zwischen den betheiligten Regiezungen eine Uebereinkunft zu Stande zu bringen sen, oder ob es einer Entsscheidung bedürfe.

Cbenbaf. 34, Bl. 4 unb 24.

Dagegen hat der Anwalt der Großherzoglich: Hessellschen Regierung in Absicht auf den Umfang des austrägalgerichtlichen Wirkungskreises, die sechste und die sebente Frage betreffend, sich eben so geäußert, wie von Seite der Krone Preußen geschehen, und nur gelegenheitlich bemerkt, das Capital von 200,000 Gulden berühre die tinke Rheinseite nicht, übrigens in Absicht auf die sechste und sebente Frage kein auf eine Entscheidung gerichtetes Petitum gestellt.

28. §. 1. Bl. 4 ff. §. 11. Bl. 71b f. §. 26. Bl. 38b.

In den weiteren Verhandlungen zwischen den klagenden Staatsregierungen und der Krone Preußen ist nichts Weiteres von Einfluß vorgebracht worden; dagegen ist in der gegen die Krone Bapern gerichteten Replik der klagenden Regierungen gesagt: die Frage, wie die der linken Rheinseite abzunehmenden Areisschulden zu repartiren sepen? könne hier nicht abgehandelt werden, weil hier ganz andere Parteienverhältnisse einträten. Nur eventuell wurde sodann Verschiedenes über die Gegenstände der sechsten und siebensen Frage vorgebracht,

47. S. 4. ff.

worauf der Anwalt der Krone Bapern duplicirte, man sep mit dem Gegenztheil einverstanden, das gegenwärtige Verfahren solle lediglich zur vorläufigen richterlichen Entscheidung der Hauptfrage:

Ob und in wie fern die jenfeits des Rheins gelegenen Lande der zwei Rheinkreise zur Mitvertretung der Schulden derselben verbunden senen?

leiten. Die weiteren Streitpuncte, soweit sie nicht schon hierdurch erledigt mürden, müßten, getrennt von gegenwärtigem Procesversahren, seiner Zeit instruirt und richterlich abgemacht werden. Die Baperische Aeuserung über diesen Gegenstand konne nicht als Litis contestatio, noch als Exceptio gesachtet werden. Reconveniendo aufzutreten, habe man nicht die Absicht geshabt, noch wäre dieses zukässig gewesen, weil der Streit auf andere Parteien sich bezogen hätte.

#### 64. Bl. 4 ff.

In der Replik der klagenden Regierungen gegen das Großherzogthum heffen erklärte fich deren Anwalt abermals auf das Bestimmteste gegen eine Verhandlung der sechsten und siebenten Frage in Verbindung mit der fünften,

wogegen der Anwalt der Großherzoglich = Hesselfischen Regierung in der Duptik es dem Ermessen des Obertribunals anheim gegeben hat, ob und wie weit das Austrägalgericht berechtigt sep, auch die Fragen sechs und sieben zu erledigen.

#### 6. 45. ·

dem so eben §. 44. Angeführten. Indessen bezieht sich der Gegensstand derselben: wer nämlich die von dem Kurrheinischen Kreise ans Veranlassung der Lütticher Execution aufgenommenen 200,000 Gulden zu bezahlen habe, eigentlich nicht auf das Vertheilungsverhältniß der Schulden der linksrheinseitigen Kreislande unter die Besiher der rechten Rheinseite.

#### §. 46.

Dagegen ift

o) die das Schuldenvertheilungs: Verhältniß sehr nahe berührende Frage erhoben worden, ob die linksrheinseitigen Schuldantheile der weltzlichen Kreislande bloß auf die rechtsrheinseitigen Kreisgebiete, oder auch auf die außerhalb der Gebiete der beiden Rheinkreise gelegenen Entschädigungslande übergehen sollten?

Insbefondere haben die klagenden Regierungen diese Frage in ihrer gegen bas Großherzogthum heffen gerichteten Replik abgehandelt.

Die Krone Preußen, welche von diesem Schriftsat Kenntniß erhielt, außerte hierüber duplicando bloß, sie habe in Betreff dieses Sweisels, nach ihrer Stellung, nicht auf diese Repartition einzugehen.

## 61. Bí. 2b ff.

Die Königlich : Bayerische Regierung gebachte zwar in ihrer Duplik dieser Frage, mandte aber auch auf diese ihre Ansicht an, daß dertei Weitere Fragen, so weit sie nicht mit der Hauptfrage, das Berhältniß der rechten Rheinseite zur linken betreffend, erledigt würden, erst in der Folge, und getrennt verhanzelt werden müßten.

#### 64. loc. cit.

Die Großherzoglich = hessieheng aber überging diese Nebenfrage ganz mit Stillschweigen.

Also auch in Beziehung auf diese Frage erscheint zur Beit nichts streitig unter ben betheiligten Parteien; es ist also auch von dieser Seite dem Austrägalgerichte kein Anhaltspunct gegeben worden, über das Verhältniß, in welchem die Besitzer der rechtscheinseitigen Kreis und Entschädigungs-Lande die Schuldantheile der vormaligen linkscheinseitigen Kreislande zu tragen hätten, sich auszusprechen.

Sehr gegründet ist auch die hin und wieder von denjenigen Regierungen, welche thätigen Antheil an dem gerichtlichen Verfahren genommen haben, gemachte Bemerkung, daß diese Frage eine der Hauptparteien, nämlich diejenigen Regierungen, welche die Befreiung der linken Rheinseite von den Kreidschulden fordern, eigentlich gar nichts angehe, sondern daß vielmehr die für die rechte Rheinseite sich interessenden Regierungen hierüber unter sich zu streiten hätten.

Sollte aber auch je neben der Entscheidung des Streits zwischen den beiben Hauptparteien noch ein besonderer Streit zwischen den Bestern der rechtsrheinseitigen Kreis = und Entschädigungs = Lande über das Schuldeus Repartitionsverhältniß entschieden werden; so hätte diesem ein bestimmter Klaganspruch einzelner dieser Regierungen gegen die übrigen, unter Bezeich nung der besondern Art des im Streit befangenen Repartitionsverhältnisses, porangehen müssen, ohne welchen es dem Gerichte unmöglich war, geordnetes Versahren einzuleiten, welchem sofort erst, um eine Entscheidung vorzubereiten, die weiteren wesentlichen Handlungen des Processes, nämlich die Einlassung auf die Klage, die Vorbringung etwaiger Einreden, die Vernehmung des klagenden Theils hierüber, sofort das etwa nöthige Beweisversahren über bestrittene Thatsachen hätte solgen müssen, an welchem allem es zur Zeit gänzlich mangelte.

Diese, einer Bestimmung des Verhältnisses entgegenstehenden Hindernisse treten um so stärker hervor, sobald man erwägt, daß sich der Verhältnisse so verschiedene denken lassen, bei deren jedem möglicherweise wieder verschiedensartige Interessen einander entgegen treten könnten, daher bei jedem derselben wieder andere Parteienverhältnisse sich herausstellen können, bei welchen es zur Zeit unbekannt wäre, welche Regierungen sich gegenüber stehen, mithin eine Verurtheilung oder Freisprechung bestimmter Rechtssubjecte in Absicht auf eben so bestimmte Rechtsansprüche gar nicht denkbar seyn würde.

#### 6. 47.

d) Einen unverkennbaren Einstuß auf die Bestimmung des Verhästenisses, nach welchem die Areisschulden vertheilt werden sollen, würde es haben, wenn man auf das besondere Vorbringen der Regierung der freien Stadt Franksurt eingehen wollte, es müsse bei dieser Vertheilung darauf Rücksicht genommen werden, daß die Stadt Franksturt, so wie einige andere Kreisstände ihre Kreisprästanden immer vollständig abgeführt hätten, und sie daher keinen Theil an denjenigen Kreisschulden zu übernehmen haben, welche dadurch entstanden, daß

andere Rreisstände mit ihren Praftanden zurückgeblieben fepen, und zur Deckung dieses Ausfalls in den Rreiscassen hatten Capitalien auf= genommen werden muffen. Abgefehen jedoch davon, daß biefes Borbringen ebenfalls fich auf ein Verhältniß der Besitzer der ehemaligen rechterheinseitigen Lande unter fich bezieht, und die Besitzer der links= rheinseitigen Kreislande als solche nicht berührt, und daß dagegen bei der dritten (fünften) Hauptfrage dem Obertribunal nur die austrägalgerichtliche Schlichtung eines Streits zwischen diesen beiderlei Rreislande=Besitzern, in so fern sie sich als solche gegenüber stehen, aufgetragen worden ist; so würde das Austrägalgericht auch hier nicht einmal in der Lage senn, einen bestimmten richterlichen Ausspruch zu thun, welche Regierungen dasjenige zu übernehmen verbunden sepen, von mas die Regierung der freien Stadt Frankfurt befreit zu werden begehrt, vielmehr müßten — wenn je die freie Stadt Frankfurt und mit ihr andere Regierungen wirklich gemeint senn sollten, eine gangliche oder wenigstens theilweise Uebernahme von den auf die rechtsrheinseitigen Rreis = und Entschädigungs = Lande fallenden Schuldantheilen der linken Rheinseite von fich abzuwenden, und den außerdem auf sie fallenden Schuldantheil auf andere Regierungen überzumälzen - vorerst zwischen ihr und ben letteren, nach genauer Bezeichnung berselben, über dieses aufgestellte besondere Repartitionsverhältniß, sowohl nach bem Princip, als nach seiner Anwendung, genügende Erbrterungen gepflogen werden, mas aber bis jest noch nicht geschehen ift, und noch nicht eingeleitet werden tonnte.

Es war daher in dem hier auszusprechenden Erkenntniß diesem besondern Vorbringen der freien Stadt Frankfurt keine Folge zu geben.

## §. 48.

Das Verhältniß, in welchem die Besitzer der rechtsrheinseitigen ehes maligen Kreislande die Kreisschulden zu übernehmen haben, ist endlich

- e) auch durch den Maakstab der Anlage für die einzelnen Kreislande bes
  dingt, je nachdem man nämlich hiebei entweder
  - 1) ben ursprünglichen Matrikularanschlag, ober
  - 2) ben Revenuenertrag, ober
  - 3) ben Flächengehalt, oder endlich
  - 4) bie Seelenzahl der betreffenden Kreis: und Entschädigungs: Lande

zum Grund legt.

Da jedoch auch hierüber zwischen den betheiligten Regierungen kein eigentzicher Streit vorwaltet, und bereits in dem Reichsdeputations : Hanptabschluß vom 25. Mai (Februar) 1803, §§. 82 und 84, der Maaßstab des Mastrikularanschlags ausdrücklich genannt, und §. 83. festgesetzt worden ist, daß das, waß über den Ertrag des Sinzugs der Kreisactiven noch weiter zur Schuldenzahlung erforderlich sen, durch gewöhnliche Römermonate beigebracht werden musse, welche Erhebungsweise ebenfalls auf den Matrikularanschlag

basirt ift; so bedarf es auch in dieser Beziehung teiner austrägalgerichtlichen Festsehung bes Schulbenaustheilungs=Verhältnisses.

Durch alles dieses wird es sich rechtsertigen, wenn das Obertribunal, we= nigstens bei seiner auf die vorliegenden Acten gebauten Entscheidung über das Verhältniß, in welchem sämmtliche Kreisschulden auf die Besitzer der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kreislande zu übertragen sepen, sich noch nicht ausgesprochen hat.

## §. 49.

Noch ist durch den Beschluß der hohen deutschen Bundesversammlung vom 12. Juli 1832 des speciellen Anspruchs eines Kreisdieners an die beiden ehemaligen Kreiscassen gedacht worden, wenn es dort heißt:

Ob und in welchem Verhältnisse die von dem Münzwardein = Ab= juncten Dietze gegen die in Auspruch genommenen Regierungen augebrachte Penstonsforderungen zu befriedigen sen, wird zum aus= trägalgerichtlichen Erkenntniß verstellt.

Durch den weitern hohen Bundestagsbeschluß vom 12. Mai 1834 ist das Obertribunal auf den ihm den 12. Juli 1832 ertheilten Auftrag, so wie auf den in der 33. Sitzung vom 6. September 1832 erstatteten Commisssundvortrag und gesaßten Bundesbeschluß, welchem zusolge die gedachte Borsfrage der austrägalgerichtlichen Entscheidung allerdings dergestalt besonders unterworsen worden, daß dabei die Hauptfrage wegen Richtigkeit der Forderung selbst — welche eventuell zur Cognition der betreffenden Landesgerichte gehöre — ganz zu umgehen und von deren Erörterung zu abstrahiren sen, hingewiesen worden.

Obgleich das Obertribunal in seiner allgemeinen Aufforderung an die betheiligten Regierungen vom 26. August 1834 auch die besondere ausges nommen hat, dasjenige, was sie rückschtlich der Vertheilung der Forderung des Münzwardein = Abjuncten Diete vorzubringen gemeint, zugleich bei Gelesgenheit der gegenwärtigen (britten resp. fünsten) Hauptfrage vorzutragen, indem das Obertribunal der Ansicht war und fortwährend ist, daß durch Beantwortung der dritten Hauptfrage auch diese besondere Nebenfrage zur Erledigung gelange; so ist jedoch von sämmtlichen betheiligten Regierungen keine hierauf sich beziehende Aussührung den eingekommenen Schriftsähen einverleibt, noch ein eigener besonderer Antrag gestellt worden.

Da nun hierüber kein Streit zwischen den betheiligten Regierungen obwaltet, indem von Seiten des Großherzogthums Baden nur die Vorfrage bestritten worden ist, ob Dieße überhaupt etwas zu fordern habe, was der austrägalgerichtlichen Entscheidung nicht unterliegt, sondern vor die betressens den Landesgerichte gehört; mithin es sich bloß davon handelt, ob Dieße von den Besigern der links und rechtscheinseitigen Kreislande, oder von den lettern allein zu besriedigen sen, die also gestellte Frage: ob die von Dieße, angebrachte Pensionssorderung zu besriedigen sen? mithin nach dem klaren Inhalte des Bundestagsbeschlusses vom 12. Mai 1834 nur in diesem beschänkten Sinne genommen werden kann; da sodann die Acten keine besonstern Momente für eine von der Beurtheilung der Ansprüche der Kreisdiener überhaupt abweichende Behandlung der Forderung des Dieße darbieten: so

ist kein Grund vorhanden, über die Forderung des Dietze eine besondere Bestimmung aufzunehmen, indem dieselbe in Absicht auf das Verhältniß der einander gegenüberstehenden Besitzer der links und rechtscheinseitigen Kreistund Entschädigungs Lande unter sich nichts Eigenthümliches darbietet, das, abweichend von den Ansprüchen anderer Kreisgläubiger und Kreisdiener, einen besondern Ausspruch erforderte.

## 6. 50.

Was dagegen weiter das Verhältniß betrifft, in welchem die Besiher der rechtsrheinseitigen Kreislande die Diepische Forderung übernehmen sollen; so liegen auch in dieser Beziehung keine Anhaltspunkte vor, etwas Näheres zu bestimmen, als bei den Verbindlichkeiten der beiden Rheinkreise und besonzers gegen die Kreisdiener geschehen kann.

Derjenige Unterschied aber, den man zwischen den verschiedenen Classen von Kreisschulden hin und wieder gemacht hat, ob sie nämlich vor oder mähzend, oder nach dem Kriege gemacht worden, und ob sie in Capitalausnahmen, oder in Ansprüchen der Kreisdiener, oder in Commissonskosten bestehen, würde jedenfalls keinen Grund darbieten, eine Verminderung der Verbindlichkeit der betheiligten Regierungen überhaupt, oder einzelner Regierungen von den übrigen, besonders ohne vorgängige genugsame Verhandlung zwischen denselben hierüber auszusprechen; daher auch in dieser Beziehung nichts in das Urtheil hatte ausgenommen werden können.

## §. 51.

Bas endlich die auf das gegenwärtige austrägalgerichtliche Verfahren allerseits aufgewendeten Kosten anbelangt, so haben solche, in Anbetracht der den klagenden Regierungen zur Seite stehenden, nicht unerheblichen Gründe, billigermaßen verglichen werden mussen."

Bur Beglaubigung: Bolley, Canzlei-Affistent.

# D. Urtheil über die vierte Hauptftage.

(Siehe Prot. v. I. 1838. Sess. I. §. 8. S. 45; — Band I. S. 478; — Band II. S. 277.)

"In der Austrägalsache zwischen den Kronen Hannover und Würstemberg, dem Kurfürstenthum Hessen, den Großherzogthümern Baden, Hessen und Sachsen-Weimar, den Herzogthümern Sachsen-Coburg-Gotha, Oldenburg und Nassau, der Landgrafschaft Hessen-Homburg, dem Fürstenthum Waldeck und der freien Stadt Frankfurt, Klägern

am einen, und den Kronen Preußen und Bayern, Beklagten am ans dern Theil, das Schulden und Pensionswesen der vormaligen beiden Rheinkreise, hier die auf das austrägalgerichtliche Erkenntniß ausgesetzte vierte Hauptfrage betreffend, erkennt aus Auftrag und im Namen der hohen deutschen Bundesversammlung das Königlich Würstembergische Obertribunal: daß

- 1) die für ihre jenseits des Rheins verlornen Kreisländer diesseits entschädigten, oder in dem damaligen Umfange der zwei Rheinstreise nicht mehr possessionirten vormaligen Kreisstände zu den noch vorhandenen Kurs und Oberrheinischen Kreisschulden dis zum Lüneviller Frieden vom Z März 1801 und nicht weiter beizutragen verbunden seyen;
- Die wegen ber linksrheinseitigen Kreislander betheiligten Regierungen auch diejenigen Kreisschulden mitzutragen haben, welche in Capitalien bestehen, die zwar nach Abschluß des Luneviller Friedens ausgenommen, aber, und so weit dieses geschehen, zu Tilgung solcher Schulden verwendet worden sind, die zur Zeit des Luneviller Friedens bereits bestanden haben, wohin namentlich unter eben dieser Boraussetzung das von dem Oberrheinischen Kreise ausgenommene Capital von Einmal hundert und fünfzig tausend Gulden gehört; die damit getilgten Schulden mögen nun in ältern Capitalschulden und deren rückständigen Zinsen bestanden, oder von anderen Kreisbedurfnissen hergerührt haben;
- d) die zur Zeit des Abschlusses des Lüneviller Friedens vorhanden gewesenen Kur- und Oberrheinischen Kreisschulden, in dem Falle, wenn hierüber, nach Einsicht der betreffenden Rechnungen, zwischen den betheiligten Regierungen noch etwas streitig bleiben sollte, durch ein besonderes Versahren auszumitteln seyen;
- 4) die betheiligten Regierungen die auf das austrägalgerichtliche Werfahren aufgewendeten Kosten ohne Ersatz selbst zu tragen haben.

So beschlossen in der Plenarsitzung des Königlich Würtembergischen Obertribunals, Stuttgart, den 22. November 1837.

(unterz.) Gaisberg.

vdt. Henb."

# Entscheidungsgründe.

## 6. 1.

In Gemäßheit des Beschlusses der hohen deutschen Bundesversammlung vom 12. Juli 1832 hat das Königlich : Würtembergische Obertribunal als verordnetes Austrägalgericht die Frage zu entscheiden:

Ob die für ihre jenseits des Rheins verlornen Kreisländer diesseits entschädigten, oder in dem damaligen Umfange der zwei Rheinkreise nicht mehr possessionirten vormaligen Kreisstände zu den noch vorshandenen Kur: und Oberrheinischen Kreisschulden bis zum Lüneviller Frieden 1801, oder bis zu dem im Reichsdeputations: Schluß bestimmten Normaltermin den 1. December 1802, oder fortwähzrend beizutragen verbunden sind?

Diese Frage unterstellt die Beitragsverbindlichkeit der genannten Kreissstände als bestehend; die Beantwortung derselben kann daher nicht auch die Pflicht zur Schuldentragung selbst zum Gegenstand haben, sondern lediglich sich mit der Festsehung des Beitpuncts beschäftigen, mit welchem diese Verspslichtung aufgehört habe, und nach welchem also die Tragung der Kreisschulden auszuscheiden sen.

## §. 2.

Der gedachte hohe Bundestagsbeschluß hat bereits diejenigen Regierungen bezeichnet, welche in Absicht auf diese Frage einander gegenüberstehen. Das Obertribunal hatte nur zu bestimmen, welche derselben die Rollen der Kläger zu übernehmen haben sollen.

In Erwägung, daß die Kronen Preußen und Bapern es sind, welchen von den übrigen Regierungen die Uebernahme eines größern Maaßes von Kreisschulden angesonnen wird, um in der eigenen Schuldentragung erleichtert zu werden, hat man diesen übrigen Regierungen, welche eine Forderung an jene zwei Regierungen stellen, die Rolle des Klägers angewiesen, übrigens jeder derselben offen gelassen, auf die Seite der beklagten Königlich=Preußischen und Baperischen Regierung zu treten.

#### 6. 3.

Es hat jedoch keine der als Kläger bezeichneten Regierungen eine entgezgengesette Stellung angenommen. Denn wenn gleich die Krone Hannover durch ihre Bundestags : Gesandtschaft hat erklären lassen, daß der Antheil an den Schulden des Kurrheinischen Kreises, welcher auf den Hannoverischen Theil des Sichsseldes falle, in Gemäßheit des Art. 23. eines mit der Krone Preußen den 23. März 1830 abgeschlossenen Staatsvertrags von der Krone Preußen vertreten werden müsse, in Betreff der auf die Königlich = Hannöverischen Besitzungen im ehemaligen Oberrheinischen Kreise und des auf dieselben fallensden Antheils an den Schulden dieses Kreises aber die Vertretung durch die Krone Preußen gelten lassen wolle, so ist jedoch in derselben Erklärung auf

die Verschiedenheit der Interressen, welche zwischen den beiderseitigen Regies rungen in Ansehung der Theilnahme an den Schulden des Oberrheinischen Kreises vorwalten, hingewiesen worden. Auch hat der Anwalt der Krone Preußen in einer Eingabe vom 1 %. September 1833

#### Fasc. gen. II. 57.

bemerkt, daß eine eigentliche Vertretung der Krone Hannover durch die Königslich Preußische Regierung nicht statt sinden dürfe. Da sonach nicht gesagt werden kann, daß die Krone Hannover sich den Beklagten beigezählt wissen wolle, so war in dieser Beziehung kein Grund vorhanden, in Absicht auf die Krone Hannover ein verändertes Parteienverhältniß anzunehmen.

## 6. 4.

Wenn sodann die Herzoglich: Nassauische Regierung nach einer Eingabe ihres Anwalts vom 4. November 1834

#### Fasc. spec. IV. 6.

zuerst im Zweisel gestanden ist, welche Stellung unter den verschiedenen im Streite befangenen Regierungen ihrem Interesse angemessen sep; so enthält jedoch die spätere Eingabe des Herzoglichen Anwalts vom 44. December 1835, Ebend. 30.

keine bestimmte Erklärung, auf die Seite der beklagten Regierungen übertreten zu wollen, und der von ihm angeführte Grund, aus welchem die Herzogliche Regierung die Theilnahme an den nach dem Lüneviller Frieden entstandenen Schulden des Oberrheinischen Kreises abzuwenden sucht, und welcher darein gelegt wird, daß die Regierungsvorfahrer Seiner Durchlaucht des Herzogs von Nassau wegen ihrer Nassau = Weilburg = und Nassau = Usingen'schen Besthungen auf der rechten Rheinseite des Oberrheinischen Kreises an den Verhandlungen dieses Kreises sortmährend Theil genommen hätten, ist nicht darauf berechnet, den Anspruch der klagenden Regierungen von den beklagten abzuwenden, sondern soll vielmehr bloß zur besondern Vertheidigung der Herzoglichen Regierung gegen einen gleichartigen Anspruch dienen.

Da nun die Herzoglich = Nassauische Regierung jedenfalls, welche Stellung sie auch unter den Parteien einnehmen möchte, das Princip für und gegen sich gelten lassen muß, welches austrägalgerichtlich für die Auseinandersetzung des Rheinischen Kreisschulden = Wesens festgestellt werden solle, so war kein überzwiegender Grund vorhanden, das Herzogthum Nassau, als aus der Reihe der Kläger austretend, und sich diesen unter den Beklagten entgegenstellend, zu betrachten. Es konnte daher auch hier ohne Rechtsnachtheil für die eine ober die andere Partei bei der einmal geschehenen Einweisung der Herzoglich = Nassausschen Regierung in die Reihe der Kläger belassen werden.

#### §. 5.

Soviel nun aber die Hauptsache betrifft, nämlich die Feststellung des Beitz puncts, nach welchem die Schuldenlast der beiden Rheinkreise unter die betheis ligten Regierungen ausgeschieden werden soll, so kommt hierbei solgendes in Betracht:

- 1) Durch die Abtretung des linken Rheinufers an die französische Republik, welche durch den am 9. Februar 1801 zu Lüneville abgeschlossenen und den J. März desselben Jahrs von Kaiser und Reich ratissicirten Frieden geschehen ist, sind alle diejenigen jenseits des Rheins gelegenen, zu den beiden Rheinkreisen gehörig gewesenen Kreislande gänzlich aus dem bisherigen Versbande zu dem Deutschen Reich und den beiden Rheinkreisen getreten, und von Kaiser und Reich von nun an aller Verbindlichkeiten enthoben, und ganz unsabhängig von dem Reichs- und Kreisverband dem französischen Staatsgebiete unwiderrussich einverleibt worden. Denn der Art. VI. des Lüneviller Friedens besagt:
  - "S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom, qu'en celui de l'Empire Germanique, consent à ce, que la République française possède désormais, en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisoient partie de l'Empire Germanique etc."

#### §. 6.

2) Eine unmittelbare und nothwendige Folge dieser Staatsveränderung, welche die vormaligen linksrheinseitigen Kreislande betroffen hat, ist es, daß von dem Augenblicke an, wo die Abtretung ihren staats: und völkerrechtlichen Rechtsbestand erhalten hat, das Deutsche Reich für die abgetretenen Provinzen weder etwas erwerben, noch irgend eine Verbindlichkeit auf dieselbe legen konnte, deren sie sonst vor der Ausschung des frühern Verhältnisses theilhaftig geworden sehn würden; denn mit dem Reichs: und Kreisverbande, als dem Grunde des activen und passiven Rechtsverhältnisses der einzelnen Reichs: bestandtheile zu dem ganzen Staat, haben auch die Ausssüsse und Wirkungen desselben für diese abgetretenen Bestandtheile des Staats von selbst aushören müssen.

Hieraus folgt nun

3) daß die dermaligen Besiter derjenigen vormaligen Kreislande, welche durch den Lüneviller Frieden an Frankreich abgetreten worden sind, nicht wegen solcher Schulden der beiden Rheinkreise in Anspruch genommen werden können, welche erst nach der Abtretung ihre Entstehung erhalten haben.

#### §. 7.

Nun find zwar allerbings

- 4) diejenigen Kreisstände, welche durch die Abtretung des linken Rheinsufers einen Verlust erlitten haben, durch andere Reichsgebiete diesseits des Rheins entschädigt, und es ist durch den Reichsdeputations Schluß vom 25. Februar 1803 der 1. December 1802 als der Normaltermin für den Besitz und Genuß der Entschädigungslande festgesest worden. Es ist jedoch
  - a) hier vor allem zu bemerken, daß die Entschäbigungslande als Beschandtheile des Deutschen Reichs in ihrem bisherigen Kreisverbande geblieben, und nicht von jest an mit den auf der rechten Rheinseite übrig gebliebenen Theilen der theinischen Kreise in eine neue Kreissverbindung getreten sind, daher die Berbindlichkeiten der rheinischen Kreise die Entschäbigungslande an und für sich gar nicht, sondern

# 344 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Falle.

nur in so fern berührten, als sie von ben verlornen Kreislanden auf dieselbe übergegangen waren. Auf die Entschädigungstande konnten aber schon nach allgemeinen Grundsäßen nur diejenigen Verbindlichteiten übergehen, welche zur Zeit der Abtretung der linken Rheinseite schon bestanden hatten.

#### Es ift ferner

b) nirgends eine Bestimmung getrossen worden, wonach die Entschäbigungslande nach allen rechtlichen Beziehungen als Surrogate der linksrheinseitigen Kreislande ganz an deren Stelle treten sollen. Nicht nur hätte es hiezu besonderer und ausdrücklicher Stipulationen bedurft, sondern es enthalten sogar die § 83 und 84. des Reichsdeputations Sauptschlusses das Gegentheil, indem sie nur von einer antheiligen Uebertragung derjenigen Kreisschulden auf die Entschädigungslande, welche hinsichtlich des Kurrheinischen Kreises vor dem Kriege, hinsichtlich des Oberrheinischen aber während und wegen des Kriegs entstanden sind, dagegen überall nicht von der Uebernahme von Verpslichtungen auf die Entschädigungslande wegen der Kreissbeamten sprechen.

#### Bollte man aber auch

c) die Entschädigungslande rein aus dem Gesichtspunct einer Substiztuirung für die jenseits des Rheins verlornen Areislande betrachten, so würde daraus noch lange nicht folgen, daß bei der Schuldenaussscheidung der Termin der Besthergreifung zum Grund gelegt werden müßte, denn, da die verlornen Kreislande nur dis zum J. März 1801 von Areisschulden afficirt werden konnten, und das Surrogat nur die Natur dessen annimmt, an dessen Stelle es tritt, so könnte ebendeßwegen keine größere Schuldenlast auf die Entschädigungslande übergehen, als auf den abgetretenen Areislanden bis zur Zeit der Abtretung gehaftet haben möchte.

#### Es ist auch

- d) gar nicht abzusehen, aus welchem Grunde die entschädigten Kreis: stände mit ihren Entschädigungslanden eine größere Schuldenlast übernehmen sollten, als auf ihren verlornen Kreislanden gehaftet hatte, besonders da sie schon dadurch beschädigt worden sind, daß ihr Best und Genuß der Entschädigungslande sich nicht unmittelbar an die Zeit ihres Verlustes geknüpft hat; auch würden sie
- o) wenn sich der Bests und Genuß der Entschädigungslande unmittelbar an den Verlust angereiht hätte, selbst in diesem vortheilhaftern Falle keinen größern Schuldantheil wegen ihrer verlornen Kreislande zu übernehmen gehabt haben.

## Bu allem biefem fommt noch

f) in Betracht, daß die außerhalb der beiden Rheinfreisgebiete gelegenen Entschädigungslande gar nicht für die ihnen ganz fremden Bedürfsnisse der beiden Rheinfreise, so wie sie nach Abtretung des linken Rheinfreises bestanden, belastet werden konnten, indem für eine solche Herbeiziehung anderer Reichsgebiete zu den Lasten einzelner Kreise überall kein rechtlicher Grund denkbar ist, und diese auswärts ge-

legenen Kreisgebiete, welche schon für die Bedürfnisse ihres eigenen Kreisverbandes in Anspruch genommen waren, sonst doppelt belastet worden mären.

§. 8.

Ans allem diesem ergibt sich

5) daß für die außerhalb der beiden Rheinkreise gelegenen Entschädigungs: lande die Dauer der Verbindlichkeit zur Theilnahme an den Kreisschulden, in Absicht auf die Entstehung derselben, nicht bis zum 1. December 1802, sons dern, wie bereits gezeigt worden, nur dis zum Z März 1801, als dem Schluß- punkt des Kreisverbandes der verlornen Kreislande, berechnet werden könne; wogegen es sich aber von selbst versteht, daß die auf der rechten Seite des Rheins gelegenen übrigen Kreisgebiete für alle vor dem Lüneviller Frieden contrahirten Schulden nach Verhältniß und für alle nach demselben contrahirten ganz haften müssen; und daß daher deren dermalige Inhaber, sep es nun, daß sie — wie vor dem Lüneviller Frieden, und bisher, in deren Besitze gesblieben, oder daß sie dieselben zur Entschädigung erhalten — diese Kreisschulz den nach Verhältniß zu bezahlen haben.

§. 9.

Noch viel weniger läßt sich

6) ein rechtlicher Grund nachweisen, warum die Bestser der, außerhalb der Rheinkreisgebiete für linksrheinseitige Kreislande entschädigten, ehemaligen Kreisstände fortwährend, das heißt, für alle seit dem Lüneviller Frieden bis zu Auflösung des Deutschen Reichs überhaupt contrahirten-Kreisschulden haften sollen, da ausgeführtermaßen ihre Haftung für die jenseits des Rheins gelegenen Kreislande durch die Zeit der Entstehung der fraglichen Kreisschulden bedingt ist.

§. 10.

In einem andern Sinne haben

7) allerdings die diesseits Rheins entschädigten Reichsstände die sie treffenden Kreisschulden fort während zu vertreten. Sie haben nämlich nicht nur den Betrag ihres Schuldantheils, der sich herausstellt, wenn die Ansscheisdung der Schulden der beiderseits des Rheins gelegenen Kreislande unter Busgrundlegung des 9. März 1801, als Normalzeitpuncts, erfolgt seyn wird, anzuerkennen, sondern sie haben ihren Schuldantheil von jenem Beitpunct an in so weit und so lange zu verzinsen, als die Kreisschulden verzinslich sind, und bis sie bezahlt seyn werden.

§. 11.

Wenn

8) auf der andern Seite nicht einmal der Lüneviller Frieden als der Beitz punkt betrachtet werden will, bis zu welchem die jenseits des Rheins gelegenen Kreislande von Kreisschulden haben afficirt werden können, weil diese Lande schon früher vom Feinde besetzt oder verheert worden, so bietet jedoch auch dieses Vorbringen kein rechtliches Moment für die Ausstellung eines andern Beitzuncts für die Schuldenausscheidung dar, welcher den für die verlornen Kreisslande entschädigten Reichsständen vortheilhafter wäre, als der Abschluß des Lüneviller Friedens; denn abgesehen von den Schwierigkeiten, welche die Ans

wendung finden müßte, wenn man die Pflicht der Haftung für die Areisschulzben nach der Beit der occupatio bellica und der Verheerung oder Ariegszbelastung bemessen wollte, besonders da sämmtliche deutsche Areisländer diesseits und jenseits des Rheins zu verschiedenen Beiten theils vom Feinde besetzt gewesen sind, theils unter den seindlichen Wassen Noth gelitten haben; so ist denn doch wohl der bloß factische Bustand eines Landes, wie einer Person, nicht dazu geeignet, an deren rechtlichen Verhältnissen an sich etwas zu ändern, wenn gleich die Wirkungen der lesteren durch jenen eine Unterbrechung erleiden können, ohne daß übrigens die aus den Verhältnissen sließenden Verbindlichzeiten auch nur für die Beit der Unterbrechung durch dieselbe gänzlich aufgehoben werden könnten.

§. 12.

Bwar berufen sich hier diejenigen Regierungen, welche in der feindlichen Occupation ihrer Länder einen Befreiungsgrund für ihre Verpslichtungen gegen Raiser und Reich, so wie gegen die Kreiscorporationen gefunden wissen wollen, auf ein Reichsgutachten dom 28. März 1795. Sollte aber dieses Reichsgutachten benjenigen Reichs= und Kreisständen, deren Länder den seindlichen Wassen ausgeseht gewesen, einen wirklichen Schutz gegen Auforderungen gewähren, deren Entstehung in die Zeit des seindlichen Ueberzugs fällt, so müßte zugleich Zweierlei dargethan senn, nämlich, daß die in dem Reichsgutachten beantragten Bestimmungen die Kaiserliche Genehmigung erhalten haben, ohne welche ein Reichsgeseh nicht in Wirkung treten konnte, da nebst den Comitien des Reichs der Kaiser einen wesentlichen Factor der Reichsgesehgebung bildete;

Pütter, institut. juris publ. Germ. §. 222.

Gonner, teutsches Staaterecht, §. 287.

Leift, Lehrbuch des deutschen Staaterechts, §. 91.

sodann, daß durch ein also ins Leben getretenes Reichsgesetz die Verbindlichkeit zu Reichs: und Kreisprästanden für den angegebenen Fall auf immer für ersloschen erklärt, oder, was im Zweisel als das Mindere angenommen werden muß, nur ein Aufschub bewilligt worden sep, ohne die Verbindlichkeit selbst aufzuheben.

Allein, weder das eine noch das andere konnte nachgewiesen werden, viels mehr hat namentlich der Anwalt der Großherzoglich-Hessischen Regierung in der aus Gelegenheit der Erörterung der dritten Hauptfrage eingereichten so betitelten Exceptionsschrift

Fasc. spec. III. 28. §. 21.

selbst unter Anführung eines den Mangel nicht beseitigenden Grundes zus gegeben, daß ein Kaiserliches Ratisicationsdecret nicht erfolgt sen. Aus dem Reichsgutachten selbst aber geht hervor, daß der Borschlag nur auf eine Bestreiung für die gegenwärtige Beit gerichtet gewesen sen.

Teutsches Staatsmagazin, herausgegeben von Prof. v. Berg I. Heft, S. 15.

Also auch von dieser Seite bietet sich kein entscheidender Grund dar, einen andern auf sämmtliche bei der Sache betheiligten Regierungen passenden Beitzpunct, als den Lüneviller Frieden als Ausscheidungstermin für die das linke Rheinuser betreffenden Rheinischen Kreidschulden sestzustellen.

9) Einen besondern Grund, warum die klagenden Regierungen sich besglaubigen, daß die ihnen gegenüberstehenden Regierungen, namentich die Krone Bapern, wenn auch dieselbe nicht mehr in dem Umfange der beiden vormaligen Rheinkreise possessiert war, sondern anderwärts enrschädigt wurde, auch für die nach dem Lüneviller Frieden entstandenen Schulden haften sollen, legen dieselbe darein, daß die Krone Bapern als Kurpfalz zu Entstehung dieser Gattung von Kreisschulden mitgewirkt habe, und daß nämlich der Kurpfälzische Gesandte für Pfalz-Simmern bei dem Oberrheinischen Kreise das Kreis-Mitdirectorium neben Worms geführt, und an dem Beschluß der Oberrheinischen Kreisversammlung vom 23. Juni 1802, daß 7 ½ Römermonate auf alle Kreislande, mit Einschluß der jenseits des Rheins gelegenen, ausgesschrieben werden sollen, so wie schon an der für den Oberrheinischen Kreis den 1. Januar 1802 geschehenen Capitalaufnahme von 150,000 Gulden thätizgen Antheil genommen, und die dafür ausgestellten Obligationen als sämmtzliche Kreislande verbindend zuerst mit unterschrieben habe.

Aber auch hieraus läßt sich eine wirkliche Verbindlichkeitsübernahme jener Regierungen für erst nach dem Lüneviller Frieden entstandene Kreisschulden nicht ableiten, so lange die Handlungen jener Regierungen auf eine andere Weise sich erklären lassen, wie dieß hier der Fall ist.

So lange nämlich

1) nach dem Lüneviller Frieden nicht alle Verhältnisse der Rheinischen Kreise für die Vergangenheit auseinandergesetzt waren, was doch, besonders unter den damaligen Umständen, nicht möglich war, wie es dem auch bis auf die heutige Stunde noch nicht geschehen ist, hatten auch diejenigen Regierungen, welche nach Abtretung des linken Rheinusers keine Rhein=Kreisgebiete mehr besassen, eine natürliche Veranlassung und sogar eine dringende Aussprederung, forthin an den Kreisverhandlungen Theil zu nehmen, um bei denjenigen Fragen, welche auf ihre verlornen Kreislande und ihre von diesen hergeleiteten Verbindlichkeiten gegen die Kreiscorporationen sich bezogen, ihr Inzteresse zu wahren, welches durch einen die einzelnen Kreisstände biuz denden Beschluß der Mehrheit gefährdet werden könnte.

So viel aber

- 2) insbesondere die Aufnahme des Capitals von 150,000 Gulden sür den Oberrheinischen Kreis betrifft, so handelte es sich hiebei von dem Schuldenwesen dieses Kreises überhaupt, wie es schon früher und nicht erst seit dem kaum 10 Monate zuvor abgeschlossenen Lüneviller Frieden sich gestaltet hatte, und hierbei waren auch diezenigen Kreisestände, welche ihre Kreislande verloren hatten, unverkennbar betheizligt, insbesondere wird sich
  - 3) aus dem Folgenden ergeben, daß, soweit mit dem fraglichen Anlehen ältere Kreisschulden getilgt, mithin die Besitzer der ehemaligen linksrheinseitigen Kreislande davon liberirt wurden, diese bei der fragslichen Sapitalaufnahme wirklich betheiligt gewesen sepen, und daher die dafür ausgestellten Obligationen als Mitschuldner mit unters

zeichnen konnten, ohne daß daraus der Schluß gezogen werden müßte, sie hätten sich auch für neuere Schulden verbindlich machen wollen. Sollte sodann

4) die Theilnahme dieser vormaligen Kreisstände an dem Beschluß vom 23. Juni 1802 als ein Merkmal der Uebernahme neuerer Schulden betrachtet werden können, so müßte erst erwiesen sen, daß das das mals beschlossene Ausschreiben von Kreis-Römermonaten nicht bloß die Herbeischaffung ausschließlich von Mitteln zur Schuldentilgung überhaupt, sondern die Abtragung erst neu entstandener Schulden bezweckt, und die bloß in Ansehung der verlornen Kreislande betheiligten Kreisstände auch für diese ehemaligen Besitzungen sich zu Entzichtung der ausgeschriebenen Römermonate für verbindlich erklärt hätten, was jedoch weder zugestanden, noch bewiesen worden ist.

Es ist biesem allem nach bas klägerischer Seits Vorgebrachte nicht genügend, um diejenigen Kreisstände, welche in Folge des Lüneviller Friedens ihre Kreissande verloren, auch für die nach demselben contrahirten Schulden in Absicht auf diese verlornen Kreislande für verbindlich zu achten.

#### §. 14.

Hierand folgt jedoch noch keineswegt, daß die beklagten Regierungen von benjenigen Capitalaufnahmen frei gesprochen werden mußten, welche etwa nach dem Lüneviller Frieden erst von dem einen oder von dem andern Kreise auf= genommen worden sind, und daß dieselben namentlich die Theilnahme an dem ganzen Betrage des den 1. Januar 1802 für den Oberrheinischen Kreis auf= genommenen Capitals von 150,000 fl. von fich abzulehnen berechtigt maren; denn wenn auch gleich diese Kreisschuld im Verhältniß des Oberrheinischen Rreises zu den Darleihern allerdings als eine erst nach dem Lüneviller Frieden contrahirte Schuld zu betrachten ift, fo fann jedoch hier, mo es sich von den Berhältniffen der Kreisstände unter fich handelt, bas davon ganz verschiedene Berhältniß des Kreises zu den Darleihern nicht entscheiden. Sind nämlich die ehemaligen Rreisstände wirklich verbunden, diejenigen Kreisschulden nach Ber= hältniß ihrer verlornen Kreislande mitzuzahlen, welche zur Beit der Abtretung des linken Rheinufers bereits contrahirt und noch nicht wieder bezahlt waren; so find fie, falls auch inzwischen noch teine Bezahlung erfolgt ift, für dieselbe noch verhaftet. Sind nun aber diese Schulden mit der Sulfe von Unlehen ge= tilgt worden, welche erst nach dem Lüneviller Frieden contrahirt wurden, so find offenbar in so weit auch ihre eigenen Schuldantheile damit bezahlt wor= den, ihre negotia find es, welche auf diese Beise die Kreiscorporationen, be= ziehungsmeise die übrigen Kreisstande, aus welchen diese Corporation zusam= mengesett ift, zugleich gerirt haben, und ihre utilitas ift es, in welche bas Anlehen geflossen ist; und sie würden eum damno alterius locupletiores werden, wenn nun die dermaligen Besitzer der noch übrigen vormaligen Kreislande bas auf folche Beife contrabirte und verwendete Capital allein bezahlen mußten. Hatten nun die beklagten Regierungen an der Capitalaufnahme wirklich keinen Theil genommen, wie doch von der Krone Bayern in Vertretung ihrer Pfalz= Simmern'ichen Rreislande geschehen ift, fo murben fie ex negotiorum gestione, und sogar ex versione in rem utiliter mit rechtlicher Wirkung in Anspruch

genommen werden können. Somit bedarf es keiner Untersuchung, ob der Aurphälzische Kreistagsgesandte wirklich eine allgemeine oder besondere Vollmacht und Instruction in Beziehung auf diesen Gegenstand gehabt, auch ob und wie weit er derselben getreu geblieben sen, oder entgegengehandelt habe, indem unter allen Umständen die ganze oder theilweise Verwendung des ausgenommenen Capitals zu Tilgung früherer Kreisschulden eine Verbindsichkeit der beklagten Regierungen zur Mitvertretung des Capitals hervorgebracht hat. In diesem Sinne hat nun auch wirklich die Königlich=Preußische Regierung durch ihren Anwalt erklären lassen:

Sollte die später vorzunehmende Prüfung ergeben, daß das Anlehen ganz ober zum Theil dazu gedient habe, und verwendet worden sep, Verpslichtungen zu erfüllen, welche schon vor dem Lüneviller Frieden für die betreffenden linksrheinischen Länder in Folge des damals noch nicht aufgelösten Kreisverbandes hergebracht gewesen, auch inzwischen nicht anderweitig erledigt worden sepen; so würde es wenig Vedenken haben, dasselbe oder vielmehr die Concurrenz zu Tilgung im entsprechenden Maaß als eine von den entschädigten ehemaligen Rheinztreis-Ständen in Vertretung des linken Rheinufers antheilig zu überznehmende Schuld gelten zu lassen.

act. fasc. spec. IV. 38. Bl. 10.

### 6. 15.

Nun könnte noch die Frage aufgeworfen werden, ob nicht vor allem den klagenden Regierungen Gelegenheit zur Beweisführung, sen es vor Ausspreschung eines Erkenntnisses durch bloßes Interlocut, oder durch einen dem Erskenntnisse beizufügenden resolutiven Beweisnachlaß, zu geben sen, daß die Krone Bayern nach dem Lüneviller Frieden für die nach diesem Friedensschluß contrahirten Kreisschulden sich verbindlich gemacht habe?

Da jedoch die Krone Bayern an fich nicht verbunden mar, Kreisschulden für ihre verlornen Kreislande zu übernehmen, welche erst nach dem friedens= schlußmäßigen Verlust derselben entstanden waren, so hätte eine solche Ver= bindlichkeit nur ex novo, durch Erklärungen, oder durch Handlungen, welche, jede andere Absicht ausschließend, eine solche Erklärung mit Nothwendigkeit in sich faßten, und worauf eine Annahme dieser wörtlichen oder factischen Ber= bindlichkeitserklärung von Seiten der betheiligten Regierungen erfolgte, ihr Dasenn erhalten können. Run ift aber in allem, mas die klagenden Regies rungen in dieser Beziehung vorgebracht haben, die Behauptung einer ausbrucklichen Erklärung des Rurpfälzischen Staats, nachmals der Krone Bavern, ober solcher gleichbedeutender Handlungen nicht zu finden, indem, wie bereits angeführt worden, alles, mas in ihrem Namen sowohl bei den Kreistagen, als bei den spätern Congressen zu Frankfurt, die ohne alles Ergebniß sich wieder aufgelöst haben, verhaftdelt worden ift, sen es nun in Gemäßheit ber dazu ertheilten Bollmacht ober gegen dieselbe geschehen, eine folde Deutung zutäßt, daß aus diesen Berhandlungen eine fo unbedingte und umfassende Schuldenübernahme, wie es zu Begründung bes Klaganspruchs erforderlich mare, nicht gefolgert werden kann; weil die Rurpfälzische Theilnahme an jenen Berhandlungen ihre natürliche Erklärung burch die Betheiligung bes Kurpfälzischen

Staats wegen seiner früheren Berhaltniffe zum Oberrheinischen Rreise findet.

Da es somit an solchen bestimmten und erheblichen Thatsachen sehlt, worüber die klagenden Regierungen mit einem denkbaren Erfolg zum Beweis aufgefordert werden könnten, so war auch kein Grund vorhanden, eine solche Auffoederung zu erlassen und hiervon die Erledigung des vorliegenden Streits abhängig zu machen.

§. 16.

Wenn nun diesem zufolge, ohne daß zwischen einzelnen betheiligten Regierungen ein Unterschied gemacht werden dürfte, das aufgestellte Princip, baß die Besitzer der für die verlornen Kreislande gegebenen Eutschädigungslande nur für diejenigen Kreisschulden einzustehen verbunden sepen, welche vor dem Lüneviller Frieden contrahirt worden, unverruckt stehen bleiben muß; so ist es dagegen unumgänglich nöthig, jum Behuf der Anwendung dieses Princips einige nähere Bestimmungen aufzustellen. Es ist nämlich zu Wollziehung bes= felben erforderlich, daß vor allen Dingen der Schuldenzustand der Rheintreise ausgemittelt werbe, wie sich derselbe bis jum Abschluß und zur Ratification des Lüneviller Friedens gestaltet hatte, und hiernach find die Schulden, mögen dieselben nach dem Lüneviller Frieden vermittelst aufgenommener Capitalien getilgt worden senn oder nicht, zwischen den verschiedenen Regierungen, welche bas linke Rheinufer zu vertreten haben, mögen sie dafür innerhalb der Rhein= freise, oder außerhalb derselben entschädigt worden senn, auszuscheiden, ohne daß, wie bereits ausgeführt worden, die erst nach dem Lüneviller Frieden auf= genommenen Capitalien, in so fern dieselben zu Tilgung alterer Schulden ver= wendet worden, davon zu Gunsten der beklagten Regierungen ausgenommen werden dürften.

6. 17.

Run ist zwar von der Bunded = Subdelegationscommission der Schulden=
stand beider Rheinkreise bereits untersucht und von derselben das Ergebniss
in ihrem Berichte vom 28. Februar 1827, §. 17, 23 und 134 zusammen=
gestellt morden; auch haben die factischen Grundlagen dieses Ergebnisses keinen
Widerspruch gefunden. Et ist jedoch zu bemerken, daß hiebei nicht der Schulz
denzustand die zum 9. März 1801 zu Grund gelegt wurde, was im Augenblicke auch für die Subdelegationscommission kein Interesse hatte, sondern vielz
mehr theits die Kreisrechnung von 1806 berücksichtigt, theils die Binsen die
Ende December 1825 berechnet wurden.

Sodann ist aber aus diesem Berichte, §. 23, weiter ersichtlich, daß von der Generalcasso des Oberrheinischen Kreises zur Reluition der schweren Arztillerie den 1. November 1793 ein Capital von 24,000 Gulden aufgenommen, von einem spätern Anlehen aber wieder abgelöst worden sep. So sern nun diese Abstung mit Hülfe eines nach dem Lüneviller Frieden aufgenommenen Capitals, nämlich der 150,000 Gulden bewerkstelligt, und so sern überhaupt ältere, d. h. zur Beit des Lüneviller Friedens noch bestandene Kreispassun, and welcher Veranlassung sie hervorgegangen sepn mögen, mit späteren Gelbaufnahmen oder andern Mitteln der noch übrigen Kreisgebiete bezahlt worden sind, so gehören, wie bereits bemerkt worden, auch die späteren Capital:

aufnahmen, besonders der 150,000 Gulden, statt der damit bezahsten Kreissschulden, so wie überhaupt die aus solchen oder ähnlichen Mitteln indessen gestilgten, unter diejenigen Kreisschulden, welche die beklagten Regierungen nach dem Verhältniß ihrer vormals linksrheinischen Kreisbesitzungen mitzuvertreten haben. Weil aber der Betrag dessen, was von diesem Darlehen theils zu Bezahlung älterer Kreisschulden, theils zu Befriedigung neuerer Kreisbedürsnisse verwendet worden, noch nicht ausgemittelt ist, so bedarf dieses, um die Anztheile der verschiedenen Regierungen genau kennen zu lernen, erst einer nähern Untersuchung.

Bu diesem Ende hatte der Anwalt der klagenden Regierungen in einer Eingabe vom 39. December 1834 den Antrag gestellt, die Kreiscassen=Rech= nungen vom 1. März 1801 einzufordern, um damit den Beweis der Verwendung des Anlehens von 150,000 Gulden zu Tilgung älterer Kreisschulden zu führen.

## Fasc. spec. IV. 31.

Da jedoch der von dem Obertribunal für diesen 3weck bei der hohen beutschen Bundesversammlung gemachte Schritt nicht zum Ziele führte, vielmehr dasselbe die Belehrung erhielt, daß die fraglichen Rechnungen zunächst von derjenigen Regierung einzufordern sepen, welche dieselbe in Verwahrung habe,

### Cbend. 60 und 61.

so hat der Anwalt der klagenden Regierungen auf die ihm hierüber gemachte Eröffnung zuerft die Bitte gestellt, die Akten noch in Beziehung auf die Nachforschung nach den erwähnten Rechnungsakten offen zu halten,

#### Cbend. 63.

jedoch in einer spätern Eingabe vom 18. September 1836 vorerst auf eine weitere Erklärung verzichtet.

#### Fasc. spec. III. 72.

Da nun ohnehin auch die Krone Preußen in der oben erwähnten Erklärung diesen Gegenstand auf eine später vorzunehmende Prüsung ausgesetht
hatte, und es zur Zeit nicht die Aufgabe des Austrägalgerichts ist, sich über
die Einzelheiten der Vertheilung der rheinischen Kreidschulden auszusprechen,
vielmehr dasselbe zunächst bloß allgemeine Principien an Hand zu geben hat,
nach deren Feststellung es sodann noch darauf ankommen wird, ob in Beziehung auf die Einzelheiten noch weiter die austrägalgerichtliche Thätigkeit
werde in Auspruch genommen werden; so hat das Obertribunal sich darauf
zu beschränken gehabt, vorerst bloß über das Princip sich auszusprechen.

Was dagegen die Anwendung dieses Princips auf die einzelnen Kreis-schulden überhaupt, und auf das Anlehen von 150,000 Gulden insbesondere betrifft, so läßt sich erwarten, daß hierüber zwischen den betheiligten Regierungen feine neuen Streitigkeiten entstehen werden, indem sich aus der Einsicht der Rechnungen mit Gewißheit entnehmen lassen muß, welche der jest noch vorhandenen Kreisschulden aus den schon am 9. März 1801 vorhanden gewesenen Schulden hervorgegangen, und welche erst nach diesem Zeitpunkte entsstanden sepen.

# 352 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Fälle.

Sollte gegen Erwarten gleichwohl hierin noch etwas streitig bleiben, so ift hierüber ein besonderes Liquidationsverfahren einzuleiten.

§. 18.

Bei dem Busammenhange, in welchem die gegenwärtige vierte Haupt= frage mit der dritten steht, und bei den Berwickelungen, welche in Anschung beider obwalten, war die Bergleichung der Kosten für billig zu achten."

Bur Beglaubigung:

Send, Kangleivorstand.

# Beschwerde

Anrhessens gegen das Königreich Bayern und Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, geistliche und weltliche Stiftungen in Julda betreffend. (Band I. S. 479 — 501.)

(Schließt fich unmittelbar an ben letten Absat Band I. S. 501.)

Im Jahr 1835 brachte Präsidium in Sess. I. S. 4. S. 3. des Prostokolls einen Austrägalbescheid des Ob. App. Gerichts zu Gelle vom 27. Nov. 1834 der B. B. zur Kenntniß, und zwar in der Streitsache Kurhessens wider die Krone Bayern. — Im Jahr 1843, Sess. XX. 1843. S. 206. S. 453. übergiedt Präsidium serner einen ihm von dem Königl. Hannöverischen Gesandten zugestellten Bericht desselben Gerichtshoses vom 14. Juni 1843, worin dasselbe die beiden unter dem 8. Juni ersfolgten Erkenntnisse nebst Entscheidungsgründen vorlegt, aber wegen der annoch zu erwartenden Kostenliquidation die Acten nachzusenden sich vorbehält, wodurch diese Streitsache ihre desinitive Erledigung erhielt.

Siehe unten A. S. 354. und B. S. 368.

Der hierauf Protokoll S. 475. gefaßte Beschluß lautet:

"Nachdem die vorstehenden Urtheile von dem Austrägalgerichtshofe im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten deutschen Bundes den Parteien eröffnet worden, so werden die Urschriften derselben im Bundesarchive hinterlegt, um auf deren Befolgung halten zu können."

## A. Urtheil

vom 8. Juni 1843 in der Sache zwischen Kurhessen und der Krone Bayern.

(Prot. v. J. 1843, Sess. XX. S. 206. S. 454; — S. Band I. S. 501.)

"In Austrägalsachen Anwalts Kurhessens, Imploranten, wider ben Anwalt der Krone Bayern, Imploraten, wegen Beschlagnahme und Vorenthaltung mehrerer, den milden Stistungen und öffentlichen Anstalten zu Fulda im Bayerischen Gebiete zustehenden Capitalien und Gesälle, wird von Uns Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, Königlichem Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lünedurg ze. im Namen und Austrag der hohen beutschen Bundesversammlung für Recht erkannt:

baß der Implorant mit dem auf Jahlung der bisher vorenthaltenen Zinsen von den den milden Stiftungen und Anstalten zu Fulda schuldigen Capitalien und auf Schadensersatz gerichteten Anträgen zwar abzuweisen, dagegen die Königlich-Baperische Staatsregierung schuldig und verbunden zu erachten, die hinssichtlich des unter Baperischer Hoheit besindlichen Vermögens der in der Stadt Fulda ihren Sitz habenden milden Stiftungen und Anstalten erlassenen, den jenseitigen Besitz des Oberausssichtsrechts störenden Regiminalversügungen wieder zurückzunehmen, sich jeder fernern Störung solchen Besitzstandes zu enthalten und die sämmtlichen Kosten — auch diejenigen mit eingeschlossen, welche vor der hohen Bundesversammlung erwachsen sind — in so fern, was insbesondere die Processosten betrifft, nicht bereits rechtskräftig darüber erkannt ist, deren Liequidation und Festsetung vorbehaltlich, zu erstatten.

Bon Rechtswegen.

Publicat. im Ober=Appellationsgerichte Celle den 8. Juni 1843.

Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis proprium.

(L. S.) 2. E. v. b. Often.

Strampe."

## Entscheidungsgründe.

"Bon dem durch den Reichsdeputations = Hauptschluß vom 25. Februar 1803, §. 12, faeularisirten und dem Fürsten von Nassau zur Entschädigung für die Statthaleerschaft und seine Domänen in Holland und Belgien über= wiesenen, im Jahre 1810 als Departement Fulda dem neu errichteten Großherzogthum Frankfurt einverleibten ehemaligen Bisthum Fulda wurde schon im Jahre 1813 durch einen am 9. April zwischen den Großherzogthümern Frankfurt und heffen geschloffenen Bertrag die Stadt Berbftein mit dem Großherzogthum heffen vereinigt. Die weitere Berftucklung dieses Landes erfolgte, nachdem daffelbe 1813 von den allerhöchsten verbündeten Mächten militärisch besetzt und provisorisch einem von Desterreich verwalteten gemein= schaftlichen Generalgouvernement untergeordnet war, in den Jahren 1815 und 1816. Es wurde nach den näheren Bestimmungen der Artikel 40. und 51. der Wiener Congresacte vom 9. Inni 1815 zwischen Desterreich und Preußen vertheilt. Bon dem der Krone Preußen zugefallenen Antheile murben durch die Verträge vom 1. Juni und 22. September 1815 die Bezirke Dermbach und Geifa an das Großherzogthum Sachsen = Weimar, die abrigen Bezirke aber nebst der Stadt Fulda durch eine am 16. October zwiften der Krone Preußen und dem Kurfürstenthum heffen zu Cassel unter= zeichneten Tausch = und Cessione = Vertrag an Kurhessen abgetreten. Die Krone Bapern aequirirte bagegen mit einigen - bier nicht weiter in Betracht fom= menden — Ansnahmen auf den Grund eines am 14. April 1816 zu Mün= chen geschlossenen Vertrags und des Artikels 2. des Frankfurter Territorial= recesses vom 20. Juli 1819 den von dem vormaligen Departement Kulda an Desterreich gefallenen Antheil. Rach jenem Vertrag sollten Die dem König= reich Bayern abgetretenen Gulbaifchen Diftricte bergeftalt übertragen fenn, nie Seine Raisetlich = Khnigliche Majestät diefelben besessen hätten, und auch Die Reone Preußen hatte im Artikel 1. des unterm 16. October 1815 mit Rutheffen abgeschloffenen Ceffondvertrags nur diesenigen Rechte an Heffen abgetteten, welche ihr hinsichtlich der Fulbaischen Landestheile in der Wiener Songrefikete übertragen waren.

Die Uebergabe Fmba's an Hessen erfolgte auf den Grund jenes Staats= vertrags am 5. Februar 1816, und war im §. 1. des über diesen Act aufgenommenen Protokolls am Schluß ausdrücklich bemerkt:

> daß für seine Königliche Hoheit den Kurfürsten und Allerhöchstessen Nachkommen die vollen Rechte des Besipes sofort erlangt wurden.

Anf diese Weise gelangte die Stadt Fulda, in welcher sich viele zu geistzlichen und welklichen Iwecken bestimmte Institute und diffentliche Anstalten, wit einem bedeutenden Capitalvermögen befanden, unter die Landeshoheit Kurhessend. Die Verwaltungen dieser Institute und diffentlichen Anstalten, welche im Besit der Stiftungsurfunden, Schuldverschreibungen und Rechnungen waren, hatten hier ihren Sip. Die bei der Verwaltung der Stiftungscassen

fungirenden Beamten maren burch die Abtretung der Stadt Fulda in den Rurhessischen Dienstverband übergetreten und führten unter Aufsicht und Controle des Kurhessischen Gouvernements die Administration derselben.

Welche dieser Stiftungen etwa für Localanstalten der Stadt Fulda oder. des Kurhessischen Antheils an dem vormaligen Bisthum, und welche dagegen für Centralinstitute zum Besten des ganzen Landes zu halten find, ergeben die verhandelten Acten nicht. Indessen läßt sich diese lettere Gigenschaft bei mehreren derfelben, wie z. E. dem Departemental=Schulfond, dem Band= Arankenhause, dem Buchthause, der Invalidencasse zc. kaum verkennen.

Ueber die hinsichtlich der Stiftungen und Institute zu befolgenden Theils nahmeverhältnisse der verschiedenen Landestheile, welche bei der Berstücklung des Landes anderen Staaten einverleibt waren, finden fich in den desfallsigen Cessions = und Tausch = Verträgen keine Bestimmungen. Rur Desterreich und Preußen hatten darüber im Artikel 13. in einer unterm 27. Juli 1815 geschlossenen Uebereinkunft folgende Bestimmung getroffen:

"Die Didcesenverhältnisse bleiben einstweilen und bis zu einer Bünftigen, der Organisation der gesammten tatholischen Rirche in Deutschland sich anschließenden Aenderung in ihrem bisherigen Bestande. "

"Den Bewohnern ber getrennten Landestheile wird die fernere ungehinderte Benuhung gemeinschaftlicher, zum Besten des ganzen Landes errichteter frommer Stiftungen und gelehrter Institute, als Des Seminars, der höheren Schulanstalten, des Land = Krankenhauses, der Landes : Armenanstalten 2c. in demselben Maaße, als bisher stattgefunden hat, bis auf weitere Uebereinkunft zwischen ben gegens seitigen Regierungen ober fürsorgliche anderweite Verfügung der jene Landestheile übernehmenden Regierungen zugesichert. "

Theils gestütt auf diese Uebereinkunft der allerhöchsten Cedenten, theils auf den Grund der bei Ländervertheilungen geltenden Principien des öffents lichen Rechts glaubten die Staatbregierungen sowohl von Bapern als von Sachsen = Weimar = Gisenach bezüglich ber ihnen von bem vormaligen Depar= tement Fulda zugefallenen Parcellen zum Besten ihrer vormals Fuldaischen Unterthanen an die mehrsten jener Institute und Anstalten Ansprüche machen und begründen zu können. Es wurden auch diese Pratenssonen bei einer zur Regulirung der Actid = und Passiv = Verhältnisse des ehemaligen Departements Kulba niedergeseten Commission, an welcher Bevollmächtigte der gegenwärtigen Besiger der mehreren Landestheile und deren Cedenten Antheil nahmen, zwar jur Sprache gebracht, eine Uebereinfunft über die Theilung der Institute ift aber bis jest nicht zu Stande gekommen. Dennoch glaubt bie Koniglich= Baperifche Staatsregierung, jum Besten ihrer vormals Fuldaischen Gingesessen im Sinne ber zwischen Desterreich und Preußen unterm 27. Juli 1815 geschlossenen Uebereinkunft nur eine "vorsorgliche Berfügung" zu treffen, wenn se nicht nur den in Bapern anfässigen Capitalschuldnern der Kuldaer Stiftungen die Buruckahlung der Capitalien bei Strafe des Erfates im Jahre 1817 untersagen, sondern auch die Bindzahlung einiger Privatschuldner jener Institute fistiren und die bei der Special = Schuldentilgungscaffe zu Würzburg fällig werbenden Binfen retiniren ließ.

Wiewohl sich der Umfang dieser arrestatorischen Maaßrgel nach den vorzliegenden Acten noch nicht genau feststellen läßt, so stimmen doch die beiderzseitigen Angaben darin überein, daß auch, ganz abgesehen von den etwa arrestirten Gefällen, die bei der Special = Schuldentilgungscasse zu Würzburg mit Beschlag belegten Capitalien schon allein die bedeutende Summe von 55,486 Gulden ausmachen. Die ebenfalls arrestirten Zinsen dieser Capitalien betragen nach der eigenen Angabe Baperns 15,452 Gulden 23 Kreuzer.

In Ansehung der übrigen von dem Arrest getroffenen Capitalien stimmen die Angaben der streitenden Theile nicht genau überein. Nach den von dem Imploraten eingereichten Listen beträgt die Totalsumme 87,615 Gulden 32 Krenzer 1 Pf., dagegen nach den vom Imploranten ausgestellten Berechenungen 91,094 Gulden 34 Krenzer. Die ganze Disserenz dieser Capitalien besteht daher nur in der verhältnismäßig nicht bedeutenden Summe von 3,479 Gulden 2 Krenzern, und die streitenden Theile sind auch darüber einsverstanden, daß die arrestirten Iinsen von einigen dei Privatpersonen in Bayern belegten Capitalien eine relativ nur geringe Summe andmachen. Es ist daher hier nur noch zu erwähnen, daß die in Rede stehende arrestatvrische Maaßzegel nach einer unterm 22. October 1840 von dem Imploranten gemachten Anzeige im Lause dieses Processes hinsichtlich mehrerer, in den beiderseitigen Berechnungen ausgenommenen Capitalien zu dem Gesammtbetrage von 30,802 Gulden 2 Krenzern 1 Pf. Bayerischer Seits wieder zurückgenommen ist.

Uebrigens ist die genaue Constatirung des Betrags der arrestirten Summen nicht 3meck des gegenwärtigen austrägalgerichtlichen Verfahrens. Nach der Tendenz der angestellten Klage genügt es hier vielmehr, aus dem Obigen das thatsächliche Resultat dahin festzustellen:

daß die Königlich-Baperische Staatsregierung im Jahre  $18^{16}/_{17}$  Regiminalverfügungen erlassen hat, wodurch die geistlichen und weltzlichen milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten zu Fulda der Verwaltung und des Genusses eines beträchtlichen Theils ihrer Capitalien und Zinsen beraubt worden sind.

Kurhessen, welches in jenen Versügungen eine rechtswidrige Verlesung bes factischen Zustandes seiner Souverainetätsrechte, so weit diese die milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten zu Fulda umfassen, erblickt, fand sich veranlaßt, unter Vorlegung eines aus amtlichen Berichten gefertigten tabelztarischen Verzeichnisses, von denjenigen Capitalien und Jinsen, die man Közniglich=Bayerischer Seits den Fuldaer Instituten durch Arrestversügung entzogen und seit mehreren Jahren vorenthalten hatte, bei hoher Bundesversammzung auf den Grund des Artisels 19. der Wiener Schlußacte unterm 3. September 1829 den Antrag zu stellen:

daß die Königlich : Baperische Staatsregierung veranlaßt werben möge, diejenigen Verfügungen, wodurch sie die in dem ebengedachten Verzeichnisse genannten Institute iu dem Besitze der aus ihrem Gesbiete zu beziehenden Capitalien, Jinsen und Gefälle durch Verabsfolgungsverbote habe stören lassen, umgesäumt wieder auszuheben, nicht weniger den Verwaltungen der vorgedachten Stiftungen und diffentlichen Anstalten den ihnen durch die Beschlagnahme verursachten Verlust und Schaden zu ersesen.

358

Als indeffen von dem Gefandten der Krone Bapern neben anderen Ent= gegnungen die Stattnehmigkeit der Anwendung des Artikels 19. ber Biener Schlufiacte bestritten murbe, stellte der Rurfürftlich : Deffiche Gefandte den eventuellen Untrag:

daß zur Beseitigung der bestehenden Differenz von hoher Bundes= versammlung die Ginleitung jum austrägalgerichtlichen Berfahren möge gegeben werden.

Diesem lettern Antrage wurde von hober Bundebversammtung statt ge= geben. Die eingeleiteten commissarischen Vermittlungeversuche blieben ohne Erfolg, und so ift nach mehreren über die Qualification ber Sache jum aus: trägalgerichtlichen Berfahren gemachten Ausstellungen, in Folge einer gemein= schaftlichen Ernennung, dem Ober-Appellationsgerichte zu Celle Die Cognition und Eutscheidung übertragen. Bei diesem ift am 15. November 1833 vom Anwalte des Kurfürstenthums Heffen die Klage erhoben und in der dem= nächstigen Replik als Principalklaggrund die Thatsache bezeichnet:

daß sich Kurhessen seit der Ueberweisung und Bestpnahme des betreffenden Fuldaischen Gebiets (5. Februar 1816) bis zur Königlich-Baperischen Beschlagnahmeverfügung (12, Mai 1817) in dem ruhigen und unangefochtenen Quasibesit der Verwaltung und Beaufsichtigung des Complerus der Fuldaischen frommen Stiftungen, ge= lehrter Institute und anderer Anstalten, von denen es sich hier hau= dele, befunden habe.

Sodann werden die oben ermähnten arrestatorischen Verfügungen als eine rechtswidrige Selbsthülfe dargestellt; es wird die erhobene Klage ausbrückich als eine possessorische bezeichnet, und, auf den Grund der in lege 4. C. unde vi und g. 2. Tit. 32. der Kammergerichts-Ordnung von 1521, auf Wieder= herstellung des Status quo, auf Unterfagung fernerer Beeinträchtigungen und auf Schabendersat, praevia specificatione et liquidatione, angetragen.

Von Seiten des imploratischen Gouvernements ift diesen Ansprüchen durchaus widersprochen worden.

Die dilatorischen Ginreden der fehlenden Activlegitimation gur Sache, ber unzulässigen Klagenhäufung und bes inepten und dunkeln Libells sind durch den Vorbescheid vom 27. November 1834, und die exceptio spokii ist per Decretum vom 10. October 1836 rechtsfräftig erledigt worden.

Im Uebrigen hat freilich der Implorat bas Sachverhältniß, fo wie es oben vorgelegt worden, nicht zu läugnen vermocht. Er bestreitet aber:

> daß Kurhessen vor der Baperischer Seits erfolgten Beschlagnahme der erwähnten Vermögenstheile in Bezug auf solche irgend einen Act der Souverainetat wirklich mit Erfolg vollzogen babe.

Er bestreitet ferner, daß in den Baperischer Seits verfügten arrestatorischen Maaßregeln eine Dejection, wie solche gur Begründung eines interdicti recuperandae possessionis erfordert werbe, gefunden werben fonne, indem er ju Gunften bes von ihm vertheidigten Gouvernements gettenb macht:

1) mit den Parcellen des vormaligen Departements Fulda, welche der Souverainetat Bayerns durch Staatsberträge unterworfen worben, fenen auch die in folden liegenden Bermögenstheile auswärtiger Pris vaten unter ihre Territorialhoheit gekommen; wenn die Banerische

Staatsregierung über bergleichen Vermögenstheile eine, die Disposstion deren Sigenthümer beschränkende Verfügung getroffen, so habe sie nur innerhalb der ihr zustehenden Souveraineratsbefuguisse gespandelt, dadurch keine fremde Souverainetätsrechte gekränkt, wenn schon etwa die Rechte auswärtiger Privaten beschränkt;

- 2) es sep die Maaßregel nur zu dem 3weet genommen, um den Status quo zu conferviren, nach welchem die Stiftungscapitalien nicht bloß in dem Landestheile, den Kurheffen besitze, sondern auch in dem an Bapern gekommenen Landestheile darlehnsweise angelegt gewesen;
- 3) die Maaknahme rechtsertige sich durch den Artikel 13. der unterm 27. Juli 1815 zwischen Oesterreich und Preußen getroffenen Uebereinkunft als "vorsorgliche Verfügung";
- 4) de sich Kurhessen der rechtlichen Forderung Baperus hinsichtlich der gütlichen Theilung der Fonds widersest habe, so hätten die Cappitalien und Zinsen jura rotantionis zurückehalten werden können:
- 5) man habe die arrestirten Vermögenstheile ihren urspränglichen Sweden zuwider Baperischer Seits keineswegs verwendet; man wolke dieselben vielmehr conservirt wissen, aber auch für die Baperischen, ehemals Fuldaischen Unterthanen, welche gleichen Anspruch auf die Rupungen machen könnten, wie die Hessischen;
- 6) auch durch ein im Jahr 1817 mit dem Papste geschlossenes Concordat, wodurch die Baperisch-Fuldaischen Unterthanen von der Diöcese Fulda losgetrennt und mit Würzburg vereinigt worden, sen die arrestatorische Maaßregel als "vorsorgliche Verfügung" hinlänglich motivirt gewesen;
- 7) wenn der Bayerische Fiscus, so weit er selbst als Schuldner von Stistungscapitalien erscheine, die Auszahlung von Zinsen nach Fulde zum Theil versage, so konne er höchstens, wie ein anderer Schuldner mit der Schuldklage, aber nicht mit dem remedio unde vi belangt werden;
- 8) die Baperische Staatsregierung habe nur auf Antrag ihrer Fuldaischen Unterthanen gehandelt; sie retinire nur Behufs Vollziehung der Stiftungszwecke und verwende die Zinsen auch theilweise bazu;
- 9) Bapern habe keinen Act einer unzulässigen Selbsthülfe beabsichtigt, welches schon aus dem Umstande folge, daß man die Zinsen von den bei Privatpersonen angelegten Capitalien freigelassen habe, und mit: hin die Zwecke der milden Stiftungen an ihrer Erfüllung nicht ge: hemmt habe.

Demnach reducirt sich ber Status controversiae im Wesentlichen auf drei Fragen:

- 1) Wie verhält es sich mit dem von Kurheffen behanpteten Besitztande?
- 2) Enthalten die arrestatorischen Maaßregeln Baperns eine Störung des Quasibesises Kurhessens, oder doch eine unter beutschen Bundessstaaten unzulässige Selbsthülfe?
- 3) Sind befondere Gründe vorhanden, die Bayern zu den fraglichen Werfügungen berechtigten?

Da Bapern — was die Beantwortung der erften Frage betrifft — die Thatsache,

daß sich Rurhessen in dem behaupteten Quasibesite befunden habe, beharrlich geläugnet hat, so wurde freilich eine Beweisauflage erfolgen muffen, wenn sich die Wahrheit dieses factischen Klaggrundes nicht icon aus dem In= halte der Acten mit genügender Sicherheit entnehmen ließe. Nach Lage der Sache ist aber eine Beweisführung über den hier in Rede stehenden Rurhess! iden Besitzstand nicht erforderlich.

Es ist — wenn gleich hier bemerkt werden muß — überall nicht die Rede von Ansprüchen an das Bermögen aufgehobener Stiftungen oder An= stalten, das die respectiven Territorialherren nach einem noch zu ermittelnden Fuße theilen wollen. Rurhessen hat nicht allein bestimmt erklärt und versichert, daß die hier fraglichen milden Stiftungen noch fortwährend bestehen, sondern es hat auch seine Verpflichtung anerkannt und seine Absicht ausgesprochen, daß sie auch künftig als solche fortbestehen sollten und müßten, und daß gerade hier seine Intention nur dahin gerichtet sep, für die Erhaltung jener Stiftungen und statutenmäßige Verwendung ihrer Ginnahmen Sorge tragen zu tdunen.

Sben dasselbe hat auch Bapern ausgesprochen, und sich bestimmt dagegen vermahrt, als ob es seine Absicht senn könnte, die Fonds zu anderen, als zu statutenmäßigen 3mecken zu verwenden oder zu dem Staatsvermögen zu schlagen. Es hat auch Bapern erklärt, daß es nur verlange, daß die für das ganze ehemalige Bisthum Fulda bestimmten Fonds auch den jest Baperischen Unterthanen aus dem an Bayern gekommenen Theile des ehemaligen Fuldaischen Gebiets nach einem zu ermittelnden Maakstabe mit zu Gute tommen sollten.

Es ift also gewiß, daß die hier fraglichen Stiftungen als juristische Personen noch jest bestehen.

Juristische Personen unterscheiden sich von physischen, so weit es auf Rechtsfähigkeit an sich ankommt, im Wesentlichen nicht; sie sind Subjecte von Rechten und Verbindlichkeiten wie jene, und es leidet keinen 3weifel, daß sie auch, wie physische Personen, an irgend einem Orte als anwesend gebacht werden muffen, daß fie nothwendig einen bestimmten Sit haben, wie der Einzelne ein Domicil, einen Ort, bessen Gesetze für fle Geltung haben, und wo sie passiv zu Recht stehen muffen. Daß dieser Ort für die fraglichen Stif= tungen die Stadt Fulda ist, behauptet Kurhessen und wird auch von Bapern nicht bestritten, läßt sich auch um so weniger bezweifeln, da die Stiftungeurkunden, die Statuten, Schuldverschreibungen und Rechnungen der Stif= tungen und Anstalten sich in der Stadt Fulda befinden, die Verwalter dieser Anstalten sich dort aufhalten.

Die milben Stiftungen stehen unter der Aufsicht und Fürsorge des Staats und, wie dieses Recht ein Ausfluß der Landeshoheit ist, so kann, wie von selbst folgt, auch nur demjenigen Staate diese Befugniß zustehen, der da die Landes= hoheit ausübt, wo die Stiftung juristisch ihren Sit hat. Kurhessen hat aber unbestritten seit dem 5. Februar 1815 die Souverainetat über die Stadt Fulda ausgeübt, und ist daher nicht bloß im Besite der aus der Landeshoheit rucksichtlich der im hessischen Territorio ihren Sip habenden Stiftungen abstießenden Befugnisse, sondern sie stehen ihm eigenthümlich zu, da die Stadt Fulda in Folge der geschlossenen Staatsverträge definitiv an Rurhessen gefalten ist, und dieß so lange, die Rurhessen, auf den Grund etwaiger, in seinen Verträgen gegründeter Veryslichtungen, Vapern an diesem Hoheitsrechte eine Theiluahme einräumt, oder die Stiftungen, sosern eine Theilung möglich, pro parte ihren Siß im Baperischen Territorio angewiesen erhalten. Es der darf somit auch nicht des Beweises, daß Kurhessen speciell in Beziehung auf alle Vermögenstheile der fraglichen Stiftungen besondere Acte seines obersten Beaussichtigungsrechts vorgenommen habe, um seinen Besisstand für erwiesen zu halten, sondern es gelangte durch jede Verfügung an die ordentlichen Vertreter der juristischen Person in den Besith — und daß es daran nicht gesehlt, muß Bapern selbst einräumen.

Kurhessen ist demnach für jest ausschließlich befugt, die dem Staate über milbe Stiftungen zustehende Oberaussicht und Fürsorge ausznüben.

Fragt man: Besit Kurhessen das Vermögen der hier fraglichen Stifz tungen und Anstalten im privatrechtlichen Sinne? so wird man dies, bes oben Bemerkten unerachtet, verneinen muffen. Stiftungen, als juristische Personen, And selbstständige Subjecte von Rechten und Werbindlichkeiten; fie selbst befigen das die Stiftung constituirende Vermögen, nicht aber der Staat. Es ift ein im Staatsrechte unbestrittener Grundsatz, daß Veränderungen in der Landeshoheit auf die Privatrechte der Unterthanen gegen einander überall teinen Einfluß üben; die Theilung des ehemaligen Großherzoglich : Frankfurtis fcen Departements Fulda zwischen Kurheffen und Banern berührte also überall nicht direct die Rechtsverhältnisse der in der Stadt Frida ihren Sit habenden milden Stiftungen und Anstalten. Sie verblieben ungeschmälert nach wie vor in dem Besitze ihres gesammten Vermögens, ohne Rücksicht, ob es in dem, Heffen oder Bapern zugefallenen Landestheile belegen fenn mochte, und fle können auch hinsichtlich des im Bayerischen Antheile belegenen Vermögens fich ohne Sweifel mit possessorischen Rechtsmitteln vertheidigen, sobald ein Gegenstand in Frage ist, wobei überall rechtlich ein Besitz gedacht werden fann.

Wie nun die Verfügung Bayerns allerdings einen Gingriff in die Ver= mögensrechte der fraglichen Stiftungen enthält, so läßt es sich denken, daß Kurhessen nicht für sich, sondern in Vertretung der seiner Fürsorge anvertrauten Stiftungen die hier zur Beurtheilung vorliegende possessorische Klage angestellt hat. Gine folche Rlage murbe aber zurückzuweisen senn. Wenn heffen in jener Eigenschaft auftritt, so verfolgt es augenscheinlich bas Recht einer Privat: person; Streitigkeiten über Ansprüche von Privatpersonen an einen beutschen Bundesstaat gehören aber nach der Bundesverfassung nicht zu den durch ein Austrägalgericht zu entscheidenden Sachen. Die Competenz dieses Gerichtshofes wurde also nicht begründet senn. Es steht indessen bereits rechtsträftig fest, daß Rurhessen hier sein eigenes Recht und nicht das der Stiftungen verfolgt, und zwar durch den in Beziehung auf die exceptio desicientis legitimationis ad causam unter dem 27. November 1834 abgegebenen Bescheid, indem darin ausgesprochen ift, daß Rurheffen nicht als Repräsentant der bei dem Ausgange dieses Rechtsstreits etwa mit interesstren milben Stifz tungen und sonstigen öffentlichen Anstalten zu Fulda auftrete, sondern in der Gigenschaft als höchste Staatsbehörde vermöge bes Sonverainetätsrecht, und daß die angestellte Alage lediglich die Tendenz habe, die von Kurhessen durch Staatsberträge erworbenen Souverainetätsrechte, in so weit sie die zu seinem Staatsgebiete gehörenden milden Stiftungen und öffentlichen Ausbalten umsfassen, in ihrem factischen Bustande, so wie derselbe vor der von der Baperischen Regierung verhängten, angeblich eine Verlehung desselben involvirenden Beschlagnahme verschiedener Intraden und Vermögensgenständen bestanden, aufrecht zu erhalten und wieder herzustellen.

Wollte man Kurhessen hier als Reprofeutenten jener Stiftungen und ats in deren Ramen klagend betrachten, so würde, auch abgesehen von der Incom= petenz dieses Gerichtshofes, die Rlage, in so weit diese auf Schup im Besip gerichtet ist, schon deßhalb als hinfällig erscheinen, weil an den bier in Frage befangenen, mit Beschlag belegten Gegenständen, nämlich Forderungen der Stiftungen an Privatpersonen in Bapern und respective an die Landescaffe, ein Besitz im eivisrechtlichen Simme gar nicht denkbar ift; ed würde alfs auch von einem Interdicte zum Schupe des Besigstandes nicht die Rede sonn konnen, und möchte foldes nur etwa hinfichtlich der mit Boschlag belegten Gefälle, in so fern diese als jura in ro zu betrachten, die allerdings im juristischen Binne befessen werden konnen, flattnehmig sepn. Daber - und mit Rud= ficht auf den in der Mitte liegenden rechtsfräftigen Bescheid vom 27. Rovem= ber 1834 — muß hier als entschieden augenommen werden, das Kurhessen in eigenem Namen klagt und in den fraglichen Machregeln Baperns eine Werlehung seiner, durch Staatsverträge erlangten Souverainetätsrechte und in Folge der Besitnahme des ihm zugefallenen Gebiets des Bisthums Fulda erworbenen Befigstandes erblickt. Da nun oben bereits nachgewiesen ift, daß die Stiftungen und Anstalten qu. ihren Sit in der Stadt Aulda haben, da es vollfommen gewiß ist, daß Rurheffen die Souverainetat über die Stadt Fulda erworben, und seit der Besthergreifung sein Oberaufsichtstecht durch seine Staatsbehörden hat ausüben laffen, so kann es auch nicht mit Grund bezweiselt werden, daß sich Kurheffen rücksichtlich jener Stiftungen und Anstalten im Besite aller derjenigen Rechte befindet, die aus der ihm gebühreus den Landeshoheit absließen. Es läßt sich auch hierbei ein Mitbesis Baperns gar nicht denken, denn die Ausübung der Rechte des Staats in Beziehung auf juristische Personen, ist nur durch Anordnung ihrer Vertreter und Beauf-Achtigung deren Dienstführung möglich; es sind aber eben diese Vertreter jeder Einwirkung von Seiten Baperns entzogen gewesen und factische Dispositionen über einzelne Theile des Vermögens jener Stiftungen find mahre Gingriffe in Privatrechte; darin kann aber ein legaler Act des landesherrlichen Beaufsichtigungerechte niemale liegen, weil, wie Kurheffen mit vollem Rechte geltend macht, nicht der Staat, sondern der ordnungemäßige Vertreter die Stiftung verwaltet, und das landesberriche Recht daber nur durch Verfügungen an ibn andgeübt wird.

Das canonische und das deutsche Recht haben den nach römischen Rechten auf Eigenthum und jura in ro beschränkten Begriff des Besipes weiter und ussementlich auf die Landeshoheit ausgedehnt. Es kann daher dieses Recht gleich dem Eigenthum besessen und durch Interdicte, namentlich durch die Spolieus lage geschüpt werden, wie denn dieser Sap auch vom bestagten Theile keine

Anfechtung gefunden hat. Den eigentlichen und hauptsächlichsten Streitpunct beziehlt vielmehr die oben ad 2) aufgeworfene Frage:

Enthalten die arrestatorischen Maaßregeln Baperns eine Stierung des Quasibesites Kurhessens, ober doch eine unter deutschen Bundetsstaaten unzulässige Selbsthülfe?

Es versteht sich von selbst, daß Bapern hinsichtlich derjenigen Güter, die in Bapern belegen siud, alle diejenigen Hoheitsrechte auszuüben hat, die dem Landesherrn als solchem hinsichtlich der innerhalb der Grenzen seines tarritorii belegenen Güter zustehen; allein davon sind die Hoheitsrechte wesentlich verschieden, die der Landesherr hinsichtlich der Beaufsichtigung der milden Stiftungen auszuüben hat. Es ist auch etwas sehr Gewöhnliches, daß juristüsche Personen des einen Staats Bestpungen innerhalb der Grenzen des andern Staats haben; in einem solchen Falle übt der eine Staat sein jus supromae inspectionis, der andere die aus der Belegenheit der Güter absließenden Hoheitsrechte aus, und eine Collisson kann nicht wohl eintreten.

Aurhessen verkennt nicht, daß Bapern, weil die fraglichen Stiftungen und Anstalten, wenigstens zum großen Theile, Centralanstalten waren, in Rückssicht auf die ihm zugefallenen Landestheile vermöge der bestehenden Staatsverträge an der Ausäbung der Souverainetätsrechte einen Antheil fordern kann; aber es will diesen erst dann einräumen, wenn in dem deshalb einzuleiztenden Berfahren die Ansprüche Baperns vollständig ernirt sehn werden. Bis dahin will es seinen Besitsstand geschüpt wissen.

Bapern kounte aus den bestehenden Staatsverträgen mittelst einer petitorrischen Klage seinen Anspruch auf Einräumung einer Theilnahme an den Sous verainetätsrechten geltend machen. Es hat aber vorgezogen, diejenigen Maastregeln eintreten zu lassen, die jest in Frage sind, und es erklärt unumwunden, daß es dabei die Absicht gehabt habe, zu verhindern, daß Kurhessen oder seine Behörden den Quasibesis des Nechts einer Administration der Fonds nach und nach sich aneignen könnten, weshalb es denn auch jene Maastregeln bereits im ersten Jahre der Bestsantretung der Fuldaer Landestheile als Coadministrationeacte über jene Fonds habe eintreten lassen. Dadurch ist es denn auch bewirkt, daß Kurhessen verhindert worden ist, in Beziehung auf den mit Besichlag belegten Theil des Vermögens der fragtichen Stistungen sein Oberanstschtwirksam zu machen. Eine Störung des Hessischen Besitzlandes tiegt also klar vor, da Absicht und Wirkung darunter zusammentressen.

Bapern vermeint zwar, indem es über die unter seine Territorialhoheit ger kommenen Privatgüter Verfügungen getroffen, habe es wohl Rechte auswärtiger Privaten beschränkt, aber nicht fremde Sonverainetätsrechte gekränkt, es liege also niemals eine Eigenmächtigkeit — dem Hessischen Gouvernement gegenzüber — vor; allein dies ist unrichtig, denn Bayern übersieht dabei, daß Hessien hinsichtlich der Besiser dieser Güter der Stiftungen Sonverainetätsrechte zustehen, an deren vollständiger Ausübung Hessen durch die fraglichen Macktregeln verhindert ist, daß also neben der Beschränkung von Privatrechten allerzings auch fremde Sonverainetätsrechte verletzt sind.

Das Verfahren Bayerns involvirt aber auch eine erlaubte Selbsthülfe, indem der ordentliche Weg einer petitorischen Alage gegen Heffen verlassen, und der Versuch gemacht wurde, durch eigenmächtige Verfügungen fich dasje:

nige zu verschaffen, was Rurheffen nicht freiwillig einräumen wollte. Unter den deutschen Bundesstaaten ift aber durch bie Bundesacte, Art. 11, jede Selbsthülfe verboten, da sich sämmtliche Bundesglieder verpflichtet haben, thre Streitigkeiten unter einander nicht mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen, und wenn der Versuch einer Ver= mittelung fehl schlägt, die Entscheidung einer Austrägalinstanz zu erwarten. Db und wo Selbsthülfe erlaubt fen, muß nach gemeinen Rechten beurtheilt werben, da die Bundesgesetzgebung barüber keine Bestimmung enthält. hiernach ift Selbsthülfe als Regel durchaus verboten, und nur als Ausnahme, z. B. zum Soup eines Besitstandes, erlaubt. Aus diesem lettern Gesichtspuncte sucht auch Bapern sein Verfahren zu rechtfertigen, indem es die Maakregelu als Ausübung eines Mitbesiges darstellt; jedoch ohne Erfolg. Mit dem Augenblick der Besignahme der Stadt Fulda, wo sammtliche Stiftungen und Ans Ralten ihren Sit haben, erlangte Kurhessen die Souverainetätsrechte über die Stiftungen und Anstalten. Die Ausübung dieser Hoheiterechte erfolgte seitdem durch die Hessischen Behörden, und Bayerns Maagregeln erscheinen nur als Besitskörungen, nicht aber als Coadministrationsacte, weil bas Oberaufsichts= recht des Staats nicht durch unmittelbare eigenmächtige Dispositionen über das Vermögen der milben Stiftungen, sondern nur durch Beaufsichtigung der orbentlichen Vertreter der juristischen Personen ausgeübt merden kann, und daß letteres niemals Seitens Baperns geschehen, ist aus den eigenen Anfüh= rungen flar; daher ift es auch ein ganz gleichgültiger Umftand, wie Bapern über die zurückehaltenen Binsen der bei der Baperischen Staatsschulden=Til= gungbanstalt angelegten Capitalien der fraglichen Stiftungen disponirt hat, und ob fie, wie behauptet wird, zur Berichtigung statutenmäßiger Penfionen der in Bayern wohnenden Penssonäre jener Anstalten verwendet sind.

Bapern sagt endlich, es habe den Status quo aufrecht erhalten wollen. In Beziehung auf das hier allein in Frage befangene Souverainetätsrecht war der Status quo aber der, daß die Oberaussicht von Hessen ausgeübt ward. Ob das Vermögen der Stiftungen hier oder dort belegen, ob darunter Versänderungen gemacht wurden, war für den Status quo in Beziehung auf die Souverainetätsrechte völlig gleichgültig. Indem Bapern mit Gewalt verhinderte, daß der eine oder andere Schuldner das Capital auf etwa erfolgende Kündigung zurückzahle, that es nichts zur Erhaltung des Status quo in der hier fraglichen Rücksicht, sondern es verfügte willsürlich und rechtswidrig über das Vermögen jener Stiftungen und Anstalten, und erlaubte sich Einzgriffe in den Status quo, statt ihn zu schüßen.

Läßt sich demnach nicht verkennen, daß das von Seiten Baperns beobachtete Verfahren nicht nur eine Störung des Kurhesischen Besitstandes, sondern auch eine unter deutschen Bundesstaaten unzulässige Selbsthülfe involvire — folgeweise, daß sich die angestellte Klage in aller Maaße als wohlbegründet darstelle, so bleibt hier nur noch die oben aufgeworfene dritte Frage zu besantworten:

Sind besondere Gründe vorhanden, die Bapern zu den fraglichen Verfügungen berechtigten?

Es handelt sich hier lediglich und allein um den Besit des Souveraines täterechts der Oberaufsicht über die fraglichen Stiftungen und Anstalten, zu

Deren Bermögen die oft erwähnten Capitalien, Gefälle und Binsen gehören. Bapern kann daher mit petitorischen Ansprüchen an jene Souverainetätsrechte und daher entnommenen Einreden hier nicht gehört werden. Es hat aber Bapern Verschiedenes vorgebracht, woraus es den Schluß zieht, daß es zu seinen Maaßregeln ein Recht gehabt, und mit allen diesen Einwendungen muß es unbedenklich Gehör sinden; denn, wenn es vermöge wohlbegründeten Rechts die Capitalien und Gefälle mit Beschlag belegt und die Zinsen der eigenen Schuld in der Casse asservirt hat, so enthalten die vermöge Rechts vorgenommenen Acte keine unerlaubte Beeinträchtigung des gegenseitigen Besitzkandes der Souverrainetät und die erhobene Klage muß als unbegründet zurückgewiesen werden.

Bapern behauptet:

a) nach den Grundsäßen des öffentlichen Rechts sepen die Fonds der hier in Frage stehenden Fuldaer Landesinstitute nach dem Maaße der Landestheile, worin sie angelegt sepen, ohne Weiteres als getheilt zu achten, so, daß die ans gesochtenen Verfügungen über die im Baperischen Gebiete belegenen Fonds jener Institute schon von Rechtswegen als unbestreitbar erschienen.

Wäre der hier aufgestellte Rechtssat richtig, so würde der Einwand allers dings durchschlagend erscheinen; denn es würde dann in der Disposition Baperns niemals eine Beschränfung des Hessischen Besitzstandes enthalten senn können. Allein jene Behauptung ist augenfältig durchaus unrichtig; er widerstreitet dem anerkannten Principe, daß eine Beränderung in der Landeshoheit das Privatseigenthum nicht aushebt.

Juriftische Personen haben dieselbe Rechtsfähigkeit wie die physischen; sie bleiben also im Besthe ihres gesammten Bermögens, ohne Rücksicht, ob es in dem heffen verbliebenen, oder an Bayern gefallenen Landestheile belegen seyn mochte; und daß der Reichsdeputations=Hauptschluß in der von Bapern au= gezogenen Stelle hier keine Anwendung findet, bedarf mohl kaum der Be= merkung; denn, von allen anderen Gründen abgesehen, ift dort die Rede von aufgehobenen Stiftungen, deren Güter den respectiven Landesherren als Domanengefälle, hier von fortbestehenden, deren Guter denen anderer Privat= personen ganz gleich stehen. Bapern geräth auch offenbar mit sich selbst in Widerspruch; denn es verlangt von Hessen, daß es sich zur Theilung verstehen soll, räumt also ein, daß diese Theilung noch nicht erfolgt sen; es hat auch die jest in Frage befangenen Maaßregeln nicht eintreten lassen, um dadurch den Bests ihm zugefallener Guter zu ergreifen, sondern um heffen zu nöthigen, zu der verlangten Theilung zu schreiten, und es hat von den mit Beschlag belegten Capitalien die Binsen den Stiftungen zukommen laffen, und also auch damit anertannt, daß es die in Bayern befindlichen Guter feineswegs als feinen Antheil an dem Vermögen der Stiftungen betrachtet, wie denn auch ein sol= der Theilungefuß ein hochst millfürlicher fenn murde, den Banern schwerlich genehmigt hatte, wenn zufällig wenig oder gar feine Capitalien in ben Bapern augefallenen Landestheilen belegt gemefen maren, worüber ja lediglich Bufalligfeiten entschieden haben.

Bapern behauptet nun

b) es sen kraft staatsvertragsmäßiger Rechte befugt gewesen, die fragslichen Verfügungen zu treffen, da sich Aurhessen zu einer Uebereinkunft der Fondstheilung nicht verstanden.

Bapern hat nicht näher ansgeführt, was es hier eigentich hat sagen wollen. Man kann darin die Behauptung finden, daß Bapern, Inhalts der Staatsverträge, berechtigt sep, für den Fall, daß Rurhessen sich zu einer Theistung der Fonds nicht verstehe, das unter Baperischer Hoheit sich sindende Vermögen der Stiftungen an sich zu nehmen. Schwerlich hat dieses behauptet werden sollen; wenn aber, würde hier keine Rücksicht darauf zu nehmen seyn, weil dem potitorio entnommene Einreden in dem vorliegenden possessorio nicht beachtet werden können. Die aus den geschlossenen Staatsverträgen Bapern zustehenden Rechte müssen mit einer in soparato anzustellenden Riage verfolgt werden. Hat Bapern nur sagen wollen, daß es, weil Kurhessen sicht dazu verstehen wollen, seine contractlichen Verstächungen zu erfüllen, nach allgemeinen Rechtsprincipien befugt gewesen, die hier fraglichen Verfägunzen zu tressen, so ist das unrichtig, da das Verfahren Bayerns eine unerlaubte Selbstäusse involvirt.

Bapern fagt

o) die fraglichen Verfügungen müßten, sofern sie nicht anders zu rechtsfertigen sepen, als befugte Coadministrationsacte angesehen werden.

Es vermeint, in den Staatsverträgen sen nicht festgesett, daß Heffen die gemeinsamen Stiftungen und Anstalten ausschließlich administriren solle, sons dern daß den Unterthanen der getrennten Landestheile die fernere Benutung dieser gemeinsamen Stiftungen und Anstalten in derselben Maaße, wie vormals verbleiben sollten, die zu einer anderweiten Verfägung der die Landestheile übernehmenden Regierungen. Da nun das Interesse zur Eonservirung ein gemeinschaftliches sen, so sen auch jeder Staat die zur Erzielung einer Uebereinkunft besugt, hinsichtlich der in seinem Gedietstheile liegenden Fonds eine sürsorzliche Verfügung zu tressen, und diese Fürsorze habe denn auch in den getrossenen Maaßregeln bestanden.

Auch hier muß man erwiedern: mag es immerhin mit den contractiichen Bestimmungen seine volle Richtigkeit haben, mag Bapern daraus einen Ansspruch auf Mitadministration ableiten können, so gehört doch der daraus entsuommene Einwand offenbar dem Petitorio an, und es kann sich Bapern damit gegen das hier eingeleitete Possessium nicht vertheidigen.

Bapern behauptet

d) mindestens erscheine die Burückbehaltung der Capitalien und Zinsen als ein Act des Retentionsrechts, weil sich Aurhessen der rechtlichen Forderung hinsichtlich der gütlichen Theilung der Fonds widersese.

Eine nähere juristische Deduction, aus welchem Gefichtspuncte hier ein Retentionsrecht Plat greifen konnte, vermißt man ganzlich.

Wiewohl man die Connexität der in Rede stehenden beiderseitigen Ans sprüche eben so wenig vermissen, als in dem Umstande, daß hier nicht von der Zurückbehaltung einer Sache die Rede ist, einen hinlänglichen Grund gegen die Anwendung des Retentionsrechts sinden würde, so sehlt es doch jedenfalls an den übrigen gesetlichen Erfordernissen und Voraussepungen der Besugniß zu retiniren.

Es ist hier die Rede weder vom Burückhalten einer Sache, noch einer Leistung, die der Gegner verlangt, sondern bloß von einem Gestatten vder Leiden von Handlungen eines Andern, nämlich Hessens, zu deven Verhinderung

es an jedem Rechtstitel gebricht; benn, fo lange fich Bapern burch birecte Berfügungen gegen Heffen nicht einmischt, verlangt letteres überall Richts von Bapern. Die Rechte, die Bapern wegen der Belegenheit des fraglichen Bermögens der Stiftungen unter seiner Hoheit zustehen, collidiren überall nicht mit den Rechten Kurhessens. Letteres kann durch die ordentlichen Vertreter der Stiftungen über das Vermögen Verfügungen treffen, ohne daß Bapern aus seiner Landeshoheit ein Recht entuehmen könnte, darin einzugreifen; Hefsen war also überall nicht in der Lage, von Bapern irgend einen Gegenstand, möge er in Buruckgabe einer Sache, einer Leiftung oder einer Handlung beftehen, zu verlangen. Dieß gehort aber zum Wesen des Retentionsrechts, ins dem es in dem Rechte der Buruckbehaltung einer an fich schuldigen, positiven Leistung besteht. Es konnte also bis zu dem Augenblicke, mo Bayern den Beschlag anlegte, von einer Retention wegen Mangels eines zu retinirenden Objects keine Rede senn. Mit diesem Augenblick war allerdings ein Gegenstand zur Retention gefunden, denn, von da an hatte Hessen einen Anspruch gegen Bapern auf eine bestimmte positive Leistung, nämlich Befeitigung bes angelegten Beschlags, aber in Beziehung hierauf fehlt es der Ausübung des Res tentioneremte an einer justa causa. Die Anlegung des Arrestes auf das Bermögen ber Stiftungen und Anstalten enthält eine mahre Bestellbrung Heffens, ein Spolium. Ein vitibser Besty tann aber überall keine Ginreben verleihen, insbesondere auch micht den Einwand der Retention.

Banern behauptet endtich

e) mehrere der fraglichen Stiftungen und Anstalten, wie z. B. Pensionse institute 2c., sepen durch Absterben der Pensionäre völlig erloschen, so daß jeder Landessiscus die in seinem Territorio belegenen Vermögenstheile solcher auszestorbenen Körperschaften von Nechtswegen als heimgefallene Gater trast der Territorialherrschaft zu behandeln befugt sep.

Dieser Einwand ist zuvörderst genügend substantiirt; denn Bayern mußte die Institute selbst, und die Vermögenstheile, die durch Erlöschen der Institute dem Bayerischen Fiscus zugefallen sepn sollen, näher angeben. Abgesehen das von, ist aber auch der Rechtssab, worauf Bayern sich bezieht, unrichtig, denn das Vermögen erloschener Körperschaften fällt, der richtigern Theorie zusolge, zunächst dem Fiscus des Staats zu, wo die Körperschaft juristisch ihren Sis hatte. Der zusätige Umstand, daß die Verwalter der mehrerwähnten Austalzten einen einzelnen Vermögenstheil hier oder dort belegt haben, verleiht dem Territorialheren sein Recht, das Vermögen an sich zu ziehen. Erst dann, wenn man dasselbe als herrensos zu betrachten hätte, würde nach der richtigern Anssicht der Fiscus des Staats, wo das Vermögen zufällig belegen ist, deren Besit ergreisen können.

Fehlt es demnach an besonderen Gründen, die Bayern zu den fraglichen Berfügungen berechtigten, und läßt sich dem Obigen nach nicht verkennen, daß Bayern sich durch die arrestatorischen Maaßregeln eine Störung des Hessischen Beststandes und jedenfalls eine unter deutschen Bundesstaaten unzulässige Selbsthülfe erlaubt hat, so muß die von Kurhessen erhobene Klage für wohlbegründet gehalten werden.

Wenn es sich indessen hier ganz allein um die Kurhessischen Souveraines tätsrechte über die zu Fulda bestudichen Stiftungen und Anskalten handelt,

wenn folgeweise Aurhessen nichts für die Stiftungen selbst fordern kann, theils weil es dazu nicht als legitimirt erscheint, theils weil ein Anspruch von Prispatpersonen nicht in einem Austrägalversahren geltend gemacht werden kann, so dürste zwar allerdings eine Verurtheilung Baperns zur Burücknahme der ergangenen arrestatorischen Maaßregeln erfolgen, allein nur in der Beziehung, als dadurch die Souverainetätsrechte Hessens beeinträchtigt worden sind, nicht aber in so fern, als die Stiftungen selbst durch sie Schaden erlitten haben.

Der Implorant hat daher mit den auf Bahlung der rückkändigen Binsen und auf Erstattung des den Instituten zu Fulda erwachsenen Schadens ge= richteten Antragen zuruckgewiesen werben muffen. Auch hatten die Antrage wegen Buruchnahme ber bereits ergangenen und wegen Vermeidung fünftiger arrestatorischer Maaßregeln nicht sowohl in Beziehnng auf die Beeinträch= tigung der Anstalten und milden Stiftungen, ale vielmehr unter hin= weisung auf die dadurch gekränkten, resp. künftig zu verlegenden Souvera i= netäterechte über die Stiftungen und Anstalten gestellt werden muffen. Daber hat den Anträgen Rurhessens nur unter diesen Modificationen überhaupt Statt gegeben werden konnen. Diese geringe Modification des Rlag= antrags und die Buruckweisung eines relativ unwichtigen Theils des fehler= haften Petiti fonnte jedoch, weil hierdurch der Krone Bapern teine besonderen Rosten ermachsen sind, auf die Entscheidung des Rostenpuncts keinen Ginfluß außern; es mußten baber sammtliche Procestoften, welchen die Behuft Giu= leitung des austrägalgerichtlichen Verfahrens bei der hohen Bundesversamm= lung erwachsene Kosten gleichzustellen sind, so weit bereits rechtsträftig über erstere erkannt ift, in Gemäßheit der

Ob. : App. : Ger. = Ordng. II, Tit. 13, §. 2, dem Imploraten, als succumbirendem Theile, zur Last gelegt werden.

(L. S.) A. E. v. b. Often.

Strampe."

## B. Urtheil

vom 8. Juni 1843 wider das Großherzogthum Sachsen= Beimar=Eisenach.

(Prot. v. J. 1843, Sees. XX. 5. 206, S. 467; — Band I. S. 501; — Band II. S. 858.)

"In Austrägalsachen Anwalts Kurhessens, Imploranten, wider den Anwalt des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach, Imploraten, wegen Beschlagnahme und Vorenthaltung mehrerer, den milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten in Fulda gehörenden Capitalien, Zinsen und Gefälle, wird von Uns Ernst August, von Gottes Gnaden Könige von Hannover, Königlichem Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzoge von Cumberland, Herzoge zu

Braunschweig und Euneburg zc. im Namen und Auftrag ber hohen beutschen Bundesversammlung für Recht erkannt:

Daß der Implorant mit den auf Zahlung der bisher vorenthaltenen Zinsen von den den milden Stiftungen und Anstalten zu Fulda gehorenden Capitalien, auf Erstattung ber zu den Großherzoglichen Cassen eingezogenen Revenüen und auf Schabenersatz gerichteten Anträgen zwar zurudzuweisen, bagegen aber bie Großherzogliche Staatsregierung von Sachsen=Weimar=Eisenach schuldig und verbunden zu erachten:

> den auf einzelne, unter Weimar'scher Landeshoheit befindliche Vermögenstheile ber in ber Stadt Fulda ihren Sig habenden milben Stiftungen und Anstalten gelegten Arrest wieder aufzuheben, und sich kunftig jedweder Störung des jenseitigen Besitsstandes zu enthalten, nicht minder, sammtliche, dem Gegentheile durch die Beschwerdeführung vor der hohen Bundesversammlung und durch dieses Verfahren veranlaßten Kosten, sofern über letztere nicht bereits rechtskräftig erkannt worden die Liquidation und Festsetzung derselben vorbehaltlich — zu erstatten.

> > Bon Rechtswegen.

Publicat. im Ober=Appellationsgerichte Celle ben 8. Juni 1843. Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis proprium.

> A. E. v. d. Often. (L. S.)

> > Strampe."

24

## Entscheidungsgründe.

"Bon dem durch den Reichsdeputations = Hauptschluß vom 25. Februar 1803, §. 12, facularifirten und bem Fürsten von Nassau zur Entschädigung für die Statthalterschaft und seine Domanen in Holland und Belgien über= wiesenen, im Jahre 1810 als Departement Fulda dem neu errichteten Groß: herzogthum Frankfurt einverleibten ehemaligen Bisthum Fulda, murde schon im Jahre 1813 durch einen am 9. April zwischen den Großherzogthumern Frankfurt und heffen geschloffenen Bertrag die Stadt Berbftein mit bem Großherzogthum heffen vereinigt.

Die weitere Berstücklung dieses Landes erfolgte, nachdem daffelbe 1813 von den allerhöchsten verbündeten Mächten militärisch besetzt und provisorisch einem von Desterreich verwalteten gemeinschaftlichen Generalgouvernement untergeordnet mar, in den Jahren 1815 und 1816. Es wurde nach den Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thl.

näheren Bestimmungen der Artikel 40. und 51. der Wiener Congresiacte vom 9. Juni 1815 zwischen Desterreich und Preußen vertheilt.

Von dem der Krone Preußen zugefallenen Antheile wurden durch die Berträge vom 1. Juni und 22. September 1815 die Bezirke Dermbach und Geisa an das Großherzogthum Sachsen: Weimar, die übrigen Bezirke aber nebst der Stadt Fulda durch einen am 16. October zwischen der Krone Preußen und dem Kurfürstenthume Hessen zu Cassel unterzeichneten Tausch= und Cessonsvertrag an Kurhessen abgetreten.

Die Krone Bayern acquirirte dagegen mit einigen, hier nicht weiter in Betracht kommenden Ausnahmen, auf den Grund eines am 14. April 1816 zu München geschlossenen Vertrags und des Artikels 2. des Frankfurter Territorialrecesses vom 20. Juli 1819, den von dem vormaligen Departement Fulda an Desterreich gefallenen Antheil.

Nach jenem Vertrage sollten die dem Königreich Bayern abgetretenen Fuldaischen Districte dergestalt übertragen seyn, wie Se. Raiserlich-Königliche Majestät dieselben besessen hätten, und auch die Krone Preußen hatte im Artisel 1. des unterm 16. October 1815 mit Kurhessen abgeschlossenen Cesssonsbertrags nur diejenigen Rechte an hessen abgetreten, welche ihr hinsichtslich der Fuldaischen Laubestheile in der Wiener Congresacte übertragen waren.

Die Uebergabe Fulda's an Hessen erfolgte auf den Grund jenes Staatsvertrags am 5. Februar 1816 und war im h. 1. des über diesen Act aufgenommenen Protosolis am Schluß ausdrücklich bemerkt:

> "daß für Se. Königliche Hoheit den Kurfürsten und Allerhöchstdessen Nachkommen, die vollen Rechte des Besites, sesert erlangt wurden."

Auf diese Beise gelangte die Stadt Fulda, in welcher sich viele zu geistzlichen und weltlichen Iwecken bestimmte Institute und öffentliche Anstalten mit einem bedeutenden Capitalvermögen befanden, unter die Landeshoheit Kurhessend.

Die Verwaltungen dieser Institute und diffentlichen Anstalten, welche im Besit der Stiftungsurkunden, Schuldverschreibungen und Rechnungen waren, hatten hier ihren Sip. Die bei der Verwaltung der Stiftungscassen fungirens den Beamten waren durch die Abtretung der Stadt Fulda in den Kurhessischen Dienstverband übergetreten und führten unter Aussicht und Controle des Kurshessischen Gouvernements die Administration derselben.

Welche dieser Stiftungen etwa für Localanstalten der Stadt Fulda oder des Kurhessischen Antheils an dem vormaligen Bisthum, und welche dagegen für Centralinstitute zum Besten des ganzen Landes zu halten sind, ergeben die verhandelten Acten nicht. Indessen läßt sich diese letztere Eigenschaft bei mehreren derselben, wie z. E. den Departemental:Schulfonds, dem Krankenhause, dem Zuchthause, der Invalidencasse, kaum verkennen.

Ueber die hinsichtlich der Stiftungen und Institute zu besolgenden Theils nahmeverhältnisse der verschiedenen Landestheile, welche bei der Zerkücklung des Landes auderen Staaten einverleibt waren, sinden sich in den desfallsigen Cessions = und Tausch = Verträgen keine Bestimmungen. Nur Desterreich und Preußen hatten darüber im Artikel 13. in einer unterm 27. Juli 1815 gesichlossenen Uebereinkunft folgende Bestimmungen getroffen:

"Die Didcesenverhältnisse bleiben einstweisen und bis zu einer künstigen, der Organisation der gesammten katholischen Kirche in Beutschland sich ansschließenden Aenderung in ihrem bisherigen Bestande."

"Den Bewohnern der getrenuten Landestheile wird die fernere ungehins derte Benutung gemeinschaftlicher, zum Besten des ganzen Landes errichteter, frommer Stiftungen und gesehrter Institute, als des Seminars, der höheren Schulanstalten, bes Landkrankenhanses, der Landesarmen Musten in demselben Muste, als sie bisher statt gefunden har, die auf weitere Ueberseinkunft zwischen den gegensoitigen Regierungen ober fürsvossiche anderweite Berfügung der jene Landestheile übernehmenden Regierungen, zugesichert."

Theils gestüßt auf diese Uebereinkunft der allerhöchsen Cedenten, theils auf den Grund der bei Ländervertheilungen geltenden Principien des öffentslichen Rechts glaubten die Staatsregierungen, sowohl von Bayern als von Sachsen: Weimar: Sisenach, bezüglich der ihnen von dem vormaligen Departement Fulda zugefallenen Theile zum Besten ihrer vormals Fuldaischen Unterthamen an die mehrsten jener Institute und Anstalten Ansprüche machen und begränden zu können. Es wurden auch diese Prätensionen bei einer zur Regulirung der Activ: und Passiv: Verhältnisse des ehemaligen Departements Fulda niedergesetzen Commission, an welcher Bewollmächtigte der gegenwärtigen Bester der mehreren Landestheile und deren Cedenten Antheil nahmen, zwar zur Sprache gebracht, eine Uebeveinkunft über die Theilung der Institute ist aber die zieht nicht zu Stande gekommen.

Inzwischen glaubte die Regierung von Sachsen-Weimar Sisenach ihre Ansprüche sicherstellen zu müssen, und erließ unter dem 25. August 1818, "zur Wahrung ihred Interese in Ansehung des Anspruchs auf verhältniß- mäßigen Antheil an dem Activbestande der im Fuldaischen Lande bestehenden öffentlichen Centralanstalten, namentlich der Anstalten des geistlichen Verbandes, des Unterrichts, der Sicherheit und der Wohlthätigkeit, die Verfügung, daß die dazu gehdrigen in den Anntren Geiste und Dermbach ausstehenden Capitalien einstweisen in gerichtlichen Beschlag genommen, und die etwa stässe Tüsse verdenden provisorisch allschenden Beschlag genommen, und die etwa stässe verdenden provisorisch allschopositum gezugen werden sollten."

Durch diese Maaßregel wurden von Seiten Kurhessens Repressalien her-

In Inhre 1819 wurden auf Befehl der Kurhestischen Regierung nicht nur die in den Hessischen Aemtern Siterfeld und Hein sein selb ausstehenden Capitalien der katholischen Pfarre Derm bach und andere Pfarre und Schuls Stellen zum Betrage von 3,675 und 1,480 Gulden mit Beschlag belegt, sondern auch die Absicht ausgedrückt, jewe Maaßreget auf Capitalien dieser Art im ganzen Großherzogthum auszudehnen, und diese Absicht auch namentslich auf Capitalien des Stadt-Hospitals zu Geisa zum Betrage von 4,380 Gulden 50 Krenzern in Ausstbung gebracht.

Diese Versügung Auchessens veranlaßte die Staatsregierung von Sachsens Weimar-Eisenach, auf dem num einmal betretenen Wege noch weiter vorzusschreiten, indem sie nunmehr die obige Mnastregel auch auf die Binfen, Geldund Frucht-Gefälle, die jenen Centralanstalten zustünden, extendirte.

In den Jahren 1827 und 1829 versuchte der Kurhessische Gefandte am Bundestage burch einige an ben Gesandten von Gachfen- Weimar- Cifenach

gerichtete Noten eine gutliche Uebereinkunft zu Stande zu bringen, und gruns dete sodann, als auch dieser Versuch sehlgeschlagen war, bei der hohen Buns desversammlung auf den Artikel 19. der Wiener Schlußacte den Antrag:

daß die Großherzoglich=Sachsen=Weimarische Staatsregierung veranlaßt werden möge, alle und jede Verfügungen, wodurch sie seit mehreren Jahren den Besitsstand der fraglichen Fuldaer Local= und Central=, geistlichen und weltlichen milden Stiftungen, auch öffent= lichen Anstalten, durch Beschlagnahme habe stören lassen, ohne Verz zug zurückzunehmen und wieder auszuheben, auch die Stiftungs= und Instituts=Verwaltungen für die mehrjährigen Entbehrungen der mit Beschlag belegten Gegenstände zu entschädigen.

: Der Großherzoglich = Sachsen = Weimarische Gesandte erwiederte im We= sentlichen :

Bon Seiten Rurhessens werde selbst die Verbindlichkeit nicht in Abrede gestellt, sich in Ansehung der Centralinstitute und allgemeinen Landesanstalten und Stiftungen des ehemaligen Fuldaer Landes mit der Krone Bapern und dem Großherzogthum Sachsen=Weimar wegen der überkommenen Parcellen auseinanderzusehen. Es sehen auch desfalls Unterhandlungen bei der megen Auseinandersehung der Fuldaer Angelegenheiten ernannten Commission gespflogen worden.

Allein zur Prüfung der Natur dieser Anstalten und ihres Bermögends zustandes sen die genaue Einsicht von Urfunden, Actenstücken und Rechnungen ersorderlich, die man von Kurhessen vergeblich verlangt habe. Bei der hiedurch eingetretenen Bögerung und der bereits factisch erfolgten Trennung der Sächssischen Landestheile von den Centralinstituten und allgemeinen Stiftungen — woran die Sächsischen Unterthanen keinen Antheil mehr genommen — habe die Sächsische Regierung für nothwendig gehalten, für das Interesse ihrer Unterthanen zu sorgen, so wie die endliche Auseinandersepung zu betreiben, indem sie auf die von diesen Centralanstalten ausstehenden Capitalien Beschlag gelegt habe.

In dieser Art glaubte die Regierung von Sachsen=Weimar=Gisenach nachgewiesen zu haben:

daß es sich hier nur um eine landesherrliche Verfügung zur Sichersstellung von Ansprüchen ihrer Unterthanen und Anstalten an das als theilbar in Anspruch genommene Vermögen der vormals Fuldaischen allgemeinen Landesanstalten und Stiftungen handle; daß diese Maaßregel sich nur allein auf die im Sächsischen Gebiete gelegenen Capiztalien und Gefälle dieser Centralstiftungen erstrecke, und daß hiebei keine Art von Gewalthätigkeit, keine Art der Entziehung des Eigenzthums, sondern nur eine Sicherstellung statt gefunden habe, wobeisse noch bemerken müsse, daß von den in Rede stehenden juristischen Personen der Rechtsweg noch gar nicht versucht sep.

Nachdem Kurhessischer Seits hierauf bemerkt war, daß, auf den Fall, wenn die hohe Bundesversammlung den Artikel 19. der Wiener Schlußacte auf den Gegenstand der erhobenen Beschwerde nicht anwendbar sinden sollte, dem Anrusen und Antrage auch dadurch entsprochen werden würde, wenn, nach abgegebenem Commissionsgutachten — dem Artikel 21. der Wiener

Schlußacte gemäß — jedoch ohne weitern Versuch der Güte, dieser bestehenden Differenz von hoher Bundesversammlung die Einleitung zum austrägalgericht- lichen Versahren gegeben werde, diese Erklärung auch an eine zur Begut- achtung niedergesetzte Commission abgegeben war, so wurde von letzterer der Status causae in folgenden 5 Puncten festgestellt:

- 1) daß eine Theilung des Vermögens der Centralstiftungen und Anstalten des vormaligen Departements Fulda von den betheiligten Regierungen noch nicht zu Stande gebracht sep;
- 2) daß das Großherzogthum Sachsen=Weimar=Gisenach auf diejenigen Capitalien und Gefälle jener Stiftungen und Anstalten, welche in ihren Gebieten belegen oder aus denselben zu beziehen sepen, Besschlag gelegt hätte;
- 3) daß über die Ausdehnung dieser Maaßregeln die Angaben abweichend seven;
- 4) daß Kurhessen als Retorsion dieselben Maaßregeln habe eintreten lassen, und in dem Benehmen der Gegnerin eine bestystörende Selbsts hülfe erblicke, wogegen es nach Artikel 19. der Wiener Schlußacte den Schutz der Bundesversammlung anruse, und eventuell auf ein Verfahren nach Artikel 21. antrage;
- 5) daß Weimar dem widerspräche, und es nur als nothgedrungene Maaßregel darstelle.

Das Gutachten der Commission siel dahin aus, der Artikel 21. der Wie= ner Schlußacte setze eben so wie der Artikel 19. derselben das Verhältniß von Bundesgliedern zu Bundesgliedern, eine Streitigkeit derselben unter einander als solchen voraus, meshalb sie beantrage:

hohe Bundesversammlung möge erklären, daß eine Einschreitung hin= sichtlich der vorliegenden Beschwerden Kurhessens gegen Sachsen= Weimar=Gisenach weder im Artikel 19, noch in dem Artikel 21. der Wiener Schlußacte begründet sep.

Nachdem sich indessen die Mehrheit der Stimmen am Bundestage für die Einleitung eines Austrägalversahrens erklärt, und, nach fruchtlos versuchter Güte, das Ober=Appellationsgericht zu Celle versassungsmäßig zum Austrägalgericht ausgewählt und von dieser Wahl in Kenntniß geseht worden war, wurden am 14. November 1833 von dem Anwalte Kurhessens die Klage gegen die Großherzoglich=Sachsen=Weimarische Staatsregierung allzhier übergeben.

Es wurde darin angeführt, daß man Kurhessischer Seits den Ansprüchen, welche Sachsen=Weimar an die Fonds der in der Stadt Fulda bestehenden geistlichen und weltlichen Stiftungen, auch an öffentliche Anstalten zu haben glaube, hinsichtlich der meisten dieser Institute habe widersprechen müssen; daß demnach Sachsen=Weimar nur den gesetlichen Weg der ihm nach dem §. 4. des 11. Artikels der Bundes= und dem 21. Artikel der Wiener Schluß= Acte erlaubt gewesen, habe einschlagen können, statt dessen aber durch die mehrerwähnte Verfügung vom 25. August 1818 gegen alle Stiftungen und Institute in der Stadt Fulda ohne Unterschied gewaltthätig eingeschritten und zu einer nach Römischem Rechte und durch deutsche Reichsgesehe verpönten Selbsthülse übergegangen sen, wodurch sie den sämmtlichen Administrationen

der mitten Stiftungs: und Justituten: Cassen die freie Disposition über einen großen Theil ihres Vermögens, das in den Aemtern Geisa und Dermbach auf Zinsen ausgeliehen gewesen sep, oder die Großherzogliche Staatscasse ihnen verschuldet habe, gänzlich entzogen, gegen Anrhessen aber, als Bundessstaat, den Bundesgesehen zuwider, mittelst ihrer Territorialgewalt Thättichteiten ausgeübt habe, durch welche diese Staatbregierung indirect habe genübthigt werden sollen, die ermeldeten Evrporationen den Podtenstonen Sachsen: Waimars sügsam zu machen. Gestüht auf 1. 4. C. unde vi und §. 2. T. 32 der Kammergerichtsordung von 1521 wurde von Kurhessen der Antrag sormirt, Sachsen-Weimar möge angewiesen werden und zwar rost. exponsis:

- 1) alle und jede seit dem 25. August 1818 zum Nachtheil der geistlichen und weltlichen milden Stiftungen und dsteutichen Austalten zu
  Fusch von ihr erlassenen Regiminalverfügungen zurückzuziehen, den
  Großherzoglichen Staatscassen die Jahlung der bisher vorenthaltenen
  Insen von den jenen schuldigen Capitatien aufzugeben, die dereits
  zu ihren eigenen Cassen eingezogenen und verwendeten, jenen aber gehörigen Revenuen zu erstatten, und daburch den Otnius quo, wie
  sich selbiger vor gedachtem Beitpuncte befunden habe, überall wieder
  herzustellen;
- 2) den Verwaltungen sämmtlicher Caffen diefer Institute allen durch jene Maaßregeln verursachten Schaden, praevia specificatione et liquidatione, mit Zinsen, in so weit und in so lange sie den Betrag desselben seit der Beschlagnahme oder durch Vorenthattung entbehrt haben, zu ersehen;
- 3) sich aller Beeinträchtigungen ber mitten Stiftungen und Institute hin= fichtlich der freien Disposition über das ihnen in dem Aurhespschen Gebiete zustehende Vermögen in der Zukunft gänzlich zu enthalten.

Die Regierung von Sachsen-Weimar-Gisenach suchte fich gegen diese Ansprüche Kurhessens dadurch zu vertheidigen, das sie in ihrer exceptivischen Wernehmlassung aus der bereits oben mitgetheiten Geschichtserzählung hinsichtlich der in Rede stehenden Stiftungen und dentlichen Anstalten ein gemeinsschaftliches Eigenthums: und Dispositions-Recht zu deduciren und ihr, Heschicher Seits als gewaltsame Gelbsthütse dargestelltes Versahren als eine ihr von der implorantischen Regierung abgedrungene Sicherheitsmaassegel zu schildern sich bemühte, indem sie zugleich positiv behauptete:

Rurhessen habe nicht nur die Verwaltung und Rechnungsstährung dieser gemeinschaftlichen Institute der Mitansschaftlichen Sustitute der Mitansschaftliche Sachsen Weimard entzogen und ihr die Sinsicht der betressenden Urfunden vorenthalten, sondern auch Althessische Landestheile dergestalt an dem Genusse jener disentlichen Anstalten Theil nehmen lassen, daß der zur Zeit der Landestheilung besondere Besitzland dadurch verschwunden sein.

Daneben motivirte Sachsen Weimar : Eisenach durch die von Kurhessen geständlich verübten Repressalien die exceptio spolii, welche jedoch in einem Borbescheibe vom 14. März 1837 ihre rechtsträftige Erledigung baburch fand, daß Kurhessen in die bisherigen Kosten verurtheilt und dem Imploraten ausgegeben wurde, sich auf die Klage anderweit ordnungsmäßig vernehmen zu lassen. Dieser wollte nun zwar in der Weigerung der Kurhessischen Regies

rung zwe Erstattung bersenigen Gelbvorschüsse, welche die Sachsen-Weimars Eisenachische Regierung dem Stadtpfarrer in Geisa für die von der Pfarrei Geisa theils aus dem Lyceumssond in Fulda, theils von bestimmten Eensten im Aurhessischen Gebiete zu beziehenden, Kurfürstlich-Hessischer Seits aber mit Beschlag belegten Gefälle entschädigungsweise zu gewähren veranlaßt gefunden hatte, abermals ein Spotium erblicken. Es ist jedoch die hierauf ans derweit gebaute Einrede per decretum vom 14. Mai 1840 rechtsträftig verworfen und dem Imploraten, unter Verurtheilung in die Kosten des verzögerten Processes, ausgegeben, sich nunmehr unsehlbar auf die Klage ordnungs-mäßig vernehmen zu lassen.

Eine zu diesem Ende von dem Impsoraten erbetene Frist wurde pro omni bewilligt, er dann aber, nach Absauf derselben, mit seiner weitern Vernehm= lassung auf die Klage unter Vernrtheilung in die Kosten des verzögerten Processes präckubirt und ein abermaliges Fristgesuch abgeschlagen.

Deminach breht sich der Status controversiae um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Ist Sachsen = Weimar als contumax zu betrachten, und was ist das von die rechtliche Folge?
  - 2) Ift die Rluge für begründet zu halten, und ist dieselbe bereits bewiesen?

Die Beantwortung der erstern Frage kann einigen Bedenken überall nicht unterliegen.

Mittelst Bescheibes vom 14. März 1840 wurde von neuem Frist zur Vernehmlassung präsigirt.

Allererst unter dem 10. September ejusd. wurde um eine anderweite Frist gebeten, und diese pro omni unter dem 22. September ejusd. verwilligt. Der Gegner contumacirte unter dem 23. October und dann anderweit unter dem 22. December und wurde nun allererst unter dem 22. Juni 1841 die Präclusion ausgesprochen, so daß die Contumacia und deren angedrohte Folge, der Ausschluß mit der ungehorsam unterlassenen Handlung, in Gemäßeheit der Vorschrift ber Kammergerichtsordnung, Th. II, Tit. 10, ausgesprochen werden mußte.

Die Oberappellationsgerichts = Ordnung bestimmt für den Fall des Ungehorssams, wenn die Sache genugsam und also instruirt ist, daß man in der Hauptssache zum Urtheil wohl kommen könne, so solle die Instruction in contumaciam für beschlossen angenommen und die Sache ad referendum ausgestellt werden.

Dies ist hier geschehen.

Ueber die weiteren Folgen des Ungehorsams, je nach den verschiedenen Stadien des Processes und der Parteirolle, die der Contumar hat, enthält die Ordnung keine Bestimmungen, man muß atso hier auf den gemeinen Proces recurriren, und nach diesem ist im Fall des Ungehorsams eine verneinende Einlassung des Bestagten zu singiren, und derselbe mit allen Einreden auszusschießen; der Richter hat sodann zu prüsen, ob die Riage begründet ist, und wenn dies, die rechtlichen Chatsachen, so weit nach Lage der Sache beren Beweis annoch ersorderlich ist, zum Beweise zu verstellen. Diese Rechtsnachtheile müssen Sachsen-Weimar tressen, und muß daher jest die ausgeworsene zweite Frage beantwortet werden:

Ist die Klage für begründet zu halten, und ist sie und in wie weit bereits erwiesen?

Sieht man zunächst auf die factische Grundlage der Rlage, so ist diese gegenseitig in dem zu Anfang des Verfahrens verhandelten Schriftsape volleständig eingeräumt.

Es steht fest, daß Kurhessen von dem Fuldaischen Gebiete die Stadt Fulda erhalten hat; daß sich hier die in Frage befangenen Stiftungen und Anstalten besinden, folgeweise im juristischen Sinne ihren Sis haben, denn es ist eingeräumt, daß sich hier die öffentlichen Gebäude, die Cassen, die Urkunden und schriftlichen Nachrichten besinden; daß die verschiedenen verwaltenden und rechnungsführenden Behörden und Personen, die rechtlich die Stistungen und Anstalten vertreten, dort ihren Wohnsis haben; daß diese von Kurhessen constrolier werden und solches die Mitaussicht von Seiten Sachsen=Weimars nicht gestattet hat. Eben so ist das besisstörende Factum, die Beschlagnahme verschiedener Vermögenstheile jener Stistungen und Anstalten, unumwunden eingeräumt.

Ob aber aus diesen Factis der von Kurhessen behauptete Besitsstand zu folgern ist, und ob in den Maaßregeln Weimars eine rechtswidrige Störung dieses Besitses zu besinden, dies sind Rechtsfragen, von deren Beantwortung es abhängt, ob die Klage zuzulassen oder zu verwerfen ist. Einer Beweisaufslage konnte es hiernach nicht weiter bedürfen, sondern es mußte definitiv erstannt, Kurhessen sogleich abgewiesen, oder Weimar condemnirt werden.

Was die Beantwortung jener Rechtsfrage betrifft, so muß zunächst festgesstellt werden, in welcher Eigenschaft Kurhessen klagend auftritt; allerdings haben die Stiftungen quaest. bei dem Ausgange dieses Rechtsstreits ein Insteress; allein solches ist nur ein mittelbares, zufälliges.

Wenn Kurhessen Namens der Stiftungen klagen wollte, so würde die Sache nie vor ein Austrägalgericht gelangen können, da ein Streit von Prisvaten gegen einen Bundesstaat nicht dahin gehort. Kurhessen behauptet, im Besie des dem Staate, als solchem, zuständigen Rechts der Oberaussicht über die milden Stiftungen und Anstalten zu seyn und will in diesem Besitzstande geschützt werden; es verfolgt also offenbar ein eigenes Recht, den Besitz des juris supremae inspectionis über die in der Stadt Fulda besindlichen Stiftungen und Anstalten, deren Vermögen Sachsen=Weimar, so weit es in defsen Territorio sich befunden, mit Beschlag belegt hat.

Daß dieses Recht besessen werden könne, ist weder in der Theorie noch in der Praxis jemals bezweiselt worden, und in diesem Besitze befindet sich Kurshessen. Die Theilung des Landes hat hinsichtlich der Privatrechtsverhältnisse der juristischen Personen nichts geändert; sie sind im Besitz und der Verwaltung ihres gesammten Vermögens verblieben, ohne Unterschied, ob es unter diese oder jene Landeshoheit kam.

Der Staat kann das Oberaussichtsrecht nur dadurch ausüben, daß er über die ordentlichen Vertreter der moralischen Person die Controle führt. Wie aber diese Vertreter das gesammte Vermögen verwalten, so umfaßte eben so die Controle alles Vermögen der Stiftungen. Diese Controle ist factisch von Kurhessen ausgeübt, wie gegenseitig eingeräumt worden. Hessen ist also im Besit diese Hoheitsrechts. Hat nun Sachsen=Weimar durch seine Beschlage

nahme bewirkt, daß die Verwaltungen jener Anstalten den ihnen von Seiten der Hessischen Staatsregierung zugehenden Weisungen keine Folge leisten können; ist dieses gerade von Weimar beabsichtigt worden; so ist eine Störung des Hessischen Besisstandes nicht zu verkennen.

Dies Eingreifen in den Besithkand ist der Regel nach unerlaubt, und mit den Einreden, durch die sich Weimar etwa hätte vertheidigen können, ist es präcludirt. Es sind zwar in der so rubricirten "Exceptivischen Vernehmlassung" verschiedene Einreden angedeutet, indem es dort heißt:

"Ohne nun für jest die Competenz des Austrägalgerichts und die Legitimation der streitenden Theile in Frage zu stellen, ohne die großen Dunkelheiten, Unrichtigkeiten und Widersprüche des factischen Vortrags zu rügen, ohne sich auf das Nichtvorhandensenn eines Besises von Seiten der Kurhessischen Regierung und auf die von ihr selbst gesichehene Anerkennung der von diesseitiger Regierung getroffenen Verfügung zu berufen, und ohne endlich die Rechtmäßigkeit dieser Verfügung selbst zu deduciren, als in welcher Hinsicht man sich für die Folge alle Rechtszuständigkeiten ausdrücklich reservirt, darf Anwalt 2c.

Allein jene blos angedeuteten Einreden sind nach der eben dargelegten Erklärung keineswegs vorgebracht, sondern es ist nur ein Vorbehalt gemacht, sie künftig geltend zu machen, und so kann man, da letteres nicht geschehen ist, keine Rücksicht darauf nehmen.

Anlangend das Petitum der Klage, so kann Kurhessen das Interesse der Stiftungen und Anstalten durchaus nicht vertreten, es konnte daher auch Sachsen=Weimar nicht verurtheilt werden, den Administrationen jener Anstalten oder Hessen Namens derselben Jahlungen zu leisten, wenn gleich die abgegebene Entscheidung mittelbar zu diesem Resultate führen wird. Die Verurtheilung mußte sich darauf beschränken, daß Weimar seine arrestatorischen Verfügunzen wieder zurücknimmt; Entschädigung Namens der Anstalten und Stiftungen kann Kurhessen nicht prätendiren. Hätte es selbst einen eigenen Schaden zu liquidiren, z. E. einen Auswand in Verfolgung seines Rechts, so würde solcher zuzuerkennen sehn.

Den Schaden, den die Anstalten erlitten, mussen diese selbst gegen Wei= mar liquidiren, und nöthigenfalls vor den Weimarischen Gerichten, so weit es die Verfassung des Landes gestattet, einklagen.

Der Implorant hat daher mit den auf Bahlung der rückständigen Binsen, auf Erstattung der zu den Großherzoglichen Cassen eingezogenen Revenüen und auf Schadenersatz gerichteten Anträgen ganz zurückgewiesen werden mussen.

Auch das Petitum wegen Burücknahme der bereits ergangenen und wegen Bermeidung künftiger arrestatorischer Maastegeln hätte nicht sowohl in Beziehung auf die Beeinträchtigung der Anstalten und milden Stiftungen, als vielmehr unter Hinweisung auf die dadurch verletten, resp. künftig zu kränztenden Souverainetätsrechte über die Stiftungen und Anstalten gestellt werden müssen. Daher hat den Anträgen Kurhessens nur unter diesen Modificationen überhaupt statt gegeben werden können. Diese geringe Modification des Klagantrags und die Zurückweisung eines unbedeutenden Theils des sehlerhaften Petiti konnte jedoch, weil hierdurch dem Imploraten keine besondern Kosten erwachsen sind und weil Sachsen=Weimar wegen seines Ungehorsams, nach

# 378 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Fälle.

Worschrift der Oberappellationsgerichts : Ordnung II, Ait. X, h. 2, mindeftens nie Anspruch auf Kostenersat machen kann, auf die Entscheidung des Kosten puncts keinen Einsuß äußern. Es waren vielmehr die sämmtlichen Proceß kosten, welchen die, Behufs Einleitung des austrägalgerichtlichen Verfahrens dei der hohen Bundesversammtung, erwachsenen Kosten gleichzustellen sind, so weit nicht bereits rechtskräftig über erstere erkannt worden, in Gemäßheit der Vorschrift der

D.A.G.D. Th. II, Tit. 13, J. 2, dem Imploraten, als succumbirenden Cheile, zur Last zu legen.

(L. S.)

E. A. v. d. Dften.

Strampe."

## Mene Vertheilung

der Stantsschulden und Lasten des vormaligen Kurstaats Main3\*). (Band I. S. 751. und figde.)

Die Forberungen der Kurmainzischen Staatsgläubiger wurden schon i. J. 1816 bei hoher B. B. in Anregung gebracht, wie aus einem Bortrag in Sess. XIV. S. 67. Prot. S. 241. des Gesandten der 15ten Stimme zu ersehen ist. — Nach vielsachen durch zehn Jahre hindurch gehenden Verhandlungen dieser so verwickelten Streitsache (s. Bb. I. S. 729—744.) wurde dieselbe i. J. 1826 durch Bundesbeschluß, Sess. XVII. S. 73. S. 412, an das als Austrägalgericht erwählte Königl. Sächsische Ob.=App.=Gericht zu Oresben verwiesen.

Diesem Beschluß entsprach bieses Gericht burch das Urtheil vom 6. März 1830 (Prot. v. J. 1830, S. 144. 1c.; Bb. I. S. 756—782.) insvsern als es zu Recht erkannte:

"daß sowohl die Besitzer der auf der linken Rheinseite gelegenen Theile des ehemaligen Kurstaats Mainz, als auch die Besitzer rechtsrheinischer Mainzischen Landestheile, die auf den Zoll Vilzbach und auf die Rente Lohneck radicirten Schulden des gedachten Kurstaats — mit Einschluß der auf den Zoll Vilzbach versicherten Forderung des Mainzer Pfandhauses von 232,000 Gulden — zu vertreten und zu übernehmen schuldig."

\*) Die Verhandlungen hierüber, sind — ba diefelben bis Ende 1837 noch an kein besonderes Austrägalgericht verwiesen — in Bd. I. S. 751 — 756. unter "Mainzer Staatsgläubiger in spec. Forderungen auf Joll Vilzbach und Rente Lohneck" gleichsam als deren Fortsetzung aufgeführt. — Da nun aber seit dem ein besonderes Austrägalgericht hiesür ernannt, der frühere Fall nach Art. XXX. der BB. Schl. A., dieser nach Art. XI. der B. A. und XXI. der BB. Schl. A. abe geurtheilt wurde, so halten wir es der Deutlichkeit gemäß, unter allgemeiner Bezugnahme der Verhandlungen welche vor dem Dresdener Urtheil i. J. 1830 statt hatten, von da an wo diese Streitsache sich zu einem selbstständigen Austräsgalfall qualissierte sie im Zusammenhange zu geben.

"Der Antheil jeder Rheinseite sen rucksichtlich der Kammerschulden nach dem Betrage der Kammerrevenüen, und rückssichtlich der Steuerschulden nach dem Betrage der Steuereinstünfte zu bestimmen, wie solcher auf derselben beim Abschlusse des Lüneviller Friedens bestanden."

"Die auf diesen Rechtsstreit verwendeten Kosten wurden gegen einander aufgehoben."

Ueber die Vollziehung dieses Erkenntnisses entstanden nun neue Berwicklungen und vielkache Verhandlungen, sowohl auf commissarischem Wege zwischen den betreffenden hohen Regierungen als bei hoher B. V. (Bb. I. S. 745—751.), welche die neue Streitsrage nicht zu beseitigen vermochten. Ja es spricht sich der Reserent der Erecutionszommission, dem diese Verhandlungen zugewiesen worden, dahin aus, gelegentlich eines Vortrags hierüber i. J. 1831, Prot. S. 103., daß das Dresdener Erkenntniß die neuen erhobenen Prätentionen nicht entschieden habe und daß diese ad soparatum zu verweisen sepen, serner i. J. 1832, Prot. S. 224., daß mit Ausmittlung des Theilungsmaßstades für beide Rheinseiten die Ausgabe der Commission als gelößt zu betrachten, obgleich nicht zu läugnen daß wegen Subrepartition der fraglichen Schulden unter den einzelnen Betheiligten wieder neue Streitigkeiten entstehen könnten.

Dieses Dresbener Urtheil ist nur die Veranlassung zu dem erneuerten Streit, indem (zuletzt allein) das Hrzgthm. Nassau die Grundsätze, auf welchen das Urtheil beruhte, auch auf jene Schulden ausgebehnt wissen wollte, welche nach einer anderen Auslegung des Art. VIII. des Lüneviller Friedens ihm bei dem Ausgleichungscongresse zu Frankfurt i. J. 1804 zugewiesen worden.

Die erste directe Anregung hiezu geschah i. I. 1832 von Nassau, welches in Sess. XL. S. 468. S. 1423. eine Erklärung abgab, beren wesentlicher Inhalt folgender ist\*). Auf dem i. I. 1804 zu Frankfurt a. M. zwischen mehreren Reichsständen zu dem Endzwecke stattgehabten Congresse, um eine Abtheilung der auf der rechten Rheinseite belegenen Landestheile des Kurstaats Mainz haftenden Steuer- und Kammerschulden auch Lasten vorzunehmen, ware man von der Unterstellung ausgegangen, daß Frankreich nur Schulden, wosur eine Hypothek auf der linken Rheinseite constituirt sen, übernehmen würde, weshalb dann die Besiger rechtsrheinischer Theile von Kurmainz alle übrigen Schul-

<sup>\*)</sup> Siehe ben Commissionsvortrag v. 3. 1834, Prot. S. 338.

den, ohne Concurrenz der linken Rheinselte, unter sich vertheilt, die jensseits des Rheins hypothecirten aber Frankreich überlassen hätten.

Diesem Grundsatz gemäß waren die auf die linkerheinischen Hnpotheken des Bolles Bilzbach und der Rente Lohneck radicirten Forderungen vom Congresse an Frankreich verwiesen, jeboch nicht befriedigt worden. Nach Ruckgabe des linken Rheinufers an Deutschland und nachbem die Regierungen von Preußen und Grßhrzgthm. Hessen die linksrheinischen Bestandtheile des Kurstaats Mainz erhalten hatten, sem auch von ihnen die Bezahlung dieser Schuldforderungen verweigert worden, weil angeblich unter den verpfändeten Gefällen des Zolles Bilzbach und ber Rente Lohneck auch Intraden der rechten Rheinseite begriffen seven, was indessen Nassau nie zugegeben habe. Auf die von den Inhabern der mit den gedachten Hypotheken versehenen Forberungen an hohe B. B. übergebenen Antrage, ware nach Maaßgabe bes Art. 30. der Schl. A. ein Austrägalverfahren zwischen ben bei ber Sache betheiligten Regierungen über die Frage eingeleitet worden: ob den Besitzern jenseits rheinischer, ober ben Besitzern diesseits rheinischer Theile des vormaligen Kurstaats Mainz die Pflicht zur Vertretung ber auf dem Boll Wilzbach und der Rente Lohneck versicherten Schulden obliege.

Das zum Austrägalgericht erwählte Königl. Sächsische Appellationsgericht zu Dresben sen von dem Grundsatze ausgegangen, daß bei Entscheidung ber Streitfrage auf die Lage und Beschaffenheit der bestellten Hypothek nichts ankomme, daß vielmehr die Schulbenabtheilung zwischen den durch den Thalweg des Rheins getrennten Parcellen des Kurstaats Mainz sich nach bem Verhältnisse, in welchem die Revenüen der rechtsrheinischen Theile zu denen der linksrheinischen ständen, richten, und daß die Vertheilung der Kammerlasten nach dem Verhältniffe ber Kammerrevenuen, die Vertheilung ber Steuerlasten aber nach dem ber Steuerrevenuen erfolgen muffe. Nach biefen Grunbfäten sey abweichend von dem beim Frankfurter Congresse angenommenen — die Abtheilung der fraglichen Schulden wirklich vollzogen worden. Die Regierungen von Preußen und Grßhrzthm. Hessen waren die Rechtsnachfolger Frankreichs in Beziehung auf die linksrheinischen Theile des Rurstaats Mainz, und ihnen läge, in Folge jenes Erkenntnisses, noch jest die Verbindlichkeit ob, an allen Schulden und Lasten des gedachten Staats nach Maaßgabe des Revenuenverhaltnisses Theil zu nehmen; das Hrzgl. Nassauische Gouvernement musse die Erfüllung dieser Berbindlichkeit um so mehr in Anspruch nehmen, als von dem Grundsate, daß die jenseitigen Regierungen die mit einer Specialhypothek auf der

linken Rheinseite versehenen Schulben ganz zu bezahlen schuldig wiren, bei den Schulden mit Specialhypotheken auf den Zoll Bilzbach und die Rente Lohneck abgegangen sen, mithin, gegen den in dem Urtheil aufgestellten Grundsatz, zum Nachtheil von Birtemberg, Aurhessen und Rassau, die Schuldenabtheilung nicht reichsschlusmäßig nach dem Revenüenverhältnisse vollzogen werden würde, wenn nicht auch der jenseits Aheins gelegene Theil des Aurstaats Nainz einen ratirlichen Antheil an den übrigen Nainzischen Steuer- und Kammerschulden übernehmen würde.

Der ben Regierungen von Burtemberg, Kurheffen und Raffan in vieser Hinsicht zustehende Anspruch habe schon bei Bertheitung ber auf den Zoll Bilzbach und die Rente Lohned versicherten Schulben geltend gemacht werden sollen, wäre aber durch den Wundesbeschluß vom 21. April 1831 zum sepanaten Verfahren verwiesen worden; der Iweck des gegenwärtigen Bortrags sen nun, die Concurrenz des Grehrzathms Heffen und ber Krone Preußen zu allen Schulden und Lasten zu bewirken, welche bei dem Aurmainzischen Ausgleichungscongresse unter die Befiger der rechtscheinischen Abeile des Aurstaats Mainz, mit Ausschluß ber linken Abeinseite, vertheilt worden, soweit namlich Raffau dabei betheiligt wars. Dagegen sen nicht anzuführen, bast: Nassen bie ihm zugetheilten Schulben befinitiv übernommen, benn selbiges habe bei dem Congresse nur mit rechtscheinischen Regierungen contrahirt; was dort verhandelt worden, son für die Regierungen der linken Rheinseite res inter alies acta, und nach nunmehro ganz veränderten Umständen ohnehin nicht weiter verbindenb. Man stelle daher den Antrag, bie Regierungen von Preußen und Erkhrzethm. Heffen zu einer Erklaung barüben: aufzusoebern, ob sie bermalen geneigt. wären, auf eine Schuldenabtheilung zwischen der rechten und linken Rheinseite nach dem Revenüenverhältnisse, wie bieses das erfolgte. Urtheil nothwendig unterstelle, einzugehen? Wenn aber jene Regierungen die Uebernahme irgend einer weiteren Schuldenlast fortwährend verweigern sollten, so würbe, nach bem Mißlingen eines Vermittelungsversuchs; bas geeichtliche Berfahren einzuleiten sehn.

Auf diese Erklärung behielten sich die Gesandtschaften von Preußen und Gröhrzgthm. Pessen Erwiederung vor, worauf ebendaselbst Prot. S. 1425. auf Präsidialantrag beschlossen wurde:

> "bie Regierungen von Preußen und Geßhezgthm. Heffen werben aufgesevert, sich über die Hrygl. Nassausiche Erklärung zu äußern."

Auf die von Nassen i. I. 1933, Soss. XXVIII. §. 282. S. 613, 1833. besthalb gemachte Erinnerung, wurden die betressenden Regierungen ebendaselbst durch Beschluß zur baldmöglichsten Teuserung aufgefordert, während auf eine spätere Erinnerung von Nassau, Soss. XLI. §. 427. S. 887, von den betressenden Regierungen die baldige Abgabe der diessallsigen Erklärungen zugesichert wurde.

Die Erklärung selbst erfolgte von Grßhrzgthm. Heffen, ber sich Preußen anschloß, in Sons. ALIIL S. 451. S. 946, bem Wesentlichen nach in Folgendem \*): Der i. I. 1804 zu Frankfurt a. Mt. versammelte Congreß habe einen seiner Iwecke badurch erfüllt, daß er das Geschäft berreichsschlußmäßigen Schuldenvertheilung des Kurstaats Mainz nach Sinn und Anweisung des Reichs-Dep.-Hauptschlusses beendigt, und alle Schulden ausgeschieden habe, hinsichtlich deren Uebernahme Iweisel übzig geblieden wären; zu diesen letzeren hätten die auf die Nente Lohneck und den Joll Wilzbach radicirten Forderungen gehört, hinsichtlich deren von mehreren Staaten anerkannt wäre, daß auch sie den Kurmainzischen Lasbescheilen der rechten Rheinseite zur Last fallen müßten; während Nassau und andere Staaten behaupteten, daß selbige ausschließlich zu den Lasten des linken Rheinseites gehörten.

Diese, in neuester Zeit der Gegenstand austrägalgerichtlicher Verhandlung gewordene Disserenz, sey damit beendigt, daß das Gericht hinsichtlich der auf die Nente. Lohneck und den Zull Wilzbach nadicirten Schulden ganz andere, seither von keinen der verschiedenen Regierungen. ausgestellte Principien und Interpretationen angenommen und angewandt hatte. Die Gröhrzgl. Regierung habe sich dem austrügalgerichtlichen Spruche, unterworfen, ahne die Ueberzeugung von der Unrichtigkeit der demselben zum Grunde gelegten Principien auszugeben, um so weniger vermäge sie dem Spruche eine ausgedehnte Ruchtswirkung auf andere, der Entscheidung des Gerichtshoses nicht unterworfen gewesene Schulden zuzugestehen; am wenigsten könne sie einräumen, daß das Gröhrzgthm. Hessen verhunden sen, einen Theil der Staatsschulden zu übernehmen, welche durch einen desinitiv und ohne Wordehalt geschlossenen Vertrag an Nassan überwiesen und dessen privative Schulden geworden wären.

Die Hrzgl. Nassaussche Erklärung enthalte keine Rechtsgründe, welche geeignet wären, den Bestand der i. J. 1804 wegen Bertheilung der Mainzer Staatsschulden geschlossenen und längst vollzogenen

<sup>\*)</sup> Siehe ben Commissionsportrag v. 3. 1984, S. 340.

Uebereinkunft, und somit das durch dieselbe den übrigen betheiligten Regierungen erwordene Recht zu vernichten. Zene Schuldenabtheilung sen nicht an die Bedingung geknüpft gewesen, daß Frankreich mit Specialhypothek auf die linke Rheinseite versehene Schulden übernehmen müsse, oder daß die Mainzer Schulden der linken Rheinseite nach gleichem Maaßstade, wie die der rechten Seite, vertheilt werden würden. Das Austrägalgericht habe sein Vertheilungsprincip ausdrücklich auf die Mainzer Staatsschulden der Rente Lohneck und des Jolles Vilzbach beschränkt; hätte dasselbe dessen Anwendung weiter erstrecken wollen, so würde solches dadurch seine Competenz überschritten haben.

In diesem Sinne außere die Erecutionscommission sich in ihrem, in der Sigung vom 21. April 1831 erstatteten Vortrage, und die B. V. mache sich in dem darauf gesaßten Beschlusse dieselbe Ansicht zu eigen. Da es auch nicht von der Herzoglich Nassausschen Regierung abgehangen habe, sich dem Erkenntnisse bloß in der Unterstellung zu unterwersen, daß Frankreich und dessen Successoren an allen Schulden des Kurstaats Mainz nach Maaßgade des Revenüenverhältnisses Theil zu nehmen hätten, so ermangele es an allen Gründen, wodurch die Erschrzgl. Hessische Regierung bestimmt werden könnte, sich, dem in der Nassausschen Svermals Kurmainzischer Anstinnen gemäß, zur Uebernahme eines Kheils vormals Kurmainzischer, nunmehr Hrzgl. Nassausscher Schulden für verpstichtet zu halten, oder auch nur einen Rechtsstreit darüber zu beginnen; weßhalb denn die beantragte Einleitung eines gerichtlichen Versahrens als dundesgesemäßig unzulässig abgelehnt werden müsse\*).

Auf Präsibialantrag wurde hierauf eine besondere Commissson erwählt und beschlossen: Prot. S. 948,

"Die aus den Gesandten von Baden, den Grßhtzgl. und Hrzgl. Sächsischen Häusern, dann von Mecklenburg Schwerin und Strelitz bestehende Commission wird ersucht, über die zwischen Preußen, dem Grßhtzgthm. Hessen und dem Hrzgthm. Nassau obwaltende Streitigkeit, die Vertheilung der Schulden und Lasten des Mainzer Kurstaats betreffend, ein Gutachten zu erstatten."

<sup>\*)</sup> Siehe auch über die Griftrzgl. Hessische Ansicht die Druckschrift: "Rechtliche Ausführung der Grundlosigkeit der von dem Hrzgthm. Nassau gegen die Krone Preußen und das Griftrzgthm. Hessen erhobenen Ansprüche wegen einer neuen Bertheilung der Steuerschulden des vormaligen Kurstaats Mainz." Darms stadt, 1841. Gedruckt in der E. E. Wittich'schen Postuchbruckerei.

M

M

19

1

I

Noch bevor diesem Beschlusse Folge geleistet war, erklärte Kurhessen im solgenden Jahre 1834, Soss. V. S. 60. S. 106: die Kurfürstl. Regie- 1834 rung habe wegen Besriedigung ihrer, die Vertheilung der Schulden und Lasten des Kurstaates Mainz betreffenden, in der obgedachten Frzgl. Nassauischen Erklärung angesührten Ansprüche, mit der Königl. Preußischen und Gröhrzgl. Hessischen Regierung Noten gewechselt. Die Verhandlungen hätten indessen keinen Erfolg gehabt, und ihr Ende durch eine, auf die obige Gröhrzgl. Hessische Erklärung Bezug nehmende, schristliche Erdsfnung des Gröhrzgl. Hessischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erreicht.

Der Gesandte sey deshalb angewiesen, die Ansprüche Kurhessens, unter Bezug auf die Hrzgl. Nassauische Erklärung, zur Einleitung desselben durch letztere veranlaßten Verfahrens, hoher B. B. zu empsehlen, und darauf anzutragen, daß — da ein an die Regierungen von Preußen und Grßhrzgthm. Hessen zu richtendes Ersuchen wegen Abgabe einer Erklärung über die Kurhessischen Anträge als überslüssig erscheine — die erwählte Commission beauftragt werden möge, auch über die zwisschen Preußen, dem Grßhrzgthm. Hessen und dem Kurfürstenthum Hessen obwaltende Streitigkeit, die Vertheilung der Schulden des Kurstaats Nainz betressen, ein Gutachten zu erstatten.

Grßhrzgthm. Hessen — dem sich Preußen anschließt — nimmt hierauf Bezug auf seine wider die Hrzgl. Nassauischen Anträge abgegebene Erklärung.

Ferner zeigt noch die Würtembergische Gesandtschaft in Soss. VII. §. 81. S. 128. an, unter Bezugnahme auf die Hrzgl. Nassauische und Kurfürstl. Hessische Erklärung, daß die Krone Würtemberg bei dieser Sache zwar nicht unmittelbar betheiligt sen, da selbige an dem Franksturter Ausgleichungscongresse keinen Antheil genommen habe, daß selbige sich jedoch in Vertretung des seiner Souverainetät untermittelten Fürstlichen Hauses Hohenlohe=Dehringen sur Ingelsingen und Neuenstein dem Przgl. Nassauischen Antrage anschließen wolle.

Sämmtliche Erklärungen werden an die betreffende Commission abgegeben, die durch ihren Reserenten, den Grßhezgl. Mecklendurgischen Gesandten in Soss. XII. S. 154. S. 338. in ihrem Vortrage die darüber statt gehabten Verhandlungen reasumirt und im Gutachten — nach einem Rückblick auf den Zusammenhang dieser Streitsache mit den auf den Zoll Vilzbach und die Rente Lohneck radicirten Schuldsorderungen — sich folgendermaßen ausspricht:

Die Anträge von Nassau, denen Würtemberg und Kurhessen beis Leonhardi über Austrägalverfahren. 2. Ahl. 25

getreten senen, bezweitten die Geltendmachung der durch einen früheren Wortrag der Erecutionscommission (i. J. 1831, g. 103.) ad separatum verwiesenen Ansprüche gegen die Regierungen von Preußen und Gröhrzgthm. Hessen.

Die Entscheibung ber Frage:

"ob hier ein Streit verschiebener Bunbesglieber im Sinne ber Bestimmung bes Art. AI. ber B. A. und bes Art. AAI. ber B. Schl. A. vorhanden,

unb

"ob die Competenz hoher B. V. zur Einleitung eines Berfahrens nach Anleitung der gedachten bundesgesetzlichen Sestimmungen begründet sen?"

sen nicht zweiselhaft; die Commission theile vollkommen die in dem Bortrage der Executionscommission v. I. 1831 in dieser Hinsicht ausgebrückte Ansicht.

Die Regierungen von Rassau, Kurhessen und Wärtemberg richteten an die Regierungen von Grßhrzgthm. Hessen und Preußen das Verlangen einer vorzunehmenden neuen Schuldenabsheitung, räckschlich aller bei dem Frankfurter Ausgleichungscongresse durch eine stemsliche Uebereinkunft vertheilten und übernommenen Schulden, mit dem Antrage, einen Theil berselben ihnen ab- und selbst zu übernehmen; die Regierungen von Grßhrzgthm. Hessen und Preußen nähmen alle Verpslichtung, diesem Verlangen nachzukommen, in Abrede. Hier senen also Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern im eigenklichen oder engern Sinne vorhanden, zu beren Erledigung der bundesgesestliche Weg betreten sen,

Die Grßhrzgl. Hessische Gesandschaft wolle zwar eine Werpslichtung zur Einlassung auf einen Rechtsstreit nicht anerkennen, halte vielmehr die Einleitung eines solchen für bundesgesetzmäßig unzusässig; inbessen bezweckten die vorgetragenen Gründe nicht sowohl die Rechtsertigung dieser Ansicht, als vielmehr die Darlegung der Unstatthastigkeit der verfolgten Ansprüche und Forderungen selbst.

Da hohe B. B. keine richterlichen Funktionen auszusiben habe, so stehe berselben anch keine Cognition über ben Grund ober Ungrund der von den Regierungen von Nassau, Kurhessen und Würtemberg behaupteten Rechtsansprüche zu; sie habe sich auf die Entscheidung der Competenzfrage wegen eventueller Einleitung eines austrägalgerichtlichen Versahrens zu beschränken, und die Würdigung der vom Großherzogthum Hessen, unter Beitritt von Preußen, gegen den Bestand

N. Brth. d. Staatssch. u. Last. d. vorm. Kurst. Mainz. 387

ber obigen Anspruche geltend gemachten Rechtsgrunde, bem, für ben Fall verfehlter Gute, zu erwählenden Austrägalgerichte zu überlassen.

Die Commission richte baher ihren Antrag bahin:

ļ,

frithen

Separ

押帽置

time k

III

練

Sin

nk

he

70

船

6

7

đ,

į

H

1

Å

ø

"daß zunächst eine Bundestags-Commission zum versassungsmäßigen Vermittelungsversuche erwählt, bei dem Mißlingen desselben aber diese Angelegenheit zur austrägalgerichtlichen Entscheidung eingeleitet werden möge."

Hierauf erklärte die Griftzgl, Hessische Gesandtschaft ebendaselbst, Prot. S. 343, daß es den betreffenden Regierungen zwar nicht verwehrt werden könne, auch noch wegen anderer, als der auf der Rente Lohneck und den Joll Wilzbach radicirt gewesenen, vormals Kurmainzischen Staatsschulden, vermeintlich begründete Ansprüche gegen das Großberzogthum Hessen im Rechtswege anzubringen; ein solcher Anspruch wäre aber unstatthaft, insosern ihm der Grundsas entgegenstehe, daß die Wirkung eines austrägalgerichtlichen Erkenntrisses sich nicht weiter als auf den der Entscheidung des Gerichts unterworsenen Gegenstand erstrede; nun sey dem Königl. Sächsischen obersten Gerichtshose zu Dresden nur die Entscheidung der damals streitigen Vorfrage übertragen worden, ob die Staaten der rechten oder linken Rheinseite, und in welchem Verhältnisse sie den auf den Zoll Vilzbach und die Rente Lohneck versicherten Schuldsorderungen zu vertreten und zu übernehmen hätten?

Die Hrigh, Rassauische Regierung grunde jest auf bas erlassene Urtheil den Antrag auf eine neue Schuldenabtheilung zwischen der nechten und linken Rheinseite nach dem Revenügnverhaltnisse, wie dies das Urtheil über die Theilnahme an den jenseits hypothecirten Schulden nothwendig unterstelle. — Mit diesem Antrage werde bezweckt, eine durch Vertrag i, I. 1804 festgefette, längst vollzogene Vertheilung anderer, als der oben bezeichneten Schulden umzustoßen, und den für Bertheilung der auf die Rente Lohneck und den Zoll Wilzbach radicirten Schulden in dem Dresbener Erkenntnisse angenommenen Maakstab auch auf andere Lasten des Kurstaats Mainz in Anwendung zu bringen, melche Gegenstand des Vertrages von 1804 gewesen waren, und zwar bloß aus dem Grunde, weil das gedachte Urtheil jenen Magsfab in Bezug auf die Schulden vorschrieb, über welche baburch erkannt murbe. -Wenn nun der Einleitung des im Art. XI. ber B. A. porgeschriebenen Berfahrens unbedingt flatt gegeben wurde, so wurde baburch bie Befugniß des Gerichts ausgesprochen, das Dresbener Urtheil als entscheidend für den untergebenen Gegenstand zu erkennen, mithin demfelben eine, die bundesgesetliche Wirksamkeit austrägalgerichtlicher Erkenntniffe überschreitende Anwendung zu geben; hierin würde eine Verletzung des oben bemerkten Grundsatzes liegen, und deshalb glaube
man Grßhrzgl. Hessischer Seits, mit Recht darauf bestehen zu können,
daß, wenn hier von einem Vermittelungs- und rosp. Austrägalverfahren die Rede senn solle, der Grundsatz, wornach die Wirksamkeit
eines austrägalgerichtlichen Erkenntnisses sich auf den der Entscheidung
des Gerichts unterworfenen Gegenstand zu beschränken habe, vor allem
gewahrt und wegen der sonstigen Consequenzen für den beginnenden
Rechtsstreit außer allem Zweisel gesetzt werde.

Dieser Erklärung schloß sich die Königl. Preußische Gesandtschaft im Allgemeinen an, behielt sich jedoch, mit den Gesandtschaften der übrigen betheiligten Staaten, etwaige weitere Erklärungen vor und trägt auf Instruktionseinholung an.

Der hierauf gefaßte Bundesbeschluß lautete jedoch:

"Bordersamst noch die Erklärungen der übrigen betheiligten Regierungen von Preußen, Bürtemberg, Aurhessen und Rassau abzuwarten."

Die von Massau erfolgte im folgenden Jahre 1835, in Soss. VI. §. 73. S. 117, dahin:

"Da die Regierungen von Preußen und Grßhrzgthm. Heffen erflart hatten, für die von Allerhöchstenselben besessen, jenseitstheinischen Theile des Kursürstenthums Mainz, zu den Kurmainzischen
Staatsschulden, welche bei dem Kurmainzischen Ausgleichungscongresse dem Hrzgl. – Nassauischen Souvernement zugetheilt worden
seinen, nicht beitragen zu wollen, so ergebe sich von selbst, daß in dem
Falle, wenn eine Vereinigung nicht zu Stande gebracht werden
könne, die Entscheidung der Streitfrage durch ein Austrägalgericht
erfolgen musse."

"Der in dem Protokolle der 12. vorjährigen Bundestagssthung enthaltene Commissionsantrag, daß zunächst eine B. T. Commission zum verfassungsmäßigen Vermittelungsversuche erwählt, bei dem Nistlingen desselben aber diese Angelegenheit zur austrägalgerichtlichen Entscheidung eingeleitet werden moge, entspreche demnach der Lage der Sache vollkommen."

"In demselben B. T. Protokolle sinde sich aber auch noch eine, Namens des Grßhrzgl. Hessischen Gouvernements abgegebene Erklärung, welcher auch die Königl. Preußische B. T. Gesandtschaft beigetreten sen, und die von der Frage handele, welche Wirkungen das **,**,

Erlen

ne &

) glank

forma

agabe

Hank

Kida

T die

nenha

幢

1 1

· 🖈

加

Ţ

Erkenntniß bes Königl. Sachsischen App.-Gerichts zu Dresben in ber Austrägalproceßsache wegen der auf den Zoll Wilzbach und die Rente Lohned hypothecirten Schuldforderungen für den bevorstehenden Rechtsftreit haben werbe. — Hrzgl. Nassauischer Seits werbe zugestanden, daß sich bas Erkenntniß bes Konigl. Sächsischen App.=Gerichts, wonach die Schuldenabtheilung zwischen den beiden Rheinufern nach dem Revenuenverhaltniffe vorzunehmen sen, bloß auf die Schulden, für welche der Zoll Vilzbach und die Rente Lohneck verpfändet waren, bezogen habe, und daß eine richterliche Entscheidung darüber, daß auch andere Rurmainzische Staatsschulden auf diese Weise abzutheilen senen, bis jest nicht vorhanden sen. — Hierdurch sen aber nicht ausgeschlossen, daß das Hrzgl. Nassauische Gouvernement sich in dem bevorstehenden Rechtsstreite neben Unführung der übrigen demselben zur Seite stehenden Grunde zugleich auch auf die Thatsache, daß die Schulden mit Hypotheken auf den Zoll Bilzbach und die Rente Lohneck zwischen beiden Rheinufern nach dem Revenüenverhältnisse abgetheilt worden sewen, berufe, um die Rechtmäßigkeit des Verlangens darzuthun, daß die übrigen Kurmainzischen Staatsschulben, soweit das Hrzgthm. Nassau dabei betheiligt sen, auf dieselbe Weise abgetheilt werden, und in der That sen nichts den Forderungen des Rechts mehr angemessen, als daß die linke Rheinseite nunmehr zu allen Schulden beitrage, zu denen sie bisher nur in der Unterstellung nicht beigezogen wurde, daß sie da= gegen die Schulden mit Hypotheken auf den Zoll Wilzbach und die Rente Lohneck allein übernehmen werde: denn diese Unterstellung sey nicht eingetroffen. — Das Hrzgl. Nassauische Gouvernement behalte sich vor, demnächst die Grunde in ihrer vollen Ausdehnung geltend zu machen, welche dasselbe von der Thatsache, daß dasselbe an den Schulden mit Hypotheken auf den Zoll Vilzbach und die Rente Lohneck habe Theil nehmen muffen, abzuleiten vermoge, was keineswegs mit bem Umstande im Widerspruche stehe, daß sich das austrägalgerichtliche Erkenntniß, wodurch die Verbindlichkeit zu dieser Theilnahme ausgesprochen worden sen, nur auf die Schulden mit den gedachten Hypotheken bezogen haben."

"Dem Antrage der beiden allerhöchsten Regierungen von Preußen und Grßhrzgthm. Hessen: daß der Grundsatz, wonach die Wirksamkeit eines austrägalgerichtlichen Erkenntnisses sich auf den der Entscheidung des Gerichts unterworfenen Gegenstand zu beschränken habe, vor allem gewährt, und wegen der sonstigen Consequenzen für den beginnenden Rechtsstreit außer allem Zweisel gesetzt werden möge, werde, da Hrzgl.

Rassauischer Seits eine unzulässige Ausbehnung ber Wirksamkeit eines austrägalgerichtlichen Erkenntnisses nicht beabsichtigt werde, keine weitere Folge zu geben senn. — Wollte biesem Untrage statt gegeben werben, so mußte in bem B. Beschlusse, woburch bie Sache bemnachst zur austrägalgerichtlichen Entscheidung verstellt werden werde, in irgend einer Form für bas Gericht bie Borschrift aufgenommen werden, bei ber zu ertheilenden Entscheidung das bereits vorhandene Erkenntnis über die Schulden mit Hypotheken auf den Boll Wilzbach und die Rente Lohneck nicht zu berücksichtigen, was schon darum nicht zulässig sen, weil eine solche Vorschrift mit ben Rechten ber Parteien, die in der Wahl ihrer Angriffs = und Vertheidigungsmittel wicht beschränkt werben bürften, und mit der dem Richter gebührenden Freiheit in der Bildung der Entscheidung ganzlich unvereindar senn wurde. — Die Prüfung ber Gründe, auf welche das Przgl. Nassaussite Gouvernement feine Rechtsanspruche zu flügen gebende, sen in jeder Beziehung eine Aufgabe für den Richter, und die hohe B. B. werde fich zu einem Beschlusse nicht bewogen sinden, wodurch der richtersichen Entscheidung vorgegriffen werben würbe."

"Was den Gegenstand bes Rechtsstreites anlange, so musse noch angeführt werden, daß das Hrzgl. Nassauische Gouvernement burch einen am 14. Juni b. I. abgeschlossenen Vergleich auf die Rage gegen die Grßhrzgl. Heffische Regierung wegen der Kurmainzischen Kammerschulben verzichtet habe, und die Absicht hege, diese Alage auch gegen die Krone Preußen vor der Hand noch beruhen zu lassen. — Die Anspruche, welche Hrzgl. Nassauscher Seits gegen bie Regierungen von Preußen und Grßhrigthm. Hessen bermalen verfolgt werden, beträsen daher nur noch Kurmainzische Steuerschulben, welche dem Heigthm. Nassau bei bem Kurmainzischen Ausgleichungscongresse zugetheilt worben sepen. — Das Hrzgl. Nassaulsche Gouvernement habe die Tilgung vieser Schulden größtentheils schon bewerkfielligt, und beabsichtige, bei bem zu erwählenden Austrägalgerichtshofe darauf anzubentien, daß bie Regierungen von Preußen und Griffrzgehm. Heffen in ihrer Eigenschaft als Besitzer ber jenseitsrheinischen Theile bes themaligen Kurstaats Mainz zur Uebernahme eines nach dem Steuerrevenken-Verhaltnisse zu regulirenden Antheils an allen vor dem Lineviller Frieden entstandenen Kurzmainzischen Steuerschulben, welche von dem Aurmainzischen Ausgleichungscongresse unter die Successoren in die rechtsrheinischen Theile von Kurmainz vertheilt worden seinen, bergestalt schuldig erkannt werden, daß bie beiden gedachten allerhöchsten Regierungen dem Heigthm. Nassau dassenige, was zur Tilgung des Kapistals und der Zinsen bei jedem einzelnen Schuldposten aus Hrzgl. Nassausschen Kasten für die linke Rheinseite aufgewendet worden sep, sammt Zinsen zu 5 Procent von der ganzen Borlage zu ersehen haben, und daß dieselben gehalten senen, non der dem Hrzgthm. Nassau bei dem Ausgleichungscongresse zugetheilten Schulden, so weit diese noch ungetilgt sepen, übren ratirlichen Antheil zur unmittelbaren Bezahlung an die Creditoren zu übernehmen."

"Hiernach dürfte der demnächst dem Austrägalgerichte zu ertheis lende Auftrag näher zu bestimmen senn."

"Wenn übrigens des Hrzgl. Nassaussche Gouvernement noch jetzt mit der Verzinsung und successiven Tilgung der demselben bei dem Kurmainzischen Auszleichungscongresse zugetheilten Steuerschulden sortsahre, so geschehe dieses keineswegs in der Anerkennung einer hiezu bestehenden Verbindlichkeit, und nur in der Absicht, für die dergestalt gemachte Vorlage von den gegentheiligen Regierungen demnächst Erssatz zu erhalten."

"Der Gesandte sey schließlich beauftragt, den Wunsch auszudrücken, daß diese Angelegenheit, deren Erledigung für die betheiligten Hrzgl. Nassausschen Gemeinden dringendes Bedürfniß sen, möglichst befördert werden möge."

Kurhessen schließt sich ebendaselbst, Prot. S. 119, dieser Rechtsaussührung mit dem Bemerken an, daß es beabsichtige, seine Ansprüche,
von denen der S. 60. des Prot. der 5ten Situng v. I. handle, (s. oben)
in dem durch diesen S. bezeichneten Umfang, bei dem zu erwählenden Austrägalgerichte geltend zu machen, während Gröhrzgthm. Hessen
sich etwaige Erklärungen vorbehält. Hierauf wurde beschlossen, diese Erklärungen — wie die später eingelausenen von Würtemberg, Preußen
und Gröhrzgthm. Hessen — an die betressende Commission abzugeben
und den noch rücksändigen Erklärungen binnen 4 Wochen entgegenzusehen.

Auf diese Aufforderung erklärt zunächst Würtemberg, Soss. IX. S. 103. S. 219, daß es sich lediglich auf die in Sess. VII. S. 81. v. I. 1834 abgegebene Erklärung beziehe und derselhen nichts zuzussen habe, während Preußen in Sess. XIII. S. 156. S. 281. sich folgendermaßen ausspricht:

Der von der B. T. Commission wegen Vertheilung der Staatsschulden und Lasten des Kurstaats Mainz in der 12. "pprjährigen Sizung (s. oben. L. 154. des Prot.) gemachte Antrog: haß zunächst

eine B. T. Commission zum versassungsmäßigen Vermittelungsversuche erwählt, bei dem Mißlingen desselben aber diese Angelegenheit zur austrägalgerichtlichen Entscheidung eingeleitet werden möchte, wurde auf die Behauptung gestütt, daß über die Fragen: — ob hier ein Streit verschiedener Bundesglieder im Sinne der Bestimmung des Art. Al. der B. A. und Art. AXI. der B. Schl. Akte vorhanden, und ob die Competenz hoher B. B. zur Einleitung eines Versahrens nach Anleitung der gedachten bundesgesehlichen Bestimmungen begründet sen? — kein Zweisel obwalten könne, vielmehr beide nur bejahet werden dürsten, indem, wenn auch Grßhrzgl. Hessischer Seits dieses bestritten würde, die angesührten Gründe nicht sowohl die Rechtsertigung dieser Ansicht, als vielmehr die Darlegung der Unstatthaftigkeit der versolgten Anssprüche und Forderungen selbst dezweckten. Nichts besto weniger scheichen der unbedingten Annahme dieses Commissionsantrages erhebliche Bedenken entgegenzustehen."

"Slaubten nämlich die betreffenden, bei dem Kurmainzer Schuldenwesen betheiligten, rechtscheinischen Regierungen in Absicht berjenigen Kurmainzer Schulden, welche bereits Gegenstand der Verhandlung und Vertheilung bei dem Frankfurter Auseinandersetzungscongresse in den Jahren 180½ gewesen seyen, noch Ansprüche an Preußen und das Grßhrzgthm. Hessen vielleicht um deshalb zu haben, weil sie das mals getroffenen Abkommen nicht für bindend und den dabei zum Grunde gelegten Theilungsmaßstad nicht für richtig hielten, so bliebe denselben allerdings unbenommen, dergleichen Ansprüche in bundesversassungsmäßigem Wege zu verfolgen. — In so sern aber die erhobenen Ansprüche sörmlich auf das wegen eines anderen Streitobjects, zum Theil auch unter anderen Parteien ergangene Erkenntniß des Dresdener App.=Gerichts vom 6. März 1830 gestützt werden, dürse vor allem die Frage in Erwägung zu ziehen seyn,

- 1) ob die Entscheidung dieses Gerichtshoses auf Objecte, welche ihm bei dem ihm von Bundeswegen gemachten Auftrage als Segenstände des Streites gar nicht vorgelegen, mit dem das durch aufgestellten Princip oder Rechtssatze ebenfalls zu erstreden oder in Anwendung zu bringen sen, und
- 2) ob die über die Zulässigkeit ober Unzulässigkeit einer solchen Erstreckung und Anwendung entstehende Differenz zwischenden ben betheiligten Staaten von einer Art sen, daß sie im Wege eines besonderen Austrägalverfahrens entschieden, ober nicht vielmehr direct von der B. B. in Ausübung der ihr wegen

Vollziehung des Dresbener Erkenntnisses zustehenden Wirksamkeit, erledigt werden musse."

"Diese Gesichtspunkte schienen um so mehr eine nähere Erwägung zu verdienen, als aus den bisherigen Verhandlungen constire, daß die betreffenden rechtsrheinischen Regierungen ausschließlich auf Grund des mehrgedachten Erkenntnisses des Oresdener App.-Gerichts ihre Ansprüche gegen Preußen und das Gröhrzgthm. Hessen geltend machen wollten, dergestalt, daß diesen in Entstehung jenes Erkenntnisses auch alles Fundament abgehen würde."

"Namentlich werbe in der Hrzgl. Nassausscher Seits in der 6. diesjährigen Sitzung (s. oben §. 73. des Prot.) abgegebenen Erklärung wiederholt behauptet, daß die verlangte neue Vertheilung der übrigen Mainzer Staatsschulden eine rechtliche Folge des Dresdener Austrägalerkenntnisses sen, und daß die dadurch angeordnete Vertheilung der auf die Rente Lohneck und den Joll Vilzbach radicirten Schulden eine nothwendige Rückwirkung auf die Vertragsbestimmungen des Frankfurter Congresses wegen Ausgleichung der Nainzer Staatsschulden ausüben müsse."

"In gleichem Maaße, wie diese Folgerung überall ungegründet erscheine, sey auch die Hrzgl. Nassaussche Behauptung unstatthaft. Dieses sey zur Genüge von der Grßhrzgl. Hessischen Regierung in der von der Grßhrzgl. B. T. Gesandtschaft am 10. Oktbr. 1833 und 26. März 1834 (s. oben diese Erklärungen) abgegebenen Erklärungen dargethan worden, und es könne diesseits nur auf die darin entwickelten Ansichten und gestellten Anträge Bezug genommen werden. Immerhin bleibe es aber, auch ganz abgesehen von dem vorliegenden des sondern Falle, im Allgemeinen wünschenswerth, daß die B. B. förmlich den Grundsatz ausspreche, daß Austrägalerkenntnisse ihre rechtlichen Folgen durchaus auf keinen anderen Gegenstand ausbehnen könnten, als den, für welchen sie unmittelbar gefällt wurden. Einer solchen Bestimmung stehe nichts im Wege, da jener Grundsatz von Niemandem bestritten und selbst Hrzgl. Nassauischer Seits die Richtigkeit desselben nicht in Abrede gestellt werde."

"Wenn übrigens die behufs der Aussührung des Dresdener Austrägalerkenntnisses von der B. B. erwählte Erecutionscommission in dem von ihr in der 14. B. T. Sitzung vom 21. April 1831 erstatteten gutachtlichen Berichte hinsichtlich der fraglichen, damals schon von Rassau und Kurhessen zur Sprache gebrachten Ansprüche bemerkt habe, daß die Behauptung dieser Regierungen, — als könne eine Vertheilung

ber auf die Rente Lohneck und den Zoll Bilzbach radicirten Schulden nur alsbann statt finden, wenn gleichzeitig bas gesammte Mainzer Schuldenwesen, mit Aufhebung ber in ber Mitte liegenden Wertrage, einer Revision unterworfen und dessen bestwittibe Theilung kach gleichen Grundsägen vorgenommen werbe, --- abgesehen von dem Grunde ober Ungrunde berselben, augenscheinlich einen neuen Streit bilbe, deffen Berfolgung als nicht zur Competenz bes fraglichen Austrägalgerichts gehörig, ad soparatum zu verweisen sen; so habe bie Commission damit nur die Ansicht ausgesprochen, daß eine neue Bertheilung der langft erledigten übrigen Mainzer Schulden auf Grund des Dresdener Erkenntnisses nicht verlangt werden könne, ober, mit anderen Worten, daß ein besfallsiger Anspruch der betreffenden Regierungen bei der Ausführung diefes Erkenntniffes, von welche os fich zunächst nur handle, nicht berücksichtigt werden durke, sondern wenn solches überhaupt begrundet senn solle, jedenfalls nur besondens, d. h. ohne alle Berbindung mit dem vorliegenden Specutionsgeschäfte, zu verhandeln und zu verfolgen sen. Sben so wenig aber, als es in ihnen Absichten lag, über den Grund oder Ungrund einer folden Reclamation zu entscheiden, eben so wenig wolle sie über die Art und Weise, wie die B. P. selbst dieselbe, wenn sie von den betreffenden Regierungen bei ihr zur Sprache gebracht wurde, zu behandeln und zu erledigen habe, eine — Entscheidung ober Norm abgebende — Ansicht aufstellen."

"In der Sache selbst sen hinsichtlich der in der mehrzedachten Hrzgl. Rassausschen Erklärung enthaltenen Angabe, als sen die linke Rheinseite zu den vertheilten Mainzer Staatsschulden disher nur in der Unterstellung nicht beigezogen worden, daß sie dagegen die Schulden mit Hypotheken auf den Zoll Vilzbach und die Rente Lohneck allein übernehme, schließlich noch zu demerken, daß diese Angabe durchaus undegründet sen, weshalb derselben diesseits auf das bestimmteste widersprochen werde. Ebenso wenig könne eingeräumt werden, daß die Hrzgl. Nassaussche Regierung disher sür die linke Rheinseite Auswendungen gemacht habe, wegen deren Erstattung sie irgend einen Ausspruch an die Königl. Preußische Regierung schehen könnte."

Griffrzethm. Heffen schloß sich ebenbafelbft, Prot. S. 283, dieser Erflännng an.

Nathbem so sämmtliche Erklärungen der betreffenden Regierungen eingelaufen waren, erstattete der Grßhrygl. Næcklendurgische Gesandte, als Reserrat ver hickyn besonders erwählten Commission, in Sonn. XVII. §. 279. S. 567, Bortrag, reasumirt in derselben kurz sämmtliche

bereits statt gehabten Verhandlungen, und spricht sich in dem Gutachten folgendermaßen aus:

"Die Hrzgl. Naffauische Regierung habe ben ursprünglich wegen einer neuen Vertheilung aller bei dem Ausgleichungscongresse zu Frankfurt i. I. 1804 vertheilten Kammer- und Steuerschulden des vormaligen Kurstaats Mainz gemachten Antrag in der neuesten Erklärung auf die Kurmainzischen Steuerschulden beschränkt, während die Regierungen von Würtemberg und Kurhessen sich lediglich auf die früher abgegebenen Erklärungen bezogen hätten, Kurhessen mit der ausdrücklichen Bemerkung, wie es die Absicht sen, die Ansprücke in dem früher bezeichneten Umfange geltend zu machen."

"Die Commission, von hoher B. B. zur weiteren Berichtserstattung aufgefordert, beziehe sich im Allgemeinen auf das frühere Sutachten, in welchem die Ansicht ausgesprochen sen, daß hier Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern vorhanden senen, deren Erledigung, in Grundlage bundesgesehlicher Vorschriften, durch Einleitung eines Vermittelungsversahrens und eventualiter durch ein Ansträgalversahren zu erfolgen habe."

"Die Regierungen von Preußen und Gröhrzihm. Hessen seinen mit dieser Ansicht im Allgemeinen einverstanden, nur der von den klagenden Regierungen genommene Bezug auf das wegen eines anderen Streitsgegenstandes erfolgte Erkenntniß des Königl. Sächsischen App. = Gerichts zu Dresden vom 6. März 1830, habe bei denselben Anstand und Bedenken erregt."

Schon die Erecutionscommission habe in dem in der Streitsache wegen Bertheilung und Uebernahme der auf die Rente Lohned und den Joll Bilzdach (s. in Bd. I. das Rähere) radicirten Schulden des Kurstaats Mainz, in dem in der 14. Sigung S. 103. v. J. 1831 erstatteten Vortrage geäußert, daß das am 6. März 1830 von dem Königl. Sächsischen App.-Gerichte zu Oresden erlassen Erkenntnis die jett erhodene Prätention nicht entschieden habe, und daß ketzere ad soparatum zu verweisen sen; der hierauf von hoher B. B. gesaste Entschuß wäre dem Sutachten völlig entsprechend gewesen. Die Commission könnte daher in der, in den neueren Anträgen enthaktenen, wiederholten Bezugnahme auf das obgedachte Erkenntniß des Königl. Sächstische App.-Gerichts zu Oresden nur das Motiv und die Veranlassung zu den Anträgen, nicht aber die Behauptung einer bereits eristirenden Entscheidung über die neuerdings entstandenen Streitigkeiten sinden, und sie hielte es bei Erstattung des früheren Gutachtens für übersichsigig,

auf einen jenem Beschlusse entsprechenden Vorbehalt anzutragen; bei den neuerdings von den Regierungen von Preußen und Grßhrzthm. Hessen geäußerten Bedenken, und den dagegen von Kurhessen und Nassau abgegebenen Erklärungen stellte die Commission den nachträglich zum Beschluß erhobenen Antrag, nachdem zuvor zur Wahl einer aus drei Mitgliedern bestehenden Vermittelungscommission geschritten worden var. Der Beschluß selbst lautet:

- 1) Rachbem bie in der B. B. sich in der 14. Sigung vom 21. April 1831 (S. 103. des Prot., s. oben) bereits dahin ausgesprochen hat, daß das in der Streitsache wegen Vertheilung und Uebernahme der auf die Rente Lohned und den Joll Vilzbach radicirten Schulden des vormaligen Kurstaats Mainz am 6. März 1830 vom dem Königl. Sächsischen App.-Gerichte zu Dresden erlassene Erkenntniß nur diese Streitsache entschieden habe, nicht auch die vorliegende Differenz zwischen Preußen, Würtemberg Kurhessen, Grßhrzgthm. Hessen und Rassau, so wird die aus den Gesandten von Baden\*), Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsischen Sausern, dann von Medlenburg-Schwerin und Medlenburg-Strelit bestehende Commission beauftragt, in dieser letzteren Differenz unter den streitenden Regierungen eine Vermittelung zu versuchen.
- 2) Im Falle des Mißlingens der Vermittelung ist das Austrägalverfahren einzuleiten.

Roch vor Erstattung bes Bortrags dieser Commission erklart Burtemberg, in Seas. XXVI. §. 419. S. 876, daß es in Vertretung des Fürstl. Hauses Hohenlohe Dehringen auf die fernere Theilnahme an der durch Wahl einer Vermittelungscommission zum weiteren Versahren eingeleiteten Streitsache wegen abermaliger Vertheilung derjenigen Staatsschulden und Lasten des vormaligen Kurstaats Mainz, welche bei dem Ausgleichungscongresse zu Frankfurt von den Besissern der rechtsrheinisschen Theile des gedachten Kurstaats, mit Ausschluß des linken Rheinusers übernommen worden seven, verzichte; während Kurhessen erst 1032 i. J. 1838, Soss. XIV. §. 171. S. 461, nachdem es durch Beschluß zur Auswahl eines der drei zum Austrägalgerichte vorgeschlagenen obersten Gerichtshöse aufgesordert worden war, seinen Berzicht auf die Kheilnahme an dem austrägalgerichtlichen Versahren wegen neuer Ver-

<sup>\*)</sup> Rach Prot. v. J. 1836, Sess. IX. S. 159. S. 415, wurde für ben Gefandten von Baben ber ber 15ten Stimme erwählt.

N. Brth. d. Staatssch. u. kast. d. vorm. Kurst. Mainz. 397 theilung ber Schulben und Lasten bes vormaligen Kurstaats Mainz aussprach.

Der i. J. 1838, Sess. III. §. 56. S. 164, von dem Grßhrzgl. Medlenburgischen Gesandten erstattete Vortrag der erwählten Vermittelungscommission verbreitet sich über die statt gehabten Vermittelungsversuche, über welche — da sie ohne Erfolg geblieben — sich das Gutachten dahin äußert:

Die Commission musse, nach ben Erklärungen ber höchsten Regierungen von Preußen und Grßhrzgthm. Hessen, das Vergleichsversahren für erschöpft halten, und glaube, daß von dessen Fortsetzung durchaus kein Ersolg zu erwarten sen. Der schon früher gesaßte Beschluß (i. I. 1835, S. 279., s. oben) bestimme schon für den Fall des Mißlingens der Vermittelung die Einleitung des Austrägalversahrens; daß dies nach Anleitung der Art. XI. der B. A. und Art. XXI. der B. Schl. A. statt haben musse, könne ebenso wenig zweiselhaft senn, als daß dabei die Regierungen von Kurhessen und Nassau die Stelle des Klägers zu übernehmen hätten; daß den betheiligten Regierungen unbenommen bleibe, sich über ein Compromiß zu vereinigen, verstehe sich von selbst.

Dagegen musse auf eine Bestimmung des gedachten Beschlusses aufmerksam gemacht werben, welche dahin laute:

nachdem die B. B. sich in der 14. Sitzung v. J. 1831 bereits dahin ausgesprochen habe, daß das in der Streitsache wes gen Vertheilung und Uebernahme der auf die Rente Lohneck und den Joll Vilzbach radicirten Schulden des vormaligen Aurstaats Mainz am 6. März 1830 von dem Königl. Sächsichen Ob.=App.=Gerichte zu Oresden erlassene Erkenntniß nur diese Streitsache entschieden habe, nicht auch die vorliegende Disserenz zwischen Preußen, Würtemberg, Kurhessen, Gröhrzth. Hessen und Nassau, so werde die Vermittelungscommission besauftragt, in dieser letztern Disserenz unter den streitenden Resgierungen eine Vermittelung zu versuchen."

Diese Bestimmung werbe bei bemnachstiger Ertheilung eines Auftrages zur austrägalgerichtlichen Entscheidung bieser Sache, nicht außer Acht zu lassen senn.

Der unter Zustimmung sämmtlicher Gesandtschaften zum Beschlusse erhobene Commissionsantrag lautet also:

"Da eine gutliche Vereinigung der Streitsache der Regierungen von Kurhessen und Nassau wider die Regierungen von Preußen und Grßhrzgthm. Hessen, wegen abermaliger Vertheilung der

Staatsschulden des vormaligen Kurstaats Mainz, nicht zu erreichen ist, so haben die beklagten Regierungen von Preußen und Erßhrzgthm. Hessen, in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817, binnen sechs Wochen drei unparteiische Bundesglieder vorzuschlagen, aus welchen die klagenden Regierungen von Kurhessen und Nassau demnächst dinnen gleicher sechswöchiger Frist eines auszuwählen und bei der B. V. zur Anzeige zu bringen haben, damit die erste oberste Justizstelle des erwählten Bundesstaates beauftragt werde, die Sache als Austrägalgericht im Namen und anstatt der B. V. auf den Erund des Art. XI. der B. A. und Art. XXI. der B. Schl. A. rechtlich zu entscheiden."

In Folge dieses Beschlusses bringt Grßhrzgthm. Hessen, in Soss. VIII. S. 110. S. 302, mit Zustimmung der Arone Preußen, deren Vertretung ersteres auf den von Königl. Preußischer Seite eröffneten Wunsch übernommen hatte, die obersten Landesgerichte von Bayern, Würtemberg und Baden in Vorschlag.

Man verbinde damit schon jest die vorläusige weitere Aeußerung, daß die beiden genannten allerhöchsten Regierungen in dem auf den Beschluß vom 21. Juli 1835 (Prot. 279, s. oben) und hiermit zusgleich auf den früheren vom 21. April 1831 (Prot. §. 103, s. oben) sich beziehenden Vorbehalt, die Berücksichtigung ihrer in vorliegender Angelegenheit zum Protokoll gegebenen Erklärungen gefunden haben, und nur in diesem Sinne sich in den neu erregten Rechtsstreit, welcher mit der durch das Austrägalerkenntniß vom 6. März 1830 entschiede deuen Streitsache bundesgesetzgemäß durchaus nichts gemein haben könne, einzulassen vermögen.

Auf Prasidialantrag folgte hierauf ber Beschluß:

"Die Regierungen von Kurhessen und Nassau aufzufordern, aus den behufs der zu bildenden Austrägalinstanz vorgeschlagenen drei Bundesgliedern binnen 4 bis 6 Wochen eines auszuwählen."

Kurhessen verzichtete — wie schon oben gezeigt — in Soss. XIV. §. 171. S. 461. auf Theilnahme an dem austrägalgerichtlichen Versschung, wogegen der Przgl. Nassauische Gesandte ebendaselbst erklärt, daß seine höchste Regierung aus den, als Austrägalinstanz vorgeschlassenen, drei obersten Landesgerichten, das Grührzgl. Badische Oberhofsericht zu Mannheim erwählt habe.

Auf Präsidialantrag wurde hiernach beschlossen:

"Nachbem in der Streitsache der Regierungen von Kurhessen und Nassau wider die Regierungen von Preußen und Erßhrzgthum Hessen, wegen abermaliger Vertheilung der Staatsschulben und Lasten des vormaligen Kurstaats Mainz eine Ausgleichung nicht zu erreichen gewesen, daher nunmehr die rechtliche Entscheidung nach Anleitung des Art. Al. der B. A. und XXI. der B. Schl. A. durch ein Austrägalgericht zu veranlassen sey, und nachdem serner die Grßhrzzl. Hessische Regierung hierbei die Vertretung der Königl. Preußischen auf deren Wunsch übernommen, die Regierung von Kurhessen verzichtet, endlich die Hrzzl. Rassaussche Regierung das Grßhrzzl. Badische Oberhosgericht zu Mannheim als Austrägalgericht gewählt hat; so wurde

- 1) der Grßhtzgl. Badische Gesandte ersucht, seinem höchsten Hofe wiervon die Anzeige zu machen, damit der gedachte oberste Gerichtshof, als Austrägalinstanz aus Auftrag und im Namen der B. V., in Gemäßheit der Bundes- und W. Schl. A., dann der Bundesbeschlissse vom 16. Juni 1817 und 3. August 1820, in dieser Sache den Rechten gemäß erkenne.
- Demselben Gesandten werden zu diesem Ende die disher bei der B. B. und der Vermittelungscommission gepflogenen Verhandlungen unter Anfügung sammtlicher, die Austrägalordnung betreffenden Beschlüsse zur weiteren Bescherung an das Austrägalgericht, welches hiermit auf den Bundesbeschluß vom 21. Juli 1835 (Prot. 279.) verwiesen wurde, mitgetheilt.

Im Jahre 1843 legte Präsidium in Soss. III. §. 48. S. 74. einen 1843. Bericht des Oberhosgerichts in Mannheim vor vom 19. December 1842, dem das nachfolgende Urtheil sammt Entscheidungsgründen beigefügt war, worauf S. 85. solgender Beschluß gesaßt wurde:

"Nachdem das vorstehende Urtheil von 19. December v. J. von dem obersten Gerichtshofe im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes den Parteien bereits erschstet worden, so wurde dasselbe von der B. B. zur Kenntniß genommen, und die Urschrift des Urtheils sammt den Akten im Bundesarchive hinterlegt, um auf bessen Befolgung halten zu können."

# 400 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Erlogte Fälle.

#### Urtheil.

(Prot. b. J. 1843, Sees. III. f. 48. S. 74. — S. Banb I. S. 751—788.)

"In Sachen des Herzogthums Nassau, Klägers, gegen die Krone Preußen und das Großherzogthum Hessen, Beklagte, die Vertheilung der Schulden und Lasten des vormaligen Kursstaats Mainz, in specie die Steuerschulden desselben betreffend, erkennt das Großherzoglich-Badische Oberhosgericht, als erwählter Austrägal-Gerichtshof, im Namen und aus Austrag der hohen Deutschen Bundesversammlung, nach gepslogenen Verhandlungen, zu Recht:

"baß die klagende Regierung mit der erhobenen Klage abzuweisen und zur Tragung der durch den gegenwärtigen Austrägalproceß entstandenen Kosten, mit Ausnahme jener, über welche bereits durch das diesseitige Zwischenurtheil vom 2. November 1840 erkannt wurde, zu verurtheilen sep.

V. R. W.

Mannheim den 19. Dezember 1842.

v. Stengel. Beff. v. Boellwarth."

## Entscheidungsgründe.

"In dem vorliegenden Austrägalprocesse, welcher durch Beschluß der hohen deutschen Bundesversammlung vom 5. Juli 1838 der Entscheidung des diesseitigen Gerichtshoses zugewiesen wurde, stehen sich die Regierung von Nassau, als Besitzer von rechtsrheinischen Landestheilen des ehemaligen Rurskaats Mainz, und jene des Königreichs Preußen und des Großherzogthums Hessen, als Besitzer der linksrheinischen Gebietstheile dieses Staats, gegenzüber.

Gegenstand des Streites bilden die Steuerschulden dieses Kurstaats, welche, nach Auflösung desselben, durch den Lüneviller Frieden vom 9. Februar 1801 und den Reichsdeputations: Hauptschluß vom 25. Februar 1803 auf einem von den Regierungen der rechten Rheinseite, die durch den letztern in den Besit der rechtscheinischen Mainzer Landestheile gelangt waren, in den Jahren 1804 und 1805 zu Frankfurt abgehaltenen Schuldenausgleichungs: Congresse unter diese Regierungen vertheilt worden waren.

Bei den Berhandlungen dieses Congresses, an welchem Frankreich keinen Antheil nahm, wohl aber Heffen-Darmstadt, als Besiger der burch den

Reichsbeputations : Hauptschluß erhaltenen rechtscheinischen Mainzer Lande, mitwirkte, ging man von der Ansicht aus, daß nach Art. VIII. des Lüneviker Friedens die Lage der Hypotheken, welche für die einzelnen Schuldposten bestellt waren, für die Berbindlichkeit Frankreichs zu deren Uebernahme maaßegebend sen, und daß es nur solche zu übernehmen habe, für welche sich Spezialhypotheken auf der abgetretenen linken Rheinseite befanden. Man schied daher diese aus, und vertheilte alle übrigen mit und ohne Hypotheken verssehenen Steuer = und Kammerschulden unter die Besitzer der rechten Rheinsseite.

Dem Herzogthum Nassau, beziehungsweise dem damaligen Fürstenthum Nassau-Usingen, welches jeht einen Theil desselben bildet, sielen an den Steuerschulden, welche im Aurstaate Mainz, im Gegensahe zu den Hostams wer-Bahlamtsschulden, Kriegszahlamts-Schulden genannt wurden, im Verthältnisse der erhaltenen Steuereinkunfte von 61,756 Gulden 50 Kreuzern zu den Gesammtkeuer-Einkunften der rechten Rheinseite von 255,070 Gulden 38 Kreuzern an dem zur Vertheilung gesommenen Betrage von 1,790,422 Gulden 13 Kreuzern, die Summe von 433,488 Gulden 4 Kreuzern zur Bezahlung zu.

Die für Frankreich ausgeschiedenen Steuerschulben betrugen 357,593 Gulden 11 Krenzer und waren hauptsächlich solche, die auf den Bolt Bilz= bach und die Rente Lohneck zu Mainz radicirt waren, von denen man annahm, daß es Localgefälle der finken Rheinseite gewesen senen, und deshalb, nach dem unterstellten Grundsate, Frankreich zur Uebernahme der darauf hppothecirten Schulden für verpflichtet erachtete. Die Franzbsische Regierung erkamte aber diese Verpflichtung nicht an, theile, weil sie bestritt, daß der Bou Bilzbach und die Rente Lohneck reine linkerheinische Gefälle gewesen fenen, theits, weil sie, nach ben Bestimmungen bes zweiten Abschnitts bes Art. VIII. des Cuneviller Friedens, auch noch die Nachweisung des Consenses ber Lanbstande oder der Verwendung zur wirklichen Verwaktung der abge= tretenen Landestheile verlangte. Der größere Cheil der deutschen Regierungen, welche Successoren in rechtsrheinische Mainzer Landestheile geworden maren, verstand sich später in besonderen mit Frankreich abgeschlossenen Staats= verträgen auch zur Uebernahme jener Schulden, so weit es ihre Antheile bottaf.

Das Herzogehum Nassau und die Regierung von Würtemberg traten aber diesen Verträgen nicht bei, und es fand sich daher ein nicht unbedeutender Sheil jener auf den Boll Vilzbach und die Rente Lohneck hypothecirten Schuldskorderungen, da auch die Westphätische Regierung die Frankreich gegenüber übernommene Verbindlichkeit zur Jahlung ihres Antheils bei Austblung dieses Konigreichs nicht erfüllt hatte, noch unberichtigt, als durch die beiden Pariser Friedensschlüsse vom 30. Mai 1814 und 20. November 1815 die durch den Lüneviller Frieden an Frankreich abgetretene linke Rheinseite wieder an Dentschland zurücksel.

Die Gländiger dieser Schuldforderungen wendeten sich nunmehr im Jahre 1816 an die hohe deutsche Bundesversammlung, um ihre Befriedigung entsweber von den Rechtsnachfolgern Frankreichs in den Besitz der linksrheinischen Mainzer Gebietstheile, oder von den Besitzern der rechtscheinischen Gebiets:

theile, welche bisher noch nicht gezahlt hatten, zu emvirden, und ihre Beelne mationen führten, bei dem Streite unter ben betreffenden Regierungen von Nassau, Auchessen und Würtemberg, als Bestern der rechten Rheinseite, einer Seits und Prousem und hoffen Darmstadt, als Bestern der linken Rheinseite, anderer Seizh, wer diese Schulden zu vertreten habe, zu einem Austrägalversahren bei dem Königlich Sächsschen Appellationsgruichte in Oresben, welches am 6, Mänz 1830 erkannte:

Theile des ehemaligen Kurstaats Mainz, als auch die Besitzer rechtserheinischer Landostheile die auf dem Jok Wilzbach und auf der Rente Lohneck radicirten Schulden des gedachten Kurstaats — mit Einschluß der auf den Joll Wilzbach versicherten Fordeung des Mainser Pfandhauses von 232,000 Gulden — zu vertreten und zu übernnehmen schuldig sepen, und der Antheil jeder Rheinseite rückschtlich der Kammerschulden nach dem Betrage der Kammerverdenden, und rücksichtlich der Steuerschulden nach dem Betrage der Stouereinklinste zu bestimmen sep, wie socher auf derselben beim Abschlusse des Lünes viller Friedens bestand."

Dieses Urtheil veranlaste den jesigen Streit, indem das Bergogthum Naffan die Grundsäte, auf welchen dasselbe beruht, auch auf jene Schulden ausgedehnt wissen will, welche nach einer andern Auslegung des Art. VIII. des Lüneviller Friedens ihm bei dem Ausgleichungscongresse zu Frankfunt im Jahre 1804 zugewiesen wurden.

Es hat jedoch in den gegenwärtigen Berhandlungen seine Ansprüche auf die Steuerschulden beschränkt, da es sich hinsichtlich der Kammerschulden wiet dem Großherzogthum Hessen verglichen, eine Klage wegen der lettenen aber auch gegen die Arque Preußen vor der Hand nicht erheben zu wollen erklärt hat, und beshalb in der dahier angebrachten Alage nur die Bitte gestellt:

"die beklagten Regierungen in ihrer Gigenschaft als Bestehr der jenseitsrheinischen Theile des Kurstaats Mainz zur Uebernahme eines nach dem Steuerrevenüen-Berhältniffe zu regulirenden Aucheils au allen vor dem Lüneviller Frieden entstandenen Kurmainzischen Steiner: schulden, welche von dem Kurmainzischen Ausgleichungenauche unter die Successoren in die rechtstheinischen Theile von Kurmain, wer theilt worden sind, mit Andnahme aller Schuiden an dieffeits: rheinische Spitäler, Fabriten, Universitäten, Collegien und andebe fromme Stiftungen, so wie an Gemeinden bergeftalt schuldig zu erklären, daß die beklagten Regierungen bem Serzogthum Roffan dasjenige, was bei jedem einzemen Schuldposten une henzogliche Nassauischen Caffen für die linke Pheinseite an Capital und Binson bereits gezahlt worden ift, sammet Binfen zu . Drocent van der gangen Borlage, ju erfesen haben, und baf diefelben gehalten Lepen, von den dem herzogthum Naffau bei dem Appaleichungereffe zugetheilten Schulden, so weit diese Schulden noch unbezohlt Tepen, ihren ratirlichen Antheil zur unmittelbaren. Bezahlung ihn die Ges ditoren zu übernehmen, die beflagten Megienungen nuch in die Procestosten zu verurtheilen."

Die gegen die Klage von Seiten der haklagten Regierungen vorgeschütte Einrede des dunkeln und unvollständigen Vortrages ist durch das diesseitige Bwischenurtheil vom 2. Vovember 1840 als unbegründet verworfen worden, und es sieht hiernach fest, daß es sich harmalen nur um die Frage überhaupt handelt:

"ob die bekjagten Regierungen schuldig senen, an den auf dem Ausgleichungsaphgwesse zu Frankfurt unter die Successoren der rechtsrheinischen Mainzer Landestheile vertheilten Steuerschulden, des
ziehungsweise dem hiebei auf Nassau gesallenen Autheile überhaupt
und nach demselben Maakstade beizutragen, wie dieses in dem Urs
theite des Kömiglich-Sächsschen Appellationsgerichtes vom 6. Wärz 1830 hinschtlich der auf dem Bolle Vilzbach und der Nente Lohnect
radicieren Schulden ausgesprochen ist, und ferner, in wie weit sie au
Nassau die von ihm im bejahenden Falle zu viel bezahlten Raten mit
Binsen sur seine Worlage zu ersehen hätten."

Mis uptgrisch und umbastritten erscheinen die Thatsachen, daß sich die klagende Regierung im Besthe derseuigen rechtscheinischen Kurmainzer Gesbietscheile hestudet, welche dem damaligen Fürsten von Nassau-Usingen im hietscheile hestudet, welche dem damaligen Fürsten von Nassau-Usingen im habeigung zugewiesen wurden, und daß die hetlagten Negierungen, in Kolge der Wiederabtretung das linken Rheinusers, dunch die beiden Pariser Friedenstschlüsse vom 30. Mai 1814 und 20. November 1815 in den Besth der linkscheinischen Theile dieses Kunstaats gekommen sind, woshalb über die aetive und passive Legitimation der streitenden Regierungen, so weit sie sich Besther ehemaliger Kurmainzer Landestheile gegenüberstehen, kein Zweisel und koin Unstand obwaltet.

Was nun zugächst die Begründung des in der Klage selbst werfolgten Anspruches anbangt, so soll

1) das Begehnen der klagenden Regierung — so weit es darauf gerichtet ist, daß die bestagten Regierungen einen verhältnismäßigen Antheit an jenen Steuerschulden zu übernehmen schuldig erklärt werden sollen, welche, meil sie mit Leiner Specialbypothet auf der linken Rheinseite versehen waren, im Jahre 1804 von den Regierungen der rechten Abeinseite übernammen wurz den schon dadurch allein begründet sepu, daß diese Regierungen sich im Resier der sinkkrinischen Gebietstheile des ausgesössen Ausstaates Mainz befinden.

Der bioße Best dieser Moinzer Landastheile genügt aber feineswegs zur alleinigen Begründung der Berbindlichkeit einer theilweisen Uebergighme aller shanaligen Landesschulden des gedachten Lunftaats.

Man kann zugeben, daß Staatstopplen vor Langestopplen, das heist solche, welche der Staat als upppplische Person contrabirt, und die aus den sinklinsten des Staatsgebietes gesitzt werden mussen, des denen mithin auch der Staatsgebietes gesitzt werden mussen derson des Staatsabers hauptes, der Schuldner ist, nach auerkappten staatsgebieden Grundsäpen auf den Regierungsnachsplaer übergehen, und daß auch hei Theilung eines ganzen Staatsgebietes unter verschiedene Rachfolger eine Berhindlichkeit zur Ueberuahme der Schulden dieses Staatsgebietes unter verschiedene Rachfolger eine Berhindlichkeit zur Ueberuahme der Schulden dieses Staatsgebietes unter verschiedene Rachfolger eine Berhindlichkeit zur

durch die bei der Theilung stattgehabten Verträge andere Bestimmungen hierüber getroffen worden find.

Hieraus folgt aber keineswegs, daß der bloße Befit eines Theiles eines zerftückelten Staatsgebietes für fich allein eine folche Verbindlichkeit begründet, weil aus dem Besite allein nicht gefolgert werden kann, daß der Besiter ben von ihm besessen Antheil als Universalsuccessor erhalten hat.

So wenig nach allgemeinen privatrechtlichen Grundsätzen berjenige, welcher im Besitze eines Theiles einer Erbschaft sich befindet, deshalb allein pro rata dieses Theiles von den Erbschaftsgläubigern belangt werden kann, eben so wenig kann aus dem bloßen Besite eines Theiles eines zerstückelten Staats: gebietes allein die Berbindlichkeit abgeleitet werden, an allen Schulden def= selben einen verhältnismäßigen Antheil zu übernehmen, weil es hier wie dort lediglich darauf ankommt, ob der Besitzer titulo universali oder nur titulo singulari in den Besth gekommen ift.

Wenn nämlich ein Staat einen Theil seines Gebietes abtritt, ohne daß dabei bedungen wird, daß der neue Erwerber in alle von dem abtretenden Staate eingegangenen Verbindlichkeiten pro rata einzutreten habe, so folgt gerade daraus, daß der Staat als moralische Person, so lange er als solche besteht, ber persönliche Schuldner für diese bleibt, daß er die Uebernahme dieser Berbindlichkeiten burch ben neuen Erwerber sich ausbedingen muß, um diefelbe von sich ab- und auf ihn überwätzen zu können.

Onrch den Lüneviller Frieden, welcher den rechtlichen Uebergangstitel des Besitzes der vor demselben auf der linken Rheinseite befindlich gewesenen Ter: ritorien des deutschen Reichs für Frankreich bildete, wurde der Kurstaat Mainz keineswegs zwischen ihm und den rechtsrheinischen beutschen Ständen, welche dessen rechtsrheinische Landestheile erst durch den Reichsbeputations = Haupt= foluß von 1803 als Entschädigung erhielten, getheilt, sondern es wurden ihm die deutschen Länder der linken Rheinseite und mit ihnen die links= theinischen Mainzer Gebietstheile im Namen des deutschen Reiches als Theile desfelben abgetreten. Dieses ergibt sich aus dem Art. VI. des gedachten Friedensschlusses, in dem es heißt:

"S. M. l'Empereur et Roi, tant en Son nom qu'en celui de l'Empire Germanique, consent à ce que la République française possède désormais en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisaient partie de l'Empire Germanique etc."

Der Kurstaat Mainz verlor durch diese Abtretung nur einen Theil seines Staatsgebietes und horte erst burch bie nachmalige Vertheilung seiner großeren rechtsrheinischen Gebietstheile burch ben Reichsdeputations = Hauptschluß vom 25. Februar 1803 als Staat zu eristiren auf.

Frankreich ift hiernach keineswegs universeller Rechtsnachfolger des Kur= staats Mainz geworden, mit bem es speciell gar nicht contrabirt hat, indem es lediglich das deutsche Reich, als Bertreter seiner unter der Reichshoheit derfelben stehenden Lander, mit dem Raifer, als Reichsoberhaupt, als Gegner betrachtete, und da die jegigen Besiger, nämlich die beklagten Regierungen, wenn man auch annehmen will, daß fle unbedingt an die Stelle Frankreichs getreten sepen, aus diesem Grunde doch eben so wenig, wie dieses, universeller

Rechtsnachfolger des Kurstaats Mainz geworden maren, so kann der Anspruch, welcher aus dem bloßen Besitze der ehemals linksrheinischen Mainzer Sesbietstheile gegen sie abgeleitet werden will, nicht für begründet erachtet werden.

Es ist indessen in der Klage selbst angeführt, was durch die der Geschichte und dem positiven Staatsrechte angehörigen Staatsverträge als notorisch keines weitern Beweises bedarf, daß die Friedensverträge von Campo-Formip und Lüneville besondere Bestimmungen darüber enthalten, welche Schulden bei Abtretung der von Frankreich durch dieselben erworbenen Länder auf dieses übergehen sollten.

Wo aber anerkannte Verträge vorliegen, welche die Verbindlichkeiten der contrahirenden Staaten festsepen, da kann es nicht mehr auf allgemeine Rechtsgrundsätze ankommen, sondern es bilden alsdann die in jenen Verträgen entshaltenen Bedingungen das Gesetz, welches zum Maaßstab ihrer Nechte und Verbindlichkeiten dienen muß.

Diefer nicht zu bestreitenbe Rechtsgrundsat führt daher zur Beantwortung

2) der weitern Frage: ob der Art VIII. des Lüneviller Friedens, welcher von den Schulden der abgetretenen Länder handelt, die Verbindlichkeit Frankreichs in der Art begründet, wie dieses jest von der klagenden Regierung beshauptet wird?

Dieser Artifel sagt:

"Dans tous les pays cédés, acquis ou échangés par le présent traité, il est convenu, ainsi qu'il avoit été fait par les articles 4. et 10. du traité de Campo-Formio, que ceux auxquels ils appartiendront, se chargeront des dettes hypothéquées sur le sol des dits pays; mais attendu les difficultés qui sont sur venues à cet égard, sur l'interprétation des dits articles du traité de Campo-Formio, il est expressément entendu, que la République française ne prend à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les États des pays cédés, ou des dépenses faites pour l'administration effective des dits pays."

In dem Frieden von Campo=Formio vom 17. October 1797 heißt es in dem erwähnten Artikel 4., nachdem im Art. 3. die Cession der Oesterreichischen Riederlande mit allen davon abhängenden Territorialgütern "avoc tous los diens territoriaux qui en dépendent" an die französische Republik zusgesagt war:

"Toutes les dettes hypothéquées avant la guerre sur le sol des pays énoncés dans l'article précédent, et dont les contrats seront revêtus des formalités d'usage, seront à la charge de la République française."

Im Art. 10.:

"Les pays cédés, acquis ou échangés par le présent traité porteront à ceux auxquels ils demeureront, les dettes hypothéquées sur leur sol."

Die verschiedenartige Auslegung dieser Artikel, und namentlich jene der Worte zichetes hypothéquées sur le sol des pays cédés." hat deu gegenwär:

eigen Streit hauptschlich veranlaßt, und es ist nicht zu verseinten, baß sie verschieben ausgelegt werben konnen.

Borte nicht in ihrem grammatikalischen französischen Sprachgebrauche, nach welchem dieselben allerdings Schulden mit Hypotheken auf dem Grund und Boden der abgetretenen Länder, im Gegensaße von solchen, die keine Hypotheken auf diesem Grund und Boden hätten, bebeuten konnten, zu verstehen sehen, sondern daß, nach dem der Natur der Verhältuiste entsprechenden Sinne, die auf den Ländern häftenden, nämkich die Landroschulden überhäupt bamit hätten bezeichnet werden wollen.

Die beklagten Regierungen halten sich bagegen an den wortlichen grams matikalischen Sinn, und vertheidigen hiernach die Auslegung, daß nur Schulzden, welche auf dem Grund und Boden der abgetretenen Länder shpothecirt gewesen sehn, oder mit anderen Worten, nur solche, für welche die Gläubiger ein in den abgetretenen Ländern befindliches Unterpfand bestellt gehabt hätten, zum Uebergange auf die neuen Erwerber haben geeignet erklart werden wollen.

Das hinsichtlich ber Juterpretation von Staatsbetträgen, wo iht Sinn bestritten wird, diesethen Rechtsgrundsähe Anwendung sinden, welche das Privatrecht für privatrechtliche Verträge ausstellt, kann wohl nicht beanstandet werden, da der Zweck hier wie dort der gleiche ist, dasjenige vollzogen zu sehen, was die contrahirenden Theile gewollt haben.

Sift also bei ber Andlegung von Staatsverträgen ebenfakt zunächst auf ben Wottlaut, wie sich derselbe nach dem unzweisethäften Sprachgebrauche ergibt, zu sehen, und es darf erst dann von diesem Wortlaut abgewichen werden, wenn nachgewiesen ist, daß die Contrahenten einen andern Sinn damit derbinden wolkten, daß sie eine andere Abstat, at die wortlich ausgesproziene, im Ange hatten:

'Geht man bon diefen Stimbftigen biet aus, fo muß zmachft zugegeben werben, daß bas Wote "hypotheque" nach frangbfischem Sprachgebrauche tinen Pfandnezus ledkutet, indem es, wie man aus dem Pictivumaire de Pacademic Praticulat, T edit. T. I, p. 403, etalit, dis: ',,Dicti acquis par un créancier sur les biens que son débiteur lui à affectés pour la sureté de sa detto" definirt ift, wie es benn Abethampt, nach feinem griechifchen Ursprunge, Unterlage, Unterpfand bebeutet, und mit birfet Beveutung auch in die lateinische und von dieser in die franzblische Sprache Aberging. Es ift ferner unzweifelhaft, bak bas Beikwort ',,kypbillegaer'e 'hach dem frangofischen Sprachgebrauche "verpfänden, jum Unterpfand gebell's heißt and gleichbedeurend ist mit "soumettre a l'hypothèque; donner pour hypotheque," und daß man endich "unter hypotheque sur une terre, sur les biens" Unterpfand auf ein Granbftlick, auf Gutet berfteht. Siernach bedeutet also der Ausbruck "dette hypothequée nur un chose nach gewöhnlichem frangösischen Sprachgebrauche eine mit einem Unterpfant verfebene Sonid, in Gegensatt von bivfen Girogtabhaus und Sandfatiff. Schulden, obyitith det gewähnliche Attsbruck für blestoch in biesem Gegenfuhl "dettes hypothécaires" senn bürfte.

Ge bezeichnen alfo bem Wortlante nach, fo weit et bem gewähnlichen franzöffichen Sprachgebranche entfiricht, bie in ben Art. Ei und bie bes Feles

dand dan Canpas Formis und im Art. VIII. des Länediller Feledens gebrauchten Worte "Actbes hypothoguées sur le sol des pays cédés" Shulden mit einem auf dem Grund und Boben der abgetretenen Länder befindlichen Unterpfande.

Nichts desto weniger sollen diese Worte nach der von klagender Seite ders
theibigten Ansicht biejenige Bedentung haben, welche bereits oben als von ihr
geltend gentacht exwähnt wurde, welcheit es wan darauf ankommt, zu prüfen,
ab solche wichtige Gonade vorniegen, welche berecheigen, anzunehmen, daß dies
jewigen, welche den Justensverzieh von Lineville abschlossen, einen dem Worts
tento zuwiderlungenden Sinn damis verbenden.

Daß es au Grinden nicht inangelt, welche für die kägerische Ansicht sprechen, daß man:unter:,,dottes hypothicquessiur le sol des pays cédés' die auf den Ländern hastenden eigentlichen Stantsschulden überhaupt habe versschen wollen, läßt sich nicht verkennen, und es liesern das angeführte Urtheil des Kunigtich Sächlichen Appellationsgerichts zu Ovesden vom G. März 1880, welches den gegenwäusigen Austrägalstveit veranlaßte, so wie das später erstassen anderägalgerichtiche Erfennenist des Königlich Hannöverischen Oberschstlichen anderägalgerichtiche Erfennenist des Königlich Hannöverischen Oberschneide keinesseichts zu Celle, die Ausdeinandersehung des Kurtrierischen Schulzdantseins keinessend, hiersur die sichersten Belege.

Wonn: man nämlich auch einen Beweis dafür nicht als hergestellt erachten tann, daß nach einem diplomatischen Sprachgebrauche, welcher zur Zeit des Abschinsted der Friedensverträge von Campo-Formio und Llineville bestanden haben müßte, der Ausdeutt: "dettes hypothéquées sur de sol d'un pays oder sur de pays" nach einer eonstanten Uedung in einem von dem grams matikulischen Mortnute abweichenden Sinne gebränicht wordeit sen, so därften doch solgende Gründe als sehr expedich erscheinen, die klägerster Auslichung ausnichtlichen:

- foeint; wonn man nämtich die in dem Aus. V. des Länebiller Friedens enthals tens Bustimmung über die bei Aberetung des Großheizbethunis Toscana and dem Herzog von Parma von diesem zu übernehmenden Schulden, welche als "dettes duement hypothéquées sur co pays" bezeichnet sind, damit verigieicht, als gleichbedrutend mit "dettes hypothéquées sur les pays" gesbraucht worden zu son de greicht, als gleichbedrutend mit "dettes hypothéquées sur les pays" gesbraucht worden zu seicht.
- In dieses aber der Fall, so düvste man hierans auch einen Weleg bafür abteiten können, daß die Werfasser des Friedensbedträgs von Lünieville sich nicht andeh strengen Wortlaus halten wollten, und unter den "Cetten hypothögusche sun in soil den pays codes eben nur soide Ghulben versten mochten, und der der der bereinden Regent welche, im Sagensas von bloß persoulichen Schilden der aberetenben Regent den, auf den Lämbern seicht hafteten.
- Allenn mangagibt, vasidurch Obiges bie Anslegting ver Aldetlautes zweis zeichaft wide; so bürste seiner baszenige, was bei ven Nerhandiungent des Nastabien von Eines vinstroum. Die dem Frieden von Canton-Formis solgte ind fenem von Künes vinstroum, die dem Gentlouden abhanden abhanden bei Reichseriebenist verstein zwischen bei Reanzöstlichen Gestallbeit verstein delt inniebe, ehrer für nes grundlichen der inniebe, ehrer für nes grundliche konstructung der bei kanton inniebe, ehrer für nes grundliche konstructung beindlich geltend gewährte werbein.
- Schulden der abzutretenden Länder nach Por Luge Lalyborh Wellen, ibd:

rauf jedoch die Franzbsischen Gesandten nicht eingingen, weil sie allerdings als Siez ger, welche die Friedenebedingungen dictirten, möglichst wenige Schulden übers nehmen und die Abtretung des linken Rheinufers unter den vortheilhaftesten Bestimmungen für Frankreich zu erlangen beabsichtigten.

Dagegen gaben sie doch in der Note vom 12. Bend. — 3. Octob. 1798 ju:
,, que le gouvernement français veut décharger l'Empire de
toutes les dettes véritablement et légalement contractées
pour les besoins et l'utilité publique des pays ou parties des
pays cédés à la République et qu'il excepte seulement celles
qui ont été contractées pour l'avantage et le service du Prince
ou Seigneur territorial ou à l'occasion et pour les frais de la
guerre que l'Empire à fait à la République."

Diese Erklärung dürste, wenn man erwägt, daß Frankreich hierdurch erstäuterte, welche Schulden es zu übernehmen geneigt sep, und hierunter alle für den wirklichen Bedarf und Rupen der abgetretenen Länder contrahirten zählte, indem es nur die eigenen Schulden der Landesherren und die zur Kührung des Reichskriegs gegen Frankreich erwachsenen ausschloß, ebenfalls dasür sprechen, daß es, nachdem es die Uebernahme der Schulden nach der Lage der Sppotheken bei den Rastatter Congresverhandlungen für unvortheilhafter gehalten hatte, als den leptern Vorschlag, bei Abschluß des spätern Läneviller Friedens, bei welchem es sich durch den Erfolg seiner Wassen in einer noch günstigern Stellung, als zu jener Zeit dem deutschen Reiche gegenüber befand, und wobei es auch noch mehr als durch den Frieden von Campo Formio erlangte, nicht den früher zurückgewiesenen, sur minder vortheilhaft erachteten Theilungsmaaßstab anzunehmen beabsichtigte.

- 3) Als ein weiterer Grund für eine von dem Wortlaute abweichende Absicht der Contrahenten könnte ferner in Betracht kommen, daß die Theilung der Schulden, welche von der Lage der Unterpfänder abhängig gemacht werden sollte, eine höchft singuläre war, welche das Unterpfand, das nur ein zufälliges Accessorium der Hauptsache ist, zum Maaßstade der Verpslichtung, die Hauptssorderung zu tilgen, sestgeset hätte. Endlich spricht
- 4) gegen die Annahme der Auslegung der streitigen Worte nach dem grammatisalischen Sprachgebrauche und juristischen Sinne der Umstand, daß, wenn in den Friedensverträgen von Campo-Formio und Läneville nur von der Uebernahme wirklicher Psandschulden die Rede gewesen, keine Vorsorge dasur getrossen worden wäre, wer die nicht mit Unterpfändern verschenen Landedschulden zu übernehmen hätte, eine Lücke, die um so sühlbarer-erschiene, als z. B, das Fürstbisthum Lüttich ganz auf Frankreich überging und aus der Reihe der Staaten verschwaud, ohne daß ein Rachsolger dieses Staates auf der rechten Rheinseite mit der Erfüllung der ihm obliegenden, ohne Unterpfandsrecht constituirten Schuldperbindlichkeiten geschassen worden wäre.

Alle diese Gründe reichen indessen nicht hin, um eine Gemisheit darüber herbei zu führen, daß dem an und für sich dem grammatikalischen Sprachges brauche nach klaren Wortlaute des Ausdrucks "dettes hypothéquéen sur lo sol des pays cédés" in den Artikeln 4. und 10. des Friedens von Eampos Formio und im Artikel VIII. des Friedens von Lüneville ein diesem Wortlaute nicht entsprechender Sinn gegeben werden wollte.

Es sprechen vielmehr überwiegende Gründe für die gegentheilige Ansicht, und diese muffen im Zweifel den Ausschlag für die Annahme geben, daß von dem Wortlaute nicht abgewichen werden wollte.

Wie schon oben bemerkt wurde, läßt sich ein diplomatischer Sprachgebrauch des Ausdrucks "dettes hypothéquées sur le sol d'un pays" in dem von Mägerischer Seite behaupteten Sinne nicht mit Bestimmtheit nachweisen, und es kann mehr nicht zugegeben werden, als daß er in manchen Staatsverträgen als gleichlautend mit den auf einem Lande haftenden Landesschulden überhaupt gebraucht senn mochte, weil man sich solche Schulden ohne Hopotheken nicht dachte, während man in anderen den wörtlichen Begriff der Verpfändung uns zweiselhaft darunter verstand.

Unter diesen Verhältnissen läßt sich nun nicht annehmen, daß die Französischen Bevolkmächtigten, beziehungsweise die damaligen Machthaber in Frankreich, benen doch jedenfalls bekannt war, welche Bedeutung das Wort, "hypothèque" in ihrer Sprache hatte, sich desselben bei den Friedensschlässen von Campo-Formio und Lüneville in einem abweichenden Sinne bedieut hätten, ohne für eine Erläuterung dieses Sinnes zu sorgen.

Es kann dieses bei Abschluß des leptgedachten Friedensvertrags um so weniger unterstellt werden, als die Rastatter Eongresverhandlungen sie darauf auswerksam gemacht haben mußten, daß man von deutscher Seite ebensalls den wörtlichen und juristischen Sinn des Ausdrucks "hypothèque" im Auge hatte, und gerade nur die Uebernahme von eigentlichen Pfandschulden von Seiten Frankreichs begehrte, was nur durch "dettes hypothéquées" ausgedrückt werden konnte.

Daß Frankreich damals jenes Begehren ablehnte, später aber in dem Frieden von Lüneville sich dennoch bazu verstand, sindet darin eine genügende Erklärung, daß es sich durch den Beisas im Art. VIII., wouach es unr solche "detten hypothéquéen" zu übernehmen sich verpflichtete, welche von formlich von den Ständen der abgetretenen Länder consentirten Darleihen oder von Auslagen für die wirkliche Verwaltung dieser Länder herrührten, gegen jedes Uebermaaß in der Schuldenübernahme hinreichend sicherstelte.

Was die Lücke anbelangt, welche bei der wörtlichen Auslegung der freitigen: Ausbrücke in den Friedensverträgen von Campo-Formiv: und Lüneville gefunden werden könnte, indem in der That nicht ausbrücklich gesagt ift, auf wen die nicht mit Hypotheken versehenen Schulden übergehen sollten, so lag es nicht im Interesse Frankreichs, für die Uebernahme dieser Schulden Sarge zu tragen.

Bie schon oben ad I. angeführt ist, contrahirte diese Macht nur mit dem bentschen Kaiser sur sich und das deutsche Reich, und ließ sich die auf dem linken Rheinuser befindtichen Reichsterritorien nicht von den einzelnen Territorialregierungen dersetben, sondern von dem deutschen Reiche als Gesammter macht abtreten. Nach demselben Grundsape, den die französische Republik im Axt. VII. des Limeviller Friedens aufstellte,

"que c'est à l'Empire Germanique collectivement à supa porter les pertes résultantes des stipulations du présent traité,"

fannte sie auch die Bezahlung, aller nicht von ihr zu übernehmenden Schulden

vent deutschen Reiche überlassen, und daß von: Stiten deb leptetn sener Bekimmung über die Gentdenäbernahme auch frine andere Andsegung gegeben wurde, dieses beweist die Vorsvoge, welche die außewordentliche Reichideputer tion zu Regentsburg in dem Recesse vom 28. Februar 1808 in den 55. 78. u. M. getrossen das.

Werlder Friedens ist hierbei narmentlich der h. 20, weicher deweist; das auch die Arichebeputation der Ansicht war, das die mit Specialhypsecheken auf der inden Aheinseite versehenen Landobschulden von Frankreich zu übernehmen spech, und daß auch sie unter den "detten dypothäquäus" des fraglichen Artisels nicht die Landesschulden überhaupt, im Gegensaße zu den eigenen Schulden der Wegenstein der abgewetenen Länder, verstand.

Ge dam hienach bei der wörtlichen Austegung, wie sie van den beit bestagten Begierungen vertheidigt wird, jewe behauptete wesentliche Linke nicht gestunden werden, und od tiese sich diehenehe, wann man annehmen wollte, Frankrich habe sich zu einer Uebeenahme atter Landesschulden der ihm abgetretemen Länder, welche die im zweiten Abschnitte des Art. Vidl. erwähnten Eigensschaften gehabt hatten, verpsichten wollen, eine Lücke darin sinden, dus nirz gende ein Mausstad der Theilung sener Schulden angegeben ist; die auf Bliebeen hafteten, welche getreunt wurden, und die nicht gang auf Frankreich Abebgingen, was der den meisten gelstlichen Staaten der Falk war.

Wohnendigfede einer Theitung der auf Ländern beider Aheinfriten haftenden Schulden im Auge gehabt hätte, nicht unterlassen worden ware, zu bedingen, ob die Größe des Flächenduhalts der abgetretenen Landestheite, oder die Svelenzahl der Berdlerung, oder endlich die bisherigen Kammer: und Strues: Einfünste die Norm der Theilung, bilden follten, da diese Unterlassing sonft wicht zu Gereitigkriten führen konnte, je nachdem einer der Betheiligken den vitten oder Mankfab der Theilung als den glinstigern sie ist der houch genommen hätte.

Das wichtigste Argument, was aber endlich moch gegen die kingerische Austenung spricht, ist die Art, wie sammtliche Regierungen der rechten Abeinssiet, welche durch den Reichebepatations: Hauptschinft vom 25. Febeuar 1803 in den Best, der rechtscheinischen Mainzer Landestheile kamen, die Ueben nahme der Schulden dieses Amstaats unter sich und Frankreich gegenüber vollzogen haben.

Indem sie hierbei von der Ansicht ausgingen, daß Lesteres in Gemäßheit der Friedensschilfte nur die auf der linken Meinfeite hopvohecieten Meinzer Kundesschulden zu übernehmen hätte, und sofort alle jene, welche nach: ihrer Melnung mit deinen tinkscheinischen Hypothisten versichen maven, besinstin under steh verheiten und übernahmen, gaben sie am dentlichsten zu verstehen, wie ste weil ihrer Geits dem Art. VIII. des Lünevilles Hodelent andlogen inn müssen glaubten, daß nämlich Frankrich: nur hypothekerschulden; und zuzur nur soppothekerschulden; und zuzur soppothekerschulden; und zuzur soppothekerschulden; und zuzur den "dettes hypothekerschulden" Schulden in einem ausgedehnteren" Sinne verstanz venlichte historien in einem ausgedehnteren" Sinne verstanz venlichte historien in einem ausgedehnteren" Sinne verstanz

baß és Ach weigerte, auch diesenigen Schulden bes Aurstanser Wahn, welche ihm von dem Frankfurter Ausgleichungseongresse das Ardneip 1806 zugewiesen werden wollten, zu übernehnten, ohne jedeth gegen das Ardneip der Inden die Berhypothecivung der zugewiesenen Schulden auf der linken Rheinseite gebaut war, Einsprache zu erheben, da es nur die Anatsacke der Szistenz sinischer Sppotheken, sür dieselben beanstandete und weitern Widerspruch aus dem zweiten Abschnift des Art. VIII. wegen Nachweisung der landständischen Evnsense voer Verwendung für die wirkliche Verwaltung der abgetretenen Landestheile ableitete.

Hieraus ergibt sich, daß damals sowohl die rechtsrheinischen Regierungen, unter welchen sich auch die Rechtsvorgängerin des klagenden Herzogthums Nassau, jene des Fürstenthums Nassau=Usingen, befand, als auch Frankreich über die Auslegung der Worte "dettes hypothéquées sur le sol des pays cédés" nicht im Zweisel und auch nicht im Streite waren, und daß keine von diesen Regierungen an die Auslegung dachte, welche auszustellen die jest klagende Regierung erst durch die Entscheidung des Oresdner Urtheils vom 6. März 1830 veranlaßt wurde.

Hat man aber in jener Beit, in welcher man sich über dabjenige, was durch die Friedensschlüsse von Sampo-Formio und Lüneville beabsichtigt werden sollte, wo irgend ein Bweisel bei der Auslegung obwaltete, leichter Aufklärung verschaffen konnte als jest, weil jener Beitpunct dem des Abschlusses derselben nicht ferne war, und daher mit Grund angenommen werden kann, daß die handelnden Personen über den Sinn derselben besser unterrichtet senn mochten, als dieses dermalen nach Umsluß einer so langen Beit von den jest zur Entscheidung Berusenen zu erwarten ist, eine Auslegung adoptirt, welche mit dem Wortlaute der Verträge übereinstimmt, so muß hierdurch jeder Zweisel darüber als beseitigt erscheinen, ob man in jenen Verträgen etwas diesem Wortslaute nicht Entsprechendes bedingen wollte.

Auf dasjenige, was in den Pariser Friedensschlüssen vom 30. Mai 1814 und 20. November 1815 hinsichtlich der Schulden der durch den Lüneviller Frieden an Frankreich abgetretenen und durch die gedachten Friedensverträge wieder an Deutschland zurückgefallenen Länder festgesett wurde, kann es unter diesen Verhältnissen nicht weiter ankommen, da sie auch mehr nicht enthalten, als daß man Frankreich bei der Wiederabtretung der letteren die speciell in ihrem Ursprung auf den abgetretenen Ländern hypothecirt gewesenen, oder für die innere Verwaltung derselben contrahirten Schulden verzäuten wollte.

Mit der Verwerfung der Auslegung, welche von klagender Seite dem Art. VIII. des Lüneviller Friedens gegeben werden will, zerfällt nun auch der Anspruch, den die klagende Regierung gegen die beklagten Regierungen daraus ableitet, indem nicht behauptet ist, daß diejenigen Steuerschulden, welche bei dem Frankfurter Ausgleichungscongresse vom Jahre 1805 unter die in der Klage angeführten achtzehn deutschen Regierungen vertheilt wurden, mit linksrheinischen Hypotheken versehen waren, wie denn auch das Gegentheil aus den vorgelegten Schuldenverzeichnissen hervorgeht.

Aus allen diesen Gründen wurde in der Hauptsache, wie geschehen, erkannt.

## 412 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — A. Ersbzte Fälle.

Die Entscheidung über den Kostenpunct rechtsertigt sich baburch, daß beren Erstattung nach gemeinrechtlichen Grundsäpen, welche in Gemäßheit des Bundetbeschlusses vom 3. August 1820 hier zur Anwendung kommen sollen, als eine Art Schadenersap zu betrachten ist, welchen der unterliegende Theil dem obslegenden zu leißen hat.

p. Stengel. Beff. v. Boellmarth.

Bur Beglaubigung: Hebbaeus.

Fälle, die dermalen noch nicht erledigt find.

## Beschwerde

des Fürsten von Waldech gegen die Großherzoglich Hessischen Megierung, wegen einseitiger Aushebung vertragsmäßiger Verhältnise, sowie wegen Beststärung. — (Band I. S. 511 — 518.)

(Schließt sich unmittelbar an S. 517. bes Banbes I.)

In Folge des i. J. 1837, in Sess. XXIV. S. 276, gefaßten Beschlußes macht der Königl. Preußische Gesandte im Jahre 1838, in 1838.

Sess. I. S. 12. S. 59. die Anzeige, daß der genannte Gerichtshof angewiesen worden, sich der austrägalgerichtlichen Erdrterung und Entscheidung dieser Sache, im Namen und aus Auftrag der B. B. in vorschriftsmäßiger Art zu unterziehen und es sepen demnach auch von diesem die ersorderlichen Einleitungen bereits getroffen worden.

Im folgenden Jahre 1839, Soss. V. S. 67. S. 169, übergab Prå-1889. stidium einen Bericht des Königl. Preußischen geheimen Obertribunals zu Berlin vom 24. December 1838, worin dasselbe anzeigt, auf seine Aufforderung unter dem 11. December 1837 an die Fürstl. Waldecische Regierung durch einen zu bestellenden Bevollmächtigten eine nach Vorschrift der zufolge hohen Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817, S. 6. dier zur Anwendung kommenden Preußischen Prozesordnung eingerichtete vollständige Klage, dinnen achtwochentlicher Frist, bei ihm einreichen zu lassen — keine Erwiederung erhalten zu haben.

## 414 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. — B. Unerlogte Fälle.

Hierauf wurde S. 170. beschlossen:

"biesen Bericht zunächst zur Kenntniß der Grßhrzgl. Hessischen und Fürstlich Waldecischen Regierung zu bringen."

In Sess. IX. §. 114. S. 314. übergab Präsidium einen weiteren Bericht des Obertribunals d. d. 29. April d. I., in welchem es anzeigt, daß das am 3. Febr. a. c. von der Fürstl. Waldeckischen Regierung vollzogene documentum insinuationis seiner wegen Einreichung einer substantiirten Klage binnen acht Wochen am 11. December a. pr. erslassenen Versügung gemäß, ihm am 27. Febr. a. c. zugegangen sep. Diese Frist im zwer gegenwärtig abgelausen, es habe sich jedoch inzwischen ein Mandatar der Fürstl. Regierung legitimirt und mittelst Vorstellens vom 13. April a. c. um eine sechsmonatliche Frist zur Einzeichung der vollständigen Klage gebeten, was a dato bewilligt worden sep. Diesen Bericht nahm die B. B. zur Wissenschaft.

Einen weiteren Bericht des Königl. Preußischen Obertribunals zu 1842 Berlin vom 27. Juni 1842 leist Prästdium in Sess. XX. §. 224. S. 345. von. In diesem Bericht ist dargethan, warum es unmöglich gewesen, diese Sache innerhalb der in der Austrägalordnung vom 16. Juni 1817, Art. UL ack 8, bestimmten einjährigen Frist zur desinitiven Entscheidung zu bringen. Die Hindernisse lägen in der Weitläusigseit des Prozesses und den medemaligen Prozesstionsgesuchen der Mandatarien der Partheien, denen nach den Vorschriften der Königl. Preußischen Prozessordnung statt gegeben werden müßte.

Diesen Bericht nahm die B. P. gleichfalls zur Wissenschaft, deß-1842 gleichen den Bericht desselben Tribunals vom 24. April 1843, welchen Präsidium in Sess. XVI. S. 164. S. 355. der B. V. vorlegt.

In demselben ist angezeigt, daß nunmehr protokollarische Verhandlungen statt gehabt hatten. Die vollständige Auslassung der verklagten Regierung auf die in der Instructionsverhandlung vom 16. März 1842 enthaltene Replik der klagenden Regierung, sew, nach Anleitung einer non ersterer eingereichten Duplik ersolgt. Es bedürfe nun wiederum der Erklärung der klagenden Regierung über diese Verhandlungen und Producta, zu welchem Ende, nach dem Antrage des klägerischen Mandaterii, ein Termin mit viermonatlicher Frist anderaumt worden sey. Es stabe zu erwarten, daß in diesem Termine die Instruktion dieser an sich weitsäusigen Sache, die durch unabwendbare Hindernisse in Ertheilung der nöthigen Insormation für die Stellvertreter der Partheien einigen, nicht zu vermeidenden Ansenthalt erlitten habe, dis zur Regulirung des Status causae et controversiae gelangen werde, und daß, da

## Beschwerde von Waldeck gegen Gröhrzgthm. Hessen. 415

anscheinend eine zeitraubende Beweisaufnahme nicht erforderlich seyn durste, mit baldigem völligen Abschluß der Instruktion und, nach abgehaltenen Deductionsverfahren, mit Absassung des Definitiverkenntnisses werde vorangegangen werden können \*).

\*) Bur Bollständigkeit erwähnen wir hier noch, daß die Kurfürstl. Hessische Gesandtschaft in vorläusiger Erwiederung auf eine Beschwerde der freien Stadt Frankfurt gegen die Kurfürstl. Hessische Regierung — die einseitige Aushebung vertragsmäßiger Rechte, insbesondere der Steuerfreiheit mehrerer Güter im Bornheimer Berge betreffend — auf diese bereits rechtsanhängige Streitsache Bezug genommen hat, indem sie in ihrer Erklärung (Sess. XVII. §. 182.) sich unter anderem bahin ausspricht:

Der bei dem hohen Bundestage i. J. 1837 verhandelte Fall zwischen dem Gröhrzgehm. Dessen und dem Fürstenthum Walbeck, worauf in der Beschwerdesschiest Bezug genommen worden, sen wesenkich verschieden, denn diese velden Stagten Sattes bei Aneur früheren Grenzedertrege die Beständung getrössen, daß die nach der Grenzregulirung auf das Gebiet des anderen Staates sallende Grundstücke ferner von dem Staate zu besteuern sehen, dem ohne dessen Untersthanen sie eigenthümlich zustanden. — Dadurch wäre mithin eine Staatsservistut, ein Besteuerungsrecht auf fremdem Territorium begründet worden, nicht aber eine blose Steuerfreiheit, und daß jene Servitut aufrecht erhalten werden müßte, so lange in dem vertragsmäßigen Verhältnisse Teine Aenderung einsgetreten, könnte wohl nicht bestritten werden.

Diese Aeußerung veranlaßte die Grßhrzgl. Hessische Gesandtschaft in Sess. XVIII. S. 190. S. 400. zu der Bemerkung, daß eben darüber, ob das in gedachter Austrägalsache streitige Rechtsverhältniß aufrecht zu erhalten, und in den früheren vertragsmäßigen Ruthaltniffen keine rechtliche Aenderung einsgetreten sen, demnächst erst nach geschlossener Verhandlung richterlichem Erstentischen entgegengesehen werde, und daß die einstweitige Sisterung ver Steueriserhaung für die Dauer des Nechtsstreites aus der vigenen swienschaftsesung der Grßhuggl. Regierung herzegangen sen, weshelb der Gesandte an seine Erstläuung S. 162. des Prot, von 1837 erinnere.

## S. XII.

II.

Fälle, welche in Folge des Art. XXX. der W. Schl. Acte anhängig gemacht wurden.

A.

Fälle, die nunmehr erledigt find.

## Vorstellung

der Generaldirection der Königl. Prenfischen Seehandlungs-Societät, eine Varlehnssorderung von 231,250 Athlen. nebst Binsen zu 4½ Procent an die ehemals Fürstlich-Granischen Entschädigungslande, jeht deren allerhöchste und höchste Vester betreffend. (B. I. S. 783—794.)

(Schließt sich unmittelbar an S. 794. bes Banbes I.)

Seitbem i. J. 1832 bas Ob.-App.-Gericht zu Celle, in Soss. III. §. 15, burch Bericht Auskunft ertheilt, wie weit die Verhandlungen über diese Streitsache bei ihm gediehen sepen, sindet sich dieselbe 1841. in den Protokollen der B. V. nicht mehr erwähnt dis i. J. 1841, in Soss. XXV. §. 292. S. 539, Präsidium einen weiteren Bericht desselben Ob.-App.-Gerichts vom 4. Oktober vorlegt, womit dasselbe das erfolgte Austrägal-Erkenntniß nehst Entscheidungsgründen — siehe unten S. 417. — einsendete, mit der Bemerkung,

Forderungen der Kgl. Preuß. Seehandlungs-Societat. 417

daß es wegen der etwa erforderlich werdenden Feststellung der Kosten, die Acten noch bedürfen könne und daher noch nicht beilege.

Hierauf wurde S. 548. beschlossen:

"Nachdem das vorstehende Urtheil von dem obersten Gerichtshofe im Namen und aus Auftrag des durchlauchtigsten deutschen Bundes den Parteien eröffnet worden ist, so ist dasselbe

- 1) zur Kenntniß der B. B. zu nehmen und die Urschrift, um auf dessen Befolgung halten zu können, in das Bundesarchiv zu hinterlegen, auch
- 2) den Bevollmächtigten der Königl. Preußischen Seehand= lungs=Societät hiervon Mittheilung zu machen."

#### Urtheil

vom 28. September 1841.

(Prot. v. J. 1841, Sess. XXV. §. 292. S. 540. Banb I. S. 794.)

"In Austrägalsachen Anwalts der Krone Preußen wider die allerhöchsten und höchsten nachherigen und gegenwärtigen Besitzer der ehemals Fürstlich = Dranischen Entschädigungslande, namentlich
die Krone Desterreich, die Krone Bavern, die Krone Bürtemberg, das
Großherzogthum Weimar, das Großherzogthum Hessen-Darmstadt,
das Großherzogthum Baden und das Herzogthum Nassau, wegen
Uebernahme einer Forderung der Königlich = Preußischen Seehandlungs = Societät zu Berlin von 231,250 Athlen. nebst rücksändigen
Binsen, erkennen Wir Ernst August, von Gottes Gnaden König
von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland,
Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lünedurg zc.,
im Namen und Austrage der hohen deutschen Bundesversammlung
für Recht:

daß der Anwalt der Krone Preußen mit der erhobenen Klage ab- und zur Ruhe zu verweisen, die Krone Preußen auch schuldig sen, die Forderung der Seehandlungs-Societät allein zu vertreten, und den übrigen gedachten Bundesregierungen die Kosten des gegenwärtigen Versahrens zu erstatten.

## 418 Abth. II. Abschn. 3. S. XII. - A. Erlogte Falle.

Wie Wir denn solchergestalt erkennen, abweisen und verurtheilen.

Von Rechtswegen.

Publicat. Celle im Königlich-Hannoverischen Ober-Appellationsgerichte den 28. September 1841.

Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis preprium.

(L. S.) (unterz.) F. E. v. b. Offen.

Strampe."

## Entscheidungsgründe.

I.

#### Die Competeng

des bestellten Austrägalgerichts kann von der Großherzoglich=Beimarischen und der Herzoglich=Nassauischen Regierung schon wegen der rechtskräftigen Entscheidung vom 19. Januar 1835 nicht mehr in Frage gestellt werden, ist aber auch nach dem Art. 30. der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 und dem Auftrage der hohen deutschen Bundesversammlung vom 15. Juli 1830 keinem irgend begrändeten Sweisel unterworfen.

II.

#### Gegenstand der Entscheidung

ist nach dem Art. 30. der Wiener Schlisacte und dem Austrage der hohen deutschen Bundesversammlung lediglich die Vorfrage: ob eine oder mehrere der streitenden Regierungen, der Seehandlungs Societät gegenüber, in Anssehung der Darlehnsforderung von 231,250 Athlen. aus der Schuldverschreisdung des Erbprinzen von Oranien vom 26. Januar 1805, passiv zur Sache legitimirt, mithin zur Vertretung und eventuell zur Verichtigung dieser Forsderung verpflichtet sen? Diese Verbindlichkeit würde nur auf einem persbustichen Schuldverhältnisse der betressenden Bundesregierungen gegen die Seeshandlungs-Societät, in Beziehung auf die erwähnte Darlehnssorderung, beruhen können; die Hypotheken, welche in der Schuldverschreibung zur Sicherheit der Gläubigerin constituirt sind, können hingegen nichts entscheiden, weil der Besieher einer für eine Forderung verpfändeten Sache, als solcher, nicht Schuldner ist. Hieraus solgt, das der Gesichtspunct einer erhobenen

Actio hypothecaria völlig unzutressend senn würde, und daß daher auch das von den Parteien verschiedentlich erwähnte Beneficium excussionis bei Entscheidung der Sache unerheblich ist.

Keine der streitenden Regievangen hat selbst die Anteihe bei der Sees handlungs Societät contrahirt; sie alle würden möglicherweise nur vermöge ihres Eintritts in das durch den Darlehnscontract des damaligen Erbprinzen von Oranien begründete Obligationsverhältniß Schusdnerinnen der Stehandzlungs Societät geworden sehn können. In des Erbprinzen eigene persontiche Verbindlichkeiten ist keine derselben eingetreten; es kann hier nur die Successson in eine sothe Verbindlichkeit in Betracht kommen, welche der Erbprinz in seiner Sigenschaft als Regent und Repräsentant der im §. 12. des Reichsdeputations Hunptschusses vom 25. Februar 1803 bezeichneten Oranischen Entschädigungslande contrahirt hat, also in eine Staats voer Landesschuld dieser Entschädigungslande.

Da in ein nicht eristirendes Schuldverhältniß der Eintritt eines andern Subjects, als Schuldners, nicht statt finden kann, so muß vor allen Dingen untersucht und entschieden werden, ob

A. durch das in der Schuldverschreibung vom 28. Januar 1885 vers briefte Darlehn eine Staats: oder Landesschuld der Deanischen Entschädigungslande begründet worden sep. Muß diese Fruge bejahet werden, so ist es für die Entschedung der vorliegenden Streitstiche, bei welcher es nur auf die Feststellung der puffiven Sachtegitimation ankommt, gleichgültig, ob dus Frederungsrecht der Seehandlüngs= Societät durch spätere Thatsachen, 3. B. durch dessen angebliche Wichtanmeldung in Folge der präckustössischen Aufforderungen der eher matigen Westphaltschen und der Großherzoglich=Frankfartischen Regierung, wieder aufgshoben seh. Diese, so wie alle anderen peremtozischen Sinreden, welche der Forderung der Seehandlüngs=Societät etwa eutgegengesent iderbeit konnten, And nicht Segenstund der austrägasgerichtlichen Entscheldung.

Sodann with zu untersuchen febn, ob

B. die streitenden Bundedstaaten in die personitike Verbindlichkeit der Oranischen Entschädigungslande eingetreten sind.

#### Ad A.

Die erfte dieser Fragen gerfüllt in zwei andere, nannich:

- 1) welches find bie rechtlichen Exfordentiffe einet Staatsfchuld?
- 2) find diese bei der Seehandlungs-Anteihe angertreffen?

#### Ad 1.

Der Staat, als moralische Person, wird in seinen änßeren Beziehlingen, namentlich in seinen rechtlichen Berhältnissen gegen andere mbraische ober physische Personen, durch den Regenten reptüsentier. Der Gränbsaß, nach weichem der Regent, als Reptäsentant des Sinats, diesem eine erchkliche Verzbindlichkeit anserlegen kann, ist von dem Princip, welches von der Verpsichtung durch Stellvertreter im Privatrechte gilt, nicht verschieden; Handlungen, welche der Reptäsenvant innerhalb der Grenzen seiner Vefügnisse Randlungen,

dessen vornimmt, welchen er repräsentirt, find für diesen verbindlich. Die Repräsentationsbesugnisse des Regenten werden durch die Versassung des Staats bestimmt, welchen er repräsentirt. Verbindlichkeiten also, welche der Regent innerhalb der versassungsmäßigen Grenzen seiner Besugnisse für den Staat eingeht, sind für diesen verpsichtend. Der Regent muß gehandelt haben,

- a) nicht für sich, als Individuum, sondern für den Staat, d. h. nicht in der Absicht, seine eigene Person, sondern den Staat zu verpflich= ten; denn sonst will er nicht als dessen Repräsentant handeln;
- b) innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen seiner Befugniffe; denn außerhalb dieser Grenzen kann er den Staat nicht repräsentiren.

Die monarchischen Staaten Deutschlands aber repräsentirt allein ter Landesherr; diefer und nur diefer ift berechtigt, für den Staat Bertrage gu Schließen und badurch Rechte und Berbindlichkeiten zu begründen. Anders mar es auch zur Beit ber beutschen Reicheversaffung nicht, denn der Reichsperband be= wirkte nur die Nichtigkeit solcher Verträge, durch welche die Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich verlett murden, weil solche Verträge nicht ohne Ueberschreitung der verfassungemäßigen Grenzen seiner Befugniffe von dem Landesherrn geschloffen werden konnten. Allerdings mar es Rechtsgrundsat, daß der Landesherr nicht ohne Noth oder Nupen sein Land mit Schulden beschweren solle. Wer aber eine Schuld contrabirt, ift und bleibt Schuldner, die übernommene Verbindlichkeit mag ihm nüplich oder schädlich senn. hatte daher der Landesherr (mit Einstimmung der Stände oder Domcapitel, wo es deren bedurfte) eine Schuld für Landes- oder Staatsschuld erklärt; so mar sie Landesschuld, und niemals konnte dem verpflichteten Lande rechtlich geftattet fenn, dem Glaubiger unter dem Bormande die Befriedigung gu verweigern, daß der Laudesherr (und Stände) die Rothwendigkeit oder Nüplichkeit der übernommenen Verpflichtung nicht gehörig erwogen habe; wenn gleich dem ohne Noth oder genügenden Grund mit einer Schuld be= schwerten Lande eine Rlage bei den Reichsgerichten gegen den Landes= herrn zustand. Daher ist es auch für das Verhältniß zu dem Gläubiger gleichgültig, ob angeliehenes Geld für die Bedürfnisse ober jum Rugen des Staats verwendet, oder von dem Landesherrn oder den Behörden, welchen es anvertraut wurde, vergeudet wird. Aus der Realqualität des Darlehen= contracts folgt nur, daß der Herleiher, um gegen den Staat ein Rückfor= derungerecht zu erwerben, berjenigen Behörbe zu zahlen hat, welche verfas= sungemäßig zum Empfange berechtigt ift; was aber mit dem Gelbe weiter geschieht, ist auf die Rechte des Gläubigers, welcher die Verwendung zu über= machen so wenig berechtigt, wie im Stande ift, ohne Ginfluß.

Daher kann auch eine Schuld, welche der Regent für sich selbst als Individuum contrahirt, durch den Nuten, welcher dadurch dem Staate etwa
qugewendet werden mag, nicht Staate- oder Landesschuld werden. Die Actio adjectitiae qualitatis de in rem verso sept außer dem Rechtsgeschäfte
selbst einen besondern Rechtsgrund voraus, vermöge dessen der Nupen, welcher
aus dem Geschäfte für einen Dritten hervorgegangen ist, dem Gläubiger auch
gegen diesen ein Alagrecht gewährt. Dieser Rechtsgrund besteht in einem Geschäftsführungs-Verhältnisse zwischen dem Schuldner und dem begünstigten

Dritten, ift also nicht vorhanden, wenn der Schuldner für sich contrabirt, und seine Absicht, zum Rugen eines andern zu handeln, dem andern Coutrabenten nicht zu erkennen gibt. In einem folchen Falle kann der lettere nicht die Absicht haben, durch das Geschäft Rechte gegen einen Dritten zu erwer= ben, und aus späteren einseitigen Sandlungen seines Schuldners kann er bergleichen nicht ableiten. Versio in rem publicam ift daher zur Begründung einer Staatsschuld nicht erforderlich, wenn der Regent als Repräsentant des Staats contrabirte, und nicht baju geeignet, wenn er für fich felbst eine Ber= bindlichkeit eingegangen ift. Nur dann fann ihr rechtlicher Werth beigelegt werden, wenn es zweifelhaft ift, ob der Regent eine Berbindlichkeit für fic selbst, oder als Repräsentant des Staats übernommen habe. Dann mag die Art der Verwendung angeliehener Gelder als Beweisgrund für die eine oder die andere Absicht, und die Schuld für eine Staatsschuld gelten, someit die Verwendung zum Besten des Landes nachgewiesen werden kann, - voraus: gesett, daß auch die Art ihrer Contrahirung den verfassungemäßigen Erfor= dernissen einer Staatsschuld entspricht. Nur dann also, wenn die Schuld, vermöge der Art ihrer Contrahirung, Privatschuld des Regenten oder Landes: schuld senn könnte, es aber zweifelhaft ist, ob sie bas eine oder das andere senn sollte, kann der durch dieselbe beforderte Rugen des Landes von Erheb= lichkeit senn.

Als Beweisgrund der gehegten Absicht kann die Versio in rem nicht weniger dann in Betracht kommen, wenn der contrahirende Regent mehrere Staaten oder Länder repräsentirt, und es, bei erwiesener Absicht, eine Staatssichuld zu constituiren, zweiselhaft bleibt, ob alle dem contrahirenden Regenten unterworfenen Länder, oder nur eines oder einige derselben Schuldner werden sollten.

Daß der Consens der landesherrlichen Agnaten nicht allgemeines Erforzberniß einer rechtsgültigen Staatsschuld sep, ergibt sich schon darans, daß bei Ländern mit republikanischer Verfassung von diesem Requisite nicht die Rede sepn kann. Die Nothwendigkeit agnatischen Consenses zur Contrahirung einer personlichen Verbindlichkeit für den Staat würde, abgesehen von einer damit vielleicht verbundenen Verpfändung des Kammerguts, in jedem Falle nur auf specieller Landesverfassung beruhen können.

Eine Staats = oder Landesschuld sest bemnach voraus :

- a) eine an sich rechtsbeständige Schuldverbindlichkeit;
- β) die verfassungsmäßige Erklärung bes Regenten, daß dieselbe für ben Staat ober bas Land contrahirt werde.
- Es ist daher

#### ad 2.

weiter zu untersuchen, ob die Seehandlungs : Anleihe diese Erfordernisse an fich trage.

a,

Die Rechtsbeständigkeit ber Schulbverschreibung vom 26. Januar 1805 ist an und für sich nicht zweifelhaft, wird auch von keiner Seite bestritten. Außer einem gültigen Vertrage gehört aber zu einem Darlehn

b.

bie Auszahlung der angeliehenen Summe von dem Herleiher an den Schuldner.

Die Sechandlungs : Societät würde also eine Capitalforderung von 231,250 Mthlrn. erworben haben, wenn die Behauptung der Krone Preußen, daß ein gleicher Betrag dem Bevollmächtigten des Erbprinzen gezahlt worden sep, erwiesen oder noch zu beweisen seyn sollte.

Was aber die verfassungsmäßige Erklärung der Anleihe für eine Staats= oder Landesschuld betrifft, so ist dazu erforderlich, daß

1.

der Erbprinz von Oranien zur Beit der Contrahirung des Anlehens Inhaber ter Staatsgewalt in den Oranischen Entschädigungslanden gewesen sep. Da der Reichsbeputations : Hauptschluß aber nicht den Erbprinzen, sondern dessen Bater sür den künstigen Beherrscher der Entschädigungslande erklärt, und dieser zur Beit der ausgestellten Schuldverschreibung noch am Leben war, folgslich der Erbprinz durch Erbsolge noch nicht an dessen Stelle getreten war; so würde die behauptete vertragsmäßige Abtretung der Souverainetät von der Krone Preußen gegen diesenigen der streitenden Regierungen, welche den in beglandigter Abschrift producirten Vertrag vom 29. August 1802 nicht anserkannt haben, noch bewiesen werden müssen. Sodann würde sich serner fragen, ob

2.

der Erbyring von Oranien das Antchen der Geehandlung auf verfassungsmäßige Beise für eine Staatsschuld erklärt habe, also ob er dasselbe

- a) überhaupt für Staats : oder Laudesschuld entiget, und ob er
- h) fich bei diefer Erkfrung in den verfassungemäßigen Grengen seiner Befagniffe gehalten habe.

#### Ad a.

Die wiste dieser Fragen betwessend, so ist, nach den Ausüssungen aller Parteien, der geschlossene Därlehndenntrach in der Schusdverschmidung vom 26. Januar 1805 vollsändig enthalten; nicht darim ansgenommens Bebenverabredungen werden nicht behauptnt, folglich ist die ausgestellte Frage zwächst dus dem Inhalte dieser Unkunde zu baantworten.

In dieser hinsicht sind die Tisch deren der Erbruing: sich im dem Docus mente bedient, ohne Gewicht, denn Fürst zu Fulda und Corven, Graf zu Dortmund, herr zu Weingarten würde der Erbprinz geblieben senn, wenn er auch für keins dieser Länder von der Seehandlungs-Societät Geld geliehen batte. Eben so wenig kann aus der Erkärung den Erbprinzen geschlossen werden, daß er das Anlehen auch für seine Erben und Nachfolger contrahive, denn beide Ausdrücke können mit gleichem Rechte auf die Successoren in seinen eigenen privatrechtlichen Verhältnissen und in seiner Souverainetät über die Entschlösungstlande bezogen werden. — Nicht erhoblicher sind die in der Schuldzunsschung bestellten Hopotheken; dem eines Theils macht die Verpfändung einer Sache die Schuld, zu deren Sichenbeit sie ensolgt, nicht zu einen Schuld

värde, wenn aus den constituirten Hopotheten auf die Person des Schuldeners geschlossen werden konnte, die Seehandlungs-Anteihe mit gleich gutem Grunde für eine personliche Schuld des Erbprinzen, wie für eine Staatsschuld seiner Lande erkidrt werden konnen, weit zur Sicherheit bersetben nicht nur des Erbprinzen gesammte Habe, solglich auch sein Privatvermögen, sondern auch seine Entschädigungslande, d. h. dus in bemsetben bestnotiche und bazu gehörige Staatsbermögen verpfändet ist.

Richt entscheibend ist ferner ber angegebene Iweck ber Anleihe, namlich die Aushelfung der Entschädigungstande und Bestreitung der Sandesbedirst nise; deux es würde nichts Widersprechendes haben, wenn der Erbprinz zum Ruben und zur Verbesseng der Einkünfte seiner Lande, welche auch ihm vortheichaft werden mußte, für seine Person eine Schuld contrahiet hätte, und die versprechene Rüntzahlung aus den Vacavischen Entschädigungsgeldern scheint eine solche Absicht ausubeuten.

Aber der Erdprinz hat seinen Willen, nicht eine nur ihn, personlich ansgehende, sondern eine Staatd: oder Landedschuld zu contrahiren, bentsich auszgespruchen, denn in dem Schlußsase der Schuldverschreibung agnoscivt er das Darlehn als eine mahre absolute und nothwendige Landedschuld. Er mar aber Regent und Repräsentant mehrever Länder, welche, ehe er sie acquirirte, nicht zu einem Staate vereinigt, sondern theils selbstständige Reichslande, theils Bestandtheile geößerer Territorieu gewesen waren. Es entsteht daher die Frage, welches oder wolche von seinen verschiedenen Landen, oder ob sie Schuldner der Seehandlung werden sollten.

Das Lettere würde auf verschiedene Weise möglich gewesen sein. Es konnten alle unter der Heurschaft des Erbprinzen vereinigte Länder als eine moralische Person, mithin als ein einziges Subject der Seehandlungs-Societät verpflichtet werden, oder man könnte jedes einzelne Entschädigungsland, mit dem Regenten an seiner Spize, als einen besondern Staat, und die übernommene Schuld als eine allen diesen einzelnen moralischen Personen gemeinschaftliche, nach gewissen Raten unter ihnen getheilte betrachten.

Die erstere Auffassungsweife aber würde durch den Inhalt der Acten nicht gerechtfertigt werden; benn so sehr auch die von der Krone Preußen in Bezug genommenen Organisationseinrichtungen bes Erbprinzen und seiner oberen Behörden das Bestreben barthun, in die Bermattung der einzelnen, von der Ems bis jum Bobenfee zerstreuten Entschädigungelande, eine übereinstimmende und gleichformige Ordnung einzuführen; so ergibt sich aus benselben doch teineswegs, daß: alle diese Länder zur Beit der contrabirten Anteihe in finanzieller hinficht, in Beziehung auf bas in benselben befindliche Staatseigenthum, bie Besteuerung, bie Steuernerwaltung und bas Schulbenwesen, schon zu einem Ganzen, zu einer morntischen Perfon vereinigt gewefen wären: Bielmehr erhellet bas Gegentheil aus ber Fürftlichen Berordnung vom 5. Januar 1803, dem Rescripte vom 26. April 1803, ber Casseninstruction vom 26. Maj 1805 and bent Dispositions-Casson-Stat für das Jahr 180%, denn nach diesen Documenten bilbete ein jebes ber verschiebenen Entschädigungstande, in Beziehung auf fein Bermögen und fein Schulbenwofen, ein gewennt film fich bestehenbes Ganges, sbateith, wie es mit biesem Berhattniffe febo weht vereinbar mar,

die Ueberschüsse der verschiedenen, für sich bestehenden Landescassen in eine zu Fulda errichtete und der ausschließlichen Verfügung des Regenten aller Ent= schädigungsländer unterworfene Dispositionscasse zusammenstoffen.

Es würde demnach nur die Boranssetzung übrig bleiben, daß eine allen Entschädigungstanden, als eben so vielen moralischen Personen, gemeinschaftzliche Schuld habe constituirt werden sollen. Für diese Absicht scheint es zu sprechen, daß der Erbprinz von Oranien Beherrscher und Repräsentant aller dieser einzelnen Staaten war, und die contrahirte Schuld allgemein für eine Landesschuld erklärte. Es scheint hieraus geschlossen werden zu müssen, daß er diese Erklärung für das eine seiner Länder nicht weniger wie für das andere von sich gestellt habe, daß er mithin sie alle habe verpsichten wollen, und dieser Schuß scheint in dem ausgesprochenen Iwecke, durch die angeliehene Summe allen Entschädigungständern aufzuhelsen, und in der Behauptung der Krone Preußen, daß die Gelder in die, auch für gemeinschaftliche Bedürsnisse aller Entschädigungstande bestimmt gewesene Dispositionscasse gestossen sehnen.

Die Gemeinschaftlichkeit ber Schuld für alle Entschädigungstande würde jedoch nur angenommen werden können, wenn dieselbe ohne nähere Bestimsmung ganz allgemein als eine Landesschuld anerkannt wäre. Es folgen aber in der Obligation vom 26. Januar 1805 auf die Agnition des Darlehus als einer Landesschuld, die Worte:

und wollen solche (die Landesschuld) bei Unserer dortigen (Corvepischen) Regierung auf das Tableau der Kammerschulden bringen lassen, auch, daß solches geschehen, binnen zwei Monaten nachweisen.

Aus dem Inhalte der Urkunde, so weit er der Anerkennung des Darlehns als einer Landesschuld vor angeht, mar nicht zu erkennen, daß eine Landes= ober Staats-Schuld contrabirt werden follte; man konnte biefelbe nach biefem Theile des Documents mit gleichem Rechte für eine bloß perfonliche Schuld des Erbprinzen von Dranien erklären. Jest erst wurde ausgesprochen, daß sie keine solche, sondern eine Staatsschuld sepn solle. Die Gläubigerin aber konnte mit Recht eine genauere Bestimmung darüber verlangen, ob die sämmtlichen Entschädigungslande, ein jedes pro rata, ober ob einige oder eines derselben als Schuldner ihr gegenüber stehen, und, im Falle säumiger Bahlung, von ihr in Anspruch genommen werden solle. Und es wurde ihr das Fürsten= thum Corvey als diejenige moralische Person bezeichnet, an welche, als die Souldnerin, sie sich zu halten habe. Nur dieser Sinn kann bem Berspre= den des Erbprinzen, die contrahirte Staatsschuld auf das Corvenische Ram= merschulden = Tableau bringen zu lassen, und der Seehandlungs = Societat nachzuweisen, daß dieß geschehen sep, untergelegt werden. Ob das Fürstenthum Corven zu den übrigen Dranischen Entschädigungelandern in einem rechtlichen Berhältniffe stehe, vermöge deffen es, wegen ber ber Seehandlungs : Societat zu leistenden Rückzahlungen an Capital und Binsen, einen verhältnismäßigen Regreßanspruch zu begründen im Stande gemefen fenn murbe, mar für bie Berleiherin gleichgültig; sie sollte fich mit ihrer perfonlichen Schuldklage, auf welche es hier allein ankommt, lediglich an das Fürstenthum Corven halten, und zur Begründung ihrer Klage gegen dieses, sollte ihr gerade die Inscrip: tion der Anleihe auf das Corvepische Kammerschulden : Berzeichniß dienen.

### Forberungen ber Kgl. Preuß. Seehanblungs-Societat. 425

Wenn die Shuld, wie von der Krone Preußen behauptet wird, für das Fürstenthum Corven allein eine zu große Last gewesen senn würde; so konnte dieß bei der Herleiherin für ihre Sicherheit keine Besorgniß erregen, da ihr, außer der speciellen Hypothek an dem Staatseigenthum und Einkommen des Fürstenthums Corven, auch eine allgemeine Hypothek an sämmtlicher übrigen Habe des Erbprinzen von Oranien, und allen seinen Landen und Einkünsten bestellt war, sie daher, im Falle einer Insolvenz oder des Jahlungsverzugs auf Seiten des Fürstenthums Corven, vermittelst der Pfandklage sich immer ihre Befriedigung verschaffen konnte. Ob es aber von Seiten des Regenten zweckmäßig, ob es gerecht war, zum Nußen der sämmtlichen Entschädigungslande, dem Fürstenthum Corven allein eine persönliche Verbindlichkeit von solchem Umfange auszuerlegen, ob die Mittel zu einer Ausgleichung dem Regenten zu Gebote standen, und von ihm angewendet werden würden, konnte die Seeshandlungs-Societät nicht interessen; ihr personlicher Schuldner war das Fürstenthum Corven.

#### Ad b.

Die Verfassungsmäßigkeit der landesherrlichen Erklärung ist keinem Zweisel unterworfen, da Beschränkungen der Besugniß des Erbprinzen, als Repräsenztant des Fürstenthums Corven für dasselbe zu pacisciren, aus der Verfassung dieses Landes nicht angeführt worden sind.

Da nach den vorstehenden Ausführungen die Seehandlungs : Anleihe als Staatsschuld eines einzelnen Entschädigungslandes aus der Schuldverschreibung mit Bestimmtheit erkennbar ist; so bedarf es keiner weitern Untersuchung über die Verwendung ber angeliehenen Gelder, denn durch diese konnte die Person des Schuldners, der Seehandlung gegenüber, niemals verändert werden.

#### Ad B.

Daß die Krone Preußen gegenwärtig Inhaberin der Staatsgewalt im Fürstenthum Corven, und Repräsentantin dieses Landes in seinen rechtlichen Verhältnissen zu dritten Personen sen, ist nicht zweiselhaft. Ihr liegt daher die Vertretung desselben gegen die Forderung der Seehandlungs: Societät an Capital und rückständigen Zinsen, und eventuell die Vefriedigung der Gläubigerin ob.

Da auch die Krone Preußen selbst einräumt, daß der Erbprinz von Oraznien, in Folge des Vertrags vom 29. August 1802, zur Beit der Contrashirung des Seehandlungs : Anlehens rechtmäßiger Inhaber der Staatsgewalt im Fürstenthum Corven gewesen, und daß das Anlehen zu dem Belause von 231,250 Rthlrn. durch einen Bevollmächtigten des Erbprinzen realisitt worden sep; so bedarf es über beide Puncte keines weitern Beweises.

Die Verpflichtung der Krone Preußen zur Erstattung der Proceskosten ist nothwendige Folge ihres Unterliegens in der Hauptsache.

(L. S.) (unterz.) F. W. v. Often.

Strampe."

### forderungen.

von Vernhard Strass, Johann Gottfried Arnoldi und Comp. in Gotha, wegen der im Frühjahr 1814 gemachten Armeelieserungen. Später reclamirten Johann Gottsried Arnoldi und Sohn zu Gotha und Julius und Alexander Elkan zu Weimar. —
(Band I. Seite 838 — 859.)

(Schließt fich unmittelbar an S. 849. bes Banbes I.)

Im Jahre 1837 hatte Präsidium in Soss. X. S. 120. einen Bericht des Ob.-App.-Gerichts zu Gelle vorgelegt.

Ueber eine weitere Eingabe der Reclamanten Arnoldi zu Gotha und 1838. Elkan zu Weimar (No. 30. des Eingaberegisters von 1838, S. 596) erstattete i. I. 1838. der Kurfürstl. Hessische Gesandte, Namens der Reclamationscommission, in Sess. XX. §. 238. S. 734. Vortrag.

Reclamanten båten um die geeignete Verfügung zur Förderung der Entscheidung des Austrägalstreits, welcher wegen ihrer Kapistals und Zinsenforderung an den Ländern des i. I. 1814 bestandenen Thüringer Rayonverbandes zwischen deren höchsten Regierungen obsschwebe.

Durch Beschluß vom 22. December 1831, §. 321. bes Protokolls ber 44ten Sigung (s. Bb. I. S. 848) sey nämlich das Königl. Hannöverische Ob.=App.=Gericht in Celle beaustragt worden, die Vorfrage
zu entscheiden, ob und welche der erwähnten höchsten Regierungen,
auch in welchem Verhältnisse dieselben die in Rede besindliche Forberung zu vertreten hätten, und nach fünssährigem Stillschweigen, aufgesordert durch Beschluß vom 2. März 1837, §. 61. des Protokolls der
5ten Sigung (s. Bd. I. S. 849), habe gedachtes Gericht am 6. April
desselben Jahres, §. 120. des Protokolls der 10ten Sigung berichtet,
daß der Aktenschluß allein noch aufgehalten werde durch eine zurück-

stehende Erklärung, zu beren Einreichung nunmehr eine letzte Frist bestimmt worden sey, unter Androhung des Präsudizes, daß die Nichtbesolgung als Anerkenntniß der gegentheiligen sactischen Angaben werde angesehen werden, und daß man sich die möglichste Beschleunigung des abzugebenden Austrägalerkenntnisses auf jede, mit Ersüllung der übrigen Dienstobliegenheiten und der nothwendigen Besörderung anderer, in großer Masse vorliegender, dringender Arbeiten, irgend vereinbarliche Weise pflichtschuldigst angelegen seyn lassen werde.

Seithem sepen aber wieder sechszehn Monate verstrichen, ohne daß bas Erkenntniß, oder ein die Gründe des Verzugs anzeigender Bericht eingegangen sep.

Dh nun zwar erst vor Kurzem das betreffende Ob.-App.=Gericht ein sehr aussührliches Erkenntniß in dem verwickelten Kurtrierischen Schuldenwesen ertheilt, und dadurch einen abermaligen Beweiß seiner Gründlichkeit bei Bearbeitung der ihm übertragenen Austrägalsachen gegeben habe, so sehe sich die Reclamationscommission dennoch durch die Bestimmungen im Art. 8. der Austrägalordnung vom 16. Juni 1817, so wie durch die vorliegende Sollicitation zu dem Antrag auf Beschlewuigung veranlaßt, worauf demgemäß beschlossen wurde:

"Die Königl. Hannöverische höchste Regierung zu ersuchen, in der fraglichen Angelegenheit das Ob.-App.-Gericht zu Gelle um Beschleunigung der Erkenntnißertheilung und, falls solche einem Anstande unterliegen sollte, an Erstattung des vorschriftsmäßisen deßfällsigen Berichts erinnern zu wollen."

In Folge dieses Beschlusses erklarte der Königl. Hannöverische Gesandte, in Sess. XXVIII. S. 313. S. 866, wie aus von dem fraglichen Gerichte über die vorliegende Sache eingegangenen Benichte hervorgehe, daß die Akten zur Relation ausgestellt seyen; daß der Reserent mit Bearbeitung der Sache beschäftigt sey; daß, soweit die Geschäfte des Gerichts es irgend verstatteten, auf Beschleunigung der Entscheidung Bedacht genommen werden solle; — welche Erklärung die B. L. zur Wissenschaft nahm \*).

Roch bevor jedoch von Seiten des Gerichts die Entscheidung erfolgt war, wurde von Seiten der Reclamanten von neuem um Beschlennigung gebeten, worüber i. J. 1840 der Kurfürstl. Hessische Ge- 1840.

<sup>\*)</sup> Bur Vollständigkeit bemerken wir, daß in einem Berichte des Ob.=App.= Gerichts zu Celle vom 26. Novbr. 1838 über den Thüringer Rayonverband wegen Burückbehaltung der Acten dieses Falls Erwähnung geschieht (f. Prot. v. J. 1869, S. 10. G. 7.)

fandte, Namens der Reclamations commission, in Sess. VI. §. 93. S. 138, Wortrag erstattete, und darin bemerkt, daß wiederum siebenzehn Ronate verstrichen, ohne daß das fragliche Erkenntniß, oder, wie doch die Austrägalordnung vom 16. Juni 1817 unter Zisser 8. vorschreibe, ein Bericht über die Gründe des Verzugs an die B. B. gelangt sen. Nach Anleitung der Bestimmungen im Artikel 2. des Bundesbeschlusses vom 3. August 1820 trage die Reclamations commission darauf an, — was ebendaselbst zum Beschluß erhoben wurde:

"baß die Königl. Hannöverische höchste Regierung um Erlassung ber nöthigen Verfügungen zur Beförderung der in Rede besindlichen Entscheidung wiederholt und dringend zu ersuchen, auch davon, daß dieses geschehen, der Anwalt der Reclamanten in Kenntniß zu setzen sey."

Auf diese Aufforderung erklärte der Königl. Hannöverische Gesandte, in Soss. X. S. 135. S. 227, wie aus dem von dem fraglichen Gerichte über die vorliegende Sache eingegangenen Berichte hervorgehe: daß die Acten sich, behuft Abgabe des Erkenntnisses, in den Händen des Correserenten befänden, und daß, so weit die anderweiten Geschäfte des Gerichts es irgend verstatten, auf Beschleunigung der Entscheidung Bedacht genommen werden solle, von welcher Erklärung dem Bevollmächtigten der Reclamanten gleichfalls Kenntniß zu geben beschlossen wurde.

Im folgenden Jahre 1841 übergiebt hierauf Präsidium, in Sess. XXI. S. 228. S. 458, einen ihm von dem betreffenden Ob. App. Gericht zugekommenen Bericht vom 28. Juni, womit dasselbe das Austrägalerkenntniß, nebst den Entscheidungsgründen, s. unten S. 429, überreicht.

An dem Schlusse des Berichtes ist bemerkt, daß, wenn es die Acten noch nicht entbehren könnte, weil eine Erklärung der Regierungen von Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen-Hildburghausen annoch angebracht werden musse, und es auch bei etwa erforderlich werdender Feststellung der Kosten derselben bedürsen werde; so des schränke es sich vor jetzt darauf, das abgegebene Erkenntniß mit dessen Entscheidungsgründen hierüber zu überreichen und stelle es dem Ermessen der B. B. anheim: ob und in welcher Art die dei der Sache interessirten Reclamanten von dem Inhalte des Erkenntnisses zu den nachrichtigen senn würden.

Der hierauf S. 483. gezogene Beschluß lautet:

1) "Nachdem das vorstehende Urtheil von dem Austrägalgerichtshofe im Namen und aus Auftrag des durchlauchtigsten deutschen

### Arnoldi u. Elkan, Forderungen an d. Thur. Rayonverband. 429

- Bundes den Parteien eröffnet worden, so werde die Urschrift desselben, um auf dessen Befolgung halten zu können, im Bundesarchiv niedergelegt.
- 2) Dem Bevollmächtigten der Reclamanten Ioh. Gottfr. Arnoldi und Sohn, sowie des Julius und Alexander Elkan sey von diesem Beschlusse mit dem Beisate Nachricht zu geben, daß ihm gestattet sey, von dem erfolgten Urtheil in der Bundescanzlei Einsicht zu nehmen."

In Betreff der vom Austrägalgericht zurückbehaltenen Acten übergiebt Präsidium im solgenden Jahre 1842, in Soss. XV. §. 173.1842. S. 273, einen Bericht desselben vom 8. Juni, worin bemerkt, daß nun in Folge des in dem Urtheile enthaltenen Präjudizes die Regierungen der Herzogthümer Sachsen=Coburg=Gotha und Sachsen=Weiningen=Hildburghausen zu der solidarischen Vertretungspflicht für die befragten Forderungen unterm 21. Dechr. 1841 verurtheilt und auch nachmals die Kosten sestgesetzt sepen; so versehle es nicht, die betreffenden Acten zu übersenden.

Ueber nachträglich eingesendete hierbei vergessene Acten giebt Präsidium Kenntniß im Jahr 1843, Sess. VI. S. 75. S. 167.

Die übersendeten Acten wurden im Bundesarchive zu hinterlegen beschlossen.

# Urtheil vom 24. Mai 1841.

(Prot. v. J. 1841, Sess. XXI. §. 228. S. 459. Band I. S. 849.)

"In Austrägalsachen der Anwälte des Großherzogthums Sachsen-Beimar-Eisenach, der Herzogthümer Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hilburghausen, Sachsen-Altenburg, der Fürstenthümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, ingleichen Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie, wegen Forderung der Kaussleute Iohann Gottsried Arnoldi und Sohn zu Gotha, und Inlius und Alexander Elkan zu Weimar von 13,077 Thalern 17 Gr. 2 Pf., wird von Uns Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hansnover, Königlichem Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzoge von Cumberland, Herzoge zu Braunschweig und Lineburg zc. im Namen und Auftrag der hohen deutschen Bundesversammlung für Necht erkannt:

Daß die Regierungen von Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen-Hildburghausen die Forderungen der Kaufleute Johann Gottfried Arnoldi und Sohn zu Gotha, so wie Julius und Alerander Elfan zu Weimar im Betrage von 13,077 Thalern 17 Gr. 2 Pf., so wie dieselben in Gemäßheit des Arnstädter Peräquationsspstems auf bie zu dem so genannten Thuringer Rayon gehörigen Staaten: Sachfen-Coburg-Saalfeld zu dem Antheil von 5,626 Thalern, Sachsen-Meiningen zu dem Antheil von 3,087 Thalern und Sachsen-Hilbburghausen zu dem Antheile von 4,364 Thalern 17 Gr. 2 94. am 24. September 1814 überwiesen und affignirt worden find, an Capital und Zinsen zu vertreten schuldig; daß ferner die übrigen in Streit befangenen Regierungen, das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, das Herzogthum Sachken-Altenburg, die Fürstenthumer Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß alterer und Reuß jungerer Linie von der Vertretungspflicht hinfichts obiger Forberungen freizusprechen; und daß endlich die Kosten des gegenwärtigen Austrägalverfahrens den Regierungen von Sachfen-Coburg-Gotha und Sachsen=Meiningen=Hilbburghausen einer jeden nach Maaßgabe ihres Antheilverhaltnisses im Hauptwerke zur gaft zu legen senen.

Gleichwie übrigens über das Verhältniß, wonach beide also verurtheilten Regierungen zu der befragten Schuld zu concurriren haben, noch zur Zeit keine Verhandlungen zugelegt worden sind; so wird den besagten Regierungen aufgegeben, binnen vier Wochen über dies Concurrenzverhältniß, und eine etwa darüber unter ihnen statt gefundene Uebereinkunft so gewiß die behusige Anzeige und Erklärung zu den Acten zu bringen, als im Entstehungsfall jede der beiden Regierungen solidarisch zu der obgedachten Vertretungspflicht verurtheilt werden soll.

### Bon Rechtswegen.

Publicat. im Königlich = Hannöverischen Ober = Appetiationsgerichte Celle den 24. Mai 1841.

Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis proprium.

(L. S.) F. E. v. d. Often.

Strampe."

### Entscheidungsgründe.

Das vorliegende Streitverhältniß beruht im Wesentlichen auf derselben factischen Grundlage, wie das in den rechtskräftig entschiedenen Sachen des Großherzogthums Sachsen Weimar-Eisenach wider das Herzogthum Sachsen Sildburghausen (nachmals die Herzogthümer Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha), sowie desselben Großherzogthums wider das Herzogthum Sachsen-Eoburg-Saalseld (nachmals Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen-Hildburghausen) wegen Forderungen aus dem Thüringer Raponverbande.

Durch die am 21. October 1813 zwischen den Mächten Desterreich, Rußland, Preußen, England und Schweden nach der Schlacht von Leipzig geschlossene Convention sind die Grundsätze festgestellt, wonach bei dem Einmarsch der allierten Truppen in das Innere Deutschlands die occupirten Länder zum Rußen der gemeinschaftlichen Sache verwaltet werden sollten.

Demzufolge wurde ein oberstes Verwaltungs Departement expannt, und diesem alle Gewalt ber alliirten Mächte (Art. 1.) beisgelegt. Unter Autorität dieses Departements wurden die souverainlosen oder der Alliance nicht beigetretenen Staaten gestellt, während rücksichts der ihr beitretenden Staaten der Standpunkt und Wirkungskreis desselben in Bezug auf die neue Verwaltung durch eigene Verträge sestgestellt, und dann bei den in das Bündniß gezogenen Fürsten ein vom Centraldepartement abhängiger Agent (Art. 3—4.) angestellt werden sollte. Die Direction des Departerments war dem Minister von Stein übertragen, doch so, daß jenes im Subordinationsverhättniß der hohen Alliirten verblieb, und des Endes den von jenen eigends angestellten Plenipotentiarien zu berichten hatte. Ramentzlich war (Art. 12.) dem Departement anch obige Ernennung der Agenten überlassen.

In Bezug hierauf kamen unter andern unter den Sächsichen Fürstenhäusern Ernestinischer Linis am 24. November 1813 völlig gleichtautende Accessionsverträge zu Stande, worin dieselben, mit Ausgebung der and dem Rheinbunde hervorgehenden Verhältnisse, sich verpstichteten, die Unabhängigkeit Dentschlands durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu unterstüßen (§. 2.), und sich, unbeschadet ihrer ihnen garantirten Souveraine=
tätbrechte, allen zur Erreichung jenes Zweckes ersordertichen Vorsehrungen
zu unterwersen (§. 4.). Diesem schlossen sich noch Nebenverträge an, von
denen der vom 24. November 1813 die Stellung des Evntingents, der
vom 17 November aber die Naturalverpstegung der verbündeten Heere
betraf, in welchem letzern die Mächte Rußland, Desterreich und Preußen
zwar (Art. 1.) die Nachschiedung eines sechswöchigen Verpstegungsbedurfs
übernvurmen, die mit verbündeten Regierungen aber sich worläusig verpsichtet hatten, jenen Bedarf nach den jedesmaligen Forderungen des Generalintendanten angendicklich in zu designirende Magazine zu liesern.

Ein beitter Mebenvertrag verpflichtet sie noch, als Bedingung ber Alliance auch mit ihrem Eredite zur herbeischaffung ber Kriegsbedürfnisse mitzu-

wirken, und diesen Eredit bis zu einem einjährigen Bruttvertrag ihrer Lanber auszudehnen.

Vom Departement wurden die betreffenden Staaten nach geographisscher Lage in Districte (Rayons) verbunden. Der Zweck war dahin ausgessprochen:

"Das das Insammentressen verschiedener Institutionen für die Verpflegung, die Sorge für eine übereinstimmende vollständige und schleunige Ausrüstung und Completirung der Truppencontingente es nothwendig machte, daß für die Districte, welche zwar versschiedenen Herren gehörten, ihrer natürlichen Beschafsfenheit und Lage nach aber ein Ganzes bildeten, die Function des D. V. Departements in eine Unterbehörde centralisitet würden."

(6. 1. ber von Riedefel'ichen Inftr. vom 10. December 1813.)

Bu diesen Districten gehörte auch der Thüringer Rapon, wozu Anfangs neben Sachsen : Weimar : Eisenach, Gotha, Meiningen, Coburg : Saalfeld und Hildburghausen, auch einige Theile des Königreichs Sachsen geschlagen maren.

Die Wahrnehmung des Interesses der hohen Verbündeten war dem Fürsken Repnin, und zwar rücksichts der Königlich-Sächsischen Landestheile als Generalgouverneur, rücksichts der übrigen, als Agenten und Bevollmächtigten des Gouvernements, dergestalt übertragen, daß ersteres administrirend, letteres aber fürsehend seyn solle, damit die eingegangenen Verbindlichseiten von den Regierungen genau erfüllt würden. Alle diese Bestimmungen enthielt die dem Freiherrn von Riedesel, der dem Fürsten Rayon (?) als Generalscommissär zus und untergevordnet war, am 10. December 1813 ertheilte Insstruction. Bald aber wurde, nach Tremnung der Königlichseckscheile vom Rayon, und Hinzusügung der Schwarzburgischen und Reußischen Lande, dies Verhältniß geändert, und die Qualität des Freiherrn von Riedsesel in die eines unmittel baren Agenten des O. B. Departements verwandelt. Hierauf beziehen sich die wenigen Abrechnungen der später am z. December 1813 ihm ertheilten Instruction. Ramentlich war im §. 3. der letztern bestimmt:

"Die Verpflegung der verbündeten Heere geschieht a) in den Etappenorten an die durchmarschirenden Truppen, b) in den Verspflegungsrapons an diejenigen Truppen, welche von der Generalinz tendantur darauf angewiesen sepn werden;"

wogegen es vorher hieß:

"welche nach Umständen für nahe stehende Armeeforps von der Generalintendantur des Staats, zu welchem die Armee gehört, ausgeschieden werden;"

ferner:

"bei Stappenverpstegungen sorgt der Generalcommissär dafür, daß, nach Anleitung des Stappenregulativs, an den Stappenorten kleine oder größere Magazine von Lebensmitteln und Fourage 2c. bewirkt werden, und nimmt über das Bedürsniß 2c. Rücksprache mit den Stappeninspectoren. Die Aufbringung dieser Lebensmittel 2c.

wird von ihm, unter Rücksprache mit den Landesbehörden, auf den gangen District verhältnißmäßig vertheilt."

Der Agent hat diese Instruction den betressenden Regierungen mitgetheilt, und um Bestellung von Deputirten gebeten, "um", wie es wörtlich heißt, "in Rücksicht auf die ihm ermangelnde Local= und übrige specielle Kenntniß, in der Erreichung des Wunsches (Erleichterung der Naponländer) unterstützt zu werden." Zugleich hat er Mittheilung der Accessionsverträge, statistische Uebersichten und Ausstellung der Erlittenheiten bis zum 10. Januar 1814 beantragt, letztere mit der Bemerkung: "wenn es für den Augenblick nicht möglich sehn werde, auf die Größe derselben genaue Rücksicht zu nehmen, so werde es ihm doch für die Folge die gehörigen Mittel an die Hand geben, um die bezweckte Ausgleichung nach Möglichkeit bewerkstelzligen zu können."

Die Conferenzen selbst nahmen nach Singang entsprechender Antworten und Benennung der Deputirten zu Arnstadt ihren Anfang.

In der ersten vom 25. Februar 1814 mar der Hauptzweck der Arbeit dahin festgestellt:

"Ausmittlung der Leistungsmöglichkeit jedes der einzelnen Länder des Rayons und seines Beitragsver= hältnisses zu den allgemeinen Bedürfnissen der alliirten Heere;"

mozu eine Erörterung a) des natürlichen Justandes und des gewöhnlichen ungestörten Verhältnisses dieser Länder, b) des gegenwärtigen Justandes nach den mancherlei "gebrachten Opfern und Erlittenheiten 2c. 2c. für nöthig erachtet wurde, letteres jedoch nicht als Liquidirung in Beziehung auf die von den hohen verbündeten Mächten zugesicherten Vergütungen, sondern gegenwärtig nur zur Ausmittlung der fernern billigen und verhältniß mäßigen Herbeiziehung der einzelnen Länder zu den allgemeinen Erfordernissen."

Dabei kam man ferner überein, daß behuf Ausmittlung des natürlichen Bustandes mehrere Verhältnisse (nach bekannten und zu gebenden Rotizen) bei Bestimmung des Leistungsverhältnisses als Divisoren angenommen werden sollten; als solche benennen die Protokolle vom 25. Februar und 4. März, acht:

1) Arealgehalt, 2) Einwohnerzahl, 3) Städte:, Dorfer: und Häuser: zahl, 4) Spannwiehzahl, 5) Contingentstärke, 6) einjährige Brutto: Landes: einnahme, 7) Eulturfähigkeit und 8) industrielle Production; von denen gleich: wohl nur die steben ersten beibehalten sind (cf. die Anlagen 6, 10 und 13 der Weimarischen Deduction). Hiermit sollten dann noch die Angaben dreier Statistiker in ein ferneres Durchschnittsverhältniß gestellt, und so ein General- divisor ermittelt werden. (Anl. 15 ibid.)

In der Conferenz vom 2. April eröffnete der Agent die hiernach erforschten Verhältnißzahlen, folgenden Beitragsfuß ergebend:

I.	für Sachsen=Wei	mai	:	•	•	•	•	•	٠.	•	•	•	13,9287
	" Gisenach .												-
	" Hildburghaus												•
	"Gotha .												-
	" Altenburg												
	ber Austrägalverfo										28		•

## 434 Abth. II. Abschn. 3. S. XII. - A. Erlogte Fälle.

VI. fi	dr Coburg=Saal	feld	•	•	•	•	•	•	•	•	•	9,0444
	,, Meiningen											8,3852
VIII.	,, Schwarzburg=	Sonde	rsh	ause	Ħ	•	•	•	•	•	•	8,2786
IX.	"Schwarzburg:	:Rudol	stad	t	•	•	•	•	•	•	•	7,9744
X.	,, Reuß	• •	•	•	•	•	•	•	•	•	•	10,8188
von Hundert. I	hiernach sollten t	die seit	dem	1.	M	irz	181	4	jelei	stete	m o	rdent:
lichen Kriegsp	rastationen (mi	t einige	in n	am	haft	en !	And	nat	mei	ı)	wed	selseitig
"ausgeglich	en und repart	irt we	rden								_	

In derfelben Conferenz war bemerkt, daß zwar bei kunftigen Leistungen auch bereits getragene Lasten zu berücksichtigen, darüber sich aber vor Berichtigung der Liquidationen nichts festsehen lasse, daher

,, dem Agenten ze. von sammtlichen Deputirten vertrauensvoll übers lassen werde, nach Beendigung der Liquidationen zu bestimmen, in welscher Maaße bei fünftigen Kriegsprästationen einige Ausgleichung der vorhergegangenen mittelst billigmäßiger größerer Heranziehung derjenigen Länder, welche weniger geleistet, mit der fernern Beitragesfähigkeit zu vereinigen sep."

Diese Mitberücksichtigung früherer Erlittenheiten war schon in einer früshern Conferenz vom 1. März (Anl. 11. ibid.) zur Sprache gebracht, und per majora beschlossen, daß die Berechnungen vom 1. September 1813 ansfangen, nach früheren Erlittenheiten historisch dargestellt werden, nicht nothwendige und der sernern Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar nachtheilige Erzlittenheiten zc. ausgeschlossen und (weil es dermalen lediglich auf Ermittlung des Leistungsvermögens ankomme) zwischen den durch Feind oder Freund veranlaßten Erlittenheiten nicht unterschieden werden solle.

Dabei wurde eine approximative, den Angaben der Behorden zu überlassende Berechnung für hinreichend erklärt. Der torminus ad quom wurde
in der Situng vom 3. März auf Ende Februar 1814 festgeset (Anl. 12.
ibid.) und die Erlittenheiten selbst sind in sieben Elassen getheilt, wornach
denn die Beitragsquoten selbst namhafte Abanderungen erlitten (A. Anl.
57. ibid.). Seitens des Agenten sind die betressenden Tableaux in der Conferenz vom 14. September (Beil. 55. ibid.) vorgelegt, und versicherten am
Schlusse die Deputirten, daß sie die Billigkeit des aufgestellten Ausgleichungsspstems, so weit sie dermalen das Tableau zu überschauen im Stande, nicht
verkennten; jedoch werde, wurde hinzugesügt, der Herr Generalcommissär erlauben, daß wenn der Eine oder Andere Bedenklichkeiten habe, er solche mittheile. Daß solche Mittheilungen geschehen, darüber ergeben die solgenden
Protokolle nichts.

Nach also ermitteltem Concurrenzsuß kam es jest auf den modum der Ausgleichung selbst an.

Herüber wurde zuerst nach bem Schluß des Prototolls vom 2. April (Beil. 15.) verabredet, daß, zu Umgehung der mit einer gemeinschaftlichen Abministration verbundenen Beschwerden, die Beiträge, die ein Land dem andern zu leisten, vom 1. März an in Gelde nach den gemeinschaftlich bestimmten Preisen geschehen, beide Länder jedoch verbunden sepen, Rationen und Portionen nach vierzehntägiger Kündigung in natura zu liesern und anzunehmen. Ende jenes Monate sollten über die zur Ausgleichung geeigz

neten Leistungen die Rechnungen geschlossen, und vor Ablauf der ersten Hälfte des folgenden an den Agenten geschickt, und darnach vom Agenten die Repartition und Ausgleichungen bewirkt werden, welchem lettern jedoch überlassen blieb, bei starken Durchmärschen die Unterstützung des betressenden Landes durch die Nachbarländer mittelst Naturallieseungen zu verfügen.

Dies Geldausgleichungs=Spstem erlitt aber ebenfalls, im Mai bei dem Rückmarsche der russischen Truppen, mehrfache Modificationen.

Laut Schlusses des Protokolls vom 11. Mai 1814 (Anl. 28. ibid.) hatsten sich indes die Deputirten von Altenburg, Gotha, Coburg, Sondershausen und Hildburghausen bereit erklärt, "nach Einreichung der monatlichen Nach-weisungen auch die bevorstehenden russischen Durchmärsche und die deßsallsgen Kriegslasten nach dem vorhin angenommenen Maaßstabe auszugleichen."

Es wurde in der Conferenz vom 15. Mai verabredet: jedes Districts- land solle seine Quote in Bereitschaft halten; diejenigen, die nach den Dispositionsplanen nicht so viel Verpstegung, als ihre Quote betrüge, leisten mürzben, lieserten entweder das Uebrige an die benachbarten Länder, welche Unterstüpung zu sordern hätten, oder vergüteten es auf folgende Art: es stehe nämlich dem Unterstüpung verlangenden Lande frei, solche in natura zu verlangen, oder für die Verpstegung zu sorgen, und das Land, welches schuldig sen, die Naturallieserung nicht selbst bewirke, auf dessen Kosten, jedoch unter soliz darischer Garantie der sämmtlichen Districtslande, unter Leitung des Agenten, die Admodiation ein, und die Jahlung geschehe nach den Lieseranten zugestandenen Preisen. Im zweiten Falle, wenn Geldvergütungen angenommen, würden sür den dermaligen Durchmarsch andere (benannte) Preise sessenten für den dermaligen Durchmarsch andere (benannte)

In Folge dieser Berabredungen sind von dem Agenten mit mehreren Kaufleuten, namentlich den jetigen Reclamanten, Lieferungsverträge abgeschlossen.
In denselben verpstichten sich die Lieferanten, gewisse Naturalien zu bestimmten Preisen an die näher benannten Orte abzuliefern, oder zur Bisposition des Agenten bereif zu halten. Die Reclamanten behanpten Contractserfüllung ihrer Seits, und berechnen sich daraus die jetzt das Streitobject bildende Summe. Was in jenen Verträgen wegen der Art der Jahlung verabredet worden, beruht in einem besondern Conferenzbeschlusse vom 16. Mai 1814 (Anl. 30. ibid.).

(In Beziehung: auf diesen, dem jetigen Rechtsstreite eigenthums tichen Gegenstand, ist hier noch zu bemerken, daß die Revision der Rechnung über die "auf den Eredit des ganzen Districts" erkauften, und Ende September 1814 zahlbaren Naturalien durch zwei aus der Mitte der Deputizten gewählte Mitglieder in Gegenwart des Dr. Ebers, welcher die Bisance darüber unter Leitung des Agenten geführt hatte, vorgenommen sind. Laut Conferenzprotokolls vom 18. September 1814 (Aus. 64. ibid.) ergab das darüber aufgenommene Tableau einen Gesammtbetrag von 24,200 Thir. 9 Gr. 41 Pf., und von dem gedachten Dr. Soers waren sosort aus den Acten sämmtliche Accorde und deren Uebereinstimmung in Hinsicht der Qualitäten und Preise nachgewiesen; eben so richtig fauden sich auch

bie Nachweisungen der verschiedenen Landesbehörden aus den darüber geführten Acten und extrahirten Quittungen, über die Ablieserung der erkauften Vorräthe au die verschiedenen Länder. Obige Deputirte bezeugten dabei die hohe Sorgsamkeit und Accuratesse, wodurch sie dem Agenten zu dem vorzäglichsten Danke verpslichtet sepen.)

Nach Aufbringung der verschiedenen Verpflegungsbedürsnisse sind dem Agenten die Berechnungen darüber zugesandt; es ist mit deren Monirung und Regulirung der einzelnen Liquidationen versahren, worüber sich das Nähere aus den Conferenzprotokollen vom 17. Mai und 18. Sept. (Beil. 31, 53, 54. ibid.) ergibt.

Unter obigen Grundlagen find die Ausgleichungsberechnungen durch ben Agenten aufgestellt. Das Resultat der ersteren (worig nach dem natürlichen Divisor für die Monate März und April quotisirt worden) hat der Agent den Deputirten in einem Memoire vom 24. Mai 1814 erdffnet (Anl. 31-33 und 36 ibid.). Da inzwischen feine Realistrung erfolgte, hat der Agent in der Schlußrechnung über den ganzen sechsmonatlichen Beitraum vom März bis incl. August die Beträge der erften Monate mit aufgenommen (Ant. 67. 68.). Der Gesammtauswand besteht barnach in 1,481,304 Ehlr. 19 Gr. 6 Pf. Bei der Bestimmung des bonisicandi oder restituendi jedes einzelnen Staats ift benn auch benen Regierungen, welche aus ben Bulfemagazinen Worschüsse erhalten, der betreffende Geldbetrag ins debet geset, und ist so= nach der den Lieferanten accordmäßig gebührende Betrag in die Berechnung mit aufgenommen. Unter dem Rubrum einer amtlichen Ausgleichungssumme hat der Agent den Betrag berselben für jede Regierung mit der nähern Be= stimmung festgestellt, wie viel jeder Berauszahlungspflichtige von dem gangen ermittelten restituendo entweder a) den guthabenden Regierun= gen, oder b) den Lieferanten auszuzahlen habe. Hiernach stelen von der Lieferantenforberung

- 1) auf Sachsen : Coburg : Saalseld . 5,626 Thir. Gr. Pf.
- 2) " Sachsen=Meiningen . . 3,087 " " "
- 3) " Sachsen-Hildburghausen . 4,364 " 17 " 2 "
- 4) " Schwarzburg: Sondershausen 4,734 " " "

überhaupt 17,811 Thir. 17 Gr. 2 Pf.

welchem gemäß der Agent auch den Lieferanten nuterm 29. September 1814 Affignationen (of. Bundesacten, Rum. XXIV, lit. D. Rum. 8 — 11.) auf die betreffenden Regierungen ausgestellt hat. Hiernach ergibt sich denn als unbestritten:

daß die Anweisungen unmittelbar aus der von Riedesel'schen Peräsquation hervorgegangen find, und deren Richtigseit und verbindliche Kraft lediglich durch die verdindliche Kraft der lestern des dingt wird.

Rückschlich der lettern ebustirt für die Perivde vom Anfange der Conferenzen bis zum Ablanfe des die Schlußberechnung umfassenden Zeitraums von irgend einem Widerspruche gegen den gewählten Peräquationsmodus (Debatten über unwesentliche Nebenpunkte abgerechnet) Seitens der betheiligten Staaten gar nichts. Allererst bei der anderweiten Zusammenbernfung im September legte

der Bildunghaufiche Depntirte eine Resolution seiner Regierung vom 7. September 1844 (Beil. 50. der Weim. Ded.) des Inhalts vor : daß zwar wegen ber von bem Deputirten auf landesherrliche Genehmigung gestellten Berhandlungen noch keine höchste Resolution eingegangen sep, er aber gleich= wohl der fernern Conferenz beizuwohnen, die monatlichen Liquidationen vorzus legen, über folche ohne gleichwohl ein Ausgleichungsspftem für den Rapon verbindlich anzuerkennen, bie nöthigen Rachweisungen zu geben, und . . . . zu berichten habe (ibid.). Fast gleichzeitig hatte auch der Coburgische Deputirte am 12. September (Beil. 51. ibid.) bemerkt: wie er gleich im Anfange der Conferenzen erklart, daß er alle unter den Deputirten zu Stande . gefommenen Berhandlungen nur bis auf höchfte Genehmigung seines Durchl. Comittenten abschließen konne, auch denselben nur unter dieser Bedingung beizutreten vermöge, daß auch Alles, mas bei den jepigen Confes renzen verabredet werden möchte, von ihm nur ad referendum genommen, und für Coburg'nicht eher für verbindlich erachtet werden könne, als es von feinem gnädigften herrn genehmigt fenn murbe. Diefem Memoire (worauf vom Agenten eine zurechtweisende Gegenerklärung [Beil. 52. ibid.] erfolgte) trat (Beil. 53.) auch der Hildburghäusische Deputirte bei, worauf gleichmehl der Agent erwiederte: daß er fich an, jene Erklärung nicht weiter kehren könne. Die Verhandlungen (Revision ver Nachweisungen über die Lasten vom Mai bis incl. August 1814) hatten dann ihren Fortgang, und wurde in der Conferenz vom 13. September (Anl. 53. ibid.), als der Agent die mechfelseitige Borlegung der Belege zu den monatlichen Ausammenstellungen beantragte, von sammtlichen Deputirten erklärt: wie sie, auf ben Grund ber fru= beren Verhandlungen und in vollem Vertrauen auf die Rechtlichkeit der tiquidirenden Behörden, von der speciellen Nachweisung um so mehr ab= gehen zu muffen glaubten, als die meiften Behörden ihre Quittengen nach Frankfurt eingefandt hatten zc.

In der Conferenz vom 18. September 1814 (Beil. 63. ibid.) schlug der Agent eine Horabsetung der Forderungen der guthabenden Länder (nach dem Resultat des neuen Divisors) um ein Viertel vor; zugleich beantragte er, daß das erste Viertel nach Michaelis zur Bahlung der Lieseranten, das zweite nächste Weihnachten zc. gezahlt werde. Die Deputirten erklärten: "daß sie für ihre Person diesen Vorschlag der Lage der Sache ganz angemessen fänden, sich aber in Ermangsung einer bestimmten Instruction zu einer desinitiven Erklärung nicht verstehm sonnten. Dabei expromittirten sie zwar nach erstatteten Vorträgen weitere Erklärungen, lettere erfolgten gleichwohl nicht. Nachdem vielmehr der Agent am 5. October 1814 die Resultate der Gleichstellungsberechnung zur Kenntniß der herauszahlungspstichtigen Staaten gebracht hatte (Beil. 71. ibid.), wurde von lettern die Herauszahlung geradezu verweigert (os. die Beil. 73 — 76, 78, 87, 93. ibid.)."

Diese Weigerung hatte benn auch die Nichtbefriedigung der Lieferanten zur Folge, und erhielten dieselben auf Prasentation der Assignationen abschläsgige Bescheide.

(cf. Bundesacten Fasc. XXIV. lit. D, Num. 12, 22, Anl. ber Weim. Deb. 81—84, 87, 93.).

Bloß von Schwarzburg: Sonbershausen ist die Zahlung besten Rate mit 4,730 Then. erfolgt (Bundesacteu, Fasc. XXIV, Hauptanlags ad. lit. D.)

3war hatte eine bei der Gelegenheit der Wiener Congresverhandlungen geschehene Verwendung des Ministers von Stein zur Folge, daß Sachseu-Coburg und Hildburghausen (wiewohl ohne die Verbindlickeit, das betreffende Peraquationsspftem anzuerkennen) die auf sie verwiesenen Antheise an die Lazaretheasse den Lieferanten assignirten; die Affignationen blieben aber, weil jene Forderungen nicht geltend zu machen standen, ohne Erfolg. Eben so war von ber damaligen Frau herzogin von Sachsen-Meiningen am 27. Marz 1815 zwar erklart, daß Hochdieselbe, unter Richtgenehmigung ber Arnkadter Werhandlungen, gleichwohl bie Auszahlung ihrer Rate ohne Confequenz ge-Katten wolle (Bundebacten Fabr. XXIV, lit. D, Rum. 24h), aber auch biefe Erklärung blieb mirkungelos, meil bie Bedingung, woran fie gekunpft war (nämlich Beibringung ber Quittungen aber die abgetieferten Berpflegungebes dürfnisse), von den Lieferanten (die nicht unmittelbar an die Truppen, sons dern auf Affignation an die Behörden, denen die Berpflegung oblag, geliefert hatten) nicht erfüllt werden konnte (Bundebacten ibid., Anl. zu lit. A, Num. 9). Nachdem sowohl auf diplomatischem Wege (s. das Detail darüber in den Bundebacten 1. o. Anl. zu lit. A, Num. 5), als im Wege Rechtens burch eine mittelft mehrerer Erkenntniffe zuruckgewiesene Anspruchnahme bes Agenten alle Mittel zur Realistrung der Anweisungen erschöpft maren, veransaßten die bei ber hohen Deutschen Bundebversammlung gemachten Antrage den Befoluß berfelben vom 28. Dezember 1831, wodurch nach eingeleitetem, aber ohne Erfolg gebliebenem Vermittlungsverfahren das Ober-Appellationsgericht in Celle beauftragt ift, in rubricirter Sache nach Art. 30 der Wiener Schluß: acte über die Vorfrage:

ob und welche der bei dem vormaligen Thüringer Rapon betheiligt gewesenen Regierungen, und zu welchen Antheilen dieselben die Forderungen der Reclamanten an Capital und Zinsen zu vertreten haben;

im Namen der hohen Bundesversammlung zu erkennen.

Bei dem hierauf eingeleiteten Deductionsverfahren kommt zunächst

- I) das Hauptstreitverhältniß unter denjenigen Regierungen, die sich über die Gultigfeit und Verbindlichkeit des obigen Peräquationesspftems gestritten, und sodann
- II) abgesondert hiervon, die besonderen, auf das eigeuthümliche Verhältz niß einzelner Regierungen, die an jenem Streite keinen Theil genommen, bez züglichen Verhandlungen zur Sprache.

Von den ad I. gedachten Parteien stehen sich

- A) Sachsen = Weimar = Gisenach, Sachsen = Altenburg, Schwarzburg = Rus bolstabt und Reuß einer Seits, und
- B) Sachsen = Coburg = Gotha und Sachsen = Meiningen = Hilburghausen anderer Seits

als Litiganten gegenüber.

Die ad A. gedachten Staaten haben in ihrer ersten Deduction, unter Einräumung der betreffenden Lieferungsverträge, der Ermächtigung des Agenten zu beren Abschluß, der Lieferungen selbst, und ber darnach resultirenden

Forderungen, unbedingt ihre Verbindlichkeit zur Concurrenz bei der Befriedis gung der letteren bestritten, weil, unter Grundlage des befragten Peräquationsspssems, sie nach der darauf basirten Repartition überall nichts herauszugahlen, sondern vielmehr Vergütungen zu erwarten hätten; wogegen sie die Vertretungspssicht auf die vormaligen Staaten Sachsen=Coburg=Saalfeld, Sachsen=Reiningen, und Sachsen=Hildburghausen, und resp. die jetigen Bescher dieser Läuder, die obbesagten Gouvernements von Sachsen=Coburg=Gotha und Sachsen=Meiningen=Hildburghausen, wälzen. Die dafür geltend gemachten Momente beruhen 1) in der gesetlichen Constituirung des Rayon=verbandes, 2) in dessen, auf eine temporelle Gemeinschaft der Kriegslasten gerichteten Zweck, 3) in dem Anerkenntnisse desselben Seitens der darunter begriffenen Regierungen, 4) in den dem Agenten des Centraldepartements instructionsmäßig beigelegten Besugnissen, und 5) in der den Deputirten beisgewohnten, sowohl in ihrer Sendung als Bevollmächtigung begründeten sacultas vontrahendi.

Hieran schließen sie die Behauptung,

- a) daß die über ein allerseitiges Beitragsverhältniß sowohl, als über eine gegenseitige Naturalvorschuß=Leistung und Geld=ausgleichung geschlossenen Verträge von einer Seite durch vorsschußweise Leistung der Erfordernisse, Berechnung derselben bei dem Agenten, Prüfung, Revision und Justification der beglaubigten Rechungen, und Errichtung und zweckgemäße Verwendung der Hilfstmagazine erfüllt sepen,
- b) daß die von dem Agenten aufgestellten Schlußberechnungen sich auf die dem Agenten theils zugestandenen, theils ex post vertragsmäßig eingeräumten Besugnisse, und auf die vertragsmäßig ohne weitere Nachweise aufgestellten Liquidationen begründeten, und daß endlich
- o) die sämmtlichen Verhandlungen sowohl durch Anerkennung der ersten pro März und April nach dem sogenannten natürlichen Concurrenz= maaßstabe aufgestellten Ausgleichungsberechnungen, als durch die ausdrücklich und durch concludente Handlungen erfolgte Anerkennung für die spätere Periode ratissicirt, auch durch den obersten Verwaltungsrath selbst sanctionirt worden sepen.

Die ad II. gedachten Regierungen haben, außer mehreren (schon durch einen frühern Bescheid vom 17. Juni 1833 erledigten) formellen Einzeden und den zur Competenz des Austrägalgerichts nicht gehörigen Ausstellungen, in Bezug auf Grund, Größe und Beschaffenheit der befr. Forderungen, ihre Verbindlichkeit zur Vertretung der letzteren pure bestritten.

Unter Anerkennung, daß, in Folge der von Riedesel'schen Ausgleichung und der darauf basirten Schlistrechnung, die befr. Forderungen zu den ansgegebenen Beträgen auf sie überwiesen worden, und mit Geltendmachung der Behauptung, daß die Reclamanten selbst sich an sämmtliche Rayonstaaten halten zu wollen erklärt hätten, so wie mit der fernern Behauptung, daß die Vertretungspsicht zunächst denjenigen Staaten, welche die Lieserungsgegensstände überkommen hätten, obliege, leugnen sie

a) die Verbindlichkeit, jenes Peräquationsspftem anzuerkennen über=

- b) namentlich in Rucksicht auf die von dem Agenten vorgenommene Abmodiation und die daraus resultirenden Forderungsbeträge.
- Ad a) reduciren sich ihre Ausführungen größtentheils auf die in den eingangsgedachten entschiedenen Austrägalfachen entwickelten Grundfate. Unter Entkennung eines Genoffenschaftsverbandes zwischen den Rayonstaaten (zum 3wecte einer temporaren verhaltnismäßigen Gemeinschaft ber Kriegs= lasten) wird auch hier die Befugniß des Agenten darauf, daß er in Rücksicht auf die Beschaffung der Armeebedürfnisse nur fürsehend zu wirken gehabt, beschränkt, und eben so die Legitimation der Deputirten in Abrede gesteut, somit aber die Gültigkeit der Arnstädter Conferenzbeschlusse in allen ihren Berzweigungen (so wie sie in obgedachten Sachen vorgekommen sind) und deren Anerkenntniß Seitens der betreffenden Regierungen bestritten, auch merden namentlich wieder die Ginreden des dolus, der Concuffion, bes Brrthums, der bald nachher eingetretenen Beranderung der Umftande, und der Berletung über die Balfte entgegengesett. Gleichermaßen wird auch hier den Behauptungen inharirt, daß die nur per majora gefaßten Befchluffe nicht bindend sepen, daß insbesondere die Schluftrechnung bes Agenten auf Gigen= macht und Willfür beruht habe und nicht justificirt sen, indem namentlich bei ber letten vom 14. September 1814 der Beweis der darin aufgenommenen Rriegserlittenheiten aus ber Periode vom Mai bis incl. August 1814 er: mangele.

Ad b) wird in näherer Beziehung auf die hier befragten Lieferanten: forderungen behauptet, daß der Agent von ihnen zum Abschluß der Accorde kein Mandat erhalten (in specie nicht in den Verhandlungen rom 14. und 16. Mai 1814), daß die Errichtung der Hülfsmagazine keine unentgeldliche Ueberlassung der Vorräthe, sondern nur die Röglichkeit einer momentanen Unterstüßung mit Vorbehalt des Ersabes Seitens der Unterstäßten bezweckt, und daß vor Anschaffung der Verpstegungsbedürfnisse durch Admodiationen nach der Conserenz vom 14. Mai 1814 erst Entschließungen über die Truppendislocation und die Unterstüßungen eines Landes ans dem andern gesaßt und angezeigt werden sollen, was der Agent nicht abgewartet, folglich zu vorzeilig versahren habe.

In der gegnerischen Schlußschrift von Sachsen-Weimar und den auf desseite stehenden Staaten, wiederholen sich über die verbindende Kraft des Peräquationsspstems ebenfalls sämmtliche in den entschiedenen Austrägalsachen vorgekommenen Grundsähe, unter allgemeiner Bezugnahme auf die adjungiveten Verhandlungen. In besonderer Rücksicht auf die oben (ad b) hervorzgehobenen, dem jesigen Streite eigenthümlichen Momente aber erklären sie sich über die Details der betressenden Lieferungscontracte zwar anfangs nosciendo, erkennen ex post aber (Num. 79, act. p. 18.) die Contracte selbst wenigstens indirect an, und räumen auch die Angaben über den Betrag der befr. Naturalien und des Guthabens der Lieferanten, so wie des Preisbetrags desjenigen ein, was an Sachsen-Weimar-Eisenach, Altenburg und Reuß von den Naturalien verabsolgt ist. Dagegen bestreiten sie die hieraus abgeleitete Verpslichtung zur Besriedigung der Lieferanten, und berusen sich sier die Behauptung, daß der Agent als Mandatar im Namen und für Rech-nung des ganzen Rapons contrahirt, auf das Conserenzprotokoll vom 15. Wai

1814. Daneben wird die dem Agenten gemachte Beschnidigung: daß zufolge der Abrede vom 14. März, die Admodiation nicht vor einem über die Disslocation der Truppen getroffenen Uebereinkommen statt sinden dürsen, nach den eigenen gegenseitigen Angaben, nach den eigenen gegenseitigen Erklärungen in der Conserenz vom 14. Mai und bei der Unaufschichkeit jener Maaßregel für und egründet, und (weil die durch Admodiation überkommenen Borzräthe wirklich angenommen und verwendet sepen) für unerheblich erklärt.

Bas endlich (ad II.) bas eigenthümliche Berhältniß von Schwarze burg: Sondershaufen betrifft, so hatte diese Regierung zwar auch die Rechtsguttigkeit des ganzen Peräquationsspstems ganz im Sinne der Sachsen-Hildburghausischen ze. Ausführungen bestritten, nichts bestomeniger aber die aus diesem Spsteme resultirende, ihr für die Lieferanten zugetheilte und übers wiesene Summe an dieselben mit Binsen. (übrigend salvo regressu an bie übrigen Raponlande) abgeführt. In der hiefigen Deduction beruft sie sich auf diese Berichtigung, mit der Behauptung: die Reclamanten hätten sich selbst (laut Num. 61. der B. A.) rucksichtlich ihrer für befriedigt erklärt; den Streit, ob es in Folge der Ausgleichung an Sachsen=Coburg : Gotha und Meiningen = Hildburghausen sen, die Lieferanten zu befriedigen, erklärt fle für fich als gleichgültig; und hebt für ihre Richtverbindlichkeit zur Vertretung noch die befonderen Momente hervor, daß sie von den in Folge der befr. Berträge gelieferten Raturalien nichts erhalten hatte, daß ber Agent von ibr zum Abschluß von jenen nicht beauftragt gewesen, daß keine solidarische Berbindlichkeit aus denselben eingetreten, auch derfelben Seitens der Lieferanten burch Annahme des auf sie gefallenen Antheils entsagt fep, jedenfalls aber ihr darnach die bei allen correis begründete Einrede der Theilung zustehe.

Das hierauf Entgegnete reducirt fich auf Folgendes:

1) Sachsen : Weimar : Eisenach und die auf bessen Seite stehenden Regierungen übergehen die den Reclamanten selbst entgegengestellten Einreden, ertennen es aber an, daß, wenn die Entscheidung ihren

> Principien gemäß gefällt werde, Sachsen: Sondershausen\*) zur Befriedigung der Reclamanten nichts weiter beizutragen, wogegen im umgekehrten Falle diese Regierung noch nicht aus dem Streite ents lassen werden könne.

2) Sachsen : Coburg : Gotha und Hildburghausen habe diese lettere Anssicht getheilt, und sich hierunter dem obigen Vertrage (Rum. 72, S. 4.) simpliciter angeschlossen.

Mit einer schließlichen Erklärung ist Schwarzburg: Sondershausen am 23. Juni 1837 präckubirt worden.

Aus der Busammenstellung dieser Verträge ergibt sich, daß für sämmtliche betheiligte Staaten sich die Streitfrage über die Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit des von dem Agenten von Riedesel ausgegangenen und in den Arnstädter Verhandlungen begründeten Peräquationsspstems als präsudiciell herausstellt, und wird daher

- I) die Rechtsverbindlichkeit dieses Systems zuerst
- a) im Allgemeinen, und fodann

<sup>\*)</sup> Schwarzburg : Sondershausen?

## 442 Abth. II. Abschn. 3. S. XI. - A. Erlogte Fälle.

b) in besonderer Beziehung auf die aus den verschiedenen Quotifa = tionsnormen und der verabredeten Geldperäquation ermittel= ten Resultate, namentlich die den einzetnen darnach herauszahlunges pflichtigen Gouvernements behufs Befriedigung der Recla = manten zugetheilten Posten,

an prüfen fenn.

Bei ber Erbrterung ad a) wirft fich querft bie Borfrage über den Gin= fluß auf, der den in den eingangsgedachten bereits entschiedenen Austrägal= sachen adoptirten Grundsähen auch auf die verliegenden einzuräumen sepn durfte. Die Regierungen von Coburg : Gotha und Meiningen : hildburghausen gehen zwar zu weit, wenn sie jenen früheren Verhandlungen einen solchen Einfluß unbedingt absprechen, und trifft der Begriff von rebus plane inter alios actis hier um so weniger zu, als sich einer Seits eine Identität der= selben Rechtssubjecte in Bezug auf die zu eutscheidende Vorfrage nicht verkennen läßt, anderntheils aber auch in objectiver Rücksicht der genaue Busammenhang, worin beide Sachen mit einander stehen, sich eben so flar herausstellt, wie solches auch von der hohen Bundesversammlung (in der 51. Situng vom 12. October 1818 lit. C. act. commiss.) bereits anerkannt ist. Aber auberer Seits murbe man ebenfalls zu weit gehen, wenn man aus den ergangenen Judicaten schon so ipso ein formelles Recht für das jepige Streitverhältniß ableiten wollte. hierin wurde ein Verstoß gegen die unbestreitbaren processuatischen Principien, über die Wirkungen und die Rechtstraft rechtlicher Entscheidungen liegen, als welche nie über die disposi= tiven Worte hinausgehen, und wonach bloke Entscheidungsgrunde selbst bei ganz flar darans zu ziehenden Folgerungen niemals den Charafter bindender Entscheidungen annehmen, in welchem Sinne fich auch das Commissions= gutachten vom 14. August 1828 ausgesprochen, und die Frage: ob die Entscheidung der damals anhängigen Ansträgalsachen für die der untergebenen Reclamationssache als prajudiciell zu betrachten, verneinend beant= wortet hat.

Fast man nun, dies vorausgeset, die Arnstädter Verhandlungen im Allsgemeinen und zwar zuerst

1) die ursprüngliche Constituirung des Thüringer Rapons, und das dadurch in Absicht auf Tragung der Ariegslasten ausgebildete Sozialverhältniß ins Auge, so zeigt sich, daß das nachmals eingetretene Bertältniß nicht unmittelbar aus jener Bereinigung hervorgegangen, sondern erst in Folge der weiteren Berhandlungen ausgebildet ist; gleichwohl sührt jenes primitive Berhältniß zu der Ueberzeugung von einer absoluten Nothwends vendigkeit eines wirklichen Socialverbandes. Die Convention vom 21. October 1813 Art. 2. und 3. statuirt bei Organissrung des Departements einen Unterschied zwischen souverainlos gewordenen oder dem Bündniß gegen Frankreich nicht beigetretenen, und den beigetretenen Staaten, indem der oberste Berwaltungsrath nur für jene mit selbstständiger Administration beaustragt, während bei letzteren die Simmischung in die innere Landesverwaltung durch eigene Berwaltung modissiert worden ist. In diesem ist denn auch der Wirfungskreis des Agenten in den Instructionen bezeichnet. Unrichtig wird aber hieraus gesolgert, als sep dadurch den beigetretenen Fürsten über

die Art der Aufbringung der Ariegsbedürfnisse freie Hand gelassen, und die Concurrenz der Centralbehörde ausgeschlossen.

Dem widerfpricht schon bas Bugeftandniß:

"daß das Departement als Repräsentant der allierten Hauptmächte befugt gewesen, zu Ausbringung des nöthigen Bedarfs für die Armeen die Rayonstaaten heranzuziehen, und unter sie die Lasten zu repartiren, und daß man die desfallsigen Anordenungen des D. B. D. zu beachten gehabt babe,"

und die in den Accessionsverträgen vom November 1813 unbedingt übers nommene Verpstichtung zur Unterstützung "par tous les moyens en leurs pouvoir," so wie die jener Centralbehörde und den Agenten beis gelegten Attribute mit den Worten:

> "Leurs Altesses s'engagent à cet égard en général aux arrangemens qu'exigera l'ordre des choses."

Hierans ergibt sich der Standpunct des Agenten von selbst. Den hohen Alliirten lag alles an einer unaushaltsamen Truppenbewegung. In größeren, hinreichende Verpstegungsmittel darbietenden Ländern, kam es bloß auf prompte Erledigung von Requisition en an; anders verhielt es sich in kleinen aneinandergrenzenden Staaten, deren einzelne Productionskraft dem augenblicklichen Bedürsniß nicht genügte, und wo zur Vermeidung einer Stockung in den Kriegsoperationen auf Heranziehung des Nachbarstaats Bedacht zu nehmen war. Hier lag es im eigenen Interesse der Alliirten, durch Regulative Ueberlästungen zu verhindern, und mehrere kleine Staaten in ein Ganzes zu vereinen. Hierüber spricht sich der Eingang der Instruction deutzlich aus. Unbeschadet also aller Souverainetätsrechte sührte die Constituirung des Rayons ein wirkliches Socialverband zwischen den Regierungen herbei, wobei reciproke Concurrenzpsticht und die (unter Leitung des Agenten) zu berechnende Lastenvertheilung den Zweck und das leitende Hauptprincip bildete.

Unter Festhaltung dieses Gesichtspuncts fragt es sich (noch abgesehen von ber spätern Gelbausgleichung)

2) weiter, ob die betreffenden Regierungen die unter Leitung des Agenten aufgestellten Repartitionsprincipe als verbindend unter sich gelten lassen muffen.

Diese Frage läßt sich nur nach dem Inhalte der Arnkädter Verhand: Inngen selbst beantworten. Der Zweck der gemeinsamen Arbeit wird deutlich in dem ersten Conferenzprotokoll angegeben: Ausmittlung des Leistungsvermögens jedes einzelnen Raponlandes und seines Beitragsverhältnisses zu den Armeebedürsnissen. Schon bei dieser Einleitung wird die Nothwendigkeit der Ermittlung des natürlichen Verhältnisses der Länder, und des damaligen, durch frühere Erlittenheiten herbeigeführten Zustandes anerkanut. Die Feststellung des sogenannten natürlichen Divisors beruht, wie vorgekommen, in den unanimen Beschlüssen vom 25. Februar und 5. März; die Resultate zeigt das Protokoll vom 2. April 1814 in den mitgetheilten Vershältnißzahlen.

Sachsen=Coburg=Gotha und Sachsen=Meiningen=Hildburghausen berufen uch zur Bestreitung der Rechtmäßigkeit dieser Repartitionsnorm

## 444 Abth. II. Abschn. 3. S. XII. - A. Erlögte Fälle.

- a) auf ben Standpunct bes Agenten gegen die Staaten, und legen ihm eine Ueberschreitung ber Instruction zur Last,
- b) auf den Mangel einer Legitimation der Deputirten, und
- c) auf die Illegalität der Art und Beise selbst, wie die Beschluffe gefaßt und realistrt find.

Anlangend nun (ad a.) die Stekung des Agenten selbst, so kommt es zwar bei der Festhaltung der Hypothese einer freiwilligen Uedereinkunst unter den Staaten auf die jenem beigelegten Attribute in so sern nicht an, als die Gültigkeit von jenen durch lettere nicht bedingt wird; indessen dient eine Kenntnis dieser Stellung, um das ganze Vertragsverhältnis in seinem alls mähligen Fortschreiten aufuklären, und die ad e, gegen die gewählte Repartitionsmethode gemachten Ausstellungen zu beseitigen.

Soute die Raponsverbindung eine Erleichterung herbeiführen, so lag es in der Natur der Sache, daß beim Mangel eines vorhin augenommenen Maaßstads die Ausmittlung des Beitrags für jeden einzelnen Bedürsnissall nicht den Bestimmungen der von einander unabhängigen Regierungen, deren Interesse sich allenthalben durchtreuzte, überlassen werden durste. Es blieben nur zwei Wege. Entweder blieb die Requisition der jedesmaligen Bedürsnissantheile den hohen Mächten selbst überlassen, oder es mußte eine verstragsmäßige Norm eintreten. Im ersten Kalle würde alles in die Häude des Agenten gelegt, von Vergütungen keine Rode, und gegen Prägravationen, eben wegen Mangels eines bindenden Vertheilungsmaaßstads, keine Abhülse zu erreichen gewesen sen. Also blieb nur der zweite Weg; und eben auf diesen deutet die Vorschrift der Instruction vom 10. December 1813 im dritten h.

"bei der Etappenverpflegung sorgt der Generalcommissär dafür ... daß an den Etappenorten .. Magazine von Lebensmitteln und Fourrage bereitet werden. Die Aufbringung dieser Lebensmittel zc. wird von ihm, unter Rückprache mit den Landesbehörden, auf den ganzen Diftrict verhältnismäßig vertheilt;"

gleichwie benn die Befugniß bes Agenten in allen gallen, wo es auf bie Bestimmung von Beitragsverhältniffen zu irgend einer Berpflegung 2c. ankommt, in Mangel einer Bereinigung nach Unborung der von allen Seiten vorgekommenen Grunde, zu entscheiden, im 13. g. mit durren Worten aus= gesprochen ift. Will man diese Instruction als solche auch an fich nicht zur Bildung von Rechtsverhältnissen an dritte Personen geeignet ansehen, so muß ihr Inhalt doch entscheiden, sobald man die vorhergegangenen obligatorischen Handlungen, wodurch sie in's Leben getreten, gehörig würdigt, und sie mit denjenigen Vorgängen zusammenstellt, die, der Mittheilung unmittelbar folgend, als concludente Handlungen für deren Anerkenntniß gelten muffen. Unrichtig ift die Boranssetzung, daß die Repartitionsbefugniß sich nur auf Dringende Falle beschränft, und bie in den § 6. 5 - 7: berührte Mitwir= Inng der Regierungen gur interimistischen Deckung des Berpflegungsbedarfs in den gu designirenden Magazinen nur den Fall berfihre, wo die Gile bes Mariches zc. die Nothwendigkeit einer Herbeigiehung aus den Magaginen geboten habe. Denn mar auch in den Accessionsverträgen einer Rachschie= bung der Bedürfnisse gedacht, so lag boch die absolute Rothwendigkeit por, augenblickliche Bedürsnisse durch Requisitionen zu decken, webn jene Nachschies bungen unterblieben, und die bloße Aussicht auf lettene machte solche Requisitionen nicht übersüssig. Zwar gedenkt weder die Instruction, noch das von Stein'sche Schreiben vom 4. Mai 1814 ausdrücklich fortd aueruder Repartitionsnormen. Allein erstreckte sich die Macht des Agenten so weit, im Fall der Nichtvereinigung selbst zu repartiren, so lag darin doch wenigstens auch die Besugniß, sich dabei ein leitendes Princip selbst zu bilden. Gerade die Bildung eines solchen würde den Vorwurf eines rein wilkührlichen Verzschlens von ihm entsernt haben; er that daher nur ein Mehreres, wenn er, wie geschehen, durch Deliberation mit den Abgeordneten dassenige zum Resulztat einer freiwilligen Convention der Debenten erhob, was ohne Vereinigung, vermöge seines Anspruchs ohnehin hätten geschehen müssen.

Dieses leitet (ad b.) auch auf eine richtige Würdigung der Stellung der Deputirten.

hierbei wiederholt fich in der jesigen Deduction (Num. 40. S. 83.) die frühere Behauptung Sachsen: Coburgs und Meiningens in Bezug auf den Mangel der Legitimation derselben. Buvörderst mußte sich hier jeder Beneifel über den 3weck und Gegenstand ber Verhandlung auf Seiten der Committenten durch das Schreiben des Agenten vom 8. Januar 1814 und durch die Instruction beseitigen. In jenem weiset der Agent auf die lettere, als sein Creditiv, bin, worin ihm sein Birkungekreis deutlich vorgezeichnet mar, und somit konnte, nachdem durch die Accessionsvortrage der Wille der hohen Mächte über seine Repartitionsbefugniß ausgesprochen mar, auch der Standpunkt der Deputirten und der Umfang ihrer Bevollmächtigung nicht zweifelhaft bleiben; sie lag in der Chat schon in der Absendung nach Arn= stadt felbft, um fo mehr, als in fammtlichen Antwortschreiben (Ant. 4-9. der Weimarischen Deduction) auch nicht die leiseste Spur einer Bestreitung des Inhalts jener Instruction zu befinden ift, vielmehr (wie es unter andern in dem Hildburghausschen Schreiben vom 19. Januar 1814 heißt) ,, in dem burch bie mitgetheilte Instruction bezeichneten Wirfungsfreise bas Mittel erkannt wird, die Sorge, die Unterthanen gegen zu schwere Anstren= gungen in Soup zu nehmen, mit einem deutschen Manne zu theilen, deffen Besinnungen dieses perfönliche Butrauen begründeten." Dochte also immerbin die Ertheilung bestimmter Bollmachten angemeffen gewesen sein, so viel ift gemiß, daß ber Agent die Deputirten nur als folche Bevollmächtigte betrachten konnte, die mit ihm im Sinne der Inftruction operirten, das beißt, durch sachgemäßes Uebereinkommen, Berbeischaffung ber behuf ber Repartirung nothigen Rotigen 2c. das Interesse ihrer Committenten mahrnahmen, und bann fic von den Resultaten der durch Convention oder Ausspruch des Agen= ten herbeigeführten Repartition felbst in Kenntuiß festen. In der ersten Conferenzperhandlung vom 25. Februar 1814 fann der Borwurf einer Man--batonberschreitung am wenigsten befunden werden. Gin anderer Imed. als Muffindung richtiger Bertheilungsgrundfase, war nicht beutbar meil as fic, :ham ale wenigftene, noch gar nicht um Repartirung für einzelne Beburfniffe handelte. Jedeg mögliche Bedenken, verschwindet aber vollende, wenn man expägte daß die Regierungen fich nicht nur gleich Anfangs zur Beschaffung deffen, mas die Regulirung der Bertheilungsnormen erheischte, bereit erklärten,

Inhalte jener ersten Conferenzverhandlung längst unterrichtet waren. Die Hypothese, daß die Abgeordneten bloß mit einem Consultativvotum versehene Agentschaftsräthe ohne active Mitwirkung dem Agenten zur Seite gestellt, ist sehlsam, und steht mit der so oft wiederkehrenden Behauptung, daß die Lastenvertheilungen als solche das Centraldepartement und dessen Organ, den Agenten, überhaupt nicht tangirt habe, in keinen Einklang zu bringen.

Ein directes pecuniaires Intereffen hatten die hohen Allierten nicht dabel, wie die einzelnen Regierungen Lasten unter sich vertheilten, so wenig ihnen einen schnell geförderte und richtige Ausgleichung gleichgültig bleiben Fonnte; direct waren bei Verhandlungen über die Vertheilungsnorm nur die concurrirenden Gonvernements selbst interessirt, und die entscheidende Stimme mar auch im Interesse ber hohen Mächte deshalb erforderlich, damit nicht der Mangel an allen Anhaltspunkten endlose Reclamationen, Wider= fprache und Weigerungen, und dadurch hochft nachtheilige Bogerungen herbeis führte. Die eigentlichen Contrahenten und Socii blieben, unbeschadet jener Leitung und Intermediation, nur die durch ihre Deputirten handelnden Regie= rungen. Satten lettere ba, wo für deren Bedarf immer eilig Rath geschafft werben mußte, das Wirken ihrer Deputirten auf bloßes ad reserendum Rehmen und Abwarten höherer Ratificationen beschränken wollen (was ohne= hin bei der endlich entscheidenden Stimme des Agenten ganz nuhlos gewesen fenn würde), fo würde darin eine kaum begreifliche Inconsequenz liegen, denn es steuten fich alsbann schon alle in den Conferenzen vom 21. Februar, 1. bis 5. März gethanen Schritte als fortwährende Mandatsüberschreitungen dar, und dennoch erfolgte so wenig eine Desavouirung derselben, daß vielmehr bas allererst am 2. April vorgelegte Ergebniß aus ben von den Regierungen selbst suppeditirten Materialien hervorgegangen und in Wirksamkeit geset ift, daher Uspian's Grundsas: Semper qui non prohibet, pro se intervenire, mandare creditur

#### L. 60. D. de R. j.

hier vorzugeweise Anwendung findet.

Was endlich (ad o.) die Ausstellungen gegen die bei Auffindungen der Maakstabe befolgte Methode betrifft, so wiederholt sich auch hier der dem Benehmen des Agenten in den entschiedenen Sachen gemachte Vorwurf eines ungeregelten, dunkeln, herrischen und captidsen. So weit fich solcher auf die Berichtigung des Legitimationspuncts beziehet, findet er schon in dem ad b Bemerkten seine Erledigung. Hatte ber Agent (zufolge eines angebich von dem Hildburghausischen Deputirten geführten Geschäftsjeurnals) fich, fo tange es sich um bloße Regulirung der Beitragspflicht, nicht um wirkiche And= gleichung handelte, auf bloße bedingte Vollmachten nicht einlaffen wollen, fo hatte er vollkommen Recht, weil sonst ber ganze 3med der Berhandlung verfehlt ware. Gleich ungerecht ift aber auch ber Vorwurf, daß er ben Gang des Berfahrens in beständigem Halbdunkel erhalten. Die ersten Protokolle in ihrer dronologischen Ordnung zeigen, daß das Geschäft durch Aufstellung augemeiner Principe vorbereitet, über die zur Heraudstellung bestimmten Gegen= stände biscutirt ift, die gemachten Ginwürfe genau registrirt, und bann erft bie Resultate vollständig dem spätern Protokolle vom 2. April einverleibt find.

Won dunkter Fassung und einer übereilten Procedur findet sich dabei so menig, wie von einem captibsen Benehmen, wodurch eine Irrleitung über die Stellung der Committenten veranlaßt worden, irgend eine Spur. Ueberhaupt aber eignen fich alle vorgekommenen vagen Andeutungen über die Runft des Agen= ten, sich durch Offenheit, Budringlichkeit und Gastfreundschaft die Deputirten personlich zu gewinnen, sichtlich zu keinem fernern Beweisverfahren. Dies gilt namentlich von der bei Auffindung der Divisoren angewandten Methode, qu= mal die ganze scharfe Kritif derfelben dem Gebiete der richterlichen Dijudica= tur völlig fremd ist. Giner Gigenmächtigkeit kann man den Agenten insbeson= dere auch nicht bei der spätern Anwendung des sogenannten Erlittenheitsdivisors zeihen, da schon bei Eröffunng der Verhandlungen mit allgemeiner Bustimmung für nothwendig erfannt mar, nicht nur das gewöhnliche ungestörte Berhältniß ber Länder, sondern auch den "gegenwärtigen Buftand berfelben" nach den mancherlei erlittenen Opfern und Berluften zu eruiren, und in diefem Sinne wurde (nicht einst auf Anregung des Agenten, sondern nach einem Vorschlage des Gothaischen Deputirten) per majora bestimmt, daß die bisherigen Erlittenheiten vom 1. September 1813 an gerechnet, früher historisch dargestellt, und namhafte (der fernern Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar nachtheilige) ausgeschieden und besonders aufgestellt werden sollten. Ganz folgerecht mit der vorhergegangenen Verhandlung vom 1. März 1814 wurde der Unterschied beseitigt, ob frühere Erlittenheiten durch Feind oder Freund herbeigeführt sepen, und eben so folgerecht murde bestimmt, daß bei der Un= möglichkeit einer formlichen Berechnung höchstens eine approximative ge= stellt werden könne, wobei die pflichtmäßigen Ansatze den Landesbehörden zu überlassen, mit wörtlich hinzugefügtem Grunde: "weil es dermalen le= diglich auf Ausmittlung des Leistungsvermögens ankomme." So wie man, um das Beitragsverhältniß nach den Staatsfraften zu erfor: schen, sich Quellen aus dem ganzen Gebiete der Statistik zu eröffnen, und Population, Arealgehalt 2c. in Anschlag zu bringen hatte, lag auch naher Anlaß vor, diese Divisoren nach den unmittelbar vorbergegangenen Ereigniffen zu ermäßigen. Alle jene statistischen data gehörten einer Periode an, wo sich die Länder in einem Zustande befanden, der nachmals nicht derselbe blieb; es fam darauf au, wie die Folgen dieser Greignisse zu eruiren ma= ren; wh aber gerade bei der Berücksichtigung früherer Erlittenheiten der völlig richtige modus gewählt, ob namentlich erforderlich war, das Nationalvermö= gen der zehn Staaten vom 1. December 1813 bis inol. Februar 1814 zu ermitteln, und dann noch besonders zu untersuchen, wie viel durch fremde Truppen vom Abwurf und Substanz des Nationalvermögens in obigem Zeit= raum wirklich consumirt worden, und ob überhaupt die von Sachsen-hilb= burghausen (Anl. A. der frühern Erceptionsschrift, S. 33. 889.) gemachten Rügen theilweise begründet senen, dies alles läuft wieder auf Momente hinaus, die der richterlichen Reflerion nicht anheimfallen; letterer muß es genügen, daß die befolgten Grundsäge auf wirklicher Uebereinkunft beruhen.

#### Es fommt sonach

III. jest noch auf eine Untersuchung an: ob sämmtliche Raponstaaten auch dasjenige, was durch ihre Deputirten über eine Geldperäquation pactirt, als verbindend anzuerkennen haben.

## 448 - Abth. II. Abschn. 3. S. XII. — A. Erlogte Fine.

Nothwendigkeit einer eigentlichen Ansgleichung in baarem Gelde lag zwar weder in dem Iwecke des Bereins, noch begründete sich solche durch die Accesssonsverträge. Allein es blieb, bei vorausgesepter Existenz eines Socialverbanzdes eine Ausgleichung überhaupt selbst dann nothwendige Folge, wenn nach sestgesepten Quotisationsprincipien alles zu Liesernde in natura herbeisgeschafft wäre, so gewiß es die Natur jeder Societas mit sich bringt, daß am Schlusse des Geschäfts geschichtet, und durch zugelegte Finalabrechnung eine vollständige Auseinandersesung der Socii bewirft wird.

6. 1 — 3 Inst. de soc.

L. 29. 30. §. 1. L. 67. D. pro Socio.

Gleichwie bei einer Societas quaestuaria die eingetretenen Verluste nach

L. 52. §. 4. pro Socio

im Verhältniß der Einlage vertheilt werden, eben so mußte auch da, wo es fich um Vertheilung gemeinsamer Lasten handelte, der pactirte, auf die der Societät zu Gebot stehenden Staatsträfte begründete Maaßstab entsseiden.

Wenn baher in der Conferenz vom 2. April, zur Umgehung der mit einer gemeinschaftlichen Ragazinverwaltung verbundenen Schwierigkeiten, verab: redet wurde, daß die Beiträge, welche nach dem Rechnungsschlusse von einem Staate an den andern zu leisten, nach destimmten Preisen geschehen sollten, beide jedoch verbunden, nach vierzehntägiger Kündigung die ein concurrenze pflichtiges Land tressenden Rationen und Portionen in natura resp. zu leisten und anzunehmen, so liegt darin, und in den durch den Gang der Ereignisse veranlaßten späteren, auf die Wahl zwischen Naturalvergütung und Geldauszgleichung bezüglichen Abreden, kein erst jest constituirtes Socialverhaltniß, sondern eine den Umständen angepaßte Amplisication und nähere Bestimmung des schon bestehenden Verhältnisses, als Nebenvertrag zu einem bereits errichteten Hauptvertrage.

Die in den beiden früheren Processen namentlich gegen die pactirte Geldsperäquation opponirten übrigen Einreden des dolus, der Concussion und des Irrthums, bedürfen hier keiner nochmaligen aussührlichen Widerlegung. Nasmentlich gehören dahin die vorgekommenen Behauptungen, der Agent habe

- 1) den Deputirten die unrichtige Instruction vorgelegt,
- 2) Rechte simulirt, die ihm über die souverainen Fürsten niemals beigelegt worden, und
- 3) durch vorgespiegelte Erleichterungen die Behörden zur Einlassung auf sein kunstliches Geschäftsgewebe inducirt, dieselben im Dunkel gehalten, die Deputirten eingeschüchtert und dann wiederholt durch Gastereien bestochen, sie unvorbereitet zur sofortigen Abgabe willkürlicher Erklärungen über unbekannte Thatsachen gezwungen, Geschäftsberichtigungen verlangt, deren Unmbglichkeit er selbst herbeigeführt, und in Fällen, wo man seinem Ansimen Widerspruch entgegengesett, mit Unannehmlichkeiten und militärischer Erecution gedroht.

Diese mancherlei Einwendungen sind unerheblich befunden, weil

- ad 1) der Inhalt der beiden producirten Instructionen, wie sich auch jest gezeigt hat, keine wesentlichen Abweichungen enthalten;
  - ad 2) durch eben diese Instructionen der Umfang der Befuguisse bes

Agenten vorlag, dieselben auch auf Verträge der Regierungen unter sich wes nigstens keinen directen Einfluß äußern konnten;

ad 3) aber alle jene Momente schon ihrer Allgemeinheit wegen, und bei ermangelndem Causalnerus, mit den Uebereinkünften selbst, sich zur Einleitung eines Beweisverfahrens nicht eigneten.

Der exceptio erroris fieht insbesondere noch entgegen, daß fie nach

L. 45. D. de contr. e. v. L. 16. §. 2 de liberali causa etc. nur durch entschulb aren Irrthum begründet wird, welcher hier nicht anzunehmen; daß ein bloß über die Beweggründe obwaltender Irrthum nach

L. 65. D. de condict. indeb. und ein bloßer error concomitans, welcher die essentialia negotii nicht berührt, in Bezug auf ein sonst gültiges Hauptgeschäft ohne Einsluß bleibt, wogegen im vorliegenden Falle die Verbindlichkeit zur verhältnismäßigen Concurrenz bereits feststand.

Bei der sich auch hier wiederholenden Einrede der fehlenden Legitimastion und der Mandatsüberschreitung gilt das schon oben Bemerkte, daß schon in der Abordnung der Deputirten selbst der Grund liege, sie zu demjenigen, was sie gethan, für ermächtigt zu halten. Nachdem das Princip einer vershältnismäßigen Lastentragung einmal angenommen und über die Vertheilungsnorm pactirt war, blieb den Deputirten kein weiteres Geschäft, als eine Berathung über die Modalitäten der Ausführung über. Es waltete eine Nothwendigkeit vor, daß alle dahin einschlagenden Maaßregeln im Auftrage der Deputirten liegen mußten, wie solches auch in der Instruction selbst mit den Worten:

"zugleich auch der Erlaß der zur Ansführung nöthigen Maaßregeln, wozu jene Deputirten autoristrt senn muffen",

unzweideutig ausgesprochen ist. Unter diese Maaßregeln gehörte die befragte um so gewisser, als das beliebte System nur die Vereinfachung der Repartizion bezweckt. Alles über Geldausgleichung Vereinbarte erscheint um so mehr als einfache Verwaltungsmaaßregel, als vermöge der stipulirten Kündigungsbefugniß keine Regierung über zwei Wochen an den gewählten Rodus gesbunden war; aber außerdem steht der Einrede auch die nachmals durch schlies gende Handlungen erfolgte Ratissication entgegon.

Nach den Gesetzen

L. 68. §. 2. L. 18 mand. L. 12 de evict. L. 60 de reg. juris geht schon aus bloßem Stillschweigen eine nur durch den Beweis des Gegenztheils hinwegzuräumende Vermuthung des ertheilten Consenses alsdann hervor, wenn derjenige, über dessen Eigenschaft als Mandatar überhaupt kein Iweisel obwaltet, irgend eine dem Geschäfte, wozu er bestellt worden, angehörige Handlung vornimmt, ohne daß derselbe von dem Mandanten, der davon zeitig in Kenntniß gesest werden konnte, sosort und re adhuc integra widersprochen wird; ein auch im Völkerrechte (sosort und re adhuc integra widersprochen wird; ein auch im Völkerrechte (sosort und Staatsvertrag beurtheilt werden könnte) unbestrittener Grundsaß.

v. Martens Europ. Bölkerrecht, S. 70, §. 58.

Schmelzing, praft. Bölferrecht, Thl. 2, §. 377, S. 304.

Bufolge desselben durften die Regierungen zu der vermeintlichen Volls machtsüberschreitung, am wenigsten aber zu den Beschlüssen vom 2. April 1814 Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thl.

bracht werden dürfen, so liegt boch nirgends, wie früher geltend gemacht, der Einfluß so flar vor, den eine etwaige Aussicht einer Rückvergutung auf Die Arnstädter Beschlüsse geäußert. Die im Conferenzprotokolle vom 2. April vor= tommende Bemerkung: "daß es sich von felbst verstehe, daß, wenn die ge= "meinschaftlichen Leistungen zu den von den höchsten Allierten zugesicherten Ver= "gutungen geeignet, das concurrirende Land nach dem Berhaltniffe feiner "Beiträge mit bem baburch unterstütten gleiche Ansprüche auf jene Bergutung "erlange, daß deswegen . . über alle und jede Beiträge . . Bescheinigungen zu "ertheilen, und daß diejenigen Länder, welche durch ihre Beiträge Mitereditoren "mürden, bei der Liquidation mit den Commissaren der hochsten Verbundeten "concurriren, und ihren Antheil der Bergütung, sobald solche erfolge, un= "verfürzt erhalten follten" - Deutet zwar auf eine Ausficht zur Vergütung, berechtigt aber nicht zu bem Schluffe, daß die Raponsregiedungen über keinen Ausgleichungsmodum pactirt haben wurden, wenn fle die nachmalige Berschla= gung des Frankfurter Obligationssystems vorausgesehen, am wenigsten zu der Behauptung, daß das Peräquationespstem zu den letten in einem bloß subst= diairen Berhältniffe gestanden; denn es mochte das lette Ergebniß jenes Frankfurter Systems senn, welches es wollte, immer lag zur Beit der Arnstädter Conferenzen die unbedingte Nothwendigkeit der zu repartirenden Leistungen vor, und konnte selbst bei der Voraussehung des unerfreulichen Ausgangs von jenen nicht umgangen werben.

Endlich ist auch hier, wie in den entschiedenen Sachen die Einrede der Läsion aus dem gedoppelten Grunde verworfen, einmal, weil nach völker= rechtlichen Grundsägen

Vattel 1. c. L. II. C. 12, §. 158.

Martens droit des gens p. 57. §. 45.

überhaupt keine Verletzung, wie im Civilrecht, die zwischen Staaten eingegansgenen Verträge rückgängig macht; dann aber, weil schon nach der Natur der hier befr. Uebereinkunft, die nur nach statistischen Theorieen zu benrtheilende Frage über etwaige Lässonen niemals durch ein noch jest nach Verlauf so viesler Jahre einzuleitendes Verfahren juristisch zu constatiren möglich sepu würde.

Es bleibt jest (ad b) noch die Frage zu beantworten, ob die aus den Quotisationsnormen und der verabredeten Geldperäquation ermittelten Resultate (hier in namentlichem Bezug auf die Lieferantenforderungen) schon jest von den betheiligten Regierungen als verbindlich anzuerkennen sind, oder es hierüber noch einer Beweisauflage bedarf.

Sachsen=Coburg=Gotha und Sachsen=Meiningen=Hildburghausen inhäs riren noch jest ihrer Behauptung, daß auch der leste Theil des Geschäfts, welcher zum Finalabschluß geführt, weder in der amtlichen Wirksamkeit des Agenten, noch in einem ihm ertheilten Auftrage gelegen. Auch hierin kann ihnen nicht beigepflichtet werden. Im ersten Plane lag es allerdings nicht, die Vergütungen erst am Schlusse des Geschäfts festzustellen, vielmehr sollten am Ende jedes Monats über die zur Ausgleichung geeigneten Gegenstande die Rechnungen geschlossen und vor Ablauf des solgenden dem Agenten eingesschicht, später eingesandte Rechnungen für die nächsten Monate zurückgelegt, und die ganz verspäteten gar nicht berücksichtigt werden. "Auf diese," lautet

der Beschluß, "von der zu diesem Geschäfte beaustragten Behörde, und außers dem noch von den Deputirten zc. gehörig beglaubte Rechnungen solle sodann der Agent die Repartition. bewirken, und das, was hiernach ein Land an das andere hinauszuzahlen, sen vor dem Ablauf des folgenden Monats ohne Rest abzusühren." (Cf. den Beschluß vom 2. April 1814.)

Daß diese Verabredung nicht realisitet, vielmehr auf den Grund der vertragemäßig eingefandten Liquidationen nur zwei Abrechnungen aufgestellt sind, von denen die erstere bloß die Monate März und April umfassende der lettern als Schlußrechnung einverleibt worden, ist actenmäßig; hierin liegt aber kein Grund zur Anfechtung der ermittelten Resultate. Lagen nämlich bindende Repartitionsnormen vor, und waren durch die Liquidationen die Beträge der Leistungen nach vorgängigem Moniturverfahren constatirt; so stellt sich die Anfgabe, aus den gegebenen Größen die dritte, ben ganzen Beitraum um= fassende aufzufinden, als eine rein arithmetische dar, und es ist gleichgültig, ob deren Lösung vom Agenten oder sonst Jemanden ausging. Wenn auch hier in objectiver hinsicht bas zur Ausgleichung Geeignete auf einige namhafte Leistungen beschränkt werden wollen, so erledigt sich diese Restriction durch die klaren Worte des Beschluffes vom 2. April, welcher besagt: -- ,,nach "diesem Maakstabe sollen zwischen ben sammtlichen Districtslanden bie von "denselben seit dem 1. Marz . . . bescheinigten Kriegsprästationen . . . "ober Alles, was zum Unterhalte des Militärs . . . nöthig ist, wechselseitig "ausgeglichen und vergütet werden." — Dabei zeigt fich ans ben Berhand= lungen vom 17. März und 13. September, daß fämmtliche bis bahin getra= gene Lasten nebst der darüber gegebenen Nachweise von den Deputirten durch= gegangen, detaillirt, geprüft und monirt, manche Ansage sofort gestrichen ober ermäßigt, und diese Monitionen Seitens der Liquidanten entweder nachgege= ben oder zum compromissarischen Ausspruch des Agenten verstellt sind. Jeden= falls steht aber dem nachherigen Ansinnen eines noch jeht über die einzelnen liquidata zu führenden Beweises die Regel: ad semel renunciata non datur regressus (wenn gleich der Socialverband die Pflicht der Sociorum zur reciprofen Rechnungslegung nicht ausschließt) entgegen, nachdem am 13. September die Erklärung der Deputirten erfolgte: "wie sie auf den "Grund der früheren Berhandlungen und im vollen Bertrauen auf "die Rechtlichkeit der tiquidirenden Behörde von der speciellen Nachweise "um so mehr abgehen zu muffen glaubten, als die meisten Behörden ihre "Quittungen nach Frankfurt eingesandt hätten, und deren Vorlegung daher "nicht möglich sen." Anlangend ben Ginmurf, daß der Agent bei Fertigung der Tableaux einseitig und millführlich bas Guthaben einzelner Länder durch Anweisungen auf die übrigen, die nach seinem Calcul zu wenig geleistet, gedect habe, so tangirt er zwar bas jetige Streitverhaltnif nicht birect, ver= bient aber feine Berücksichtigung, weil er fich höchstens im Munde eines ber Ereditoren, nicht aber des Schuldners rechtfertigen laffen wurde, da, menn man sich bei Aufstellung der Tableaux bloß auf allgemeine Auswerfung der zu zahlenden ober zu empfangenden Summen beschränkt hätte, auch dann die Bahlungepflicht ber Debenten nicht minder festgestanden haben würde.

Einige, noch besonders auf die Lieferantenforderung bezügliche Einwurfe:

- 1) daß ber Agent zum Abschlusse ber Abmodiationsverträge von den Regierungen Coburg-Saalfeld, Meiningen und Hildburghausen nicht beauf: tragt sep;
- 2) daß die Errichtung der fr. Hülfsmagazine keine unentgeltliche Uebers lassung der Vorräthe, sondern nur die Wöglichkeit momentaner Unterstühung mit Vorbehalt des Ersases bezweckt, und
- 3) daß vor Anschaffung der Verpstegungsbedürfnisse durch Admodiation erst Entschließungen über die Truppendissocation gefaßt und angezeigt werden follen;

läßt sich schon im Allgemeinen entgegensepen, daß die befr. Forderungen der Lieferanten in das Generaltableau aufgenommen sind, und bei deren versbindenden Kraft ebenfalls als verbindend angenommen werden muffen.

Außerdem aber beruht ad 1, die Bevollmächtigung des Ageuten zum Abschluffe der Verträge allerdings schon in dem Conferenzbeschluffe vom 15. Mai 1814, um so mehr, als nach dem Obigen die Leitung des Ganzen ohnehin schon in deffen Sande gelegt, und einer eigenen Beauftragung irgend eines andern zu dem fraglichen Geschäft, namentlich einer ber betheiligten Regierungen oder deren Beamten nirgend gedacht mar. Hiernachst konnte (ad 2) von einer unentgeltlichen Ueberlassung der Magazinvorräthe freilich keine Rede sepn; daraus folgt aber nicht, daß biejenigen Regierungen, welche sich einer solchen Aushülfe bedienten, solche ohne allen Entgeld genossen, indem es eben die allgemeine Ausgleichung mit sich brachte, daß, wie denn auch ge= schehen, jedem einzelnen Staate, bei Liquidirung seiner Leistungen bas aus bem gemeinschaftlichen Magazin Bezogene, ind debet geschrieben, und von seinem bonisicando abgesett murde. Gleich ungerecht ist (ad 3) bie Beschuls digung einer Voreiligkeit beim Abschlusse der Verträge, denn außer daß der= selbe an nähere Bedingungen nicht geknüpft war, blieb den Deputirten (denen faut Protofolls vom 15. Mai oblag, binnen acht Tagen das Röthige über den modum der zum Unterhalt einer Etappe and einem andern Lande zu leistenden Beiträge vorzulegen) Beit genug zur Erfüllung dieser Obliegenheiten, und der Agent würde sich bei deren Nichterfüllung verantwortlich gemacht haben, wenn er beim Anmarsch der Truppen die nöthige Anschaffung länger versaumt hatte. Selbst aber eine Uebereilung würde, wie Sachsen=Beimar ganz richtig bemerkt, höchstens die Folge haben konnen, daß die betheiligten Staaten fich auf Annahme ber burch Admodiation beschafften Borrathe nicht einzulaffen gebraucht. Da aber biefe Annahme wirklich erfolgte, und benjenigen Regierungen, welche fich ber Magazinvorrathe bedient, das Empfangene angerechnet ift, fo erledigt fich auch diefer lette Ginmurf von felbft, und fam somit die oben aufgeworfene Frage über die Rechtsverbindlichkeit des Perä= quationespfteme, sowohl im Allgemeinen, ale in specieller Rückucht auf bas jepige Streitobject nur zum Nachtheil von Sachsen = Coburg = Gotha und Sachsen = Meiningen = hilbburghausen beantwortet werden.

Sandelt es fich nach dem Bisherigen jest noch um die rechtlichen Fol= gen einer bejahenden Beantwortung der obigen Frage, so konnten dieselben

gu keinem aubern als dem in dem Erkenntnisse ansgesprochenen Resultate führen. Denn gleichwie actenmäßig zu den Ergebnissen der endlichen Schluße rechnung auch die das jetige Streitobject bildenden Beträge gehören, so der ruht es in confessis der Regierungen Sachsen=Coburg:Gotha und Sachsen=Weiningen:Hildburghausen (nr. 40. act., p. 24. sq.), daß demgemäß, unter Grundlage der den betressenden Regierungen under dem Titel: Ueberweisung der Andgleichungessumme für die Monate März bis August 1814 zugesertigten Schlußrechnung, den Lieferanten Anweisungen an die Regierungen auf die vertragsmäßigen Beträge zugesertigt sind. Die rechtliche Folge obiger Prämisse kann also nur die sepn:

daß nach Maaßgabe solcher Affignationen die Verbindlichkeit der bei dem Chüringer Rayon betheiligten Regierungen zur Vertretung der befr. Forderung als feststehend angenommen werden muß.

Das ganze Peräquationsgeschaft stellt sich als ein in seinen einzelnen Zweigen und Fächern unzertrennliches Ganze bar, dergestalt, daß unmöglich einzelne Theile desselben als nicht verbindend herausgerissen werden konnten.

Dies tiegt schon in dem Begriffe einer all gemeinen Ansgleichung und es kann obige Folge auch weder a) durch den Umstand, daß andere Staaten (namentlich Sachsen-Weimar-Eisenach, Altenburg und Reuß) sich der Liesferungsgegenstände zumächst bedient haben, noch b) dadurch, daß von den Reckamanten in der Folge die Gesammtheit des Rahons auf Vertretungspslicht in Anspruch genommen ist, ausgehoben werden. Denn (ad a.) läßt sich der Gesichtspunct einer in rem versio hier nur in so sern aussassen, als die in Folge der Admodiation geschehenen Lieserungen für den ganzen Rapon geschehen sind.

Ob und in welcher Maake aber nach der Lieferung jene Naturalien benust und verwendet sind, influirt auf das befr. Verhältniß um so weniger, als alles von einzelnen Staaten aus den Magazinen Bezogene von denselben virtualiter bereits in Folge obiger Schlußrechnung erstattet worden ist. Roch weniger fann aber auch (ad b.) dasjenige, was aus der Rechtsverbindlich= teit ber Ausgleichung folgt, durch die Behufs Rechtsverfolgung gethanen Schritte der Lieferanten eine Aenderung erleiden. Allerdings haben die lette: ren, und zwar mit vollem Rechte, ihre Ansprüche gegen alle Regierungen des Rayons, eben weil ihnen diese sammtlich contractlich verhaftet waren, gerichtet; allein hier, wo eine Entscheidung der Vorfrage im Sinne des g. 30. der Wiener Schlußacte verlangt wird, kann es schon überhaupt auf Antrage der betheiligten Gläubiger nicht antommen, ba, wenn and ihnen der gange Rapon folibarisch verhaftet bleibt, bennoch dadurch diejenige Berbindlichkeit der einzelnen Raponlande, welche auch die Ausgleichung sethst begründet und baher bem Berhältniffe ber Regierungen gu bem Reclamanton völlig fremd ist, keineswegs ausgeschlossen bleibt.

Die endliche Frage über den Umfang der abzugebenden Entscheidung beantwortet sich schon durch den hohen Bundesbeschluß vom 14. Wugust 1828, wodurch jene Entscheidung, unter Hinweisung auf den Art. 30. der Wiener

Schlußacte, lediglich auf Vertretungsverbindlichkeit, mit anderen Worten auf Feststellung des Passiv=Legitimation of uncts beschränkt ist. Hieraus und nach dem bereits erfolgten Ausspruche in der Ordination vom 7. Juni 1833 folgt von selbst, daß nicht nur über die Frage, nach welchen Grundssähen und nach welchem Zinssuße eine Verzinsung der fragtichen Forderungen eintreten müsse, vom Austrägalgerichte nichts entschieden werden konnte, sondern daß auch alle Verhandlungen, welche sich auf den nächsten Grund der Forderungen selbst beziehen (in so fern sie nicht mit der allgemeinen Vorfrage in Verbindung stehen), so wie alle Einreden einzelner Staaten, wodurch deren Verpstichtung zur Vertragserfüllung aus speciellen, in eigenthümlichen Verhältnissen beruhenden Gründen beseitigt werden soll, gänzlich außer dem Vereiche der richterlichen Wirtsamkeit des Austrägalgerichts liegen.

Bufolge der entwickelten Grundsätze ruht die Pflicht zur Vertretung der Gesammtforderung von 13,077 Thlr. 17 Gr. 2 Pf. ursprünglich auf den 1814 bestandenen drei Regierungen Sachsen=Coburg=Saalfeld zu 5,626 Thlr., Sachsen=Meiningen zu 3,087 Thlr. und Sachsen=Hildburghausen zu 4,364 Thlr. 17 Gr. 2 Pf.

Nach der mittlerweile eingetretenen Territorialveränderung, wodurch nach Ausgang des Sachsen:Gotha:Altenburgischen Hauses jene drei Lander in den alleinigen Besitz der jestigen Regierungen Sachsen: Coburg: Gotha und Sachsen:Meiningen:Hildburghausen gelangt sind, ist obige Verspslichtung auf lettere Staaten übergegangen. Es kommt also noch darauf au, wie unter diesen vertretungspslichtigen Staaten die Antheile zu bestimmen sind.

Hiernber murben zunächst a) die Bestimmungen entscheiben, melde etwa wegen verhältnismäßiger Uebernahme der auf obigen Landestheiten haftenden Schulden bei deren Uebergange an die jesigen Regierungen ge= troffen sind; oder es wurde b) bei deren Ermanglung eine nochmalige Ausmittlung der Staatsfräfte der betreffenden Landestheile erforderlich senn, in deren actuellem Besit sich vorgedachte beide Regierungen befinden, um darnach das Comurrenzverhältniß unter diesen beiden festzustellen. In beiden Fällen fehlt es für eine definitive Feststellung der Quoten noch an jeder ma= teriellen Grundlage. Denn (ad a) wird zwar in der Schlußschrift (Num. 58, S. 12.) im Allgemeinen eines Nebenvertrags vom 12. November 1826 gedacht; über den Inhalt deffelben aber fehlt es noch zur Beit in den vor= liegenden Acten an jeder genügenden Auskunft. Sben so wenig liegen aber auch (ad b.) die erforderlichen Materialien vor, um das befragte Theil= nahmverhältniß nach den Staatsfraften und Ginnahmen der einzelnen ver= tretungspflichtigen Landestheile zu bestimmen. hierdurch rechtfertigt fich bie am Schlusse bes Erfenntnisses gemachte Auflage.

Die übrigen Raponstaaten (und zwar Sachsen=Weimar=Eisenach, Sach= sen=Altenburg, Schwarzburg=Rudolstadt und Renß, weil ihnen von den fraglichen Lieferantenforderungen nichts überwiesen, Schwarzburg=Sonders= hausen aber, weil die auf diese Regierung überwiesene Antheilssumme bezrichtigt, und in dem Gegenstande der Reclamation nicht mit begriffen ist mußten dagegen von jeder Vertretungspflicht freigesprochen, endlich aber

## Arnoldi u. Elkan, Forderungen an d. Thur. Rayonverband. 457

die Rosten des Rechtsstreits den verurtheilten Regierungen in Folge der Succumbenz in der Hauptsache, und zufolge der Bestimmungen der

Ober=Appellations=Gerichtsordnung Th. II, Tit. 13, §. 1. in Ermanglung von Compensationsgründen allein zur Last gelegt werden, und ist daher überall in geschehener Maaße zu erkennen gewesen.

(L. S.) F. E. v. d. Often.

Strampe."

### Mainzer Staatsglänbiger,

in specie Mainzer (and Wormser) Stifter. (Band I. S. 850-905.)

(Schlieft fich unmittelbar an bie lette Beile vor den Urtheilen in Band I. S. 881.)

Im Jahre 1837 hatte Präsidium in Sess. VIII. S. 89. die Ankunft zweier eingegangenen Urtheile des Austrägalgerichts mitgetheilt.

Is 38. Im Jahre 1838 erstattete der Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsische Gesandte, in Soss. II. S. 43. S. 102, Namens der Reclamationscommission Vortrag über eine (Sess. I. S. 31. S. 72.) an die Bundescanzlei gerichtete Eingabe (Nr. 35. des Eingabenregisters v. J. 1837) des H. Trautwein zu Worms.

Referent bemerkt zunächst, nach Anziehung des Beschlusses, wodurch in Betreff des Schulden- und Pensionswesens mehrerer vormals geistlicher Stifte zu Worms und zu Mainz, zwischen den betheiligten höchsten und hohen Regierungen verschiedene Austrägalversahren nach dem Art. XXX. der W. Schl. Akte beschlossen und das Ob.=App.-Gericht zu Jena zum Austrägalgericht erwählt worden, daß dieses Gericht im verstossenen Jahre in seinem Berichte d. d. 28. März, Soss. VIII. §. 89. S. 255, unter Anderem Folgendes angezeigt habe:

"Gegenwärtig blieben nur noch die zwei Austrägalsachen bei ihm anhängig:

1) zwischen dem Grßhrzgthm. Hessen und bei Rhein für sich und im Namen der Krone Preußen, wider die Kronen Desterreich und Bayern, wegen Beitragspslicht zu Tilgung gewisser Schulben von vier ehemaligen Stiften zu Worms und Mainz, begehrt wegen der Veräußerung von einzelnen Stiftsgut-Pertinenzien, welche während der gemeinschaftlichen Administration

Mainz. u. Worms. Stifter, - Pensions = u. Schuldenw. 459

des linken Rheinufers in den Jahren 1814 bis 1816 geschehen sepen, und

2) was zunächst hierher gehöre, zwischen berselben Rlägerin und ber Krone Bayern, auch bem Grßhrzgthm. Baben, wegen Concurrenz zu Berichtigung gewisser von dem ehemaligen St. Martinsstifte in Worms contrahirten Darlehnschulden, nebst deren Zinsen seit dem 1. Mai 1816."

Auch über diese beiden Sachen seinen Erkenntnisse bereits beschlossen und Termin zu deren Eröffnung schon anberaumt; zu einer desinitiven Entscheidung würden diese jedoch noch nicht reif senn, weshalb die betreffenden Aktenstücke noch zurückbehalten werden müßten.

Dermalen wende sich nun — fährt Referent fort — H. Trautwein zu Worms, für seine Chefrau Sophia Menzer, die bei dem Schulbenwesen des ehemaligen St. Martinsstiftes betheiligt fen, mit einer Worstellung hierher, und führe barin an, baß — ba in Austrägalsachen des Grßhrzgthms. Hessen und bei Rhein, Kläger an einem, wider die Krone Bayern und das Grihrzgthm. Baben, Beklagten am andern Theil, wegen der Verbindlichkeit, zu Tilgung von Schulden des ebemaligen Collegiatsstiftes, das St. Martinsstift, zu Worms beizutragen, das Gröhrzgthm. Heffen und bei Rhein den ihm auferlegten Beweis nicht allein binnen ber vorgeschriebenen sechzigtägigen Frist, sondern auch in der um einen gleichen Zeitraum durch Decret vom 6. Juli laufenden Jahres verlängerten Frist nicht angetreten und daher die. Beklagten von der wider sie erhobenen Klage und sonach von der Theib nahme an der fraglichen Schuldentilgung durch Urtheil vom 14. Oftbr. laufenden Jahres entbunden worden waren — nunmehr bas Großherzogthum Heffen und bei Rhein diese Schuldentilgung für sich allein vorzunehmen habe, und wohl nichts mehr im Wege stehen möchte, die betreffenden Gläubiger, resp. deren Erben oder Rechtsinhaber, endlich zu befriedigen.

Hieran werbe die an die Bundescanzlei gerichtete Bitte gereiht: Hoher B. A. die Bitte vorzutragen, Hochihre Vermittlung dahin einstreten zu lassen, daß die fraglichen Gläubiger des Grßhrzgthms. Hessen und bei Rhein nunmehr endlich ohne längern Verschlich sür ihre resp. Forderungen befriedigt würden. In dem Gutachten äußert sich Reserent, daß dieses Anliegen sich in jeder Hinsicht als unstatthaft darstellen dürfte, indem es nicht an die B. Versammlung, sondern an die B. Cauzlei gerichtet wurde, Reclamant sich wegen desselben nicht gerechtsertiget und das Erkenntniß, auf welches solches gegründet werde, nicht beis

ŢØ

110

300

ny #

: 96

Talia

gebracht habe, während, auch bei vorausgesetzter Richtigkeit der Praemissen, jenes sich unsehlbar darauf beschränkt haben dürfte, die Vertretungspflicht der Grßhrzgl. Hessischen Regierung auszusprechen.

Der hierüber S. 104. auf Antrag gefaßte Beschluß laatet:

"Der Reclamant H. Trautwein zu Worms werde mit seinem am 22. November 1837 eingereichten Gesuche abgewiesen, insbem solches nicht an die Hohe Bundesversammlung, sondern an die Bundescanzlei gerichtet wäre, auch Reclamant sich wegen besselben nicht gerechtsertiget und das Erkenntniß, auf welches solches gegründet werde, nicht beigebracht habe."

In demselben Jahre 1838 gibt Präsidium Kenntniß, in Sess. X. §. 133. S. 347, von einem durch den Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächssischen Gesandten erhaltenen Schreiben des Grßhrzgl. Sachsen-Weismarischen- und Gesammt Db.-App.-Gerichts zu Jena d. d. 10. Mai L. I.

Unter Bezugnahme auf ben letten Bericht d. d. 28. Marz 1837 heißt es barin:

In der That waren bie am 12. Januar und 22. Marz v. I. von und beschlossenen Urtheile in den erwähnten beiden Austrägalsachen nur Zwischen-Erkenntnisse auf Beweis und Gegendeweis. — Allein die klagende Gröhrzl. Hefsische höchste Regierung habe sich an dem ihr darin auserlegten Beweise demnächst versäumt, und sen deshalb durch die desertorischen Erkenntnisse vom 13. September desselben Jahres mit ihren beiden Klagen abgewiesen und in die Proceskosken verurtheilt worden.

Hiergegen habe dieselbe Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei uns beantragt und uns dadurch zur Ansetzung eines Sühnetermins—mit vorläusiger Aussetzung der Entscheidung über die Frage von Zu-lässigkeit eines solchen Gesuchs bei einem Austrägalgerichte — ver-anlaßt.

Allein bereits vor Abhaltung dieses Termins hatten die Anwälte sämmtlicher allerhöchsten und höchsten Interessenten in der Sache:

zwischen dem Grßhrzgthm. Hessen und bei Rhein wider die Krone Bayern, auch das Grßhrzgthm. Baben, wegen Concurrenz zur Berichtigung gewisser vom ehemaligen St. Martinsstifte in Worms contrahirten Darlehnschulden, nebst deren Zinsen seit dem 1. Mai 1816

uns angezeigt, daß durch einen zwischen ihren allerhöchsten und hochsten Gewaltgebern außergerichtlich abgeschlossenen Bergleich dieser Rechtsstreit völlig beigelegt worden sen, welchem zufolge die Grßhrzgl. Hessische Staatsregierung es allein übernommen habe, die in Frage gestandenen Schulden des St. Martinsstiftes zu Worms zu befriedigen.

Ferner—heißt es in dem obenerwähnten Schreiben — verfehlen wir nicht zu bemerken, daß auch in der noch bei uns rechtshängigen Austrägalsache des Grßhrzgthms. Hessen, für sich und im Namen der Krone Preußen, an einem wider die Kronen Desterreich und Bayern, am anderen Theile, wegen Beitragspflicht zu Tilgung gewisser Schulden von vier ehemaligen Stiften zu Worms und Mainz, rücksichtlich der Veräußerung einzelner Stiftsgutspertienzien während der Administration des linken Rheinusers in den Jahren 1814 — 1816 ein Vergleich zwischen den klagenden allerhöchsten und höchsten Staatsregierungen mit der Krone Bayern uns bereits angezeigt, wegen Beilegung dieser Sache mit dem K. K. Desterreichischen Gouvernement aber noch auf Befristung angetragen und diese auch unter heutigem Tage ertheilt worden ist. — Dieß seven die Gründe, warum noch nicht sämmtliche hierhergehörige Akten eingesendet werden könnten.

Die B. V. beschloß hierauf S. 348:

"Die von dem Ob.=App.=Gerichte zu Jena mit Bericht vom 10. Mai l. J. eingesendeten Austrägalacten in dem Bundesarchiv zu hinterlegen."

Der ebengenannte Vergleich erfolgte noch in bemselben Jahre, wie in Sess. XIII. §. 162. S. 452. zu ersehen. — Präsidium übergibt baselbst einen ihm von dem Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsischen Gesandten zugestellten Bericht des Grßhrzgl. Sachsen=Beimar=Eisenachischen und Gesammt= Ob.=App.=Gerichts zu Iena vom 7. Juni 1838, in welchem angezeigt ist, daß auch in der obenerwähnten der letzen bei dem Ob.=App.=Gerichte noch rechtshängigen Austrägalstreitigkeit des Grßhrzgthms. Hessen und bei Rhein, für sich und im Namen der Krone Preußen, wider die Kronen Desterreich und Bayern, die Beitragspslicht zu Tilgung gewisser Schulden von vier ehemaligen Stiften zu Worms und Mainz, rücksichtlich der Veräußerung einzelner Stiftspertinenzien während der Administration des linken Rheinusers in den Jahren 1814 bis 1816 betressend, eine gütliche Vereinigung erfolgt, und sonach dieser Rechtsstreit völlig beigelegt worden sey. — Man verssehle daher nicht, die noch bisher zurückbehaltenen Acten einzusenden.

Die B. V. beschloß hierauf S. 453:

"die von dem Austrägalgericht übersendeten Acten in dem Bundesarchiv zu hinterlegen."

Noch mussen wir nachträglich hier einer Borstellung der Erben des Stadtvogts Harich, wegen einer Forderung an die Bundesfestung Mainz in Vertretung des ehemaligen St. Victorstiftes daselbst erwähenen, über welche der Königl. Bayerische Gesandte Namens des B. T. 1842. Ausschrisses in Militärangelegenheiten i. J. 1842, in Sess. XXI. §. 240. S. 396, Vortrag erstattete.

Referent reassumirt zunächst die über diese Reclamation im Allgemeinen bereits stattgehabten Verhandlungen (s. dieselben Bd. I.) und fährt dann folgendermaßen fort.

Es hatten sich nun die Erben des gewesenen Stadtvogts Harich (No. 12. f. Eingaben) zu Bischofsheim, der Grßhrzgl. Badische Geheime Referendar Weber zu Karlsruhe, und der Grßhrzgl. Badische Ober-Zollinspector Harich zu Wertheim, an die B. V. gewendet, und um Befriedigung ihrer Forderung an den Bund, wegen der zur Bundessestung Mainz gezogenen Objecte des St. Victorstiftes gebeten.

Sie bezögen sich, was die Anerkennung des Grundsages der Beistragspslicht, nach dem bei Auslösung des Stifts jeder Regierung zugekommenen Vermögenstheile betreffe, auf das in ganz ähnlicher Sache — Forderungen an das ehemalige Collegiatstift zu St. Paul in Worms — von dem Ob.-App.-Gerichte in Iena als Austrägalgericht erlassene Erkenntniß, und insbesondere auf die ihnen mitgetheilten Beschlüsse der B. B. von den Jahren 1831 und 1832.

Sie nahmen die in den Acten vorliegende Berechnung der Einkunfte des St. Victorstifts und der Betheiligung der respectiven Regierungen an, und verlangten:

den auf die Bundesfestung Mainz nach dem Ertrage von 915 Gulben 54 Kr. betreffenden Kapitalbetrag von . 422 Gulden 10 Kr. und an Zinsen

für die Periode der Centralverwaltung vom 22.

Decbr. 1813 bis 16. Juni 1814	10	"	11 - 18
für die Periode der provisorischen Regierungs-	• •		•
abministration vom 16. Juni 1814 bis 1. Juli			
1816	43	1.5	, 5 🚜
1816		•••	
salvo ulteriori			
somit an Zinsen 591 Gulden 31 Kr.		7*	

In bem Gutachten spricht fich Referent bahin aus:

Der Reichsdeputations-Hauptreceß habe über die Schulden der auf der linken Rheinseite gekegenen, nicht unmittelbaren Stiffe, welche Besitzungen auf beiden Rheinseiten hätten, keine Bestimmung getroffen. Bei der zu Frankfurt statt gefundenen Auseinandersetzung habe man sich über jene Schulden dieser Stifte vereinigt, welche auf Special-hypotheken auf der rechten Rheinseite beruhten, so wie auch Frankreich jene Schulden dieser Stifte übernommen, deren Specialhypotheken auf der linken Seite sich besänden.

In Ansehung jener Schulden dieser Stifte, wofür Generalhypotheken constituirt waren, seven nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen die Regierungen, welche Güter und Gefälle dieser Stifte besäßen, nach dem Berhältnisse dieser Objecte verpflichtet, die darauf haftenden Schulden zu übernehmen.

Diesen allgemeinen Rechtsgrundsatz habe auch das Ob-Appell.-Gericht in Jema als Austrägalgericht in den Erkenntnissen, resp. denen Entscheidungsgründen, vom 17. November 1836 und vom 1. December desselben Jahres — Schuldsorderungen an das Collegiatstift St. Paul und an jenes zu Unserer lieben Frau, beide in Worms — ausgesprochen.

Die hohe B. B. habe auch schon bei der Einleitung des Austrägalsversahrens in ihrem Beschlusse vom 12. April 1832 die eventuelle Betheiligung des Bundes anerkannt, indem sie hinsichtlich der zur Bundesseitung Mainz gezogenen Vermögensobjecte des St. Bictorstiftes sich die Bestimmung nur dis zur erfolgten gerichtlichen Entscheidung der Rorstage vorbehielt, jedoch den eventuellen Antheil als Schuld der Festung zu liquidiren beschlos.

Die Uebernahme des betreffenden Antheils sen auch nuch Artikel 16. des Beschlusses vom 19. December 1835 — über die Forverungen an die Bundessestungen — keinem Anstande unterworsen, nach welchem

Forderungen wegen Unsprischen, die angeblich auf einzelnen Festungsobjecten beruhten, in sofern statt fanden, als eine wirk-lich nach den Französischen Gesetzen gehörig begründete Hypothek nachgewiesen werden könnte.

Die in vorliegendem Falle bestehende Hypothek sen schon vor dem Uebergange der St. Victorstiftischen Besitzungen an die Französische Herrschaft constituirt gewesen, und sen, da die Schuld nicht getilgt, die Hypothek nicht geloscht worden sen, als eine auf dem Objecte ruhende, mit demselben an den damaligen Besitzer übergegangene Hypothek zu betrachten.

## 464 Abth. II. Abschn. 3. S. XII. - A. Erlogte Fälle.

Was die Zinsen betreffe, so sprächen die Erben dieselben vom 22. December 1813 — als dem Termin des Ueberganges der Festung Mainz an die Alliirten — an, und setzten daher auch die Zinsen für die Periode der Centralverwaltung, so wie der provisorischen Regierung an mit einem Betrage von 10 Gulden 11 Kreuzern und 43 Gulden 5 Kreuzern.

Der Ausschuß nahme keinen Anstand, auf die Berichtigung der gesammten, vom Uebergange von Mainz an die Alliirten nach dem stipuslirten Zinsfuße von 5 Procent berechneten Zinsen im Betrage von 591 Gulden 31 Areuzern anzutragen, da von diesen zur Festung Mainz gezogenen Objecten keine Einnahme statt gefunden habe, und weder Desterreich und Bayern während der Centralverwaltung, noch später Hessen und Nassau als Besitzer der ehemals Mainzischen Gebiete von diesen zur Festung gezogenen Objecten irgend einen Nutzen gezogen hätten.

Auf Antrag des Ausschusses wurde hierauf beschlossen:

- 1) "Die B. B. finde sich bewogen, den Erben des Stadtvogts Harich zu Bischofsheim, dem Grßhzgl. Badischen Geheimen Reserendar Weber zu Karlsruhe und dem Grßhzgl. Badischen Ober-Zollinspektor Harich zu Wertheim, als Antheik an der Kapitalforderung von 8000 Gulben, welche auf die zu der Bundessestung Nainz gezogenen Objecte des ehemaligen St. Victorstifts in Nainz tresse,

  - zusammen . . . . . . . . . . . . 1,013 Gulden 41 Kreuzer aus dem Mainzer Reservesond anweisen zu lassen, wovon
- 2) die genannten Erben, in Erledigung ihrer dießfälligen Einsgabe vom 13. May l. I. zu verständigen seyen, und
- 3) die Bundeskasse-Verwaltung zur Darnachachtung in Kenntniß zu setzen sey."

### Beschwerde

der Inhaber Kölnischer Candständ ischer Gbligationen, wegen rückständiger Binsenzahlung aus den Jahren 1795 bis 1815.

(Band I. S. 905 — 918.)

(Schließt sich unmittelbar Band I. S. 918, an die lette Zeile.)

Seit dem vom Präsidium i. J. 1835 in Sess. XXVI. J. 407 vorsgelegten Bericht des Ob. Appel. Gericht zu Celle vom 15. September erschienen in den Protokollen über diese Streitsache keine weitern Vershandlungen, bis i. J. 1841 in Sess. XXI. J. 227, S. 439 Präsidium 1841. einen weiteren Bericht desselben Gerichtshofs vom 28. Juni vorlegt, dem zufolge dasselbe das unten S. 466. folgende Erkenntniß nehst den Entscheidungsgründen überreicht, so wie die mitgetheilten Akten übergibt, die zu Celle verhandelten Akten aber so lange, dis die dem Herzgthm. Nassau zuerkannten Kosten sestgesetzt, oder eine Entsagung auf die Feststellung eingegangen seyn werde, zurückbehalten zu müssen glaubt.

Hierauf wurde S. 458 beschlossen:

- "1) Nachdem das vorstehende Urtheil von dem Austrägalgerichtshofe im Namen und aus Auftrag des Durchlauchtigsten deutschen Bundes den Parteien eröffnet worden, so wird die Urschrift desselben, um auf dessen Befolgung halten zu können, im Bundesarchiv niedergelegt."
- "2) Den Privatgläubigern, J. J. Nilkens, Samuel Baruch und Consorten zu Coblenz, welche sich mit ihren diesfälligen Forderungen in einer gemeinschaftlichen Vorstellung an die V. V. gewendet haben, ist von diesem Beschlusse mit dem Beisat Nachricht zu geben, daß es ihnen gestattet sey, von dem erfolgten Urtheil in der Bundeskanzlei Einsicht zu nehmen."

## urtheil vom 24. Mai 1841.

(Prot. v. J. 1841, Sees. XXI. §. 227. S. 440. S. Banb I. S. 918,)

In Austrägalsachen ber Krone Preußen an einem, wider das Herzogthum Nassau am andern Theile, betreffend die aus den Jahren 1795 bis 1815 rückftändigen Zinsen auf Kurkölnische landständische Obligationen, erkennen Wir Ernst August, von Sottes Gnaden König von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg zc. zc., im Namen und Auftrage der hohen deutschen Bundesversammlung für Recht:

Daß es zuvörderst bei der Erklärung der Krone Preußen:

hinsichtlich ber bis zum 1. September 1806 rückftändigen Zinfen von demjenigen Antheile der Kurkölnischen landständischen Schulden, welche den beiden vormals Kurkölnischen Aemtern Neuerburg und Altenwied zur Last gefallen, desgleichen in Anssehung der aus dem Zeitraume vom 1. Januar 1812 bis zum 1. Juli 1815 rückständigen Zinsen von demjenigen Antheile der Kurkölnischen Landesschulden, welcher auf dem ganzen, dis zum 1. Juli 1815 zum Herzogthum Nassau gehört habenden Cheile des vormaligen Erzstists Köln gehaftet hat, von ihrer früher geltend gemachten Intention einer dieserhalb dem Herzogthum Nassau obliegenden Vertretungsverpslichtung zurücktreten und sothane Zinsenrückstände allein vertreten zu wollen,

austrägalgerichtsseitig in aller Maaße bewenden gelassen wird.

Anlangend sodann die hiernach allein noch streitig verbleibenden, bis zum 1. Januar 1812, und zwar hinsichtlich der beiden vormaligen Kurkölnischen Aemter Linz und Schönstein seit dem 5. Mai 1795, hinssichtlich der beiden vormaligen Kurkölnischen Aemter Neuerburg und Altenwied aber seit dem 1. September 1806 rückständigen Zinsen von dem auf sothanen Aemtern haftenden Antheile der vormals Kurkölnischen landständischen Capitalien; so wird die Krone Preußen schuldig verurtheilt, die gedachten Zinsenrückstände allein und ausschließlich zu vertreten, auch dem Herzogthum Nassau sämmtliche, durch dieses Verserteten, auch dem Herzogthum Nassau sämmtliche, durch dieses Verser

## Zinsenruckstände v. Kurkoln.=Landständ. Obligationen. 467

fahren verursachten Rosten nach vorgängiger beren Verzeichnung und allenfallsiger gerichtlicher Ermäßigung zu erstatten.

Wie Wir denn also erkennen und schuldig verurtheilen.

Bon Rechts Begen.

Publicat. im Königlich-Hannöverischen Ober-Appellationsgerichte den 24. Mai 1841.

Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis (L. S.) proprium.

F. E. v. d. Often.

Strampe."

## Entscheidungsgründe.

Im Lüneviller Friedensschluß vom 9. Februar 1801 wurde der auf dem linken Ufer des Rheins belegene Theil des Deutschen Reichs und somit auch ein Theil der Rurkölnischen Bestsungen an die damalige Französische Republik abgetreten; die auf dem rechten Rheinuser belegenen Ueberbleibsel der Rurkölnischen Staaten wurden aber durch den Reichsdeputations Sauptschluß vom 25. Februar 1803 unter vier verschiedene deutsche Fürsten vertheilt, indem das Herzogthum Westphalen dem Landgrasen von Hessen Darmstadt, die Grafschaft Recklinghausen dem Herzog von Aremberg und der Rest des eigentslichen Kursürstenthums oder Erzstifts Köln dem Fürsten von Nassau-Usingen und dem Fürsten von Wied-Runkel in der Maaße zugetheilt wurde, daß der erstere die Aemter Linz, Schönstein, Königswinter, Deut und Villich, der letztere aber die Aemter Neuerburg und Altenwied erhielt.

Durch den Art. 24. der Consoderationsacte des Rheinbundes vom 12. Juli 1806 erwarben der Herzog von Nassau-Usingen und der Fürst von Nassau die Souverainetät über den Fürsten von Wiede-Aunkel, und es geslangten die dem letztern durch den Reichsdeputations Hauptschluß zugetheilt gewesenen beiden Kölmischen Aemter Neuerburg und Altenwied an das Herzogthum Nassau; dagegen wurden von Nassau durch den Art. 16. der gesdachten Acte die drei vormals Kölnischen Aemter Königswinter, Deut und Willich an den Großherzog von Berg abgetreten. Das Herzogthum Nassau ist in dem Besitz der vier, respective durch den Reichsdeputations Hauptschluß und die Consoderationsacte des Rheinbundes mit ihm vereinigten Kölnischen Aemter Schönstein, Linz, Reuerburg und Altenwied die zum Jahr 1815 verblieben, wo es dieselben durch den am 31. Mai 1815 über verschiedene gegenseitige Gebietsabtretungen zu Wien abgeschlossenen Staatsvertrag an die Krone Preußen abgetreten hat.

Es ist unbestritten und in facto von beiden streitenden Regierungen anserkannt, daß ein verhältnißmäßiger Antheil von den auf dem vormaligen Erzsstift Köln gehaftet habenden landständischen Schulden mit den vorgedachten vier Kölnischen Aemtern auf deren successive Inhaber und Landesherren überzgegangen ist, und dieses Berhältniß auch von der Nassanischen Regierung während ihrer Besitzeit dadurch thätlich anerkannt, daß sie, zusolge einer am 14. Januar 1811 mit dem Mandatar der Kölnischen Gläubiger, Generalzscretär Körfgen, abgeschlossenen Convention, sich verpsichtete, vom 1. Januar 1810 an allichrlich die lausenden Binsen und zwei Jahrsbeträge der bis zum 1. Januar 1810 rückkändigen Binsen zu berichtigen, und auch, in Folge dieser übernommenen Verpsichtung, bereits eine Summe von 26,800 Gulden wirklich bezahlt hat.

Die Krone Preußen verkennt es nicht, daß sie, als dermalige Besißerin der fraglichen Landestheile, hinsichtlich des denselben zugefallenen vorgedachten Schuldenantheils nicht nur zu deffen Vertretung in Ansehung des Capitals betrags, sondern auch zur Verzinsung des letztern von dem Zeitpuncte an verpflichtet ist, wo sie den Besitz jener Landestheile überkommen hat.

Dagegen ist die Verpflichtung zur Vertretung der auf den gedachten Schuldenantheil aus der frühern Zeit bis zu jenem Zeitpuncte rückftändig gestliebenen Zinsen unter den beiden litigirenden Regierungen streitig geworden, und im Mai 1831 wurde von einigen dieser Kurkölnischen Gläubiger bei der Bundesversammlung eine Verfügung wegen Auszahlung dieser Zinsenzückstände beantragt. Die Bundesversammlung hat hierauf die beiderseitigen Regierungen um die geeigneten Aufklärungen über diesen Gegenstand ersucht, und nachdem solche eingebracht waren, eine Commission zur weitern Sinseitung des Verfahrens ernannt, hiernächst aber, da die von beiden Theilen erfolgten Erklärungen eine gütliche Vermittlung als erfolglos darstellten, dieselben jedoch sowohl hinsichtlich eines einzuleitenden Austrägalversahrens überhaupt, als anch hinsichtlich des als Austrägalinstanz zu erwählenden obersten Gerichtschoses völlig einverstanden waren, mittelst Beschlusses vom 3. Mai 1832 die streitige Vorfrage:

welche der betheiligten Regierungen, oder in welchem Verhältniß beide die für den Zeitraum vom 5. Mai 1795 bis 1. Juli 1815 rückkändigen Zinsen von vormals Kurkölnischen sandskändischen Capiztalien, in so weit sie auf dem bis zu diesem letten Tage zu Nassaugehört habenden Theile des besagten Erzstifts haften, zu vertreten habe?

zu einer von dem hiesigen obersten Gerichtshofe in ihrem Namen und Aufztrage abzugebenden austrägalgerichtlichen Entscheidung verstellt.

Mittelst Decretes vom 17. Juli 1832 ist allhier die Einreichung der Rlage von Seiten der Krone Preußen gefordert, und hierdurch zwischen den betheiligten beiden Regierungen ein Versahren eröffnet, welches von ihnen im Verhältniß eines Klägers und Beklagten verhandelt, und mit der vom Herzgehum Nassau eingebrachten Duplik beschlossen worden ist, und in welchem jeder Theil die seine Intention unterstützenden Gründe darzulegen und zu entwickeln, dieselben gegen die Ansechtungen des Gegentheils zu vertheidigen und die Gründe des letztern seiner Seits zu entkräften bemüht gewesen ist.

Der in diesen Verhandlungen angeregte processualische Streitpunct, ob nämlich eine ber beiden Regierungen, und namentlich die Krone Preußen, in diesem Austrägalverfahren als Klägerin zu behandeln sen, bedarf nach Lage der Sache keiner weitern Erledigung. Da die das Ansträgalverfahren nor= mirenden Bestimmungen der Bundesbeschlüsse vom 16. Juni 1817 und 3. August 1820 für die im Art. 30. der Wiener Schlußacte berührten Streitigkeiten keine abweichenden Borfdriften aufstellen, fo muß auch bet ihnen die in der Austrägalordnung vom 16. Juni 1817 enthaltene allgemeine Bestimmung zur Anwendung kommen, daß der als Austrägalinstanz eintretende oberste Gerichtshof die Sache nach der ihm zur Norm dienenden Proceß= ordnung zu instruiren habe. Gemeinrechtlichen Bestimmungen zufolge widert streitet es aber der rechtlichen Natur eines judicium duplex überall nicht, daß nur ein Theil den Proces als Kläger und der audere Theil als Beklagter führt, wenn gleich in solchen Fällen die bloß durch die Parteirolle bedingten processualischen Ansprüche und Verbindlichkeiten der Parteien hinwegfallen ober modificirt werden muffen, und da nun die Krone Preußen in den Berhandlungen bei der Bundesversammlung zuerst auf eine ansträgalgerichtliche Entscheidung provocirt hat, so erscheint die ihr überwiesene Parteirolle des Rlägers als wohl gerechtfertigt, und es würde die von ihr dagegen erhobene Protestation nur dann von praktischem Interesse senn, wenn aus jener Ueber= weisung vom Gegentheil besondere processualische Folgen geltend gemacht wären, welches jedoch überall nicht der Fall gewesen ift.

So viel nun zuvörderft

- I) die Feststellung der Grenzen der ansträgalgerichtlichen Competenz und des Umfangs der zu entscheidenden Vorfrage anbelangt, so bezeichnet
- 1) der Bundesbeschluß vom 3. Mai 1832 als Gegenstand der zu entscheidenden Vorfrage, nur die für den Zeitraum vom 5. Mai 1795 bis 1. Juli 1815 rückständigen Zinsen von vormals Kurkölnischen landständischen Capitalien, in so weit sie auf den bis zu dem letztgedachten Tage zu Nassau gehört habenden Theilen des besagten Erzstifts haften, daher denn hier so wenig die Haftungsverbindlichkeit der fraglichen Landestheile für die Kurkölnischen Capitalschulden, als wenig die Ermittlung und Feststellung des dessallsigen Repartitionsverhältnisses in Frage kommen kann. Dagegen würde zwar die abzugebende Entscheidung die gesammten fraglichen Zinsenrücksstände, ohne Rücksicht auf deren Quantum, so wie ohne Beschränkung auf die bei der Bundesversammlung aufgetretenen Gläubiger zu umfassen haben, so weit sie nur aus dem vorgeschriebenen Zeitraume herrühren; da indessen die Krone Preußen im Laufe des Austrägalversahrens hinsichtlich solgender Zinssenrückstände, nämlich
  - a) der bis zum 1. September 1806 rückständigen Zinsen von dem den beiden Alemtern Neuerburg und Altenwied zur Last fallenden Anstheile der Kurkölnischen landskändischen Schulden, und
  - b) der für den Zeitraum vom 1. Januar 1812 bis 1. Juli 1815 rückständigen Zinsen von dem, auf den ganzen bis zum lettgedachten Tage zu Nassau gehört habenden Theile des vormaligen Erzstifts Soln haftenden Antheile der fraglichen Landesschulden,

von ihrer früher geltend gemachten Intention einer dieserhalb dem Herzogthum

Raffan obliegenden Bertretungsverpslichtung ausdrücklich abstrahirt, und sothane Bertretung selber übernommen, das Herzogthum Raffan auch diese Erklärungen acceptirt hat, mithin in Ansehung sothaner Binsenrücklände keine streitige Borfrage weiter zur Entscheidung vorgelegen hat, so hat es bei diesen Erklärungen belassen werden, und die Boltziehung des dem Austrägalgerichte von der Bundesversammlung ertheilten Austrags hierunter eine sich von selber verstehende Beschränkung erleiden müssen.

Bon der Krone Preußen sind die vorhandenen Zinsenrückkände in ihren Schriftschen hin und wieder bis auf das Jahr 1793/4 hinausbezogen worden, ohne daß hiergegen von Seiten der Nassauischen Regierung etwas erinnert worden ist; in dem abgegebenen Erkenntnisse ist jedoch der im Bundesbeschluß vom 3. Mai 1832 als terminus a quo angegebene 5. Mai 1795 um so mehr beibehalten worden, als eines Theils nicht zu ersehen stand, ob bei den betressenden Angaben der Krone Preußen bloß eine Ungenauigkeit in der Bezgeichung des Ansangstermins stattgefunden hat, oder ob aus der fragtichen frühern Zeit wirklich noch Zinsenrücktände vorhanden sind, andern Theils aber im leptern Falle eine dessallsige Einigung unter den streitenden Regierungen nach Maaßgabe des abgegebenen Erkenntnisses mit Zuverlässigkeit erwartet werden kann.

Hiernachst hat

2) die hinsichtlich der gedachten Binsenrückstände zur Entscheidung versstellte Vorfrage nur auf die Entscheidung der Frage beschränkt werden konnen, welche der betheiligten Regierungen, oder in welchem Verhältnisse beide, die fraglichen Binsenrücktande, den betressenden Ereditoren gegenüber, zu vertreten verbunden sep;

daher denn die Prüfung sowohl der Richtigkeit der fraglichen Zinsenrückkande an und für sich und der dieserhalb den einzelnen Ereditoren etwa entgegensstehenden Einreden, als auch aller derjenigen Differenzen von dem Umfange der Untersuchung und Entscheidung hat ausgeschlossen bleiben müssen, zu welchen etwa das Vorhandensenn dieser Zinsenrückkande in sonstiger Beziehung unter den betheiligten Regierungen die Veranlassung gegeben hat. Es hat zwar die Krone Preußen theils aus dem in der 15. Sipung der Bundesversammlung vom 3. Mai 1832 gehaltenen Vortrage der Reclamationscommission, theils aus dem allhier unter dem 17. Juli 1832 abgegebenen Decrete zu deduciren gesucht, daß die Frage auch aus dem Gesichtspuncte der Bestimmungen der Art. 21. und 22. der Wiener Schlußacte als eine zwischen zwei Bundesgliedern entstandene Streitigkeit ausgesalten werden müsse; es mußte jedoch diese Intention für ungegründet gehalten werden, weil

der angezogene Vortrag der Reclamationscommission nur die Aussführung enthält, daß auch in Ermanglung eines von den Ereditoren über die Vorfrage beantragten Austrägalverfahrens, dessen Einleitung sich dennoch um deswillen als gerechtfertigt darstelle, weil die Disfereuz unter den allgemeinen Begriff von Streitigkeiten zwischen mehreren Bundesgliedern falle, und von denselben bei der Bundesversammlung angebracht sey; damit aber keineswegs behauptet ist, daß diese Disserenz etwas weiteres, als die Festskellung der Vorfrage zum Gegenstande habe, und solches auch um so weniger hat beabsichtigt

sepn können, als der Bundestagsgesandte der Krone Preußen in seiner, in der 10. Sitzung der Bundesversammlung vom 8. März 1832 zu Protokoll gegebenen Erklärung nur die Vorfrage als den Gegensstand der obwaltenden Differenz bezeichnet, und ausdrücklich erklärt hat, beaustragt zu seyn,

die Einleitung des Austrägalverfahrend in Gemäßheit des Art. 30. der Wiener Schlußacte in Antrag zu bringen.

Eben so unerheblich erscheint

b) die Bezugnahme auf das allhier unter dem 17. Juti 1832 absgegebene Decret, in so fern dadurch beide Theile davon in Kenntniß geseht worden, daß dieser oberste Gerichtshof durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 3. Mai 1832 zwischen ihnen

wegen Uebernahme und Befriedigung der bei der Bundesverssammlung angemeldeten, and den Jahren 1795 bis 1815 ruckständigen Zinsen auf Kölnische landständische Obligationen

zur Austrägalinstanz bestimmt worden sep; denn es entspricht diese Bezeichnung der wörtlichen Fassung des gedachten Beschlusses der Bundesversammlung, und jedenfalls hat dieselbe durch die daneben geschehene Beziehung auf die im Art. 30. der Wiener Schlußacte erwähnte Vorfrage ihre nähere Bestimmung erhalten, so wie es denn auch von selber einleuchtet, daß durch eine solche bloß proceß= leitende nur die Erdssung des Austrägalversahrens bezweckende Verzsügung der Umfang der von der Bundesversammlung vorgeschriebenen Competenz auf keinen Fall verändert werden konnte.

3) Bei der Prüfung der solchergestalt festgestellten Vorfrage hat sich die Beurtheilung auf diejenigen Gründe nicht beschränken dürfen, durch welche, schon gemeinrechtlichen Bestimmungen zufolge, nicht nur bas ursprungliche schuldnerische Subject bestimmt, sondern auch eine einmal begründete Ver= bindlickeit auf eine den Gläubiger vinculirende Weise von dem ursprünglichen Schuldner auf ein anderes Subject übertragen wird; vielmehr haben auch diejenigen Gründe nicht für ausgeschlossen gehalten werden können, welche die Berpflichtung zur Bertretung der betreffenden Binfenrückstände bloß in dem Verhältniß der streitenden Regierungen unter einander bestimmen, indem solches aus der dem Verfahren beigelegten Gigenschaft eines zwischen den betreffenden Regierungen geführt werdenden Rechtsstreits von selber abfließt, und es auch schon gemeinrechtlich neben dem Grundsage, daß keinem Glaubiger mider feinen Willen ein anderer Schuldner aufgedrungen werben barf, zweifelbfrei feftsteht, daß Bertrage bes Schuldners mit einem Dritten, modurch letterer die Verbindlichkeiten des erstern übernimmt, unter den Paciscenten felber volle rechtliche Wirfung haben. Dagegen haben alle biejenigen zwischen den betheiligten Regierungen zur Sprache gebrachten Berhältniffe feine Berücksichtigung finden konnen, welche, wenn fie auch mit den fraglichen Binfenruckständen in einiger Beziehung ftehen, doch keine birect und unmittels bar auf deren Uebernahme oder Bertretung gerichtete Forderung oder Ber= bindlichfeit zu begründen geeignet maren, indem badurch bas im Art. 30. der Wiener Schlufacte vorausgesette Berhältniß, baß die Verpflichtung, ben Forderungen von Privaten Genuge zu leiften, zwischen mehreren Bunbesgliedern zweiselhaft oder bestritten ist, keineswegs herbeigeführt wird, vielmehr dergleichen Differenzen in den allgemeinen Umfang derjenigen Streitigkeiten unter mehreren Bundesgliedern fallen, von denen der Art. 11. der deutschen Bundesacte und der Art. 21. der Wiener Schlußacte handeln.

In Ansehung der

II) Hauptsache selber kommen hier zunächst diejenigen Bestimmungen in Betrachtung, welche bei der von Seiten des Herzogs von Nassau erfolgten Abtretung der fraglichen Landestheile an die Krone Prenken zwischen den beiden streitenden Regierungen vertragsmäßig sestgeset worden sind. Diese Bestimmungen sind in dem die Abtretung enthaltenden Staatsvertrage vom 31. Mai 1815 und in einem Vollziehungsreceß enthalten, welcher, Behufs Auseinandersesung der einer Ausgleichung noch bedürfenden Puncte, namentslich der Pensionen, Schulden und Staatsdienerschafts-Verhältnisse von Commissarien beider contrahirenden Gouvernements abgeschlossen und am 14. und 19. December 1816 vollzogen worden ist.

Der erstgebachte Staatsvertrag bestimmt im Art. VIII.

- a) daß die Particular=, Gemeinen=, Rirchspiels=, Amts= und Lan=
  des= oder Provinzial=Schulden mit den betreffenden Gemeinen,
  Rirchspielen, Aemtern und Ländern oder Provinzen an den fünftigen
  Besitzer übergehen und auf denselben haften bleiben. Da, wo eine
  Theilung der Aemter und Länder oder Provinzen stattsindet, werden
  die Particular=, Amts= und Landed=Schulden nach eben dem Fuß
  und Maaßstabe auf beide Theile vertheilt, nach welchem die getrenn=
  ten Theile zu der Verzinsung und Capital=Rückzahlung, oder, wenn
  dies nicht auszumitteln ist, überhaupt zu gemeinschaftlichen Ausgaben beigetragen haben.
- b) Die Herzoglich=Nassausschen Staats= und Rammercassen = Schulden sollen nach Constatirung der auf den Staats= und Rammercassen am 31. December 1814 haftenden Schuldenmasse nach Verhältniß des reinen Revenüenbetrags, welcher aus den abgetretenen Territorien in die Central=Staats= und Kammercassen nach dem Durchschnitt der letten fünf Jahre vor dem Jahre 1812 gestossen ist, mit Hinzussügung des reinen Revenüenbetrags des Amtes Runkel vom Jahre 1814, zwischen beiden Paciscenten getheilt werden.

Der obgedachte Vollziehung breceß enthält im Artikel I. zuvörderst eine Auseinandersetzung der beiden contrahirenden Gouvernements in Ansehung der Herzoglich: Nassauischen Staatsschulden, jedoch nur nach den auf beiden Seiten zu übernehmenden Beträgen und ohne nähere Bezeichnung der Qualität und des Ursprungs der Schulden, und wiederholt sodann im Art. III. die Bestimmung des Art. VIII, lit. a, des Wiener Staatsvertrags mit dem Beifügen, daß,

in Absicht derjenigen Schulden der bezeichneten Kategorie, welche auf unvertheilt gebliebenen Kirchspielen, Aemtern und Provinzen haften, eine besondere Auseinandersetzung nicht nöthig gewesen ist, indem solche, nach Versicherung der Herzoglich = Nassauischen Commissarien, bereits unter Herzoglicher Regierung unter die Gemeinden verwiesen und abgetheilt, überhaupt Schulden dieser Art niemals auf die Staatscasse übernommen worden sind.

#### Zinsenruckstände v. Kurkoln.=Landständ. Obligationen. 473

Der Art. XI. bestimmt als Anfangspunct ber Berbindlichkeit zur Bezahlung sowohl der Pensionen von den durch den gegenwärtigen Recess an Preußen gekommenen und bei Nassau verbliebenen Landestheilen und Revenüen, als auch der darauf ruhenden und unter beiden Paciscenten vertheilten Schulden, den 1. Juli 1815.

Derselbe Anfangspunct ist im Art. XXIII. für die Beziehung der laufens den Landeseinkünfte und die Berichtigung der daraus zu bestreitenden Aussaben von Seiten beider Gouvernements in den gegenseitig abgetretenen Landestheilen, unter Zugrundelegung der Fälligkeitstermine, sestgeset; hiersnächst aber ist bestimmt:

um sodann die sich gewöhnlich in die Länge ziehenden gegenseitigen Communicationen und sonstige Weitläufigkeiten zu vermeiden, welche aus der Behandlung und Ginziehung der Activruckstände und aus der Festsepung und Berichtigung der Passtbrudftande in den gegen= feitig abgetretenen Landesbezirken nothwendig ermachfen, fo haben die Commiffarien fich einstimmig darüber verglichen, baß jedem Gouvernement, neben den vorgefundenen Geld= und Natural = Beständen, die in seinem übernommenen neuen Territorio am 1. Juli 1815 noch ausgestandenen und resp. aus dem Austande dazu gehörigen Activ = oder Ginnahme = Rückstände an Staats = oder Domanen = Revenüen aller Art zur beliebigen Verfügung verbleiben, demselben dagegen auch die Verpflichtung obliegen soll, die ebenfalls am 1. Juli 1815 vorhanden gewesenen Passiv = ober Ausgabe = Rückstände an gewöhnlichen Verwaltungstoften und fonstigen Forderungen, welche, ihrer Natur und den bisherigen Administrations = Grundsähen zu= folge, den übernommenen Caffen zur Last fallen, nach Recht und Billigkeit zu berichtigen und abzumachen, ohne dieserhalb das andere Gouvernement zur Mitleidenheit in Anspruch zu nehmen.

Von den diesen allgemeinen Bestimmungen beigefügten speciellen Ver= abredungen ift nur noch die nachfolgende hervorzuheben:

Außerdem bleiben dem Herzoglich = Nassauischen Gonvernement noch allein zur Last:

6) alle in den ersten Abtretungen an Preußen bis zum 1. Juli 1815 noch rückständigen, eigentlich auf der Staatscasse ruhenden und auf die Renteien nur delegationsweise assignirten Pensionen und Zinsen von Staatsschulden.

Aus diesen verschiedenen Bestimmungen folgt zuvörderst im Allgemeinen:

1) daß zwischen Staats: und Kammercassen = Schulden auf der einen, und Particularschulden auf der andern Seite in der Maaße unterschieden ist, daß die ersteren nach einem bestimmten Verhältniß unter beide Contrahenten haben vertheilt werden, die letteren aber den von ihnen betroffenen Bezirken und Landestheilen unter dem neuen Landesherrn haben verbleiben und nur im Fall einer erfolgten Theilung dieser Bezirke und Landestheile haben zur Theilung gelangen sollen, welcher lettere Fall jedoch hinsichtlich der fraglichen, ungetheilt an die Krone Preußen abgetretenen, vormals Kurkölnischen Landestheile nicht stattgefunden hat;

### 474 Abth. II. Abschn. 3. S. XII. — A. Erlogte Fälle.

2) daß, da rückfändige Zinsenschulden, gleich den Capitalschulden, unter den allgemeinen Begriff von Schulden sallen, dasjenige, was in Ansehung der Schulden überhaupt verabredet worden, auch auf die rückfändigen Zinsenschulden so lange Anwendung sinden muß, als nicht hinsichtlich derselben eine abweichende Bestimmung nachgewiesen werden kann.

Die Entscheidung der streitigen Vorfrage erscheint mithin von der Besantwortung der beiden Fragen abhängig:

- A) ob die in Streit befangenen rückkändigen Binsen von vormals Kurstölnischen landständischen Schuldcapitalien eine Nassausche Staatsschuld, oder eine Particularschuld der mit Nassau vereinigt gewesenen, jest an die Krone Preußen abgetretenen, vormals Kurkölnischen Landestheile gewesen sind?
- B) ob die in den vorliegenden beiden Verträgen über die Vertretung der Particularschulden überhaupt aufgestellten Grundsätze hinsichtlich der streitigen Zinsenschulden durch be sondere Vertragsdispositionen oder allgemeine rechtliche Bestimmungen für modificirt gehalten werden können?

Beide Fragen haben zum Nachtheil der Krone Preußen beantwortet werden muffen.

A) Die fraglichen, vormals Rurkölnischen Schulden find in ihrer Qualität landständischer, auf den Steuern haftender Schulden in der Maake eigentliche Landesschulden gewesen, daß die moralische Person des vormaligen Erzstifts Köln als das personlich verpflichtete schulduerische Subject anzusehen war. Diese juristische Persönlichkeit hat in Folge der im Jahr 1803 erfolgten Sacularisation des gedachten Ergstifts und deffen Vertheilung unter mehrere Fürsten aufgehört, und bei Grundlegung der Grundsätze des allgemeinen Staatbrechts murben allerdings die Passiva des gedachten Erzstifts als auf die erwerbenden Staaten übergegangen anzusehen sepn, weil ein solcher Er= werb aus dem Gesichtspuncte einer nach Art der Universalsuccession erfolgenden Succession in die untergegangene juristische Personlichkeit des aufgelosten Staats, und somit auch in alle und jede Passiverhältnisse deffelben aufgefaßt wird, und hiernach benn auch ber Nassauische Staat als solcher und in der Consistenz, welche er durch ben Erwerb ber fraglichen Colnischen Landestheile erhalten, das schuldnerische Subject des auf ihn überkommenen betreffenden Antheils der Erzstift:Rölnischen Schulden geworden senn murde. Der Rurstaat Roln ift indeffen tein völlig unabhängiger Staat, sondern vielmehr der Reichs= Staatsgewalt unterworfen gemefen, und auch burch einen Act ber Ausübung derselben aufgelöst worden, daher denn auch diese bei sothaner Auflösung die Successionsverhaltniffe selbstständig naher zu reguliren unbezweifelt befugt war, und somit die desfallsigen, im Reichsdeputations-hauptschlusse vom 25. Februar 1803 enthaltenen Bestimmungen als die nachste Entscheidungs= quelle angeseben werben muffen. Diesem zufolge läßt fich aber nicht annehmen, daß für die erwerbenden Staaten eine Universalsuccession in die untergegangene juristische Persönlichkeit der aufgelösten Staaten angeordnet worden ist, viel= mehr ift die Sache nur aus dem Gesichtspuncte eines eintretenden bloßen Regierungswechsels aufgefaßt und die juriftische Personlichteit der aufgelösten Staaten auf die Entschädigungsantheile selber übertragen worden, worans benn in Ansehung der hier in Frage stehenden Schulden von selber folgt, daß nicht die gesammten Nassauschen Lande, sondern nur die betressenden, vormals Kölnischen Landestheile als Schuldner pro rata in die Stelle des vormaligen Erzstifts Köln per successionem eingetreten sind. Das gedachte Reichsgeses hat nämlich nicht nur sowohl überhaupt, als auch namentlich hinsschtlich der Vertheilung der vormaligen Kurkdinischen Staaten in den §§. 3, 7, 12. und 21. bloß die betreffenden Fürsten selber, nicht aber deren Staaten als die zur Entschädigung berechtigten Subjecte aufgesaßt, sondern auch dasneben im §. 60. die allgemeine Verschrift aufgestellt, daß die bermalige politische Verfassung der zu säcularistrenden Lande, in so weit solche auf gütlichen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch anderen reichsgesetzlichen Normen ruhe, ungestört erhalten, jedoch in demjenigen, was zur Sivilzund Militär-Administration und deren Verwaltung und Vereinsachung gehöre, dem neuen Landesherrn freie Hand gelassen werden soll.

Da diese lettere Disposition, ihrer allgemeinen Fassung zufolge, die zu fäcularistrenden Lande überhaupt und ohne Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit der darüber getroffenen Disposition zum Gegenstande hat, so steht eine Beschränkung derselben auf das Verhältniß eines ungetheilt von einem geistlichen an einen weltlichen Regenten übergehenden Staats um so weniger zu rechtfertigen, als nicht nur die zum Grunde liegenden Abstimmungen ausbrücklich eine entgegengesetzte Absicht zu erkennen geben, sondern auch die im S. 3. gestattete, nur auf das Münster'sche beschränkte Ausnahme die allgemeine Regel bestätigt. Aus diesem aufgestellten Principe folgt nun aber, daß die als Entschädigung zugetheilten geistlichen Lande in Ansehung der politischen Rechts= verhältnisse, welche ihnen in Folge der juristischen Personlichkeit desjenigen Staats, von denen fle früher einen Bestandtheil ausgemacht, zugestanden, als selbstständige Rechtssubjecte constituirt sind; daß sie nicht als bloße materielle Bestandtheile des Nachlasses des betreffenden aufgeloften Staats, sondern in der Qualität selbstständiger juristischer Personen, auf welche die dem auf= gelösten Staate zugestandenen politischen Rechte und deffen besfausige juriftische Personlichkeit verhältnißmäßig übertragen worden, auf die neuen Landesherren übergegangen sind; daß die letteren folglich nur Nachfolger der dem frühern Landesherrn zugestandenen Regierungsgewalt geworden sind, und daß somit nur ein Wechsel des Staatsoberhauptes statt gefunden hat, und der Untergang des Staats nur auf eine Uebertragung feiner juristischen Perfon= lichkeit auf die baraus gebildeten Entschädigungsantheile beschränkt geblieben ift. hieraus ergibt fich nun aber ferner, baß auch die bem aufgeloften Staate obgelegenen Verpflichtungen und Passiva nur auf die in seine juristische Per= fonlichkeit eingetretenen einzelnen Landestheile überkommen fenn konnen; wenigstens erscheint solches, in Ansehung der aus der frühern politischen Berfaffung originirenden landständischen Schulden, ale eine Selbstfolge von der garantirten Fortbauer der besfallsigen Rechte, und es stimmen auch damit die das Schuldenwesen betreffenden Bestimmungen des fraglichen Reichsgesetes in aller Maaße überein. Denn ber f. 78. bestimmt für solche geistliche Lande, welche unter Mehrere vertheilt worden, daß die vorhandenen Schulden, mogen fie nun mit einer Specialhppothet oder mit einer Ge=

neralhypothet verschen seyn, ober auch nur versionem in rem für sich haben,

als allgemeine Landesschulden unter sammtliche Theilhaber eines solchen Landes in verhältnismäßige Theile, und zwar die Kammersschulden nach dem Domänenertrage, die Landesschulden aber nach dem Steuercapitale vertheilt werden sollen;

und der §. 80. wiederholt diese Vorschrift für diesenigen geistlichen Lande, welche zum Theil auf der linken Rheinseite belegen gewesen, mit der Rodissication, daß von der solchergestalt zu vertheilenden Schuldenmasse im Vorans diesenigen Landesschulden abgezogen werden sollen, welche ihre Specialhypothek auf der linken Rheinseite haben, oder soust nach dem Lüneviller Frieden geeignet sind, auf die Franzosissche Republik überzugehen. Es können nun aber nach dem obgedachten, dem Uebergange der Entschädigungslande untergestellten Principe eines eintretenden bloßen Regentenwechsels die Theilhaber eines solchen Landesschulden überwiesen worden, nur in ihrer Eigenschaft als Inhaber oder Regenten der zugetheilten Entschädigungslande ausgesaßt werden, so daß also dadurch die zur Entschädigung dienenden Landestheile selbst zum schuldnerischen Subject des auf sie fallenden Schuldenantheils gemacht sind, womit auch dies jenige Ansicht völlig übereinstimmt, welche aus den dem gedachten §. 78. unterliegenden Abstimmungen zu entnehmen sieht.

Es sind daher diesem zusolge die dermalen in Frage stehenden vormaligen Rurkölnischen, durch den Reichsdeputations : Hauptschluß dem Fürsten von Rassan : Usingen und dem Fürsten von Wied : Runkel überwiesenen Landestheile personliche Schuldner desjenigen Antheils der allgemeinen Landesschulden des vormaligen Erzstifts Köln geworden, welcher nach dem im §. 78. des gesdachten Reichsgesesses aufgestellten Repartitionsmaaßstabe den gedachten beiden Fürsten als Theilhabern des Erzstifts Köln oder der dem Kursürsten von Köln zugestandenen Regierungsgewalt überwiesen worden ist.

Durch die Rheinische Confiderationsacte vom 12. Juli 1806 hat in diesem Souldverhaltnisse nichts geandert werden konnen, weil im §. 2. der= selben die den Staatsgläubigern durch den Reichsdeputations : Hauptschluß zu= gestandenen Rechte allenthalben bestätigt worden sind; es kann sich daher nur fragen, ob nicht mährend der resp. Nassauischen und Wied = Runkel'schen Besitzeit Ereignisse Statt gefunden haben, wodurch das fragliche Schuld= verhältniß der gedachten Landestheile aufgehoben und auf ein anderes Sub= ject, namentlich die gesammten Nassauischen Lande, übertragen worden ift. In Ansehung der bis zum Jahre 1806 mit dem Fürstenthum Wied=Runkel vereinigt gewesenen beiden Aemter Neuerburg und Altenwied ist nun von der Rrone Preußen überall feine hierzu geeignete Thatsache geltend gemacht, viel= mehr die Fortdauer des gedachten Schuldverhaltniffes durch die Behauptung anerkannt, daß die fraglichen beiden Aemter, Inhalts eines mit dem Fürsten von Wied=Runkel geschlossenen Vergleiche, außer einer jährlichen Bahlung von 19 Simpeln, die Berichtigung ber laufenden und der seit 1793 rückständigen Binsen von der ihnen überkommenen Rata der Kurkölnischen Landesschulden übernommen, und sich solchergestalt als perfonliche Schuldner bes betreffenben Schuldenantheils bekannt haben sollen, so wie denn auch die Krone Preußen gerade auf den Grund dieser Thatsache hinsichtlich des Beitraums bie zum 1. September 1806 von der früher begehrten Vertretung der streitigen Zinsens rückstände abseiten des Herzogthums Nassau abstrahirt hat. Von Seiten des letztern ist zwar jene Thatsache bislang ignorundo geläugnet worden; es konnte jedoch hierauf um deswillen kein Gewicht gelegt werden, weil die Rassausschen Hegierung im Uebrigen die fortgedauert habende Belastung der gedachten beiden Aemter mit der fraglichen Schuldenrata und deren solcherzgestalt erfolgte Vereinigung mit dem Herzogthum Nassau eingeräumt hat, und jene Thatsache überhaupt nur die Fortdauer eines bestandenen Rechtseverhältnisses bezielt, welche ohnehin schon bis zu dem Beweise des Gegentheils rechtlich präsumirt werden muß.

So viel nun aber die Nassaussche Besthzeit selber anbelangt, so hat die Krone Preußen eine mährend derselben in Ansehung des fraglichen Schuldverhältnisse selber eingetretene Aenderung direct eben so wenig behanptet, sondern nur hinsichtlich der streitigen Zinsenrückstände eine deskallsige Vertretungsverbindlichkeit der Nassausschen Regierung zu begründen versucht, und da auch die lettere bei ihrer ganzen Vertheidigung von dem Standpuncte einer unverändert Statt gesundenen Fortdauer jenes Schuldverhältnisses auszgegangen ist, so würde die Thatsache einer solchen Statt gesundenen Aenderung nur dann als indirect geltend gemacht haben Berücksichtigung sinden können, wenn dieselbe aus demjenigen, was von beiden Theilen über die während der Nassausschen Beschzeit bestandene Finanzeinrichtung und Verwaltung in facto angesührt worden, mit Nothwendigkeit zu entnehmen gewesen wäre. Hierzu konnten jedoch diese thatsächlichen Angaben in keinem Falle für geeignet geshalten werden.

Im Allgemeinen rechtfertigt zwar die Thatsache, daß die Ginkunfte aus den verschiedenen Theilen eines Staats in eine gemeinschaftliche Casse fließen und darin angesammelt werden, die Schlußfolgerung, daß dadurch auch die 3mecke, zu welchen die Ausgaben aus sothaner Caffe verwendet werden, in dem Maaße als gemeinschaftlich anerkannt werden, daß damit eine desfallsige be= sondere Verpflichtung des einen oder andern Landestheils nicht wohl zu der= einigen steht; da indessen der rechtliche Grund dieser Schlußfolgerung nur auf der aus einer solchen Einrichtung factisch zu entnehmenden Absicht und Wil= lenderklärung der Staatsregierung beruht, so kann dieselbe überall da nicht Plat greifen, wo eine entgegengesetzte, auf die Fortdauer eines solchen vor= handenen besondern Schuldverhältnisses gerichtete Absicht der Staatsregierung ausdrücklich zu erkennen gegeben ist. Insonderheit kann aber in dem Falle, wenn ein Theil eines untergegangenen Staats in der Eigenschaft eines per= sonlichen Schuldners eines ratirlichen Antheils der Schulden deffelben von einem andern Staate erworben wird, aus dem Umstande allein, daß die dem= felben auferlegten Steuern zu den allgemeinen Mitteln herbeigezogen, und in die desfausige augemeine Casse abgeliefert und darans verwendet werden, eine Uebertragung jenes Schuldverhältniffes auf diefe allgemeine Caffe nur dann gefolgert werben, wenn von Seiten ber letteven nun auch wenigstens factifc ein wirklicher Gintritt in dasselbe erfolgt und dadurch die Vertretung der be= treffenden Schulden als gemeinschaftlicher 3weck anerkannt wird; weil die Abs sicht ber einzugehenden Communion, man mag nun dieselbe auf die Communionsinteressenten selber, oder auf die Staatsregierung beziehen, so weit dies selbe nur ans thatsächlichen Momenten gefolgert werden soll, nie weiter gehen kann, als wozu die letteren Veranlassung darbieten. Selbst der Thatumstand, daß einem solchen erworbenen Staatsgebiete zur Vertretung seiner besonderen Schuldverhältnisse keine besondere Finanzeinrichtung gegeben, oder solche nicht gehörig entwickelt und ausgebildet ist, kann hierunter nichts andern, weil hieraus nur eine Vernachlässigung der Provinzial=Schuldverhältnisse solgen würde, deren Behandlung zu jeder Beit wieder ausgenommen und regulirt werden kann.

In Ansehung der hier in Frage stehenden vormals Kurkölnischen Landestheile ist nun

1) zuvörderst keineswegs in facto ermittelt, daß die sämmtlichen, mah: rend der Naffauischen Besitzeit darin erhobenen Steuern in die allgemeine Staatscasse gestossen sind; vielmehr steht solches nur in Ausehung bes, nach Berichtigung ber Lokalausgaben, verbliebenen Ueberschuffes fest, und nach den mangelhaften Angaben und Nachrichten über die Stellung der Localrecepturen läßt es sich keineswegs als ausgemacht ansehen, daß jene Lokalausgaben nur aus solchen örtlichen Ausgaben, welche fich ihrem Zwecke nach zu Staatbausgaben geeignet und daher nur à Conto der Hauptcasse geleistet worden sud, bestanden haben, und darunter feine besonderen Ausgaben der fraglichen Laudestheile begriffen gewesen sind; in diesem lettern Falle würden aber jene Localre= cepturen keineswegs als bloße stationes der Centralcassen angesehen werden kön= nen, sondern daneben gleichzeitig die Gigenschaft wirklicher Specialcassen der fraglichen Landestheile gehabt haben. Auch muß es zu diesem lettern Zwecke schon genügen, wenn nur die Steuern zur Bestreitung solcher besonderen Ausgaben der fraglicen Landestheile mit erhoben sind, sollte auch deren wirkliche Bermendung dazu unterblieben und dadurch der an die Staatscaffe abge= lieferte Ueberschuß vergrößert worden sepn, indem die den gedachten Localrecepturen beigelegte gleichzeitige Qualität eigentlicher Specialcaffen baburch allein, daß sie in der lettern Gigenschaft nur mangelhaft in Thätigkeit gekom: men sind, überall nicht aufgehoben werden kann. Es geht zwar aus den von der Krone Preußen producirten Deuber Landcassen : und Linger Ober : Steuereinnehmerei = Rechnungen hervor, daß der an die Staatscaffe abgelieferte Ueber= schuß durch die Verrechnung der aus den sammtlichen gehobenen Steuern auf= getommenen Einnahme und der gefammten davon bestrittenen Localausgaben constatirt worden ift, und es würde vielleicht einer geordneten Rechnungsfüh= rung entsprochen haben, wenn über die den betreffenden Landestheilen bavon respective ju Gute gefommene und jur Last gefallene befondere Ginnahme und Ausgabe ein besonderes Rechnungswesen bestanden hatte; es tann indeffen, and abgesehen davon, daß die Rechnungen der Deuger Localreceptur aus= bendlich als Landcassen=Rechnungen bezeichnet find, über das für die Aem= ter Neuerburg und Altenwied bestandene Rechnungswesen aber nichts zu er= sehen steht, dieses nur die Form der Rechnungsführung bezielende Berhaltmiß auf das Wefen der Sache selber von teinem Ginfluß senn, sofern es nur foust ausgemacht ift, daß eine auf Gemeinschaftlichkeit ber sämmtlichen Ausgaben, und somit auch der gefammten, durch die Steuern aufgebrachten Ginnahme gerichtet gewesene Absicht nicht vorhanden gewesen ift. Dieses fann aber fauru

bezweifelt werden, indem aus den übereinstimmenden Angaben beider Theile und den dieserhalb von der Krone Preußen producirten Urkunden hervorgeht, daß für die betreffenden Sandestheile alljährlich ein besonderer Erigenzstatus aufgestellt und darnach die von ihnen aufzubringende Simpelnanzahl festgeset ift, und die für die Jahre 1803 und 1804 erlaffenen Steuerausschreiben flar ergeben, daß diefe Festfetung unter Berücksichtigung ber ben gedachten Landes= theilen obliegenden besonderen Lasten geschehen ist; insonderheit ist daraus zu ersehen, daß diesen besonderen Lasten unter anderen nicht nur die in den successiven Rechnungen wirklich zur Ausgabe gelangten, und in dem Art. IX. des Wiener Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 ausdrücklich als Particularschulden behandelten Pensionen vormaliger Kurkölnischer Landständischer Diener, sondern auch die rückständigen Binsen von dem überkommenen Untheil an den Kurkdle nischen Landesschulden beibegählt worden find, so wie denn auch diese, sotha= nen Binsenrückständen beigelegte Qualität einer den fraglichen Landestheilen pbliegenden Particularschuld, Inhalts der producirten, in Folge einer Beschwerde der letteren bei dem vormaligen Reichtkammergerichte stattgefundenen Ver= handlungen, sowohl von jenen, wie auch von der Nassauischen Regierung aus= brudlich anerkannt worden ist. Gine in der Folgezeit in dieser Art der Stener= veranlagung eingetretene Aenderung ift durchaus nicht erwiesen, vielmehr erhellet sowohl aus den späteren Steuerandschreiben, so weit solche producirt worden, als auch aus den beigebrachten Rechnungen, daß die ursprüngliche Behandlung der Sache beibehalten und ftets nur der, nach Berichtigung der Localausgaben verbtiebene Ueberschuß an die Staatscasse abgeliefert morden ift; insonderheit ift in dem Stenerausschreiben für bas Jahr 1805 ausbruck= lich auf die Steuerausschreiben für 1803 und 1804 Bezug genommen, so wie auch das Steuerausschreiben für das Jahr 1807 bei der Feststellung der aufzubringenden Simpemanzahl namentlich die rückständigen Ilnsen von den Gemeindeschulden berlichfichtigt; und wenn gleich hierunter die bermalen in lito befangenen Zinfenrückfände nicht zu verstehen senn möchten, so erhellet doch baraus jedenfalls, daß die Steuctveranlagung nach wie vor unter Berücksichtigung der Particularschulden geschehen ift, daß mithin, neben den all= jährlich ausgeschriebenen und etwa für die Staatscasse bestimmt gewesenen Steuerfimplis eine befondere Regulirung der Particularschulden wenigstens beabsichtigt worden ist, und daß daher auch aus diesem Grunde die stattgefundene Einziehung ber ausgeschriebenen Steuern zur Staatscaffe keinen Schluß auf eine intendirte Beränderung in dem rücksichtlich der Particular= fhulben bestandenen Berhältniffe ju begründen, für geeignet gehalten werden rann. Denn wenn man auch

2) annehmen könnte, daß die gesammten, in den fraglichen Landestheilen erhobenen Steuern in die allgemeine Staatscasse gestossen, mithin die von den Localrecepturen geleisteten Ausgaben nur als à Conto der ersteren geschehen anzusehen seven, so würde daraus dennoch eine stattgefundene Uebertragung des, den gedachten Landestheilen hinsichtlich des fraglichen Schuldenantheils sögelegenen Schuldverhältnisses auf die allgemeine Staatscasse, und somit auf die gesammten Nassauischen Lande nur dann gefolgert werden können, wenn die Vertretung dieser Schulden und namentlich die Berichtigung der Zinsen derselben als ein der gedachten Staatscasse obliegender Iweck, du welchem aus derselben als ein der gedachten Staatscasse obliegender Iweck, du welchem aus

allen Theisen des Landes beigetragen worden, anerkannt worden wäre, indem, in Ermangelung einer solchen Anerkennung, die aus der obigen Thatsache zu ziehende Folgerung zunächst nur dahin gehen kann, daß das jenen Landesthei= ten obliegende besondere Schuldverhältniß unberücksichtigt geblieben und deffen Behandlung und Regulirung vernachlässigt oder ausgesetzt worden ift. An einer solchen Anerkennung mangelt es nun aber in der That durchans, indem die einzige in dieser Beziehung geltend gemachte Thatsache, nämlich die am 14. Januar 1811 zwischen dem Herzoglich : Nassauischen Staatsministerium und dem Bevollmächtigten der Kurkölnischen Glänbiger, Generalsecretär Rorfgen, wegen der Bezahlung der Binsen von dem fraglichen Schuldenan= theile geschlossene Convention, und die in Folge derselben von der Nassauischen Regierung bis zum 29. März 1813 auf sothane Zinsen successive aus der Staatscasse geleistete Zahlung von 26,800 Gulden eine solche Auerken= nung überall nicht zu Tage legt, vielmehr mehrere, entschieden auf das Ge= gentheil hindeutende Momente außer allen Zweifel gesetzt find. Denn der Ab= schluß dieser Convention an und für sich kann um deswillen nichts beweisen, weil das Nassauische Gouvernement zu dieser Handlung sowohl für die frag= lichen Landestheile, wie für die gesammten Nassauischen Lande befugt gewesen ist; die Convention selber aber enthält nichts, woraus eine Beziehung des fraglichen Schuldverhältnisses auf die gesammten Nassauischen Lande gefolgert merden könnte, vielmehr find im Gegentheil im Art. 5 derselben die stipulir= ten Zahlungen ausdrücklich auf die Herzoglich-Naffauische Steuercaffe zu Linz, als den hauptort der an Nassau gefallenen Kurkölnischen Lan= destheile, gelegt worden, und da diese Casse dem Obigen zufolge zugleich eine Special=Landescaffe gewesen ift, so kann die durch jene Bezeichnung be= absichtigte Hervorhebung des den gedachten Landestheilen obliegenden Schuld= verhältnisses um so weniger bezweifelt werden, als in dem gleich am folgenden Tage, den 15. Januar 1811, von dem Nassauischen Staatsminister von Marschall an den Französischen Präsecten Ladoucette erlassenen Schrei= ben ausdrücklich bemerkt ist, daß die fragliche Schuld bemnächst unter die ehe= maligen Kurkölnischen Gemeinden merbe repartirt merden. Unter diesen Um= ftänden kann die hiernächst auf einen Theil der rückständigen und laufender Binsen aus der Nassauischen Staatseasse erfolgte Zahlung von 26,800 Gutben für eine in dem Schuldverhältnisse eingetretene Aenderung um so weniger in Bezug genommen werden, als die bloße Chatsache der von einem Dritten für den eigentlichen Schuldner geleisteten Zahlung nicht einst hinfichtlich bes wirklich Gezahlten eine solche Schlußfolgerung rechtfertigt, dieselbe also noch vielweniger in Ansehung des unbezahlt gebliebenen Theils ber Schuld Plat greifen taun; überdieß haben aber auch beide Theile, nämlich die Raffaut fcbe Regierung sowohl, wie auch die betreffenden Gläubiger selber, jene Bahlung nur aus dem Gesichtspunfte eines für die fraglichen Landestheile aus Staatscasse geleisteten Borschusses angesehen, indem die, abseiten der Rrone Preußen anerkannte, Nassauische Ministerialresolution an die Regierung ng Chrenbreitstein vom 4. März 1813 die gedachte Bahlung ausdrucklich als eine vorschußweise geleistete Abführung bezeichnet, welche demnächst, nach er= folgter Ausmittlung der zu übernehmenden Schuldeurate und deren Revarti: tion unter die vier Kurfolnischen Aemter, rembonrurt merden muffe; ins Den.

Schreiben des zc. Körfgen an die Preußische Regierung zu Coblenz vom 25. Mai 1820 aber eben so unumwunden anerkannt ist, daß das Nassauische Staatsministerium den Gingang der Fonds aus der Steuercasse zu Ling, morauf die Zahlung durch die Convention und gemäß den Anordnungen des Gouvernements angewiesen gewesen, nicht abgewartet, sondern den Vorschuß separatim aus dem Herzoglichen Tresor bewilligt und fast ganz anticipando habe auszahlen laffen. Mit dem solchergestalt gewonnenen Resultate stimmt nun auch die von beiden streitenden Regierungen anerkannte Anwendbarkeit des Herzoglich = Nassauischen Sticts vom & September 1812 auf die fragli= chen Kurkölnischen Landesschulden völlig überein. Es ist zwar diese Verord= nung selber nicht zu den Acten gebracht worden, indessen sind beide Theile in Ansehung des darans angeführten Inhalts dahin völlig einverstanden, daß da= durch alle in den verschiedenen Landestheilen bis hierher bestandenen Provincial= und Special=Landcassen, deßgleichen die besonderen Amte und Amte-Rriege= kosten=Cassen vom 1. Januar 1812 an aufgelöst, und die darauf haftenden Ausgaben den geeigneten Fonds der landesherrlichen oder sonstigen Caffen überwiesen sind, in Ansehung der Schulden aber eine Umtheilung derselben nach dem Maakstabe des bisherigen Beitragssußes unter die betheiligten Ge= meinden angeordnet worden find. Es fann feinem Zweifel unterliegen, daß unter diesen umzutheilenden Schulden nur Particularschulden zu verstehen sind, und daß daher, sofern diese Qualität für die in Frage stehenden Kurkölnischen Landesschulden nachgewiesen ist, damit auch die Anwendbarkeit jenes Sticts auf dieselben von selber als gerechtfertigt erscheint; denn wenn gleich die bis= lang noch nicht erfolgte gänzliche Ausmittlung der zu übernehmenden Schul= denrate eine wirkliche Ausführung der vorgeschriebenen Umtheilung noch nicht gestattet hat, so kann dieß doch der Anwendbarkeit des gedachten Sdicts an und für sich nicht entgegenstehen, da diese durch eine sofortige Ausführbarkeit keineswegs für bedingt gehalten werden kann.

Ė

1

3

•

ţ

. 1

194h

"

12 🕏

11

1

11 5

! ::

ME

ir!M

ning

E no

ter pa

Mug

id like

6,8**00**:

n io 🕏

nen it

infide

elle 🎉

San

die Nie

, jene 3

cheile #

eiten W

e Rept

allenter

nnide.

d Mids

n minis

Wenn nun aber, dem Bisherigen zufolge, die fraglichen vier Kurkölnischen Alemter gleich bei ihrer Vereinigung mit dem Herzogthume Nassau personliche Schuldner des betreffenden verhältnismäßigen Antheils der Erzstift=Rölnischen Landesschulden gewesen sind, und dieses Verhältniß auch mährend der Nassauischen Besitzeit durchaus keine Veränderung erlitten hat, so hat auch die Richtigkeit dieses Ergebnisses augenscheinlich dadurch die unverkennbarste An= erkennung gefunden, daß beide betheiligten Regierungen über die Anwendbar= teit des vorgedachten Nassauischen Edicts vom & September 1812 auf die in Frage stehenden Schulden völlig einverstanden find; daß ferner die Krone Preußen gerade in Beziehung auf dieses Cbict für den Zeitraum vom 1. Ja= nuar 1812 bis 1. Juli 1815 von der früher begehrten Bertretung der ftrei= tigen Binsenrückstände von Seiten des Herzogthums Nassau abstrahirt hat, und daß beide Theile bei der Bollziehung der im Art. VIII, lit. b des Staats= vertrage vom 31. Mai 1815 verabredeten Theilung der Nassauischen Staateschulden eine Bertheilung, dieser in Frage stehenden Kurkölnischen Schulden nicht vorgenommen haben, vielmehr dieselben in Ansehung der Capitalien, als unter die, die Provinzialschulden normirende Disposition des Art. VIII, lit. a des gedachten Staatsvertrags fallend, von der Krone Preußen unweigerlich übernommen worden find.

Muß nun aber solchergestalt die Anwendbarkeit der letztgebachten Disposition auf die Capitalien der fraglichen Schulden für ausgemacht angesehen werden, so steht auch solche in Ansehung der davon rückständigen, dermalen in lite befangenen Binsen an und für sich eben so wenig zu bezweifeln, und es können die dagegen von der Krone Preußen erhobenen Einwendungen keine rechtliche Beachtung verdienen. Denn

1) die unterbliebene namentliche Erwähnung der Zinsen würde nur bann von einigem Gewicht sepn, wenn deren Gegensaß, die Capitalien, als Gegenstand der Disposition bezeichnet wären, welches aber nicht der Fall ist, indem der Vertrag nur von Particularschulden im Allgemeinen redet, und dazu nicht nur die Particularschulden an Capitalien, sondern auch die Particularschulden an davon rückständigen Zinsen gehören, wie auch solches die Krone Preußen durch die Uebernahme der aus der Zeit vom 1. Januar 1812 bis 1. Juli 1815 rückständigen Zinsen selber anerkannt hat.

hiernachst steht

2) nicht wohl abzusehen, was aus dem Chatumstande, daß die hier in Frage stehenden Zinsen aus einem Vertrage originiren und also eine von dem Anspruch auf das Capital verschiedene selbstständige Forderung begründen, für den Umfang des Begriffs der Schulden entnommen werden kann? Denn wenn gleich es sich als möglich denken läßt, daß die Verzinsungsverbindlichkeit — sep es nun im Verhältniß zum Gläubiger selbst, oder auch nur im Verhältzniß zum bisherigen Schuldner — von diesem auf einen Dritten übergeht, während die Verbindlichkeit für das Capital auf jenem haften bleibt, so ist dies doch für die Auslegung der hier in Frage stehenden Vertragsbestimmung so lange ohne Sinsung, als nicht nachgewiesen werden kann, daß in Ansehung der streitigen Zinsenrückstände eine solche Aenderung im schuldnerischen Subject stattgefunden hat.

Endlich stellt sich auch

- 3) das aus der angeblich erforderlichen Verhältnismäßigkeit der Leistungen und Gegenleistungen gezogene Argument von selber als unerheblich dar, indem die dabei untergestellte Prämisse einer zwischen beiden nothwendigen Gleichheit nicht einst für Rechtsverhältnisse des Privatverkehrs begründet erscheint, und es bei Staatsverträgen überdies an jedem Maaßstabe mangelt, nach welchem das Verhältniß einer Verletzung beurtheilt werden konnte, so wie denn übershaupt die Geltendmachung einer solchen, durch etwaige unrichtige factische Voraussepungen über den Umfang der fraglichen Zinsenrückstände herbeisgesührten Verletzung überall nicht in den Umfang des gegenwärtigen Aussträgalversahrens gehören würde.
  - Es fommt bemnach nur noch
- B) auf die Beantwortung der zweiten Frage an, ob nicht die Anwendsbarkeit der Disposition des Art. VIII, lit. a, des Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 auf die streitigen Zinsenrückstände entweder durch andere deskaustge Vertragsbestimmungen, oder durch eine rücksichtlich sothaner Zinsenrückstände in dem Schuldverhältnisse eingetretene Aenderung ausgeschlossen wird?

Diese Frage hat ebenfalls zum Nachtheil der Krone Preußen beantwortet werden muffen. Denn

1) hat dieselbe aus den vorliegenden beiden Staatsverträgen selber feine

besfallsige Disposition in Bezug zu nehmen vermocht, da der nebenbei berührte, nur die Rammerschulden bezielende Art. II. des Boltziehungsrecesses vom 14. December 1816 hier in feine Betrachtung fommen fam. Es hat vielmehr nur die Nassauische Regierung die Vertretungeverbindlichkeit der Krone Preußen neben dem Art. VIII, lit. a, bes Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 auch noch aus dem Art. XXIII. des gedachten Bollziehungerecesses zu begrün= ben gesucht, worauf es jedoch nur dann ankommen konnte, wenn die in Frage stehenden Kurkölnischen Landesschulden für Rassauische Staatsschulden an= gefehen werden müßten, indem der gedachte Art. XXIII. nur die Auseinander= setzung zwischen beiden Gouvernements in Ausehung der Staats- und Domanial=Ginnahmen und Ausgaben zum Gegenstande hat, mithin auch die darin berührten Ausgaberückstände, welche, sowohl der Ratur der Sache als anch ben bisherigen Verwaltungegrundfägen nach, den übernommenen Caffen aur Last fallen, und mit denselben übergeben sollen, dafern darunter über= haupt rückständige Binsen verstanden werden können, nur auf Binsenrückstande von Staatsschulden, nicht aber von Particularschulden zu beziehen fleben.

Es hat daher die Krone Preußen

2) ihre Intention hauptsächlich auf die Nachweisung einer hinschtlich der streitigen Zinsenrücksände in dem ursprünglichen Schuldverhältnisse eingetreztenen Aenderung zu stüben gesucht, und sich dieserhalb, außer der schon oben erörterten Convention zwischen der Nassauischen Regierung und dem Manzbatar der Kurkölnischen Gläubiger, Körfgen, theils auf die von Seiten der Nassauischen Regierung während des fraglichen Zeitraums in den betreffenden Landestheilen geschehene Steuererhebung, theils auf den Nechtssas bezogen, daß derzenige, welcher die Ausungen einer Sache bezogen habe, auch deren Lasten übernehmen müsse.

Es haben jedoch diese beiden Momente für durchaus unerheblich gehalten werden muffen. Denn wenn es gleich

a) in facto feststeht, daß die Nassauische Regierung mährend des frag= lichen Zeitraums in den gedachten Landestheilen das Besteuerungsrecht exercirt, und die Steuern zum Theil unter ausdrücklicher Berücksichtigung der davon au berichtigenden freitigen Binfenruckfande ausgeschrieben, diese Berichtigung jedoch unterlassen und die erhobenen Steuern zur allgemeinen Staatscasse ge-.zogen hat, so hat doch dadurch das Schuldverhältniß der fraglichen Landes= theile ju den betreffenden Binsengläubigern, wie von selber in die Augen fällt, auf keine Weise geandert werden konnen; eben so wenig laßt sich aber daraus im Verhältniß der beiderseitigen Regierungen zu einander eine Bemflichtung der Nassauischen Regierung zur Vertretung der fraglichen Zinsenvückstände de= duciren. Denn da die Steuern nicht bloß zur Bezahlung und Verzinsung der besonderen Landes- und Steuerschulden, sondern auch gur Bestreitung der Rosten der allgemeinen Landesverwaltung erhaben worden und bestimmt ge= wesen sind, so kann nicht die Chatsache der exercirten Besteuerung an und für fich, sondern möglicher Beise nur der Umfang der erhobenen Steuern, ihr Verhältniß zu den darauf geruht habenden Ausgaben, der Gegenstand ihrer Verwendung und die etwa rudfichtlich der concurrirt habenden verschiedenen Ausgaben zu beobachten gewesene Priorität in Frage kommen. In dieser Begiehung murbe nun aber ber Umftand, daß die erhobenen Steuern vielleicht zu

solchen Ausgaben verwendet morden sind, welche entweder damit in gar keiner Berbindung gestanden haben, oder in Ansehung ihrer Nothwendigfeit, 3med: mäßigkeit und Angemessenheit oder auch nur in Ansehung ihrer größern oder geringern Dringlichkeit im Berhältniß zu den fraglichen Binsenrückständen zu Ausstellungen Veranlassung geben können, höchstens nur eine, auf den aus: zumittelnden wirklichen Schaben beschränfte, und in den Umfang des gegenwärtigen Austrägalverfahrens überall nicht gehörende Erstattungsverbindlich= keit zu begründen geeignet senn. Es kann anch hierunter badurch, daß die. Steuern mit zum 3meck der Berichtigung der fraglichen Binsen ausgeschrieben und unter der hierin implicite enthaltenen Busicherung einer desfallsigen Verwendung erhoben morden sind, nichts geändert werden, weil, ganz abgesehen davon, daß die Steuererhebung nicht auf den Grund einer von den Steuer: pflichtigen felber geschehenen und burch den vorgedachten 3med limitirten Be= willigung, sondern in Folge einer, von der Nassauischen Regierung einseitig verfügten, und burch eine, die fraglichen Binsen mit umfassende Emuneration der zu bedenden Ausgaben motivirte Steuerausschreibung stattgefunden hat, und daß insonderheit den fraglichen Landestheilen seit den mit der Aufhebung der Deutschen Reichsverfassung eingetretenen veränderten Verhältnissen kein Recht auf die Befolgung bestimmter Regierungs: und Verwaltungs:Grund: fäte in der Maaße zugestanden hat, daß aus deren Nichtbeobachtung oder Berlepung ein zur gerichtlichen Cognition und Entscheidung geeigneter Anspruch hergeleitet werden konnte, selbst beim Vorhandenseyn diefer mangelnden Voraussehungen aus der unterbliebenen Realistrung des von der Nassauischen Regierung bei der Verwendung der erhobenen Steuern als Richtschnur zu befolgen gewesenen Zwecks nur ein Anspruch auf eine über diese erhobenen Steuern zu ertheilende nahere Nachweisung begründet senn murde, welcher erst durch das Ergebniß dieser Nachweisung seine nähere Bestimmtheit wurde erhalten, und gegen den Nassauischen Staat nur unter der Voraussetzung einer gleichzeitig vorhandenen Kaatbrechtlichen versio in rem würde geltend gemacht werden können.

Cben so unerheblich erscheint

b) das obgedachte zweite Argument, mittelst dessen die Krone Preußen die von der Nassauischen Regierung gezogenen Steuern unter den Gesichts= punct der von dem Besis der fraglichen Landestheile gezogenen Vortheile zu subsumiren versucht hat. Denn in solchen Verhältnissen, wo eine Sache selber als das schuldnerische Subject angesehen werden muß, ist der in der Person des Besisers derselben eintretende Wechsel, nach den dieserhalb über die Grundsteuer in der

L. 7. D. de public.

L. 36. D. de jure fisci.

L. 2. 5. C. sine censu et reliq.

aufgestekten Bestimmungen, auf die Befugniß des Gläubigers, sich wegen der Rückstände an die Sache selber und somit an deren dermaligen Inhaber halten zu können, ohne rechtlichen Einstuß, und der in diesem Falle dem letztern gegen feinen Vorbestser zustehende Regreßanspruch würde weder gegen den Nassauisschen Staat, welcher als Vorbestser der fraglichen Landestheile nicht augesehen werden kann, begründet erscheinen, noch auch in den Umfang des gegenwärs

#### Zinsenrückstände v. Kurkoln.=Landständ. Obligationen. 485

tigen Austrägalversahrens gehören. Es stellt sich aber überhaupt dieser ganze von der Krone Preußen aufgefaßte Gesichtspunct um deswillen als völlig unanwendbar dar, weil die juristische Persönlichkeit des schuldnerischen Subjects im vorliegenden Falle nicht auf einer Sache, sondern auf einer universitas personarum beruht, und beide Arten von juristischen Personen zwar darin übereinstimmen, daß ihre Rechtsverhältnisse durch Repräsentanten wahrgenommen werden, dagegen aber zwischen ihnen der wesentliche Unterschied statzsindet, daß, während der jeweilige Bester einer mit juristischer Personlichkeit begabten Sache nicht bloß als Repräsentant der erstern, sondern zugleich als selbstständiges Subject von Rechten erscheint, deren Gegenstand die Sache selber ist, bei einer universitas personarum nie davon die Rede sehn kann, daß dieselbe von ihren Repräsentanten oder Vorstehern besessen werde, und ein Object der denselben selbstständig zustehenden Rechte sep.

Wenn schließlich

c) die Krone Preußen noch aus dem hinsichtlich der hypothekarischen Schulden zwischen dem successor singularis und seinem Auctor stattsinz denden Verhältnisse eine Analogie hernehmen zu können geglaubt hat, so erscheint dieselbe, auch ganz abgesehen davon, daß ein hypothekarischer Nerus hier gar nicht in Frage steht, um beswillen als völlig unerheblich, weil die dem Singularsuccessor hinsichtlich der hypothekarischen Schulden obliegende Verhaftung, sosern nur die Hypothek sich auf die Zinsen mit erstreckt, die letzeren eben sowohl wie die Capitalien umfaßt, und daher ein von ihm wegen rückständiger Zinsen gegen seinen Auctor exercirter Regreß auf das nämliche hinausläuft, was durch die wegen der Capitalien supponirte Abrechnung auf die Kausgelder geltend gemacht wird.

Aus den bisher entwickelten Gründen hat die aufgestellte Vorfrage so, wie in dem Urtheile geschehen, entschieden werden müssen, und konnte unter diesen Umständen auf die von der Nassauischen Regierung nur eventuell geltend gemachte Einrede der Zahlung und Compensation nicht hineingegangen werden.

Wenn schließlich die Entscheidung nicht sowohl auf der Festellung zweifelshafter factischer Verhältnisse, sondern vielmehr nur auf der rechtlichen Bezurtheilung der Relevanz der vorgebrachten Thatsachen beruht hat, und eine besondere Unbestimmtheit oder Zweifelhaftigkeit der anzuwenden gewesenen gesehlichen Bestimmungen nicht anzunehmen war, so haben die Kosten dieses Versahrens der Krone Prenßen zur Last gelegt werden müssen.

(L. S.) F. E. v. d. Often.

Strampe."

#### Gesuch

des Jonas Cahu, megen Binfenruchftandes von Aurhölnischen Rammerschulden. (Band I. S. 919 - 924.)

(Schließt sich unmittelbar in Band I. S. 924. an die lette Beile.)

Im Jahre 1836 hatte bie Konigl. Hannovrische Gesanbtschaft in Sess. XVI. S. 228. die Anzeige gemacht von der dem Ob.-Appell.-Gericht zu Celle als Austrägalinstanz in bieser Streitsache ertheilten Berfügung, so wie von der Mittheilung der betreffenden Akten, worauf in den Protokollen der B. B. eine weitere Erwähnung hierin nicht 1841. geschieht, bis i. J. 1841 Prassbium in Soss. XXI. g. 226. S. 424. einen Bericht bes Db.=Appell.=Gerichts vom 28. Juni vorlegt, bem zufolge basselbe bas hier unten folgende Erkenntniß nebst den Ent= scheidungsgrunden überreicht und sowohl die mitgetheilten Aften, als auch die zu Celle verhandelten anschließt.

Der hierauf S. 439. gefaßte Beschluß lautet:

"1) Nachdem das vorstehende Urtheil vom 24. Mai l. J. von dem Austrägal-Gerichtshofe im Namen und aus Auftrag des Durchtigsten Deutschen Bundes den Parteien eröffnet worden, so wird die Urschrift besselben sammt den Akten, um auf bessen Befolgung halten zu konnen, im Bundesarchive niedergelegt.

"2) Dem Reclamanten Jonas Cahn zu Bonn, welcher fich mit feiner biesfälligen Forderung an die B. B. gewendet, ift von diesem Beschlusse mit dem Beisage Nachricht zu geben, daß ihm gestattet sen, von dem erfolgten Urtheile in der Bundeskanzlei Einsicht zu nehmen."

Zinsenruck. v. Kurkoln. Kammerschulden, in spec. Cahn. 487

# Urtheil vom 24. Mai 1841.

(Prot. v. J. 1841, Sess. XXI. §. 226. S. 425. Band I. S. 924.)

"In Austrägalsachen der Krone Preußen, an einem, wider das Herzogthum Nassau, am andern Theile, wegen Uebernahme der für den Zeitraum von 1795 bis 1815 rückständigen Zinsen von vormaligen, auf den dis zum 1. Juli 1815 zum Herzogthum Nassau gehörig gewesenen Theilen des ehemaligen Erzstifts Köln gehafteten Kammersschulden, erkennen Wir Ernst August, von Gottes Gnaden König König von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Frland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lünedurg zu. zu., im Auftrag und Namen der hohen deutschen Bundesverssammlung für Recht:

daß die rückständigen Zinsen von denjenigen vormals Kurkölnischen Kammerschulden, welche auf den bis zum 1. Juli 1815 zum Herzogethum Nassau gehörig gewesenen Theilen des ehemaligen Erzstifts Köln gehaftet, für den Zeitraum von 1795 bis zum 31. December 1814, in so weit sothane Zinsenrückstände am letzgedachten Tage auf den Nassauischen Kammercassen gehaftet haben, von den beiden betheiligten Hösen gemeinschaftlich, und zwar von der Krone Preußen zu vier und zwanzig Procent, und von dem Herzogthum Nassau zu sechs und siebenzig Procent, hinsichtlich der später erwachsenen Zinsen aus dem Zeitraume vom 1. Januar dis 1. Julius 1815 aber von der Krone Preußen allein und ausschließlich zu pertreten sind.

Wie Wir denn also exkennen, die von beiden Theilen aufgewandten Kosten aber gegen einander vergleichen und aufheben.

Von Rechtswegen.

Publicat. im Königlich = Hannöverischen Ober = Appellationsgerichte den 24. Mai 1841.

Ad Mandatum Sacrae Regiae Majestatis proprium.

(L. S.) F. E. v. d. Often.

Strampe."

### Entscheidungsgründe.

Dem gegenwärtigen Austrägalverfahren liegt das nämliche thatsächliche Verhältniß zum Grunde, auf welchem der zwischen den beiden streitenden Regierungen wegen rückständiger Zinsen von vormaligen Kurkölnischen landsständischen Capitalien verhandelte Austrägal=Rechtsstreit beruht.

Bei der durch den Reichsdeputations=Hauptschluß vom 25. Februar 1803 erfolgten Säcularisation des vormaligen Kurfürstenthums Köln ist der rechts: rheinische Antheil des eigentlichen Erzstifts Köln dem Herzoge von Nassau-Usingen und dem Fürsten von Wied = Runkel in dem Maaße zugetheilt worden, daß der erstere die fünf Aemter Linz, Schönstein, Königswinter, Billich und Deut, der lettere aber die beiden Aemter Neuerburg und Altenwied erhalten hat. Durch den Art. 24. der Rheinischen Conföderationsacte murde der Fürst von Wied = Runkel unter die Souverainetat des Herzogs von Naffau gestellt, und der demselben zugefallene vorgedachte Antheil des vormaligen Erzstifts Köln ebenfalls mit dem Herzogthum Nassau vereinigt, wogegen das lettere, Inhalts des Art. 26. derselben Conföderationsacte, die drei vormaligen Rol= nischen Aemter Königswinter, Villig und Deut an den Großherzog von Berg abtrat, und somit nur noch im Besitz der vier vormals Kurkölnischen Aemter Ling, Schönstein, Neuerburg und Altenwied verblieb, in welchem Befit auch dasselbe ununterbrochen bis zum Jahre 1815 verblieben ift, wo es dieselben durch den Staatsvertrag vom 31. Mai 1815 an die Krone Preußen abgetreten hat.

Es beruht außer Zweifel, daß ein verhältnismäßiger Antheil der vor= maligen Rurkölnischen Kammerschulden mit den gedachten vier Aemtern auf die Erwerber derselben, den Herzog von Nassau-Ufingen und den Fürsten von Wied = Runkel, übergegangen, und ein Theil diefer Schuldenquote bereits mährend der Nassauischen Besitzeit auf die Herzoglich = Nassauische Staats= casse übernommen worden ist, in Ansehung des Restes derselben aber eine solche Uebernahme noch nicht statt gefunden hatte, als die gedachten vier Kölnischen Aemter durch den Staatsvertrag vom 31. Mai 1815 an die Krone Prenßen abgetreten worden sind. Die lettere verkennt ihre Verpflichtung nicht, diese, von dem Erwerb der gedachten vier Aemter herrührende Quote vormaliger Rurkölnischer Kammerschulden, so weit selbige auf die Herzoglich= Nassauische Staatscasse noch nicht übernommen worden, in Auschung des Capitals ver= treten zu muffen, bestreitet jedoch eine folche Bertretungeverbindlichfeit bin= sichtlich der darauf bis zum 1. Juli 1815 ruckständigen Binsen, und vermeint, solche der Nassauischen Regierung aufbürden zu konnen, welche sich jedoch dazu eben so wenig bereit erklärt hat.

Ein Versuch der Krone Preußen, die früheren zwischen beiden Regierungen wegen rückständiger Zinsen auf Kurkölnische landskändische Obligationen ein= geleiteten austrägalgerichtlichen Verhandlungen auf den obgedachten Streit= punct mit auszudehnen, ist ohne Erfolg geblieben, vielmehr dieser Streit= gegenstand durch das Erkenntniß vom 1. October 1834 aus jenem Versahren ausgeschieden worden; und wie nun am 17. Februar 1836 der Banquier

Jonas Cahn zu Bonn als angeblicher Gläubiger der vormaligen Kurkolnischen Kammercasse, Behuf Erlangung der Jahlung der aus dem Zeitraume von 1795 bis 1815 rücktändigen Zinsen auf sothane Kurkolnische Kammersschulden, bei der hohen deutschen Bundesversammlung die Entscheidung der Borfrage unter den betheiligten beiden Regierungen auf den Grund des Art. 30. der Wiener Schlußacte beantragte, beide gedachte Regierungen auch die Nothwendigkeit einer solchen Entscheidung anerkannten, und sich, unter Verzichtung auf einen vorgängigen Vermittlungsversuch, auf den hiesigen obersten Gerichtshof als Austrägalinstanz vereinigten; so hat die hohe deutsche Bundesversammlung durch einen Beschluß vom 7. Juli 1836 die nach dem Art. 30. der Wiener Schlußacte durch eine Austrägalinstanz zu veranlassende Entscheidung der zwischen den betressenden beiden Regierungen streitig geworzbenen Vorfrage:

welche der betheiligten Regierungen, oder in welchem Verhältniß beide, die für den Zeitraum von 1795 bis 1815 rückkändigen Zinssen von vormals Kurkölnischen Kammerschulden, in so weit diese auf den bis 1. Juli 1815 zu Nassau gehörig gewesenen Theilen des ehemaligen Erzstifts Köln haften, zu vertreten haben?

zu einem von diesem höchsten Gerichte in ihrem Namen und Auftrage abzusgebenden austrägalgerichtlichen Erkenntniß verstellt.

Nachdem nun die Krone Preußen, in Folge einer ihr durch das Decret vom 8. September 1836 wegen Einbringung der Klage geschehenen Auflage, die Verhandlungen mittelst Ueberreichung eines rechtsbegründeten Antrags eröffnet hat, so ist hiernächst, nach beider Seits in den Parteirollen eines Klägers und eines Beklagten verhandelten Säpen, der Actenschluß erkannt worden.

Die auch im gegenwärtigen Verfahren von der Krone Preußen gegen die ihr zugetheilte Parteirolle des Klägers erhobenen Einwendungen haben nicht nur aus denselben, bereits in der andern, zwischen beiden Theilen verhandelten Austrägalsache entwickelten Gründen für ungegründet, sondern auch um deswillen für unerheblich gehalten werden müssen, weil im vorliegenden Falle keine von den mit der gedachten Parteirolle geseplich verbundenen Folgen zur Sprache gebracht und geltend gemacht worden ist.

So viel nun zunächst

- I. die Feststellung des Streitgegenstandes und des der rechtlichen Beurstheilung unterzulegenden allgemeinen Gesichtspuncts anbelangt, so fällt
- 1) die durch den obgedachten Bundesbeschluß auf den Grund des Art. 30. der Wiener Schlußacte zur austrägalgerichtlichen Entscheidung verstellte Vorfrage im Allgemeinen unter den gemeinrechtlichen Begriff eines Präjudiciums, wobei es bloß auf die Feststellung der rechtlichen Beschaffenheit gewisser gegebener Thatsachen und einen desfallsgen gerichtlichen Ausspruch ankommt. Diese dem Austrägalrichter gegebenen factischen Prämissen bestehen zufolge des Art. 30. der Wiener Schlußacte darin, daß von Privatpersonen Forderungen an ein Bundesglied gemacht werden, die Verpslichtung, denselben Genüge zu leisten, aber zwischen mehreren Bundesgliedern streitig geworden ist. Die dieserhalb zu entscheidende Vorfrage beschränkt sich auf die Feststellung der Beschaffenheit der diesen Forderungen entsprechenden Verbindlichkeit und

auf den sich darans ergebenden Ausspruch darüber, welches der streitenden Bundesglieder diese Forderungen zu vertreten verpflichtet sep.

2) Als Gegenstand der im vorliegenden Falle von den betreffenden Prispatpersonen geltend gemachten Forderungen find im Bundesbeschluß pom 7. Juli 1836 bezeichnet:

vormals Kurkölnischen Kammerschulden, in so weit lettere auf den bis zum 1. Juli 1815 zu Nassau gehörig geweseuen Theilen des ehemaligen Grzstifts Köln haften;

baraus ergibt fic

Daß die zu entscheibende Worfrage mit den Capitalien der auf den vormaligen Kölnischen Landestheilen haftenden Kölnischen Kammerschusden nichts zu thun hat, indem die Verpflichtung zu deren Vertretung unter den betheiligten Begierungen nicht bestritten ift, vielmehr von der Krone Preußen als ihr obliegend anerkannt wird.

Desgleichen bleihen

b) von dem Umfange der Vorfrage ausgeschlossen die von solchen vormaligen Rurkölnischen Landestheilen herrührenden Kammerschulden und des fallsigen Binsenrückstände, welche zwar früher mit dem Herzogthum Nassau vereinigt gewesen, jedoch schon vor dem 1. Juli 1815 wieder getrennt worden sind, und aus den drei Aemtern Königswinter, Villich und Deut bestanden haben.

Wenn ferner

c) der Bundesbeschluß vom 7. Juli 1836 die den streitigen Binseurückständen zum Grunde liegenden Kammerschulden als auf den betresseuden
vormaligen Kölnischen Landestheilen haftend bezeichnet, so kann darin unmöglich ein, den ganzen Streit von vorn herein beseitigender Ausspruch über
die rechtliche Beschaffenheit dieser Haftungsverbindlichkeit befunden, vielmehr
jene Bezeichnung nur von einer allgemeinen, aus dem Erwerb jener Landestheile herrührenden Verhaftung verkanden, so wie darauf bezogen werden,
daß damit derjenige Antheil der Kölnischen Kammerschulden, welcher, nach
der übereinstimmenden Angabe beider kreitenden Regierungen, bereits auf die
Herzoglich = Nassauische Staatscasse wirklich übernommen gewesen, von dem
Umfange der zu entscheidenden Vorfrage hat ausgeschlossen werden sollen.

Endlich versteht es sich auch

- d) von selber, daß hier so wenig der Betrag und Umfang der von den betreffenden vier Kölnischen Aemtern herrührenden Kölnischen Kammerschulden und der darauf rücktändigen Zinsen, als wenig die Richtigkeit der dieserhalb von den betreffenden einzelnen Gläubigern geltend gemacht werdenden Forderungen in Betrachtung kommen kann, vielmehr die Voraudsepung der einsfachen Chatsache genügen muß, daß überhaupt Forderungen der bezeichneten Art geltend gemacht werden.
- 3) In Ansehung bes bei der Beurtheilung der Vorfrage zum Grunde zu legenden Gesichtspuncts müssen, zufolge der desfallsigen, in der andern, zwischen den beiden litigirenden Regierungen verhandelten Austrägalsache gegebenen Ausführung, neben den, das Verhältniß zu den Ereditoren direct bezielenden Chatsachen und Gründen, auch diejenigen Gründe berücksichtigt werden, fraft

beren das eine Gouvernement in eigenem Namen und vermöge eigenen Rechts von dem andern die Uebernahme und Vertretung der betreffenden Zinsensforderungen glaubt verlangen zu können, wogegen aber alle diejenigen Differenzen für gänzlich ausgeschlossen anzusehen sind, zu denen etwa das Vorshandensenn dieser Zinsenrücktände in anderer Beziehung unter den betheiligten Regierungen Veranlassung gegeben hat, und welche nur darauf abzielen, in der ursprünglichen Vertretungsverpsichtung durch Geltendmachung selbststänzdiger, mit den betreffenden Privatsorderungen in keiner Verbindung stehender Ansprüche eine Aenderung hervorzubringen.

Anlangend hiernächst

F

ß

M

ij#

10

(TIM

II. die Hauptsache selber, und zwar zuvörderst

A) abgesehen von den Bestimmungen des in der Mitte liegenden Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 und des Vollziehungsvertrags vom 14. December 1816, so würde die Entscheidung der streitigen Vorfrage zum Nacht theil der Krone Preußen haben ausfallen müssen.

Es sind nämlich die in Frage stehenden Schulden als Rurkblnische Ram= merschulden bezeichnet, und eben beswegen als Kölnische Staatsschulden anzusehen und zu beurtheilen. Denn wenn gleich es für die ehemaligen deutschen Particularstaaten eine fehr bekannte und in ihren Folgen auch für die Beurtheilung und Feststellung der gegenwärtigen Verhältniffe noch bedeutungsvolle Controverse gewesen ift, ob die Kammer : ober Domanen : Guter für Staate: güter oder får mehr oder weniger freie Privatgüter der regierenden Familien zu halten seben, und wenn gleich die Beantwortung dieser Frage für die den Rammercassen=Schulden beizulegende Gigenschaft vom wesentlichften Ginfluß er= scheint, so hat sich boch diese Streitfrage nur auf die ehemaligen weltlichen Territorien bezogen, - wogegen es in Ansehung der geistlichen Territorien, zu denen das vormalige Kurfürstenthum Köln gehört hat, nie bestritten gewesen ist, daß das Kammergut für Eigenthum des Landes ober Staatsgut zu halten sen, dessen Werbrauch durch das gesellschaftliche Bedürfniß des ganzen Staats rechtmäßig bedingt erscheine, und deffen Ginkunfte zur Beftreitung der Staats= Berwaltungskoften bestimmt fepen. Der Begriff ber Kurkblnischen Hoftammer : vder Domanen : Casse findet mithin sein Substrat in dem gefammten Rurkblnischen Staate in seiner Gigenschaft als Inhaber von Bermögenbreche ten, die sich, fo meit sie in den Verkehr fallen, ftete in Ginnahmen und Ause gaben des Staats auflösen, und die Passiva oder Schulden sothaner Caffen erscheinen somit als Staats: oder Landesschulden, denen sie auch im g. 78. dest Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 ausdrücklich beiges zählt worden sind. Wenn es sich nun fragt, wer nach der durch einen Act der Reiche-Staategewalt erfolgten Auflösung bes Kurkölnischen Staats und bem dadurch herbeigeführten Untergange der juristischen Person desselben und somit des schuldnerischen Subjects der fraglichen Rammerschulden an deffen Stelle getreten ift, so muß hier das Namliche Plat greifen, mas dieserhalb in der andern, zwischen ben betheiligten beiben Regierungen wegen ber Binfenrude stände auf vormalige Kurkölnische Landständische Obligationen verhandelten Austrägalfache ausgeführt worden ift. Darnach ift nämlich aus ber im f. 60. des angezogenen Reichsdeputations = Hauptschluffes angewoneten Aufrechter: haltung der bestandenen politischen Berfaffung in ben Entschäbigungelanden

zu entnehmen, daß keine eigentliche Incorporation berfelben in die Staaten derjenigen Fürsten, denen dieselben zugetheilt worden, sondern nur eine Uebertragung der über den aufgelösten Staat bestandenen Regierungsgewalt, oder ein Regentenwechsel, in der Maaße beabsichtigt worden ist, daß die Entschädi= gungbantheile in der Eigenschaft selbstständiger, mit einer eigenen politischen Berfassung versehener, juriftischer Personen neue Regenten haben erhalten sollen, und daraus ergibt sich denn ferner die Anwendung der das Schulden= wesen der säcularisirten Staaten regulirenden Bestimmungen der §§. 78 und 80. bes gedachten Reichsgesetes, und namentlich ber Disposition bes erfiges dachten Paragraphen, daß die darin näher bezeichneten allgemeinen Landes= schulden in Ansehung der Kammerschulden unter die sämmtlichen Theilhaber eines solchen Landes nach dem Domänenertrage vertheilt werden sollen, von selber bahin, daß unter den gedachten Theilhabern eines solchen Lan= des nur die betreffenden Kürsten in ihrer Gigenschaft als Regenten, oder Repräsentanten der Entschädigungsantheile, verstanden werden können, mithin die letteren selber als successores pro rata in die Passivverhältnisse des aufgelösten Staats aufgefaßt werden muffen. Hiernach haben also auch die dermalen in Frage stehenden vier vormals Rolnischen Aemter Ling, Schonstein, Neuerburg und Altenwied, unter Voraussepung eines mit ihnen verbunden gemesenen Domanenertrags, einen demselben entsprechenden verhältnismäßigen Antheil der Kölnischen Rammerschulden, sowohl an Capital, wie an rücktan: digen Binsen, als Schuldner überkommen, und dafern nun dieses ihr Schuld= verhältniß bis zu ihrer durch den Staatsvertrag vom 31. Mai 1815 er= folgten Abtretung an die Krone Preußen unverändert fortgedauert haben sollte, so würde sich baraus die Verpflichtung der Krone Preußen zur Vertretung der in lite befangenen Binsenrückkände von selber ergeben.

Nach den Angaben der Krone Preußen soll bereits resp. am 25. Mai und 17. Juni 1803 zwischen benjenigen vier Deutschen Fürsten, welchen der rechterheinische Theil des Kurfürstenthums Köln durch den Reichsbeputations= Hauptschluß zugetheilt worden, auf der einen, und den Interessenten eines durch das Wechselhaus Lindenkampf und Olfers zu Münster in den Jahen 1790 und 1792 negociirten Kurkölnischen Rammeranlehens von 200,000 Athrn. auf der andern Seite, derjenige provisorische Vergleich abgeschlossen senn, welcher zu der andern, zwischen den betheiligten beiden Regierungen wegen der Zinsenrückstände auf Kurkölnische Landständische Obligationen verhandel= ten Austrägalsache producirt worden ist, über welchen sich indessen die Nas= sauische Regierung bielang noch nicht erklärt hat, so wie es auch noch nicht feststeht, ob die gedachte Lindenkampf=Olfere'sche Forderung zu denjenigen Rammerschulden mitgehört, deren Binsenrückstände dermalen in Frage steben; es ist indessen eine nähere Ermittlung dieser beiden Puncte um desmillen nicht für erforderlich erachtet, weil aus der gedachten Uebereinfunft eine, auf Ab= änderung bes durch den Reichsdeputations = Hauptschluß begründeten Schuld= verhältnisses gerichtet gewesene Absicht auf feine Beise zu entnehmen steht. Denn die paciscirenden vier Fürsten haben dadurch die fragliche Schuld an Capital und Zinsen ausdrücklich nur in Gemäßheit des g. 78. des Reichs= deputations = Hauptschlusses für die ihrige erklärt, und sich, ein jeder zu dem ihm durch das gedachte Reichsgeset angewiesenen verhältnismäßigen Antheil. zu deren Bezahlung verbunden erkannt, mithin ihre, nur auf eine Wiedersholung und Bestätigung der fraglichen reichsgesehlichen Bestimmung gerichtet gewesene Willensmeinung hinreichend deutlich zu erkennen gegeben, so wie denn auch die fragliche Schuld in dem Art. 2. der Convention sub lit. d ausdrücklich als eine auf die betreffenden Landestheile selber fallende Schuld bezeichnet worden ist.

hiernachst ist in Ansehung ber beiben, burch ben Reichsbeputations= Hauptschluß vom 25. Februar 1803 dem Fürsten von Wied=Runkel zu= getheilten Kölnischen Aemter, Neuerburg und Altenwied, von keiner der beiden betheiligten Regierungen eine Thatsache geltend gemacht, aus welcher eine, während der Wied=Runkel'schen Besitzeit in jenem Schuldverhältnisse ein= getretene Veränderung gefolgert werden könnte, und unter dieser Voraus= setzung läßt sich auch nicht annehmen, daß durch die in Folge der Rheinischen Conföderationsacte vom 12. Juli 1806 statt gefundene Vereinigung jener beiden Aemter mit dem Herzogthum Naffau eine folche Beränderung herbei= geführt worden ist. Denn wenn gleich die Nassauische Regierung mit jenen beiden Aemtern keine Kammerrevenüen überkommen zu haben behauptet, und es sich nicht ersehen läßt, ob die damit etwa verbunden gewesenen Rurkölni= schen Domanen von dem Fürsten von Wied = Runkel in Gemäßheit des Art. 27. der gedachten Conföderationsacte als Patrimonial= und Privateigenthum be= halten worden sind, ingleichen, ob und in welcher Maaße die im Art. 30. hinsichtlich der besonderen Schulden der unter die Souverainetät eines der conföderirten Staaten kommenden Landestheile angeordnete Theilung statt= gefunden hat, so murde doch weder aus einer solchen Buruckbehaltung der Do= mänen, noch aus der Uebernahme eines Theils der fraglichen Kammerschulden von Seiten des Fürsten von Wied-Runkel allein, in Ansehung des davon an Nassau übergegangenen und dermalen allein in Frage stehenden Antheils der= selben, eine Entlastung der, dem Obigen zufolge, als personliche Schuldner aufzufassenden, betreffenden Landestheile um so weniger gefolgert werden kön= nen, als im Art. 2. der gedachten Confiderationsacte den Staatsgläubigern die ihnen durch den Reichsdeputations = Hauptschluß vom 25. Februar 1803 zugestandenen Rechte allenthalben bestätigt worden sind.

Anlangend schließlich die hinsichtlich der fraglichen vier Kölnischen Aemter stattgefundene, respective vom Reichsbeputations : Hauptschluß und dem 1. September 1806 bis zum 1. Juli 1815 sich erstreckende Nassaussche Bessseit, so ergeben die Verhandlungen der streitenden Regierungen keinen nähern Ausschluß über die während dieses Zeitraums statt gefundenen Verhältnisse des Domanial : oder Kammergutes und über die Verbindung oder Tremung desselben von den Staatsstanzen, so wie über die dem Herzoglichen Hause daran, und insonderheit an dem vormaligen Kurkölnischen Kammergute zusgestandenen Rechte; es erhellet jedoch aus dem Art. II. des Vollziehungsvertrags vom 14. December 1816, daß dem Herzoglichen Hause Nassaus die Verpslichtung obgelegen hat, die Kammerschulden auf die Nassausschalten umd solchergestalt in Nassaussche Staatsschulden umzuswandeln, und daß diese Verpslichtung auch die vormaligen Kurkölnischen Kammerschulden mit umsast hat, ergeben die am Schluß des fraglichen Artikels enthaltenen, die nurgedachten Schulden betressenden Discussionen der beiders

seitigen Commissarien. Wenn gleich indessen die Krone Preußen es auerkennt, baß ein Theil der Kurkdnischen Kammerschulden von der Nassauschen Regierung auch bereits wirklich auf die Nassausche Staatscasse übernommen worden ist, so sind doch beide Regierungen in kacto darin völlig einverstanden, daß die den dermalen in Streit befangenen Binsenrückständen unterliegenden Kammerschulden noch nicht auf die gedachte Staatscasse übernommen gewesen sind, mithin in Ansehung ihrer eine Entlastung der betressenden Landestheile noch nicht sattgefunden gehabt hat.

Es konnen auch die von der Krone Preußen ansgeführten Rechtsgründe in dem bisherigen Resultate nichts andern. Dieselbe hat nämlich

a) aus der von der Raffauischen Regierung mahrend des fraglichen Beit= raums geschenen Beziehung der Kammerrevenüen aus den fraglichen vier Memtern eine Verpflichtung zur Vertretung der streitigen Binsenrucklande um deswillen ableiten zu können geglandt, weil theils zwischen dieser und der Beziehung entrenter Staatbeinfunfte ein enger Jusammenhang fatt finde, theils aber ber Auctor in Beziehung zu seinem Successor zur Tragung der ben genoffenen Bortheilen entsprechenden Lasten verbunden sen; es läßt sich inbeffen nicht absehen, wie der schuldnerische Rammerstelus durch die unterbliebene Verwendung der aufgekommenen Kammereinkunfte zur Binsenberich: tigung im Verhältniß zu den betreffenden Gläubigern die Eigenschaft eines Schuldners hat verlieren konnen, und im Verhaltniß der beiderseitigen Regierungen zu einander wurde baraus höchstens nur der Auspruch auf Ertheis lung einer Nachweisung über die genoffenen Ginkunfte und deren Verwendung gefolgert werden fomen. Eben so unstatthaft ift es aber, die Binsen unter den Begriff eines onus roi zu subsumiren, oder die von der Nassauischen Regierung über die fraglichen Landestheile ausgeübte Regierungsgewalt auf das Verhältniß des Befipes einer Sache zurückzuführen, da die juristische Personlichkeit des Kammersiseus auf die betreffenden Landestheile selber jurucfällt und fich mithin in den Begriff der betreffenden Staatsgesell= schaft in ihren vermögendrechtlichen Beziehungen auflöst, daher es denn auch auf eine Erbrterung der Frage, in wiefern überhanpt Rucktande ding= licher Lasten auf ben Singular : Successor mit übergeben, nicht weiter an= tommen fann.

Wenn hiernacht

b) die Krone Preußen sich darauf bernsen hat, daß der Singular=Suczessor, welcher statt des Kauspreises die auf der verlauften Sache hppothekarisch lastenden Schuldcapitalien übernommen habe, im Verhältniß zum Auctor, nicht zur Bezahlung rückkändiger Zinsen verbunden sen, so erscheint auch dieses Argument als völlig unzutressend, weil eines Theils das Verhältniß des Käusers zum Verkäuser sich lediglich nach dem Inhalte des Vertrags des stimmt, und also auf außercontractliche Verhältnisse keine Schlußsolgerung gestattet, andern Theils aber der Gesichtspunct einer verkauften Sache auf die fraglichen Landestheile, welche selber das persönlich verpstichtete Subject repräsentiren, sich als durchaus unanwendbar darstellt.

Solchem allem nach würde sich also die Krone Preußen, abgesehen von den Bestimmungen des in der Mitte liegenden Staatsvertvags vom 31. Mai 1815 und des Vollziehungsrecesses vom 14. December 1816, der Vertre=

tung der fraglichen Binsenruckkanbe nicht entschlagen konnen. Durch ben Inhalt ber gedachten Verträge ist jeboch

B. dieses Ergebniß allerdings wesentlich geandert worden.

Der Art. VIII. des Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 enthält nämlich unter vier Positionen sub lit. a — d Bestimmungen wegen der auf den absgetretenen Landestheilen haftenden Schulden, von denen hier nur die beiden ersteren sub lit. a und b in Frage kommen, welche dahin gehen:

- a) Die Particular=, Gemeinen=, Kirchspiels=, Amts= und Landes= oder Provinzial=Schulden gehen mit den betroffenen Gemeinden, Kirch= spielen, Aemtern und Ländern oder Provinzen an den künftigen Bessiger über, und bleiben auf denselben haften;
- b) die Herzoglich = Nassanischen Staats = und Kammer = Cassenschulden sollen, nach Constatirung der auf den Staats = und Kammercassen am 31. December 1814 haftenden Schuldenmasse, nach Berhältnis des reinen Revenüenbetrags, welcher aus den abgetretenen Territorien in die Central =, Staats = und Kammer = Cassen nach dem Durch schnitt der letten fünf Jahre von dem Jahre 1812 gestossen ist, mit Hinzussügung des reinen Revenüenbetrags des Amtes Runkel vom Jahre 1814, zwischen beiden Paciscenten getheilt werden.

Wenn gleich nun die hier in Frage stehenden Kurkölnischen Kammer= Ichulden, weil sie, dem Bisherigen zufolge, zur Beit der Abtrekung der frag= lichen Landestheile an die Krone Prenßen eine denselben obgelegene Schuld gewesen, unter die, die Particularschulden umfassende Disposition sub lit. a zu fallen scheinen, so wird doch die Anwendbarkrit derfelben dadurch ausge= Kolossen, daß dieselbe nur Landebschulden zum Gegenstand hat; denn ob= Ichon Kammerschulden der hier in Frage stehenden Art ihrem rechtlichen Wesen nach den Landesschulden im Akgemeinen beizuzählen sind, so bilden sie doch, 'in Ansehung des das Land repräsentirenden Kammersiscus und der, rücksicht= lich dessen Vertretung, Administration und sonstigen recktlichen Beziehungen, eintretenden besonderen Verhältnisse, eine, auch im g. 78. des Reichsdeputa= tione : Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 anerkannte, besondere Classe oder Abtheilung der Landesschulden, wodurch sie von diesen in der Bedeutung ron Landständischen oder Steuerschulden unterschieden werden, und es kann der bloße allgemeine Ausdruck "Landesschulden" in der Regel nur in dieser lettern beschränktern Bebeutung aufgefaßt werden, so lange nicht son= Rige Gründe die Anmendung des weitern, auch die Kammerschulden umfas= fenden Begriffs rechtfertigen. Im vorliegenden Falle mangelt es nun aber nicht nur an dergleichen besonderen Gründen, sondern es wird auch jedes etwaige Bebenken badurch ausgeschlossen, daß sich in det folgenden Disposition sub lit. b specielle Bestimmungen über die Kammerschulden aufgestellt finden. Denn dieselbe bezielt nicht nur die Naffanischen Staats : Caffenschulden, mit= hin auch den bereits auf die Staatscasse übernommen geweseinen Theil der vormaligen Rurkolnischen Kammerschulden, sondern auch die sämmtlichen Naffanischen Kammer = Cassenschulden, unter welchen benn auch die dermalen in Frage stehenden vormals Rurfölnischen Rammerschulden, welche noch nicht auf die Nassauische Staatstasse übernommen waren, sondern noch auf dem

domanio der fraglichen Landestheile gehaftet haben, begriffen find, wie solches auch von beiden ftreitenden Regierungen anerkannt wird.

So viel nun aber den Inhalt dieser Disposition selber anbelangt, so hat dieselbe

- 1) nur die am 31. December 1814 auf den Nassauischen Staats-Rammercassen haftenden Schulden zum Gegenstand, und wenn gleich darunter, in Ermanglung einer zwischen Capital: und Zinsenschulden gemachten Distinction, beide in gleicher Maaße verstanden werden müssen, so sindet diesselbe doch auf die streitigen Zinsenrückstände, so weit solche aus dem Zeitzaume vom 1. Januar bis 1. Juli 1815 herrühren, keine Anwendung, weil diese Zinsen erst nach dem 31. December 1814 eristent geworden sind, mitz hin an dem gedachten Normaltage noch nicht auf den Nassauischen Kammerzcassen gehaftet haben, daher denn diese Zinsenrückstände, bei dem Mangel einer abweichenden Vertragsbestimmung, zusolge des oben aus der allgemeinen Beschaffenheit dieser Schulden deducirten Resultates, von der Krone Preußen vertreten werden müssen.
- 2) In Ansehung der am 31. December 1814 auf den Nassauischen Staats = und Kammercaffen gehaftet habenden Schulden, ist eine Berthei= lung derfelben unter beide Paciscenten nach dem naher angegebenen Berhält= niß verabredet worden, und es muß daher dieselbe nach demjenigen, was so eben über den allgemeinen Begriff der Schulden bemerkt worden, auch auf die bis zum 31. December 1814 vorhanden gewesenen Binbrückftände Anmendung finden, zumal bis zum Augenblicke der erfolgten Gebietsabtretungen zwischen Capital und Zinsen in Ansehung der Zahlungsverpflichtung kein Un= terschied stattgefunden hat, und daher auch nicht anzunehmen steht, daß ein solcher von den Contrahenten bei der verabredeten Repartirung beabsichtigt worden ist. Gben so wenig ist dabei die Liquidität oder Juiquidität der zu vertheilenden Schulden berücksichtigt worden, vielmehr bedingt der festgesette Normaltag, der 31. December 1814, vermöge der Worte: "haftende Soulden", nur deren damalige Eriftenz. Dagegen fann aber auch aus dieser angeordneten Vertheilung fein Argument gegen die den fraglichen Kam= merschulden zukommende Qualität einer den betreffenden Landestheilen zur Last fallenden Particularschuld entnommen werden, da die bestehenden Ver= hältnisse den vertragsmäßigen Abänderungen und Modisicationen der Inte= ressenten nicht entzogen sind, und im vorliegenden Falle die der Nassauischen Regierung obgelegene Verpflichtung, die gedachten Landestheile von diesen Schulden durch deren Uebernahme auf die Nassauische Staatscasse zu ent= laften, für die Contrabenten eine hinreichende Beranlaffung enthalten fonnte, jene Schulden denjenigen Bestimmungen zu unterwerfen, welche im Falle einer flattgefundenen Erfüllung jener Berpflichtung, murden haben zur Anmendung fommen muffen.

Dieses aus den Bestimmungen des Art. VIII. des Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 sich ergebende Resultat hat durch den spätern Vollziehungs= vertrag vom 14. December 1816, wenigstens in Ausehung der dermalen in lite befangenen Zinsenrückstände, durchaus keine Aenderung erlitten. Denn

1) der Art. I. desselben beschäftigt sich zwar mit einer Ausführung Der im Art. VIII. des Staatsvertrags enthaltenen Berabredung, jedoch nur in

Beziehung auf die Ermittlung des daselbst festgesepten Repartitionsverhält= nisses und auf eine Vertheilung der kiquiden, am 31. December 1814 auf der Herzoglich = Nassauischen Staatscasse geruht habenden Schulden, zu welchen weder die streitigen Zinsenrückstände, noch die denselben unterliegenden Capitalschulden anerkanntermaßen gehört haben. Ueber diese letzteren disponirt vielmehr

2) der Art. II. des gedachten Bollziehungerecesses speciell dahin:

"Da am 31. December 1814 noch nicht alle Kammerschulden "liquid und auf die Herzoglich Massaussche Staatscasse übernommen "gewesen sind, zu deren Uebernahme das Herzogliche Haus Nassau, die Verpslichtung auf sich hatte, so wird in Hinscht dieser Cameralz "schulden, welche nach dem 31. December 1814 theils schon siquid "gemacht sind, und theils noch siquid gemacht werden müssen, hierz, mit sestgesetz, daß jedes Gouvernement solche in so weit privative "und ohne Concurrenz des andern zu übernehmen und zu berichtigen "hat, als solche auf den, durch den mit Nassau abgeschlossenen "Wiener Staatsvertrag gegenseitig abgetretenen Landestheilen hafz, ten, und daß deshalb keine weitere Abrechnung auf Capital stattz, sinden soll.

"Und da Nassau dermalen noch Theile des ehemaligen Kurstaats "Erier besitt, so erkennt sich der Herzoglich Nassauische Hof für vers"pslichtet, an der noch nicht erfolgten Liquidirung der Kurtrierischen "Schulden Antheil zu nehmen, und wird zu einer deshalbigen Comp, mission, welche binnen drei Monaten zusammenrücken soll, seinen "Commissär nach Cobsenz absenden. Diese Commission hat alle an "das Cameralvermögen zu machenden Forderungen zu liquidiren, "darüber zu entscheiden, und das rückständige Rechnungswesen zu "berichtigen.

"In Absicht der Zinsen dieser Kurtrierischen Capitalien soll diese "Commission bestimmen, von welcher Seite und in welchem Maaße "sowohl die bis zum 1. Juli 1815 rückständigen, als die von diesem "Zeitpuncte an lausenden Zinsen zu bezahlen sind. Da Königlich- "Preußischer Seits darauf angetragen war, daß die besagte Com- "mission auch über die Bezahlung der bis zum 1. Juli 1815 rück- "ständigen Zinsen von Kurkölnischen Kammerschulden, an welchen "Nassau keinen Antheil behält, eine Bestimmung ertheilen solle, man "diesem Antrage aber Herzoglich-Nassausscher Seits widersprochen "hatte, so reservirte der Königlich- Preußische Commissarius seinem "Hose alle Rechte in Betrest dieser rückständigen Kurkölnischen Ca- "meralzinsen ausdrücklich, wogegen die Herzoglich-Nassausschen Com- "missarien protestirten und sich auf die zu Protokoll gegebenen "Erklärungen über diesen ganzen Artikel bezogen."

Es unterliegt nun keinem Zweisel, und wird auch von beiden streitenden Regierungen anerkannt, daß durch diese Disposition in Ansehung derjenigen Kurkölnischen Kammer=Capitalschulden, welche am 31. December 1814 noch nicht liquidirt und auf die Herzoglich=Nassauische Staatscasse übernommen Leonhardt, über Austrägalversahren. 2 Thi.

gewesen sind, mithin damals noch auf dem vormals Aurklinischen Kammergut gehaftet haben, von der im Art. VIII, lit. d des Staatsvertrags versabredeten Theilung abgewichen und vielmehr das aus der ursprünglichen, diesen Schulden zukommenden Natur von Particularschulden abstießende Princip wieder hergestellt worden ist, daher denn auch die Arone Preußen ihre Verpslichtung zur Vertretung dieser Schulden in Ansehung der Capitalien nicht bestreitet. Auf die dermalen allein in lito befangenen rückständigen Iinsen von diesen Capitalschulden würde indessen diese Abänderung nur dann mitbezogen werden können, wenn die Contrahenten bei der Bestimmung stehen geblieben wären,

daß jedes Gouvernement die fraglichen Schulden in so weit, als solche auf den gegenseitig abgetretenen Landestheilen hafteten, privative und ohne Concurrenz des andern übernehmen und berichtigen solle, indem alsdann der ohne alle nähere Beschräntung gebrauchte allgemeine Ausdruck — "Schulden" — die Zinsenschulden ebensowohl wie die Capitalsschulden mit umfaßt haben würde; es haben indessen die Coutrahenten den nähern Umfang der verabredeten Schuldenübernahme durch den hinzugefügten Zusas:

und daß deshalb teine Abrechnung auf Capital stattfinden solle, auf eine solche Beise bestimmt, daß dieselbe nur auf die Capitalschulden bejogen merden tann. Denn von Seiten des Koniglich=Preußischen Comissarius ist ausdrücklich beautragt worden, von der wegen der Trierischen Schulden niederzusependen Commission auch über die Bezahlung der jest streitigen Rur: fölnischen Binsenrückstände eine Bestimmung treffen zu lassen, und wenn gleich nicht mit Bestimmtheit zu ersehen feht, von welcher Ansicht ber gebachte Commissarius bei diesem Antrage geleitet worden, insonderheit, ob derselbe, wie auch im gegenwärtigen Verfahren von der Krone Preußen auchuführen versucht worden, die Disposition des Art. VIII, lit. b des Staatsvertrags bloß auf die Capitalschulden beschränken zu müssen geglaubt hat, oder ob die Absicht desselben dahin gegangen ist, die fraglichen Binsenrückstände ent= weber ausschließlich oder doch in einem größern Umfange als in dem gedachten Art. VIII. bestimmt worden, der Nassauischen Regierung aufzubürden; so er= hellet doch daraus jedenfalls so viel, daß es die bestimmte Absicht gewesen ist, die gedachten Binsenrückftande der Disposition des Art. II. des Bollziehungs= vertrags zu entziehen. Es hat nun zwar jener Antrag des Preußischen Com= miffarius wegen des Widerspruchs des Nassauischen Commissarius keinen Er= folg gehabt; indeffen ist doch jedenfalls der Intention des erstern durch die zur Bertragsbestimmung erhobene obgedachte Clausel - daß deshalb teine Ab= rechnung auf Capital stattsinden solle — dahin nachgegeben worden, daß die Bestimmung des Art. II. des Vollziehungsvertrags bloß auf die Capital= schulden beschränkt worden ift, und die Binfenruckstände bavon ausgeschlossen geblieben sind, woraus benn von selber folgt, daß es in Ansehung der letteren bei den Stipulationen des Staatsvertrags vom 31. März 1816 verblieben ist. Damit widerlegt fich benn auch der Ginwand der Naffauischen Regierung von felber, daß aus bem Berbot einer Abrechnung auf bas Capital allein noch kein Gebot einer folden in Ansehung ber Binsen ju folgern stehe; benn wenn gleich dieser Einwand an und für sich der bekannten Auslegungsregel — unius positio non est alterius exclusio — völlig gemäß erscheint, so stellt sich derselbe doch um deswillen völlig unzutreffend dar, weil im vorliegenden Falle die Nothwendigkeit einer Abrechnung auf die Zinsen nicht darauf, daß eine solche wegen der Capitalien ausgeschlossen worden ist, sondern darauf beruht, daß durch diese lettere Ausschließung die Abänderung des Art. VIII, lit. b des Staatsvertrags nur auf die Capitalien beschränkt, mithin dessen Bessimmung im Uedrigen beibehalten, und darin eine Abrechnung wegen der Zinsen verabredet worden ist.

Sben so ungegründet erscheint das fernere von der Nassauischen Regierung geltend gemachte, von der accessorischen Qualität der Binsen entnommene Ar= gument; denn eines Theils läßt es sich in Ansehung bereits verfallener und mit einer selbstständigen Rlage versehener Binsen keineswegs annehmen, daß dieselben von den, rucksichtlich der Capitalforderung eintretenden Aenderungen in der Maaße abhängig sind, daß der hinsichtlich der letteren vertragsmäßig erfolgende Eintritt eines neuen Schuldners an die Stelle des bisherigen De= bitors allein auch schon einen Gintritt des erstern in das, wegen solcher Binsen= rückstände bestandene Schuldverhältniß zur Folge hat; und andern Theils wird im vorliegenden Falle diejenige Pramisse vermißt, durch welche die Nassauische Regierung den Gintritt der Wirkungen dieser accessorischen Gigenschaft der Binsen zu begründen sucht, daß es nämlich hinsichtlich der gedachten Binsenruckstände an einer speciellen Vertragsbestimmung mangele, indem aus: geführtermaßen die im Art. VIII, lit. b bes Staatsvertrags verabredete Ber= theilung in Ansehung sothaner Binsenruckstände durch den Art. II. des Bollziehungsvertrags keine Aenderung erlitten hat.

Es haben sich nun zwar die beiderseitigen Regierungen zur Begründung ihrer, auf eine ausschließliche Vertretungsverpflichtung des Gegentheils gerichteten Intention auch noch auf andere Bestimmungen des Vollziehungsvertrags bezogen, die indessen ebenfalls für völlig unzutreffend gehalten werden mußten. Die Krone Preußen hat nämlich den Art. XI. des gedachten Vollziehungstrecesses in Bezug genommen, welcher dahin lautet:

Die Verbindlichkeit zur Bezahlung sowohl der Penstonen von den durch den gegenwärtigen Receß an Preußen gekommenen und bei Nassau verbliebenen Landestheilen und Revenüen, als auch der darauf ruhenden und unter beiden Paciscenten vertheilten Schulden fängt mit dem 1. Juli 1815 an. Da aber die Aemter Ahbach, Burbach und Neuerkirchen nebst den Resten von dem Fürskenthum Siegen ein ganzes Jahr später, also erst mit dem Revenüenbezug vom 1. Juli 1816, an die Krone Preußen übergegangen sind; so hat dieselbe zu übernehmen

- a) an Pensionen 2c. Was
- b) die Schulden betrifft, so hat nach Art. I. die Krone Preußen an Zinsen zu übernehmen zc.

Die Krone Preußen beruft sich nun darauf, daß hierdurch die Bahlungs: verbindlichkeit ber auf den gegenwärtig abgetretenen Landestheilen ruhenden Schulden auf den 1. Juli 1815 festgesett, und also damit bestimmt sen, welche currente Binsen Preußen vom 1. Juli 1815 an zu übernehmen habe. Die davon auf die dermalen in lite befangenen Binsenrücktände zu machen versuchte Anwendung erscheint indessen in jedem Betracht als ungegrünztet, weil

- a) die in dem gedachten Art. Al. enthaltene Berechnung der von der Krone Preußen zu übernehmenden laufenden, d. h. vom Abtretungstage der cedirten Landestheile sich datirenden Binsen lediglich die im Art. I. des Recesses repartirten Schulden zum Gegensstande hat, wie solches aus den gegenseitigen, in beiden Artikeln auf einander enthaltenen Verweisungen deutlich hervorgeht; hiersnächst kann auch
- b) ber Eingang bes gebachten Artikels, so weit er von Schulden im Gegensat der Penssonen spricht, nur auf den Art. I., nicht aber auf den Art. II. bezogen werden, weil er von Schulden redet, die unter den Paciscenten vertheilt sind, solches aber hinsichtlich der im Art. II. behandelten, noch illiquiden, und somit zu einer Verziheilung noch nicht einst geeignet gewesenen Schulden nicht der Fall ist, überdies aber, auch abgesehen hiervon, die Bestimmung, daß die Verbindlichkeit zur Bezahlung gewisser übernommener Schulden mit einem sestgesehen Termine ansangen soll, noch nicht die Schlußesolgerung rechtsertigt, daß die unter den Schulden mitbegrissenen Iinsenrückstände nicht gleichfalls mit zu übernehmen sehen, zumal wenn die Verpssichtung dazu in anderen Theilen des Vertrags sestgeset ist.

Die Naffauische Regierung hat dagegen die ausschließliche Vertretungsverbindlichkeit der Krone Preußen für die fraglichen Zinsenrückstände aus dem Art. XXIII. des Vollziehungsvertrags herleiten zu können geglaubt.

Dieser Artikel sest für beide Gouvernements rosp. den 1. Juli 1815 und 1816 als den Anfangstermin für die Beziehung der laufenden Landese einkunfte und die Berichtigung der daraus zu bestreitenden Ausgaben fest, und bestimmt sodann:

Um die sich gewöhnlich in die Länge ziehenden gegenseitigen Communiscationen und sonstigen Weitläusigkeiten zu vermeiden, welche aus der Behandlung und Sinziehung der Activrückstände, und aus der Festsehung und Berichtigung der Passivrückstände in den gegenseitig absgetretenen Landesbezirken nothwendig erwachsen, so haben die Commissarien sich einstimmig darüber verglichen, daß jedem Gouvernement neben den vorgefundenen Gelds und NaturalsBeständen, die in seinem übernommenen neuen Territorio am 1. Jusi 1815 noch ausgestandenen und rosp. aus dem Auslande dazu gehörigen Activsund Einnahmes Rückstände an Staats und Domänens Revenüen aller Art zur beliebigen Versügung verbleiben, demselben dagegen auch die Verpssichtung obliegen soll, die ebensalls am 1. Jusi 1815 vorhanden gewesenen Passivs oder Ausgabes Rücksände an gewöhnslichen Verwaltungskosten und sonstigen Forderungen, welche, ihrer

# Zinsenrückst. v. Kurkoln. Kammerschulden, in spec. Cahn. 501

Natur und den bisherigen Administrationsgrundsätzen zufolge, den übernommenen Cassen zur Last fallen, nach Recht und Billigkeit zu berichtigen und abzumachen, ohne dieserhalb das andere Gouvernement zur Mitleidenheit in Anspruch zu nehmen.

An diese allgemeine Verabredung reihen sich mehrere specielle Bestim= mungen, und darunter namentlich die folgende:

Außerdem bleiben dem Herzoglich= Nassauischen Gouvernement noch allein zur Last:

6) alle in den ersten Abtretungen an Preußen bis zum 1. Juli 1815 noch rückständigen, eigentlich auf der Staatscasse ruhenden, und auf die Renteien nur delegationsweise assignirten Pensionen und Zinsen von Staatsschulden.

Es faut nun von selber in die Augen, daß die dermalen in lite befangeneu Binsenrückstände den Passiv= oder Ausgabe=Rückkanden an gewöhnlichen Bermaltungetoften, von welchen der angeführte Artifel handelt, nicht beigerechnet werden konnen; mithin kann es fich nur fragen, ob dieselben als Passiv = oder Ausgabe = Rückftande an den daselbst ermähnten fon ftigen Forderungen angesehen werden konnen, hinsichtlich welcher ber Uebergang auf das erwerbende Gouvernement durch die beiden Merkmale bedingt ift, daß fle, sowohl ihrer Natur als auch den bisherigen Administrationsgrund= faten zufolge, auf den übergegangenen Caffen gelaftet haben. Wenn gleich nun das Worhandensenn des erstgedachten Merkmals, der ganzen obigen Ausführung zufolge, rudfichtlich ber streitigen Binsenruckstände nicht mohl bezweifelt merden kann, so steht doch solches in Ansehung des zweiten Merkmals auf keine Beise anzunehmen. Denn die Nassauische Regierung will dasselbe nur aus dem ersten Merkmale ableiten, welche Schlußfolgerung sich jedoch als völlig fehlfam darstellt, ba die Contrahenten beide Berhältniffe von einander unterschieden und dadurch ausdrücklich anerkannt haben, daß daraus, daß eine Bahlung ihrer Natur nach den übergegangenen Recepturen obgelegen, noch nicht folge, daß nun solches auch nach Nassauischen Abministrationsgrundsäßen der Fall gewesen sen. Wenn man daher auch ber Nassauischen Regierung zu= geben kann, daß es hinreicht, wenn eine gewisse Classe von Ausgaben nach Nassauischen Principien irgend einer übergegangenen Casse obgelegen hat, und daß es daher nichts schaden kann, menn auf einzelne wiederkehrende Posten zufällig gar keine Bahlung geleistet worden ist, so hat doch die Nassauische Regierung überall nichts angeführt, woraus fich bas allgemeine Princip er= tennen ließe; vielmehr läßt sich der bestehende Administrationsgrundsut boch= stens nur dahin auffassen, daß die Rurkolnischen Kammerschulden, so balb solche liquidirt worden find, und also eine Zinsenzählung thunlich gewesen ift, auch auf die Naffauische Staatscaffe übernommen worden find. Dergleichen bereits übernommen gewesene Schulden stehen aber dermalen nicht in Frage, baher benn auch barauf, ob bie Binfen bavon observanzmäßig aus ben an bie Krone Preußen übergegangenen Localcassen zu bezahlen gewesen, nichts weiter ankommen kann, obicon die Nassauische Regierung auch hierunter nicht einst eine bestimmte Behauptung aufgestellt, sondern sich nur darauf beschränkt hat, die Angabe der Krone Preußen, daß die Binfen von jenen Schulden bis jum

31. December 1814 unmittelbar und allein aus der Staatscaffe gezahlt sepen, in Abrede zu stellen, und auch hierbei nur das fortwährende Sahlen abseiten ber Staatscasse, also nicht einst, daß solches wechselnd geschen sen, zu läugnen vermocht hat, schon das lettere aber hinreichen würde, um den geltend gemachten angeblichen Administrationsgrundsat auszuschließen. Es steht aber überhaupt der ganzen, von der Nassauischen Regierung aus dem Art. XXIII. entnommenen Argumentation der Umstand entgegen, daß der gedachte Artikel nur die Beziehung der Ginkunfte aus den gegenseitig abgetretenen Landestheilen und die Bestreitung der Ausgaben für eben diese Landestheile zum Gegenstande hat, das durch besondere Vertragsbestimmungen regulirte Nassauische Staats: und Kammerschulden : Wesen aber überall nicht bezielt, und daher auch auf die Auseinandersetzung wegen der öffentlichen Schulden keinen Ginfluß außern kann. Nur die diesem Artikel sub num. 6. hinzugefügte, oben hervorgehobene specielle Verabredung enthält eine Bestim= mung darüber, unter welchen Voraussehungen die bislang von einer, an die Krone Preußen übergegangenen Localreceptur bezahlten rückständigen Binsen Nassauischer Staatsschulden an Preußen mit übergehen sollen, wenn gleich fie zufolge der wegen der Schulden getroffenen Ausgleichung dem Herzogthum Nassau zur Last fallen würden; es bezieht sich jedoch diese Verabredung nur auf die in dem Art. I. behandelten Schulden, und alfo nur auf solche Binsen= ruckftande, welche, wenn sie auch auf der Nassauischen Staatscasse geruht haben, doch nicht bloß delegationsweise aus einer übergegangenen Localcasse zu berichtigen gewesen sind, welche Merkmale jedoch bei den dermalen in lito befangenen Binsenrückständen überall nicht zutreffen.

Solchem allem nach mußte es also in Ansehung der letteren, so weit solche bis zum 31. December 1814 auf dem Kurkölnischen domanio gehaftet haben, bei der im Art. VIII, lit. b des Staatsvertrags vom 31. Mai 1815 verabredeten Vertheilung verbleiben, und diese, in Gemäßheit des im Art. I. bes Vollziehungsvertrags vom 14. December 1816 ermittelten Repartitions= maakstabes, dahin erfolgen, daß die Vertretung für die Krone Preußen zu 24 Procent und für das Herzogthum Nassau zu 76 Procent auszusprechen war. Denn wenn gleich hinsichtlich der durch den gedachten Art. I. ver= theilten Schuldenmasse der davon der Krone Preußen zu Last gefallene An= theil im Bege ber Gute auf eine runde Summe festgesett worden ift, welche, wie beide Theile anerkennen, die für Preußen ausgemittelten 24 Procent nicht völlig erreicht hat, so ist doch dadurch weder in dem stipulirten Princip der Bertheilung überhaupt, noch in dem ausgemittelten Repartitionsmaakstabe etwas geandert worden, indem zwischen den beiden Coutrabenten nicht hier= über, sondern nur darüber eine Differenz entstanden mar, daß die Krone Preußen der zugemutheten theilweisen Uebernahme einer Bittgenstein'ichen Rente ad 12,000 Gulben widersprochen, und außerdem eine Nachweisung über die Entstehung der Nassauischen Staatscassen-Schulden verlangt hatte, baher denn durch jenes gutliche Abkommen nur die Beseitigung dieser Diffe= renz beabsichtigt worden ift, und also die Sache so angesehen merden muß, als ob die Krone Preußen die ihr zur Last gefallenen 24 Procent theils durch die gedachte runde Summe, theils dadurch übernommen habe, daß fie auf die

## Zinsenruckft. v. Kurkoln. Kammerschulden, in spec. Cahn. 503

Erdrterung ihrer Beigerungsgründe gegen die theilweise Uebernahme der Wittgenstein'schen Rente und auf die begehrte Untersuchung der Entstehung der Nassauischen Staatscassen=Schulden verzichtet hat.

Die erkannte Compensation der Kosten wird nach Maaßgabe der, zus folge des Art. 5. des Bundesbeschlusses vom 3. August 1820, dabei zum Grunde zu legenden gemeinrechtlichen Bestimmungen durch den Inhalt des in der Sache selber abgegebenen Erkenntnisses von selber gerechtsertigt.

(L. S.)

g. E. v. b. Often.

Strampe."

B.

## Fälle, die dermalen noch nicht erledigt find.

## Separat-ansträgalgerichtliches Verfahren

in Detreff Massauischer Ersabansprüche \*). (Band I. S. 833 - 837.)

(Schließt sich unmittelbar an ben Tert ber S. 837. in Band I.)

In Folge bes i. J. 1834, in Sess. XLIV. S. 615. S. 1072 gezogenen Beschlusses, wornach eine Commission zum Versuch einer Vermittelung erwählt worden, erstattet der Grßhrzgl. Mecklenburgische 1839. Gesandte Namens derselben i. J. 1839, in Sess. III. S. 44. S. 107 hierüber Vortrag.

Die in der XLIV. Sitzung vom 18. December 1834 in der Angeslegenheit, betreffend das Nassau-Saarbrückische Schuldens und Pensions-Wesen, insbesondere die Nassauischen Ansprücke wegen der bereits getilgten Saarbrückischen Schulden, und wegen Uebernahme eines Theils der Schulden und die Pensionen auf die für das Fürstensthum Saarbrücken erhaltenen Entschädigungslande, erwählte Vermittelungscommission, habe zuvörderst am 17. Januar 1835 die Hrzgl. Nassauische Regierung ersucht, durch deren Gesandten, um Mittheilung

<sup>\*)</sup> Dieser Fall würde, wenn er an ein Austrägalgericht verwiesen wäre, unter diejenigen zu subsumiren senn, welche in Folge der Art. XI. der B. A. und XXI. der W. Schl. A. anhängig geworden; da dies jedoch noch nicht statt gehabt, so haben wir ihn hier, wie im ersten Band, als conner mit dem Gesuch der Rassau-Saarbrückischen Staatsdiener ze. aufführen zu müssen geglaubt.

Separat-austrägalg. Berfahren Raff. Ersaganspruche. 505

ber Qualität und bes Umfangs ber wiber die höchsten Regierungen von Preußen, Bayern und Sachsen=Coburg=Gotha geltend gemachten Ansprüche.

In Folge eines von der Commission neuerdings erlassenen Erinnerungsschreibens, habe der Hrzgl. Gesandte mittelst Schreibens vom 17. Februar erklärt:

"Daß die Herzogl. Regierung die fraglichen Ansprüche, ohne dieselben aufzugeben, mittelst gerichtlichen Verfahrens vorerst nicht weiter zu verfolgen beabsichtige,"

dabei werde der Vermittelungscommission anheim gegeben:

"bei hoher B. V. auf einstweiliges Beruhenbleiben des Gegenstandes anzutragen."

Die Commission erachte es nach der Geschäftsordnung vom 29. April 1819, S. 4, für ihre Pslicht, hohe B. B. bei Rückgabe der Akten von dieser Lage der Sache in Kenntniß zu setzen, wobei sie sich die Bemerstung erlaube, daß nach ihrer Ansicht der Streit nach dem Antrage der Hrzgl. Nassausschen Regierung einstweilen auf sich beruhen bleiben könne, falls die obgedachten von derselben in Anspruch genommenen höchsten Regierungen nichts dabei zu erinnern fänden. Für diesen Fall richte die Commission den Antrag dahin:

"hohe B. V. wolle von dieser Anzeige Kenntniß nehmen."

Da jedoch die Gesandten von Preußen, Bayern und Sachsen-Coburg-Gotha sich für etwaige noch beabsichtigte Teußerungen ihrer Regierungen das Protokoll offen behielten, wurde beschlossen:

"vorerst den Erklärungen der eben genannten Regierungen entgegenzusehen."

#### Meclamation

des Grasen von Schönborn-Wiesentheid wegen einer Kapitalund Dinsensorderung an den ehemaligen Aurstaat Mainz.

Im Jahre 1836 erstattete ber Grßhrzgl. Medlenburgische Gesandte, Namens der Reclamationscommission, in Soss. IV. §. 102. S. 294. Bortrag über diese Reclamation des Grafen Franz Erwein von Schönborn Wie sentheid, der in seiner Eingabe durch seinen Bevollmächtigten Rachfolgendes vorträgt:

"Der Ritter Philipp Erwein von Schonborn, von welchem Reclamant im vierten Grade abstamme, habe in der Ritte des siedenzehnten Jahrhunderts für den Rurstaat Mainz, mit Borwissen des Erzbischofs und Domcapitels, eine Schuld, des Betrags von 25,000 Gulzden, gegen Cession der Rechte des Gläubigers bezahlt, und dafür unter andern auf den Betrag von 8,000 Gulden Kapital dadurch Ersat erpalten, daß ihm durch ein am 17. December 1659 ausgestelltes Schuldendocument die Summe von 200 Goldgulden, welche die Stadt Nürnberg wegen des Stapels zu Miltenberg am Main dem Erzstifte Mainz jährlich zu entrichten habe, anstatt der Zinsen pfandweise verschrieben und überlassen wäre, dergestalt, daß die Wiedereinlösung des Psandobjectes, vorbehalten und Evictionsleistung wegen des pfandweise eingeräumten Genusses der Renten versprochen worden wäre."

"Dies Verhältniß sey nicht blos dem Kurmainzischen Keller zu Miltenberg, sondern auch der Stadt Nürnberg angezeigt worden."

"Bis zum Herbste bes Jahres 1796 wäre die Zahlung der jährlichen Rente erfolgt, zu dieser Zeit aber durch die eingetretenen polititischen Verhältnisse unterbrochen worden, und seitdem gänzlich unterblieben; die Pfandgläubiger haben dem Erzstiste von dem Ausbleiben
der Zahlung Anzeige gemacht, und darauf angetragen, daß alle zu Ge-

bote stehenden Mittel angewandt werden möchten, damit die Reichssstat Nürnberg zur Jahlung angehalten werde. Der Kur-Erzkanzler habe zwar die Verbindlichkeit, für die Sicherheit des Kapitals und der Zinsen einzustehen, anerkannt, indessen auch auf die Bestimmung im §. 78. des Reichsdeputations-Hauptschlusses Bezug genommen. Graf Schönsborn habe dis zum Jahre 1806 fortgesahren, wegen Jahlung der Rente beim Kursürsten Erzkanzler und bei der Stadt Nürnberg Anträge zu machen, da seldige indessen seine Bestriedigung nicht herbeigessührt hätten, so sen, laut ausdrücklicher Stipulation und späterer Zusage, der Fall der Evictionsleistung von Seiten des Erzstists Mainzeintreten."

"Die Liquidität der ganzen Forderung und die Realverbindlichkeit des gesammten Kurstaats, dafür zu haften, wäre nicht zu bestreiten; das Stapelrecht, von welchem die Stadt Nürnberg gegen Entrichtung von 200 Goldgulden jährlich befreit worden, sey mit dem Territorialbessit der Stadt Miltenberg verbunden gewesen, und dieser im Jahre 1803 auf den Fürsten von Leiningen, so wie die Souverenetät darüber, nach manchem Wechsel, in dem Jahre 1816 an die Krone Bayern gekommen."

"Nach Auflösung bes Kurstaats Mainz ware benjenigen Regierungen, welche rechtsrheinische Theile besselben erhalten hatten, durch ben Reichsbeputations=Hauptschluß die verhältnismäßige Uebernahme der Mainzer Schulden zur Pflicht geworden; den hier in Betracht kommenden Theil des Kurstaats hatten die Regierungen von Bayern, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Grßhrzgthm. Hessen, Nassau und Frankfurt zu vertreten; diesen insgesammt gegenüber stehe, als Vertreter der rentepslichtigen Stadt Nürnberg, die Krone Bayern, an welche die übrigen Regierungen ihren Regreß nehmen könnten. Resclamant fordere nun mit vollem Rechte von den gedachten höchsten Resgierungen den Betrag der angeliehenen 8,000 Gulden mit den seit dem Jahre 1796 rücksändigen Zinsen, auch mit allen erlittenen Schäpten und verursachten Kosten."

"Auf die im Jahre 1805 bei dem Mainzer Schuldenvertheilungs-Congresse zu Frankfurt am Main übergebenen Antrage wäre die Forderung für eine Kurmainzische Staatsschuld nicht anerkannt, vielmehr Reclamant aus dem Grunde zur Verfolgung seiner Rechte gegen die Stadt Nürnberg verwiesen worden, weil der dieselben begründende Vertrag für einen Kauf und Verkauf, und Reclamant für Eigenthümer der Rente angesehen, auch angenommen sey, daß die Evictionsleistung sich

nur auf die Richtigkeit ber Forderung beziehe. Diesen Behauptungen widersprächen aber die klaren Borte des Bertrags, so wie mehrfache Sandlungen und Erklarungen bes verpflichteten Schuldners, indem baraus erhelle, daß die Rente Eigenthum des Erzstiftes geblieben, und wegen ber Schuld beffelben bem Glaubiger als antichretisches Unterpfand bis auf Wiberruf überlaffen sen. Graf Schönborn habe auch nicht unterlassen, die Forderung bei ben Königl. Banerischen Behörden zu liquidiren, sen aber von ber Commission zur Regulirung bes Rurn= berger Schuldenwesens auf eine bei Erstattung des Schlußberichts zu erwirkende Königl. Entschließung verwiesen, burch spätere Resolution der Staatsschulden-Commission aber bedeutet worden, daß die Forderung in Folge ber in Deutschland vorgegangenen politischen Beranderungen und des Gesetzes vom 1. Juni 1822, Art III. als erloschen zu betrachten sen; auf eine wider den Königl. Fiskus im Jahre 1832 angestellte gerichtliche Klage auf Bezahlung ber Stapelgelber sey letztere nach Berhandlung der Sache angebrachtermaaßen abgewiesen morden."

"Nachdem nun Reclamant alle möglichen Versuche gemacht habe, zur Erhebung des Geldes zu gelangen, so stehe ihm nunmehr der Res greß gegen den von seiner Verpflichtung in keiner Beise liberirten Ussignanten, den vormaligen Kurstaat Mainz, zu."

"Indessen hatte keine von den bei der Sache betheiligten höchsten Regierungen Neigung gezeigt, der Forderung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, vielmehr hatten sie auf die von dem Mainzer Schulbenvertheilungs-Congreß geaußerte Beigerung Bezug genommen."

"Nachdem hierauf Reclamant den Rechtsweg wider den Staatsfiskus einer jeden Regierung bei den competenten Landesgerichten betreten habe, hatten die hochsten Regierungen von Würtemberg, Baden und Gröhrzgthm. Hessen die Ansicht zu erkennen gegeben, daß die Angelegenheit vor die B. B. gehore, um nach Art. XXX. der B. Schl. A.
im bundesgesetzlichen Wege erledigt zu werden; diese Ansicht habe
auch das Gröhrzgl. Badische Hosgericht zu Rastatt durch ein eigenes Erkenntniß bestätigt; unter diesen Umständen wäre es überslüssig, den
Rechtsweg bei den übrigen Gerichten weiter zu verfolgen."

"Die Competenz hoher B. B. sen durch den Art. XV. der B. A., welcher die durch den Reichsdeputations = Hauptschluß vom 25. Fesbruar 1803 getroffenen Verfügungen im Betreff des Schuldenwesenst unter die Garantie des Bundes stelle, sowie durch die Bestimmung im Art. XXX. der W. Schl. A. begründet."

## Graf v. Schonborn=Wiesentheid, Reclam. a. d. Kurst. Mainz. 509

"Auf den Grund dieser beiden Bestimmungen gehe der Schlußantrag der Reclamation dahin:

"Hohe B. V. wolle gutliche Ausgleichung oder rechtliche Entscheidung in der vorgeschriebenen Art bewirken, damit die Forberung von 8000 Gulden und der seit der Frankfurter Herbste messe 1796 als Zinsen rückständigen Jahrrente von 200 Goldgulden, im reichsgesetzmäßigen Werth dieser Nünzsorte, nebst Schäden und Kosten, dem Gläubiger bezahlt werde."

In dem ebendaselbst S. 296 befindlichen Gutachten der Reclamationscommission ist ausgesprochen, die Reclamation, bei welcher die Vorschriften des Bundesbeschlusses vom 11. Dezember 1817 über Abfassung und Einreichung der Privatreclamationen beobachtet seven, habe eine durch beigebrachte Documente bescheinigte Forderung an den vormaligen Kurstaat Mainz zum Gegenstande. — Die Bestimmung im Art. XV. ber B. A., welche die burch den Reichsbeputations-Hauptschluß vom 25. Febr. 1803 in Betreff des Schulbenwesens der aufgeloften geistlichen Staaten getroffenen Verfügungen unter Garantie des Bundes stelle, begründe im Allgemeinen die Competenz der B. B.; auch könne ber Umstand hierin nichts andern, daß die Forderung des Reclamanten bei bem Frankfurter Schuldenvertheilungs=Congresse angemelbet und zuruckgewiesen sey. Ferner sey die Competenz ber B. B. auch burch Art. XXX. der W. Schl. A. noch näher begründet, da die Verpflichtung, die Forderung des Reclamanten zu vertreten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft sen, und da einige berselben auf die Bestimmung des gedachten Artikels ausdrucklich Bezug genommen håtten.

Auf Commissionsantrag wurde hierauf beschlossen, S. 297:

"Die von dem Reclamanten, Grafen von Schönborn, in Unspruch genommenen höchsten Regierungen von Bayern, Würtemberg, Baden, Rurhessen, Grßhzgthm. Hessen, Nassau und der freien Stadt Frankfurt werden ersucht, sich binnen acht Wochen über den Inhalt der Reclamation zu erklären."

In Folge dieses Beschlusses gab zuerst Würtemberg in demselben Jahre 1836, in Sess. XII. S. 188. S. 484 des Protokolls seine Er-klärung bahin ab: \*)

"Reclamant habe in der gegen die Staatskasse erhobenen Klage angegeben, daß seine Forderung aus den Kammerrevenüen des Kur-

\*) Siehe über sammtliche Erklarungen den Commissionsvortrag, Prot. v. J. 1838. Sess. VII. S. 103. S. 288. u. flgbe.

staats Mainz zu berichtigen gewesen und als wahre Kammerschuld zu betrachten sen; da nun die Krone Würtemberg durch den Reichsbeputations-Schluß keine Mainzischen Kammerrevenüen erhalten habe, so würde sie zu einer Theilnahme an der in Frage stehenden Forderung auch dann nicht verbunden senn, wenn der mit Theilung der Kurmainzischen Schulden beauftragte Congreß dieselbe nicht einstimmig als ungegründet zurückgewiesen hätte, und wenn auch nicht aus dem Schuldbocument von 1659 hervorginge, daß die Ueberlassung der Rente von 200 Soldgulden keine bloße Anweisung gewesen sen, daß die Rente vielmehr dem Gläubiger sormlich cedirt worden, und dieser wirklicher Eigenthümer berselben geworden wäre, dem ein Regreß an den Cebenten nicht zustehe."

Frankfurt bezieht sich in demselben Jahre 1836, Sess. XVI. §. 233. S. 586. des Prot. ganz auf die Königl. Würtembergische Erklärung, mit der Bemerkung, wie es sich in demselben Fall besinde, "daß ihr durch den Reichsbeputations-Schluß keine Kurmainzische Kammer-revenüen zugefallen wären, daß es mithin zur Bezahlung von Kammerschulden nicht verbunden sep."

1837. In dem darauf folgenden Jahre 1837 erklärt zunächst Baben in Sess. I. S. 16. S. 31. Folgendes:

"Die Grßhzgl. Regierung vermöge die Ansprüche des Grafen von Schönborn als rechtlich begründet nicht anzuerkennen, stelle vielmehr die Verpslichtung, selbige mit zu vertreten, in Abrede. Der Franksurter Ausgleichungscongreß habe die Anerkennung der fraglichen 8,000 Gulben als Staatsschuld versagt, und den Inhaber der Rente von 200 Goldgulden angewiesen, sich an die Stadt Nürnberg zu halten. Dem Reclamanten ständen übrigens so wichtige Gründe entgegen, welche auch dermalen seine Abweisung nothwendig machten: denn

- 1) nach dem Vertrag vom 17. Dezember 1659, der sich nach Form und Inhalt als Kaustontract darstelle, sollte die Ueberlassung der Rente von 200 Goldgulden keine temporäre Assignation der Zinsen auf 8,000 Gulden Kapital, sondern eine definitive Zahlung des letztern selbst enthalten. Die Rente sey unter den Objekten begriffen, welche für den Kausschilling von 25,000 Gulden dem Ritter von Schönborn als Zahlung cedirt und überlassen worden wären;"
- ,,2) dem Erwerber der Rente sen eine Kündigung des Kapitals so wenig vorbehalten, als dem Kurfürsten die Berechtigung zur Rückzahlung; es mangele daher ein wefentliches Zeichen des Darlehenzvertrags, von dem der Pfandvertrag nur eine Folge hätte senn können;"

# Graf v. Schonborn-Biefentheid, Reclam. a. d. Kurst. Mainz. 511

- "3) ber Kurfürst hatte auf die Reduction verzichtet, und die Ersstatung des Kapitals nur für den Fall stipulirt, wenn er das Stapelrecht zu Miltenberg selbst ausüben, und dadurch zur Erlöschung der Rente Veranlassung geben würde. Dieser Vorbehalt sen nöthig gewesen, um der Stadt Rürnberg gegenüber das Recht des Kurfürsten zu wahren, da die Uebereinkunft von 1562, wornach jene Stadt sür die Stapelfreiheit 200 Goldgulden zu entrichten schuldig, sür Kurmainz widerrusslich gewesen sen. Hierauf beziehe sich der Schluß in der Kurssürsslichen Notisikation vom 31. Januar 1660, wodurch angedeutet wäre, daß die Rente dem Ritter vou Schönborn nichtbergestalt desinitiv abgetreten worden, daß auch die Aufkündigung des Vertrages von 1562 unmöglich sen."
- ,,4) Evictionsleistung sen nur für den Fall zugesichert worden, wenn ein Stück der als Jahlung des Kaufgeldes hingegebenen Objekte streitig gemacht, oder sonsten angesochten werden würde; auch dies spreche gegen eine bloß pfandweise Ueberlassung. Für eine solche habe es der Jusicherung gar nicht bedurft, um den Fortbestand des Darlehensvertrages und die Verbindlichkeit zur Rückzahlung des Kapitals außer Iweisel zu setzen. Es verstehe sich von selbst, daß die Schuld fortdauere, wenn auch das Unterpfand evincirt werde."
- 7,5) Hiernach könne auf den Ausdruck "pfandweise überlassen" kein Gewicht gelegt werden, da er mit dem dispositiven Hauptsatze, wegen erb= und eigenthümlicher Ueberlassung der Rente von 200 Goldgulden, in Widerspruch stehe; jene Ausdrücke können die charakteristisschen Merkmale des Rechtsgeschäftes nicht umstoßen; es sey dabei nach älterer irrthümlicher Sprachweise zwischen Darlehen= und Pfandversträgen, Verkauf auf Wiedereinlösung nicht strenge geschieden."
- "6) Auch die Schreiben der Kurmainzischen Regierung und des Kurfürsten selbst, könnten das Rechtsgeschäft nicht andern, noch als Novation betrachtet werden, eben so wenig, als eine dem entscheidenden Termin des 24. August 1802 nachgefolgte Erklärung ein neues Rechtsverhältniß begründen könne."

ic

μĖ

Mi

TE

ride

nas

"Wenn bessen ungeachtet die 8,000 Gulden als ein Darlehen, und die Ueberlassung der Rente von 200 Goldgulden als antichretische Verpfändung angesehen werden könnte, so sen eine durch ältere Reichszesetze verbotene Ueberschreitung der Jinsen vorhanden; nur 5 Prozent senen erlaubt, welche für 8,000 Gulden jährlich 400 Gulden betrügen; die wirklich bezogenen 200 Goldgulden wären, nach dem Reichsconclusum vom 19. April 1767, schon zur Zeit des Kontracts

mehr als 400 Gulden, nach dem Kaiserlichen Ratissicationsdecret vom 18. September 1767 i. J. 1738 aber 600 Gulden werth gewesen; von dieser Zeit die 1796, wo die Rentenzahlung unterbrochen worden sep, hätte die Schönborn'sche Familie über die gesetzlichen Zinsen 11,600 Gulden, also mehr als das Kapital betrage, empfangen."

"Reclamant könne um so weniger auf die Besitzer ehemals Kurmainzischer Landestheile zurückgreifen, als er nach dem Beschlusse bes Mainzer Ausgleichungscongresses vom 22. Februar 1806 die Stadt Rurnberg als Schuldnerin in Anspruch genommen, und ber Congreß die Rente bei Aufstellung des Revenüenetats ganz unberücksichtigt gelassen, und angenommen habe, daß dieselbe als Bestandtheil ber Einkunfte bes Rurstaats nicht mehr eristire. Gine Evictionsverbindlichkeit sen nicht begründet, da die Zahlung der Rente von 200 Gulden als ständige Last auf der Concursmasse hafte und ihr nicht widersprochen sep. Auch in Folge späterer Ereignisse sep kein Fall, für welchen das Erzstift Evictionsleistung übernommen habe, vorhanden, da ein Dritter das Recht auf die Rurnberger Rente nicht streitig mache, für die Gute einer Forderung aber ber Verkaufer nicht tenennt sey. In Folge politischer Verhältnisse habe die Stapelfreiheit von Nurnberg gegen Bezahlung der Rente von 200 Gulden aufgehört; die Gesammtheit der Besitzer vormals Mainzischer Gebietstheile sen dafür zu haften nicht schuldig, daß die Krone Bayern i. 3. 1818 bas Miltenberger Stapelrecht ganz aufgehoben habe."

"Reclamant habe ganz folgerecht die Stadt Nurnberg, resp. ben Königl. Bayrischen Fiskus, als rechten Beklagten in Anspruch genommen; wenn berselbe burch Entschließung ber Schuldentilgungscommission und richterliches Erkenntniß abgewiesen sen, so scheine er dies größtentheils selbst verschuldet zu haben; allemal sen die Abwei= fung nicht Folge von Thatsachen, wofür die Gesammtheit der Besitzer von Mainzer Gebietstheilen einzustehen habe. — Die Sache sen weder überhaupt zur Beschwerbe noch zur Einleitung eines Austrägalprocesses geeignet; insbesondere sen die Berufung auf Art. XV. der B. A. unstatthaft, ba es sich nicht von einer Mainzer Staatsschulb, sonbern von Privatanspruchen an ben Königl. Bayerischen Fiskus handele; Art. XXX. der B. Schl. A. aber sey barum nicht anwendlich, weil die Verpflichtung, einer Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern nicht streitig ware, da die Königl. Bayerische Regierung burch Eröffnung bes Rechtsweges es anerkannt, baß sie bem Reclamanten zu Recht zu stehen habe."

Eine weitere Erklärung in derselben Sess. I. S. 16. S. 34 bes Protokolls giebt hierin Grßhrzgthm Hessen bahin ab:

"Die auf dem Mainzer Ausgleichungscongresse beschlossene Ablehnung der Forderung beruhe auf den tristigsten Gründen, denn die im Vertrage vom 17. Dezember 1659 wegen der Rente von 200 Goldgulden getrossene Bestimmung enthalte eine wahre Cession als Aequivalent für das Kapital der 8,000 Gulden, und da die Rente rechtlich nicht evincirt worden, so sen Anspruch auf Evictionsleistung nicht statthaft."

"Wenn die gemachte Forderung an und für sich begründet wäre, so würde man Grßhrzgl. Hessischer Seits kein Bedenken tragen, die Rate daran nach den festgesetzten Normen zu übernehmen; nach der wahren Beschaffenheit der Sache könne aber nur bei dem ablehnenden Beschluß des Congresses beharrt werden."

Nassau äußert hierüber in Soss. XVIII. §. 216., S. 527 des Protokolls:

"Dem Reclamanten stehe eine rechtlich begründete Forderung an die Besitzer von Theilen des vormaligen Kurstaates Mainz nicht zu, und die abschlägige Entschließung des Ansgleichungscongresses sen das her vollkommen richtig; die Grßhrzgl. badische Erklärung enthalte eine vollständig gründliche Darstellung des Rechtsverhältnisses, welcher die Hrzgl. Nassauische Regierung sich anschließe."

Ferner erklart noch Kurhessen in demselben Jahre 1837, in Sess. XXX. §. 340. S. 813 des Protokolls:

"Daß die durch den Ausgleichungscongreß beschloffene Ablehnung der Uebernahme der Forderung unter die Kurmainzischen Staatsschulz den auf den triftigsten Gründen beruhe, daß siedoch dem Antrage des Reclamanten auf Einleitung eines Versahrens nach Art. XXX. der W. Schl.-Afte zu entsprechen sehn mochte, nach dem Reclamant vergebens den Weg Rechtens dei mehreren Landes-Gerichten betreten habe, von welchen anerkannt sen, daß die Schuld mehrere Bundesglieder treffe und nicht gegen einen einzelnen Landeshertn versolgt werden könne."

Schließlich druckt Bayern in bem folgenden Jahre 1838 in Soss. 1838. I. S. 20. S. 67 d. Prot. die Ansicht aus:

33

"Daß, ohne in eine nähere Erörterung der der Liquidität der Forderung entgegenstehenden Gründe einzugehen, die Königl. Regierung doch die Ansicht theile, daß in dem Vertrage vom 17. Dezember 1659 wirklich nur eine antichretische Berpfändung der Miltenberger Stapel-

Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Ahl.

j

gelber, und nicht, wie der Ausgleichungscongreß zu Frankfurt angenommen habe, eine kaufweise Ueberlassung derselben zu sinden sep. Die jest zu entscheidende Frage ware daher die: ob der vormalige Aurstaat Mainz, zur Vertretung der Forderung berusen sen, und welche Staaten, auch in welchem Verhältnisse sie, nunmehro daran Theil zu nehmen hatten. Nach Entscheidung dieser Frage durch gemeinsames Einverständnis oder auf vom Bunde einzuleitenden gerichtlichen Wege, würde Neclamant die Liquidität des Anspruchs eventualiter vor den Landesgerichten der zur Vertretung desselben verpslichtet erklärten Regierungen zu machen haben."

Ueber sammtliche an die Reclamationscommission abgegebenen Erklärungen erstattet der Referent derselben, der Grßhrzgl. Meklenburgische Gesandte in Sess. VII. S. 103. S. 288 d. Prot. Vortrag, in welchem er, nach dem er die Eingaben, den Beschluß der B. B. und die sammtlichen Erklärungen reasumirte, sich in dem Commissionsgutachten S. 291 d. Prot. folgendermaßen ausspricht:

"Die Commission habe jett, nachdem sammtliche Erklärungen eingegangen seven, näher zu untersuchen:

ob Reclamant eine bescheinigte Forberung an den ehemaligen Aurstaat Mainz besitze?

und dann

ob die Verpflichtung, berfelben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft ober bestritten sep?"

"In beider Hinsicht seyen von den betreffenden hochsten Regierungen gegen die Reclamation des Grafen von Schönborn-Biesentheid erhebliche Einwendungen vorgebracht worden."

"Bas die erste Frage anlange, so habe Reclamant zur Begründung seines Anspruchs eine Kauf-, Schuld- und Pfandverschreibung beigebracht, wornach der Ritter P. E. von Schöndorn — von welchem Reclamant abzustammen behaupte — dem Erzstiste Mainz im 17ten Jahr- hundert eine Summe von 25,000 Gulden gezahlt habe, wosür demselben verschiedene Vermögensobjekte cedirt oder verpfändet worden seyen. Jeht handle es sich nur noch von 8,000 Gulden mit Zinsen, sür welche diejenigen 200 Goldgulden, welche die Stadt Rürnberg wegen des Stapels zu Miltenberg am Nain dem Erzstiste jährlich zu entrichten hatte, überlassen seyen; ob diese Ueberlassung in der Art pfandweise gesschehen, daß ein pactum antichreticum eingetreten sey, vermöge dessen, der Herleiher des Geldes sich aus der Jahresrente wegen der ihm gebührenden Zinsen schalos zu halten habe, — oder ob deren

Graf v. Schonborn=Biesentheid, Reclam. a. d. Kurst. Mainz. 515

Ueberlassung eine wirkliche Cession involvire, so daß der Gläubiger förmlicher Eigenthumer berselben geworden und der frühere Schuldner ex nexu gelassen sey."

"Dieß sey eine Frage, die verschiedenen Ansichten unterliege, worüber indessen hohe B. B. nicht zu urtheilen habe, die vielmehr ganz geeigenet sey, demnächst den Gegenstand eines richterlichen Bersahrens zu bilden. Der Frankfurter Ausgleichungscongreß des Jahres 1804 habe sich zwar für die zuleht erwähnte Ansicht ausgesprochen, und deshalb die zur Frage stehende Forderung dei der damaligen Vertheilung der Mainzer Staatsschulden zurückgewiesen; indessen könne auch dieser Beschluß der mit richterlichen Functionen nicht bekleideten Behörde, einer die Sache rechtskräftig sesssenden Entscheidung, nicht gleich geachtet werden. Die Ershrzgl. Badische Regierung habe, unter weiterer Entwickelung des von dem Ausgleichungscongresse angenommenen Grundsahes, noch andere Gründe gegen den Bestand der Forderung geltend gemacht, namentlich, daß die Forderung durch die bezogene Rente schon getilgt sen ze. Bon diesen Gründen gelte jedoch auch das schon im Obigen wegen demnächstiger richterlicher Entscheidung Gesagte."

"Die Commission musse sich für die Ansicht aussprechen, daß Reclamant die Existenz einer Forderung an den vormaligen Kurstaat Mainz nachgewiesen habe, eine Forderung, deren Unstatthaftigkeit nicht augenfällig sen, deren Liquidität vielmehr eventualiter vor den Landesgerichten der zu ihrer Vertretung verpflichtet erachtet werdenden Regierungen geltend zu machen sen."

"In Bezug auf die Frage, ob die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern bestritten sen? hätten die höchsten Regierungen von Bayern und Kurfürstenthum Hessen—ohne die Forderung als liquid und richtig anzuerkennen— geäußert, daß dem Antrage des Reclamanten auf Einleitung eines Verfahrens nach Art. XXX. der W. Schl. A. zu entsprechen seyn möchte."

"Entgegengesetzter Ansicht seinen die übrigen fünf in Anspruch genommenen Regierungen. Die Königl. Würtembergische Regierung
habe, unter Beitritt der freien Stadt Frankfurt, jede Theilnahme an
der zur Frage stehenden Forderung aus dem Grunde abgelehnt, weil
die Krone Würtemberg durch den Reichs-Deputationsschluß keine
Mainzischen Kammerrevenüen erhalten und Reclamant doch in der

gegen die Staatskasse erhobenen Klage seine Forberung für eine Kams merschulb ausgegeben habe."

"Nach bem beigebrachten Schuldbocumente ware für die hergegebene Summe der 8,000 Gulden dadurch Ersat geleistet, daß die von der Stadt Nürnberg an den Aurstaat Nainz jährlich zu zahlende Rente — sep es sormlich cedirt, oder als Specialunterpfand — verschrieben worden sen; die Schulden solcher geistlichen Länder, welche unter Mehreren vertheilt seven, sollen nach der Bestimmung im §. 78. des Reichsbeputations-Hauptschlusses als allgemeine Landesschulden unter sämmtlichen Theilhabern vormaliger geistlicher Lande in verhältnismäßige Theile, und zwar die Kammerschulden nach dem Domänenertrage, die Landesschulden aber nach dem Steuercapitale, vertheilt werden. Ob nun die zur Frage stehende Forderung evontualiter sür eine Schuld der Kammer- oder der Landesschse zu achten sey, dies könne nur mittelst austrägalgerichtlichen Versahrens ermittelt werden; nach dem Ergebniß besselben würde die Betheiligung der Krone Würtemberg und der freien Stadt Frankfurt zu bemessen sewn."

"Gegen die Anwendlichkeit eines Verfahrens nach Art. XXX. der W. Schl. A. sey ferner von der Grßhrzgl. Badischen Regierung — unter Beitritt der des Hrzgthms Nassau — noch besonders hervorge-hoben worden, daß Reclamant den Fiscus des Königreichs Bayern vor den Landesgerichten in Anspruch genommen, und die Königl. Regierung durch Erössnung des Rechtswegs anerkannt, daß sie dem Reclamanten zu Recht zu stehen habe. Das von dem letzteren angezeigte Resultat dieses, so wie ähnlicher gegen andere Regierungen anhängig gemachten Prozesse, dem aber, nach Ansicht der Commission, zur Bestärfung der Annahme, daß in Betress der Frage wegen Vertretung der Forderung wirklich ein Zweisel obwalte."

"Bon den Behörden des Königreichs Bapern, insbesondere von dem Appellationsgericht des Rezatkreises zu Anspach, sey Reclamant mit seinen Ansprüchen zwar abgewiesen worden, nichts desto weniger erkläre die Königl. Regierung — welche aus dieser Abweisung doch allein Recht erlangt habe — sich bereit, auf ein Versahren nach Art. XXX. einzugehen, mithin oventualiter die Forderung — tros jener Entscheidung — zu vertreten, d. h. dem Reclamanten abermals zu Recht zu stehen. Bei den Gerichtshösen des Königreichs Würtemberg, Grührzthms Baden und Grührzgthms Hessen habe die Klage nach Anzeige des Reclamanten aus dem Grunde keinen Erfolg gehabt, weil die beklagten Regierungen bei den Gerichten die Ansicht zu erkennen

Graf v. Schonborn-Wiesentheid, Reclam. a. d. Kurst. Mainz. 517

gegeben hatten, daß die Sache zunächst im bundesgesetzlichen Wege erledigt werden musse.

Die Commission gründe auf diese Aussührung über beide zu Ansfang des Gutachtens angedeuteten Fragen den Antrag S. 293 des Prot.:

"Hohe B. B. wolle zuvörderst zum verfassungsmäßigen Ver= mittlungsverfahren eine Bundestagscommission erwählen."

Diesem Antrag der Reclamationscommission zustimmend, wurde eine aus drei Mitgliedern der B. B. bestehende Vermittlungscommission erwählt und ebendaselbst, S. 293 d. Prot., beschlossen:

Ì

İ

ł

-

£

t

3

K

16

13

3

118

M

(F

13 1

nig

: 💕

i, 🕏

"daß zuvörderst die aus dem Gesandten von Königr. Sachsen, Hannover und Mecklenburg bestehende Commission ersucht werde, zwischen den Regierungen von Bayern, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Grßhrzgthm. Hessen, Nassau und Franksurt über die Vertretung der Kapital= und Zinsen=Forderung des Grafen von Schönborn=Wiesentheid an den ehemaligen Kurstaat Mainz die bundesversassungsmäßige Vermitt-lung zu versuchen."

Ueber das Resultat der Bemühungen der Vermittlungscommission spricht sich der Referent derselben, der Grßhrzgl. Mecklenburgische Sessandte i. Z. 1840, Sess. V. S. 76. S. 116 d. Prot., nachdem er zuvor 1840. einen Rückblick auf die bereits stattgehabten Verhandlungen geworfen, folgendermaßen auß:

"Die zur Genügung des Auftrags von der Commission am 20. Juli 1838 an die Gesandten der betheiligten höchsten Regierungen erlassene Note sen nachfolgenden wesentlichen Inhalts:

"Die Forberung des Reclamanten, von der es sich handele, betrage 8,000 Gulden mit Zinsen seit der Franksurter Herbstmesse d. I. 1796; die Forderung sen bei dem Mainzer Schuldenvertheilungs-Congresse zu Franksurt am Main in den Jahren 1804 und 1805 zwar angemeldet, jedoch für eine Kurmainzische Staatsschuld nicht anerkannt, sondern aus dem Grund zurückgewiesen worden, weil der dieselbe begründende Vertrag für ein Kauf= und Verkauf=Contract, und Reclamant für Eigenthümer der Rente von 200 Goldgulden, welche die Stadt Nürnherg wegen des Stapels zu Miltenberg an den Kurstaat Mainz jährlich zu entrichten hatte, betrachtet worden."

"Auch in den neuerdings bei hoher B. B. abgegebenen Erklärungen sen die Liquidität der Forderung von den höchsten und hohen Regierungen nicht anerkannt worden. Nichts desto weniger könne ein kostenund zeitraubendes Austrägalversahren vermieden werden, wenn eine jede der von dem Reclamanten in Anspruch genommenen Regierungen, ohne Anerkennung der Liquidität der Forderung, die Vertretung eines Theils derselben übernähme, und dem Reclamanten bei den betreffenden Landesgerichten den Weg Rechtens für den Betrag ihres Antheils erdfinete."

"Indem die Commission nach diesem Gesichtspunkte einen Bergleichsvorschlag in Antrag bringe, habe sie nicht außer Acht gelassen, daß nicht alle in Anspruch genommenen Regierungen gleiche Gebietssober Vermögenstheile bes vormaligen Kurstaats Mainz besäßen — ebenso wenig auch den Umstand, daß Reclamant, nach vielsach ausgestellter Behauptung, sich an die Stadt Nürnberg, oder an die Krone Bayern, wegen der ihm überlassenen, von jener Stadt zu entrichtenden Rente, zu halten habe."

"Einen dem Berhältnisse der Vertheilung des vormaligen Kurstaats Mainz zwischen den betheiligten höchsten Regierungen völlig entsprechenden Maaßstad, habe die Commission hier aufzustellen nicht wohl möglich gehalten, jedoch im Allgemeinen das dei Vertheilung der Mainzer Schulden i. I. 1805 angenommene Verhältniß nicht unberücksichtigt gelassen, die Frage aber, ob die Forderung des Reclamanten als Kammerschuld auf den Kammers oder als Steuerschuld auf den Steuerrevenüen hafte, sey nicht beachtet worden, da diese Frage bei den gerichtlichen Verhandlungen erdrtert und entschieden werden müsse."

"Der Vorschlag ber Commission gehe hiernach bahin:

daß die von dem Reclamanten in Anspruch genommenen höchsten und hohen Regierungen dessen Forderung von 8,000 Gulden mit rückrückständigen Zinsen darauf, in dem nachfolgenden Verhältnisse zu vertreten, übernehmen mögen:

bie Krone Bayern . . . . brei Achtel.
die Krone Würtemberg . . . ein Sechzehntel.
Grßhrzthm. Baden . . . . ein Achtel.
Kurfürstenthm. Hessen . . . . ein Achtel.
Grßhrzgth. Hessen . . . . ein Achtel.
Hezgthm. Nassau . . . . ein Achtel,
und die freie Stadt Franksurt . . ein Sechzehntel."

"Die höchsten Regierungen hätten ihre Erklärungen in nachfolgender Reihefolge durch deren Gesandtschaften bei der Commission abgeben lassen:

"Die freie Stadt Frankfurt lehne schon mittelst vom 26. Juli 1838 ben Vorschlag mit der Bemerkung ab, daß sie sich auf keine Weise zur Theilnahme an Tilgung der Forderung für verbunden erachte."

"Grßhrzgthm. Hessen erklärte unterm 25. August 1838: ben Commissionsvorschlag annehmen, und barnach die Vertretung eines Achttheils der Schuld, ohne Anerkennung der Liquidität, übernehmen, und dem Reclamanten bei dem betreffenden Landesgerichte der Weg Rechtens beshalb eröffnen zu wollen."

"Würtemberg äußerte in einer Erklärung vom 23, September 1838 das Nachfolgende:

Die Königl. Regierung vermöge, sowohl aus formellen als aus materiellen Gründen, auf den gedachten Vorschlag nicht einzugehen."

"In erster Beziehung werde von dem Reclamanten selbst in der gesen die Königl. Staatskasse erhobenen gerichtlichen Klage angesührt, daß die Verbindlichkeit, von der es sich handle, als wahre Kammerschuld zu betrachten, und daß die Forderung aus den Kammerrevenüen zu berichtigen gewesen sey. Zufolge des S. 78 des Reichsdeputations "Hauptschlusses sollten die Kammerschulden nach dem Domänenertrag vertheilt werden; nun gehöre das Königr. Würtemberg nicht zu benjenigen Staaten, denen durch den Reichsdeputations "Hauptschluß Mainzer Kammerrevenüen zugefallen seyen, womit auch jede Verpflichtung zu der Theilnahme an einer berartigen Schuldsorderung hinwegfalle."

"Ware aber Burtemberg bei Vertheilung ber fraglichen Schulden mitbetheiligt, so wurde man immerhin die Passivlegitimation als gehörig hergestellt nicht betrachten können, da nichts davon bekannt sey, daß die bei Vertheilung der Rammerschulden betheiligten Regierungen sich über einen bleibenden Maaßstad auf bindende Weise vereinigt hatten, wornach etwa später zum Vorschein kommende unvertheilte Schulden vertheilt werden sollten; es sey dies hinsichtlich der in Frage stehenden Korderung so wenig der Fall gewesen, daß der mit der Vertheilung der Rurmainzischen Schulden beauftragte Congress unterm 20. Januar 1806 einstimmig die neuerdings geltend gemachte Korderung als unbegründet zurückgewiesen, und daß schon damals ein mit sehr erheblichen. Gründen unterstücktes Votum dahin gegangen, daß die Vertretung der in Frage stehenden Schuld je den Falls nur derjenigen Regierung obliegen könne, auf welche das Stapelrecht zu Miltenberg übergegangen."

1

"Die materiellen Grunde einer ablehenben Erklärung betreffend, so könne man, nach der vom Reclamanten vorgelegten Urkunde vom 17. December 1659, nicht anders annehmen, als daß die Rente von 200 Goldgulden dem Gläubiger form lich ced irt und durch die Ueberslaffung dieser Rente an der Schuld von 25,000 Gulden im Betrage von 8,000 Gulden getilgt werden sollte, woraus von selbst solge, daß der Cessionar, als Eigenthümer der Rente, im Fall ihrer Uneinbringslichkeit, seinen Regreß nicht an dem Cedenten nehmen könne, weil dieser nur sur die Wahrheit und nicht für die Güte einer cedirten Forderung zu haften habe."

"Wenn der Reclamant, um diesem Einwande zu begegnen, darzuthun suche, daß die Ueberlassung der Rente von 200 Goldgulden nur
eine einfache Anweisung ausmache, so sen diese Annahme mit den klaren Worten der Urkunde unvereindar."

"Als Zweck des in der Urkunde vom 17. December 1659 begriffenen Rechtsgeschäfts, sen unumwunden ausgesprochen: "Die Gultversschreibung wieder einzulösen und der jährlichen Rente sich gänzlich zu entladen." Die in der Urkunde specisicirten Stücke sollten dem Gläubiger für die 25,000 Gulden an Zahlung übergeben und überlassen werden. Mit Beziehung auf alle nachgenannten Objecte, unter denen die Rente der 200 Goldgulden mitbegriffen sen, werde sodann auch wörtlich gesagt, daß sie dem Gläubiger, an statt 8,000 Gulden Hauptsgeldes hin sühr wirklich zu empfangen, eingeräumt sen n solle, d. h. daß durch die Ueberlassung der Rente 8,000 Gulden Hauptsgeldes getilgt senn sollen."

"Sodann werde nicht nur im Eingange der Urkunde im Allgemeisnen die Wiedereinlösung der an Zahlungsstatt gegebenen Objecte vorbehalten, sondern auch mit namentlicher Beziehung auf die Rente der 200 Goldgulden gesagt, daß dieser beiden Stücke willkührliche Wiederseinlösung vorangeregtermaßen jeder Zeit vorbehalten senn solle. Mit allen diesen Bestimmungen wurde die Unterstellung einer einfachen Answeisung schlechthin unvereindar seyn."

"Die Folgerungen, welche ber Reclamant aus dem in der Urkunde vom 17. December 1659 einmal gebrauchten Ausdruck "pfandweise überlassen" für die Behauptung, daß die Ueberlassung der 200 Goldzulden als eine einfache Assignation anzusehen sen, abzuleiten bemüht sen, wären nicht weniger unbegründet. Denn die Pfandbestellung, selbst im Sinne des römischen Rechts genommen, und die Assignation, senen wesentlich von einander verschieden, und wenn das Wort "pfandweise"

keine andere Deutung als jene zuließe, so würde dieser nur erzählungsweise und nicht constitutiv gebrauchte Ausdruck, immerhin als unschäbliches Superfluum zu behandeln seyn."

"Allein dieser Ausbruck gewönne seinen durchaus richtigen Sinn, sobald man sich erinnere, daß das Pfand in deutsch=rechtlichem Sinne in seinen Wirkungen sich durchaus in nichts von einem Verkause, unter dem Vorbehalte, des Wiederverkaufs, unterscheide."

"Auf diese Weise falle auch jeder scheinbare Wiederspruch hinweg, wenn in derselben Urkunde dasselbe Geschäft als pfandweise Ueberlassung und als Kauf bezeichnet sey."

"Hiernach werde die Einlassung auf den Vergleichsvorschlag abgelehnt."

"Nassau stimmte unterm 1. Oktober 1838 den Vergleichsvorschlägen der Commission bei."

"Bayern äußerte unterm 13. November 1838: daß es — ohne dadurch seine Rechte irgend vergeben zu wollen — nach der vorgesschlagenen Quote zu drei Achtel die Vertretung zum Behufe der Liquidation, zu übernehmen geneigt sey."

"Kurhessen lehnte unterm 20. Juli 1839 den Bergleichungsvorsschlag aus dem Grund ab, weil nach dem Revenüenverhältnisse, welches bei Vertheilung der Mainzer Staatsschulden i. I. 1805 ermittelt worsden sein, die Kurhessische Rate an der vermeintlichen Forderung ungesähr ½3, wenn man die Steuern, und noch nicht einmal ½5 betragen würden, wenn man die Cameraleinkunfte von den rechtsscheinischen, vormals Mainzischen Gedietstheilen zum Theilungsmaaßtade annähme, und daß dieß Verhältniß sich noch günstiger herausstelle, wenn man, nach den im Erkenntnisse des D.-App.-Ger. zu Dresden vom 6. März 1830 ausgesprochenen Grundsähen, auch die links-rheinischen Revenüen-antheile an Steuer- und Kammer-Gefällen bei der Berechnung mit zum Grunde lege."

N

Ŋ.

\*

W.

ď

id

"Bon der Grßhrzgl. Badischen Regierung sen der Commission eine -Aeußerung über den Vergleichsvorschlag nicht zugegangen."

"Ungeachtet dieser noch sehlenden Erklärung, glaube die Commission, den von ihr zu erstattenden Vortrag nicht länger zurückhalten zu sollen, da, nach den den Vergleich ahlehnenden Erklärungen der Resgierungen von Würtemberg, Kurhessen und Frankfurt, ungeachtet der acceptirenden Erklärungen anderer Regierungen, die versuchte Vermitts

lung als mißlungen zu betrachten sen. — Die Commission habe sonach ben Antrag auf Einleitung eines austrägalgerichtlichen Versahrens zu richten, falls die in Anspruch genommenen höchsten Regierungen sich nicht über ein Compromiß vereinigen sollten; zwar hätten einige derfelben in den bei hoher B. B. abgegebenen Erklärungen Iweisel gegen die Einleitung des Versahrens nach Art. XXX. der B. Schl-Akte erhoben, allein die Commission habe in ihrem früheren Vortrage (Soss. VII. S. 103. des Prot. v. J. 1838) die Iweisel zu wiederlegen sich besmüht, und sich nach der Ansicht anderer Regierungen für Einleitung eines Versahrens nach Art. XXX. der B. Schl-Akte ausgesprochen, und hohe B. B. habe durch Einleitung eines Vermittlungsverfahrens einen dieser Ansicht entsprechenden Beschluß gesaßt, welcher eventualiter ein Austrägalversahren zur Folge habe."

Hierauf wurde ebendaselbst, Prot. S. 120., in Gemäßheit des Anstrages der Commission beschlossen:

- 1) "Nachdem zwischen ben Regierungen vom Königreich Bayern, Königreich Würtemberg, Grßhrzgthm. Baden, Kurfürstenthum Hessen, Grßhrzgthm. Hassen, Kurfürstenthum Gessen, Grßhrzgthm. Hassen und ber freien Stadt Franksurt über die Frage wegen Vertretung und Uebernahme einer Forderung des Grasen von Schönborn-Biesentheid an den vormaligen Kurstaat Mainz Iweisel entstanden sind, und die dieserhalb eingeleiteten Vergleichsverhandlungen keinen Erfolg gehabt haben, so ist nach Vorschrift des Art. XXX. der B. Schl-Akte ein Austrägalversahren zur Entscheidung der streitigen Vorfrage einzuleiten; es sind daher
- 2) bie gedachten höchsten Regierungen zu ersuchen, binnen sechs Wochen zu erklären, ob sie sich über ein Compromiß vereinigt, ober welches oberste Gericht eines Bundesstaates sie als Austrägalinstanz gewählt haben, damit das Beitere bundesgesetzlich verfügt werde; endlich ist
- 3) dieser Beschluß dem Bevollmächtigten des Reclamanten mitzutheilen."

In Folge dieses Beschlusses bringt in Sess. XI. §. 149. S. 248 b. Prot. der Königl. Bayerische Gesandte, unter Zustimmung der Gessandten von Königreich Würtemberg, Gröhrzgthm. Baden, Kurfrstthm. Pessen, Gröhrzgthm. Heffen, Hrzgthm. Nassau und der freien Stadt Frankfurt zur Anzeige daß die bei dieser Reclamation betheiligsten Regierungen sich vereinigt hätten, das Gröhrzgl. und Hrzgl. Sächssische, auch Fürstl. Reußische Gesammt. Db. App. Gericht, in dessen

Grafv. Schonborn-Wiesentheid, Reclam. a. d. Kurst. Mainz. 523

Eigenschaft als Grßhrzgl.=Sachsen=Weimarisches, als Austrägalgericht zu wählen.

Auch wurde hierbei bemerkt, daß, insofern kunftig eine der genannten höchsten Regierungen die Vertretung einer anderen vor dem Austrägalgerichte zu übernehmen sich veranlaßt sinden sollte, weitere Anzeige geschehen werde.

Der auf diese Anzeige gezogene Beschluß heißt:

ille

NE

Mi

Lija:

ny :

id #

1

e Su

I

173

10/14 14 Mar

176

X

Ŀ

io

.

Ž.

IL

1

.

1

[6

11

¥

1

1

Ø

- 1) "Bur Entscheidung der zwischen den Regierungen von Königreich Bayern, Königreich Würtemberg, Grßhrzgthm. Baben,
  Kurfürstenthum Hessen, Grßhrzgthm. Hessen, Krzgthm. Nassau
  und der freien Stadt Franksurt, über die Frage wegen Vertretung und Uebernahme einer Forderung des Grasen von
  Schöndorn-Wiesentheid an den vormaligen Kurstaat Mainz
  entstandenen Zweisel, hat, der in Folge des Bundesschlusses
  vom 19. März d. I. (Prot. d. 5. Sig. §. 76.) getroffenen
  Uebereinkunft gemäß, das Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsische,
  auch Frstl. Reußische Gesammt-Ob.-App.-Ger. zu Iena, und
  zwar in dessen Eigenschaft als Grßhrzgl. Sachsen-Weimarisches,
  als Austrägalinstanz einzutreten."
- 2) "Der Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsische Gesandte wird ersucht, ber Grßhrzgl. Sachsen=Weimarischen Regierung hievon Anzeige zu machen, damit der gedachte oberste Gerichtshof sich diesem Geschäfte in Gemäßheit der B. A. und der Beschlüsse vom 16. Juni 1817 und 3. August 1820 unterziehe, und dem nächst in dieser Sache, in Austrag und Namen der B. B. den Rechten gemäß erkennen, zu welchem Ende
- 3) dem Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsischen Gesandten die bisher bei der B. B. und bei der Vermittlungscommission in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen zur weitern Beförberung an das berusene Austrägalgericht zuzustellen sind;
- 4) endlich, ist der erste Punkt des gegenwärtigen Beschlusses dem bevollmächtigten des Reclamanten mitzutheilen."

Daß die zur weiteren Versendung übernommenen Akten in Weismar eingetroffen und am 14. Juli dem Grßhrzgl. D.-App.-Gerichte zu Iena, als gewählte Austrägalinstanz, zugestellt worden seyen, damit dasselbe die Sache in Gemäßheit der bestehenden bundesgesetzlichen Bestimmungen instruiren und darüber ein Erkenntniß schöpfe, zeigt der Grßhrzgl. und Herzgl. Sächsische Gesandte im Auftrag der Grßhrzgl.

524 Abth. II. Abschn. 3. S. XII. — B. Unerlogte Fälle.

Sachsen-Beimarischen hochsten Regierung in Soss. XIII. §. 180. S. 317 b. Prot. an.

Auch bemerkte ebendaselbst der Königl. Burtembergische Gesandte, daß, zufolge getroffener Vereindarung, die Königl. Burtembergische Regierung durch die Gröhrzgl. Badische in dieser Sache werde ver-

- 1841. treten werden, sowie im folgenden Jahre 1841, Soss. XX. §. 219. S. 410 der Kurfrstl. Hessische Gesandte für die Kurfrstl. Hessische Regierung und ebendaselbst der Hrzgl. Nassauische Gesandte für Nassau gleiche Anzeige wegen Vertretung durch die Grührzgl. Badische Regierung machen, welche Anzeigen die B. B. zur Wissenschaft nahmen.
- In einem i. J. 1842 vom Prasidium in Sess. VII. S. 73. S. 105 vorgelegten Berichte des Grßhrzgl. Sachsischen und Gesammt-Ob-App.-Gerichts zu Tena vom 17. Februar, sind die Gründe dargethan, warum das Versahren bis jetzt noch nicht zum Schlusse gediehen, und daher bisher kein Erkenntniß ertheilt werden konnte.

# Anhang.

sammtlicher bis zum Jahre 1845 bei ber Bundesversammlung vorgekom (Siehe die Aabelle in Band I.

	Venennung der Sälle.	Zum Austrägalgericht wurden erwählt.
1.	Altheffische Landes = u. Cameralschulben.	Das Oberapp. Gericht zu München am 25. Octbr. 1820. (34. Sig. S. 192.)
2.	Rheinpfälz. Staatsobligationen Lit. D. (Bergl. Rr. 9.)	Das Oberapp. Sericht zu Celle am 15. Februar 1821. (6. Sis. 1833.)
3,	Thüringer Rayonstreitigkeiten. (Bergl. Nr. 15.)	Das Oberapp. Gericht zu Celle am 5. December 1822. (26. Sis. S. 215.) am 21. März 1833. (11. Sis. S. 111.) am 7. Juni 1833. (24. Sis. S. 246.) am 3. October 1833. (42. Sis. S. 439.)
4.	Kurfürst v. Trier, Testamentseretutos ren.	Das Oberapp. Gericht zu Darmstadt am 28. Mai 1824. (14. Sit. S. 95.)
5.	Beisler und andere Rheinzollpensionis	Das Oberapp. Gericht zu Celle am 11. Mai 1826, (13. Sit. S. 62.)
6,	Mainzer Staatsgläubiger, in spoc. Forsberungen auf Zoll Bilzbach u. Rente Lohnect. (Bergl. Nr. 24.)	Das Oberapp. Gericht zu Dresben am 22. Juni 1826. (17. Gig. S. 73.)
7.	Prinzessin Berkeley, Witthum betrefs fend.	Das Oberapp. Gericht zu Lübeck am 21. Juni 1827. (18. Sig. S. 68.)
8.	Kurtrierisches Schulbenwesen.	Das Oberapp. Gericht zu Selle am 16. Mai 1828. (12. Sig. S. 79.
9.	Rheinpfälz. Staatsobligationen Lit. b. (Bergl. Rr. 2.)	Das Oberapp. Gericht zu Eübeck am 12. März 1829. (7. Sig. S. 50
10.	Freifrau von Herbing.	Das Oberapp. Gericht zu Lübeck am 23. Juli 1829. (21. Sig. S. 13
11.	Forberungen ber Königl. Preuß. Sees handlungs : Societat.	Das Oberapp. Gericht zu Gelle am 15. Juli 1830. (18. Sig. S. 1

belle menen Austrägalfälle, nach der Abgabe an die Austrägerichte geordnet. S. 926. bis S. 927.)

Das Austrägalgericht wurde	Erledigt oder unerledigt.		S. d. Werkes	
beauftragt, den Sall zu et- Ledigen nach			<b>B.11.</b>	
bem Art. XI. ber B. A. unb XXI. u. XXX. ber W. Schl. A.	Erledigt theils durch interloc. Urtheil v. 4. Juli 1823, theils durch einen bei der B. B. am 3. Juli 1834 zur Anzeige gebrachten Vergleich zwischen dem Ghrzth. Dessen u. Nassau (Prot. 1823, Sig. 23. §. 160.; 1834, Sig. 26. §. 333 und Sig. 37. §. 524.)	163  217	·	
dem Art. XXX. ber <b>W.</b> Schl. A.	Erledigt durch Urtheil vom 28. Oct. 1825, 7. Nov. 1825 und 9. März 1826. (Prot. 1826, Siş. 1. S. 6. und Siş. 8. S. 41.)	518 561		
dem Art. XI. der B. A. und XXI. der W. Schl. A.	Erl. burch 2 Urth. v. 15. Nov. 1832. (Prot. der 46. Siş. S. 1605.) v. 23. April 1834, (Pr. der 19. Siş. S. 239.) v. 10. Juli 1835, (Pr. der 18. Siş. S. 285.) 20. Mai 1836, (Pr. der 8. Siş. S. 139.) und der gefandtsch. Anz. v. 9. März 1837. (Pr. d. 6. Siş. S. 71.)	218 — 332		
dem Art. XXX. ber <b>W.</b> Schl. A.	Erledigt burch Urtheil v. 19. Mai 1826 u. 28. Nov. 1826. (Prot. 1826, 15. Siş. S. 69; 1827, 3. Siş. S. 20.)	562  589	·	
dem Art. XXX. der <b>W.</b> , Schl. A.	Erledigt durch Urtheil v. 12. März 1832. (Prot. 1832, 11. Sig. S. 434.)	590 627		
bem Art. XXX. ber <b>V3.</b> Schl. A.	Erledigt burch Urtheil v. 6. März 1830. (Prot. 1830, 7. Siz. S. 144.) Wegen Vollzziehung besselben siehe Beschluß 1831. Prot. 37. Siz. S. 248; 38. Siz. S. 848; 1832. Prot. 23. Siz. S. 224. (Man sehe jedoch auch unten Nr. 24.)	729  782		
dem Art. XXX. der W. Schl. A.	Erledigt burch Urtheil v. 18. Mai 1830. (Prot. 1830, 14. Sig. S. 437.)	628 652		
dem Art. XI. ber B. A. u. XXI. u. XXX. ber B. Schl. A.	Erledigt theils durch Urtheil v. 8. Juni 1838, (Prot. 1838, 17. Siz. S. 201.) theils durch einen zwischen den Bevollmächtigten von Preußen und Nassau am 10. Mai 1841 abgeschlossenen Vertrag, dessen Ratissicationen am 12. März 1842 ausgewechselt wurden. (Prot. 1842, 10. Siz. S. 111.)	354 — 382	73 — 223	
bem Art. XXX. ber W. Schl. A.	Erledigt durch Urtheil vom 5. Juli 1832. (Prot. 1832, 28. Sig. S. 1044.)	653 678		
dem Art. XI. ber B. A. und XXI. ber B. Schl. A.	Erledigt durch Bergleich i. J. 1832, nach gesandtschaftlicher Anzeige von Bayern und Baden vom 30. Mai 1832. (Prot. 1832, 19. Siz. S. 184.)	333 — 338		
bem Art. XXX. ber W. Schl. A.	Erledigt burch Urtheil v. 28. Sept. 1841. (Prot. 1841, 25. Sig. §. 292.)	783 794	416 425	

	Venennung der Fälle.	Zum Austrägalgericht wurden erwählt:
12.	Streitigkeiten zwischen Schaumburgs Lippe und Lippe.	Das Oberhofgericht zu Mannheim am 5. August 1830. (21. Sis. S. 168.)
13.	Bon Lossow, Familien=Stipenbienstif= tung.	Das Oberapp. Gericht zu Lübeck am 28. Juli 1831. (23. Sig. S. 151.)
14.	Rassau : Saarbrückisches Schulbenwe: sen.	Das Oberhofgericht zu Mannheim am 24. Rovember 1831. (40. Się. S. 283.)
15.	Arnoldi und Elkan, Forderungen an den Thüringer Raponverband. (Bergl. Nr. 3.)	Das Oberapp. Gericht zu Celle am 22. December 1831. (44. Sis. S. 321.)
16.	Mainzer Staatsgläubiger, in spec. Rainzer (auch Wormser) Stifter.	Das Oberapp. Gericht zu Jena am 12. April 1832. (12, Sig. S. 111.)
17.	Zinsenrücktände von Kurkölnischen gandständischen Obligationen. (Bergl. Rr. 22.)	Das Oberapp. Gericht zu Celle am 3. Mai 1832. (15. Sig. S. 139.)
18.	Kur= und Oberrheinisches Kreisschuls benwesen.	Das Obertribunal zu Stuttgart am 12. Juli 1832. (25. Się. S. 241.)
19.	Stiftungen, geistliche und weltliche, zu Fulba.	Das Oberapp. <b>Gericht zu Gelle</b> am 24. Januar 1833. (4. Sig. S. 32.)
20.	Beschwerbe gegen Kurhessen. Zollvers band betreffend.	Die oberste Justitsstelle zu Wien am 14. Febr. und 7. Juni 1883. (7. Sit. 5. 55; 24. Sit. S. 242.)
21.	Mainzer Staatsgläubiger, in spec. Forderungen an Kastell und Kostheim.	Das Oberapp. Gericht zu Jena am 1. Inli 1833. (28. Sig. S. 281.)
22.	Zinsenrückstände von Kurkölnischen Kammerschulben, in spec. Cahn. (Bergl. Nr. 17.)	Das Oberapp. Gericht zu Celle am 7. Juli 1836. (12. Sigung §. 192
23.	Beschwerbe von Watbeck gegen bas Großherzogthum Heffen.	Das Obertribunal zu Berlin am 7. Septbr. 1837. (24. Sig. S. 27)
24.	Reue Bertheilung der Staatsschulden und Lasten des vormaligen Kurstaats Mainz. (Bergl. Nr. 6.)	Das Oberhofgericht zu Mannhein am 5. Juli 1838. (14. Sig. S. 171
<b>25.</b> ·	Reclamation des Grafen von Schöns born = Wiefentheid an den vormaligen Kurstaat Mainz.	Das Oberapp. Gericht zu Jena am 30. Juni 1840. (11. Siz. S. 14

Das Austrägalgericht wurde beauftragt, den Sall zu er-		S. d. Werke	
ledigen, nach			<b>23.11.</b>
bem Art. XI. der B. A. und XXI. der W. Schl. A.	Erledigt durch Urtheile v. 20. Dec. 1838	383	224
	und 22. Dec. 1838. (Prot. 1839, 1. Sig. §. 10.)	451	276
bem Art. XXX. ber W. Schl. A.	Erledigt burch Urtheil v. 19. Januar 1837. (Prot. 1837, 3. Siz. S. 40.)	679 728	
bem Art. XI. ber B. A. u. XXI. u. XXX. ber W. Schl. A.	Erledigt durch Urtheil v. 12. März 1836. (Prot. 1836, 6. Sig. S. 116.) Unmerkung. Während der Litisprudenz machte Nassau i. J. 1834 Prot. 5. 141.) besondere Erzsausprüche, erklärte jedoch 1839 (Prot. 5. 44.) daß es dieselben vorerst nicht weiter zu verzsolgen beabsichtige.	795	
bem Art. XXX. ber Ab, Schl. A.	Erledigt burth Urtheft vom 24. Mit 1841. (Prot. 1841, 21. Sig. 5. 228.)	838 - 849	426 — 457
dem Art. XXX. der <b>W.</b> Schl. A.	Erledigt zum Theil durch Vergleich 1834 und 1838, zum Theil durch Urtheile vom 17. Nov. und 1. Dec. 1836. (Prot. 1834, 26. Siz. S. 333; 1887, 8, Siz. S. 89; 1838, 10. Siz. S. 133 und 13. Siz. S. 162.)	850 — 904	458 — 464
dem Art. XXX. der W. Schl. A.	Erledigt durch Urtheil v. 24. Mai. 1841. (Prot. 1841, 21. Sig. §. 227.)	905 — 918	465 — 485
bem Art. XI. ber B. A. unb 'XXI. ber W. Scht. A.	Erledigt durch drei Urtheilt v. 3, 11 und 22. Nov. 1887. (Prot. 1838, 1. Sig. S. 8.)	452 478	277 352
bem Art. XI. ber B. A. und XXI. ber W. Schl. A.	Erledigt durch einen Bescheid des Gerichts v. 27. Nov. 1834, in der Beschwerde Kurschessen gegen Bayern, (Prot. 1835, 1. Sis. S. 4.) und zwei Urtheilen v. 8. Juni 1843. (Prot. 1843, 20. Sis. S. 206.)	479 — 501	353 — 378
dem Art. XI. der B. A. und XXI. der W. Schl. A.	Beruht.	502 — 510	
dem Art. XI. der B. A. und XXI. der W. Schl. A.	Erledigt durch Vergleich i. J. 1834, nach gesandtschaftlicher Anzeige v. 3. Juli 1834. (Prot. 1834, 26. Sig. S. 333.)	339 — 353	
bem Art. XXX. ber 983,	Erledigt durch Urtheil v. 24. Mai 1841. (Prot. 1841, 21. Sig. §. 226.)	919	486
Schi X.		924	503
dem Art. XI. ber B. A. und XXI. ber W. Schl. A.	Unerledigt.	511	413
dem Art. Al. der B. A. und AX1. der W. Schl. A.	Erledigt durch Urtheil v. 19. Dec. 1842. (Prot. 1843, 3. Sis. S. 48.)	751 756	379 
dem Art. XXX. der W. Schl. A.	Unerledigt.		506
Beonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thl.			524

refuhren. 2. Ah.

江海 一 市場 一 海路 一 東部

# Bemerkungen

zu vorstehender Tabelle Rr. 1.

(Siehe bie Bemertungen Band I. Seite 928.)

Aus vorstehender Zusammenstellung ergiebt sich, daß von den fünf und zwanzig Fällen, welche durch hohe B. B. vor Austrägalgerichten anhängig wurden, zwei und zwanzig bis jest erledigt, zwei noch unerledigt sind, und einer beruhet.

```
Won benselben wurden an bas Oberapp.-Gericht nach Celle. . . gewiesen
                   an bas Oberapp.=Gericht . "
                                                   Lübect . . .
                                                                        4
                           Dberhofgericht . . . "
                                                   Mannheim
                                                                        3
                                                   Jena ...
                           Dberapp. = Gericht . ,,
                                                                        3
                       die oberfte Justizstelle . "
                                                   Wien . . .
                                                                        1
                       das Obertribunal . . . . "
                                                   Berlin . .
                                                                        1
                           Dberapp. = Gericht . "
                                                   München .
                                                                        1
                    "
                           Dberapp. = Gericht . "
                                                   Dresben .
                                                                        1
                    "
                           Dbertribunal . . . . "
                                                   Stuttgart.
                                                                        1
                                                                 "
                           Oberapp. : Gericht . "
                                                   Darmstadt
                                                                        1
                                                                 "
```

im Ganzen 25

# II. Webersicht

der dritten obersten Justizstellen der Deutschen Bundesglieder, aus denen die Austrägalinstanz zu wählen ist.

(B. A. Art. XII. Beschluß vom 16. Juni 1817, Prot. §. 231. und 19. Oktober 1838. Prot. §. \$20.)
(S. Band. I. S. 929.)

	Bundesglieder.	Oberfte Juftizstelle.	Besetung der- selben.	Bemerkungen.
1.	Desterreich.	Oberste Zustiß= stelle in Wien.	1 Präf., 3 Vice= präf., 33 Räthe.	Jusolge gesandtschaftlicher Anzeige v. 26. März 1841 (vergl. Anzeige v. 11. Mai 1839.) ist aus der obersten Justrägalsenat gebildet, bes stehend aus 1 Pras., 1 Stellv. 12 Räthen, 2 Ersähmännern.
2.	Preußen.	Seheimes Obers tribunal zu Berlin und Theinischer Res visiones u. Cassas tionehof daselbst.	1 Präs., 2 Vice= präs., 28 Räthe. 1 Präs., 10 Räthe.	S. Prot. v. J. 1834, §. 459. S. 874. Die Austrägalsachen werben zufolge gesandtschaftlicher Anzeige v. 20. Juni 1839 bei beiben Gerichten in pleno verhandelt.
3.	Bayern.	Oberapp. Gericht zu Munchen, zus gleich Cassationss hof für die Pfalz.	1 Praf., 3 Direc= toren, 49 Räthe.	Rach gesandtschaftlicher Anszeige v. 20. April 1839 besteht bei diesem Gerichte ein eigner Austrägalfenat, mit 1 Präs., 1 Substit., 12 Räthen und 4 Ersahmännern.
4.	Königreich Sachsen.	Oberapp. Gericht zu Oresben.	1 Präs., 2 Vice= präs., 14 Räthe.	Die an dasselbe gelangenden Austrägalsachen werden in pleno verhandelt, nach ge= sandtschaftlicher Anzeige v. 16. November 1839.
5.	Hannover.	Oberapp. <b>Gericht</b> zu Gelle.	1 Präs., 2 Bice= präs., 22 Räthe.	Bei diesem Gerichte bestehen nach gesandtschaftlicher An- zeige v. 28. Febr. 1839 drei alternirende Austrägalse- nate, jeder aus 14 votiren- den Mitgliedern.
6.	Würtemberg.	Obertribunal zu Stuttgart.	1 Praf., 1 Direc= tor, 3 Borstände, 11 Rathe.	Seit Juni 1824 auch für Hohenzollern-Sigmaringen und seit Oct. 1825 für Poshenzollern-Hechingen. Prot. v. 1826, §. 12. S. 74. Die vorkommenden Austrägals sachen werben in pleno vershandelt, nach Anzeige des Gesandten v. 11. Febr. 1841.

	Bundesglieder.	Oberfte Juftigfelle.	Besetung der- selben.	Bemerkungen.
7.	Baben.	Oberhofgericht zu Mannheim.	l Oberhofrichter, 1 Kanzler, 11 Räthe.	
8.	Kurheffen.	Oberapp. Gericht zu Kassel.	1 Prás., 13 Ráthe.	Berhandelt und entscheibet die an dasselbe gelangenden Austrägalsachen in pleno, zufolge gesandtschaftlichen Anzeige v. 6. Juni 1839.
9.	Großherzogth. Hen.	Oberapp. = und Caffations=Ge= richt zu Darm= ftabt.	l Pras., 17 Räthe.	Auch für Pessen-Homburg. Von 1818—1825. auch für Hohenzollern. Verhandelt und entscheidet die vorkoms menden Austrägalsachen in pleno, nach Anzeige des Gessandten v. 20. April 1839.
10.	Polstein und Lauenburg.	Oberapp. Gericht zu Kiel.	l Präs., 8 Räthe.	Eröffnet am 1. Det. 1834. Siehe ferner auch Prot. v. I. 1834, S. 281. S. 576.
it.	Luremburg.	Oberster proviso= rischer Gerichts= hof zu Lurem= burg.	1 Pras., 6 Rathe.	Bestehet seit 15. April 1831. Bor dem Jahre 1830 war der hohe Gerichtshof in Eut- tich die Rechtsinstanz für das Großherzogthum.
12.	Grihrzgi. u. Szchsi: fice Häuser.	Gesammt Obers app. Gericht zu Zena.	1 Prás., 10 Ráthe.	Eröffnet am 7. Jan. 1817. Auch für Reuß ältere und jüngere kinie. S. das Prot. v. J. 1817, S. 37. S. 42; v. J. 1821. S. 698. k. m.
13.	Braunschweig.	Oberapp. Gericht zu <b>Wol</b> fenbüttel.	l Prás., 4 Rithe.	Eröffnet am 2. Jan. 1817. Auch für Schaumburg=Lippe, Lippe und Walbect. S. Prot. v. J. 1817, S. 19. S. 25.
	<b>Маўац.</b>	Oberapp. Gericht zu Wiesbaben.	1 Pras., 6 Rathe.	
14.	Meckenburgs Schwerin. Weckenburgs Strelit.	Oberapp. Gericht zu Parchim.	1 Pras., 1 Vice= pras., 5 Rathe.	Eröffnet am 1. Oct. 1818.
15.	Olbenburg.	Derapp. Gericht zu Oldenburg.	1 Präs., 8 Räthe.	Nach ber Berliner Uebereinstunft v. 8, Inni 1825 (Prot. &. 373.) auch für die Herrsschaft Kniphausen.
	Anhalt und Schwarzburg.	Oberapp. Gericht zu Zerbst.	1 Prás., 4 Räthe.	Eröffnet am 1. Det. 1817. Siehe auch Prot. v. J. 1817, §. 400. S. 785.

	Bundesglieder.	Oberste Jufizstelle.	Besetung der- selben.	Bemerkungen.
	Hohenzollern Hechingen. Hohenzollern Sigmaringen.	Obertribunal zu Stuttgart.	Siehe	Nr. 6.
	Liechtenstein. (weg. Babuz.)	R. R. Dester= reichisches App.= Gericht zu In= spruck.	1 Präs., 11 Räthe.	Ist dritte Instanz für Liechs tenstein seit 1818. S. Prot. v. I. 1818, §. 142. S. 319.
16.	Reuß ältere Linie, Reuß jungere Linie.	Oberapp. Gericht zu Tena.	ht Siehe Mr. 12	
	Schaumburg: Lippe, Lippe und Walheck,	Oberapp. Gericht zu Wolfenbüttel.		
	Pessen=Hom= burg.	Oberapp. Gericht zu Darmstadt.	Siehe	Nr. <sub>1</sub> 9.
17.	Lübect. Frankfurt, Bremen. Hamburg.	Oberapp. <b>Gericht</b> zu Eäbeck.	1 Präf., 6 Räthe.	Gröffnet am 13. Nov. 1820. Siehe Prot. v. J. 1820, §. 201. S. 649.

.

## III. a. Verzeichniß

ber von den siedzehn Stimmen des engern Raths der Deutschen Bundesversammlung für die Jahre 1835, 1836 und 1837 ernannten Spruchmänner zu dem durch Bundesbeschluß vom 30. October 1834 angeordneten Schiedsgerichte.

(Prot. v. J. 1835, Sig. 10. S. 119. S. 241.)

-	برويين في المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المراجع المر			والمرافع والمساء
in engen de die Sprude nant haben.	Bundesglieder welche burch bie 17 Stimmen im		Würden und Dienstanstellung	Wohnort
Stathe, welche bie manner ernanne	engern Rathe res präsent. werben.	1	er Spruchmänner.	
I.	Desterreich.	Frhr. v. Heß,	R. A. Geheimer Rath, Präsident bes K. A. Appellations=Gerichts in Bohmen.	Prag.
<b>4.</b>	Defice cerus.	Graf v. Ugarte,	R. R. Geheimer Rath Landes:	Brünn.
II.	Preußen.	Graf v. har= benberg,	Wirkl. geh. Ober=Regierungs= rath.	Berlin.
11.	Preuben.	Stelger,	Oberlandesgerichts=Prafibent.	Palber= stabt.
Ш.	Bayern.	v. Sutner, († i. J. 1837.)	Staatsrath im ord. Dienst, Reichsrath und Borstand ber Staatsschulbentilgungs = Com= mission.	München.
		v. Korb,	Appelationsgerichts=Director (2. Pras. ber Kammer ber Ab= geordn. v. 1834.)	Amberg.
		Shumann,	Doctor ber Rechte, Geheimer Justigrath.	Dresben.
IV.	Königreich Sachsen.	Roftiz u. Jän= dendorf, Späters. Prot. 1836,	Director ber 1. Abtheitung bes R. Sächs. Finanzministeriums.	Dresben.
		S. 216. S. 549. v.Wietersheim,	Wirklicher Geheimer Rath und Kreisbirector.	Dresben.
		Meyer,	Eanddrost der Canddrostei Eune= burg.	Euneburg.
V.	Pannover.	Gr. v. Riel= mannsegge,	Director ber Justiscanzlei zu Celle.	Gelle.
VI.	M. I whom have	v. Harttmann,	Doctor der Rechte, Staatsrath, vorsitzender Rath beim Depart. der ausw. Angel. und Director des Lehnraths.	Stutt= gart.
V 2.	Würtemberg.	v. Schmiblin,	Doctor der Rechte, Oberfinanz= rath, vortragender Rath und Justitiar bei dem Departement der Finanzen.	Stutt= gart.
, <b>1777</b>	on a kan	Thibaut,	Doctor der Rechte, Geheimer Rath und Professor.	Peibel= berg.
VII.	Baben.	v. Theobald,	Seheimer Rath und Präfibent ber Großh. Oberrechnungs= kammer.	Carls= ruhe.
VIII.	Kurfürstenthum	v. Sanstein,	Geheimer Rath und Präsident ber Kurfürstl. Regierung ber Provinz Niederhessen.	Caffel.
	Bessen.	Bidell,	Doctor der Rechte, Oberappels lationsgerichtsrath.	Caffel.

im engern e die Spruch. annt haben.	Bundesglieder, welche burch bie	Namen	Würden und Dienstanstellung	Wohnort
Stimmen im e Bathe, welche ble manner ernannt	17 Stimmen im engern Rathere= präsent. werben.	de	r Spruchmänner.	
1X.	Großherzogthum	v. Kopp,	Wirkl. Geheimer Rath und Pra- fident der Oberfinanzkammer.	Darm= stabt.
	Peffen.	v. Linde,	Dr. ber Rechte, Canzler ber Uni= versität Gießen.	Gießen.
	Dänemark wegen	Sottsche v. Le= wegau, Spater f. Prot.	Souverneur und Landbroft des Herzogthums Lauenburg, auch Rammerherr.	Rate: burg.
х.	Holstein und Lauenburg.	1836, §. 22. S. 38. Scholz.	Conferenzrath und Amtmann.	Rațe= burg.
	,	Ingwer Carsten Levsen,	Conferenzrath und Director des Holstein. Obergerichts.	Slüct≥ stadt.
V	Nieberlande wegen bes Groß=	Stifft,	Geheimer Referendar für die Luremburgischen Angelegen- heiten.	Eurems burg.
XI.	herzogth. Eurem=	München,	Licentiat der Rechte, Mitglied der Regierungscommis. zu Eu- remburg.	Eurem= burg.
XII.	S. Weimar, S. Coburg=Gotha, S. Meiningen=	Riebesel, Frhr. zu Gisenbach,	Großh. Sächsischer Landmar-	Reuhof bei Effenach.
	Hilbburghausen, S. Altenburg.	£0\$,	Herzogl. S. Coburg=Gothaischer wirkl. geh. Conferenzrath.	Coburg.
XIII.	<b>Braunschweig</b>	v. Amsberg,	Chefdes Herzogl. Braunschweig. Finanzcolegii, Finanzbirector u. Geh. Legationsrath.	Braun= schweig.
	und Rassau.	Frhr. v. Win= zingerode,	Herz. Naff. Kammerherr u. Hof= gerichtsbirector.	ufingen.
XIV.	Mecklenburg Schwerin unb	v. Dergen,	Or. der Rechte, Oberappella= tionsgerichts=Prafident.	Parchim.
	Mecklenb. Strelig.	Bouchholt,	Regierungsrath.	Schwerin.
	Oldenburg, Anhalt=Dessau, "Bernburg, "Cöthen,	Suben,	Großh. Oldenb. Staatsrath.	Olbens burg.
XV.	Schwarzburg Sondershausen u. Schwarzburg Rudolstadt.	Albert,	Dr. der Rechte, Anhalt=Bern= burg. Geh. Regierungsrath. f. Prot. 1836, f. 96. S. 220. Re= gierungs=Präsident zu Köthen.	Bernburg.
van	Pohenzollern= Hechingen, Ho= henzollern Sig= maringen, Liech= tenstein, Reuß, ält. u. jüng. Linie, Schaumburg= Lippe, Lippe und Walbeck.	v. Strauch,	Fürstl. Reußischer Canzler, Resgierungs= und Confistorial=Prassibent.	Sera.
XVI.		v. Strombed,	Fürstl. Lippe-, Schaumburg- Lippe- und Walbectischer Ober- appellationsgerichtsr. bei bem DAGericht zu Wolfenbüttel.	Wolfen= büttel.
XVII.	F. Stadt Lübeck, F. StadtFrankfurt	Horn,	Dr. der Rechte, Senator der freien Stadt Bremen.	Bremen.
	F. Stadt Bremen, F. Stadt Hamburg	Möndeberg,	Licentiat, Senator der freien Stadt Hamburg.	Hamburg.

# III.b. Werzeichniß

ber von den siebzehn Stimmen des engern Raths der Deutschen Bundesversammlung für das zweite Triennium (1838, 1839 und 1840) ernannten Spruchmänner zu dem durch Bundesbeschluß vom 30. October 1834 angeordneten Schiebsgerichte.

(Prot. v. J. 1838. Siş. 8. S. 321.)

im engern je bie Chrud- ionnt haben.	Bundesglieder, welche burch bie 17 Stimmen im	Namen	Würden und Dienstanstellung	Wohnort
Ctimmen im er Mathe, welche bie nanne ernannt	engern Rathe res prasent. werden.	der	Spruchmänner.	
I.	Desterreich.	Frhr. v. Des,	Wirkl. Geheimer Rath, Prafis bent bes A. A. Appellations Gerichts in Böhmen.	Prag.
•	~cjicercing.	Graf v. Ugarte,	Wirkl. Geheimer Rath, Landes- gouverneur in Mähren und Schlesien.	Brünn.
II.	Preußen.	Gr.z. Stolberg: Wernigerobe,	Sachsen.	Magde: burg.
		Eichhorn,	Dr. der Rechte, Geh. Legations- und Geh. Obertribunal-Rath.	Berlin.
in.	Bayern.	Eduard v. Schent,	Staatsrath im außerorb. Dienst, Reichsrath und Regierungs= prafibent.	Regens: burg.
		August Graf v. Rechberg,	Kämmerer und Präsibent bes Oberappellationsgerichts.	München.
IV.	Königreich	v. Bietere: heim,	Wirkl. Geheimer Rath und Kreisbirector.	Dresben.
eren e energe son	Sachsen.	Shumann,	Dr. der Rechte, Prafident bes Oberannellationsgerichts.	Dresben.
٧.	Hannover.	v. Dachens hausen,	Eansbroft.	Pannover.
		Gr. v. Bebel,	Juftiz-Canzleibirector, bermal.	Denabrück.
		v. Parttmann,	Doctor ber Rechte Staatsrath, vorsigender Rath beim Depart, der ausw. Angelegenheiten und Director des Lehnraths.	Stutt= gart.
VI	Bürtemberg.	v. Schmiblin,	Doctor ver Rechte, Oberfinanzs rath, vortragender Kath und Ju- stitiar bei dem Departement der Finanzen, auch Director der Königl. Zollbirection.	Stutt= hart.
		<b>Ehibaut,</b> ‡i.I.1840.	Doctor ber Rechte, Geheimer Rath und Professor.	Heidelberg.
VII.	Baben.	Sp. f. Prot. v. J. 1840. Sess. Al. §. 153. S. 258. Autenrieth.	Kanzler ves Oberhofgerichts zu Manhheim.	Mann= heim.
		Dahmen,	Seheimer Rath und Regie=	Mannheim
VIII.	Rurfürstenthum	Böhler,	Stackfrath.	Cassel.
V.111.	Peffen.	Bidell,	Doctor ber Rethte, Oberappet- lationsgerichtsrath.	Cassel.

im engen je bie Cheud- onnet haben.	Bundesglieder, welche burch bie 17 Stimmen im	Namen	Würden und Dienstanstellung	Wohnort
Stimmes im er Bathe, weiche bie manner ernonnt	engern Rathe res prasent. werden.	der	Spruch männer.	•
IX.	Großherzogthum	v. Kopp,	Wirkl. Geheimer Rath und Prässident der Oberfinanzkammer.	Darm= stadt.
	Seffen.	v. Linbe,	Dr. der Rechte, Geh. Staatsrath u. Canzler der Universität Gießen.	Darm= ftabt.
X.	Dänemark wegen Holstein und	Ingwer Carsten Eevsen,	Conferenzrath u. Director bes Holstein. Obergerichts.	Glück= stadt.
	Lauenburg.	Ludwig Heinr. Scholt,	Conferenzrath und Amtmann.	Reinbeck.
XI.	Niederlande wegen bes Groß=	Stifft,	Geh. Referendär für die Eurem= burgischen Angelegenheiten.	Eurem: burg.
A	herzogth. Eurem= burg.	München.	Licentiat der Rechte, Mitglied der Regierungscom. zu Luxemburg.	Lurem≠ burg.
	S. Weimar, S. Coburg-Gotha,	Riedesel, Frhr. zu Gisenbach,	Großh. Sächsischer Land= marschall.	Neuhof bei Eisenach.
XII.	S. Meiningen: Hilbburghausen, S. Attenburg.	Eog, † i. I. 1839. Später f. Prot. Sess. III. f. 38. S. 100. Frh. v. Ziegefar,	Perzogl. S. Coburg=Gothaischer wirklicher Seh. Conferenzrath. Doctor der Rechte, Kammerherr, Präsident des Oberappellations= Serichts zu Jena.	Coburg. Zena.
XIII.	Braunschweig	v. Amsberg,	Chef bes Herzogl. Braunschweig. Finanzcollegii, Finanzbirector u. Geh. Legationsrath.	Braun= schweig.
	und Nassau.	Frhr. v. Win= zingerobe,	Herzogl. Naff. Kammerherr und Hofgerichtsbirector.	Usingen.
XIV.	Mecklenburg Schwerin und	v. Dergen,	Doctor der Rechte, Oberappels lationsgerichts = Prafident.	Parchim.
	Mecklenb.Streliß.	Bouchholz,	Regierungsrath.	Schwerin.
•	Oldenburg, Anhalt-Dessau,	Suben,	Großh. Olbenburg. Staatsrath.	Olden= burg.
xv.	"Bernburg. "Cöthen, Schwarzburg:	v. Albert, + i. J. 1839.	Doctor ber Rechte, Anhalt= Cothischer Regierungspräfibent.	Cöthen.
	Sondershausen u. Schwarzburg= Rudolstadt.	Später f. Prot. v. I. 1840. Ses.L. §. 21. S. 13. v. Morgenstern,	Mealerungs und (Saniitaria)	Deffau.
	Pohenzollern= Dechingen, Pohen= zollern=Sigma=	v. Strauch, † i. J. 1839.	Fürstl. Reußischer Canzler, Regie- rungs- u. Confistorial-Präsident.	Gera.
XVI.	ringen, Lichtens stein, Reuß, ält. u. jüng. Linie, Schaumburgs Lippe, Lippe und Waldect.	v. Strombed,	Fürstl. Lippes, Schaumburgs Lippes u. Walbeckischer Obers appellationsgerichtst. bei bem O'X Gericht zu Wolfenbüttel.	Wolfen= büttel.
	F. Stadt Lübeck,	Tortuhl,	Dr. ber Rechte, Senator ber freien Stadt Lübeck.	Lübeck.
XVII.	F. Stadt Pamburg	A	Schöff und Syndicus der freien Stadt Frankfurt.	Frankfurt

## III. c. Verzeichniß

ber von den siedzehn Stimmen des engern Raths der Deutschen Bundesversammlung für das dritte Triennium (1841, 1842 und 1843) ernannten Spruchmänner bei dem durch Bundesbeschluß vom 30. October 1834 angeordneten Schiedsgerichte.

(Prot. v. J. 1841, Sis. 6. S. 87. S. 124.)

(310t. 0. 3. 1041, 51g. 0. 3. 01. 0. 124.)					
in engen e bie Spruche annt haben.	Bundesglieder welche burch bie	Uamen -	Würden und Dienstanstellung	Wohnort	
Stimmen im e Rathe, welche bies manner ernannt	17 Stimmen im engern Rathe res präsent. werden.	3 e	r Spruchmänner.		
•	S of house is to	Frhr. v. Heß,	Wirkl. Geheimer Rath, Prafis bent bes R. K. Appellations: Gerichts in Bohmen.	Prag.	
I.	Desterreich.	Graf v. Ugarte,	Wirkl. Geheimer Rath, Landes- gouverneur in Mähren und Schlessen.	Brünn.	
II.	Marsham	Fr. v. Binde,	Wirkl. Geheimer Rath und Ober- präsident der Provinz Westphalen.		
14.	Preußen.	v. Savigny,	Doctor ber Rechte, Geh. Ober- revisionsrath und Professor.	Berlin.	
		Ed. v. Schenk, † i. J. 1841. Spater f. Prot. v. J. 1844. Sees. XXII.	Staats= und Reichsrath, Pra= fibent der Regierung der Ober= pfalz und von Regensburg.	Regens: burg.	
III.	Bayern.	s. 247. S. 495. Fürst Eugen v. Wrebe.	Regierungspräsident der Pfalz.	Speyer.	
		August Graf v. Rechberg,	Kämmerer, Reichstrath und Präsfident des Oberappellationss gerichts.	München.	
1V.	Königreich	Shumann,	Dr. der Rechte, Prasident des Oberappellationsgerichts.	Dresben.	
	Sachsen.	Merbach,	Doctor ber Rechte, Kreisbirector.	Dresben.	
v.	8	v. Dachen= hausen,	Landbroft.	Pannover.	
٧.	Pannover.	Meyer,	Doctor ber Rechte, Juftiz- Canzleibirector.	Denabrück.	
VI.	Würtemberg.	v. Harttmann,	Doctor ber Rechte, Staatsrath.	Stutt= gart.	
V J.	abuttemotty.	v. Schmiblin,	Doctor ber Rechte, Director ber Königlichen Bollabministration.	Stutt= gart.	
VII.	Baben.	Dahmen,	Seheimer Rath und Regie= rungsbirector.	Mann= heim.	
141.	Zuvein	Autenrieth,	Oberhofgerichts = Canzler.	Mann= heim.	
VIII.	Rurfürstenthum	Bicell,	Doctor der Rechte, Oberappels lationsgerichtsrath.	<b>Caffel</b>	
VIII.	Beffen.	Past,	Geheimer Regierungsrath.	Cassel.	

-							
im engern e bie Spruds-	Bundesglieder, welche durch die	Namen	Würden und Dienstanstellung	Wohnort			
Stimmen im c Rathe, welche bie i manner ernannt	17 Stimmen im engern Ratheres präsent. werden.	de	der Spruchmänner.				
	Großherzogthum	v. Kopp,	Wirkl. Geheimer Rath und Präsfibent ber Obersinanzkammer.	Darm= stabt.			
IX.	Beffen.	v. Linde,	Dr. ber Rechte, Geh. Staatsrath und Canzler ber Universität Gießen.	Darm= ftabt.			
	Dänemark wegen	Joh. Paul Höpp,	Dberappellationsgerichts= Präsident.	Riel.			
Х.	Holstein und . Lauenburg.	Ludwig Hein. Scholz,	Conferenzrath und Amtmann.	Reinbeck.			
XI.	Nieberlande wegen bes Groß=	De la Fontaine,	Director ber Rechnungskammer.	Lurem= burg.			
AI.	herzogth. Eurem= burg.	Willmer,	Generalprocurator bei dem Oberscaffationshof zu Luremburg.	Eurem= burg.			
XII.	S. Weimar, S. Coburg=Gotha, S. Meiningen=	Riebesel, Frhr. zu Eisenbach,	Großh. Sächsischer Landmar= schall.	Neuhof bei Eifenach.			
	Hilbburghausen, S. Altenburg.	Frh. v. Ziegesar,	Doctor der Rechte und Ober= appellationsgerichts=Präsident.	Zena.			
XIII.	Braunschweig	v. Amsberg,	Chefdes Herzogl. Braunschweig. Finanzcolegii, Finanzdirector u. Seh. Legationsrath.	Braun= schweig.			
,	und Nassau.	Frhr. v. Win= zingerode,	Herz. Nass. Kammerherr u. Hof= gerichtsbirector.	Usingen.			
XIV.	Mecklenburg Schwerin und	v. Scheve,	Großherzoglich Mecklenburg Strelitischer Canzleibirector.	Reustrelig.			
	Mecklenb. Strelit.	v. Kampţ,	Großherzoglich Mecklenburg Strelizischer Oberlandbrost.	Stargard.			
XV.	Dibenburg, Anhalt=Dessau, "Bernburg, "Cöthen,	Suben,	Großh. Oldenb. Staatsrath.	Olden= burg.			
	Schwarzburg Sondershausen u. Schwarzburg Rudolstadt.	v. Morgenstern,	Doctor ber Rechte, Anhalt=Def= fauischer Geh. Rath, Regierungs= und Confistorial=Präsident.	Deffau.			
XVI.	Hohenzollern= Hechingen, Ho= henzollern Sig= maringen, Liech= tenstein, Reuß,	v. Strombec,	Fürstl. Lippe=, Schaumburg= Lippe= und Walbeckischer Ober= appellationsgerichtsr. dei dem D.=U.=Gericht zu Wolfenbüttel.	Wolfen= büttel.			
	ält. u. jüng. Linie, Schaumburg: Lippe, Lippe und Walbect.	v. Frank,	Fürstl. Hohenzollern=Hechin= gen'scher Geh. Conferenzrath.	Hechingen.			
	F. Stadt Lübeck,	Horn,	Dr. der Rechte, Senator der freien Stadt Bremen.	Bremen.			
XVII.	F.StadtFrankfurt F. Stadt Bremen, F.Stadt Hamburg	Mönckeberg, † i. J. 1842. Später f. Prot. v. J. 1843, Sess. I. §. 10. S. 6.	Licentiat, Senator der freien Stadt Hamburg.	Hamburg.			
		Benecke.	Bürgermeister berselben.	Hamburg.			

## III. d. Werzeich niß

ber von den siebzehn Stimmen des engern Raths der Deutschen Bundesversammlung für das vierte Triennium (1844, 1845 und 1846) ernannten Spruchmänner bei dem durch Bundesbeschluß vom 30. October 1834 angeordneten Schiebsgerichte.

(Prot. v. J. 1844. Sig. 5. S. 52. S. 89.)

Agern Gprağe Paber	•			
in enge bie Spinnet	Bundesglieder, welche durch bie	Namen	Würden und Dienstanstellung	Wohnort
Stimmen im er Rathe, welche bie manner ernannt	17 Stimmen im engern Rathe res prasent. werden.	des	Spruchmänner.	
ı.	Desterreich.	Frhr. v. Peß,	Wirkl. Geheimer Rath. Nieder- österreichischer App.=Gerichts= Präsident.	Wien.
•	~ c per ce tray.	Graf v. Ugarte,	Wirkl. Seheimer Rath, Landes- gouverneur in Mähren und Schlesien.	Brünn.
	<b>M</b>	v. Mertel,	Wirkl. Geh. Rath und. Ober= präsident der Provinz Schlesien.	Breslau.
II.	Preußen.	Carl Friedrich Eichhorn,	Doctor ber Rechte. Geh. Ober= Zustigrath.	Berlin.
III.	Bayern.	August Graf v. Rechberg,	Rämmerer, Reichsrath u. Prä- fident des ObAppGerichts.	München.
111.	zugern.	Fürst Eugen v. Wrede,	Regierungsprästbent ber Pfalz.	Speyer.
IV.	Königreich	Schumann,	Dr. der Rechte, Prafident des Oberappellationsgerichts.	Dresben.
	Sachsen.	Merbach,	Doctor ber Rechte, Kreisbirector.	Dresben.
V.	Hannover.	v. Dachen= haufen,	Landbroft.	Hannover.
	<b>G</b>	Meyer,	Doctor ber Rechte, Juftig= Cangleibirector.	Osnabrück.
VI.	Würtemberg.	v. Parttmann,	Doctor ber Rechte, Staatsrath.	Stutt= gart.
V 2.		v. Schmiblin,	Doctor ber Rechte, Director ber Königlichen Bollabministration.	Stutt= gart.
VII.	Baben.	Dahmen,	Seheimer Rath und Regierungs= birector.	Mann= heim.
	~~~~	Autenrieth.	Dberhofgerichts=Canzler.	Mann= heim.
VIII.	Rurfürstenthum	Bidell,	Doctor der Rechte, Obergerichts= Director.	Marburg.
V 3 2 2 .	Heffen.	Sast,	Confistorialbirector und Geh. Regierungsrath.	Saffel.
IX.	Großherzogthum	v. Kopp,	Wirkl. Seheimer Rath und Finanzminister.	Darm= ftabt.
17.	Deffen.	v. Linde,	Dr. ber Rechte, Geh. Staatkrath und Cangler ber Universifat Gießen.	Darm= ftabt.

ngern Spruchs haben.	Mundagaliahan	*******	Minden and Diangengellane	Makeant
im cuger bie Spr	Bundesglieder, welche burch die	Uamen	Würden und Dienstanstellung	Wohnort
Stimmen im er Kathe, welche bie männer ernannt	17 Stimmen im engern Rathe re- präsent. werden.	der	Spruchmänner.	
	Dänemark wegen	Ioh. Paul Höpp,	Geheimer Conferenzrath und Ob.=Upp.=Gerichte=Präsident.	Riel.
X.	Holstein und Equenburg.	Ludwig Peinr. Scholz,	Conferenzrath und Amtmann.	Reinbect.
	Niederlande wegen des Groß=	De la Fontaiue,	Souverneur des Großherzogth. Lupemburg.	Eurem= burg.
XI.	herzogthm. Eurem= burg.	.I. I. M. Wills mar.	Generalstaatsanwalt ad interim.	Eureni= burg.
	S. Weimar, S. Coburg-Gotha,	Riedesel, Frhr. zu Gisenbach,	Großh. Sächsischer Land= marschall.	Reuhof bei Gisenach.
XII.	S. Meiningen= Hilbburghausen, S. Altenburg.	v. Fischern,	Dr. der Rechte, Herz. Sachsen= Meining. wirkl. Seh. Rath und Oberlandesgerichts=Prasident.	Hausen.
		v. Amsberg,	Chef bes Berzogl: Braunschweig. Finanzcollegii, Finanzdirector u. Seh. Legationsrath.	Braun= schweig.
XIII.	Braunschweig und Nassau.	Frhr. v. Win= zingerode, Später f. Prot. v. I. 1844. Sess. XXI.	Herzogl. Nass. Kammerherr und Hofgerichtsbirector.	Usingen.
		ş. 193. S. 495. Frhr. v. & dw zu Steinfurth,	Herzogl. Nass. Kammerherr und Hofgerichtsrath.	
XIV.	Mecklenburg	Caniter,	Dr. ber Rechte, Großh. Mecklenb. Schwerin. Geh. Regierungsrath.	Schwerin.
AIV.	Schwerin unb Mecklenb. Strelit.	v. Plessen,	Großh. Mecktenb. Schwerin. Seh. Kammerrath.	Schwerin.
	Oldenburg, Anhalt-Dessau, "Bernburg)	Suben,	Großh. Oldenburg, Staatsrath.	Olben= burg.
XV.	Schwarzburg: Sondershausen: u. Schwarzburg: Rudolstabt.	v. Morgenstern,	Doctor ber Rechte, Unhalt-Desssauischer Geh. Rath, Regierungssund Consistorial-Prasident.	Dessau.
<b>V</b> VI	Pohenzollern= Dechingen, Hohen= zollern=Sigma= ringen, Liechten= stein, Reuß, ält.	v. Strombec,	Seh. Rath u. Ob.=Upp.=Gerichts= Präfibens.	Wolfen= buttel.
XVI.	u. jüng. Linie, Schaumburg= Lippe, Lippe, Waldeck u. Hessen= Homburg.	v. Frank,	Fürstl. Hohenzollern=Hechin= gen'scher Seh. Conferenzrath.	Secingen.
XVII.	F. Stadt Lübeck, F.StadtFrankfurt		Dr. der Rechte, Senator der freien Stadt Lübeck.	Bübect.
AVII.	F. Stadt Bremen, F. Stadt Hamburg	@ 4 ¥	Dr. der Rechte, Syndicus der freien Stadt Frankfurt.	Frankfurt.

#### Bufáte.

Um möglicher Verwechselung vorzubeugen, werden wir hier die wenigen Zusätze des ersten Bandes, die wir nicht in den Tert des zweiten Bandes mit aufnehmen konnten, nochmals wiederholen und mit denjenigen nach der Seitenzahl untermischen, welche wir seither durch nochmalige speciellere Durchsicht gewonnen haben. Die sämmtlichen Zusätze des ersten Bandes braucht also der Leser nicht weiter zu berücksichtigen.

Band I. Seite 19. Not. 4. add:

Ueber Gottesurtheile im Allgemeinen, sowie über den Unterschied zwischen "Zweikämpsen" und "Ordalien" s. u. A. C. A. Rogge, über das Gerichtswesen der Germanen. Halle, 1820, Cap. VI. S. 37. S. 195—212.

- Band I. S. 27. Zeile 9. v. U. vor "ferner in den Verträgen" add: im Sternerbund, Minnebund, Benglerbund, größtentheils vom Hessischen Abel im 14ten Jahrhunderte errichtet. K. Nöding, Leitsaden in der Hessischen Geschichte. Marburg, 1821.
- Band II. S. 35. add: an die lette Zeile der Note 5.
  - I. C. Kohler, die staatsrechtlichen Verhaltnisse des mittelbar gewordenen, vormals reichsständischen Adels in Deutschland. Sulzbach, 1844.

Die Deutschen Standesherrn. Ein Ueberblick über ihre Lage und Verhältnisse. Jena, 1844.

Band I. S. 39. Not. 15. add:

In den alteren Ausgaben und Abdrucken dieser Kammersgerichtsordnung finden sich nur Ueberschriften, und die Bezeichsnung mit SS. oder Titel ist offenbar eine Willführ späterer Zeit.

Band I. S. 75. Zeile 15. v. U. hinter "Wahlcapitulationen" add:

Siehe hierüber einen Aufsatz des Verfassers im Berl. Polit. Wochenblatt vom 21. Oktober 1837, Aro. 42, betitelt:

"Wahlcapitulationen — Liberale Verfassungen."

- Band I. S. 91. Zeile 8. v. U. hinter "Selbsthülfe" füge unten als Anmerkung bei:
  - \*) Der Art. XI. der B. A. schließt insbesondere Repressalien — die auch vormals im Deutschen Reiche für nicht erlaubt gehalten wurden — aus; Retorsionen — als Widerversagung versagter Gefälligkeiten — sind unter den Deutschen Staaten cher zulässig.

Haberlin, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, 1797. Band III. S. 230. — Schmalz, Deutsches Staatsrecht. 1825. S. 323. — Maurenbrecher, Grundsätze des heutigen Deutschen Staatsrechts. 1837. S. 330. — Klüber, Deffentliches Recht des Teutschen Bundes. 1840. 4te ed. S. 557. — Weiß, System des Deutschen Staatsrechts. 1843. S. 397. — Prot. der B. B. v. J. 1817, Sess. XXIII. S. 214. S. 427; — Borschlag zur Vermeidung aller Retorsson, Prot. v. J. 1826 — Sess. IX. Sep. Prot. 2. S. 258; — Commissionsvortrag in Pensionsforderung der Fr. v. Crolbois. — v. Leonhardi, Austrägalversahren, Band I. S. 500.

- Band I. S. 91. Zeile 2. v. U. hinter "Compromisse" füge als Anmerkung bei:
  - \*) Ueber Austräge und Compromisse zu Art. XXIV. der W. Schl. A. handelt aussührlich Heffter in den Beiträgen S. 203 bis 224, und Dresch in den Abhandlungen 1. c. S. 29—38.
- Band I. S. 92. Anmerkung 2. Zeile 5. v. U. add: ; auch wenn sonst mehrere Gerichte einzelner Staaten zugleich competent waren, und es also an einem gemeinschaftlichen höheren Gerichtshofe gebrach; Prot. der B. V. V. J. 1816, S. 80; v. J. 1820, S. 663; v. J. 1828, S. 98; Klüber ed. 4. §. 177. Note f.
- Band I. S. 93. Zeile 10. v. U. unter I. füge unten als Unmerkung bei:

  \*) Im Prot. d. B. V. I. 1838, Sess. XXXIII. §. 366.

  S. 1022. druckt sich ein Commissionsgutachten folgendermaßen aus: Zu dem sogenannten Vollziehungswege wird sich die B. V. nur dann bestimmt sinden, wenn es sich von der einfachen Unwendung klarer und unbestrittener Bestimmungen auf ein ebenfalls klares und unbestrittenes Sachverhältniß handelt; dagegen wird die Eröffnung des richterlichen Versahrens allemal einzutreten haben, wo die Festsetzung des Anspruchs und die Verpslichtung, denselben zu erfüllen, von einer Entscheidung strittiger und eine rechtliche Erörterung erheischender, complicirter Fragen abhängig ist, welche nur der richterlichen Gewalt zusteht.
- Band I. S. 95. Zeile 9. v. U. unter 1) füge bei "Streitigkeiten" unten als Anmerkung zu:
  - \*) Ueber die am Bunde in den Jahren 1828, 1829, 1830 verhandelte interessante, verneinend entschieden wordene Frage, ob wegen persönlicher Beleidigungen unter Bundessouveränen

eine austrägalgerichtliche Entscheidung Statt sinden könne, siehe die Prot. der B. B. v. J. 1829, Sess. XIX. de 9. Juli, S. 450 — 543 in sine, S. 511 — 516 und Sess. XXIV. de 20. Aug. §. 147. S. 611—627. Klüber l. c. ed. 4. §. 173. Note a. Maurenbrecher, Grundsätze des heutigen Deutschen Staatsrechts. 1837. §. 120. Note f.

Band I. S. 96. 3. 18. v. D. unter 2) füge unten als Anmerkung zu:

- \*) a) Die Qualität der Streitenden, nicht die Qualität der Streitsache, begründet die Behörde; s. Prot. v. I. 1818, Sess. VI. §. 19. Beilage 6. S. 55.
- b) Nachgeborene successionskähige Mitglieber des Regentenhauses haben kein Recht auf die Austrägalinstanz. Klüber l. c. ed. 4. S. 172. Not. d. S. 249. Note s. — Weiß, System des Deutschen Staatbrechts. S. 110. Die Gegenansicht vertheidigt C. S. Zachariā in Gensler's zc. Archiv für die civilistische Praris. 1818. I. S. 96—104.
- c) Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, veranlaßt durch Bertretung (ropraesentatio), welche das eine seinen Unterthanen bei Ansprüchen wider das andere angedeihen läßt, begründen in der Regel die Austrägalinstanz nicht. Klüber ed. 4. §. 173. Not. a. Heffter, Beiträge, S. 182. Note 13.

Band I. S. 97. 3. 19. v. D. füge zu:

Prot. v. 3. 1831, Sess. XXIII. S. 151. S. 570.

Sbenbaselbst 3. 13. v. U. unter Anmerkung 5. süge zu:

Commissions-Ansichten über Art. 19 und 20. der 28. Schl. A., siehe Prot. v. J. 1832, Sess. XXXVII, §. 424. S. 1325—1329; ferner Prot. v. J. 1838, Sess. XXXII. §. 353. S. 975.

Ebendaselbst 3. 5. v. U. unter Anmerkung 6. füge zu:

Was von einem Bundesgliede bei den Verhandlungen in der B. A. oder in einer B. T. Commission als Motiv angesührt wird, kann den Gang und Erfolg der richterlichen Entscheidung als Austrägalinstanz nicht präjudiciren, siehe Prot. v. J. 1826, Sess. XII. Sep. Prot. II. S. 321.

Ebendaselbst zu 3. 1. v. U. Anmerkung 7.:

Wegen Nichttheilnahme an der Wahl siehe v. Leonhardi, Austrägalverfahren, B. I. S. 654.

Ebendaselbst unter Anmerkung 7. als Anmerkung 8.:

8) Beschwerde eines Ob.=App.=Gerichts wegen beleidigter Amtsehre, s. Prot. 1834, Sess. XVIII. S. 229. S. 486. und Gutachten deßfalls Sess. XXI. §. 272. S. 563. Ob Austrägalgerichte sich für incompetent erklären, oder eine Ablehnung ihrersfeits stattsinden könne, darüber siehe Dresch, Abhandlungen S. 49. u. slade. — Das Ob.=App.=Gericht zu Celle erklärt sich in Hinsicht eines Zwischenpuncts, Prot. v. J. 1838, Sess. XVII. §. 201. S. 637. 695. für incompetent, nämlich in Hinsicht der Aussgleichung der Kriegserlittenheiten zwischen den beiden Trierischen linken und rechten Rheinseiten, weil nicht erhellet, daß und wie aus einer solchen Ausgleichung eine auf Preußen und Nassau zu repartirende Trierische Staatsschuld hervorgehen könnte.

Band I. S. 98. 3. 8. v. U. zu "S. 915. 922." fuge zu:

Commissionsgutachten über die Unzulässigkeit der Beschwerde über Nichtigkeit, s. Prot. v. J. 1834, Sess. XXVIII. §. 365. S. 740. und Bundesbeschluß deßsalls Prot. v. J. 1835, Sess. XVI. §. 230. u. s. w.

Cbendaselbst 3. 6. v. U. zu "S. 81—118." füge zu:

Heffter in den Beiträgen S. 252; v. Leonhardi, Austrägalverfahren, B. I. S. 144.

Band I. S. 109. lette Zeile füge hinzu:
Siehe Band I. Abth. II. sub III. S. 150.

Band I. S. 115. Z. v. U. hinter "gefaßt" füge hinzu:
(Anmerkungen zu diesem Beschlusse finden sich in Heffter's
Beiträgen S. 229—244.)

Band I. S. 126. 3. 10. v. D. unter 3) füge hinzu: woselbst Heffter diesen Beschluß mit Anmerkungen begleitet.

Band I. S. 150. 3. 16. v. D. füge hinzu:

Diese Anträge waren:

- 1) von Baben, Prot. v. J. 1823, Sess. XVII. §. 106. S. 296. in Beziehung auf den Art. XXX. auch folgende Puncte zur gutachtlichen Erörterung und Entscheidung zu bringen:
  - a) Das processualische Verhältniß der streitenden Regierungen.
  - b) Die Statthaftigkeit einiger Theilnahme der reclamirenden Privatpersonen an dem Verfahren.
  - c) Die Erweiterung des Streitgegenstandes auf eigentliche Forderungen.
- d) Die genauere Feststellung ber Vorfrage, und
  - e) Die Zulässigkeit ihrer provisorischen Entscheidung.
- 2) Von Seiten der Grßhrzgl. und Hrzgl. Sächsischen Häuser Leonhardi, über Austrägalverfahren. 2. Thi.

wird (ebendas. S. 297.) bevorwortet: daß im Sinne und Geist des Art. XXX. auch für den Fall Vorsorge getroffen werden möge, daß eine unbestimmte Hinausziehung der Fristen zum Nachtheil der Privatbetheiligten, von Seiten der Austrägalinstanz, nach den von ihr zu beobachtenden Proceßgesetzen, aus dem Grunde nicht verhindert werden könnte, weil beide Theile deshalb einverstanden wären, und gemeinschaftlich auf Verlängerung der Fristen antrügen.

Ebenbaselbst J. 11. v. U. unter Nro. 1) füge hinzu: über provisorische Crekutionsordnung vergl. S. 108. und 121. von Band I.

Band I. S. 163, lette Zeile Note \*\*) füge hinzu: Siehe Band I. S. 171.

Band I. S. 474. 3. 2. v. D. hinter "erklärt, baß" füge hinzu: als Gegner bei der dritten (der Haupt-) Frage.

Band I. S. 530, vor J. 13. v. U. füge hinzu: daß übrigens,

4) bei den Regierungen dahin anzutragen sen, die möglichst zu beschleunigende Instruktionsertheilung über die Revision des Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817, das Austrägalversahren betreffend, auch auf die in der XII. diesjährigen Sitzung abgegebene Gröhrzgl. Babische Erklärung mit zu erstrecken.

#### Berichtigungen.

```
Rachträgliche zu Band I.
  Seite 149. 3. 2. v. U. hinter "Beschluß" sege: "sub. 2."
        263. 3. 13. v. U. lies statt "gehörten" "vorgebrachten."
       Berichtigungen zu Band II.
  Seite 31. 3. 8. v. D. lies statt "kommende" "kommenden."
       33. " 17. " u. " " "beiden" "bei ben."
       35. " 7. " u. " " "bes vormals" "ber vormals."
    " 37. " 20. " D. " ", "hoffenben" "fassenben."
       41. " 15. " U. " " "Bundesgericht" "Bundesschiedsgericht."
    " 42. " 21. " U. ad etc. hinter Rechtsfragen "befriedigenb."
    " 44. " 20. " D. lies statt "gar" "aber."
       45. ,, 9. ,, D. ,, ,, ,, weniger" ,, nicht weniger."
       51. ,, 10. ,, u. ,, ,, ,, werden" ,, worden."
       52. " 20. " D. " " "Ermittelung" "Bermittelung."
    " 64. " 2. " D. " " "berichten" "überreichen."
       429. 3. 12. v. D. hinter 8. Juni lies "worin bemerkt ift, baß nach bem
                        nun in Folge 2c. so verfehle es nicht"
S. 529. sețe in die leere Spalte von Nro. 14. unter Bb. 11. S. 504-505.
```



